Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Historische Schlüsselereignisse von 1989 bis 2017 in drei Bänden Band 10/1

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselereignisse von 1989 bis 2017
Band 10/1

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Inhaltsverzeichnis Band 10/1	**Seite**
Danksagung und Widmung	4
Anstatt eines Vorwortes	5-6
Zeittafel der wichtigen historischen Ereignisse von 1989 bis 2017	7-30
Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands Zusammenfassung der Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands	30-237
Von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zur Europäischen Union (EU) Zusammenfassung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Union (EU)	238-340
Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen, Teil 1	341-406
Inhaltsverzeichnis Band 10/2	**Seite**
Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen, Teil 2 Zusammenfassung der Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen	10117-10121
Vom souveränen Kaiserreich zum abhängigen Vasallenstaat Das Deutsche Reich von 1871-1918 Die Weimarer Republik von 1918-1933 Das "Dritte Reich" von 1933-1945 Ende des Zweiten Weltkrieges Die sowjetische Befreiungsmission in Ostdeutschland (deutsche Gebiete östlich der Oder-Neiße) Die alliierte Befreiungsmission in Mittel- und Westdeutschland von 1945-1947 Die Besatzungspolitik der alliierten Siegermächte in West- und Mitteldeutschland von 1948-1989 Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 Der völkerrechtliche Status Ostdeutschlands (deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße) Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland	10122-10124
Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 1	10125
Inhaltsverzeichnis Band 10/3	**Seite**
Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 2	10126-10137
Der gescheiterte Staat "Failed state": Die Strategie der Destabilisierung	10138-

Deutschlands durch Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung	10144
Anstatt eines Schlußwortes	
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	

Danksagung und Widmung

> Anklagen ist mein Amt und meine Sendung ...
> *Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Hamed Abdel-Samad, Fouad Adel, Stefan Allgaier, Jork Artelt, James Bacque, Egon Bahr, Bruno Bandulet, André Barmettler, Peter Bartels, Philip Baugut, Susanne Baumstark, Friedemann Bedürftig, Hans Joachim Berbig, Ludwig Biewer, Sonja van Biezen, Wolfgang Birkenfeld, Günter Böddeker, Erhard Bödecker, Wilfried Böhm, Johannes Bökmann, Paul Carell, Werner Conze, Stèphane Courtois, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Adolf Diestelkamp, Hans Dollinger, Klaus Dorst, Holger Douglas, Alfred Dregger, Hans Ebeling, Wolfgang Eggert, Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Willi Eilers, Jürgen Elsässer, Karl Dietrich Erdmann, Frank Fabian, Valentin Falin, Norman G. Finkelstein, Imran Firasat, Andrew Follett, Dirk Förger, Benjamin H. Freedman, Lothar Fritze, Lothar Gassmann, Mathias von Gersdorff, Martin Graf, Lothar Groppe, Alfred Grosser, Frank Grube, Raphael-Maria Grünwald, Johannes Hartmann, Daniel Hecker, Peter Heine, Eva Herman, Hans Heumann, Hermann Hitthaler, Walter Hoeres, Joachim Hoffmann, Martin Hohl-Wirz, Klaus Höpcke, Wolfgang Hug, Peter Hüttenberger, Hans-Jürgen Irmer, Bernhart Jähnig, Oliver Janich, Karl Jaspers, Barbara Johr, Marc Jongen, Anne-Dominique Kaufmann, Malte Kaufmann, Dimitrios Kisoudis, Max Klaar, Eberhard Kleina, Michael Klonovsky, Horst Koch, Erich Kosthorst, Maximilian Krah, Franz Kromka, Ekkehard Kuhn, Samuel R. Külling, Rolf Lasius, Rudolf Laun, Lisa Lehmann, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Herbert Ludwig, Klaus-Rüdiger Mai, Golo Mann, Helmut Matthies, Christa Meves, Wolfgang W. Mickel, Horst Möller, Hanns Möller-Witten, Martin Müller-Mertens, Giuseppe Nardi, Heinz Nawratil, Elisabeth Nussbaumer, Manfred Oertel, Abdel-Hakim Ourghi, Manfred Overesch, Geoffrey Parker, Hans Penner, Tino Perlick, Hermann Pfister, Daniell Pföhringer, Karl Ploetz, Kurt Pritzkoleit, Kurt Quadflieg, Peter Rassow, Hubert Recker, Gerhard Reichling, Andrea Ricci, Klaus Rainer Röhl, Friedrich Romig, Hans Rothfels, Werner Rügemer, Helke Sander, Thilo Sarrazin, Ulrich Schacht, Karl Albrecht Schachtschneider, Dorothea Schäfer, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Theodor Schieder, Ingrid Schlotterbeck, Heinz Dieter Schmid, Thomas Schmid, Franz Schmidberger. Franz Scholz, Wolfram Schrems, Caspar Freiherr von Schrenck–Notzing, Hiltrud Schröter, Thorsten Schulte, Kurt Schumacher, Gabriele Schuster-Haslinger, Rolf Peter Sieferle, Hans-Werner Sinn, Klaus Sojka, Lena Sokoll, M. Spanehl, Nikolai Starikov, Erika Steinbach, Gabor Steingart, Alexandra Stiglmayer, Alfred Streim, Michael Stürmer, Robert H. Tenbrock, Karl Teppe, Inge M. Thürkauf, Wolfgang Trees, Eberhard Troeger, Jelena Tschudinowa, Johannes Tuchel, Udo Ulfkotte, Jan Werner, Jens Wernicke, Marie Wildermann, Rudolf Willeke, Gerhard Wisnewski, Robert Wistrich, Alfred Maurice de Zayas, Christian Zentner und Jean Ziegler.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

> Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen.
> *Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsweise die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die Geschichte der deutschen Verlierer wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die einseitige politische Geschichtsschreibung (x306/16-18): >>... Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" (Golo Mann) einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.

Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie (im negativen Sinne) mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann. ...

Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.

Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.

Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

> Es ist unglaublich, wieviel Geist in der Welt aufgeboten wird, um Dummheiten zu beweisen.
> *Christian Friedrich Hebbel (1813-1863, deutscher Dichter)*

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.

Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschrei-

bung der Sieger berichtet dieses Buch auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.
Diese Dokumentation beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen des Zeitraumes von 1946 bis 2017.
Die Dokumentation beginnt mit einer Zeittafel der wichtigen geschichtlichen Ereignisse. Danach folgen Erläuterungen der historischen Schlüsselereignisse und zusammengefaßte Schlußfolgerungen für den Zeitabschnitt von 1946 bis 2017 sowie Anmerkungen zu den düsteren Zukunftsperspektiven der Deutschen.

Zeittafel der wichtigen historischen Ereignisse von 1989 bis 2017

> Es gehört mehr Mut dazu, seine Meinung zu ändern, als ihr treu zu bleiben!
> *Christian Friedrich Hebbel (1813-1863, deutscher Dichter)*

23.05.1989

BRD: Richard von Weizsäcker wird am 23. Februar 1989 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

02.10.1989

DDR: In Leipzig wird am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

18.10.1989

DDR: Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) tritt zurück und wird am 18. Oktober 1989 durch Egon Krenz abgelöst.

04.11.1989

DDR: Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrieren am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820).

09.11.1989

DDR: Die SED-Führung (Egon Krenz) verkündet am 9. November 1989 die Grenzöffnung nach Westdeutschland und West-Berlin.

22.12.1989

Ost-Berlin: In Ostberlin wird am 22. Dezember 1989 das Brandenburger Tor geöffnet.

1989

BRD: Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.
Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

19.06.1990

Belgien: Frankreich, Deutschland und die Benelux-Länder unterzeichnen am 19. Juni 1990 das Durchführungsabkommen des Schengener Vertrages (Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen).

22.08.1990

DDR: Die DDR-Volkskammer beschließt am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes (Termin: 3. Oktober 1990).

31.08.1990

DDR: Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichnen am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).

12.09.1990

UdSSR: In Moskau wird am 12. September 1990 das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

03.10.1990

BRD: Die Deutsche Demokratische Republik tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei.

02.12.1990

BRD: Die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition gewinnt am 2. Dezember 1990 die gesamtdeutsche Wahl.

Bei der vorgezogenen 12. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 43,8 %, SPD = 33,5 %, FDP = 11,0 %, Grüne (West) = 3,9 %, Bündnis 90/Grüne (Ost) = 1,2 %, PDS = 2,4 %, Sonstige = 4,2 %.<<
Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

17.01.1991

Irak: Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreien die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und greifen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").
Die siegreichen Truppen verzichten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.
Die USA wollen angeblich einen stabilen, demokratischen Irak begründen, destabilisieren danach jedoch in den folgenden Jahren fast den gesamten Nahen Osten durch militärische Angriffe oder versorgen regimefeindliche Gruppen mit Waffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Irak (1991 und 2003), in Libyen (2011) und Syrien (seit 2011) fördern letzten Endes die angestrebte Massenmigration" von Muslimen aus dem Nahen Osten und aus Afrika nach Europa.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Vorgeschichte des 2. "Golfkrieges" (x068/370-371): >>... Saddam Hussein hatte bereits eine Woche nach seiner Invasion in Kuwait am 2. August 1990 einen Rückzugsvorschlag gemacht. Doch Bush wollte nicht Rückzug, er wollte Krieg. Er erklärte ganz glatt: "Es wird keine Verhandlungen geben", und hat auch weiterhin alle ernst zu nehmenden Verhandlungsmöglichkeiten zwischen dem August 1990 und Mitte Januar systematisch sabotiert.
Statt dessen setzte er ein gewaltiges Expeditionskorps, den wohl größten Truppenaufmarsch der USA seit dem Zweiten Weltkrieg in Bewegung, im Bunde dabei vor allem mit Großbritannien und Israel, und begann die "Operation Wüstensturm" mit flächendeckenden Bombardements, die einen Großteil der irakischen Industrie und Infrastruktur zerstörten, nicht zuletzt aber auch Saddams bäuerliche Truppen, Schiiten meist und Kurden, im Wüstensand begruben. Dagegen schonte man offensichtlich Saddams Eliteeinheiten, ihnen tat man, noch einmal mit Chomsky, "nicht viel, die ließ man sozusagen beiseite, weil sie später gebraucht würden, um die Volksaufstände niederzuschlagen."
Die USA führten den Krieg "traditionell" und bakteriologisch, wobei der bakteriologische Angriff anscheinend mehr Opfer forderte als die gesamte Militäraktion. Nach Schätzungen sollen 70.000 bis 90.000 Menschen gestorben sein, "nachdem alles vorbei war." Ja, man vermutet, daß diese Zahl noch steigen wird.
Man führte den Krieg nicht zuletzt mit einer totalen Zensur, einer zynischen Verharmlosung sondergleichen, einer ständigen Täuschung der Weltöffentlichkeit, mit frommen Phrasen auch. Und nachdem Präsident George Bush sein Versprechen eingelöst hatte, Saddam Hussein in den Arsch zu treten (to kick his ass), und über etwa 150.000 Leichen geschritten war, inszenierte man, spektakulär und dröhnend, mit Konfettiregen und Luftballons, weltweit übertragene "Siegesparaden" der "Helden".
Um so nötiger alles, als sich bei der größten Weltmacht aller Zeiten längst ein militärisches oder patriotisches Trauma eingenistet hatte. Denn trotz ihrer gigantischen Übermacht mißlangen ihr die meisten kriegerischen Aktionen der letzten Jahrzehnte: in Korea konnten sie nicht siegen, in Laos, in Vietnam und Kambodscha wurden sie geschlagen. So war es nicht von ungefähr, daß das Washingtoner "Institute for Foreign Policy Analysis" der US-Militärgeschichte der letzten Jahrzehnte "eine Geschichte dauerhafter professioneller Unfähigkeit" attestierte. ...<<

18.01.1991

BRD: Die CDU-Bundestagsabgeordnete Angela Merkel (seit 2005 Bundeskanzlerin der CDU-CSU/SPD-Regierung) wird am 18. Januar 1991 als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt.

25.02.1991

Ungarn: Die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes beschließen am 25. Februar 1991 in Budapest die Auflösung des Militärbündnisses (Ende des sog. "Kalten Krieges").

20.06.1991

BRD: Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten (338 Stimmen für Berlin gegen 320 für Bonn) entscheidet sich am 20. Juni 1991 für den Regierungssitz Berlin (x283/237).

11.12.1991

Niederlande: In Maastricht schließen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.

21.12.1991

UdSSR: Elf von 15 Sowjetrepubliken gründen am 21. Dezember 1991 in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und lösen damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).

25.12.1991

UdSSR: Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow tritt am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.

1991

BRD: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet im Jahre 1991 über den ehemaligen sowjetischen Chefhetzer Ilja Ehrenburg (1891-1967) und bezeichnet ihn als "einen der aktivsten" und "markantesten Kriegspropagandanisten".

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Ilja Ehrenburg (x046/151): >>... Anläßlich seines 100. Geburtstages 1991 ließen es sich führende deutsche Tageszeitungen nicht nehmen, seiner ehrend zu gedenken, seine "sprudelnde Schreiblust" hervorzuheben, ihn als einen "Meister der Satire" als einen "Suchenden nach den Ursprüngen des Bösen" zu apostrophieren und seine "grandiosen Panoramabilder " zu bewundern.

Vergeblich sucht man nach nur einem Wort der Erklärung für die verbrecherische Wirksamkeit Ehrenburgs während der Kriegszeit, die doch gerade für unzählige deutsche Männer, Frauen und Kinder so entsetzliche Konsequenzen gehabt hatte. ...<<

12.11.1992

BRD: Andreas von Schoeler (von 1991 bis 1995 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main) berichtet am 12. November 1992 in der Frankfurter Rundschau (x354/54): >>… Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.<<

01.01.1993

Belgien: Am 1. Januar 1993 tritt in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten).

28.05.1993

BRD: Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärt am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

01.11.1993
Belgien: Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union tritt am 1. November 1993 in Kraft (Gründung der Europäischen Union bzw. EU).
31.03.1994
Belgien: Ungarn beantragt am 31. März 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.
05.04.1994
Belgien: Polen beantragt am 5. April 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.
16.10.1994
BRD: Bei der 13. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 16. Oktober 1994 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 41,5 %, SPD = 36,4 %, FDP = 6,9 %, Bündnis 90/Die Grünen = 7,3 %, PDS = 4,4 %, Sonstige = 3,5 %.<<
Bundeskanzler Kohl bildet später eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.
1994
Österreich: Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnt im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...
Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<
USA: David Rockefeller (1915-2017, gründete 1973 mit Zbigniew Brzezinski und anderen die Geheimorganisation "Trilaterale Kommission") erklärt im Jahre 1994 vor dem UN-Wirtschaftsausschuß (x335/9): >>Wir stehen vor einer globalen Transformation. Alles, was wir brauchen, ist eine große Krise, und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren. …<<
08.05.1995
BRD: Der britische Premierminister John Major erklärt am 8. Mai 1995 in Berlin (x283/232): >>... Vor 50 Jahren erlebte Europa das Ende des Dreißigjährigen Krieges von 1914 bis 1945.<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über Majors Rede (x283/232): >>... So kann man das sehen, denn der 1914 ausgebrochene Konflikt wurde in den Jahren 1919 bis 1939 nur ausgesetzt, er schwelte unter der Decke weiter. Die 1945 zu beklagenden Verheerungen waren kaum geringer als 1648, aber größer war nach dem Ende des Mordens der Einfluß auswärtiger Mächte auf die innerdeutschen Angelegenheiten. Eine Neuordnung stand an.
Auf mehreren Konferenzen – Casablanca und Teheran 1943, Jalta und Potsdam 1945 – entwickelten die siegesbewußten Alliierten Konzepte für die Nachkriegszeit. Am gravierendsten war die von Stalin mit Churchill und Roosevelt vereinbarte Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und die Fixierung dieser neuen Grenze gegen Polen. 14 Millionen Deutsche aus Schlesien, Pommern, Danzig und Ostpreußen verloren ihre Heimat im Land ihrer Vorfahren. Das deutsche Staatsgebiet schrumpfte um ein Viertel gegenüber 1937.<<
22.06.1995
Belgien: Rumänien beantragt am 22. Juni 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.
27.06.1995
Belgien: Die Slowakei beantragt am 27. Juni 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.
Juni 1995
Großbritannien: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 berichtet im

Juni 1995 (x853/...): *>>Die britische Zeitung "Sunday Correspondent"; 16.9.1989 (zitiert in FAZ, 17.9.89):*
"Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.
Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können".<<

September 1995

China: Im September 1995 wird während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es geht damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.

27.10.1995

Belgien: Lettland beantragt am 27. Oktober 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

28.11.1995

Belgien: Estland beantragt am 28. November 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

07.12.1995

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 1995: >>**Sklaven-Nachfahren abgeblitzt**
... Die Klage mehrerer schwarzer US-Bürger auf Schadenersatz für die Zeit der Sklaverei ist gescheitert. Ein Berufungsgericht in San Francisco (Kalifornien) kam zu dem Ergebnis, daß es nicht Sache der Justiz, sondern des Washingtoner Kongresses sei, über mögliche Entschädigungen zu entscheiden. Die Sklaverei in den USA war 1865 abgeschafft worden.
Die Kläger hatten von der US-Regierung 100 Millionen Dollar Entschädigung für das von ihren Vorfahren erlittene Unrecht verlangt. Sie forderten außerdem eine öffentliche Entschuldigung.
Das dreiköpfige Richtergremium in San Francisco nannte in einer schriftlichen Erklärung Sklaverei unentschuldbar. "Aber die gesetzgebende Institution ist der angemessene Ansprechpartner für die Beschwerden der Kläger", hieß es in der Begründung. ...
Bundesstaatsanwältin Mary Beth Uitti als Vertreterin der US-Regierung verurteilte die Sklavenhaltung als "böse, moralisch falsch und verabscheuungswürdig". Aber es liege nicht in der Hand der Justiz, über die Frage der Entschädigung zu entscheiden.<<

12.12.1995

Belgien: Litauen beantragt am 12. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

15.12.1995

Spanien: Der Europäische Rat bestätigt am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

16.12.1995

Belgien: Bulgarien beantragt am 16. Dezember 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

19.01.1996

Belgien: Die tschechische Republik beantragt am 19. Januar 1996 den Beitritt zur Europäischen Union.

10.06.1996

Belgien: Slowenien beantragt am 10. Juni 1996 den Beitritt zur EU.

1996

BRD: Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärt im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>… Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<

03.11.1997

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. November 1997: >>**Rußland und Japan auf Weg zum Frieden**

... Die beiden Staaten wollen ihren formal noch bestehenden Kriegszustand beenden. ... Größtes Hindernis sind hierbei 4 Kurilen-Inseln. Sie waren am Ende des Zweiten Weltkrieges von der Sowjetarmee erobert worden, und Japan fordert die Inseln seither zurück.<<

31.03.1998

Belgien: Die EU eröffnet am 31. März 1998 in Brüssel die offiziellen Beitrittsverhandlungen mit Polen, Ungarn, Estland, der Tschechischen Republik, Slowenien und Zypern.

27.09.1998

BRD: Bei der 14. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 27. September 1998 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 35,2 %, SPD = 40,9 %, FDP = 6,2 %, Bündnis 90/Die Grünen = 6,7 %, PDS = 5,1 %, Sonstige = 5,9 %.<<

Nach 16 Jahren wird Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) durch Gerhard Schröder (SPD) abgelöst. Bundeskanzler Schröder bildet später eine Koalitionsregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

September 1998

BRD: Der türkischstämmige Abgeordnete (Bündnis 90/Die Grünen) Cem Özdemir berichtet im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<

1998

BRD: Im Jahre 1998 beträgt die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhalten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

13.01.1999

BRD: Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigt sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie soll danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wird ab 2000 verboten.

24.04.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. April 1999: >>**"Staatsmann des Jahrzehnts"**

Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ...

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ...

Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<

22.05.1999

BRD: Der Schriftsteller Michael Kleeberg schreibt am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers (1998-2005 Bundesaußenminister) auf Lévys Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zu-

sammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.
Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.
Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<

23.05.1999

BRD: Der SPD-Politiker Johannes Rau (1931-2006) wird am 23. Mai 1999 zum Bundespräsidenten gewählt.

08.01.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 8. Januar 2000 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl (1930-2017, von 1982-1998 Bundeskanzler) (x887/...): >>**Der Sumpf wird immer tiefer**

Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?
Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.
Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. …
In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat. …<<

14.03.2000

Vietnam: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. März 2000: >>**Eine Entschuldigung bringt Cohen nicht mit**

Erstmals seit dem Ende des Vietnam-Krieges vor 25 Jahren ist am Montag mit William Cohen ein US-Verteidigungsminister zu einem Besuch in dem asiatischen Land eingetroffen. Nach US-Angaben sprach Cohen in Hanoi mit seinem Kollegen General Pham Van Tra unter anderem über das Schicksal der noch etwa 2.000 in Vietnam vermißten US-Soldaten. Er kam später auch mit Ministerpräsident Phan Van Kai zusammen.
Cohen hat erklärt, die USA würden sich nicht für den Vietnam-Krieg entschuldigen. In dem 1975 beendeten Konflikt starben etwa 58.000 amerikanische Soldaten und schätzungsweise drei Millionen Vietnamesen. ...
Die USA und Vietnam hatten 1995 wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. 20 Jahre zuvor hatte die hochgerüstete US-Armee den Rückzug aus Vietnam angetreten, wo sie gegen die Guerilla-Kämpfer Ho Chi Minhs unterlegen war. Der Krieg, in dem die USA die Führung Südvietnams gegen den kommunistischen Norden unterstützten, war sowohl in den USA als auch im Ausland auf scharfe Proteste gestoßen. Cohen hatte dennoch bereits vor seiner Ankunft angekündigt, er werde keine Entschuldigung seines Landes für den Vietnamkrieg vorbringen. ...<<

14.04.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. April 2000: >>**Per Losentscheid zur Bundeswehr?**

Armee soll drastisch schrumpfen

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

13.05.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Mai 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...<<

21.06.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen**

Außenminister Joschka Fischer (Grüne) sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. …

Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevenement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. …<<

22.09.2000

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Mündige Bürger als Risiko**

Parteienherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über

zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.
Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. …<<

2000

BRD: Im Jahre 2000 wird das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

27.01.2001

BRD: Der deutsche SPD-Politiker Wolfgang Thierse (von 1998-2005 Bundestagspräsident) erklärt in einer Rede am 27. Januar 2001 (x354/94): >>… Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und die nie vergessen werden darf. Wenn diese Schuld auch nicht übertragbar ist - die Verantwortung, die daraus erwächst, ist sehr wohl übertragbar. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, daß die Vergangenheit stets als Mahnung präsent bleibt. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, daß sie es für immer bleiben.<<

07.10.2001

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Oktober 2001 über die Umerziehung der Deutschen (x354/34): >>**Bayern bezahlt Amerika**
… In vielen Städten wurden Amerikahäuser er richtet oder eingerichtet, zu deren Zwecken die 'reeducation' des deutschen Volkes gehörte. Sie verlief so sanft, daß die meisten Leute sie nicht bemerkten und heutzutage der bayerische Innenminister Beckstein die 'Umerziehung' für eine Erfindung von Rechtsradikalen hält.<<

01.01.2002

Belgien: Das Euro-Bargeld wird am 1. Januar 2002 in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

06.01.2003

BRD: Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtet am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>… Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<

19.03.2003

Irak: Nordamerikanische und britische Truppen greifen in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 den Irak an.

03.08.2003

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 3. August 2003 über ein Interview mit dem deutschen Modedesigner Wolfgang Joop (x354/110): >>… Das übertriebene schlechte Gewissen in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf.
Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich, nur gesprayt, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.<<

21.02.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Februar 2004 (x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:
"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheit-

lichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht. Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<

03.04.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. April 2004 (x887/...): >>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**

Der im Oktober 2003 verstorbene Soziologe Erwin K. Scheuch hatte noch wenige Tage vor seinem Tod in einem Zeitungsinterview davon gesprochen, daß "in der SPD den Linksextremen die Kultur 'zum Fraß vorgeworfen' wird, weil man damit hofft, Handlungsspielraum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gewinnen". Der "Antifaschismus" werde benutzt als "Ablenkungsmanöver für die Linken", damit man "wirtschaftlich und sozial 'rechte' Politik machen" könne. ...

Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...<<

01.05.2004

Belgien: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta treten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.

2004

BRD: Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet im Jahre 2004 über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

10.01.2006

BRD: Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtet am 10. Januar 2006 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Gastprofessur an Elite-Uni**

Fischers neues Leben

Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastprofessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessur an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.

In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik. ...<<

17.09.2007

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 17. September 2007: >>**Integration "Der Islam hat ein Doppelgesicht"**

Wegen ihrer kritischen Haltung zum Islam wurde Hiltrud Schröter immer wieder bedroht. Im

Gespräch mit WELT ONLINE spricht die Autorin über Toleranz, Terrorismus und die Gefahr von Moscheen in Deutschland. Ihre Schlußfolgerung: Der Islam ist nicht mit der Demokratie vereinbar.
Die Autorin und Sozialwissenschaftlerin Hiltrud Schröter aus Frankfurt beschäftigt sich seit gut 20 Jahren mit Islam und Migration. Die 66-Jährige gilt als eine strenge Kritikerin. Die Wissenschaftlerin erhielt wegen ihrer Arbeit bereits mehrere Drohungen und für ihre Studie "Ahmadiyya-Bewegung des Islam" eine Strafanzeige von dieser muslimischen Sekte. Das Strafverfahren wurde allerdings von der Staatsanwaltschaft eingestellt. …
WELT ONLINE: In Ihrem neuen Buch beschäftigen Sie sich mit dem Gesetz Allahs. Sie behaupten darin vehement, die Rechtsordnung des Islam sei generell nicht mit der Demokratie vereinbar. Warum?
Hiltrud Schröter: Unser Grundgesetz folgt dem Grundsatz der Gleichheit, also der Gleichberechtigung. Nach der Scharia dagegen muß Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Darauf fußt etwa die Diskriminierung der Frau im Islam. Eine Folge davon ist auch, daß Nicht-Muslime in islamischen Ländern weniger Rechte und andere Pflichten haben und Menschen zweiter Klasse sind. Religionsfreiheit gibt es nicht. Der Islam hat ein Doppelgesicht.
WELT ONLINE: Inwiefern?
Schröter: Der Islam ist ein totales und totalitäres System. Er ist nicht nur Religion, sondern auch Politik. Er ist eine Politreligion mit Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch. Allah ist der oberste Gesetzgeber und seine Gesetze sind im Koran und damit in der Scharia enthalten. Und im Koran ruft Allah einerseits zu Toleranz und Frieden auf, andererseits verspricht er denjenigen, die mit Gewalt gegen die Ungläubigen kämpfen, das Paradies. Darauf stützt sich der islamische Terrorismus. …
WELT ONLINE: Der Verein, der die Moschee in Hausen plant, spricht davon, einen deutschen Islam einführen zu wollen, der offen und liberal sei.
Schröter: Dann soll er sagen, welche Stellen er aus dem Koran streichen will. Das Problem ist nämlich, daß Muslime das Ziel haben - wenn sie denn dem Gebot Allahs folgen - sobald sie als Minderheit eine gewisse Macht haben, die Scharia einzuführen, erst recht als Mehrheit. Dazu verpflichtet der Koran. Sie täuschen also zunächst die Anpassung vor. Im Koran heißt das taqiya. Innenminister Bouffier nennt das im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2002 "Legalitätstaktik".
WELT ONLINE: Wie soll man mit Muslimen umgehen? Welche Konsequenzen fordern Sie?
Schröter: Ich trenne ganz deutlich zwischen Menschen und dem Islam als System. Das zeigt besonders gut mein Buch "Mohammeds deutsche Töchter". Aber wenn ein Muslim hier islamische Gesetze einführen will, dann lehne ich das ab. Das wichtigste ist, aufzuklären, daß der Islam auch totalitär ist.
WELT ONLINE: Das heißt, Sie würden den Neubau von Moscheen verbieten lassen?
Schröter: Moscheen sind ja keine "Gebetshäuser" und "Kirchen", wie oft naiv behauptet wird, sondern politische Zentren. Großprojekte wie in Köln und Hausen lehne ich ab, weil sie Demonstrationen islamischer Macht sind, die die Weltherrschaft anstrebt.
WELT ONLINE: Warum sind Sie so rigoros mit Ihrem Urteil?
Schröter: Meine Generation hat diese Suppe hierzulande eingebrockt. Ich kann die Folgen, die auf unsere Kinder und Enkelkinder zukommen, nicht verantworten: nämlich ein drittes totalitäres System nach Faschismus und Kommunismus und die Wiederkehr des Patriarchalismus.<<

13.12.2007

Portugal: Die 27 EU-Staaten unterzeichnen am 13. Dezember 2007 den Vertrag von Lissa-

bon. Dieser Vertrag soll die EU angeblich transparenter, demokratischer und effizienter gestalten.

01.12.2009

Belgien: Der Vertrag von Lissabon tritt am 1. Dezember 2009 in Kraft.

27.02.2010

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. …

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. Er habe in seinem politischen Leben "noch nie einen so katastrophalen Start einer Regierung in Deutschland erlebt". Schwarz-Gelb sei "die schwächste Regierung, die wir je hatten". "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel (CDU) "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". …<<

20.05.2010

BRD: Der deutsche CSU-Politiker Horst L. Seehofer (seit 2008 bayerischer Ministerpräsident) erklärt am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>… Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

07.12.2010

BRD: Altbundeskanzler Helmut Schmidt erklärt am 7. Dezember 2010 in einem Handelsblatt-Interview (x354/43): >>… Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen - für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.<<

2010

BRD: Der SPD-Politiker Günter Verheugen (1999-2010 EU-Kommissar) erklärt im Jahre 2010 in der ZDF-Talkshow "Maybrit Illner" (x353/77): >>… Wir sollten bitte nicht vergessen - dieses ganze Projekt "Europäische Einheit" ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei (sic!), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, daß das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach 10 Jahren Brüssel sagen: das spielt jeden Tag noch, jeden Tag noch eine Rolle.<<

11.03.2011

Japan: Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutet am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertrinken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignet sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden muß.

19.03.2011

Libyen: Am 19. März 2011 beginnt der Libyenkrieg (Kriegsende: 23. Oktober 2011). Während des Krieges führt die NATO etwa 10.000 Angriffsflüge durch, die etwa 70.000 Bombenopfer fordern.

22.04.2011

Syrien: In zahlreichen syrischen Städten ereignen sich am 22.April 2011 große Demonstrationen Präsident Assad. Während der gewaltsamen Auseinandersetzungen werden vermutlich über 70 Demonstranten getötet.

Mai 2011

BRD: Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtet im Mai 2011 über die EU (x869/...): >>**Der Zahlmeister**

Warum die EU schon vor dem Euro ein teurer Spaß war

... Im Prinzip handelt es sich bei der EU der aktuell 27 Mitglieder um eine Zweiklassengesellschaft: auf der einen Seite die Nettozahler, auf der anderen die Nettoempfänger. Es findet ein Wohlstandstransfer statt. Was die einen bekommen, fehlt den anderen. ...

Auf diese Weise mußten die Deutschen im Zeitraum 1976 bis 2008 insgesamt 170 Milliarden Euro (in D-Mark fast das Doppelte) für eine angeblich gute Sache opfern, die von den Politikern europäische Solidarität genannt wird. Da D-Mark und Euro im Laufe der Zeit arg inflationiert wurden, weil es sich um ungedeckte Papierwährungen handelte, ist der Betrag natürlich erheblich höher, wenn man ihn kaufkraftbereinigt. Professor Willeke unterstellt eine Inflationierung von 50 % und kommt so auf 255 Milliarden seit 1976 - in Preisen des Jahres 2010. ...<<

30.06.2011

BRD: Der deutsche Bundestag beschließt am 30. Juni 2011 den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.

24.09.2011

BRD: Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtet am 24. September 2011: >>**Die wahre Schuldenlast**

Deutschlands große Lüge

Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000.000.000.000 (2.000 Milliarden) Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.

... Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.

Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen. ...

Doch selbst die gewaltige Summe von zwei Billionen Euro ist im Grunde nur die Spitze des Eisbergs. Die wahre Staatsverschuldung ist weit höher. Die amtlichen Statistiken erzählen nur einen Teil der Wahrheit.

Denn die deutschen Sozialkassen sind riesige Verpflichtungen eingegangen, die in der Zukunft zu hohen Ausgaben führen werden, ohne daß dafür Kapital angespart wurde. Auf mehr als 4,8 Billionen Euro oder 185 Prozent des BIP kalkuliert der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen des Staates, insbesondere der Sozialversicherungen. ...

Doch auch damit ist es nicht genug. Obendrauf kommen noch die zahlreichen Verpflichtungen, die wir zur Bekämpfung der Finanzkrise eingegangen sind und noch eingehen.

Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, beziffert das Risiko, das wir mit offenen und versteckten Hilfen für die wankenden Euro-Peripheriestaaten eingegangen sind, auf 379 Milliarden Euro. Gingen Euro-Staaten in Serie pleite, wäre das der Betrag, mit dem Deutschland zur Kasse gebeten würde – wenn bis dahin das Volumen des Rettungsschirms nicht weiter aufgestockt wurde. ...<<

16.10.2011

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 16. Oktober 2011: >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**

von Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister)

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid ver-

pflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.
In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt "drei Briefe" an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden. …<<

04.11.2011

BRD: Der deutsch-türkische Journalist Denize Yücel (1973 als Sohn türkischer Migranten in Flörsheim am Main geboren, leuchtendes Beispiel für "gelungene Integration") schreibt am 4. November 2011 in dem großen Nachrichtenportal der Berliner Tageszeitung "taz": >>**Kolumne Geburtenschwund**

Super, Deutschland schafft sich ab!

In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.
Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!
Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt, sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten - auch das der geringste Wert in Europa.
Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und leisten ihren (freilich noch steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben. …
Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen ("totaler Krieg", "Vollkornbrot"); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet. …
Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben …
Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln?
Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.<<

14.11.2011

BRD: Das Onlinemagazin "Telepolis" berichtet am 14. November 2011 über die Konferenzen der Bilderberger (x335/9): >>… Ein weiterer besorgniserregender Punkt ist die Teilnahme

von Politikern, bevor sie in hohe Ämter gewählt werden. 1991 wurde Bill Clinton von seinem Freund Vernon E. Jordan jr. bei Bilderberg eingeführt. 1992 wurde er Präsident der USA. 1993 nahm Tony Blair an der Bilderberg-Konferenz teil. 1994 wurde er Spitzenkandidat von New Labour. Manche sagen, die Bilderberger würden Präsidenten und Regierungschefs "machen", andere meinen, die Leute aus dem Bilderberg-Kreis hätten eben die Kontakte und das richtige Gespür für die "kommenden" Leute. Nicht zuletzt gibt es eine erstaunliche Kontinuität darin, daß alle NATO-Generalsekretäre der letzten 30 Jahre regelmäßige Bilderberg-Teilnehmer waren.<<

18.11.2011

USA: Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schreibt am 18. November 2011 in der "New York Times" über die europäische Einigung (x347/338): >>Wir können eine politische Union nur durch eine Krise erreichen. … Was wir mit der Fiskalunion bezwecken, ist ein kurzfristiger Schritt für die Währung. Längerfristig benötigen wir die politische Union. …<<

08.12.2011

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

In diesen Zeiten der Schuldenkrise geschehen bemerkenswerte Dinge. Gemeint ist nicht das, was täglich in den Nachrichten rauf und runter läuft.

Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."**

Deswegen sei der Versuch, in der europäischen Einigung, "eine neue Form von governance zu

schaffen". In dieser neuen Form gebe es dann halt nicht eine politische Ebene, die für alles zuständig sei und, gestützt auf "völkerrechtliche Verträge, bestimmte Dinge auf andere überträgt". Nein, so stellt sich Schäuble die Zukunft Deutschlands und Europas nicht vor. ...<<

29.05.2012

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 29. Mai 2012 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen**

Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.

Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.

Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents. …

Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<

10.04.2013

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 10. April 2013 (x892/…): >>**Deutsche sind die ärmsten Europäer**

Lange wurden diese Daten der Europäischen Zentralbank von der EU-Kommission zurückgehalten, vermutlich weil sie politisch unkorrekt sind und die Deutschen die Frage aufwerfen könnten, warum sie eigentlich den Südeuropäern helfen sollen, die viel reicher sind. Nach diesen Daten sind die Deutschen die ärmsten Europäer.

Der Pleitestaat Zypern ist bei den privaten Vermögen hingegen auf dem zweiten Platz, direkt hinter den reichsten Luxemburgern und noch vor Malta. Zugrunde gelegt wird dafür das sogenannte Median. Dies bedeutet, daß der Betrag so berechnet ist, daß eine Hälfte aller vorkommenden Werte höher, die andere Hälfte niedriger liegt. Diese Zahlen sind aussagekräftiger als Durchschnittsvermögen.

Beim Durchschnittsvermögen wird das gesamte Vermögen eines Volkes durch die Anzahl der Einwohner geteilt. Auch hier ist übrigens Deutschland eher im unteren Drittel. Beim Bruttojahreseinkommen auf der Grundlage des Medianwertes liegt Deutschland fast gleichauf mit Zypern.

Beim Nettovermögen der Haushalte liegt in der EU liegt Deutschland auf dem letzten Platz und zwar so gar mit deutlichem Abstand vor dem zweitletzten, nämlich der Slowakei. Das Durchschnittsmedianvermögen in den EU-Staaten beträgt 109.000 Euro, in Deutschland liegt dieser Wert bei 51.000, bei der Slowakei bei 61.000 Euro und in Zypern bei 267.000 Euro.

Auch in anderen Bereichen, die untersucht wurden, wie dem Wohneigentum, liegt Deutschland weit hinter anderen Staaten. So gibt es in keinem anderen EU-Land weniger Hausbesitzer als in Deutschland. …<<

Juni 2013

BRD: Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Bot-

schafter in Rom) berichtet im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>**Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?**

... Die Deutschen ärmer als andere EU-Bürger

Eine von der Europäischen Zentralbank in Auftrag gegebene und im April 2013 veröffentlichte Untersuchung zeigt zudem, daß die Deutschen im Schnitt ärmer sind als die meisten anderen EU-Bürger. Das gilt sogar für die Krisenstaaten: Spanien, Italien, Griechenland, auch Zypern. ...

Warum sollten die Deutschen neue, schwere finanzielle Lasten zur EURO-Rettung schultern, bevor nicht die anderen, reicheren EU-Bürger in den Krisenstaaten ihren Beitrag geleistet haben? ...<<

04.08.2013

BRD: Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtet am 4. August 2013 über den deutschen Politiker Gregor Gysi (1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter, DIE LINKEN): >>**"Das ist mir alles zu lahm"**

… Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, PRISM, Tempora, X-Keyscore, das sind kryptische Kürzel, die vor kurzem niemand kannte. Jetzt stehen sie in den Schlagzeilen. Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht, weil man ja jeden Tag was Neues erfährt, und das ist dann immer so, daß das so ein Zyklus ist, bei dem plötzlich die Faktenlage sich verändert, verschiebt. Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt.

Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. …<<

20.08.2013

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 20. August 2013 (x892/…): >>**Euro-Umverteilung zu Lasten der Rentner und Sparer**

Das Bundesfinanzministerium und Herr Schäuble sind glücklich. Von 2010 bis 2014 muß es 41 Milliarden Euro weniger an Zinsen zahlen. Dieses Geld wird durch die Niedrigzinspolitik bei höherer Inflation den Rentnern, den Sparern und vielen anderen Bürgern durch den Staat und seine Eurorettung geklaut. Man kann den Staat aber nicht wegen dieses Diebstahls verklagen.

Die Rendite für Sparer, die ihr Geld zur Alterssicherung in Lebensversicherungen oder anderen Anlagen zurücklegen, beträgt null. Die Inflation, obgleich bisher noch moderat, frißt gleichzeitig erhebliche Teile des Vermögens der Bürger auf. Was übrig bleibt, wird vom Staat durch immer höhere Steuern dem Bürger geklaut. Sozialisten und Kommunisten aller Schattierungen planen schon weitere Steuererhöhungen. …<<

25.05.2014

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl (1930-2017, von 1982-1998 Bundeskanzler): >>… Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen eu-

ropäischen Krieg anzetteln könnten. …<<

17.10.2014

USA: Die "New York Times" berichtet am 17. Oktober 2014 über das "US-Imperium" (x342/10): >>… "So funktioniert die Welt nicht mehr", fuhr (der hochrangige Berater George W. Bushs) fort. "Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir einschreiten, erschaffen wir unsere eigene Realität. Und während Sie diese Realität noch analysieren - so umsichtig wie Sie wollen - schreiten wir wieder ein, schaffen andere, neue Realitäten. Die können Sie auch analysieren, und so werden die Dinge laufen.

Wir sind die Akteure der Geschichte … und Sie, Ihr alle, könnt einfach nur analysieren, was wir tun".<<

24.05.2015

BRD: Der deutsche Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN) erklärt in einem Online-Video vom 24. Mai 2015 (x354/82): >>… Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.<<

13.07.2015

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Juli 2015 über eine Rede des deutschen CDU-Politikers Wolfgang Schäuble vom 18.11.2011 in Frankfurt: >>**Ein Staat im Wachkoma**

… Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, amerikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." …<<

21.07.2015

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 21. Juli 2015 (x892/…): >>**"Linkssprechung" setzt sich weiter durch**

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Eltern die ihre Kinder, wie im Grundgesetz vorgesehen, selbst erziehen wollen, dürfen dafür vom Staat keine finanzielle Unterstützung bekommen. Diese Unterstützung steht nur Eltern zu, die ihre Kinder der staatlichen Zwangserziehung in KITAS und sonstigen Einrichtungen überlassen.

Das Bundesverfassungsgericht hat heute Vormittag zur großen Freude der vereinigten Linken das Betreuungsgeld als verfassungswidrig gekippt. Zur Begründung führte das Gericht das lächerliche Argument, ein solches Gesetz sei nicht in der Kompetenz des Bundes. Gleichzeitig ist der massive, mit gewaltigen Milliarden betriebene Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung in KITAS aber durchaus Aufgabe des Bundes. …<<

06.09.2015

BRD: Die Tageszeitung "Westfälische Nachrichten" berichtet am 6. September 2015: >>**Flüchtlinge - Deutschland öffnet seine Grenzen**

Dank einer Ausnahmeregelung sind am Wochenende weit mehr als 10.000 Menschen aus Ungarn über Österreich nach Deutschland gekommen – bis zum späten Sonntagabend wurden insgesamt mehr als 20.000 erwartet.

Sie saßen zuvor zum Teil tagelang in Ungarn fest. Bei ihrer Ankunft in Deutschland waren viele entkräftet. Hunderte Menschen – etwa am Hauptbahnhof in München – empfingen die Flüchtlinge mit Applaus.

Zuvor hatte sich die Lage in Ungarn weiter zugespitzt. Am Budapester Ostbahnhof hatten Tausende tagelang kampiert. Viele von ihnen machten sich zu Fuß in Richtung österreichische Grenze auf. Angesichts der dramatischen Situation vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr österreichischer Amtskollege Werner Faymann in Absprache mit der ungarischen Regierung eine Ausnahmeregelung. Demnach durften die Flüchtlinge ohne bürokratische Hürden und Kontrollen einreisen. Wien verwies auf eine "Notlage" an der ungarischen Grenze. ...<<

09.10.2015

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Oktober 2015: >>**Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper**

Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist.

Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben. …<<

16.10.2015

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 16. Oktober 2015: >>**Kosten von bis zu 30 Milliarden Euro, jedes Jahr**

Deutschlands Top-Volkswirte warnen: Die Republik wird sich bei der Flüchtlingskrise übernehmen. Ökonom Fuest rechnet mit Milliarden-Kosten. Dadurch könnten die Steuern um sechs Prozent steigen.

Die Flüchtlingskrise hat das Land fest im Griff. Die Sorgen in der Bevölkerung und in der Politik sind groß: Schaffen wir das? Können wir so viele Flüchtlinge aufnehmen? Können wir die Hilfesuchenden in den Arbeitsmarkt integrieren? Und wie teuer wird das alles? ...<<

01.11.2015

BRD: Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. November 2015: >>**Europa in der Flüchtlingskrise: Merkel destabilisiert Deutschland und Europa**

Angela Merkels Flüchtlingspolitik bedeutet den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik. Mit ihrem Vorgehen nimmt die Bundeskanzlerin das Ende des Westens vorweg.

"Es liegt nicht in unserer Macht, wie viele nach Deutschland kommen." In diesem lapidar klingenden Satz der Bundeskanzlerin stecken eine verblüffende Kapitulation und zugleich ein kühner Aufbruch. Er enthält den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik - die Kontrolle über das Staatsgebiet und das Staatsvolk. In seiner Totalität bedeutet er, daß das Deutschland, das wir kennen, vergehen wird. Und zugleich erkennt er an, was sozial bewegte Christen und linke Internationalisten schon lange voraussagen: daß sich der Widerspruch zwischen einem kleinen Teil der Welt, der friedlich und wohlhabend ist, und einem großen Teil, in dem Armut und Gewalt herrschen, nicht ewig wird aushalten lassen.

Die Frau, die immer auf Sicht gefahren ist, scheint plötzlich den ganz weiten Horizont in den Blick zu nehmen. Ihrer Wende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik liegt ein Geschichtsdeterminismus zugrunde, der von einem unaufhaltsamen Epochenwechsel ausgeht und diesen

beschleunigt, wenn nicht vorwegnimmt. …<<

03.11.2015

BRD: Die "Deutschen Wirtschafts Nachrichten" (DWN) berichten am 3. November 2015: >>**Merkel total überfordert: Kanzlerin stürzt Deutschland ins Chaos**

Angela Merkel schickt immer gespenstischere Botschaften in die Welt: Deutschland müsse seine Grenzen offen halten, um einen Krieg in Europa zu verhindern. Damit schürt sie Panik und Angst. Die Idee, die Flüchtlinge in kollektive Abschiebe-Lager zu pferchen, ist Wahnsinn. ...

Die katastrophale Situation hat ihren Ursprung in der unverantwortlichen "Einladung" Merkels an alle Flüchtlinge und Einwanderungswilligen. Sie hat diesen Menschen ein millionenfach über das Internet verbreitetes Versprechen gegeben – das sie natürlich nicht halten kann. ...<<

11.11.2015

BRD: Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>… Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<

30.12.2015

BRD: Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost " berichtet am 30. Dezember 2015: >>**1,1 Millionen Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**

Trotz des Winters machen sich in der Türkei weiter Flüchtlinge auf den Weg in die EU. Im Jahr 2015 waren es etwa 1,1 Millionen.

München/Athen. In Deutschland sind in diesem Jahr nach Angaben der bayerischen Staatsregierung fast 1,1 Millionen Flüchtlinge angekommen. ...<<

16.04.2016

BRD: Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtet am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis ...**

"Moscheen sind unsere Kasernen"

Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:

"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."

Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<

14.05.2016

Belgien: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 14. Mai 2016 (x892/…): >>**"Monokulturelle Staaten ausradieren!"**

Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", Frans Timmermans, hat die Katze aus dem Sack gelassen. Während einer Rede während des "Grundrechte-Kolloquiums der EU" (EU Fundamental Rights Colloquium) hat er die Mitglieder des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszuradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität" bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen. Damit werden die Absichten der gesteuerten Masseneinwanderung nach Europa offengelegt. Im Hintergrund steht eine UN-Entschließung, die das-

selbe Ziel weltweit verfolgt. …
Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben."
Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen läßt und seine Vorstellungen so deutlich ausspricht.<<

11.06.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Juni 2016 über den deutschen SPD-Politiker Willy Brandt (1913-1992): >>**USA unterstützten Brandt mit Geld**
Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef, ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.
Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten. …<<

05.08.2016

BRD: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtet am 5. August 2016 (x892/…): >>**Zerstörung der Identitäten**
Es ist das ausdrückliche Ziel der politischen Kaste in Deutschland in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen die persönliche und soziale Identität der Menschen zu zerstören. Der Angriff auf die persönliche Identität wird weltweit mit Hilfe der radikalen und undemokratischen Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie verfolgt. Die Zerstörung der sozialen Identität geschieht durch die "Ausradierung monokultureller Staaten", wie dies wörtlich der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans gesagt hat. Hier einige weitere Zitate, die alle das gleiche Ziel zum Ausdruck bringen:
Nicolas Sarkozy (Nicolas Paul Stéphane Sarközy de Nagy-Bocsa):
"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung! Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung. Es ist zwingend. Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen. Deshalb müssen wir uns wandeln, und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern. Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien und wir werden uns diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!" (Sarkozy am 17. Dezember 2008 in Palaiseau zu führenden EU-Politikern als Vorsitzender des Europäischen Rates.) …
Frans Timmermans im EU-Parlament: Monokulturelle Staaten ausradieren.<<

30.08.2016

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 30. August 2016: >>**Afrikas Bevölkerung wird sich bis 2050 verdoppeln**
Die Bevölkerungszahl Afrikas wird sich bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln. Derzeit leben rund 1,1 Milliarden Menschen auf dem Kontinent. In 34 Jahren sollen es dann rund 2,5 Milliarden sein, berichtet das amerikanische "Population Reference Bureau" (PRB).
Im gleichen Zeitraum soll die Einwohnerzahl Europas um zwölf Millionen auf 728 Millionen zurückgehen. …
Hohe Geburtenzahlen in der Subsahara
Weltweit halte der Trend zu steigenden Bevölkerungszahlen jedoch an. "Obwohl die Geburtenraten auf der ganzen Welt zurückgehen, bleibt davon auszugehen, daß uns das Bevölke-

rungswachstum weiterhin auf die zehn Milliarden zutreibt", betonte Jordan mit Blick auf die derzeit etwa 7,4 Milliarden Erdbewohner.
Vor allem in den Staaten der Subsahara wird die Einwohnerzahl wegen der hohen Fertilitätsraten steigen. …
Die Bevölkerung Deutschlands soll bis 2050 von 82 auf 81 Millionen sinken.<<

30.09.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 2016: >>**Sarkozy beleidigt politische Freunde**

Ex-Berater veröffentlicht Mitschnitte von Gesprächen des früheren Präsidenten ...
Auch aus einer Unterhaltung Sarkozys mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert Buisson. Sarkozy soll scherzhaft zu ihr gesagt haben: "Ich bin der Kopf, Sie sind die Beine." Die Kanzlerin antwortete demnach unter Anspielung auf die deutsche Finanzkraft in Europa: "Nein, ich bin die Bank." ...<<

31.10.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. Oktober 2016: >>**Niedrigzinsen kosten Bürger Milliarden**

Deutschlands Sparern gehen durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank alljährlich mehrere Milliarden Euro verloren. Die jährlichen Zinsgutschriften auf Spareinlagen sind von 2009 bis 2015 auf ein Drittel ihrer früheren Höhe geschrumpft - von 13,8 auf 4,4 Milliarden Euro, wie aus den in den Monatsberichten der Bundesbank veröffentlichten Zahlen hervorgeht.
Die großen Gewinner hingegen sind Bund und Länder: Die Ausgaben für die Schuldzinsen sind stark geschrumpft - allein der Bund zahlte 2015 fast 15 Milliarden Euro weniger als 2009 ...<<

15.12.2016

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Dezember 2016: >>**4,7 Millionen Muslime**

Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime hat sich von 2011 bis 2015 um rund 1,2 Millionen erhöht. ...<<

02.08.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. August 2017: >>**Milliardengeschäft Asylindustrie**

Die Asyl-Masseneinwanderung ist ein Milliardengeschäft. Für die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Asyl-Immigranten sind allein im Bundeshaushalt 21,6 Milliarden Euro für 2016 und 21,3 Milliarden im laufenden Jahr veranschlagt. Die Länder planen mit zusammengenommen 19,8 Milliarden Euro für 2016 und 15,6 Milliarden für 2017.
Abzüglich der Ausgleichszahlungen des Bundes zur Entlastung der Länder und Kommunen ergibt sich die stolze Summe von 62,2 Milliarden Euro für zwei Jahre.
Die kumulierten Kosten werden für das nächste Jahrzehnt von einigen Wirtschaftsinstituten auf bis zu 55 Milliarden Euro jährlich geschätzt.
Die tatsächlichen Asylkosten liegen noch höher. Die Ausgaben der Kommunen werden von den Ländern nicht vollständig übernommen. Rund 700.000 Asyl-Immigranten sind nach Abschluß ihrer Verfahren bereits im Hartz-IV-System gelandet; Hunderttausende werden noch folgen. Der Familiennachzug wird die Zahl der Transferempfänger zusätzlich hochtreiben. Folgekosten wie höherer Aufwand für Polizei, Justiz, Infrastruktur, Wohnungsbau und Verwaltung sind in der Rechnung noch gar nicht enthalten.
Die direkten Zahlungen an Asylbewerber sind nur ein kleiner Teil dieser Ausgaben. Der Löwenanteil geht an ein Netzwerk von Asylprofiteuren: Unterkunftsbetreiber, Sozialdienste, Betreuer, Caterer, Sicherheitspersonal, Rechtsanwälte, Dolmetscher, Bauunternehmen, Handwer-

ker, Lieferanten von Material und Einrichtung usw.
Das Geld, das den Bürgern dafür entzogen wird, fehlt an anderer Stelle. …<<

30.08.2017

BRD: Die Zeitschrift "Stern" berichtet am 30. August 2017: >>**Bundesanwaltschaft weist 1.000 Strafanzeigen gegen Merkel wegen "Hochverrats" ab**

Seit dem Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 sind bei der Bundesanwaltschaft mehr als 1.000 Strafanzeigen wegen "Hochverrats" gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingegangen. Daran sollen AfD-Anhänger maßgeblich beteiligt sein.
Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind nach einem Zeitungsbericht seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 mehr als 1.000 Strafanzeigen gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen Hochverrats eingegangen. "Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", sagte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen". …<<

16.11.2017

BRD: Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtet am 16. November 2017: >>**"Das ist unfaßbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern**

Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. …

Strukturelle Mängel an der Spitze?

"Das ist unfaßbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der Verteidigungsexperte.
"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt." …<<

07.12.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 7. Dezember 2017 über den deutschen SPD-Politiker Martin Schulz: >>**SPD-Parteitag stimmt für Gespräche mit der Union**

… In seiner Parteitagsrede forderte Schulz die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025. "Ich will, daß es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft", sagte der frühere Präsident des Europaparlaments. …
Kritik an Schulz` Thesen zur Europapolitik kam aus der CSU. "Man muß jemanden, der die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025 fordert, der damit die Auflösung der Nationalstaaten in den kommenden sieben Jahren will und der alle, die sich diesem Diktat nicht beugen wollen, aus der EU rausschmeißen will, wohl als einen Europaradikalen bezeichnen", sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt laut einem Bericht der *Welt*.<<

16.12.2017

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 16. Dezember 2017: >>**Zum Schaden Deutschlands**

von Bruno Bandulet

… Jean-Claude Juncker … möchte den mit 700 Milliarden ausgestatteten Euro-Rettungsschirm ESM in einen "Europäischen Währungsfonds" umwandeln. Auch der könnte nicht mehr tun, als im Krisenfall Kredite zu vergeben. Nur würden dann nicht mehr die nationalen Regierungen federführend sein, sondern die EU-Kommission könnte vorschlagen, wer wieviel Geld bekommt. Ein kräftiger Machtzuwachs für Brüssel, der praktisch keine Aussicht auf Verwirklichung hat, weil alle Regierungen und Parlamente zustimmen müßten.

Macron reklamiert Führungsrolle für Frankreich in der EU
Das Problem besteht nicht darin, daß Macron eine europäische Strategie hat, sondern darin, daß Berlin keine hat. Er versucht, die Deutschen vor sich herzutreiben, und dabei käme ihm nichts mehr gelegen als eine Große Koalition unter Merkel. Apropos SPD: Erst im vergangenen März erwärmte sich auch Sigmar Gabriel dafür, den deutschen Steuerzahler zur Ader zu lassen ("Wir sollten mehr für Europa zahlen") und verstieg sich zu der nebulösen Behauptung: "Jeder Euro, den wir also für den EU-Haushalt zur Verfügung stellen, kommt - direkt oder indirekt - mehrfach zu uns zurück."
Wenn das so wäre, könnte Deutschland den aus der EU gezogenen Nutzen mühelos multiplizieren, wenn nicht wie 2016 netto 13 Milliarden Euro an Brüssel abgeführt werden, sondern ein Mehrfaches davon.
Im übrigen wird Macron in Deutschland mißverstanden. Er ist keineswegs der Meinung, daß Frankreich zum höheren Nutzen Europas französische Souveränität und französische Interessen opfern müsse. In einem immer noch lesenswerten Interview mit dem Spiegel vom 14. Oktober reklamierte Macron für Frankreich die Führungsrolle in der EU, verbunden mit dem dezenten Hinweis, daß Frankreich als Atommacht und als ständiges Mitglied im Uno-Sicherheitsrat eine "besondere Stellung" innehabe.
Beides mit den Deutschen oder den anderen Europäern zu teilen, käme ihm nicht in den Sinn. Europäer zu sein, so Macron, bedeute ja nicht, seine Unabhängigkeit und seine eigene Diplomatie aufzugeben. Und dann ließ er die Katze aus dem Sack: "Deutschland will keine Finanztransfers. Dieses alte Denken aber müssen wir hinter uns lassen." Man tut Macron nicht unrecht, wenn man ihm unterstellt, er wolle Deutschlands Finanzkraft anzapfen. …<<

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

> Noch sitzt Ihr da oben, Ihr feigen Gestalten. Vom Feinde bezahlt, und dem Volke zum Spott! Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten, dann richtet das Volk, dann gnade Euch Gott!
> *Theodor Körner (1791-1813, deutscher Dichter)*

Erich Honecker (Staats- und Parteichef der DDR) stattete der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis zum 11. September 1987 einen offiziellen Staatsbesuch ab.
Erich Honecker betonte damals während seiner Rede in Bonn (x092/1136): >>Die Entwicklung unserer Beziehungen ... ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet und sie bedeuten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser ...
Wenn wir gemeinsam hinwirken, ... dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vereint.<<
Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformer galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.
Die sowjetische Regierung beschloß am 27. Juli 1989, daß die 3 baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen ab 1990 wirtschaftliche Autonomie erhalten sollen.
Am 11. September 1989 ließ die ungarische Regierung die Grenzen nach Österreich öffnen. Danach flohen innerhalb von 3 Tagen rund 15.000 DDR-Bürger nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik (x175/820).
In Leipzig wurde am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilneh-

mer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.
Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anläßlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...).
In Leipzig duldete die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern ("Wir sind das Volk - keine Gewalt ...").
Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.
Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.
Während dieser Demonstration am 4. November 1989 hielten bekannte Persönlichkeiten auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz leidenschaftliche Ansprachen (x298/242): >>... (Stefan Heym, Schriftsteller:) Liebe Freunde, Mitbürger, es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen. Den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit. Welche Wandlung! (Klatschen)
Vor noch nicht 4 Wochen die schön gezimmerte Tribüne hier um die Ecke mit dem Vorbeimarsch, den Bestellten vor den Erhabenen! (Applaus)
Und heute – heute Ihr, die Ihr Euch aus eigenem freien Willen versammelt habt, für Freiheit und Demokratie und für einen Sozialismus, der des Namens wert ist. ...
Einer schrieb mir, und der Mann hat recht, wir haben in den letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen. (Applaus)
Und das, Freunde in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen danebengegangen waren. Und wo die Leute immer gekuscht haben. Unter dem Kaiser. Unter den Nazis. Und später auch. (Starker Applaus)
Aber sprechen, frei sprechen, gehen, aufrecht gehen – das ist nicht genug. Laßt uns auch lernen zu regieren. (Applaus)
Die Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen, oder ein paar weniger oder eines Apparates oder einer Partei. (Starker Applaus)
(Christa Wolf, Schriftstellerin:) Zu Huldigungsvorbeizügen ... werden wir keine Zeit mehr haben. (Starker Applaus)
Dies ist eine Demo, genehmigt, gewaltlos. Wenn sie so bleibt bis zum Schluß, wissen wir wieder mehr über das, was wir können. Und darauf bestehen wir dann. (Starker Applaus)
Ein Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei. (Zurufe, Klatschen, starker Applaus)
Alles nicht von mir. Das ist literarisches Volksvermögen. Unglaubliche Wandlung. Das Staatsvolk der DDR geht auf die Straße, um sich als Volk zu erkennen. Und dies ist für mich der wichtigste Satz dieser letzten Wochen – der tausendfache Ruf: Wir sind das Volk! (Starker Applaus)
Eine schlichte Feststellung, und die wollen wir nicht vergessen. (Applaus)
(Steffie Spira, Schauspielerin:) Ich wünsche mir für meine Enkel, daß sie aufwachsen ohne Fahnenappell, ohne Staatsbürgerkunde, und das keine Blauhemden mit Fackeln an den hohen Leuten vorbeigehen. (Starker Applaus)
Ich habe noch einen Vorschlag: Aus Wandlitz (Waldsiedlung der führenden SED-Politbüromitglieder) machen wir ein Altersheim! (Starker Applaus)
Die über 60- bis 65jährigen können jetzt schon dort wohnen bleiben, wenn sie das tun, was ich jetzt tue – Abtreten! (Starker, langanhaltender Applaus) ...<<
Die SED-Führung (Egon Krenz) verkündete am 9. November 1989 die Grenzöffnung nach Westdeutschland und West-Berlin.

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Juni 2009) über die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert? ...**

Kontinuitäten

... 1989/1990 konnte das kurze Zeitfenster genutzt und die staatliche Einheit Deutschlands unter den einmalig günstigen Umständen wieder hergestellt werden. Die friedliche Revolution der ostdeutschen Bevölkerung von 1989 schuf eine Voraussetzung. Allein entscheidend war sie aber nicht. Die außenpolitischen Kontinuitäten und Interessendifferenzen traten offen zutage. Die deutsche Einheit war kein Selbstläufer, es gab Widerstände.

Vor allem von britischer Seite. Frau Thatcher tat so ziemlich alles, was in ihrer Macht stand, um die Wiedervereinigung zu verhindern. Frankreichs Präsident handelte hinter den Kulissen ebenso. Noch in letzter Minute versuchte er u.a. mit einer Reise nach Kiew und einem dortigen Treffen mit Kreml-Chef Gorbatschow den Lauf der Dinge zu bremsen, um Zeit zu gewinnen und die Entwicklung zu steuern. Allerdings fehlte den ehemaligen Entente-Mächten Großbritannien und Frankreich wie 1918/1919 der Partner im Osten.

Wie Ende des Ersten Weltkriegs war Rußland handlungsunfähig. 1917 hatte die russische Revolution für einige Jahre ein Machtvakuum verursacht. Siebzig Jahre später begann die Sowjetunion ab 1987/1988 zu erodieren und implodierte Anfang der 90er Jahre völlig. Moskau war in dieser Situation nicht imstande und nicht mehr willens, die Entwicklung in Mitteleuropa zu steuern oder aufzuhalten. Rußland zog sich nach der Überspannung und Überbeanspruchung seiner Kräfte in der Sowjetzeit freiwillig hinter seine Grenzen zurück.

Ausschlaggebend für den Erfolg des deutschen Strebens nach Wiedervereinigung waren die USA. Die Weltlage hatte sich seit 1914 in der Tat dramatisch verändert. Die europäischen Mächte waren nicht mehr allein Herr der Entscheidungen. Schon im Ersten Weltkrieg hatten die USA mit ihrem Kriegseintritt 1917 den Ausschlag für den Kriegsausgang zugunsten der Entente gegeben. Im Zweiten Weltkrieg wurden sie im Westen absolut dominant und die Briten sahen sich gezwungen, der US-Politik als Juniorpartner zu folgen. Nach 1945 entstand ein Patt zwischen den USA und der Sowjetunion, das bis 1989/1990 hielt.

Die USA wurden mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion alleinige Weltmacht, eine Situation, die sie tatkräftig zur Zurückdrängung Rußlands nutzten. Im Kontext dieser Entwicklung sahen die USA die Möglichkeit, ihre Interessen über die deutsche Wiedervereinigung zu fördern. Der Gleichklang deutscher und amerikanischer Interessen in Europa war für beide von Nutzen. Dasselbe galt für den Balkan beim Verfallsprozeß Jugoslawiens.

Großbritannien und Frankreich mußten hinnehmen, daß nicht nur die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, die sog. Nachkriegsordnung von 1945 aufgelöst wurde. Mit Jugoslawien zerbrach auch ein wichtiger Teil der Versailler Nachkriegsordnung von 1919. Für Regierungen, die wie Frankreich und Großbritannien ihre Außenpolitik nicht kurzatmig sondern langfristig ausrichten, war diese Entwicklung ein Schlag ins Gesicht.

Gemildert, wenn auch nicht völlig entschärft, wurden die Interessendifferenzen zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und seinen westlichen Nachbarn durch die Europäische Union**.** Seit der Gründung der Montan-Union 1951/1952 und den Römischen Verträgen von 1957 war Westeuropa ökonomisch zusammengewachsen und hatte - wie Rathenau 1914 richtig erwartet hatte - gemeinsame wirtschaftliche Interessen entwickelt.

Die Europäische Union hielt der Belastungsprobe der Umbruchjahre 1989/1990 stand. Ein vielfältiges Beziehungsgeflecht und eine tatkräftige Europapolitik verhinderten Widerstände gegen die deutsche Einheit, wozu es nicht nur aus London und Paris sondern etwa auch aus den Niederlanden und Italien Ansätze gab.

Der gemeinsame Auf- und Ausbau Europas richtete den Blick auf die Zukunft und dämpfte

Befürchtungen, die aus der Vergangenheit kamen. Dazu gehörte die Einführung der gemeinsamen Währung. Auch war Deutschlands Dynamik im Vergleich zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr dieselbe. Die zwei verlorenen Weltkriege hatten deutsches Selbstbewußtsein gekostet. Die demographische Entwicklung war im Gegensatz zur Zeit vor 1914 seit 1970 negativ, was auf längere Sicht zu einem Abbruch der ökonomischen Dynamik führen mußte und geführt hat. Deutschland war im europäischen Sinne "domestiziert". Die Kurzformel lautete: kein "deutsches Europa" sondern ein "europäisches Deutschland". ...

Deutsche Interessen nach 1990

Ein innereuropäischer Interessenausgleich wäre 1989/1990 nicht möglich gewesen ohne die USA. Die Interessen und der Einfluß der USA überlagerten seit Ende des Zweiten Weltkriegs das alt-europäische Machtgefüge. Europa hatte seine beherrschende Weltstellung verloren. Gleichwohl gilt, daß Deutschland in der Kontinuität der großen Linien der Interessendefinition von Walther Rathenau steht: wirtschaftlicher und politischer Ausgleich im Westen mit Frankreich, wirtschaftliche und damit politische Integration Europas und enge wirtschaftliche Kooperation mit Rußland. Das entscheidende Novum ist der Einfluß der außereuropäischen Macht der USA in Europa, der nach dem Zerfall der Sowjetunion noch deutlicher wurde.

Deutsche Politik ist gut beraten, die Interessenkongruenz deutscher und US-amerikanischer Interessen in Europa im Auge zu behalten und zu erhalten. Der Fehler, den deutsche Politik Ende des 19. Jahrhunderts machte, als sie den Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreich nicht verlängerte und damit die russische Unterstützung oder zumindest Neutralität gegen wachsende russische Feindseligkeit eintauschte, darf gut hundert Jahre später nicht gegenüber den USA wiederholt werden.

Es wird, wie im Irak-Krieg 2003, immer wieder unterschiedliche politische Einschätzungen geben. Den deutsch-amerikanischen Grundkonsens sollte aber deutsche Außenpolitik nicht in Frage stellen. Der Schaden für Europa wäre groß. Die Spaltung in "neues" und "altes" Europa von 2003 wäre dann der Vorbote für kommende Zwistigkeiten, die das Projekt Europa zurückwerfen.

Die Beziehungen zu Rußland bleiben für Deutschland von vitalem Interesse. Das legen schon historische Erfahrungen nachdrücklich nahe. Rathenau hatte den Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 kritisiert, bei dem sich die deutsche Oberste Heeresleitung im Verein mit Vertretern radikaler Kriegsziele gegenüber der jungen Sowjetmacht durchgesetzt hatte. Betrachtet man die heutige Lage aus den Sicht Moskaus, so bemerkt man unschwer, daß sie derjenigen von Brest-Litowsk 1918 sehr nahe kommt. Die baltischen Staaten, die Ukraine, Georgien sind als unabhängige Staaten wiederum aus dem russischen Staatsverband heraus gelöst, Finnland und Polen seit 1919 ohnehin.

Rußland ist weit zurückgedrängt. Es beklagt - ähnlich wie das Deutsche Reich nach dem Versailler Vertrag 1919 im Hinblick die Millionen Deutschen in den abgetrennten Gebieten -, daß nunmehr Millionen Russen außerhalb der eigenen Grenzen leben. Allerdings ist dies nicht die Folge eines Diktatfriedens wie in Brest-Litowsk, sondern der freiwilligen Selbstauflösung der Sowjetunion.

Wer mit Rußland langfristig tragfähige Beziehungen pflegen will, sollte dennoch dieses politische Umfeld immer präsent haben. Für die deutsche Politik gilt, daß enge wirtschaftliche Kooperationen mit Rußland, wie sie schon Rathenau gefordert hatte, helfen können. Auch die Frage einer Ausdehnung der NATO und US-amerikanischer Präsenz in Osteuropa ist in diesem Kontext zu sehen und zu bewerten.

Eine Dauerlösung sind entscheidender Einfluß und Präsenz der USA in Europa nicht. Es muß Ziel der Europäer sein, die Probleme in Europa selbst zu lösen. Nach Außen und nach Innen stabilisierend wird der Auf- und Ausbau der Europäischen Union wirken, die über die Ökonomie hinaus zu einem handlungsfähigen Subjekt der internationalen Politik in der entstehen-

den mulipolaren Welt werden muß. In dem Maße wie das gelingt, kann sich Europa von den USA emanzipieren, können die USA in Europa entlastet werden. ...<<
Bürgerrechtler forderten am 26. November 1989, die Eigenständigkeit der DDR zu verteidigen (x303/171): >>... Gewaltfrei durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen. ...
Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, ... in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.
Oder: Wir müssen dulden, daß ... über kurz oder lang die DDR durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.
Laßt uns den ersten Weg gehen!<<
Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 27. November 1989 über ein Gespräch mit dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine.
Im Verlauf dieser Unterredung lehnte es Lafontaine ab, deutsche Spätaussiedler aus Rußland, Rumänien, den deutschen Ostgebieten und der DDR aufzunehmen (x268/186): >>Ist es richtig, daß wir allen Bürgern aus der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien oder anderen Staaten Osteuropas leben – daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Systeme der Bundesrepublik einräumen: Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten? ...<<
Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.
In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).
Das niederländische Wochenmagazin "Elsevier" veröffentlichte am 7. April 1990 ein Interview mit dem polnischen Politiker Lech Walesa (seit Dezember 1990 bis Ende 1995 Staatspräsident) über die polnischen Sorgen nach der deutschen Wiedervereinigung (x309/45): >>... Falls die Deutschen von neuem Instabilität in Europa verursachen sollten, in welcher Form auch immer, dann wird es in Zukunft nicht mehr zu einer Teilung Deutschlands kommen, sondern wird Deutschland von der Landkarte ausradiert werden. Mit der fortgeschrittenen Technologie sind Ost und West gemeinsam imstande, dieses Urteil zu vollstrecken. Falls Deutschland nochmals beginnt, gibt es keine andere Lösung. ...<<
Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschiedeten am 21. Juni 1990 den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Ferner wurde eine Entschließung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder-Neiße-Linie) verabschiedet.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 "Erklärung der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen bzw. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie" (x160/12): >>... Ein herausragender jüdischer Humanist, der britische Schriftsteller und Verleger Victor Gollancz (1893-1967, Mitbegründer des Nationalkomitees für die Rettung der Opfer des Naziterrors und entschiedener Gegner der "deutschen Kollektivschuld"), hat über die Kollektivschuld-Ideologie gesagt, was dazu zu sagen ist:
"Sie stützt sich - bestenfalls - auf gänzliche Unkenntnis der psychologischen und wissenschaftlichen Tatsachen und läßt sich in einer halben Stunde durch Zuhilfenahme jedes beliebigen Lehrbuches der europäischen oder Weltgeschichte richtigstellen. Ihr weitgehender Einfluß ist natürlich der Ansteckung durch das nazistische Rassendogma zuzuschreiben. ... Die Vorstellung der "Kollektivschuld" ist - wie der Faschismus - ein Rückschritt zu vorchristlicher Barbarei. Daß anständige und intelligente Menschen sie ernsthaft diskutieren, zeigt, wie sehr

uns das, was wir bekämpfen, schon angesteckt und verdorben hat."
Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 endete mit dem Ausruf des Grünen-Abgeordneten Briefs: "Es darf nie wieder Deutschland geben. Nie wieder Deutschland!"
Beifall bei Abgeordneten der Grünen (Seite 17.280 des Protokolls).<<
Der Deutsche Bundesrat stimmte am 22. Juni 1990 dem Staatsvertrag und der Entschließung über die deutsch-polnische Grenze zu.
Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes (Termin: 3. Oktober 1990).
Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichneten am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).
In Moskau wurde am 12. September 1990 das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.
Bundesaußenminister Genscher gab am 12. September 1990 bei der Unterzeichnung in Moskau folgende Erklärung ab (x101/304-306): >>Dies ist eine historische Stunde für das ganze Europa. Es ist eine glückliche Stunde für uns Deutsche. ...
Am 3. Oktober werden wir, die Deutschen, wieder in einem demokratischen Staat leben - zum ersten Mal nach 57 Jahren.
Am 30. Januar 1933 brach die Nacht des Faschismus über Deutschland herein. Wir verloren zuerst unsere Freiheit, dann unseren Frieden und dann unsere staatliche Einheit. Der von Hitler begonnene Krieg setzte ganz Europa in Flammen. In seiner Rede vom 8. Mai 1985 hat sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu unserer Verantwortung bekannt.
Wir gedenken in dieser Stunde aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken des unendlichen Leids der Völker, nicht nur derjenigen, deren Vertreter um diesen Tisch versammelt sind. Unsere Gedanken gelten dabei in besonderer Weise dem jüdischen Volk. Wir wollen, daß sich dies niemals wiederholen wird. ...
Weniger als zwölf Monate nach der friedlichen Freiheitsrevolution in der DDR wird sich die Vereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit vollziehen, in einem Europa, das dabei ist, seine Einheit wiederzufinden.
Die abschließende Regelung verbindet mit der Herstellung der deutschen Einheit die Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Das vereinte Deutschland erhält damit volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.
Wir werden diese Souveränität in europäischer Friedensverantwortung wahrnehmen.
Die abschließende Regelung ist ein Dokument des Friedenswillens aller Beteiligten. Es weist in eine bessere europäische Zukunft.
Ich danke Präsident Gorbatschow, Präsident Bush, Präsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher für ihre Beiträge.
Es vollendet sich, was in der Präambel unseres Grundgesetzes verankert wurde. Es wird verwirklicht, was Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland im Deutschlandvertrag von 1954 zugesagt haben.
Es erfüllt sich, was wir mit dem Brief zur deutschen Einheit beim Abschluß des Moskauer Vertrages als Ziel unserer europäischen Friedenspolitik bekräftigt haben.
Wir sind uns bewußt, daß erst die Festlegung wesentlicher Elemente einer europäischen Friedensordnung den Interessenausgleich ermöglicht hat, der in der abschließenden Regelung zum Ausdruck kommt. Im Bewußtsein der Chance, jetzt die Spaltung unseres Kontinents zu überwinden, ist es uns in einer großen gemeinsamen Anstrengung gelungen, innerhalb weniger Monate die Voraussetzungen für einen Rahmen neuer Stabilität in Europa zu schaffen. ...
Wir Deutschen wollen mit der wiedergewonnenen nationalen Einheit dem Frieden dienen,

und wir wollen zur Einigung Europas beitragen. So steht es in der Präambel des Grundgesetzes. Auch der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekundet unseren Willen, "durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten".
In dem Vertrag, den wir schließen, bekräftigen wir Deutschen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Die Politik des vereinten Deutschlands wird bestimmt von der Friedenspflicht unseres Grundgesetzes und des Einigungsvertrages. In diesem Geist leisten wir unseren Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa.
Die staatliche Einheit Deutschlands bedeutet für uns größere Verantwortung, aber nicht Streben nach mehr Macht.
Wir bekräftigen den Verzicht auf Herstellung und Besitz von und Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen.
Wir beschränken die Streitkräfte den vereinten Deutschlands auf 370.000 Mann. ...
Präsident Gorbatschow hat nach dem Treffen mit Bundeskanzler Kohl in Moskau am 10. Februar 1990 erklärt, die deutsche Einigung "kann und muß so verlaufen, daß sie für die konstruktive gesamteuropäische Entwicklung einen Beitrag leistet". Die Begegnung zwischen Präsident Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl am 16. Juli 1990 machte es möglich, daß dieses Ziel erreicht wurde.
Es erweist sich: die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands schafft keine neuen Probleme in Europa, sie trägt zur Lösung bestehender Probleme bei.
Jetzt gilt es für uns alle, den Aufbau der europäischen Friedensordnung entschlossen fortzusetzen.
Wir Deutschen werden zur Schaffung der politischen Union der 12 Staaten der EG beitragen. Ganz Deutschland wir eingebettet sein in die Europäische Gemeinschaft. Sie erweist sich in dieser hoffnungsvollen Phase der Entwicklung Europas als der verläßliche Garant für die innere und äußere Stabilität ihrer Mitglieder und als Stabilitätsanker für ganz Europa.
... Eine zentrale Bedeutung hat für uns die Entwicklung der Beziehungen zu unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa, insbesondere mit der Sowjetunion. Der umfassende Vertrag, den wir morgen paraphieren werden, unterstreicht den hohen Anspruch, den wir dem deutsch-sowjetischen Verhältnis beimessen.
Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist ein Kernelement der Friedenssicherung in Europa. Der Vertrag bestätigt den endgültigen Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland. Das vereinte Deutschland wird die bestehende deutsch-polnische Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bestätigen, und zwar innerhalb der kürzest möglichen Zeit nach Herstellung der deutschen Einheit. ...
Wir werden die Ergebnisse der Zwei-plus-Vier-Gespräche am 1. und 2. Oktober der Außenministerkonferenz der KSZE-Staaten in New York und dann dem KSZE-Gipfel in Paris vorlegen. Für uns war es von Anfang an ein wichtiges Anliegen, daß der Vereinigungsprozeß im europäischen Rahmen stattfindet. Jeder KSZE-Teilnehmerstaat wird erkennen, daß die abschließende Regelung in vollem Umfang den KSZE-Prinzipien entspricht.
Für uns Deutsche ist dieser Vertrag, den wir heute unterzeichnen, ein Anlaß zu Freude, zu Selbstbesinnung und zu Dankbarkeit. Er verpflichtet uns, unsere Verantwortung zu erkennen für die großen Herausforderungen unserer Zeit, für die Wahrung des Friedens, für die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt, für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit überall und für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.
Wir werden uns unserer Verantwortung stellen, und wir werden ihr gerecht werden. Unsere Botschaft an die Welt ist:
Wir wollen nichts anderes, als in Freiheit und Demokratie und in Frieden mit allen anderen Völkern leben.<<

Bundeskanzler Kohl erklärte am selben Tag in der Sitzung des Bundeskabinetts zur Unterzeichnung des Vertrages in Moskau vom 12. September 1990 (x101/306-307): >>Nach der Unterzeichnung des Einigungsvertrages vor 3 Wochen ist der heutige 12. September 1990 ein weiteres Schlüsseldatum auf dem Wege zur deutschen Einheit:
In diesem Augenblick setzen in Moskau die Außenminister der Zwei plus Vier - der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA – ihre Unterschriften unter den
"Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland".
Mein Dank gilt allen, die dieses Ergebnis möglich gemacht haben, in Sonderheit den Verhandlungsführern.
Das Dokument über die äußeren Aspekte spiegelt in umfassendem Maße unsere Verhandlungsziele wieder:
- die volle Souveränität unseres Landes wird wieder hergestellt; - dies schließt unsere Entscheidungsfreiheit über die Zugehörigkeit zu einem Bündnis unserer Wahl ein;
- für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen DDR wird ein verbindlicher Zeitplan festgelegt, nämlich bis zum 31. Dezember 1994.
Das Zwei-plus-Vier-Abschlußdokument entspricht außerdem in überzeugender Weise der Tatsache, daß die deutsche Einheit 1990 sich im Einvernehmen mit allen unseren Freunden, Verbündeten, Nachbarn, ja mit allen Europäern vollzieht.
Ich sage dies mit besonderem Blick auf Polen und die parallelen Entschließungen des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zur Grenzfrage. Dies ist die erste Einigung eines Landes in der modernen Geschichte, die ohne Krieg, ohne Leid und ohne Auseinandersetzungen erfolgt, die neue Verbitterungen schaffen.
Der europäische Rahmen unseres Weges zur Einheit wird darüber hinaus betont durch den
- Ausbau des KSZE-Prozesses zu einer gerechten und dauerhaften europäischen Friedensordnung - dies schließt feste Institutionen ein, über die wir uns auf dem KSZE-Gipfel im November einigen werden;
und
- die Überwindung der Konfrontation hochgerüsteter Militärblöcke durch weitreichende Fortschritte bei Abrüstung und Rüstungskontrolle und durch den Aufbau einer neuen Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt so wie wir dies beim Londoner NATO-Gipfel angeboten haben.
Die Bundesregierung - und entsprechend die Regierung der DDR haben hier bedeutsame Schrittmacherdienste geleistet
- durch die Bestätigung ihres verbindlichen Verzichts auf ABC-Waffen
und
- durch eine verpflichtende Erklärung über die künftige Gesamtstärke deutscher Streitkräfte.
Wir und die DDR zusammengenommen reduzieren unsere Truppenstärke um 45 %. Wenn dieses Beispiel weltweit Schule macht, bedeutet das einen gewaltigen Schritt in der Abrüstung.
In Moskau werden in diesen Tagen auch Marksteine für die zukunftsgewandte Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gesetzt.
Bundesminister Genscher wird den

Vertrag über gute Nachbarschaft,
Partnerschaft und Zusammenarbeit

paraphieren.
Nach der Vereinigung Deutschlands wird der Vertrag dann auf höchster politischer Ebene unterzeichnet.

Dieser Vertrag wird geschlossen im Wunsch, mit der Vergangenheit endgültig abzuschließen und durch Verständigung und Versöhnung einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas zu leisten. Der Vertrag will den deutsch-sowjetischen Beziehungen eine neue Qualität verleihen.
... Der Vertrag fördert die umfassende Begegnung der Menschen und gewährleistet, daß die Deutschen in der Sowjetunion ihre nationale, sprachliche und kulturelle Identität entfalten können; und er ermöglicht es uns, ihnen dabei zu helfen.
In Ergänzung zu diesem Vertrag ist ein weiterer

Vertrag über die Entwicklung
einer umfassenden Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie,
Wissenschaft und Technik

fertiggestellt.
Dieser Vertrag ist der völkerrechtliche Rahmen für die Tatsache, daß das vereinte Deutschland - als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft - der größte Wirtschaftspartner der Sowjetunion sein wird. Er eröffnet lohnende Zukunftsperspektiven für beide Seiten.
Fertiggestellt ist auch der durch die Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli dieses Jahres erforderliche

Vertrag über einige überleitende Maßnahmen.

Sein Schwerpunkt ist die finanzielle Regelung für die sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR. Es geht dabei um
- Aufenthaltskosten, die die sowjetische Seite grundsätzlich selbst trägt, zu denen wir aber beisteuern;
- Rücktransportkosten;
- Wiedereingliederungskosten, wobei ein Wohnungsbauprogramm in der Sowjetunion und Umschulungsmaßnahmen im Vordergrund stehen.
Unser Gesamtaufwand wird sich auf zirka 12 Milliarden DM in 4 Jahren belaufen.
Was den Abzug der Streitkräfte selbst angeht, so wird in den nächsten Tagen ein

Vertrag über die Bedingungen
des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten
des planmäßigen Abzugs sowjetischer Truppen

fertiggestellt werden.
Hier geht es - neben dem schon erwähnten Abzugszeitplan und -endpunkt - um die Rechtsstellung der sowjetischen Soldaten in der Zeit ihres Aufenthalts, um ihre Übungstätigkeit, um Nutzungsrechte an Liegenschaften und deren letztendliche Rückgabe und vieles mehr.
Alle genannten Verträge werden unmittelbar nach dem 3. Oktober 1990 durch die gesamtdeutsche Regierung unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden.
Schon heute stelle ich fest: Durch diese vertraglichen Vereinbarungen wird den deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Perspektive der deutschen Einheit ein machtvoller Impuls gegeben.
Vor dem Hintergrund tiefgreifender Reformen in der Sowjetunion ist das Tor für eine Zukunft der guten Nachbarschaft, der neuen Partnerschaft und der umfassenden Zusammenarbeit weit geöffnet.<<
In einem gemeinsamen Brief des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, und des amtierenden Außenministers der DDR, Ministerpräsident Lothar de Maizière, an die Außenminister der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland in der Fassung vom 14. September 1990 hieß es (x101/303):

>>Herr Außenminister,
im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland möchten wir Ihnen mitteilen, daß die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in den Verhandlungen folgendes dargelegt haben:
1. Die gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 enthält unter anderem folgende Aussagen:
Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945-1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sehen keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, daß einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muß.
Gemäß Artikel 41 Absatz 1 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990 (Einigungsvertrag) ist die genannte Gemeinsame Erklärung Bestandteil dieses Vertrages. Gemäß Artikel 41 Absatz 3 des Einigungsvertrages wird die Bundesrepublik Deutschland keine Rechtsvorschriften erlassen, die dem oben zitierten Teil der gemeinsamen Erklärungen widersprechen.
2. Die auf deutschem Boden errichteten Denkmäler, die den Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft gewidmet sind, werden geachtet und stehen unter dem Schutz deutscher Gesetze.
Das Gleiche gilt für die Kriegsgräber, sie werden erhalten und gepflegt.
3. Der Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird auch im vereinten Deutschland durch die Verfassung geschützt. Sie bietet die Grundlage dafür, daß Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, sowie Vereinigungen, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten werden können. Dies betrifft auch Parteien und Vereinigungen mit nationalsozialistischen Zielsetzungen.
4. Zu den Verträgen der Deutschen Demokratischen Republik ist in Artikel 12 Absatz 1 und 2 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990 folgendes vereinbart worden:
"Die Vertragsparteien sind sich einig, daß die völkerrechtlichen Verträge der Deutschen Demokratischen Republik im Zuge der Herstellung der Einheit Deutschlands unter den Gesichtspunkten des Vertrauensschutzes, der Interessenlage der beteiligten Staaten und der vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland sowie nach den Prinzipien einer freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung und unter Beachtung der Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften mit den Vertragspartnern der Deutschen Demokratischen Republik zu erörtern sind, um ihre Fortgeltung, Anpassung oder ihr Erlöschen zu regeln beziehungsweise festzustellen.
Das vereinte Deutschland legt seine Haltung zum Übergang völkerrechtlicher Verträge der Deutschen Demokratischen Republik nach Konsultationen mit den jeweiligen Vertragspartnern und mit den Europäischen Gemeinschaften, soweit deren Zuständigkeiten berührt sind, fest."
Mit dem Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochachtung

Hans-Dietrich Genscher
Lothar de Maizière<<
Der britische Historiker Christopher Duffy berichtete später über die deutsche Wiedervereinigung (x100/328-330): >>... Soweit es die Teilung Deutschlands und die Präsenz größerer ausländischer Truppenkontingente betraf, ging die Jalta-Periode der deutschen Geschichte 1990 zu Ende. Sie hatte 45 Jahre gedauert, in denen die vormals verbündeten Streitkräfte im großen ganzen dort geblieben waren, wo sie am Ende des Zweiten Weltkrieges gestanden hatten. Um einen Vergleich für diese Situation zu haben, braucht man sich nur einmal vorzustellen, die britischen und preußischen Truppen hätten nach der Schlacht von Waterloo (1815) ihre Stellungen nicht geräumt, sondern sich erst 1860 aus Frankreich zurückgezogen.
Zugleich wurde ein offenes Problem des internationalen Rechts, das einigen Sprengstoff in sich barg, schneller gelöst als erwartet. Die Bundesrepublik hatte, was im Ausland kaum wahrgenommen worden war, die von Polen nach dem Krieg auf Kosten Deutschlands beanspruchte Grenze niemals formell anerkannt. Im Potsdamer Abkommen war nur eine vorläufige Demarkationslinie an Oder und Neiße festgelegt und ansonsten erklärt worden, "daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll". Zu dieser Konferenz ist es jedoch nie gekommen, da der heiße Krieg nahtlos in den Kalten Krieg überging.
Für den Parlamentarischen Rat bestand Deutschland, obwohl das von ihm ausgearbeitete Grundgesetz der Bundesrepublik zunächst nur für die westdeutschen Länder galt, weiterhin in den Grenzen von 1937 – mit anderen Worten, es umfaßte auch den westlichen Teil Polens und das zu Rußland gehörende Gebiet um das ehemalige Königsberg. Zur Überraschung mancher Beobachter verzichtete die Regierung des wiedervereinigten Deutschland auf Ansprüche in dieser Richtung und erkannte in einem Vertrag vom 14. November 1990 die Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze an,
Zweifel an der Absolutheit der moralischen Verdikte der Zeit nach 1945 blieben jedoch bestehen, und es ist bezeichnend, daß es deutsche Historiker waren, die mittlerweile begonnen hatten, danach zu fragen, ob die Deutschen nun für immer an der Schuld für das tragen müßten, was im Dritten Reich geschehen war. Auslöser des sogenannten Historikerstreits, der sich an dieser Frage entzündete, war ein Artikel von Ernst Nolte gewesen, der am 6. Juni 1986 unter dem Titel "Vergangenheit, die nicht vergehen will" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde.
Nolte, der zusammen mit Andreas Hillgruber und Michael Stürmer – ob nun zu Recht oder Unrecht – als "Neokonservativer" eingestuft wurde, vertrat die im einzelnen zwar umstrittene, im Kern aber nur schwer zu widerlegende These, daß die Verbrechen des Dritten Reichs unter den im 20. Jahrhundert insgesamt begangenen Greueltaten keineswegs einzigartig seien.<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne das Placet (Bestätigung) aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert. Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe – angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<
Ministerpräsident Lothar de Maizière erklärte am 2. Oktober 1990 während einer Fernsehansprache (x298/251): >>... Es ist ungewöhnlich, daß sich ein Staat freiwillig aus der Geschichte verabschiedet. Ebenso ungewöhnlich und widernatürlich war aber auch die Teilung unseres Landes.

In wenigen Stunden tritt die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Wir Deutschen erreichen die Einheit in Freiheit.
Ich glaube, wir alle haben Grund, uns zu freuen und dankbar zu sein. Wir lassen ein System hinter uns, daß sich demokratisch nannte, ohne es zu sein. Seine Kainszeichen waren die Unfreiheit des Geistes und das verordnete Denken, Mauer und Stacheldraht, der Ruin der Wirtschaft und die Zerstörung der Umwelt, die ideologisch kalkulierte Gängelung und das geschürte Mißtrauen.
An die Stelle dieser Tyrannei sind Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Menschenwürde getreten. Unser Weg in die Freiheit war nicht gefahrlos und war nicht unumstritten. Wir danken denjenigen, die unbeirrt ihren Weg gingen und ihren demokratischen Willen furchtlos zum Ausdruck brachten. Da sie sich von der Angst befreit hatten, konnten sie auch die Freiheit erzwingen.
Wir wissen, daß wir diesen Weg nicht ohne das neue Denken in der Sowjetunion und ohne die Unterstützung unserer Nachbarn im Osten hätten gehen können. Wir danken ... auch dem Verständnis der Vier Mächte und ihrer Verständigungsbereitschaft, die für die deutsche Einheit Voraussetzung war.
Wir sind jetzt Bürger eines gemeinsamen deutschen Staates, und mit der Länderbildung, die sich in wenigen Tagen vollzieht, werden wir gleichzeitig wieder Bürger von Thüringen und Sachsen, von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sein.
Wir können uns wieder auf die Kräfte besinnen, die aus der Geschichte und den Traditionen dieser Länder herrühren. Das Diktat des Zentralismus mit seinen ortsfernen Entscheidungen und die Auszehrung des übrigen Landes finden endlich ihr Ende. Und, so will es der Einigungsvertrag, das geeinte Berlin wird Hauptstadt Deutschlands sein.
Mit der Einheit in Freiheit wird Wirklichkeit, was viele kaum mehr für möglich hielten. Die 40jährige Teilung unseres Landes ist überwunden.<<
Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 29.09.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 gebildet werden!!!). Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").
Infolge des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gehörten die fünf neuen Bundesländer seit dem 3. Oktober 1990 zur EG.
Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 wurden gemäß Ländereinführungsgesetz vom 22.07.1990 in der ehemaligen DDR folgende Länder gebildet: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.
M. Spanehl berichtete später über die sogenannte Einheit Mittel- und Westdeutschlands (x916/…): >>**Die Zerstörung der Deutschen Volksidentität**
Wer glaubte, mit der Einheit Mittel- und Westdeutschlands sei das Überleben und die Zukunft des deutschen Volkes gesichert und damit die große nationale Aufgabe erfüllt, hat sich schlimm getäuscht.
Das Grundgesetz der "BRD" wurde seinerzeit von den Gründungsvätern nur als Provisorium geführt. Vollendet werden sollte es in freier Selbstentscheidung durch eine gesamtdeutsche - demokratisch konstituierende - "Volksversammlung". Dann sollte ein **Friedensvertrag** angestrebt werden.
Statt dessen kam das 2 + 4 - Diktat und später Maastricht, wo seitens unserer Regierung der Rest an deutscher Souveränität verspielt wurde. Unsere Volkssouveränität wurde in allen Belangen preisgegeben. Die Entscheidungsbefugnis über unsere ureigensten Angelegenheiten

und die Verfügungsgewalt wurde fast vollständig auf eine anonyme Brüsseler Behörde übertragen. Von dem damaligen Kanzler Kohl wurde das als irreversibel erklärt, also nicht umkehrbar. Das ist schlicht Volksverdummung. Was nutzt denn ein "Deutschland einig Vaterland", wenn man aus ihm ein multikulturelles Einwanderungsland mit einem multirassischen Bevölkerungsmischmasch machen will, in dem alles Deutsche untergeht?
Die Politik, die Massenmedien und die Straße werden von denen beherrscht, die unser Volk ummodeln wollen. Sie scheren sich einen Dreck um den Willen von über 90 Prozent aller Deutschen. Im Gegenteil: Sie greifen zu immer dreisteren, hysterischen und primitiven Mitteln, um jedes gesunde Empfinden als unanständig zu brandmarken.
Das **Bundesverfassungsgericht** führte in seinem Beschluß vom 21. Oktober 1987, dem sogenannten Teso-Urteil, aus: "Es war die politische Grundsatzentscheidung des Parlamentarischen Rates, nicht einen neuen Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz (GG) als Reorganisation eines Teilbereiches des deutschen Staates … zu begreifen.
Das Festhalten … an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck … dieser Grundentscheidung … Der Senat hat aus dem Wiedervereinigungsgebot … auch ein Wahrungsgebot abgeleitet, alles zu unterlassen, was die Vereinigung vereiteln würde … Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten."
Schon aus Artikel 79 GG ergibt sich, daß das in Artikel 1 GG bezeichnete deutsche Volk, nicht die Bevölkerung, nicht die Be- oder Einwohner, sondern ausdrücklich das deutsche Volk - und sein Staatswesen nach Artikel 20 GG zu wahren sind und selbst durch Grundgesetzänderung nicht abgeschafft beseitigt oder geändert werden können.
Im BVG-Urteil vom 19.5.1953 heißt es zu Artikel 116 GG
"Deutscher ist, wer sich zum deutschen Volkstum bekennt, sofern dieses Bekenntnis durch Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird."
Über die Bedeutung des Begriffes **Volk** in den juristischen Wissenschaften hat sich der Innsbrucker Völkerrechtler Professor Veiter wiederholt geäußert. Er definiert (Th. Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk, in Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament" 23, 1973 B 11, S. 3):
"Volk ist eine Abstammungsgemeinschaft (Generationengebilde), bei welcher zum naturhaften Element der Abstammung noch das Element der geistigen Zielrichtung kommt. Der Begriff deutsches Volk ist trotz seiner ausdrücklichen Nennung im GG kein Rechtsbegriff, sondern ein nicht an die Staatsgrenze gebundener ethischer Begriff".
Ganz in diesem Sinne definiert das **Bundesvertriebenengesetz** vom 14. August 1957 in § 6:
"Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird".
Damit wären eigentlich die Handlungsanleitungen für die Gesetzgeber, Politiker und Medien gegeben. Daß es nicht so ist, weiß jeder, der in seinem Urteil nicht ideologisch gebunden ist. Und daß die Identität des deutschen Volkes heute stärker bedroht ist als jemals zuvor, wird täglich offensichtlicher.
Mit der Manipulation des GG vom 31. August 1990 werden wahrheitswidrig nur noch die Einwohner der BRD als Deutsche bezeichnet.
Im Lichte der obigen Definitionen sind die Förderung der Ausländereinwanderung, die massenhafte Erteilung von unbeschränkten Aufenthaltsgenehmigungen, die massenhafte Einbürgerung von Nichtdeutschen, die Niederlassungsfreiheit und die Freizügigkeit in der EG verfassungswidrig.
Demgegenüber hatte die DDR vorbildliche Regelungen, keine unbeschränkte Aufenthaltsgenehmigung, keinen Familiennachzug, keine massenhaften Einbürgerungen und statt dessen

das Rotationsprinzip. Nun wird auch Mitteldeutschland mit diesem westlichen Fortschritt der Ausländer- und Asylbewerberschwemme und weiterem westlichem Fortschritt wie Rauschgift, Pornographie und steilem Anstieg der Kriminalität überrollt.

Naturwissenschaftliche und biologische Grundlagen

Bei dem wissenschaftlichen Inhalt der Definition des Begriffes Volk nach Veiter geht es vor allem um die seelischen und geistigen Bereiche, die die Identität eines Volkes ausmachen.

Daß diese nichtkörperlichen Eigenschaften genetisch vorgegeben sind und weitervererbt werden, wurde durch Forschungen an eineiigen Zwillingen bewiesen. Der von linksliberalen Vorstellungen hergekommene Naturwissenschaftler Hoymar von Ditfurth weilte längere Zeit unter einer solchen Forschergruppe in den USA und schrieb dann (H. von Ditfurth, "Geo", Mai 1982), die Milieutheorie, eine der damit falschen Eingangsvoraussetzungen der herrschenden Ideologien, sei nun wohl widerlegt, ja das menschliche Verhalten sei in viel höherem Sinne als bisher vermutet worden, genetisch vorprogrammiert.

Konrad Lorenz ("Vom Weltbild des Verhaltensforschers") urteilt:

... daß eine unermeßliche Zahl von Struktureigenschaften menschlichen Verhaltens und Innenlebens ihr … Sein dem historisch einmaligen Gang der Phylogenese verdankt und ohne Einsicht in deren Zusammenhänge schlechterdings unverständlich bleiben muß. Für die sozialen Verhaltensnormen des Menschen gilt das in besonders hohem Maße, weil sie mehr als andere an ererbte Aktions- und Reaktionsweisen gebunden sind".

Dazu gehört zum Beispiel das Bestreben, Eigentum zu besitzen und der Territorialtrieb, das Bestreben menschlicher Gemeinschaften nach dem Besitz abgegrenzter Gebiete. Daraus folgt das Naturrecht jedes Volkes auf sein eigenes, ihm gemäßes Gemeinwesen, auf seinen Staat.

Wie aber von den herrschenden Ideologien Druck gegenüber solchen Erkenntnissen ausgeübt wird, erfährt man aus der Erklärung von 50 nichtdeutschen Wissenschaftlern einschließlich von fünf Nobelpreisträgern in den USA (American Psychologist, 1972):

Ideologischer Druck auf die Wissenschaft

"Gegenwärtig müssen wir erleben, wie man … versucht, Wissenschaftler zu unterdrücken, zu zensieren oder persönlich zu verunglimpfen, welche die Rolle der Vererbung im menschlichen Verhalten betonen (z.B. bezeichnet man sie als Faschisten). Ein Großteil der Angriffe kommt von Nichtwissenschaftlern, die völlig auf eine milieutheoretische Erklärung aller menschlichen Unterschiede eingeschworen sind."

Die Evolution führt durch Trennung von Populationen zu unterschiedlichen Arten.

Nach Konrad Lorenz ("Die Rückseite des Spiegels", 1975) sind Populationen die unverzichtbaren Vorstufen zur Artneubildung.

Beim homo sapiens nennt man die Population mit ihren Eigenarten, die sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben, Völker. Alle diejenigen, die an der Völkerzerstörung zum Beispiel durch Völkervermischung arbeiten, beseitigen damit den Fortschritt der Evolution, als ob es beim homo sapiens nicht auch einiges zu verbessern gäbe! Das sind aber die gleichen Leute, die um jeden bedrohten Wurm eine Ökonische bauen möchten.

Zu den ideologisch propagierten Völkervermischungen ist zu sagen, daß in eine Mischpopulation sehr verschiedenartige, abweichende und gegensätzliche Eigenschaften eingebracht werden, die genetisch erhalten bleiben.

Die Variationsbreite vermehrt sich, die Labilität (gespaltene Charaktere) nimmt zu. Es erfolgt keineswegs eine Rückbildung zu ausgeglicheneren Urformen. Es entsteht also im Sinne der Evolution nichts Besseres, sondern Schlechteres. Aber die Süßmuth, Geißler, Lafontaine und andere sprechen von "Bereicherung".

Für die herrschenden Ideologien hat der Begriff **Volk** nur die Bedeutung von Menschen im Plural, wie eben Kirchenvolk, Gewerkschaftsvolk oder "Wohnbevölkerung".

Weil aber in den Naturwissenschaften eine in sich fehlerfreie Theorie falsch ist, wenn nur eine

einzige Eingangsvoraussetzung falsch ist, kommen die heute herrschenden Theorien und Ideologien zu falschen Schlüssen.

Mit der Zerstörung der Völker zerstört man die höhere Ordnung

Völker sind mehr als eine Ansammlung von Individuen.

Schon den altgriechischen Denkern war solches bekannt mit der Erkenntnis: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.

Die modernen Naturwissenschaften bieten nun mit Genetik, Ethologie und Humanbiologie Grundlagen für die Erarbeitung von wissenschaftlich richtigen Weltbildern und gestatten die Widerlegung falscher Ideologien.

Für die Behandlung von Kollektiven, die aus einer großen Zahl von Einzelteilen bestehen, ist in den Naturwissenschaften die Systemtheorie zuständig.

Alles, aber auch alles in der Natur ist nicht basisdemokratisch, sondern hierarchisch aufgebaut aus Individuen, Unter- und Übersystemen. Einer der wichtigsten Sätze der Systemtheorie besagt, daß Obersysteme gegenüber Untersystemen gänzlich neue Eigenschaften haben können. Das gilt auch für Völker, die lebende Systeme höherer Ordnung sind.

Mit der Zerstörung der Völker zerstört man diese Systeme höherer Ordnung mit unabsehbaren negativen Folgen! Daher halten wir uns an das BVG-Urteil von 1953.

Die juristischen Grundlagen

Dem deutschen Verfassungsrecht liegt dieser wissenschaftlich richtige Volksbegriff zugrunde mit dem Blutrecht. In Frankreich dagegen herrscht das Bodenrecht, d.h. dort steht jedem Einwanderer nach einer gewissen Zeit und den dort Geborenen das Recht auf Staatsbürgerschaft zu. Diese französische Rechtsauffassung hat bis heute Gültigkeit.

Damit haben aber auch in der westlichen "Wertegemeinschaft" die Begriffe national und Nationalismus eine völlig andere Bedeutung erhalten, die heute mit der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit der EG der geplanten Völkerzerstörung entgegenkommt.

Nation kommt von geboren werden, und umschließt für uns Deutsche den Rechtsbegriff Volk als Abstammungsgemeinschaft und damit das Blutrecht für die Staatsbürgerschaft.

Der ehemalige Berliner Staatssekretär Uhlitz (in F. Fischer, Aspekte der Souveränität, Arndt-Verlag, Kiel 1987):

"Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hoch verräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können".

Das GG sagt dazu in Art. 20: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Es heißt hier nicht Mitbürger, es steht (noch) "alle Deutschen".

Zu den nichtkörperlichen Eigenschaften, die innerhalb von Völkern ähnlicher sind als zwischen verschiedenen Völkern, gehören ihre Kultur, ihre Sprache, der Volkscharakter, die Wertordnung und mehr.

Die Zerstörung unserer Identität

Aus der Wertordnung aber folgt die Rechtsordnung und aus dieser die Staatsordnung.

Jedes Volk hat einen naturrechtlichen Rechtsanspruch auf die ihm gemäße Staatsordnung. Deutschland wurde aber zweimal durch die Sieger (1918 und 1945) das Danaergeschenk der "westlichen" Demokratie zuteil. Daß es nur diese eine Form der Demokratie gäbe, wurde dem deutschen Volk durch die siegerhörige Presse zwar eingehämmert, ist aber objektiv falsch.

Die Wahrung und Weiterentwicklung der ihnen eigenen Weltordnung, Rechtsordnung, Staatsordnung und Sprache ist Teil des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Volksgruppen eine andere Sprache aufzuzwingen, wie das beispielsweise 1945 an den Elsässern, den Deutschen im polnisch annektierten Ostdeutschland und in der Sowjetunion mit staatlicher Gewalt und in Deutschland selbst mit anderen Mitteln geschieht, ist Völkerzerstörung oder juristisch Völkermord.
Hier treffen sich Humanbiologie und Völkerrecht.
Unsere Wertordnung, die weit mehr als 2.000 Jahre galt, wurde in den letzten 40 Jahren durch die Diktatur zwangsimportierter Ideologien in Mittel- wie in Westdeutschland weitgehend zerstört. Stichworte hierzu sind Ehescheidung, Wehrdienstverweigerung, Abtreibung gewissermaßen per Postkarte, kirchliche Segnung (evangelische Kirche) und Steuervorteile für homosexuelle Paare (Süßmuth), ein gekreuzigte Schweine malender Kunstprofessor als Akademiedirektor und ähnliches. Unsere großen Klassiker, die diese Wertordnung vertraten, sind deshalb aus den Schulen weitgehend verschwunden.

Die Amerikanisierung unseres Lebens

Das Bauerntum, das in Mitteldeutschland durch Kollektivierung vernichtet wurde und in Westdeutschland durch die EG-Diktatur mit ihren Mansholt-Kolchosen stark bedroht ist, war seit der jüngeren Steinzeit bei unseren Vorfahren, mit Familienbetrieben die Lebensgrundlage und besitzt heute trotz oder gerade wegen der sozialen Veränderungen unverzichtbare Bedeutung.
Die Amerikanisierung des Gesichts unserer Städte und Dörfer nimmt erschreckende Ausmaße an, das Kulturgesicht Deutschlands wird zerstört. Der Frankfurter Dorn, in dem viele Jahrhunderte der deutsche König, gekrönt wurde, wird umstellt von Betonkistengiganten als Ausdruck des Siegers dieser zwangsimportierten westlichen Ideologie über deutsche Geschichte, deutsche Kultur und deutsche Identität.
Die offiziell ausgelobte "Kunst" ist weithin seelischer Umweltschaden. Vergleichbare Kulturleistungen waren und sind unter dem Diktat der Umerziehung und der liberalistischen Ideologie in Westdeutschland seit Kriegsende nicht mehr möglich.

Das Zerstörungswerk geht weiter

Nach dem 8. Mai 1945 wurden in Verwirklichung des Morgenthau-Plans durch die "US-Befreier" neben anderen Verletzungen des Völkerrechts über eine Million deutsche Kriegsgefangene umgebracht, teilweise noch brutaler als zur gleichen Zeit durch die sowjetische GPU. (Siehe Bacque, Der geplante Tod, 1988). Auch das gehört zur Zerstörung der deutschen Identität.
Dieses Zerstörungswerk wird heute - nur etwas eleganter - durch die EG mit Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Abschaffung von kontrollierbaren Staatsgrenzen fortgesetzt, im Namen von Freiheit, Humanität und Demokratie.
Die sogenannte "Europäische Gemeinschaft" und die geplante "Europäische Union" sind das getreue Abbild der multirassischen, multi-ethnischen und multikulturellen USA.
Wie dort und wie beim Mord von Sarajewo beherrschen Freimaurer diese EG.
Für dieses Zerstörungswerk einige Zitate:
Karl Marx im kommunistischen Manifest von 1848: **"Die Auflösung der Familie** … die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg … Wir heben die trautesten Verhältnisse auf, wenn wir anstelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen … Die Arbeiter haben kein Vaterland … Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral".
Josef Strasser, österreichischer sozialdemokratischer Parteitheoretiker 1912 (J. Strasser, Arbeiter und Nation, Reichenberg 1912): "Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten gerade an ihrer Zerstörung. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen".
Otto Bauer, österreichischer Sozialdemokrat, auf der Internationalen Sozialistenkonferenz

1921 (Protokolle der Internationalen Sozialistischen Konferenz, Wien 1921): "Französische Waffen haben das deutsche und österreichische Volk von seinen Unterdrückern befreit, so daß, so brutal diese imperialistischen Friedensverträge auch sind, trotzdem in ihnen ein mächtiges Stück geschichtlichen Fortschrittes steckt".

Nicht unterschlagen darf man die übelsten Agitationen des englischen Deutschenhassers Sefton Delmer, der während des Krieges ausgiebig Gelegenheit hatte, seine Vorbehalte gegen Deutschland überall zu verkünden. Der Mann war wenigstens so ehrlich, schon gleich nach Kriegsende verlauten zu lassen, der Krieg sei vorerst zwar militärisch ausgestanden, aber an eine Beendigung der psychologischen Kriegführung sei nicht zu denken. Im Gegenteil werde man nun erst so recht anfangen, alle polemischen Register gegen die restlos geschlagenen Deutschen zu ziehen und sie so lange mit einem publizistischen Trommelfeuer einzudecken, bis ihnen Hören und Sehen vergehen würde.

Damit sollte er recht behalten: Das Hören und Sehen ist uns nach einem halben Jahrhundert "Charakterwäsche" tatsächlich vergangen. Wir haben im Wirbel von Geschichtslügen und Denunziationen längst die Flinte ins Korn geworfen und jeden Rechtfertigungsversuch von vornherein aufgegeben. Heute hat man uns da, wo man uns haben wollte: Wir selbst sind unsere schlimmsten Feinde geworden. Wer noch nationale Gefühle hegt oder diese gar zu äußern wagt, bewegt sich auf einem schmalen Grat und muß höllisch aufpassen, daß er nicht abstürzt. Er wäre gut beraten, wenn er sich selbst einen Maulkorb verpassen würde.

Mit solch braven, gezähmten Staatsbürgern kann man dann die Politik betreiben, die einem vorschwebt, selbst wenn sie auf die Zerstörung des Staates hinausläuft. Unsere Gegenwart bietet genügend Beweise dafür, daß man auch gegen den erklärten Willen des Volkes Entscheidungen von existentieller Bedeutung treffen kann.

Diese Liste ließe sich beliebig verlängern.

Die herrschenden falschen Ideologen

Wenn wir das alles analysieren, können wir aus diesem Strauß zerstörerischer Ideologien zwei Richtungen herauslesen: den marxistischen und den liberalistischen Materialismus.

Der marxistische Materialismus ging gerade an seinen Fehlern zugrunde. Aber die Widerlegung blieb aus, wozu vor allem die C-Parteien gefordert gewesen wären. Aber diese zogen beim 100. Todestag von Karl Marx 1983 ohne aufzumucken in den Gedächtnisprozessionen in Trier mit.

Die andere Ideologie, der liberalistische Materialismus, wurde 1945 von den US-Siegern zwangsimportiert und herrscht heute und nun auch über Mitteldeutschland mit Lizenzparteien und Lizenzmedien. Die "gewendete" marxistische wie die liberalistische Nomenklatur sieht in unserem Staat nur noch einen Selbstbedienungsladen.

Diese Ideologie verkündet einen hemmungs- und bindungslosen Individualismus und erfand die Wegwerfgesellschaft, die Wegwerfkultur, die Wegwerfethik, den Wegwerfmenschen; und eine elitäre und parasitäre Hochfinanz betreibt Profitmaximierung durch Spekulation und Kriege als gutgehendes Geschäft, wie im Golfkrieg vorgeführt.

Alle gemeinschaftstragenden Werte und alle menschlichen Bindungen werden von diesem liberalistischen Materialismus verhöhnt und zerstört. Das Wort **Volksgemeinschaft,** schon vor dem Ersten Weltkrieg im Wandervogel und in der Burschenschaft gedacht zur geistigen Überwindung des Klassenkampfes, wird vom Staatsanwalt verfolgt.

Die gleichen geistigen Großväter

Zwischen beiden Ideologien - der marxistischen und der liberalistischen gibt es aber verdeckte innere Zusammenhänge. Beide gehen auf die gleichen geistigen Großväter zurück, auf die westliche Aufklärung. Für beide sind Menschen nur noch Produzenten und Konsumenten. Der Zusammenhang offenbarte sich zum Beispiel dadurch, daß **Lenin** seine Revolution im wesentlichen mit Dollar-Millionen der Wallstreet-Hochfinanz durchfahren konnte.

Ihnen steht der aufbrechende Freiheitswille der Völker gegenüber und die Gemeinschaftsordnung der Zukunft, die auf dem Trümmerfeld der Menschen und Völker zerstörenden Ideologien zu errichten unsere Aufgabe ist. Ein Erlebnisträger schreibt (Thomas Ritter: USA - der lächelnde Kannibalismus, Bollinger, Niddatal 1988):
"Von Amerika können wir für unseren eigenen Weg in die Zukunft fast nichts lernen, außer wie man es nicht machen sollte. Freiheit, so wie ich sie verstehe, kann nicht die Freiheit sein, die unter den Bajonetten amerikanischer Soldaten und einer außer Rand und Band geratenen Wall-Street gedeihen kann.
Da aber immaterielle Werte im Zuge eines durch harte Dollar und einen radikalen Materialismus beherrschten Systems für nichtig erklärt wurden, da man trotz vieler gegenteiliger Anzeichen kaum noch feste Bindungen an einen Gott hat und sich an diese Zustände nach jahrzehntelanger Berieselung durch ideologische Gleichgestaltung allmächtiger Massenmedien und irreführender Propaganda gewöhnt hat, haben die Menschen in den USA ihre eigene Identität verloren. Sie sind lebensuntüchtig geworden … Es ist bereits zu spät, die von Wall-Street bis Washington verkrusteten und einbetonierten Strukturen aufzubrechen und zu ändern".

Die geplante Endlösung für Deutschland

Es droht nun der entscheidende und letzte Identitätsverlust, nämlich die Auflösung und Zerstörung unseres Staates und unseres Volkes in der sogenannten **Europäischen Union,** die geplante Endlösung, der mit allen nur zur Verfügung stehenden legalen Mitteln begegnet werden muß.
E. G. Kögel schreibt im Sonderheft "Europa - Völkerbrei oder anthropologische Ordnung" (Seite 16-18): **"Unsere Verantwortlichen** legen zwar einen Amtseid ab, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, doch der Eidbruch belastet sie nicht. Ihnen ist bekannt, daß dieser Eid kein einklagbarer Titel ist, sondern nur dekorativen Charakter hat. Sie sind stramme Diener ihrer Herren, mag das deutsche Volk dabei auch zugrunde gehen.
Ihr Auftrag ist die Bereitstellung von billigen Arbeitskräften zur Sicherung der Kapitalinteressen, zur Profitmaximierung und die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft, um endlich durch Umvolkung den Ihren Auftraggebern listigen Störenfried im Herzen Europas zu beseitigen. Dieser Vorgang vollzieht sich in abgewandelter Form in allen westeuropäischen Staaten. Denn nachdem die Auflösung des Volksbewußtseins im Leninschen Sinne nicht gelang, müssen wir erkennen, daß die Mächte, die zur Weltherrschaft drängen, versuchen, auf andere Weise konturlose, multikulturelle Massen zu schaffen, um ihnen ihren Willen aufzwingen zu können.
Das Gesetz von Ursache und Wirkung wird in diesem Staate auf den Kopf gestellt, so daß wir immer wieder unmißverständlich zum Ausdruck bringen müssen, daß die Überfremdungspolitik der Bonner Parteien nicht nur Verfassungs- und Eidbruch ist, sondern Betrug am Volk.
Die lebensfernen Geister lassen außer Acht, daß der Mensch von Geburt und Erbe her ein Gemeinschaftswesen ist. Eltern-Kind-Bindung, Geschwister-, Familien- und Sippenbindung. Stamm und Volk als die größte biologische Einheit sind Geburtsverbände, die dem menschlichen Gesellungsstreben vorausgehen. Und da Volk als genetisches Becken, aber auch als Sprach- und damit Denkgemeinschaft wirkt, ist sichergestellt, daß der Rahmen der Reaktionsbreite festliegt.
Die Bindung in den Willensverbänden läßt den Einzelmenschen Gemeinschaft erleben und begehren, was wiederum sein Gruppenverhalten prägt und in den Willensverbänden unterschiedlichster Art bis hin zum Staat seinen Niederschlag findet.
So können nur Systeme funktionsfähig sein, wenn alle Untersysteme ebenfalls funktionsfähig sind, ein Volk nur gesund sein, wenn seine Glieder gesund sind. Die USA können uns hier nicht als Vorbild dienen. Dort ist der bindungslose, zweckorientierte, nach persönlicher Glückserfüllung strebende Einzelmensch bestimmend. Rücksichtslosigkeit ist die Vorausset-

zung zum gesellschaftlichen Aufstieg, und der persönliche Reichtum und die damit verbundene Macht, sind Gradmesser der Werteskala.
Obwohl sich dieser Geist in den Führungsetagen internationaler Konzerne bei uns schon breitgemacht hat - Hemdsärmeligkeit und Umsatzsteigerung sind hier die Bewertungskriterien - und die Menschlichkeit verdrängt, bleibt zu hoffen, daß wir uns nicht instinktiv die Probleme der USA ohne Not ins Land holen, an denen die USA und andere dahinsiechen.
Wir haben nur die fatale Eigenschaft, alles besonders gründlich zu tun. So macht uns keiner den "totalen Krieg" von einst nach und heute den "totalen Liberalismus" und "totalen Materialismus" - aber auch nicht die "totale Kehrtwendung", so daß zu hoffen bleibt, daß Deutschland, aber auch Europa eine Antwort auf die Herausforderung unserer Tage findet.

BFB-Protest gegen das Holocaust-Denkmal

Allein das Grundstück ist 600 Millionen wert. Mit beachtlichem Engagement kämpft der Berliner Landesverband des "Bundes Freier Bürger" (BFB) unter der Führung seines Vorsitzenden Torsten Witt gegen den Bau des Holocaust-Denkmals. Eine Protest-Demonstration wurde veranstaltet außerdem eine Unterschriften-Aktion gestartet. In Flugblättern wird darauf hingewiesen, daß es in Berlin bereits 58 Gedenkstätten für jüdische NS-Opfer gibt.
"Der Staat hat angeblich kein Geld und schließt Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, kürzt Renten und Arbeitslosenhilfen. Für ein überflüssiges Schandmal aber sollen mehr als 650 Millionen Mark verschwendet werden, die jährlichen Folgekosten nicht berücksichtigt."
Nach Angaben des BFB beträgt allein der Grundstückswert des geplanten Denkmals rund 600 Millionen Mark (30.000 Mark je Quadratmeter). Erst kürzlich sei in Berlin das jüdische Museum eröffnet worden - dessen Baukosten lägen bereits bei 117 Millionen Mark. …
Eine Sünde gibt es auf Erden, uralt schon, doch ewig neu, untreu seinem Volk zu werden und sich selber ungetreu. (Grabinschrift im Dithmarschen) …<<
Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.
Am 18. Januar 1991 wurde die CDU-Bundestagsabgeordnete Angela Merkel (seit 2005 Bundeskanzlerin der CDU-CSU/SPD-Regierung) als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt.
Die Autorin Lena Sokoll veröffentlichte 14 Jahre danach auf dem trotzkistischen Online-Portal "World Socialist Web Site" folgenden Beitrag über die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel (x860/...): >>**Die Karriere der Angela Merkel**

Teil 1: DDR - Jugend und Einstieg in die Politik

Die eben gekürte Kanzlerkandidatin der CDU wird gerne als Phänomen im deutschen politischen Betrieb beschrieben. Dies gründet sich zum einen auf Merkmale ihrer Person (geschiedene und in zweiter Ehe wieder verheiratete, kinderlose Frau, Protestantin, Ostdeutsche), die generell als untypisch und Karrierehemmnis in der konservativen Partei angesehen werden. Zum anderen herrscht ein öffentliches Bild von ihr, zu dem sie selbst aber auch ihre Förderer kräftig beigetragen haben, daß sie nach der Wende als Nobody oder völlig unbeschriebenes Blatt in die Politik gekommen sei und ohne Seilschaften und Beziehungen ihren sensationellen Aufstieg in die erste Liga der deutschen Politik vollzogen habe.
Fraglos hat Merkel eine beispiellose Karriere hingelegt, seit sie vor 15 Jahren Mitglied der CDU wurde, was ihr nicht zuletzt auch zahlreiche Feinde in den eigenen Reihen geschaffen hat: Anders als praktisch sämtliche anderen Vertreter der Parteispitze ist Merkel nicht durch jahre- und jahrzehntelange Arbeit in Jugend-, Orts- und Kreisverband der westdeutschen Union gegangen, um sich langsam Beziehungen aufzubauen, auf sich aufmerksam zu machen und sich für einen Listenplatz, ein Mandat und höhere Position zu empfehlen. Merkel ist statt dessen auf der Überholspur an ihren altgedienten westdeutschen Parteikollegen vorbei an die Parteispitze und auf den Posten der Kanzlerkandidatin gerast.

Die Physikerin Merkel hatte sich nach dem Mauerfall 1989 erstmals einer politischen Partei, dem Demokratischer Aufbruch (DA), angeschlossen, wurde jedoch bereits vier Monate später Sprecherin der ostdeutschen CDU-Regierung unter Lothar de Maizière. Nach der Wiedervereinigung 1990 holte Kanzler Helmut Kohl die damals 36-Jährige, die zu diesem Zeitpunkt erst seit einem halben Jahr CDU-Mitglied war, als Ministerin ins Kabinett. Mit der herben Wahlniederlage der Konservativen bei der Bundestagswahl 1998 verlor Merkel ihr Ministeramt, wurde aber noch im selben Jahr zur Generalsekretärin der CDU gewählt.
Ein gutes Jahr später betrieb sie anläßlich der CDU-Spendenaffäre aktiv die Absetzung des Ehrenvorsitzenden der Union, ihres einstigen Förderers Kohl, um im April 2000 selbst den Parteivorsitz zu übernehmen. Auch wenn sie bei der Bundestagswahl 2002 in der Frage der Kanzlerkandidatur noch gegen Edmund Stoiber zurückstecken muß, hat sie seitdem durch Personalentscheidungen und die Übernahme des Fraktionsvorsitzes im Bundestag ihre Machtposition innerhalb der Union weiter ausgebaut und die parteiinterne Konkurrenz in Schach gehalten, so daß ihre diesjährige Kanzlerkandidatur zumindest nach außen unangefochten blieb.
Wie ist dieser rasante politische Werdegang Merkels zu erklären? Was brachte Merkel mit, daß sie nach einem halben Jahr CDU-Mitgliedschaft bereits ein Ministeramt besetzte? Versuche von Biografen und Feuilletonisten, ihre Karriere auf Zufall, Glück oder Charaktereigenschaften wie Durchsetzungsvermögen und Machtinstinkt zurückzuführen, bleiben hohl, weil sie die politischen und sozialen Interessen und Rahmenbedingungen ignorieren, unter denen ihr Aufstieg stattfand.
Merkel ist unmittelbar nach der Wende in der DDR keineswegs als unbeschriebenes Blatt ohne Beziehungen in die Politik gegangen. Durch ihren Vater verfügte sie über Zugang zu einflußreichen Kirchenkreisen, die enge Verbindungen zu den Spitzen der DDR-Regierung unterhielten und seit den fünfziger Jahren dazu beitrugen, politische Opposition gegen das stalinistische Regime unter Kontrolle zu halten. Während der Wende spielten diese Kirchenkreise eine zentrale Rolle dabei, die Protestwelle in Ostdeutschland in Bahnen zu lenken, die schließlich zur Restauration des Kapitalismus und zum Anschluß an die Bundesrepublik führten.

Herkunft aus DDR-Kirchenkreisen

Geboren in Hamburg als Angela Dorothea Kasner wuchs Merkel im brandenburgischen Templin als Pfarrerstochter auf. Ihr Vater Horst Kasner war nach seinem Theologiestudium im Westen 1954 nach Ostdeutschland zurückgekehrt und leitete dort den "Waldhof", ein Fortbildungszentrum der evangelischen Kirche für Pfarrer und Prediger mit angegliedertem Pflegeheim. Ein geeigneter Ort, um in DDR-Kirchenkreisen Bekanntschaften zu schließen. Auf dem Waldhof lernte unter anderem Rainer Eppelmann, der spätere Gründer der Partei Demokratischer Aufbruch, in der nach der Wende Merkels politische Karriere beginnen sollte.
Merkels Vater zählte zu den Kirchenvertretern, die unter dem Schlagwort "Kirche im Sozialismus" einen Kurs vertraten, der Loyalität zu Regime und Kirche miteinander verband.
In den frühen 1950-er Jahren hatte die SED einen "Kampf" gegen den Einfluß der Kirchen geführt, ab 1953 - unter dem unmittelbaren Eindruck des Arbeiteraufstands gegen den stalinistischen Staat - schlug die Ulbricht-Regierung allerdings einen vermittelnden Weg ein, mit dem versucht wurde, die kirchlichen Institutionen zur Herrschaftsstabilisierung einzusetzen und in das Staatssystem zu integrieren. Insbesondere die evangelische Kirche näherte sich dem Regime bald über den "Weißenseer Arbeitskreis" an, in dem auch Horst Kasner mitwirkte.
Ab 1971 definierte sie sich schließlich offiziell als "Kirche im Sozialismus" und erhielt dadurch einen öffentlichen Einfluß, der für den gesamten Ostblock beispiellos war.
Mit zunehmender Annäherung zwischen Staat und Kirche und der wachsenden ökonomischen

und innenpolitischen Krise der DDR übernahm die Kirche neben der Stabilisierung im Innern auch diskret diplomatische Funktionen im deutsch-deutschen Verhältnis. Über sie liefen seit den frühen 1960-er Jahren der Häftlingsaustausch und wesentliche Teile des finanziellen Transfers - höchst bedeutende politische Ost-Westkontakte, die sicherlich später den DDR-Kirchenkreisen den Weg in die gesamtdeutsche Politik erleichterten

Für Verhandlungen, Absprachen und das Austarieren von Konflikten zwischen Kirche und Staat innerhalb der DDR unterhielten beide Seiten Vertreter - eine herausragende Rolle spielten hier der hochrangige evangelische Kirchenfunktionär Manfred Stolpe, einer der politischen Vordenker der "Kirche im Sozialismus", und der Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi, Vater des PDS-Politiker Gregor Gysi. In Gysis Amtszeit konsolidierte sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche wesentlich und der Kirche wurden zahlreiche Privilegien zugestanden (u.a. kirchliche Sendungen in den Medien, Finanzzuweisungen, Kirchenbauprogramme).

Eine weitere wichtige Mittlerinstanz fiel auch den Rechtsanwälten zu, die christliche Gruppen gegenüber dem Staat vertraten, gleichzeitig aber auch nicht selten Zuträger des Ministeriums für Staatssicherheit waren. Auch hier bekannte Namen: Lothar de Maizière und Wolfgang Schnur waren nicht nur aktive Christen und Stasi-Informanten, sondern später auch Merkels politische Förderer der ersten Stunde.

Aufgewachsen in solchen Kreisen, verfügte Angela Kasner schon früh über Beziehungen, die sie zu ihrem Vorteil einsetzen konnte. So berichtet Wolfgang Stock in seiner autorisierten Merkel-Biographie, daß die Schulklasse der damaligen Abiturientin ihren unbeliebten Lehrer ärgern wollte, indem sie keinen Beitrag zum obligatorischen Kulturprogramm der Schule vorbereitete und schließlich eine improvisierte Vorstellung gab. Die Schüler sollten bestraft werden, doch eine Intervention der Kasners gab dem ganzen eine Wendung:

"Eine Petition wird verfaßt, die Angela persönlich zu Manfred Stolpe, dem obersten Kirchenjuristen der DDR, nach Berlin ins Stefanusstift bringt. ... Dank der Kirchenschiene greift 'Berlin' ein: Angelas Klassenlehrer wird gemaßregelt, ... die Schüler bekommen 'nur' einen Verweis beim 'Fahnenappell'."

Nach dem Abitur studierte Angela Kasner Physik, heiratete und wurde an der Berliner Akademie der Wissenschaften aufgenommen, wo sie 1986 promovierte. In ihrer Studienzeit war sie Sekretärin für Agitation und Propaganda der regimetreuen Jugendorganisation FDJ, ein Amt, das sie inzwischen gern als "Kulturbeauftragte" bezeichnet.

Ein Stasi-Spitzel am Institut, der vorrangig den Dissidentensohn Ulrich Havemann beobachten sollte, gab auch über seine Bürokollegin Merkel Auskunft. Von einem inneren Widerstand gegen die SED-Herrschaft, den Merkel in ihren autorisierten Biographien und Interviews zu ihrer Geschichte herauszustellen versucht, kann nach der Stasi-Quelle keine Rede sein. So recherchierte die Zeitschrift "Stern" in den Archiven: "IM Bachmann berichtet nichts politisch Brisantes, im Gegenteil, ein ums andere Mal hebt er Angelas 'positive politische Grundeinstellung' hervor. Ansonsten berichtet er vor allem Privates, Persönliches. Aus ihrem kleinen, sicheren Leben eben."

Die wachsende Protest- und Widerstandsbewegung in der DDR des Jahres 1989 interessierte Merkel zunächst offenbar nicht. "Ach, mal gucken, was draus wird", soll sie einem Institutskollegen geantwortet haben, der nicht verstehen konnte, daß jemand in diesen Tagen nicht auf die Straße oder zu politischen Versammlungen ging. Erst als die Mauer geöffnet und der Machtverlust der SED unübersehbar geworden war, begann sie sich politisch neu zu orientieren und begab sich auf die Suche nach einer Partei.

Die evangelische Kirche und ihre Vertreter hatten angesichts des Massenprotestes gegen das Regime eine Schlüsselrolle gespielt, einen offenen Aufstand zu verhindern und die Opposition zu kanalisieren, um eine geordnete Umwandlung der unhaltbar gewordenen politischen Ord-

nung herbeizuführen. Die sogenannten Runden Tische unter kirchlicher Moderation wurden eingerichtet, um den Systemwechsel zu ermöglichen, ohne daß die Arbeiterklasse direkt mit den stalinistischen Schergen abrechnete und sich eigene, unabhängige Vertretungen aufbaute. Die Kirchen riefen zur prinzipiellen Gewaltlosigkeit auf und sorgten sich vor allem um die Wahrung des sozialen Friedens.
Damit leisteten sie nicht nur der SED im Rahmen der altbewährten Kooperationsgemeinschaft Kirche-Staat einen letzten Dienst, sondern handelten auch im Interesse der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer politischen Parteien, die wiederum ihre guten Kontakte zu ostdeutschen Kirchenvertretern nutzten, um das Schicksal der DDR schnell und zu Gunsten des westdeutschen Kapitalismus zu entscheiden.
Bei allen sonstigen Differenzen zwischen dem politischen Führungspersonal in Ost- und Westdeutschland gab es hier eine grundlegende Gemeinsamkeit, die beide auch mit der Kirche teilten: Eine tiefe Abneigung gegenüber selbstständigen Regungen in der Bevölkerung, die sich aus der Angst vor einer für sie unkontrollierbaren revolutionären Entwicklung in der Arbeiterklasse speiste.
Auch die 1989 neu entstandenen Parteien in der DDR waren größtenteils von Kirchenvertretern oder kirchennahen Persönlichkeiten gegründet worden, ebenso kamen bei der personellen Erneuerung der ehemaligen Staatsparteien zahlreiche Personen mit Kirchenverbindungen an die Spitze.

Der Beginn einer politischen Karriere

Angela Merkel schloß sich im Dezember 1989 dem Demokratischen Aufbruch (DA) an, der von den Pastoren Rainer Eppelmann und Friedrich Schorlemmer sowie dem Vertrauensanwalt der evangelischen Kirche in der DDR Wolfgang Schnur gegründet worden war. Bereits zwei Monate später avancierte sie zur Pressesprecherin des DA, der für die schnelle Einführung des Kapitalismus in Ostdeutschland eintrat und sich politisch an der westdeutschen CDU orientierte.
Bei den ostdeutschen Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 trat der DA gemeinsam mit der Ost-CDU in dem von Helmut Kohl initiierten Parteienbündnis "Allianz für Deutschland" an und erfüllte dort im Wesentlichen die Funktion, der Ost-CDU - die wegen ihrer Geschichte als ehemalige Blockpartei und damit Stütze des stalinistischen Regime weitgehend diskreditiert schien - den Anstrich eines Neuanfangs und Bruchs mit alten Traditionen zu verleihen.
Der DA erhielt - nicht zuletzt weil sein Spitzenkandidat Schnur kurz vor der Wahl als langjähriger Stasi-Spitzel enttarnt wurde - lediglich 0,9 Prozent der Stimmen, doch die Ost-CDU, ihr Bündnispartner, wurde wider eigene Erwartungen stärkste Partei. Deren Spitzenmann Lothar de Maizière wurde damit Ministerpräsident der letzten DDR-Regierung, die ihre wichtigste Aufgabe in der Auflösung des Staates und dem Anschluß an die Bundesrepublik sah.
Lothar de Maizière war langjähriges Mitglied der Ost-CDU, aber erst kurz vor der Wahl an die Parteispitze getreten. In der letzten SED-Regierung unter Hans Modrow hatte der Jurist das Amt des Ministers für Kirchenfragen inne, gleichzeitig verfügte er über hervorragende Kontakte zur politischen Elite Westdeutschlands: Sein Onkel Ulrich de Maizière hatte nach dem Zweiten Weltkrieg in maßgeblicher Position die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik organisiert und u.a. das Amt des Generalinspekteurs der Bundeswehr bekleidet.
So war es wohl mehr als ein glücklicher Zufall, daß Merkel am Tag der Volkskammerwahl die Wahlparty des DA schnell verließ, um sich auf der Feier der CDU an Thomas de Maizière, Cousin von Lothar und Sohn von Ulrich, mit der Bitte um Postenvergabe in der neuen Regierung zu wenden.
"Sie können glücklich sein, daß Sie so feine Kerle wie uns vom 'Demokratischen Aufbruch' in der 'Allianz für Deutschland' dabeihaben. Ich hoffe doch, daß das bei der Regierungsbildung anständig berücksichtigt wird", hat sie nach eigenem Bekunden dem Vertreter der in Ost und

West einflußreichen Familie gesagt, der später selbst CDU-Landesminister in Sachsen werden sollte. Lothar de Maizière, der auch mit Merkels Vater bekannt war, griff Merkels Wunsch nach einem hohen Amt auf und machte sie zu seiner Regierungssprecherin.
Der DA löste sich im August 1990 in die Ost-CDU auf, die sich wiederum anläßlich der Wiedervereinigung im Oktober desselben Jahres in die West-CDU auflöste. Merkels Job war gemeinsam mit der DDR verschwunden, doch die wenigen Monate hatten gereicht, um ihre Kontakte auszubauen und zu festigen. Zum engsten Kreis um Lothar de Maizière gehörte sie gemeinsam mit Günther Krause, der als Parlamentarischer Staatsekretär die Währungs- und Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik aushandelte.
Empfehlungen von Krause und de Maizière brachten ihr eine Einladung zu Kohl ins Bonner Kanzleramt. Krause verschaffte ihr als CDU-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern einen Wahlkreis bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990.

Die Karriere der Angela Merkel

Teil 2: BRD - Von Kohls "Mädchen" zur Kanzlerkandidatin

Kohls Versprechen "blühender Landschaften" im Osten verhalfen der CDU bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 zum Wahlsieg. Kaum ein Jahr nach ihrem Eintritt in den Demokratischen Aufbruch (DA), nach nur sechs Monaten Mitgliedschaft in der CDU, wurde Merkel im Januar 1991 als Ministerin für Frauen und Jugend im Kabinett Kohls vereidigt.
In ihrer Zeit als Kabinettsmitglied ließ Merkel kaum eine Gelegenheit aus, ihrem mächtigen Förderer Kohl als "Vater der Einheit" zu huldigen. Sie schloß sich keiner Parteifraktion an, stützte aber im Wesentlichen die Forderungen der rechtesten Elemente innerhalb der Konservativen. So stellte sie sich in der Debatte um die Neufassung des Abtreibungsparagraphen 218 hinter die fanatischen Abtreibungsgegner in der Union, indem sie sich gegen eine Fristenlösung aussprach, forderte die Wiedereinführung von Kopfnoten für Fleiß und Betragen in den Schulen und schlug ernsthaft die Einführung des Schulfachs "Völkerkunde" als Mittel gegen rassistische Gewalt vor.
Schon in ihren frühen Jahren als bundesdeutsche Politikerin bewies Merkel, daß sie in der Lage war, Affären ihrer einstigen Förderer zu nutzen, um sich selbst im politischen Betrieb nach oben zu katapultieren und ihre Position in der Partei zu stärken.
Lothar de Maizière, der nach der Wiedervereinigung Kohls Stellvertreter im Parteivorsitz geworden war, trat nach der Enthüllung des "Spiegel", daß er als Informant für die Stasi gearbeitet hatte, von seinem Amt zurück. Protegiert von Kohl - der sich mit loyalen Gefolgsleuten umgab und noch nicht ahnte, daß von der damals 37-jährigen Ostdeutschen, seinem "Mädchen", später eine Gefahr für ihn selbst ausgehen würde - wurde Merkel auf dem Dresdner Parteitag der CDU in das Amt der stellvertretenden Parteivorsitzenden gehoben.
Ein anderer wichtiger Förderer Merkels, Günther Krause, der inzwischen als Verkehrsminister in der Bundesregierung saß und u.a. die Deutsche Bundesbahn privatisierte, schien nach zahlreichen in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Fällen von persönlicher Vorteilsnahme im Amt für Kohl nicht mehr haltbar und wurde 1993 als Minister abgesetzt. Obwohl Krause hoffte, seinen CDU-Landesvorsitz in Mecklenburg-Vorpommern behalten zu können, setzte sich auch hier Merkel mit Kohls Rückendeckung durch und übernahm seinen Posten in dem Bundesland.
Bei der Bundestagswahl 1994 konnte die Kohl-Regierung noch einmal mit knappem Vorsprung ihre Macht verteidigen. Merkel blieb im Kabinett und rückte vom wenig beachteten und recht einflußlosen Frauenministerium zur Umweltministerin auf. Eine ihrer ersten Amtshandlungen bestand darin, den ihr untergeordneten Staatssekretär Clemens Stroetmann aus dem Ministerium zu entfernen. Der an sich schon ungewöhnliche Schritt erregte auch deshalb

Aufsehen, weil Stroetmann sich bereits unter Merkels Vorgänger im Amt Klaus Töpfer einen Namen als kompetentester Mann im Umweltministerium erarbeitet hatte. Merkel wollte jedoch keineswegs einen "heimlichen Umweltminister" neben sich dulden.
Den Ruf einer Erfüllungsgehilfin der Atomindustrie erlangte Merkel, als sie 1995 gegen den massiven Widerstand in der Bevölkerung und den Protest des Landes Niedersachsen Atommülltransporte in das umstrittene Zwischenlager Gorleben durchsetzte. 7.600 Polizisten schützten den Castor-Transport im April 1995, und Merkel bezeichnet es noch in ihrer 2004 erschienenen Interviewsammlung "Mein Weg" als eine ihrer "größten Leistungen", in dieser Situation das "Gewaltmonopol des Staates" durchgesetzt zu haben.
Ihr Biograph Stock notiert zur gleichen Frage Merkels Auffassung, daß ein "Grundübel in der westdeutschen Politik darin (liegt), daß diese immer wieder unentschieden war. 'Das hat nicht dazu geführt, daß das Anrennen gegen den Staat geringer geworden ist'."
Merkels gute Verbindungen zur deutschen Atomindustrie sind seit ihrer Zeit als Umweltministerin nicht abgerissen. Einer der wenigen konkreten Programmpunkte, den Merkel für ihre erwartete Kanzlerschaft bereits angekündigt hat, ist die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke.

An die Spitze der Union

Als die Union bei der Bundestagswahl 1998 eine herbe Niederlage erfuhr und die Regierung von SPD und Grünen unter Schröder an die Macht kam, verlor Merkel ihr Ministeramt, setzte aber nun ihre parteiinterne Karriere fort. Noch im November des Wahljahres wurde sie von dem neuen Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble auf den Posten der CDU-Generalsekretärin gehoben.
Die Wahlniederlage ließ in der CDU heftige Spannungen an die Oberfläche treten, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg entwickelt hatten und sich quer durch die Partei zogen, von der einfachen Mitgliedschaft bis in die Führung. Das schlechte Wahlergebnis wurde unionsintern weitgehend der Person Kohls angelastet - Ausdruck der enormen Unzufriedenheit mit dem Parteichef, der es über seine gesamte 16-jährige Regierungszeit hinweg immer meisterhaft verstanden hatte, sich mit loyalen Gefolgsleuten zu umgeben und seine zahlreichen Kritiker in der Partei praktisch auszuschalten.
Nach dem Regierungsverlust sah sich Kohl gezwungen, die Führung der Partei in die Hände von Wolfgang Schäuble zu übergeben, gleichzeitig ließ er sich in das eigens für ihn kreierte Amt des "Ehrenvorsitzenden" befördern.
Daß Schäuble - mit ausdrücklicher Billigung Kohls - gerade Merkel zur Generalsekretärin machte, hatte dabei sichtlich wenig mit ihrer Eignung für das Amt zu tun. Merkel war zwar nunmehr knapp acht Jahre Kabinettsmitglied der Regierung Kohl gewesen, aber auch ebenfalls seit nur acht Jahren CDU-Mitglied, was sie kaum für eines der höchsten Führungsämter in der Partei qualifizierte.
Schäubles Wahl stellte vielmehr einen Versuch dar, die internen Kämpfe zu beruhigen und die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Partei in Schach zu halten, indem er ihnen eine amorphe Generalsekretärin vorsetzte, die aus keinem der mächtigen westdeutschen "Ställe" der Union kam und sich keiner bestimmten Fraktion fest angeschlossen hatte.
Teile der Partei drängten auf eine politische Neupositionierung der CDU und einen Bruch mit Kohl, der sich auch deshalb über vier Amtszeiten an der Macht halten konnte, weil er hohe Staatsausgaben in Kauf nahm, um einen gewissen Interessensausgleich und den sozialen Frieden im Land zu wahren. Doch auch nach dem Ende seiner Kanzlerschaft behielt Kohl durch sein engmaschiges Netzwerk innerhalb der Union die Fäden in der Hand und der neue Vorsitzende Schäuble setzte lediglich auf langsame und vorsichtige Veränderungen in der Programmatik. Eine Gelegenheit, mit Kohl und seiner Politik radikal aufzuräumen, ergab sich jedoch bald mit der sogenannten "Spendenaffäre" der CDU.

Gegen Ende des Jahres 1999 erfuhr die Öffentlichkeit, daß die Union über Jahre hinweg auf geheimen Konten "Spenden" - offenkundig Bestechungsgelder aus der Wirtschaft - in Millionenhöhe versteckt hatte.
Über Wochen hinweg brachten Presse und die ermittelnde Staatsanwaltschaft immer neue Vorwürfe und Enthüllungen ans Licht und schnell wurde deutlich, daß es sich nicht nur um ein korruptes Gebaren Einzelner handelte, sondern um ein kriminelles System: Große Geldeinnahmen der Partei wurden im Rechenschaftsbericht nicht deklariert, ihre Herkunft und Zweckbestimmung vertuscht und die so versteckten Schmiergelder genutzt, um bestimmten Personen eine finanzielle Erkenntlichkeit von seiten der Partei zukommen zu lassen oder sie im "Kampf gegen die Linke" flexibel einzusetzen.
Mit den fortschreitenden Enthüllungen geriet Helmut Kohl massiv unter Druck und gab schließlich im Dezember 1999 während einer Talkshow zu, daß er persönlich auch Millionenspenden entgegengenommen hatte, weigerte sich aber beharrlich, die großzügigen Gönner zu benennen. Die Empörung gegenüber Kohl und den Machenschaften in der Unionsführung wuchs in der Öffentlichkeit wie in der CDU-Mitgliedschaft, und der zuvor unantastbare Ehrenvorsitzende konnte zum Abschuß frei gegeben werden.
Merkel erkannte und ergriff die Gelegenheit der Spendenaffäre, um nicht nur Kohl sondern auch seinen zögerlichen Nachfolger Schäuble loszuwerden und sich selbst an die Spitze der neu aufstrebenden Kräfte in der Partei zu setzen.
Sie plazierte ohne Rücksprache mit dem Vorsitzenden Schäuble einen Artikel in der "FAZ", in dem sie im Namen der Partei auf Distanz zu Kohl ging, und stellte sich auf diesem Weg in der Öffentlichkeit als diejenige Vertreterin in der Parteiführung dar, die am deutlichsten mit dem "System Kohl" aufräumen wollte.
Anfang des Jahres 2000 mußte Schäuble sein Amt als Parteivorsitzender niederlegen, nachdem bekannt geworden war, daß auch er einen Geldkoffer von dem Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber angenommen hatte, und auch Kohl sah sich gezwungen vom Ehrenvorsitz zurückzutreten.
Zur Vorbereitung ihrer Kandidatur um den nun frei gewordenen Parteivorsitz ließ sich Merkel auf Regionalkonferenzen der Union von der Basis feiern und schlug damit ihre Konkurrenten Volker Rühe, Jürgen Rüttgers und Kurt Biedenkopf aus dem Rennen. Frenetisch wurde sie auf dem Wahlparteitag von einer Mitgliedschaft bejubelt, die von schmutzigen Geschäften nichts mehr hören wollte.
Merkels Fähigkeit, die "Ära Kohl" auch innerhalb der Union zu beenden, zeigte sich allerdings vielmehr in der programmatischen Neuausrichtung der Partei als in der Bereitschaft, die weitreichende Korruptionsaffäre aufzuklären. Tatsächlich wurde mit ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden ein Schlußstrich unter den Skandal gezogen, der die CDU zu zerreißen drohte.
Bis heute sind der Öffentlichkeit die anonymen "Spender" und die Verwendung vieler Gelder nicht bekannt, bis heute ziehen sich Teile der Parteispitze, die mit größter Wahrscheinlichkeit in die Machenschaften verwickelt waren - wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch - darauf zurück, von nichts gewußt zu haben. Helmut Kohl wurde von Merkel bereits im Herbst 2000 anläßlich der Feier zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung rehabilitiert.
Programmatisch setzte sich die CDU jedoch von dem Mann ab, der in seiner Zeit als Kanzler "blühende Landschaften" versprach und angesichts der zu erwartenden Opposition in der Bevölkerung davor zurückschreckte, harte Einschnitte in den Sozialsystemen vorzunehmen. In Hinblick auf die rigorose rot-grüne Umverteilungs- und Sparpolitik auf Kosten der Masse der Bevölkerung ist Kohl rückblickend oft als "letzter Sozialdemokrat" bezeichnet worden. In der Union sind nach seinem Abgang vor allem die Kräfte emporgekommen, die eine noch rücksichtslosere Politik einfordern und einer unbegrenzten Bereicherung der Elite das Wort reden. Mit Merkel haben sie eine Vertreterin, die persönlich einen rasanten materiellen und machtpo-

litischen Aufstieg hinter sich hat und sich darüber hinaus in keiner Weise an alte sozialstaatliche Traditionen der Bundesrepublik gebunden fühlt.
Merkels mißlungene Kandidatenkür im Wahljahr 2002, als sie gegen den CSU-Chef und bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber unterlag, ist auch darauf zurückzuführen, daß die Union zu diesem Zeitpunkt noch lieber einen Kandidaten ins Rennen schicken wollte, der vergleichsweise gemäßigt auftrat und als Führer einer tatsächlichen Volkspartei in seinem Bundesland mit dem Austarieren verschiedener Interessen vertraut war. Nun, da die Wahl 2005 für die CDU so gut wie gewonnen scheint, konnte Merkel unbehindert ihre Kanzlerkandidatur durchsetzen, obwohl sie für ein Programm steht, das "den veränderungsscheuen Deutschen noch Hören und Sehen vergehen" läßt, wie die "Zeit" kommentierte.

Politische Positionen

Es fällt schwer, in Merkels Biographie politische Grundkonstanten oder feste Überzeugungen auszumachen. Die Politikerin Merkel ist während ihrer ganzen Karriere gut damit gefahren, in ihren Positionen und Allianzen flexible zu sein und die Gunst der Stunde zu nutzen, um sich neu zu orientieren. In Stocks autorisierter Biographie auf Interviewbasis findet sich viel Banales, politische Standpunkte dagegen sind rar gesät. Auffällig ist allerdings, wie Merkel sich im Verlauf ihrer erzählten Biographie immer wieder von allem heftig distanziert, was sie als "basisdemokratisch" oder "egalitär" auffaßt - sei es in Bezug auf Kirchengruppen, Parteiorganisationen oder Atomkraftgegner - und den durchsetzungsstarken Staat mit seinem "Gewaltmonopol" hochhält.
Hier lag auch der Grund, warum sich Merkel als CDU-Generalsekretärin anfänglich gegen die Unterschriftenkampagne der hessischen CDU im Landtagswahlkampf 1999 stellte - nicht der äußerst rechte, rassistische Charakter der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ließ sie zögern, Kochs Initiative zu unterstützen, sondern ihre Abneigung gegen "Basisdemokratie" und die Vorstellung, die Bevölkerung könne sich animiert fühlen, in der Politik ein Mitspracherecht einzufordern, das über die turnusmäßigen Wahlen hinausgeht. Letztendlich ließ sie sich jedoch von den rechtesten Elementen in der Partei überzeugen und ebnete der ausländerfeindlichen Aktion den Weg.
Seitdem Merkel begonnen hat, ihre Kanzlerkandidatur vorzubereiten, sind ihre politischen Positionen insgesamt klarer hervorgetreten, auch wenn sie weiterhin die Strategie verfolgt, konkreten Fragen auszuweichen und sich nach Möglichkeit wenig festzulegen. Verschiedene kontroverse Debatten zur deutschen Innen- und Außenpolitik machten es in der vergangenen Zeit jedoch unumgänglich, daß sie in bestimmten Fragen Standpunkte bezog, die allgemein ihre Orientierung an äußerst rechten politischen Konzeptionen verdeutlichen und einen Ausblick auf das geben, was von einer Merkel-Regierung zu erwarten ist.
Merkels Vorstellungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik lassen sich in ihrer Forderung nach "Entfesselung der Marktkräfte" zusammenfassen. Sie strebt eine Fortführung und deutliche Verschärfung der rigorosen Umverteilungs- und Kürzungspolitik an, die unter der Schröder-Regierung eingeleitet wurde, u.a. durch Ausbau des Niedriglohnsektors, ein "stärkeres Bekenntnis zu Eliten", umfassende Privatisierungen, "Flexibilisierung" des Arbeitsrechts sowie "Wettbewerb" und "Eigenverantwortung" bei den Sozialleistungen.
Die Debatte um die Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung warf ein Schlaglicht auf die politischen Konzepte, die Merkel vertritt. Sie profilierte sich als vehementeste Befürworterin der sogenannten Kopfpauschale, wonach der am Einkommen orientierte Beitrag abgeschafft und pro Kopf ein fester Beitrag zur Deckung der Gesundheitskosten abgeführt werden soll.
In ihrem 2004 erschienenen Interviewband "Mein Weg" erklärt Merkel, daß die gesetzliche Begrenzung auf einen zehnstündigen Arbeitstag in Deutschland abgeschafft werden müsse, da "die Betriebe mehr Freiheiten brauchen, um auf die veränderten Wettbewerbsbedingungen zu

reagieren". Ohne eine Änderung dieser Gesetze müsse sich "manch einer, nachdem er sich per Stechuhr schon in den Feierabend abgemeldet hat, wieder illegal an seinen Arbeitsplatz zurückkehren". Eine Arbeitszeit von "15 Stunden täglich" müsse man ja nicht sein Leben lang ableisten, aber legal und akzeptiert soll dies nach Merkels Auffassung allemal sein.
Die Freiheit, die Merkel den Arbeitern zu bieten hat, sieht so aus: "Ich werde dieses Verständnis für Veränderungen ... nur schaffen, wenn ich dem Einzelnen mehr Entscheidungsoptionen öffne. Daher ist es aus unserer Sicht so wichtig, daß der Arbeitnehmer selbst entscheiden kann, ob er eine Stunde länger arbeitet oder etwas weniger Geld verdient, damit der Betrieb nicht nach Polen verlagert wird." Gleichzeitig verteidigt sie die Entscheidung des Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann, Entlassungen vorzunehmen, um die Kapitalrenditen auf 20 bis 30 Prozent zu steigern, da nur so "eine Übernahme durch ausländische Konkurrenten zu verhindern" sei.
Ein solches Programm, das de facto eine Kriegserklärung an die arbeitende Bevölkerung ist und zwangsläufig auf heftige Ablehnung stoßen wird, erfordert eine Aufrüstung im Innern, um den Widerstand dagegen zu brechen. Es ist daher nur konsequent, daß Merkel seit geraumer Zeit mit Nachdruck dafür plädiert, die Verfassung zu ändern, damit die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden kann.

Orientierung an der Bush-Regierung

Auch außenpolitisch kann sich das Aufgabengebiet des deutschen Militärs nur vergrößern. Merkels Orientierung an der amerikanischen Politik wurde erstmals im Vorfeld des Irakkriegs überdeutlich, als sie sich demonstrativ an Bushs Seite stellte und jede Lüge aus Washington bereitwillig nachplapperte.
Als Umfragen zufolge über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung den kommenden Krieg ablehnten und gerade eine Woche zuvor weltweit die größte Antikriegsdemonstration der Geschichte stattgefunden hatte, sprang sie der Bush-Regierung bei Seite, indem sie am 22. Februar 2003 in der "Washington Post" einen Artikel mit der Überschrift "Schröder spricht nicht für alle Deutschen" veröffentlichte, und damit speichelleckerisch ihre Visitenkarte als bessere Kanzlerin im Weißen Haus abgab.
Ihre Haltung hat sich seitdem nicht verändert. Noch heute erhebt Merkel den absurden Vorwurf, daß letztlich Schröder Verantwortung für den Irakkrieg trage, weil er sich nicht um Einigkeit mit den USA und Großbritannien bemüht habe, Hussein daher "Katz und Maus" mit der internationalen Staatengemeinschaft habe spielen können und dies "das Eingreifen der Amerikaner ... leider unvermeidbar gemacht" habe. Dementsprechend soll es unter ihr keine "Achse" Paris-Berlin-Moskau geben, statt dessen ein stärkeres Zusammengehen mit den proamerikanisch regierten osteuropäischen EU-Mitgliedern, um sich in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen besser mit den Vereinigten Staaten abzustimmen.
Merkel steht firm an der Seite Bushs, um "mit militärischer Härte und politischer Klugheit an einer Weltordnung zu arbeiten, in der der Terrorismus keine Chance hat". In diesem Sinne tritt sie dafür ein, das Völkerrecht "weiterzuentwickeln", um den Präventivkrieg zu legitimieren. "Denn daß Situationen auf uns zukommen können, in denen präventiv eingegriffen werden muß, beispielsweise um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, daran zweifle ich nicht", erklärt Merkel zu einem Zeitpunkt, an dem die Lüge zur Begründung des Irakkriegs längst in sich zusammengebrochen ist, aber ein Kriegsgrund gegen den Iran, Nordkorea oder andere Länder noch fabriziert werden muß.
Zweifellos ist Merkel bereit, es der Bush-Regierung gleich zu tun, und nach Außen und Innen Krieg zu führen. Eine stabile Regierung wird sie mit diesem Kurs allerdings nicht führen können: Auch wenn die Union bei der kommenden Wahl stärkste Partei werden sollte, ist diese Politik weit davon entfernt, in der Bevölkerung mehrheitsfähig zu sein, und wird unvermeidlich auf Widerstand stoßen, auch in ihrer eigenen Partei. Der rasante Aufstieg Merkels könnte

ein plötzliches Ende finden.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Dezember 1991: >>**Bonn steht für 75 Milliarden**
... Auf den Bundeshaushalt können in den nächsten Jahren zusätzliche Belastungen von 75 Milliarden DM zukommen, falls die ehemalige Sowjetunion zahlungsunfähig wird. Das geht aus einem "Sachstandsbericht zur finanz- und wirtschaftspolitischen Situation in der Sowjetunion" hervor, den das Bundesfinanzministerium dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegt hat. ...
Somit haftet Bonn insgesamt für Zahlungsverpflichtungen der früheren Sowjetunion von über 75 Milliarden DM.
Die Übernahme von Exportbürgschaften, die bis 26. November allein 26,8 Milliarden DM ausmachten, habe geholfen, die Versorgung der Sowjetunion mit lebenswichtigen Investitions- und Konsumgütern aufrechtzuerhalten. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 1. September 1994 über Krebserkrankungen von ehemaligen "Wismut-Kumpeln": >>**Rentenansturm bei Wismut**
... Jeder zehnte der bisher medizinisch untersuchten ehemaligen "Wismut-Kumpel" hat eine Rente wegen einer Krebserkrankung beantragt. Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) erklärte am Mittwoch in Dresden, seit Ende 1992 seien 10.000 ehemalige Kumpel des Uranförderers Wismut AG untersucht worden.
HVBG-Vorstandschef Klaus Hinne ... verwies vor allem auf Krebsleiden außerhalb der Lungen.
Er erklärte, bis 1996 sollten die Untersuchungen der etwa 80.000 ehemaligen Wismut-Beschäftigten abgeschlossen werden. Er rechne mit Kosten für die Berufsgenossenschaften in Höhe von 1,5 Milliarden DM aus Rentenansprüchen, Zahlungen für Rehabilitation und Untersuchungen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Februar 1995: >>**Bonn weist Moskauer Forderungen zurück**
Die Bundesregierung hat zusätzliche russische Forderungen in zweistelliger Milliardenhöhe für die von den früheren Sowjettruppen in Ostdeutschland geräumten Kasernen zurückgewiesen. ...
Auch Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg lehnte zusätzliche Forderungen Rußlands ab. Er sehe keinen Grund, über die bereits vereinbarten 14 Milliarden Mark hinaus zusätzliche finanzielle Verpflichtungen einzugehen, sagte Stoltenberg in Bonn.
Er schloß nicht aus, daß Deutschland zusammen mit anderen Geldgebern im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftshilfe für die Staaten der ehemaligen UdSSR weitere Leistungen erbringen könnte.<<
Der deutsche CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1982-1991 Vorsitzender der CDU/-CSU-Bundestagsfraktion) schrieb am 22. August 1998 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**"Antifa": Sie kämpft gegen die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes**
Niemand in Europa hätte an der Zeitenwende 1990/91 geglaubt, daß Kommunisten bald wieder ihre Ziele aufgreifen und offen oder verdeckt je wieder reale Macht ausüben würden. Diese Hoffnung hat getrogen. Die Verführungskraft von Ideologen ermöglicht sogar deren Wiedergeburt. In Frankreich und Italien sind Kommunisten wieder an der Regierung beteiligt. In Rußland sind sie stärkste Fraktion in der Staatsduma und blockieren dort - zusammen mit den Nationalisten - die notwendigen Reformen. Bei uns in Deutschland "tolerieren" die kaum gewendeten SED-Nachfolger in der PDS die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Höppner in Sachsen-Anhalt.
Natürlich propagieren die Kommunisten heute nicht mehr die Weltrevolution. Aber sie suchen

mit Erfolg Partner für Bündnisse und gemeinsame Aktionen, mit deren Hilfe sie zunächst einmal das politische Koordinatensystem in ihrem Sinne nach links verschieben wollen.
Als das wohl wirkungsvollste Mittel dafür haben die Kommunisten den "Antifaschismus" erkoren. Schon Walter Ulbricht hatte seinerzeit damit seine Herrschaft in der sowjetisch-besetzten Zone legitimieren wollen und als Vorstufe zum Sozialismus eine "Antifaschistisch-Demokratische Ordnung" proklamiert. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen sollte als Nachfolgestaat der Nationalsozialisten "nazifiziert" werden.
Dann kam - für viele unerwartet und für fast ebenso viele nicht mehr erwünscht - die Wende, der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Aus war der Traum der Linken von der sozialistischen Spielwiese in der DDR. Doch sie konnte sich damit nicht abfinden. Dies ist die wahrscheinlichste Erklärung für den Eifer, mit dem sie die große nationale Aufgabe der Einheit behindert, deren Erfolg leugnet und deren Konzepte miesmacht.
Seitdem gibt es immer wieder Versuche, Deutschland erneut unter "Faschismusverdacht" zu stellen, Deutschland darzustellen als historischen einzigartigen Verbrecherstaat und alle, auf die wir in unserer Geschichte mit Stolz zurückblicken können, einer "antifaschistischen" Inquisition zu unterziehen. Da geht es um Kasernennamen, um Ehrenmale, um Friedhöfe mit den Gräbern von jungen Soldaten, die für Deutschland gefallen sind. Es ging sogar - wie dies die Debatte um den 9. Mai 1945 gezeigt hat - um das Recht auf die Trauer schlechthin. ...
"Antifaschismus" läßt sich heute zu vielerlei Zwecken gebrauchen: z.B. als Keule, um Andersdenkende willfährig oder mundtot zu machen. Unter den vielen Initiativen und Kampagnen, mit denen seit 1990 "antifaschistischer Kampf" um die Meinungsführerschaft in Deutschland geführt wird, mit dem Ziel eines "Politikwechsels" bzw. einer "anderen Republik", möchte ich hier nur einige nachzeichnen, die sich gegen die Wehrmacht richteten und richten, in der mehr als 18 Millionen Deutsche überwiegend aufgrund einer gesetzlichen Wehrpflicht ihren Dienst für ihr Vaterland leisten mußten. ...
Die Angehörigen meines Jahrgangs (1920) konnten Hitler nicht wählen. Dafür waren sie zu jung. Aber sie wurden von ihm in den Krieg geschickt, und nur die Hälfte davon ist daraus zurückgekehrt. Die aber, die nicht zurückgekehrt sind, sind nicht für Hitler gestorben, den Verderber Deutschlands, sondern für unser Vaterland. Ein Schuft, wer ihnen jetzt auch noch die Ehre nehmen wollte!
Neuerdings versucht man sogar, Überläufern und Deserteuren Denkmäler zu errichten. Sollte es ehrenwerter gewesen sein, zu Stalin überzulaufen, anstatt das deutsche Volk und die deutschen Frauen gegen dessen Rote Armee zu verteidigen? ...
In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde die Ehre der deutschen Soldaten, die an diesem Krieg teilnehmen mußten, hochgehalten; in Deutschland, wie bei unseren Kriegsgegnern. Seit Jahren tingelt nun eine von dem früheren Kommunisten Heer und dem Zigarettenmilliardär Reemtsma organisierte Ausstellung durch deutsche Lande, die das Andenken und die Ehre der deutschen Soldaten besudelt. Das soll sie wohl sein, die öffentliche Darstellung der Wehrmacht als "größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte", wie "Die Zeit" es bereits 1992 gefordert hatte.
"Verbrechen der Wehrmacht", so heißt diese Ausstellung, ein infames Machtwerk, das der früheren sowjetischen Propaganda in nichts nachsteht. Inzwischen hat sich ein Designer zu Wort gemeldet und bekundet, im Auftrage Reemtsmas und mit dessen Geld die ihm zu dieser Ausstellung passenden Bilder aus sowjetischen Archiven zusammengeklaubt zu haben; ein Designer also, einigermaßen erfahren mit dem wirkungsvollen Arrangement von Ausstellungen, aber ohne jede Sachkenntnis und Qualifikation im Hinblick auf den Ausstellungsgegenstand und die kriegsgeschichtlichen Zusammenhänge.
Die Ausstellung versöhnt nicht, sie spaltet. Und das soll sie wohl auch. Wer aber auf diese Weise einen Keil zwischen die Generationen unseres Volkes treibt, der trifft es in der Seele

und gefährdet seinen Zusammenhalt. Das ist kein Werk des Friedens, sondern des Unfriedens.
Daß diese Ausstellung zu den Aktionen des "Antifaschismus" gegen Deutschland zählt, können wir daran erkennen, daß es die PDS gewesen ist, die den Antrag gestellt hatte, diese Ausstellung auch in den Räumen des Deutschen Bundestages zu zeigen. Gott sei Dank wurde dieses schlimme Ansinnen abgelehnt.
Wenn es gelänge, alle jene als Verbrecher darzustellen, die in der Wehrmacht gedient haben und alle jene als Hitlers Mittäter zu denunzieren, die sich ihm nicht unter höchstem Risiko in den Weg gestellt haben, dann verlöre unser Volk seine Selbstachtung, sein Selbstvertrauen und damit auch seinen Willen zur Selbstbehauptung. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Januar 2000 (x887/...): >>**Der Sumpf wird immer tiefer**
Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?
Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.
Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. Leute, die man sich politisch warmhalten mußte, kamen so ebenfalls in den Genuß von "Bimbes" (pfälzisch für "Geld"). Das Problem: einen Rechtsgrund für solche Zahlungen gab es natürlich in der Regel nicht, sie konnten also auch in den offiziellen Abrechnungen nicht aufscheinen, ohne daß dies unbequeme Rückfragen ausgelöst hätte.
Kohls Vertrauter Hans Terlinden, zuständiger Hauptabteilungsleiter Verwaltung im Konrad-Adenauer-Haus, dem Hauptquartier der CDU, sammelte die Spendengelder. Er ist inzwischen vom Dienst fristlos suspendiert. Terlinden übergab die Summen an CDU-Spendenanwalt Horst Weyrauch, der als Kohls Treuhänder fungierte.
In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat.
Merkwürdig: Bereits kurz nach dem Leuna-Vertragsabschluß kassierte Staatssekretärin Agnes Hürland (CDU) 500.000 Mark "Beraterhonorar" von der am Leuna-Projekt beteiligten Thyssen-Tochter TRT. Bis jetzt schweigt Frau Hürland. Inzwischen ist klar: Sie wurde von einem bestechlichen Thyssen-Mitarbeiter engagiert, der seinerseits wiederum die Hälfte des ausbezahlten Honorars als Provision zurückerhielt.
Ungetreue Firmenmitarbeiter auch bei der französischen Elf-Aquitaine: Insgesamt vier Milliarden Francs (über eine Milliarde Mark) soll Ex-Elf-Chef Loik Le Floch-Prigent durch Veruntreuung und Schmiergeldzahlungen beiseite geschafft haben, vielleicht noch mehr. Die Zahlungen wegen Leuna sind davon nur ein kleiner Teil. Der Ex-Auslandschef von Elf, Alfred Sirven, ist untergetaucht. Auch der frühere französische Außenminister Roland Dumas soll an den Geschäften beteiligt gewesen sein. Zu den Begünstigten gehörten französische Politiker von links bis rechts, ein Sohn des Ex-Präsidenten Mitterrand ebenso wie die linksradikale Organisation SOS-Racisme, der Mitterrands Frau Danielle nahestand.
Ausbezahlt wurden die Gelder über das Genfer Konto der Ölfirma. Von diesem Konto flossen auch 256 Millionen Francs (etwa 75 Mio. Mark) an deutsche Konten im Rahmen der Leuna-Transaktion, unter anderem an zwei nichtgenannte, Helmut Kohl nahestehende Staatssekretäre, wie die linke französische Tageszeitung "Libération" berichtet. Der eine ist Holger-Ludwig

Pfahls, er wird seit August 1999 per internationalem Haftbefehl gesucht. Die andere soll laut "Berliner Zeitung" Agnes Hürland sein.
Noch merkwürdiger: über denselben Genfer Konteninhaber, Dieter Holzer, liefen auch andere Zahlungen, die etwa im Zusammenhang mit der Schmiergeldaffäre um die Spürpanzer-Lieferungen an Saudi-Arabien stehen. Drahtzieher hier: Ex-Staatssekretär Pfahls.
Beobachter blicken inzwischen kaum noch durch, doch das, was sie zu sehen bekommen, läßt sie schwindlig werden. Die Frage, die Helmut Kohl wird beantworten müssen, ist: Sind Gelder aus der Affäre um Elf-Aquitaine und aus der Panzer-Affäre an CDU-Kassen geflossen oder nicht? Alles andere ist zweitrangig.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Februar 2000: >>**Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik**
Homogenität wurde nur suggeriert
Ende des vergangenen Jahres löste ein Artikel auf der ersten Seite der Welt merkwürdige Reaktionen aus. In dem Beitrag - prominent plaziert - wurde die Auffassung vertreten, daß es in der Bevölkerung wegen der Entschädigungszahlungen für jüdische Zwangsarbeiter eine wachsende antisemitische Stimmung gebe. Auch der Hauptkommentar in der Ausgabe setzte sich mit dieser Möglichkeit und ihren bedenklichen Folgen auseinander.
Daraufhin erschien in der FAZ wenige Tage später ein kaum kaschierter Angriff auf den Verfasser des eingangs erwähnten Textes, verbunden mit dem Vorwurf, er transportiere selbst antisemitische Affekte, indem er einen Zusammenhang zwischen Antisemitismus und dem tatsächlichen Verhalten von Juden herstelle. Antisemitismus sei aber nur ein "Vorurteil", d.h., er habe mit dem wirklich existierenden Judentum in keinem Fall zu tun.
Die Angelegenheit zog weitere Kreise nach sich in Gestalt eines Zeit-Artikels und anschließender Versuche der Welt, die ganze Sache irgendwie ungeschehen zu machen. Das war schon alles, und sicherlich wird das Ganze überhaupt nur einer kleinen Zahl von Lesern aufgefallen sein. Was sich hier abspielte, weist aber gewisse Berührungspunkte mit einem schon fast vierzig Jahre zurückliegenden Vorgang auf, nämlich der gescheiterten Berufung Golo Manns auf einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft in Frankfurt.
Mann hat später öffentlich gemacht, daß es Max Horkheimer war, der 1963 seine Ernennung verhinderte, indem er ihn - Mann - als "heimlichen Antisemiten" denunzierte und die Berufung seines Schülers Irving Fetscher durchsetzte. Horkheimer und Mann kannten sich aus der Zeit des amerikanischen Exils, beide hatten in den fünfziger Jahren sporadisch zusammengearbeitet, ohne doch in engeren Kontakt zu kommen. Dann war die Stelle in Frankfurt vakant. Das Kultusministerium bat Horkheimer um eine Stellungnahme, und der reagierte mit der disqualifizierenden Feststellung.
Ausschlaggebend war ein Vortrag Manns über die historischen Ursachen des Antisemitismus gewesen. Darin hatte er die Tatsache erwähnt, daß der atemberaubende soziale Aufstieg eines Teils der europäischen Juden im 19. Jahrhundert ebenso wie die kulturelle Fremdartigkeit der aus dem Osten zuwandernden Juden dazu beigetragen habe, judenfeindliche, dann mit den modernen Rassenvorstellungen zum Antisemitismus verknüpfte Ideologien zu schaffen, die dem Nationalsozialismus vorarbeiteten.
Genau diese Interpretation - immerhin im jüdischen Ner-Tamid-Verlag veröffentlicht - wurde jetzt als krypto-antisemitisch identifiziert und führte zu der ablehnenden Haltung Horkheimers und des eng mit ihm zusammenwirkenden American Jewish Committee (AJC), der die offiziellen Stellen folgten.
Obwohl zwischen den geschilderten Vorgängen ein großer Zeitraum liegt und der Grad der Dramatik sehr unterschiedlich war, ist die Analogie offensichtlich: Hier wie dort wirkte die Tabuisierung einer bestimmten Wortwahl und einer bestimmten Argumentationsweise und führte zur Ausgrenzung derjenigen, die die Sprachregel bewußt oder in Unkenntnis verletzt

hatten. Die Setzung von Tabu und Regel sind Beispiele für die Art und Weise, in der die Frankfurter Schule ihren Einfluß auf das geistige Leben der Bundesrepublik erfolgreich etablieren konnte. Diese knappe Formulierung erweckt allerdings die Vorstellung von einer strategischen Kompetenz der Frankfurter Schule, die den Tatsachen kaum entspricht.
In den Beiträgen des unlängst von Clemens Albrecht herausgegebenen und in wesentlichen Teilen auch verfaßten Sammelbandes "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" wird gerade deutlich, daß der Begriff "Frankfurter Schule", der ja Homogenität im Denken und Agieren der aus der Emigration zurückgekehrten Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung (IfS) suggeriert, so niemals vorhanden war, weshalb die Bezeichnung auch erst von außen auf die Gruppe von Philosophen, Psychologen, Pädagogen, Soziologen und Politologen angewendet wurde, die sich um Horkheimer und Theodor W. Adorno und das in Frankfurt wieder gegründete IfS gebildet hatte.
Umgekehrt soll aber die "Wirkungsgeschichte" der Frankfurter auch nicht heruntergespielt werden, wie es gerade in sympathisierenden Darstellungen geschieht. Es erscheint vielmehr als Leitmotiv der verschiedenen Aufsätze, daß die "Kritische Theorie" als "Hintergrundsideologie der zweiten deutschen Republik" (Clemens Albrecht) betrachtet und ernst genommen werden muß. Als sich Horkheimer und Adorno nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes zur Rückkehr in das zerstörte Deutschland entschlossen, geschah das mit der Absicht, die in der Weimarer Zeit begonnenen Arbeiten fortzusetzen.
Allerdings hatten sich beider Fragestellungen und Ansichten unter dem Eindruck der Erfahrungen in den USA und der dramatischen politischen Veränderungen der dreißiger und vierziger Jahre gewandelt. Am deutlichsten wies die Teilnahme von Mitarbeitern des IfS an Plänen zur "Umerziehung" der Deutschen auf das zukünftige Tätigkeitsfeld der "Frankfurter" hin: die soziologisch gestützte Analyse und - falls notwendig - die volkspädagogische Korrektur gesellschaftlicher Entwicklungen.
Wer kam als politischer Partner für dieses anspruchsvolle Programm in Betracht? Noch bis zum Beginn der vierziger Jahre erwarteten Horkheimer und Adorno das Heil von der Arbeiterklasse. Aber das war lange vorbei, und Horkheimer hatte jedenfalls allen auf die Linke gesetzten Hoffnungen abgeschworen. Dementsprechend gab es für ihn auch gar keine Vorbehalte gegen die Kooperation mit der Regierung Adenauer, er unterstützte sie sogar praktisch bei Vorbereitungen für den Aufbau einer "neuen Wehrmacht".
Das IfS hatte Teil an jenem "antitotalitären Konsens", der gleichermaßen gegen die bestehende kommunistische Gefährdung wie gegen das Wiederaufflammen des Nationalsozialismus gerichtet war. Verständlicherweise beobachtete man aber mit besonderer Sensibilität alle Entwicklungen auf der radikalen Rechten und reagierte alarmiert, als es 1959 zuerst an der Kölner Synagoge und dann in vielen westdeutschen Städten zu Hakenkreuzschmierereien kam. Während Adenauer rasch - und wie man im nachhinein weiß: zutreffend - den Hintergrund des Kölner Vorfalls in Machenschaften des sowjetischen Geheimdienstes identifizierte, glaubten Horkheimer und Adorno an ein Menetekel.
Die Bundesregierung hatte keinen Erfolg mit ihren Beschwichtigungsversuchen und kam nicht umhin, die internationale Empörung dadurch zu dämpfen, daß sie die Anstrengungen im Hinblick auf die politische Bildungsarbeit noch intensivierte und der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einen besonderen Stellenwert einräumte.
Dabei griffen die zuständigen Stellen in Bonn auf die Zusammenarbeit mit den "Frankfurtern" zurück. Horkheimer wurde Mitglied in einer "Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung". Das war ein wichtiges Element in dem schon seit den fünfziger Jahren von Frankfurt aus aufgebauten Netzwerk, dessen Funktionsweise vor allem durch zwei Beiträge von Günter C. Behrmann in dem vorliegenden Band beleuchtet wird.
Intensive Kooperation verband nicht allein das IfS mit Professoren und Universitäten, sondern

wirkte bis in die Einrichtungen der Lehrerbildung und die Schulbuchlektorate. Von Stellungnahmen zu Lehrplänen und Unterrichtswerken bis zu direkter Einflußnahme auf die Zusammensetzung und Ausrichtung von Zeitungs- und Rundfunkredaktionen oder die Gestaltung der "edition suhrkamp" reichten dabei die Projekte.
Horkheimer geriet allerdings in den sechziger Jahren immer stärker ins Hintertreffen gegenüber Adorno, der mit sehr viel weniger Vorbehalt dem Linkskurs des Instituts und damit der Rückwendung zum Marxismus folgte, die Jürgen Habermas favorisierte, der schon zur zweiten Generation der "Frankfurter" in der Bundesrepublik gehörte, und die dann von dem in den USA zurückgebliebenen Mitglied des IfS, Herbert Marcuse, weiter radikalisiert wurde.
Der Entfremdung von Adorno und der düsteren Stimmung, in der Horkheimer seine letzten Lebensjahre zubrachte, entsprach die bedenkliche gesellschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik: das wichtigste Ziel war verfehlt worden, nämlich die Gesellschaft gegen die totalitäre Versuchung zu feien.
Gerade die Jugend, der die Protagonisten der Frankfurter Schule nach dem Abschied vom Proletariat zugetraut hatten, den "Verblendungszusammenhang" zu zerstören, wandte sich jetzt einem "linken Faschismus" (Habermas) zu.
Es wird leider in dem hier vorgestellten Band nicht erläutert, ob Horkheimer in all dem auch eine Bestätigung seiner frühen Sorge gesehen hat, daß jede Singularisierung der deutschen "Vergangenheitsbewältigung" langfristig verheerende Folgen für die kollektive Psyche haben müsse. Er plädierte gegen Adorno dafür, die Massenverbrechen des NS-Regimes in die universale Leidensgeschichte der Menschheit einzurücken und den "Narzißmus" der Deutschen zu schonen.
Der wachsende und bis heute spürbare Einfluß der Frankfurter Schule auf das geistige Leben der Bundesrepublik wird im Grunde nur verständlich aus den besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit: der Desorientierung der Bevölkerung, den Erziehungsplänen der Alliierten einerseits, der neuen Intelligenz andererseits, dem Wunsch nach moralischer Rehabilitierung vor allem in der jüngeren Generation und einem gleichzeitig fortbestehenden Schuldbewußtsein, das man nur in metaphysischen Kategorien fassen kann.
Diese Voraussetzungen allein erklären den Erfolg der Frankfurter Schule aber nicht, der hängt auch damit zusammen, daß die "Formation einer neuen Elite" (Albrecht) schon in den fünfziger Jahren nicht mehr durch die Bildung einer akademischen "Schule" im traditionellen Sinn möglich war, sondern nur durch die Schaffung eines "Lagers", das sich zur Verbreitung seiner Anschauungen der modernsten Methoden, das heißt der Massenmedien, bediente.
Wie weit der Einfluß eines solchen Lagers reicht, ist nur schwer meßbar, eine Auflistung der Namen derer, die in der einen oder anderen Weise Kontakt zu den "Frankfurtern" oder zu von ihnen beeinflußten Institutionen hatten, kann sicher nicht ausreichen, zumal man so unterschiedliche wie Ludwig von Friedeburg, Dagobert Lindlau, Hans Süssmuth und Wolfgang Bergsdorf nebeneinander stellen müßte.
Vielleicht ist aber der öffentliche Umgang mit dem Buch ein Indikator für die Richtigkeit der in ihm enthaltenen Behauptung von der "intellektuellen Staatsgründung" in den sechziger und siebziger Jahren samt Etablierung der "Kritischen Theorie":
Seit dem vergangenen Sommer schwirrten Gerüchte, daß zur Buchmesse ein Band über die Frankfurter Schule erscheinen werde, dem man en détail die Praktiken entnehmen könne, mittels derer die Gruppe um Horkheimer, Adorno und später Habermas in der Bundesrepublik die intellektuelle Macht übernommen habe. Dann erschienen die ersten Rezensionen, und der geneigte Leser war irritiert, irritiert über die völlig nichtssagenden Besprechungen. Wie heißt es im "Glossarium": "Elite sind diejenigen, deren Soziologie keiner zu schreiben wagt", falls es doch jemand versucht, wird die Taktlosigkeit mit Schweigen übergangen.
Clemens Albrecht / Günter C. Behrmann / Michael Bock: Die intellektuelle Gründung der

Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Campus: Frankfurt am Main/New York 1999 …<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 11. März 2000 (x887/...): >>**Ein unterschätztes "Mädchen"**

Angela Merkel dürfte im April an die CDU-Spitze gelangen

In der Partei nennt man sie "das Mädchen". Doch der Spitz- oder Kosename ist eine Untertreibung. Machtbewußt wie kaum ein anderer Politiker hat Angela Merkel ihren Durchmarsch an die Parteispitze fast geschafft. Wenn nicht alle Eindrücke täuschen, dürfte die 45jährige Pastorentochter aus Mecklenburg-Vorpommern am 10. April als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble an die CDU-Spitze gewählt werden. Damit wird die CDU künftig mehr nach links driften, wenn die Bundestagsfraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz nicht gegensteuert.

Der unaufhaltsame Aufstieg der Angela Merkel begann mit der verlorenen Bundestagswahl 1998, nachdem sie in den letzten Jahren der Kohl-Ära als Umweltministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende eine unauffällige Rolle gespielt hatte. Kohl hatte die aus dem "Demokratischen Aufbruch" der DDR kommende Politikerin in den wilden Wendezeiten entdeckt, weil sie ihre Arbeit als stellvertretende Regierungssprecherin des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere vorzüglich verrichtete. Fortan stand sie im System Kohl für die Ost- und Frauenquote.

Erst Schäuble erweckte die in der Rostockerin (in Hamburg geboren) steckenden Talente und beförderte sie, nachdem er den CDU-Chefsessel von Kohl übernommen hatte, zur Generalsekretärin. Eloquent ging Frau Merkel ans Werk. In der Familienpolitik setzte sie mit dem im Dezember verabschiedeten Grundsatzpapier andere Akzente. Seitdem gehören für die CDU homosexuelle Lebensgemeinschaften auch "irgendwie" zu den Familien.

In der aktuellen Finanz- und Spendenkrise spielte Frau Merkel die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin. Da sie nicht mit dem Finanzsystem des "Patriarchen" in Verbindung gebracht werden konnte, stand sie im Gegensatz zu dem sich immer stärker selbst verstrickenden Schäuble im Ruf einer glaubwürdigen Politikerin.

Mit Schäubles Ankündigung, sich aus der politischen Führungsebene zurückzuziehen, schlug Frau Merkels eigentliche Stunde. Beim Bemühen, den Chefsessel zu übernehmen, kam ihr nicht nur das eigene Geschick zugute: Auch die vehementen Ausfälle der bayerischen Schwesterpartei CSU, die vor einem Linksruck durch Merkel warnte, sorgten für Solidarisierungseffekte. Ihr eigentlicher Widersacher Volker Rühe war nicht besonders ernst zu nehmen, er verfügte in der Partei kaum über Rückhalt, und sein eigener Landesverband Hamburg sprach sich als erster für Frau Merkel aus.

Auf einem Geheimtreffen im Lübecker Rathauskeller kurz vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl waren sich CSU-Chef Edmund Stoiber, Schäuble und Rühe schnell einig, daß Rühe keine Chance hätte, die parteiinterne Auseinandersetzung zu gewinnen. Wenige Tage später teilte Rühe seinen Verzicht mit. Doch die Herrenrunde fand keine Alternative. Die in Frage kommenden Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (Thüringen) und Kurt Biedenkopf (Sachsen) wollen nicht in einen personellen Wettbewerb gehen. Da Frau Merkel intern jedoch auf einer Kandidatur beharrt, will niemand gegen sie antreten. Die alten Herren der CDU haben "das Mädchen" unterschätzt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000: >>**Mündige Bürger als Risiko**

Parteienherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner poli-

tischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht.

Papier ist ja bekanntlich geduldig. Fischer liefert mit seinen Äußerungen ein weiteres beredtes Beispiel für seine habituelle Charakter- und Prinzipienlosigkeit, die der Journalist Christian Schmidt in seinem Buch "Wir sind die Wahnsinnigen" bis heute unübertroffen nachgezeichnet hat. Bezeichnenderweise erhielt Fischer für seine Verheugen-Belehrung von Frankreichs Außenminister Hubert Vedrine Beifall.

Dessen Antwort auf Verheugen sei, so Vedrine, "exzellent" gewesen. Außenminister Fischer steht mit seinem Unwillen, die Deutschen selber über zentrale Fragen der Politik entscheiden zu lassen, beileibe nicht allein da. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende des Europa-Ausschusses im Bundestag, der Weizsäcker-Zögling Friedbert Pflüger (CDU).

Er bemüht die angeblich "schlimmen Erfahrungen der Weimarer Republik", die dagegen sprächen, auf "Bundesebene Volksentscheide durchzuführen". Darüber hinaus sieht er "negative Folgen" am Horizont aufziehen, würde es den Deutschen ermöglicht, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen: Womöglich könnte es, so Pflüger, Abstimmungen über die Todesstrafe oder über die Zahl der Asylbewerber geben.

In der Tat: Wenn den Deutschen erlaubt würde, demnächst über die Zahl der Asylbewerber abzustimmen, dann könnte Deutschland in eine Richtung "driften", die soignierte Bedenkenträger vom Schlage eines Friedbert Pflüger fürchten wie der Teufel das Weihwasser.

Um diese Möglichkeit erst gar nicht diskutabel erscheinen zu lassen, schreckt Pflüger auch vor offensichtlichen Unwahrheiten nicht zurück. Getreu dem Motto: In einem "geschichtslosen Land" gewinnt derjenige die Zukunft, der "die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet" (Michael Stürmer). Die Deutungen von Pflüger und Fischer sind offensichtliche Geschichtsklitterungen, die nur einem Zweck dienen: den Souverän, das Volk, weiter unmündig zu halten.

Die Geschichtslegende von den angeblich "schlimmen Erfahrungen" der Weimarer Republik mit Volksbegehren stammt von Theodor Heuss, dem ersten Bundespräsidenten. Dieser warnte als Mitglied des Parlamentarischen Rates davor, "die künftige Demokratie mit dieser Geschichte zu belasten". Das Volksbegehren sei "in der Zeit der Vermassung und Entwurzelung in der großräumigen Demokratie die Prämie für jeden Demagogen".

Tatsächlich gab es in der Weimarer Republik nur zwei Volksbegehren. Beide, das eine das Thema "Fürstenenteignung", das andere den Young-Plan betreffend, fanden nicht die erforderliche Zustimmung. Zum Scheitern der Weimarer Republik trug also der Volksentscheid nichts bei. Deshalb konnte der Berliner Staatsrechtler Christian Pestalozza in seinem Buch "Der Popularvorbehalt" (1981) feststellen: "Weimar ist, wenn wir einen Verantwortlichen in der Rechtsordnung suchen, sicher eher am Parlamentarismus zerbrochen als an der direkten Demokratie. Hat uns das gehindert, wieder mit dem parlamentarischen System anzufangen? Zu Recht nicht."

Es waren also die Volksvertreter, die mit ihrer Zustimmung zum "Ermächtigungsgesetz" die Diktatur legalisierten. Zu denen, die Hitler ihre Stimme gaben, gehörte im übrigen auch Theodor Heuss. Daß Diese "Erfahrung" von Weimar nicht in das Bild eines Friedbert Pflüger oder Joschka Fischer paßt, versteht sich von selbst.

Wenn Außenminister Fischer behauptet, eine Volksbefragung sei in der deutschen Verfassung "nicht vorgesehen", dann kennt er offensichtlich nicht den Inhalt von Artikel 20 Abs. 2 Grundgesetz, in dem davon die Rede ist, daß die Staatsgewalt vom Volke "in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe ... ausgeübt wird". Dieser Artikel besagt also, daß das Prinzip der Volkssouveränität auf dreifache Art und Weise ausgeübt wird: einmal mittels "Wahlen", zum zweiten mittels "Abstimmungen" und zum dritten durch "besondere Organe". Das Demokratieprinzip kennt also zwei Erscheinungsformen: die repräsentative und die direktdemokratische.
Das Grundgesetz legt also vor dem Hintergrund der Idee der Volkssouveränität die Fundamente gleichwertig für beide Formen des demokratischen Prinzips. Die in Wahlen ausgeübte Staatsgewalt konstituiert die "besonderen Organe" des repräsentativen Systems; in Abstimmungen übt das Volk die Staatsgewalt auf dem direkt-demokratischen Weg aus.
Insbesondere die Grünen hatten sich in ihrer Anfangszeit diese Sicht der Dinge zu eigen gemacht, was zum Beispiel deren Forderung nach Durchführung einer Volksbefragung im Zusammenhang mit der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen im Herbst 1983 zeigt. Der entsprechende Gesetzentwurf der Grünen wurde am 11. November 1983 im Bundestag debattiert. Der damalige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) erklärte, der Gesetzentwurf sei "verfassungswidrig". Das Grundgesetz "gehe vom Prinzip der repräsentativen Demokratie aus". Es sei "ausgesprochen antiplebiszitär" ausgestaltet.
Genau diese Auffassung vertritt Fischer heute. Und schon gar nicht wird Fischer, ganz "europäischer Staatsmann", dem Demokratieverständnis seines ehemaligen Fraktionskollegen Gerald Häfner folgen können, der im Mai 1988 im Bundestag zu Protokoll gab: "Demokratie heißt, daß nicht mehr einzelne oder Gruppen dekretieren, was geschehen soll, sondern daß das Volk selber in allen wesentlichen Fragen - jedenfalls der Möglichkeit nach - entscheiden kann."
Die staatsrechtliche Konstitution der deutschen Republik bedeutet nach dem SPD-Politiker und Völkerrechtler Carlo Schmid (2. Sitzung des Parlamentarischen Rates am 8. Sept. 1948) das "Ins-Leben-Treten des Volkes als politischer Schicksalsträger aus eigenem Willen". Nichts liegt den Politikern in Berlin ferner, die vorgeben, im deutschen Namen Politik zu machen. Deshalb greift es nicht zu weit, wenn man mit dem Verwaltungswissenschaftler Hans-Herbert von Arnim feststellt: Das Dilemma der deutschen Demokratie besteht darin, daß sie keine ist.<<
Die deutsche Sonntagszeitung "Welt am Sonntag" berichtete am 28. Oktober 2001: >>**Man spricht deutsch**
Ein Land ohne Selbstbewußtsein und geistige Strahlkraft muß sich nicht wundern, wenn seine Sprache im Ausland an Geltung verliert, schreibt Gert Ueding, Deutschlands einziger Rhetorik-Professor
Von Gert Ueding
Deutsch für Ausländer? "Das Deutsche ist eine herrliche Sprache für Poesie, ... aber sehr prosaisch in der Unterhaltung", meinte vor fast zweihundert Jahren Madame de Staël in ihrem berühmten Buch "Über Deutschland" und fügte sogar noch hinzu, daß auch diese Prosa sich mehr an der Schriftsprache als am mündlichen Gebrauch orientiere.
Darin sah sie einen Hauptgrund für das mangelnde Interesse ihrer Landsleute und der meisten Ausländer an der deutschen Sprache: eine vielleicht immer noch höchst aktuelle, jedenfalls bedenkenswerte Diagnose, wenn heute allenthalben vom "schwindenden Interesse an der deutschen Sprache im Ausland" die Rede ist - so etwa vor wenigen Wochen auf dem Erlanger Germanistentag oder in den Rechenschaftsberichten der Goethe-Institute.
Denn Ziel und Methodik der Fremdsprachendidaktik haben sich in den letzten Jahrzehnten in ganz Europa stark verändert. Nicht mehr die Literatur ist das wichtigste Übungsfeld und Bei-

spiel, sondern die gesprochene Sprache; der Schüler soll nicht mehr befähigt werden, Balzac oder Proust, Shakespeare oder Faulkner im Original zu lesen und zu verstehen, er soll sich im Alltag des jeweiligen Landes orientieren, dort eine Unterhaltung und möglicherweise fachliche Diskussion bestreiten oder seine beruflichen Interessen wahrnehmen können.
Sehr geschmeidig ist die deutsche Sprache für dergleichen Absichten nicht, auch bietet sie keine Schwundstufe für die alltägliche Verständigung wie das Englische.
Daß im Zeichen der neuen Medien und unter dem Schlagwort der Globalisierung der Sprachunterricht nochmals auf die unmittelbaren Zwecke alltäglicher Nützlichkeit verkürzt wird, läßt sich schon an den Berichten ablesen, die die Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Goethe-Institute füllen.
Deren Kampf ums Überleben eröffnet ein weiteres trübes Kapitel der deutschen Sprachpolitik im Ausland, nachdem man hier zu Lande offenbar mehr und mehr davon überzeugt ist, daß die Deutschland-Werbung von den Werbeagenturen wirksamer betrieben wird als von den Sprachlehrern oder gar jenen Schriftstellern, die man auf schlecht besuchte Lesereisen durch die Welt schickt.
Das ist gar nicht einmal falsch, denkt man, wie wir es längst eingeübt haben, nur noch in Quoten. Doch läßt sich der Weg zum Wissen auch beim Spracherwerb nicht beliebig kürzen, und haltbare Überzeugungen vermittelt keine Sprache, die schnell für den täglichen Umgang eingepaukt wird.
Der nahezu universale Siegeszug des Englischen wird gewöhnlich als wichtigste Ursache für die mangelnde Attraktivität anderer europäischer Sprachen genannt. Das leuchtet auf den ersten, aber auch nur auf den ersten Blick ein. Gewiß übertrifft die Verbreitung des Englischen diejenige aller anderen europäischen Sprachen, gewiß hat es sich in vielen, gerade den heute dominierenden Wissenschaften und ihren Techniken durchgesetzt, und ohne Zweifel kommt man mit ihm auch als Reisender am weitesten - und sei es mit Hilfe des Pidgin-Englisch bis zu den fernsten Rändern des alten Kolonialreiches.
Die reale ökonomische und politische Macht erhöht die Attraktivität einer Sprache, das ist eine Binsenweisheit, doch macht sie den Rückfall des Deutschen gerade in der Konkurrenz um den zweiten Platz im Fremdsprachenerwerb nicht etwa verständlicher.
In Europa ist der deutsche Sprachraum der größte, noch vor dem französischen oder gar spanischen und italienischen, und die Wirtschaftsmacht, die das Deutsche repräsentieren könnte, steht in der Europäischen Union an der Spitze. Dennoch wählen immer mehr Franzosen statt des Deutschen als zweite Fremdsprache das Spanische, sinkt der Anteil der Deutsch sprechenden Ausländer in Osteuropa rapide und gelingt es nur mit massiven politischen Interventionen, die Rechte des Deutschen als Konferenzsprache der EU wenigstens einigermaßen zu wahren.
Sogar auf dem (gemeinsam beschlossenen) Papier rangiert Deutsch nach Englisch und Französisch erst an dritter Stelle, ist in der Realität aber noch sehr viel weiter abgeschlagen: Allenfalls ein Prozent der EU-Dokumente ist auf Deutsch abgefaßt, es gibt deutsche Beamte und Mitarbeiter in Brüssel, die das Englische, manchmal gar das Französische besser beherrschen als ihre Muttersprache, und deren Gebrauch sie daher, wo immer es geht, vermeiden.
Der Vorschlag, sie vom Dienst zu suspendieren, greift zu kurz, denn tatsächlich verwirklichen sie nichts anderes als die Richtlinien der deutschen Sprachpolitik, deren grenzenlose Anbiederungslust bis zur Selbstaufgabe reicht. Auch hängt die Anziehungskraft einer Sprache noch von einer Fülle weiterer Faktoren ab, von denen übrigens die touristische Attraktivität des Landes nicht der unwichtigste ist. Frankreich steht unter den Reiseländern an der Spitze, und das ist nicht allein Folge begünstigter geographischer und klimatischer Verhältnisse.
Das Selbstbewußtsein, mit dem es sich als Spitzenprodukt der kulturellen und politischen Geschichte Europas präsentiert, grundiert die Speisekarte jedes auch nur einigermaßen belang-

vollen Restaurants, leuchtet aus den feudalen Hochburgen an der Loire ebenso wie aus den Denkmälern der Großen Revolution und ist in den Sälen des Louvre genauso gegenwärtig wie in den Cafés im Quartier Latin. Man vergleiche dagegen das klein karierte Gerangel um den Wiederaufbau des Berliner Schlosses, das schlechte Gewissen, das sich am Nürnberger Nationalmuseum entzündet, die mediokre Verlegenheit, mit der die Bedeutung Weimars für die europäische Kultur auf eine Provinzattraktion heruntergeschraubt wird.

"Die Sprache spricht", hat Heidegger (in anderem Zusammenhang) gesagt, und jede Sprache spricht in höchst einmaliger, durch kein anderes Idiom zu ersetzender Weise aus, wie ein Volk seine Welt und die Natur vermenschlicht hat. Es gibt keinen besseren, keinen wirkungsvolleren Botschafter eines Landes als seine Sprache, wer sie aufgibt, verzichtet auf Wahrnehmung und Wirkung, die einzigen Werte jenseits des Geldes, die zählen und keinen Börsenschwankungen ausgeliefert sind.

Madame de Staël empfahl ihren französischen Lesern Deutsch als die Sprache Goethes und Schillers, Schlegels und Tiecks; in Rußland lernte man Deutsch, um E. T. A. Hoffmann, Brentano, Heinrich Heine im Original lesen zu können; und in Italien wollte man sich einst ohne den Umweg der Übersetzung von Kant, Hegel, Schopenhauer inspirieren lassen. Doch hat die geistige Kultur Deutschlands an Glanz und Bedeutung verloren. In ihr wird nichts Weltbewegendes mehr verhandelt, ihre Themen sind bloß von regionalem Interesse, und was sie an individualistischen Flausen hervorbringt, ist einen Tag später schon vergessen.

Wir sind in diesen Tagen Zeugen eines niveaulosen Gezeters, mit dem deutsche Schriftsteller die Feuilletons und Fernsehrunden überziehen, sich buchstäblich als "Gewissen der Nation" aufspielen und doch nur dem saturierten Mittelmaß der kleinbürgerlichen Mehrheit ein gutes Gewissen und die geistige Bestätigung liefern. Dies auch in einem Stil, in dem der platte Gemeinplatz und ideologischer Schematismus vorherrschen.

Da spricht ein Modephilosoph vom "Rückfall in die Kategorien (!) des Kalten Krieges", und ein Literaturnobelpreisträger sieht auch bei uns "zahllose (!) Menschen in Abschiebeanstalten in Haft", warnt aber seinen politischen Gegner: "Er soll seine Worte hüten." Das alles sind gesinnungstüchtige Übungen der notorischen Rechthaber gegen die ebenso notorischen Unrechthaber; eine intellektuelle Debatte von Niveau und in geschliffener, unverbrauchter Sprache, wie sie einst französische Intellektuelle angesichts des Algerienkriegs führten, wird man vergebens suchen.

Dergleichen Denkarmut und Sprachverramschung schreckt ab, daß daraus auch keine künstlerischen Impulse kommen können, liegt auf der Hand. Die Zentren der Literatur, Malerei, Philosophie oder Musik befinden sich in Paris und Buenos Aires, New York und Mailand, London und Amsterdam.

Hinzu kommt noch ein Grund, den wiederum Madame de Staël schon nannte, nämlich der typisch deutsche "Mangel an Vorurteilen zu ihren (also der Deutschen) Gunsten". Wie soll man andere von der Schönheit, dem Reichtum, der welterschließenden Kraft der eigenen Sprache überzeugen, wenn man selber daran zweifelt? Goethes Faust drängte es, die Bibel "in mein geliebtes Deutsch zu übertragen", und mehr als eineinhalb Jahrhunderte, bis zur Reichsgründung 1870, galt wenigstens den deutschen Intellektuellen der Sprachpatriotismus als das sicherste Unterpfand der ersehnten staatlichen Einheit.

Davon ist nichts geblieben. Noch nie haben Schriftsteller so schludrig geschrieben, haben Politiker seichter und ungeschliffener geredet, ist die deutsche Sprache an deutschen Schulen mehr vernachlässigt worden als heute - von der Sprache in Werbung und Massenmedien ganz zu schweigen. Nur die Franzosen kämpfen noch gegen den Sprachimperialismus des Englischen, ihr Stolz auf die eigene Sprach- und Rede-Kultur ist ungebrochen und ihre europäische Sprachpolitik hartnäckig und kompromißlos.

Sollen sie mit dem Deutschen eine Sprache lernen, die sich selber schon aufgegeben hat und

die man in Deutschland nicht einmal den Immigranten so recht zumuten will? Beinah überall in Europa hat sich zudem eine Entlastungs-Pädagogik durchgesetzt, die die Wege des geringsten Widerstands kultiviert und eine Höchstzahl an Schulabsolventen mit allgemeiner Nivellierung ihrer Bildung erkauft. Daher zum Beispiel die Attraktivität des Spanischen an deutschen und französischen Schulen. Denn die deutsche Sprache ist schwierig, Schwieriges aber hat man längst gelernt zu vermeiden. Immerhin, an den französischen Eliteschulen gilt es noch als Auszeichnung, des Deutschen mächtig zu sein, und philosophische Kongresse in Italien verzeichnen immer wieder das Deutsche als Konferenzsprache.
Wie rührend und verräterisch wirkt daneben der Appell deutscher Wissenschaftler, auf Tagungen im Lande "neben Englisch immer auch (!) Deutsch" vorzusehen! Seit ihrem 50-jährigen Jubiläum firmieren die Goethe-Institute mit dem Zusatz "Inter nationes" - die Anglisierung der lateinischen Phrase wird nicht lange auf sich warten lassen.
Die Germanisten schließlich, die sich jetzt so beredt über die mangelnde Akzeptanz des Deutschen im Ausland beklagen und dafür alle anderen verantwortlich machen, sind selber Teil der Misere. Denn diese Wissenschaft von der deutschen Literatur und Sprache ist zwar allen intellektuellen Moden hinterhergerannt, hat sich in unendlichen Methodendiskussionen verstrickt und ganze Halden belangloser Sekundärliteratur produziert, doch zur Kultivierung des Deutschen in Rede und Schrift seit beinah 50 Jahren nichts mehr beigetragen.
Als es galt, die deutsche Sprache gegen ihre verschlimmbessernden Reformer zu verteidigen, befanden sich die Germanisten entweder sowieso auf der falschen Seite oder sie arbeiteten längst am Umbau ihrer Disziplin in eine strömungsgünstige Medienwissenschaft, um ja nicht den Anschluß an den Fortschritt zu verpassen.
So regte sich natürlich auch kein Protest, als die ersten Hochschulen in Deutschland gegründet wurden, an denen das Englische die allgemeine Lehr- und Lernsprache ist. Daß damit eine empiristische, pragmatische Denk- und Forschungsorientierung sprach-naturgemäß verbunden ist, bleibt den von Kant, Hegel und allen sonstigen guten Geistern längst verlassenen Wissenschaftsfunktionären verborgen.
Warum sollen zudem ausländische Studenten an einer englischsprachigen Hochschule in Deutschland studieren, wenn man das in Cambridge, Oxford oder Harvard so viel besser kann? (Es sei denn, man lockt sie mit allerlei anderen Vergünstigungen, um im globalen Wettbewerb um international einsetzbare Fachkräfte wenigstens etwas mithalten zu können.) "Die Sprache eines Volkes", so hat es Ernst Moritz Arndt, einer der ältesten ideologischen Gründerväter der Germanistik, formuliert, "ist der hellste Spiegel ... seines geistigen Lebens." Wenn dies trübe ist, wird sich auch niemand des Spiegels bedienen wollen. Oder umgekehrt: Nur die weit hinausstrahlende und doch selbstgewisse Kultur schafft das Interesse an ihrer Sprache.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Juli 2003: >>**Dümmliches Aufklärungsdenken**
Im Heft 10 der Schriftenreihe der Aktion eben e.V. setzt sich der Pädagoge Rudolf Willeke mit den "Hintergründen der 68er-Kulturrevolution", der Frankfurter Schule und der Kritischen Theorie, auseinander.
Er erkennt richtig, daß die "Kritische Theorie längst kein allgemein anerkanntes Weltinterpretationssystem mehr ist", dennoch sei ihr "Einfluß auf die Wissenschaften, auf Gesellschaft und Politik nachhaltig". Letztlich sei sie "richtunggebend für die sozialdemokratisch-ökologische Politik und letztentscheidend für die "political correctness" in den Kommunikationsmedien der Gesellschaft und der Kirchen."
Nach einer Einführung zu den Begriffen Frankfurter Schule und Kritische Theorie widmet sich der Autor "einigen zentralen Thesen" der Kritischen Theorie, "da es unmöglich ist und auch nicht der Anschein erweckt werden soll, das Ideen- und Lehrgebäude der 'Frankfurter',

das aus mehr als 40 Büchern, 50 Aufsätzen und Tausenden von Brief- und Manuskriptseiten besteht, adäquat darstellen zu wollen."
Das ist verständlich, aber schade, denn vielleicht hätte er sonst bemerkt, daß radikaler als in Adornos und Horkheimers "Dialektik der Aufklärung" die Aufklärung kaum je kritisiert und die plump-dreiste Selbstrechtfertigung der Moderne vehementer nie angegriffen wurde. Niemand anders als Adorno hat beispielsweise in der "Negativen Dialektik" einen ganz entscheidenden Schritt über die Aufklärung und den traditionellen Marxismus mit seinem dumpfen Materialismus hinaus getan.
Wenn Willeke die großen Vereinfacher Marcuse oder Habermas attackiert, ist das völlig berechtigt. Aber warum verschweigt er die schweren Differenzen zwischen Adorno und Horkheimer auf der einen und Marcuse auf der anderen Seite?
Bereits im Mai 1966 warnte Horkheimer vor der "Hölle einer chinesischen Weltherrschaft", und Adorno kritisierte Marcuses "rabiate Haltung", die auch den Gedanken nicht scheue, "alles Dissentierende zu verbieten". Marcuse spreche gegen das Bestehende, "indem er sich ihm unterwirft", schrieb Horkheimer im August 1967, er sei der "Prototyp der radikalen Intellektuellen, die nicht etwa nur die Mißstände im eigenen Land angreifen, sondern gleichzeitig mit dem Osten sympathisieren".
Damit propagierten sie die "schlimmste Art von Barbarei", denn die "Zuchthaussysteme des Ostens sind viel schlimmer als die teilweise grobe Verfälschung der demokratischen Ordnung im Westen". Und noch unmißverständlicher: "Radikal sein heißt heute konservativ sein."
Die Frage, wo Kritik an der Frankfurter Schule und der Kritischen Theorie anzusetzen hat und wie die Auswirkungen dieser Gedankenwelt zu bewerten sind, wird letztlich nicht beantwortet. Daß die heute herrschenden Charaktermasken sich ihrer schamlos bedienen, ist ihr kaum vorzuwerfen. Das bürgerlich-identitätslogische Aufklärungsdenken, das sich hier von seiner dümmsten und häßlichsten Seite zeigt, muß - folgt man der Kritischen Theorie - an seinem eigenen totalitären Anspruch scheitern.
Anschrift: Aktion Leben e.V., Postfach 61, 69518 Abtsteinach/Odenwald Internet: www.aktion-leben.de<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Dezember 2005 (x887/...): >>**Vom Wirtschaftswunderland zum Privilegienverwalter**
Deutschland und Japan - zwei Abstiegsländer ohne Kampfeslust
Es war einmal ... Beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg vollbrachten Deutschland wie Japan ihre sprichwörtlichen Wirtschaftswunder. Harte und gewissenhafte Arbeitsleistungen, hohe Sparquoten, sozialer Frieden, gründliche Berufsausbildungen machten weltweit wettbewerbsfähige Qualitätsprodukte beider Länder möglich. Nennenswerte Rohstoffe und Energiequellen waren nicht vorhanden.
Deshalb nutzten beide ihr hochqualifiziertes Ingenieur- und Facharbeiterpotential vor allem für Exportprodukte eines mittleren Technologieniveaus in der Spezialchemie-, Elektrotechnik-, Pharmaherstellung sowie im Automobil- und Maschinenbau. Die Zusammenarbeit zwischen Staat, Banken und Großindustrie war traditionell vertrauensvoll und eng. Neidvoll sprach das Ausland vom Rheinischen Kapitalismus und der Japan AG, die Exportoffensiven ermöglichten und weniger wettbewerbsfähige Sektoren abschirmten.
Das soll nun alles vorbei sein? Die einstigen Wachstumslichter der Weltwirtschaft haben sich zu Schlußlichtern gewandelt! Die einst als positiver Wirtschaftsfaktor gewertete Staatsnähe, der Bürokratismus und soziale Konsens, die Subventionswirtschaft und ihre Kartelle, die langsamen Entscheidungswege sind alle zu Faktoren des Abstiegs geworden.
Ein struktureller Abstieg wird fühlbar, bei dem Deutschland und Japan in der globalisierten Weltwirtschaft mit ihrem rapide beschleunigten Wettbewerb und Strukturwandel in den Spitzentechnologien und Wirtschaftsdienstleistungen sichtbar die Puste ausgeht. Denn was ist die

Globalisierungskritik anderes als das Gejammer der überteuerten Verlierer über die Siege anderer? Bekanntlich ist die Weltwirtschaft keine Behindertenolympiade, sondern huldigt unverdrossen dem darwinistischen Prinzip des Überlebens des Stärkeren und des Schnelleren.
Dazu kommt in beiden Ländern das nicht nur aus den Buddenbrooks bekannte Phänomen der dritten Generation. Auf den Opfermut und das Arbeitsethos der Kriegs- und Aufbaugenerationen folgt nun eine selbstverliebte, genußorientierte Erbengeneration in beiden Ländern, deren Bildungs- und Arbeitsmoral kaum wiederzuerkennen ist. Es ist heute kaum vorstellbar, aber es gab tatsächlich einmal eine Zeit, als in Deutschland die Städte noch sauber und Züge noch pünktlich waren, und als in Japan noch Brücken und Tunnel gebaut wurden, die tatsächlich gebraucht wurden. Doch dann kam der Abstieg.
Japans Spekulationsblase platzte ab 1992 mit einem Fall der Immobilienwerte um 84 Prozent und der Aktienwerte um 60 Prozent. 11.000 Milliarden US-Dollar an Kapitalwerten wurden ausgelöscht. Dies entspricht drei Jahresleistungen der japanischen Volkswirtschaft. Obwohl im darauffolgenden Jahrzehnt in 13 Konjunkturpaketen insgesamt 13.000 Milliarden US-Dollar in die Wirtschaft als staatliche Bauprojekte und zur Sanierung fauler Bankschulden gepumpt wurden, blieb das Wachstum ziemlich konstant bei Null. Japans vormals solide Staatsfinanzen wuchsen zu einem unbezahlbaren Schuldenberg, der mit 140 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) italienische Ausmaße gewann.
Wenn man noch die verschleierten Staatsschulden, seine ungedeckten Pensionsverbindlichkeiten, die Schulden der Staatsbetriebe und die Kredite der Postsparkasse für öffentliche Investitionen dazuzählt, erreicht man mit 270 Prozent des BIP das Niveau einer konkursreifen Bananenrepublik ohne Bananen.
Seit dem Antritt von Premier Koizumi im Jahre 2001, der sich offen skeptisch über den Nutzen der vielen schuldenfinanzierten Bauprogramme äußerte, wurden sie auf "nur" noch 200 Milliarden US-Dollar jährlich reduziert. Auch die beschlossene Privatisierung der Postsparkasse soll das größte Schattenbudget für öffentliche Bauprojekte mindern.
In Deutschland waren der Abstieg und der Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein graduellerer Prozeß. So betrug der Staatsanteil an der Volkswirtschaft anno 1970 zu Beginn der Kanzlerschaft Willy Brandts noch 39 Prozent, wuchs dann dank der von ihm begonnenen kreditfinanzierten Sozialprogramme auf heute über 50 Prozent.
Auch der Wiedervereinigungsboom von 1992 bis 1995, mit dem die Bauwirtschaft und der Konsum in Mitteldeutschland angekurbelt wurden, war ausschließlich defizitfinanziert. Öffentliche Aufträge und Steuergeschenke, nicht aber die tatsächliche Nachfrage, trieben die Konjunktur an.
Als die staatlichen Subventionen dann verringert werden mußten, brachen die Konjunktur, die örtliche Bauwirtschaft und betroffene Banken wie die Hypo-Vereinsbank, die Dresdner Bank und die Berliner Bankgesellschaft nahezu zusammen. Allerdings verursachte die Bankenkrise in Japan angesichts der wesentlich größeren Verluste dort zehnmal höhere Sanierungskosten.
Während Deutschland und Japan ihr Geld in die jeweils teuersten Sozial- beziehungsweise Bauprogramme der Weltgeschichte steckten und mit den entstandenen Schulden und Bankenkrisen kämpften, verschärfte sich der internationale Wettbewerb durch den Auftritt Chinas in der Industrie und Indiens bei den Dienstleistungen.
Die neuen Wettbewerber und die beschleunigte Globalisierung trafen sowohl Japan wie Deutschland unvorbereitet.
Beide besitzen zwar in Schlüsselsektoren Exportindustrien der Weltklasse, wurden nun etliche Sektoren getroffen, die bislang durch eine Vielzahl von protektionistischen Verwaltungsvorschriften vor dem internationalen Wettbewerb geschützt worden waren. In Japan zählen dazu die einheimische Transportwirtschaft, die Versorgungsunternehmen, die Bau- und Landwirtschaft sowie Dienstleistungen aller Art.

Ihre überhohen Kosten belasten die Exportindustrie ebenso wie das senioritätsorientierte Lohnsystem, dessen Bürden mit der Alterung der japanischen Arbeitskräfte immer stärker werden. Als Ergebnis siedelt die japanische Industrie ihre arbeitsintensiven Exportfertigungen immer mehr in China an. In Japan - wie auch in Deutschland - selbst bleiben eigentlich nur noch die Firmenzentralen und die Endherstellung.
In Deutschland hat der EU- Binnenmarkt dafür gesorgt, daß jene Dualität weniger stark ausgeprägt ist. Aber auch hier gibt es geschützte Sektoren wie die Sparkassen, die öffentlichen Versorgungsbetriebe, die Briefzustellung sowie stark reglementierte Bereiche wie den Wohnungsmarkt, die Bauwirtschaft und die "freien" Berufe, deren im internationalen Vergleich hohe Kosten die Wirtschaft belasten. Noch stärker allerdings wird die deutsche Wettbewerbsfähigkeit von hohen Lohnkosten, den Lohnnebenkosten, Steuern, Energie-, Abfall- und Verwaltungskosten belastet.
In den 80er Jahren wich die deutsche Wirtschaft dem stets steigenden Kostendruck durch Verlagerungen in die westeuropäische Peripherie (Spanien, Portugal, Irland) aus, seit den 90er Jahren hauptsächlich nach Fernost und Osteuropa. Mittlerweile haben sich diesem Exodus auch die überlebenden Mittelständler angeschlossen.
Die Industrie Mitteldeutschlands, die vor dem Krieg in Deutschland am modernsten und zu DDR-Zeiten im Comecon führend war, hatte nach der Wiedervereinigung keine Chance. Die von Kanzler Kohl gegen allen wirtschaftlichen Sachverstand durchgesetzte Währungsparität wertete die Ost-Mark über Nacht um 400 Prozent auf. Keine Volkswirtschaft der Welt konnte eine solche Roßkur überleben, und eine schwer angeschlagene wie die der untergehenden DDR erst recht nicht.
Dazu wurde dem "Beitrittsgebiet" das teure und überkomplizierte westliche Verwaltungs- und Rechtssystem übergestülpt und ein zwischen West-Gewerkschaften und West-Arbeitgeberverbänden geschlossenes Tarifrecht, das die Ostlöhne trotz einer Produktivität von 30 Prozent auf 90 Prozent des Westniveaus festsetzte.
Das mochte im unproduktiven öffentlichen Dienst angehen, der Industrie aber wurde das Lebenslicht effektiv ausgeblasen. Weder deutsche noch irgendwelche ausländischen Unternehmen siedelten sich nennenswert an. Es entstand eine wettbewerbsunfähige öffentliche Subventionswirtschaft ähnlich dem italienischen Mezzogiorno, in der die aktivsten und am besten ausgebildeten Arbeitskräfte in den Westen oder ins Ausland abwandern.
Als Ergebnis hoher Lohnkosten, wettbewerbsschwacher Sektoren und von Überregulierungen entstand in Deutschland wie in Japan eine strukturelle Arbeitslosigkeit, von der in Japan drei Millionen (4,7 Prozent der Beschäftigten) und in Deutschland fünf Millionen Menschen (10 Prozent) betroffen sind. In beiden Ländern werden die Arbeitslosenzahlen durch Schulungsprogramme, Teilzeit und massenhafte Frühverrentungen nach unten manipuliert. Tatsächlich ist das Problem in beiden Ländern größer.
In Deutschland wird das Problem der Arbeitslosigkeit durch die laxe Immigrationspolitik zusätzlich verschlimmert. Es wurden und werden genau solche Ausländer aus Osteuropa, der Türkei, dem Nahen Osten und Afrika ins Land gelassen, die dank ihrer fehlenden Qualifikation keine Chance auf dem immer anspruchsvoller werdenden Arbeitsmarkt haben und bald der Sozialhilfe anheim fallen.
Vom Tellerwäscher zum Millionär kann sich von ihnen ohnehin niemand hocharbeiten, weil wegen der hohen faktischen Mindestlöhne niemand als Tellerwäscher mehr eingestellt wird. Japan hat das Problem massenhafter unqualifizierter und integrationsunwilliger Immigranten wegen seiner strengen Immigrationspolitik erfolgreich vermieden.
Doch wie sehen die politischen Antworten aus? Während Japan die Bauwirtschaft subventionierte, blähte Deutschland den Sozialstaat und seinen Verwaltungsapparat auf. Beide Reaktionen können die Strukturkrisen der Wirtschaft nicht lösen, ja sie verschlimmern sie nur noch

mehr. Gegen eine echte Kurskorrektur wehren sich die Begünstigten bislang erfolgreich. In Japan ist in den meisten entindustrialisierten Regionen die Bauwirtschaft der größte Arbeitgeber geworden. Ihr Wohlergehen ist für die Mehrheit der Abgeordneten der regierenden Liberaldemokraten entscheidend. Daß die meisten der sündteuren Bauprojekte, wie unbenutzte Regionalflughäfen, leere Industriegelände oder Tunnel und Autobahnen nach nirgendwo, völlig sinnlos sind, ist dabei nachrangig.
In Deutschland sind mittlerweile 42 Prozent der Erwachsenen Begünstigte des Sozialstaats: als Rentner, Pensionäre, Arbeitslose, Umschüler, Studenten, Sozialhilfe- und Wohngeldbezieher. In Mitteldeutschland ist es schon die Mehrheit. Berücksichtigt man noch den Anteil von zwölf Prozent Staatsdienern, deren Produktivität nicht meßbar ist, sowie Berufsstände wie die Landwirtschaft und den Kohlebergbau, deren Subventionierung ihre Wertschöpfung übertrifft, dann finanziert eine ständig weiter schrumpfende Minderheit von 30 bis 40 Prozent Leistungsträgern den gesamten Sozial- und Subventionstransfer.
Volksparteien, die eine Wählermehrheit ansprechen wollen, haben mittlerweile die unproduktiven Transferempfänger und die einflußreichen Wohlfahrtsverbände als Profiteure des Systems als Hauptklientel. Der letzte Bundestagswahlkampf und das aktuelle Regierungsprogramm der Steuererhöhungen beweisen dies nur allzu deutlich.
Dringend nötige Strukturreformen des Arbeitsmarktes wie das Ende der Flächentarifverträge, eine Reduzierung der Sozialhilfen (die die weniger Qualifizierten wieder dem Arbeitsmarkt zuführen würde), die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Senkung der Lohnnebenkosten finden deshalb nicht statt.
Während die öffentliche Infrastruktur und die Städte verwahrlosen, werden die für ihre Sanierung nötigen Mittel dafür ausgegeben, daß Millionen Arbeitsfähige und potentiell Leistungswillige nichts tun.
Der hohe Anteil staatlicher Mittelumverteilungen hat seine Spuren in der politischen Klasse beider Länder hinterlassen. In Japan engagieren sich Parlamentarier der Regierungsparteien regelmäßig, um bei den Ministerien für interessierte Betriebe und Verbände diverse Genehmigungen, Importschutz, öffentliche Aufträge und Schutz vor Verwaltungskontrollen zu erreichen.
Sie tun dies gegen Spenden, um ihre teure Wahlkreisorganisation und ihren aufwendigen Wahlkampf zu finanzieren. In Deutschland bedienen sich die Parteien ungenierter direkt aus der Staatskasse. Doch verbreitet sich auch hierzulande die politische Korruption, nicht nur im sprichwörtlichen Klüngel von Köln und Wuppertal, sondern unter Kohls überlanger Regentschaft auch im Bund.
Mittlerweile dominieren in beiden Ländern in der politischen Klasse eher zungenfertige Fernsehdarsteller. Politische Führung und Weitsicht haben Seltenheitswert bekommen. Viel leichter ist es, die strukturellen Probleme, so sie denn überhaupt verstanden werden, in Abrede zu stellen, konjunkturelle Strohfeuer zu bejubeln und sich mit symbolischen Ersatzhandlungen öffentlich zu profilieren.
In der Abwesendheit echter politischer Führung können sich am Status quo profitierende Kreise - in Japan die Bauwirtschaft und in Deutschland die Sozialstaatsbürokratie - weiter durchsetzen. Deshalb ist es ziemlich wahrscheinlich, daß es der Wirtschaft und den öffentlichen Finanzen in beiden Ländern noch viel schlechter gehen muß und gehen wird, bevor sich die Verhältnisse gründlich bessern können.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2006 (x887/...):

>>**Ungeliebte Reform**

Neue Rechtschreibung tritt in Kraft

Die mehrfach reformierte Reform der deutschen Rechtschreibung scheint nun vorerst ausreformiert zu sein. Die Kulturministerkonferenz machte sich die jüngsten Änderungsvorschläge

des "Rates für deutsche Rechtschreibung" zu eigen und setzte das Werk in Kraft. Teilweise bedeuten sie eine Rückkehr zur alten Rechtschreibung oder die freie Auswahl zwischen alt und neu.
Kultur-Staatsminister Bernd Neumann gab sich in einer ersten Stellungnahme eher zurückhaltend: Die Reform in der jetzigen, endgültigen Form erzeuge "mehr Erleichterung als Freude". Ausdrücklich wies er auf das Unbehagen in der Bevölkerung an der Rechtschreibreform hin, das nach wie vor nicht beendet sei. Immerhin aber scheine "eine ungeliebte Reform nach endlosen Diskussionen nun doch noch ihren vorläufigen Abschluß zu finden."
Der Axel-Springer-Verlag, der im Sommer 2004 aus Protest gegen das Reform-Hickhack zur alten Rechtschreibung zurückgekehrt war, will die nun beschlossene Reformfassung in den nächsten Monaten in seinen Zeitungen und Zeitschriften umsetzen, spricht aber weiterhin von einem "alles andere als überzeugenden Ergebnis". …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. April 2006: >>**Wahn, Wahn, überall Wahn**
Horst Demmlers Streitschrift gegen die Verirrungen des grünen Zeitgeistes polemisiert kräftig und schüttet dabei das Kind mit dem Bade aus
Wenn es einen Wettbewerb in den Disziplinen Heuchelei, Schamlosigkeit und Selbstgerechtigkeit gäbe, wären die Grünen kaum zu schlagen."
Der Schlußfolgerung von Horst Demmler nach über 400 Seiten Streitschrift über die Protagonisten der Partei Die Grünen werden manche Leser sicherlich zustimmen. Besonders manchem Konservativen spricht der emeritierte Professor für Volkswirtschaftslehre (Universität Gießen) ganz sicher aus der Seele, wenn er vielen Anhängern der Grünen eines zu bescheinigen weiß: ihre Unfähigkeit zur Selbstkritik.
Lebhaft zeichnet der Verfasser, Jahrgang 1931, das Bild der moralinsauren, stets sich überlegen fühlenden 68er und ihrer grünen Erben nach. Vor ihren Nazi-Vorwürfen gegen jeden, der nicht die "Gnade der späten Geburt" (Helmut Kohl) erfuhr, waren selbst NS-Kritiker wie Sebastian Haffner, Erich Kästner und Theodor Adorno nicht sicher. Die grüne Empörungsrhetorik von der angeblichen "Skinheadmentalität" eines Laurenz Meyer (CDU), der sich zum Asylrecht kritisch äußerte und manch andere rechthaberische Entgleisungen hält Demmler für "moralische Aggressivität in ihrer widerwärtigsten Form". Der aggressive Moralist sei "guten Gewissens ein zeitgemäßer Inquisitor".
Zahlreiche der gesammelten Zitate mögen nicht allen bekannt sein und wenn doch, dann Erinnerungen an alte "Skandale" hervorrufen. Manche Schilderungen wie die Übernahme der Grünen durch die K-Gruppen oder der Fall Jenninger dürften für viele Leser nichts Neues sein. Zu den interessanteren Seiten gehören Fundstücke wie die "Kleine Anfrage an die Bundestagsfraktion der Grünen" durch das Berlin Manhattan Institut - mit Hinweisen auf die Spender der Grünen aus der Erneuerbare-Energien-Branche. Letzteres disqualifiziert die Grünen allerdings nicht mehr als alle anderen Bundestagsparteien auch. Letztlich betreibt jede ihre Klientelpolitik.
Leider wirft Demmler bei seinem Kampf gegen den "grünen Wahn" die grüne Partei mit allen anderen ökologisch Bewegten in einen Topf: Ökologie, das ist für Demmler anscheinend durchweg Marxismus, Dummheit, ökonomisches Unwissen. Das dürfte manchem konservativen Ökologen vor den Kopf stoßen und muß Widerspruch erzeugen. Ob biologische Landwirtschaft, Wachstumskritik oder Erneuerbare-Energien-Gesetz? Alles schlecht, und zwar nur schlecht! Dagegen sein, weil es Rot-Grüne gut finden?
Freilich legt Demmler kein Pamphlet hin. Seine Ausführungen haben Hand und Fuß. Aber manche Argumente wirken wie an den Haaren herbeigezogen. Der Autor beginnt Ausführungen über Biolandwirtschaft mit esoterischen Zitaten des "Okkultisten" Rudolf Steiner - die freilich nicht jeder seriös finden muß -, und endet ganz selbstverständlich beim Ehec-Skandal.

Er scheint es geradezu zu genießen, hierin einen Beleg für eine vermeintliche Gefährlichkeit ökologischer Landwirtschaft vorzufinden.
Es war nur eine Frage der Zeit, bis der aktuelle und bisweilen hysterische Trend um vegane Ernährung, Tierrechte, Klimawandel, EEG und ähnliche Themen heftige Gegenreaktionen hervorruft. Aber die Eiferer des einen Lagers sind nicht besser als die Eiferer des anderen. Einen Gewinn daraus hat nur, wer sich beide Seiten anhört. Nur wer dazu nicht Willens und fähig ist, oder wer von "grünen" Themen mittlerweile ebenso abgestumpft ist wie Demmler, findet in dem Buch gewinnbringende Tatsachen und Ansichten.
Horst Demmler: Wider den grünen Wahn. Eine Streitschrift. Edition Oetopus, Münster 2015, gebunden, 410 Seiten …<<
Der deutsche Journalist Helmut Matthies schrieb am 29. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Gewinner der Einheit**
DDR-Bürgerrechtler sind vergessen, es lebe die PDS
Deutschland ist ein seltsames Land. Die jüngsten Wahlen ergaben, daß Rechtsextreme (DVU, NPD) eine geringere Rolle denn je spielen. Anstatt sich darüber zu freuen, erklärte der Zentralrat der Juden in Deutschland im Blick auf Sachsen-Anhalt, die etablierten Parteien hätten "die Begeisterung für rechtsextremistische Parteien nicht gebrochen".
Tatsache ist: Die NPD trat gar nicht an. Sie unterstützte die DVU, die aber trotzdem nur 3 Prozent (1998 waren es noch 12,9 Prozent!) erhielt. Begeisterung?
Daß in Sachsen-Anhalt Linksaußen 25,2 Prozent (4,2 Prozent mehr) erhielt, ist weder Juden noch Kirchen noch Parteien eine Silbe des Bedauerns wert. Und hier liegt das Problem: Während Rechtsaußen marginalisiert ist, feiert Linksaußen einen Triumph nach dem anderen.
Nicht genug damit, daß die PDS-Größen Gregor Gysi und Lothar Bisky von Talkshow zu Talkshow gereicht werden, obwohl sie in der SED-Diktatur verantwortliche Positionen innehatten. Jetzt ist eine PDS- beziehungsweise Linkspartei-Frau gar in eines der höchsten Staatsämter gewählt worden: Petra Pau wurde eine der Vizepräsidenten des Bundestages. ...
Sind etwa Mitarbeiter im Unterdrückungssystem nun im demokratischen Deutschland Gewinner der Einheit? Die einstigen Bürgerrechtler sind jedenfalls so gut wie alle aus dem Bundestag verschwunden. ...
Deutschland hat 6.000 Gedenkstätten, die an das Nazi-Unrecht erinnern. Dagegen gibt es nur wenige über die zweite deutsche Diktatur im letzten Jahrhundert. Eine Gedenkstätte, die das Leid der Christen, die sich der Diktatur verweigerten, vor dem Vergessen bewahrt, ist nicht einmal im Gespräch. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. April 2006 (x887/...): >>**Was man in Deutschland (nicht mehr) sagen darf**
Die Betroffenheit der Gutmenschen überlagert die Meinungsfreiheit
Schweigespirale - mit diesem Begriff hat Elisabeth Noelle-Neumann, die Altmeisterin der seriösen Meinungsforschung, schon Ende der 70er Jahre die Mechanismen der Meinungsmanipulation beschrieben. Wie sie wirken, können wir in diesen Tagen wieder einmal hautnah erleben. Noch weiß niemand, ob wir es an jenem frühen Ostersonntagmorgen in Potsdam mit einem Akt rassistischer Fremdenfeindlichkeit oder doch nur mit einer wilden Prügelei zwischen hochgradig Betrunkenen zu tun hatten. Doch allein schon diesen Gedanken, diese Warnung vor voreiligen Schlüssen und Vorverurteilungen, sollte man besser verschweigen. So etwas ist politisch unerwünscht, stört den "Kampf gegen rechts", paßt nicht in die unverzüglich inszenierten Betroffenheitsrituale. "Wir als Deutsche" haben die ewige Pflicht, nicht besonnen und normal zu sein, sondern schuldbewußt und stets bedacht, "den Anfängen zu wehren".
Was sollen diese gebetsmühlenartig wiederholten Verlautbarungen, wir seien "empört", "betroffen", "erschüttert". Kein normal denkender und empfindender Mensch ist etwas anderes

als empört und erschüttert, wenn ein Mensch von einem anderen Menschen krankenhausreif oder gar lebensbedrohlich zusammengeschlagen wird. Das Leid des Opfers wird nicht je nach Motivation des Täters größer oder kleiner; auch unser Mit-Leid darf nicht davon abhängen. Lichterketten für die - tatsächlichen oder vermeintlichen - Opfer "rechter" Gewalt, aber Teilnahmslosigkeit bis zur "klammheimlichen Schadenfreude" bei anderen - das ist unmenschlich.
Im aktuellen Falle haben zwei prominente Politiker es gewagt, sich der Schweigespirale entgegenzustellen: die Innenminister
Wolfgang Schäuble (Bund) und Jörg Schönbohm (Brandenburg). Schäuble, selbst Opfer einer Gewalttat, erinnerte daran, daß in diesem Lande auch Menschen ohne "Migrationshintergrund" und ohne auffällige äußere Merkmale (wozu auch die Hautfarbe zählt) Verbrechen zum Opfer fallen. Seine Wortwahl war vielleicht nicht ganz geschickt - aber wäre das, was er sagen wollte, sonst überhaupt wahrgenommen worden?
Schönbohm fiel gleich zweimal "unangenehm" auf. Erst legte er sich mit dem Generalbundesanwalt an, dem er zu Recht vorwarf, das Potsdamer Verfahren voreilig und unnötig an sich gerissen zu haben - nach dem Motto "Ich lasse mir doch durch Fakten nicht mein antifaschistisches Feindbild zerstören". Dann verstieß er in einer Rede im ehemaligen KZ Sachsenhausen erneut gegen die Regeln der Schweigespirale, indem er "ausdrücklich" auch der Opfer kommunistischer Gewalt an dieser von zwei Diktaturen genutzten Stätte des Grauens gedachte. Diese "ideologisch geprägte Gleichsetzung" sei eine "Unverschämtheit", ereiferten sich einige Überlebende der ersten, der nationalsozialistischen Gewalt.
Wie sagt man doch: Alle Opfer sind gleich! Einige, so scheint es, sind wohl doch etwas gleicher.
Tatort Potsdam: Mit Blumen, Lichtern und Transparenten bringen Bürger der brandenburgischen Hauptstadt Betroffenheit und Empörung zum Ausdruck. Mitleid mit den Opfern von Gewalt - jeder Form von Gewalt! - ist für jeden normalen Menschen selbstverständlich. Wo aber Trauer ideologisch motiviert, manipuliert und instrumentalisiert wird, erstarrt sie zum bloßen Ritual. Und wo jede Mahnung zur Besonnenheit und jede Warnung vor Vorurteilen und Vorverurteilungen gleich als Verharmlosung und Relativierung verteufelt werden, droht dem Gemeinwesen Gefahr - von ganz anderer Seite, als wildgewordene Antifaschisten uns glauben machen wollen.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 2006 (x887/...):
>>**Halm in den Winden des Zeitgeistes**
Deutschlands fataler Gesellschaftswandel durch das Wirken der "Frankfurter Schule"
von Günter Rohrmoser
Was sind die Folgen der "Frankfurter Schule" gewesen? Die Folgen waren und verbinden sich mit der berühmten studentischen Revolte und das nicht zufällig, weil natürlich die erste Phase dieses Umformungsprozesses an den Universitäten ansetzen mußte. Sie erkannten, und das gehört zu den ältesten Einsichten von Horkheimer, daß die Wissenschaft in dieser modernen Industriegesellschaft die erste und die wichtigste Produktivkraft ist.
Wer die Kontrolle und die Steuerung dieser Produktivkraft Wissenschaft in die Hand bekommt, der hat damit die Gesellschaft im ganzen in der Hand. Nun sind nicht alle deutschen Universitäten erobert worden, aber entscheidende Universitäten und Universitätsbereiche. Damals erklärte ein Wissenschaftler, es sei erfolgreich gelungen, die Bremer Universität in eine Art stalinistische Kaderschmiede zu verwandeln. Das ist heute völlig anders, aber das konnte damals mit Stolz als ein wichtiger und wesentlicher Schritt verkündet werden.
Wir wissen, was daraus geworden ist. Die Revolte hat bewirkt, daß die alte deutsche Universität zerschlagen wurde. Sie hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß zuerst die Ministerialbürokraten die seit Generationen versuchte Machtübernahme über die Universitäten erreichten. Dann wurde die Universität vergesellschaftet, das heißt gesellschaftliche Gruppen

versammeln ihre Vertreter in einem Gremienrat, der über Hochschullehrer, Mittelverwendung, Lehrpläne und so weiter entscheidet. Die Vergesellschaftung der Universität ist zwar erreicht worden, aber nicht so wie unsere Revolutionskämpfer es sich gedacht haben, sondern eher das Gegenteil wurde erreicht und bewirkt.
Und dann natürlich die Schule. Man staunt immer wieder, daß es Leute gibt, die darüber erschrecken, was über die innere Verfassung und den Zustand unseres Schulwesens an ihre Ohren dringt. Die Schule war und ist nach der Universität von gleicher Bedeutung, denn die Schule ist die Stätte des Prozesses, durch den eine heranwachsende biologische Generation in die vorgegebenen Kulturverhältnisse, -formen und -verständnisse eingeübt und eingelebt werden muß.
Das heißt wenn dieser Vorgang der Einübung in die vorgegebene Kultur nicht stattfindet, dann bricht diese Kultur, ihre Kontinuität und Tradition ab. Das Ziel der sogenannten emanzipatorischen Schule war genau entgegengesetzt, nämlich die Kinder aus der bestehenden Kultur zu emanzipieren, das heißt konkret, sie herauszubrechen, und das dazu geeignete Mittel war die anti-autoritäre Erziehung. Das Ergebnis ist die Rütli-Schule.
Auch wissen wir, daß über 20 Prozent der Schulabgänger nicht im Besitz der geforderten Kulturtechniken sind und zehn bis 15 Prozent weder lesen noch schreiben können, und zwar nicht nur ausländische Kinder, sondern auch deutsche. Das heißt, was hier entstanden ist als Folge eines übersehenen, unterdrückten und zum Teil verdrängten kulturrevolutionären Angriffs und Prozesses, stellt uns vor Probleme, auf die gegenwärtig niemand eine Antwort hat.
An einer anderen Schule haben Eltern, Schüler und Lehrer beschlossen, an der Schule muß deutsch geredet werden. Welche Sprache sollte denn sonst an einer deutschen Schule gebraucht werden? Wie soll man Unterricht erteilen in Klassen, in denen 20 Nationen vertreten sind und ebenso viele unterschiedliche Sprachen?
Und drittens, das ist vielleicht das allerwichtigste, die Familie. Es gehörte von Anfang an zu dieser kulturrevolutionären Bewegung der Wille, die traditionelle bürgerliche Familie aufzulösen und abzuschaffen. Das war Programm.
Im zweiten Familienbericht der damaligen Bundesregierung unter Helmut Schmidt war zu lesen, daß die Familie eine Zwangsinstitution sei. Die verbürgerlichte Familie ist also ein Herrschaftsgebilde, und zwar ein Herrschaftsgebilde zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Zustände und Verhältnisse.
Der Vater ist die Vermittlungsfigur, der die dem Kapitalismus förderlichen Normen und Werte in der Familie tyrannisch durchsetzt, dabei die Frau unterdrückt, die Kommunikationsverhältnisse auflöst und Familie damit zu einer Zwangsinstitution macht. Da muß man sich doch fragen, was haben sich die Bürger eigentlich gedacht, wenn sie das überhaupt zur Kenntnis genommen haben.
In einer Stadt wie Stuttgart leben in bald 50 Prozent der Wohnungen Alleinstehende, und sehr viel anders werden die Verhältnisse in anderen Großstädten auch nicht sein. Jede zweite Ehe scheitert tendenziell und zum krönenden Abschluß erhebt die CDU-Familienministerin, angepaßt und gemildert durch grüne Schattierung, zum Regierungsprogramm, daß Eltern, die beide arbeiten, Elterngeld bekommen und Frauen, die zu Hause bleiben, nicht.
Das war der ursprüngliche Vorschlag, aber heute bekommen nur die doppelarbeitenden Eltern Elterngeld, wenn der Mann auch bereit ist zwei Monate den Wickeldienst für das Baby zu übernehmen. Ob das gut oder schlecht ist, ist unerheblich, aber es ist die Erfüllung des kulturrevolutionären Programms.
Daß das deutsche Volk mit einiger Energie und Besessenheit dabei ist, sich biologisch selber zu dezimieren, ist ja nicht vom Himmel gefallen. Natürlich sind andere Faktoren und Bedingungen hinzugekommen, aber das gehört auch mit zum Resultat. Die CDU sagt heute, Familie ist da, wo Kinder sind. Jedes Individuum in der liberalen Gesellschaft kann entscheiden, ob es

heiraten will oder nicht, wen es heiraten will und wen es nicht heiraten will. Nur mit den Kindern ist es anders. Ich kann nicht sagen, Familie ist da, wo Kinder sind, ohne die Frage zu stellen, wo kommen denn die Kinder her? Sie kommen doch nicht aus den Schwulenverbindungen, sie kommen doch aus der Familie. Die privatindividualistische Gestaltung der Eheverhältnisse ist eine Sache, aber mit der damit verbundenen Verweigerung und Auflösung der Familie ist der biologische Untergang dieses Landes vorprogrammiert, das müssen wir endlich zur Kenntnis nehmen.
Denn was folgt aus der Überalterung? Nicht nur, daß die Leute erfreulich alt werden, sondern daß die Gesellschaft ihre vitalen Impulse verliert, mit der sie sich der Zukunft mit Optimismus und Zuversicht zuwenden kann. Die überwiegenden Alten verteidigen ihre Besitzstände gegen die Zukunft und es wird ein katastrophaler Bruch in dem sowieso bedenklichen bis morbiden Verhältnis zur Zukunft eintreten.
Nun beginnt man, das zu diskutieren, aber zu einem Zeitpunkt, wo das Kind schon längst in den Brunnen gefallen ist. Und was hat sich aus alledem für das Leitbild unserer gesellschaftlichen Ordnung ergeben? Wie haben wir die Gesellschaft verstanden, die sich aus allen diesen Bedingungen heraus entwickeln sollte und auch entwickelt hat?
Nachdem man mit der Geschichte alle geschichtsbildenden Kräfte wie Nation, Religion, Überlieferung, Tradition und Autorität abgeschafft hat, blieb für diese Gesellschaft, und das ist der gegenwärtige Stand, nur noch eins über, nämlich wirtschaftliches Wachstum.
Das müssen wir uns doch einmal klar machen, daß wir einen Staat haben, der praktisch seine ganze Existenz auf die These gestellt hat, daß die Wirtschaft im Jahr durchschnittlich drei bis sechs Prozent Wachstum produzieren muß. Ein Staat, der auf Wachstum gegründet ist, ist kein Staat mehr, denn er ist restlos seiner staatlichen Handlungsmöglichkeiten beraubt, aber dazu verurteilt, das zu erzeugen, was ein Staat nicht kann. Der Staat kann kein Wachstum erzeugen und nicht einen einzigen Arbeitsplatz schaffen.
Das zweite ist der progressive Ausbau des Sozialstaates, nicht nach den Prinzipien, die sich die Väter der Sozialen Marktwirtschaft vorgestellt haben, sondern da ist etwas ganz anderes daraus geworden. Nach den Vorstellungen von Müller-Annack sollte der Sozialstaat die Punkte in der Wirtschaft kompensieren, in der einer aus Unglück, Unvermögen oder Krankheit nicht im Stande ist, seinen gesellschaftlichen Status zu erhalten. Dann sollte der Sozialstaat tätig werden und komplementär Hilfe leisten. Das ist die ursprüngliche Idee des Sozialstaates. Und was ist unter dieser Kulturrevolution daraus geworden?
Das Ziel ist, eine Sicherung vor allen denkbaren Risiken des Lebens zu erreichen. Und da haben wir Erstaunliches erreicht. Es gibt keinen sozialistischen Staat, der sich mit dem, was wir erreicht haben, nämlich diesem Grad von sozialer Sicherung, auch nur im Entferntesten messen kann. Die Idealziele des Sozialismus haben wir weltweit am besten erfüllt, nicht die Sowjetunion, nicht Polen, auch nicht die DDR, obwohl die am tüchtigsten waren. Unsere freie, liberale Wirtschaftsgesellschaft hat das erreicht.
Der nächste Schritt war die Überzeugung, daß man auf diesen beiden Säulen, Wirtschaftswachstum und Ausbau sozialer Sicherung, stehen könnte, um sich dem großen Ziel der Emanzipation zuzuwenden. Jeder sollte sich selbst und jeder sollte den anderen emanzipieren. Das Kennwort dieser Epoche lautet: Selbstverwirklichung!
Freigesetzt von den Zwängen der Ökonomie, freigesetzt von sozialer Abhängigkeit, sollte das Ziel der Selbstverwirklichung das alles übergreifende Leitende und die eigentliche Legitimation für diesen Staat sein. Wir wissen, wo dieses große emanzipatorische Ziel geendet hat - in der Spaßgesellschaft. Und wenn die Kassen heute noch voll wären, würden wir nichts anderes sein als eine Spaßgesellschaft.
Der gegenwärtige Stand ist, daß dieses Modell geschichtlich definitiv erledigt ist. Diese Ziele, kontinuierliches dynamisches wirtschaftliches Wachstum, Beseitigung der Arbeitslosigkeit,

weiterer Ausbau sozialer Sicherheit und Selbstverwirklichung als einziges Ziel, die sind aus und vorbei. Wir erleben das Ende einer durch diese kulturrevolutionären Ziele und Antriebe gestalteten Epoche. Das ist ein historischer Augenblick. Jeder sollte sich eigentlich der ganzen Tragweite und Tiefe dieses Augenblicks bewußt sein.
Die Bundesrepublik ist spät, vielleicht zu spät, in der Wirklichkeit angekommen. Wäre es zu spät, dann bliebe nur die Hoffnung, die auch Lenin leitete, daß die Geschichte immer klüger ist als die Vorstellungen, die wir von ihr haben.
Und das bedeutet auch, die Wirklichkeit so wie sie ist und nicht wie wir sie haben möchten so vollständig wie möglich zu erkennen. Die Annahme dieser sogenannten Wahrheit über die Wirklichkeit wie sie ist, würde schon einen erheblichen Schritt zu unserer Rettung bedeuten.
Aber genauso wichtig ist, die Fähigkeit und den Willen zum geschichtlichen Denken zurückzugewinnen. Die Geschichtslosigkeit ist eine der gefährlichsten Pathologien unserer Gesellschaft. Aber das wird uns ja jetzt durch die Existenz der drei Millionen Muslime in unserem Lande geradezu aufgezwungen.
Wenn als Antwort auf die Affäre um die dänische Karikatur Pressefreiheit angegeben wird, ist das natürlich eine wunderbare und richtige Antwort. Nur die Frage ist, reicht das aus. Kann das die ganze Antwort des Westens auf diese Herausforderung sein? Außerdem sagen wir, wir brauchen den Dialog. Kardinal Lehman sagt, wir brauchen den Dialog und sagt aber sofort, er hat noch gar nicht begonnen.
Wenn wir den Dialog, brauchen, dann müssen wir uns auch dialogfähig machen. Was soll denn ein junger Deutscher einem Türken entgegensetzen, der von Nationalstolz erfüllt ist, den sein Gottesglaube trägt und der überzeugt ist, die Zukunft einer großen Nation Türkei vor sich zu haben. Wir müssen uns dieser Frage stellen und kommen nicht daran vorbei. Das wird auch die Zukunft Europas bestimmen, und wir sind Teil Europas, und hier muß man ganz klar sehen, es gibt ohne Deutschland auch kein Europa.
Letztendlich entscheidet sich auch die Zukunft Europas in Deutschland. Wenn Deutschland ausfällt, gibt es kein Europa, und das heißt, daß wir gezwungen sind, uns auf unser großes antik-christliches, früher sagte man abendländisches Erbe zu besinnen, weil hier allein noch ein Fundament zu finden ist, auf dem man stehen kann, ohne wie ein Halm in den Winden des Zeitgeistes zu schwanken.
Der Autor war Ordinarius für Sozialphilosophie und politische Philosophie sowie Berater von Franz-Josef Strauß und Hans Filbinger. Er verknüpft Konservatismus mit dem christlichen Glauben, ist Gegner der "Frankfurter Schule" und Referent des "Studienzentrum Weikersheim".
Die "Frankfurter Schule"
Als "Frankfurter Schule" wird die neomarxistische, dialektische "Kritische Theorie" bezeichnet, die von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno im "Institut für Sozialforschung" begründet worden ist.
Die "Kritischen Theorie" der "Frankfurter Schule" basiert auf der ideologiekritischen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und historischen Bedingungen der Theoriebildung. Mit Kritik und Erkenntnis ist der Anspruch verbunden, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.
Die 1947 von Theodor W. Adorno und Horkheimer gemeinsam verfaßte Essay-Sammlung "Dialektik der Aufklärung" gilt als Hauptwerk der Schule.
Die "Frankfurter Schule" ging aus dem "Institut für Sozialforschung" (IfS) der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main hervor, das auf Betreiben des Mäzens Felix Weil 1923 begründet wurde. Unter der Leitung von Max Horkheimer entstand 1932 die "Zeitschrift für Sozialforschung" als theoretisches Organ des Instituts. Darin formulierte und diskutierte Horkheimer Grundzüge einer "Kritischen Theorie" der Gesellschaft, die gerne als unor-

thodoxe Spielart des Marxismus interpretiert wird.
Zu Horkheimers Mitarbeitern gehörten Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Erich Fromm, Leo Löwenthal und Friedrich Pollock. Auch Walter Benjamin, der während seiner Emigration vom Institut finanziell unterstützt wurde, lieferte bedeutende Beiträge.
Das Institut mußte nach 1933 Deutschland verlassen, zog zunächst nach Paris, dann in die Vereinigten Staaten. Nach der Rückkehr Adornos und Horkheimers aus der Emigration an die Goethe-Universität (1950) gewann die "Frankfurter Schule" für die 68er-Bewegung große Bedeutung und prägte Teile der deutschen akademischen Soziologie stark in Richtung der "Kritischen Theorie".
Das "Frankfurter Institut für Sozialforschung" sollte unter Horkheimers Leitung zu einer interdisziplinär arbeitenden Institution werden, in der theoretische Grundlagenkritik mit empirischen Studien verknüpft werden. So arbeiteten Adorno und Horkheimer im Exil an einer Studie zum Autoritären Charakter mit dem totalitäre Regime zu erklären versucht werden. Die Erfahrung des Nationalsozialismus und der Judenvernichtung waren für die theoretischen und empirischen Arbeiten der "Kritischen Theorie" prägend.
Die Vertreter der "Kritischen Theorie", allen voran Adorno, gingen den Fragen nach, wie sich die Wiederholung eines solchen Ereignisses verhindern ließe und welche Rolle die Vernunft in diesem Zusammenhang noch spielen könne. Nach Horkheimers und Adornos Tod wurden vor allem Jürgen Habermas, den zu habilitieren sie abgelehnt hatten, und Oskar Negt für die "Frankfurter Schule" repräsentativ. Ihre "Kritische Theorie" wird in Abgrenzung zur Älteren "Kritischen Theorie" Adornos und Horkheimers auch als Jüngere Kritische Theorie bezeichnet.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Dezember 2006 (x887/...): >>**Als Wissenschaftler noch Deutsch sprachen**
Die Sprache der Dichter und Denker hatte einmal eine ähnliche Rolle wie vorher Latein und heute Englisch
Im Zuge der Aufklärung wurde in Deutschland, wie auch in anderen europäischen Ländern, das Latein als Wissenschaftssprache durch die Landessprache ersetzt. Zum einen galt Latein als die "Pfaffensprache", die Sprache Roms, die Sprache des Papstes, und im Zuge der Aufklärung versuchten sich die Wissenschaften beziehungsweise die Wissenschaftler von der Vormundschaft der Kirche und deren Doktrinen zu befreien.
Zum anderen entsproß der Wechsel zur Landessprache einem Ansatz von Demokratisierung. Viele Wissenschaftler wollten heraus aus dem sprichwörtlichen "Elfenbeinturm", Wissenschaft nicht mehr um ihrer selbst betreiben, sondern mit ihr der Allgemeinheit dienen, und da lag es nahe, in der Sprache der Landsleute zu lehren und publizieren.
Das erklärt, warum Deutsch zur Wissenschaftssprache in Deutschland wurde. Doch sie wurde es nicht nur dort, wo sie Landessprache war, wo sich das Volk ihrer bediente. Vielmehr wurde sie zu einer internationalen Sprache der Wissenschaft, und das nicht ohne Grund in einem Jahrhundert, das man hier und da auch schon einmal als das deutsche bezeichnet, denn das 19. Jahrhundert brachte dem Land einen enormen Industrialisierungsschub und schließlich auch noch die nationale Einheit.
Wirklich nur exemplarisch sei hier auf das "Journal of the American Chemical Society" verwiesen. Während der vier Jahrzehnte vom Reichsgründungsjahr bis 1910 wurden in jener wichtigsten US-Chemie-Zeitschrift die deutschsprachigen Fachorgane "Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft", "Liebig's Annalen der Chemie" und "Zeitschrift für physikalische Chemie" 751mal zitiert. Das englischsprachige "Journal of the Chemical Society" bringt es dagegen gerade einmal auf 141 Zitate.
Schon die Rolle einer Lingua Franca, einer wissenschaftlichen Verkehrssprache in der Tradition des Latein wird dem Deutschen eingeräumt, wenn 1910 im "Zoological Record" russi-

sche, norwegische oder portugiesische Veröffentlichungstitel zur Erläuterung nicht etwa ins Englische, sondern ins Deutsche übersetzt werden.
Diese herausgehobene Stellung verlor die deutsche Sprache im 20. Jahrhundert, das nicht zu Unrecht als das US-amerikanische bezeichnet wird. Der Anfang vom Ende kam mit dem Ersten Weltkrieg. Das Gros der Wissenschaftler solidarisierte sich nicht nur in Deutschland mit seinem Staat und darüber zerfiel die Gelehrtenrepublik, die Gemeinschaft der Wissenschaft. Im Rahmen des großen Krieges gegen die Deutschen bekämpften deren Gegner auch deren Sprache in der Wissenschaft. Nach Deutschlands Kriegsniederlage wurden mit dem Land auch seine Wissenschaftler und seine Sprache als Parias diskriminiert.
In den 20er Jahren löste das Englische das Deutsche als meistverwandte Sprache in den naturwissenschaftlichen Publikationen ab. Die NS-Herrschaft verstärkte diesen Trend noch, und das nicht nur wegen der vielen Wissenschaftler, die in die USA emigrierten und deren Sprache annahmen. Erneut spaltete sich Europa, und wieder ging Deutschland aus einem Weltkrieg als Verlierer hervor mit den entsprechenden Folgen für die Sprache. In den 40er Jahren überholte das Englische das Deutsche nun auch erstmals bei der Zahl der jährlichen Zitate in chemischen Fachzeitschriften. Und ein Ende der Entwicklung ist nicht in Sicht.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Dezember 2006 (x887/...): >>**Hatz auf die Hinterbank**
Der Fall Henry Nitzsche und die Folgen rhetorischer Aussetzer
Ich begrüße die Debatte um Patriotismus, um endlich vom Schuldkult runterzukommen und damit Deutschland nie wieder von Mulitkulti-Schwuchteln in Berlin regiert wird." Es ist nicht überliefert, ob der Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, dem diese Worte in einer Rede aus dem Stegreif entglitten waren, noch recht bei Sinnen war.
Der 1959 im sächsischen Kamenz gebürtige Nitzsche sitzt für die CDU seit 2002 als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 156 (Kamenz, Hoyerswerda, Großenhain, Radeberg) im Deutschen Bundestag. Nitzsche gilt in seinem Wahlkreis als Mann klarer Worte und Vertreter des rechten Flügels der Union. Im Bundestag ist er eher das, was man einen Hinterbänkler nennt. Im ostsächsischen Lieske hatte er im Rahmen einer kleinen Parteiveranstaltung über Patriotismus diskutieren wollen und mit diesen provozierenden Worten begonnen. Das war im Juni.
Der Vorfall ist erst jetzt an die Öffentlichkeit gelangt, nachdem ein Parteifreund, ein Staatsanwalt aus Hoyerswerda, zurücktrat, weil Nitzsche eine noch auf der Veranstaltung eingeforderte Entschuldigung abgelehnt hatte. Der als Vorsitzender der CDU-Wittichenau im Landkreis Kamenz amtierende Parteifreund, hatte auch in seinem eigenen Verband keinen Rückhalt gefunden und zog deshalb die Konsequenzen: eigener Rücktritt und Unterrichtung der Presse.
Von einem zweiten Fall Martin Hohmann ist jetzt die Rede. Wie damals Stoiber gegen Hohmann, hat nun mit Ex-Minister Heinz Eggert erneut ein Konservativer ein Parteiausschlußverfahren gefordert. Der sächsische CDU-Generalsekretär Michael Kretschmar erklärte zwar, er habe Nitzsche unmißverständlich klar gemacht, daß die Union diese Äußerungen nicht akzeptiere, und auch Nitzsche selbst hat sich von seiner Wortwahl inzwischen distanziert, aber härtere Konsequenzen bis hin zum Parteiausschluß sind nicht mehr auszuschließen. Die Bundestagsfraktion wartet ab - im Umfeld des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder heißt es, man wolle nicht gleich den Stab über Nitzsche brechen, um noch über Steigerungsszenarien zu verfügen.
Nitzsche ist bereits angezählt: 2003 hatte er - ungeachtet muslimischer Parteifreunde - gesagt, eher werde einem Muslim die Hand abfaulen, als daß er CDU wähle. 2005 machte er mit dem eigentlich unverfänglichen Motto "Arbeit, Familie, Vaterland" Wahlkampf, obwohl oder weil es ein Jahr zuvor von der NPD als Motto eines Bundesparteitages verwendet worden war.

Geradezu genüßlich forderte die sächsische NPD den CDU-Abgeordneten Nitzsche nun zum Parteiübertritt auf. Ein gefundenes Fressen für alle politischen Gegner. Der Fall Nitzsche ist aber kein Fall Hohmann, denn Martin Hohmann, wurde unterstellt, er habe in einer Rede zum Tag der deutschen Einheit 2003 Juden ein Tätervolk genannt, was er so gerade nicht getan hatte. Dennoch wurde Martin Hohmann, der höchste Wahlergebnisse erzielt und fraktionsübergreifend als kollegial bis beliebt gegolten hatte, aus der Partei ausgeschlossen. Nitzsche zu opfern, das dürfte der CDU ungleich leichter fallen.
Nitzsche hat dem (verbliebenen) rechten Flügel in der Union und den Konservativen überhaupt mit seinem rhetorischen Mißgriff geschadet. Vokabular von unterhalb der Gürtellinie und ähnliche Herabsetzungen sind weder akzeptabel noch konservativ.
Politische Gegner greifen nun nicht nur das Schmuddelvokabular an, sondern auch den zugespitzten an sich aber akzeptablen Begriff "Schuldkult". Ein sachlicher Diskurs über einen vernünftigen Umgang mit den Verbrechen des NS-Regimes ist da kaum noch möglich.
Wer - welcher politischer Couleur auch immer - seine Positionen in den demokratischen Diskurs einbringt, der ist gut beraten, auf Beleidigungen und sonstige Verbalinjurien jeglicher Art zu verzichten, das dient nicht nur dem Schutz der eigenen Konzepte. Es ist eine Frage des politischen Stils und des zwischenmenschlichen Umgangs insgesamt.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 26. September 2008: >>**"Tagträumereien"**
Die CDU strickt Legenden: Ein neues Grundsatzpapier erweist sich als geschichtspolitisches Armutszeugnis
Mit ihrem neuen Grundsatzpapier "Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands" will die CDU in den neuen Ländern geschichtspolitisch in die Offensive kommen. Sie wird damit scheitern. Der voraussehbare Mißerfolg der Union muß einen keineswegs betrüben, doch die Geschichtsklitterungen, die das Papier enthält, verweisen auf die Fehldispositionen einer staatstragenden Partei und damit der deutschen Politik überhaupt.
Zur Entstehung und Entwicklung des zweiten deutschen Staates heißt es: "Die DDR wurde unter Führung des SED-Regimes auf Befehl Stalins gegründet und war eine Folge des sowjetischen Sieges im Zweiten Weltkrieg. Walter Ulbricht und seine Parteigenossen unterdrückten rücksichtslos am 17. Juni 1953 mit Hilfe sowjetischer Panzer den Freiheitswillen der Ostdeutschen und ihren Wunsch nach einem wiedervereinten Deutschland.
Am 13. August 1961 zementierte der Mauerbau die Teilung Berlins und Deutschlands auf lange Zeit. Stacheldraht und Grenzregime bedeuteten nichts anderes als die Inhaftierung der eigenen Bevölkerung. Daher gehört zur Bilanz von 40 Jahren DDR-Diktatur auch die Verletzung der Menschenrechte und die Frage nach den Opfern des massiven Mißbrauchs politischer Macht."
Das stimmt aufs Wort, aber die Fakten sind unvollständig. Die falsche Stringenz des hier entworfenen Geschichtsbildes kann in den Neuen Ländern nur als Versuch geistiger Kolonisierung empfunden werden und muß abstoßen. Das nach 1989 von SED-Anhängern vielgehörte Argument: "Drüben haben die Amis und bei uns haben die Russen doch alles bestimmt!" war zum Teil der Versuch, von eigener Verantwortung abzulenken, aber eben nur zum Teil. Es trägt viel mehr als nur einen rationalen Kern in sich.
Primär war die DDR eine Frucht der deutschen Teilung. Diese war nicht allein Stalins Werk, sie begann de facto schon vor 1945, und zwar mit der Forderung der bedingungslosen Kapitulation und den Planungen zur Besetzung Deutschlands. Angesichts der unterschiedlichen Kriegsziele, der geopolitischen Konkurrenz und der konträren ideologischen Ausrichtung der Alliierten war vorgezeichnet, daß an der Grenze zwischen der Sowjetzone und den Westzonen die Trennlinie zwischen unterschiedlichen Hemisphären verlaufen würde. Das war die allgemein akzeptierte Geschäftsgrundlage, an der, nachdem das atomare Gleichgewicht hergestellt

war, niemand mehr rüttelte.
US-Außenminister John Foster Dulles sagte 1959 zu Willy Brandt, bei allem Streit mit den Russen sei man sich mit ihnen in einer Frage einig: "Ein neutrales, womöglich noch bewaffnetes Deutschland, das zwischen den Fronten hin und her marschieren kann, wird es nicht geben." Da Dulles unmöglich damit rechnete, daß die Sowjetunion der DDR den Beitritt zur Nato gestatten würde, andererseits die Bundesrepublik sich niemals dem Warschauer Pakt anschließen würde, war damit gesagt, daß Deutschland durch einen Eisernen Vorhang zerschnitten blieb.
Das schloß die Akzeptanz der DDR als russischen Vasallenstaat und damit das Recht der Sowjetunion ein, in ihrem Sinne an der Außengrenze des Imperiums für Stabilität zu sorgen. Die Mauer war die Konsequenz einer allgemein anerkannten weltpolitischen Konstellation und wurde außerhalb Deutschlands genauso gesehen.
Peter Fechter war ein Opfer von Jalta 1945
Willy Brandt erinnerte sich in seinen Memoiren an die ostentative Unaufgeregtheit der westlichen Verbündeten nach dem 13. August 1961: "Zwanzig Stunden vergingen, bis an der innerstädtischen Grenze die ersten Militärstreifen (der Westalliierten - Th. H.) gesichtet wurden. Vierzig Stunden vergingen, bis die Rechtsverwahrung auf den Weg zum sowjetischen Kommandanten gebracht war. Zweiundsiebzig Stunden vergingen, bis in Moskau der Protest einging; er klang nach Routine."
Das genügte Moskau und Ost-Berlin als Signal, daß die provisorischen Drahtabsperrungen an der Sektorengrenze durch eine Mauer ersetzt werden konnten.
Einer der besten Kenner der Materie, der Historiker Rolf Steininger, schreibt in dem Buch "Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963":
"Die Sieger - alle vier -" seien sich darin "einig" gewesen, daß Deutschland auf absehbare Zeit geteilt bleiben würde. Die Briten und die Russen wollten überhaupt kein einiges Deutschland mehr. In keiner einzigen Verhandlung haben die Westmächte von der Sowjetunion die Beseitigung der Mauer gefordert. Die Existenz der DDR, die nach Lage der Dinge nur eine sozialistische Diktatur sein konnte, mithin die "Inhaftierung" ihrer Bevölkerung, war von (fast) allen gewünscht. Selbst wenn ihre Führung das gewollt hätte, besaß die DDR bis 1989/90 nicht einmal das Recht auf Selbstabschaffung.
Für geborene Kollaborateure, Fanatiker und gemeine Naturen sind solche Zeiten der Fremdherrschaft natürlich golden, aber nicht sie haben die Konstellationen, unter denen sie herrschten, hauptsächlich geschaffen, sondern sie sind durch die Konstellationen überhaupt erst mächtig geworden. Der 18jährige Peter Fechter, der 1962 auf dem Mauerstreifen eine Stunde lang schreiend verblutete, war ganz wesentlich ein Opfer von Jalta 1945.
Wer das verdrängt, der gibt zu erkennen, vom internationalen Bedingungsgefüge, unter denen die beiden deutschen Teilstaaten existierten, geistig und politisch überfordert zu sein, der verkennt die Interessen und Beweggründe der Verbündeten und zugleich die eigene Lage. Der setzt den Kalten Krieg im Innern fort und ist daher nicht fähig, eigenständige nationale Positionen zu formulieren. Der verdrängt letztlich auch den Charakter des aktuellen deutschen Einheitsstaates, der ja nicht durch eine Wiedervereinigung, sondern durch den Beitritt der DDR "zum Geltungsbereich des Grundgesetzes" zustande kam, das wiederum als eine politische Handlungsanleitung der Westalliierten ins Leben trat. Oder geht es genau darum?
Die zweite Legende, an der das CDU-Papier strickt, ist die von ihrer Rolle als "Garant und Motor der Wiedervereinigung". Insbesondere wird Helmut Kohl gerühmt. Unerwähnt bleibt, daß bei der Formulierung des CDU-Wahlprogramms für die Bundestagswahlen 1987 die Frage der Wiedervereinigung um ein Haar unter den Tisch gefallen wäre. Als der CDU-Bundestagsabgeordnete Bernhard Friedmann damals darauf hinwies, daß die Möglichkeit der deutschen Einheit wieder auf die Tagesordnung der internationalen Politik geriet - sogar der DDR-

Botschafter in Moskau schickte Alarmmeldungen nach Ost-Berlin -, kanzelte Kohl ihn vor der Fraktion wegen "Tagträumereien" und "blühenden Unsinns" ab.
Deutsche Einheit spielte völlig untergeordnete Rolle
Man mag das noch unter diplomatischer Vorsicht verbuchen. Aber Karl Hugo Pruys, ein ehemaliger Mitarbeiter der CDU-Zentrale, legt in dem Buch "Helmut Kohl - der Mythos vom Kanzler der Einheit" überzeugend dar, daß es eine politische Strategie zur Wiederherstellung der deutschen staatlichen Einheit nicht gab und sie im Denken des gesamten politischen Personals in den 1980er Jahren eine völlig untergeordnete Rolle einnahm und auf wenig Begeisterung stieß.
Die CDU bildete keine Ausnahme. Zitiert wird der deutsche Botschafter in Moskau, Andreas Meyer-Landrut, der im März 1989 nach Bonn berichtete, daß man sich "gedanklich-politisch" auf die Vereinigung einstellen sollte. "Dies ist meines Wissens aber weder geglaubt noch sind irgendwelche Konsequenzen daraus gezogen worden."
Die Einseitigkeit und Beflissenheit, mit der die CDU hier die deutsche Frage definiert, unterscheidet sich inhaltlich und formal nicht sehr von der Einseitigkeit und Beflissenheit in vergleichbaren SED-Dokumenten. Da können die Wähler in den Neuen Ländern doch gleich beim Original und in jenem geistigen Teil Deutschlands bleiben, der wieder zunehmend von der Linken dominiert wird.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 20. März 2009: >>**Merkel und das verschwundene Stasi-Foto**
DDR-Vergangenheit: Der Werdegang der heutigen Bundeskanzlerin unter dem SED-Regime bietet immer wieder Anlaß für zahlreiche Spekulationen
Sie haben eine überzeugte Jungkommunistin zur Kanzlerin gewählt, ist Ihnen das überhaupt klar?" Mit diesem Satz in der ARD-Sendung von Anne Will sorgte Linkspartei-Chef Oskar Lafontaine am 1. Juni vorigen Jahres für Furore. Merkel sei FDJ-Funktionärin für Propaganda und Agitation gewesen, ließ er Zuschauer und Diskussionsteilnehmer der Live-Sendung wissen. Zudem habe sie in Moskau studiert, was nur Lenin-Treue gedurft hätten.
Letzteres entpuppte sich als unwahr. Merkel war lediglich zu einem Studienaustausch in Moskau zu Gast. Doch ihre FDJ-Vergangenheit wirft Fragen auf. Handelte es sich dabei tatsächlich nur um "Kulturarbeit", die ihr eigenen Angaben zufolge "sehr viel Spaß gemacht" habe? Ein Blick in ihre Biographie und ihr politisches Umfeld, in dem sie aufwuchs, läßt Zweifel aufkommen.
Sie wird 1954 in Hamburg als Tochter des evangelischen Pfarrers Horst Kasner geboren, der mitten in der Zeit des Kalten Kriegs mit seiner Familie im gleichen Jahr freiwillig in die DDR übersiedelt. Horst Kasner, auch oft als der "rote Kasner" bezeichnet, steht der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland kritisch gegenüber.
Mit der Kirchenpolitik der SED hatte er keine Probleme. Er wurde Mitglied des 1958 gegründeten Weißenseer Arbeitskreis. Die Gruppe bestand aus zumeist linken Theologen und befand sich in Opposition zu den konservativ ausgerichteten Positionen der Berlin-Brandenburger evangelischen Kirche um Otto Dibelius. Sie war staatstreu, vom Ministerium für Staatssicherheit beeinflußt und distanzierte sich von SED-oppositionellen Geistlichen. Ein Umstand, der besonders vor dem Hintergrund von Merkels jüngster Papst-Kritik und ihrer Haltung gegenüber dem konservativen Flügel in der Union die Frage aufwirft, inwiefern die Haltung des Vaters die spätere Kanzlerin geprägt haben könnte.
Kasner pflegte auch enge Kontakte zu Wolfgang Schnur, dem späteren Vorsitzenden des Demokratischen Aufbruchs (DA) und Stasi-IM. Auch zu Lothar de Maizière und dessen Vater Clement de Maizière hat er beste Verbindungen. Clement de Maizière war führendes Mitglied der Ost-CDU und nach der Wendezeit als langjähriger Stasi-Mitarbeiter enttarnt worden. Sein Sohn soll nach Presseberichten als IM Czerny mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet

haben: Personen, mit denen auch Merkel später enge Kontakte pflegen sollte. Für Schnur arbeitete sie während der Wende als Sprecherin beim Demokratischen Aufbruch.
Nach der Volkskammer-Wahl vom 18. März 1990 war es Lothar de Maizière, der sie zur stellvertretenden Regierungssprecherin beförderte. Als sich nach der Wiedervereinigung die Stasi-Vorwürfe gegen de Maizière verdichteten, trat Merkel dessen Nachfolge als stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende an, nachdem sie vom DA zur CDU gewechselt war. Daß Merkel CDU-Politikerin wurde, verwunderte zahlreiche Freunde und Bekannte, da man ihr eher eine Nähe zu den Grünen nachgesagt hatte. Ihre Mutter war in der SPD aktiv gewesen, und auch der DA galt zunächst als links ausgerichtet.
Bemerkenswert ist auch, daß die Familie Kasner zu DDR-Zeiten äußerst komfortable Privilegien genoß. Sie besaß zwei Autos, Reisen in den Westen waren kein Problem. Angela Kasner wurde Mitglied in der Pionierorganisation Ernst Thälmann und in der FDJ, ehe sie 1973 ihr Physik-Studium an der Karl-Marx-Universität in Leipzig beginnen durfte. Ein Jahr später darf sie sogar zu einem Jugendaustausch nach Moskau und Leningrad reisen. Nach ihrem Studium arbeitet sie am Zentralinstitut für Physikalische Chemie der Elite-Akademie der Wissenschaften in Berlin. Als Kreisleitungsmitglied und Sekretärin für Agitation und Propaganda ist sie hier weiterhin für die FDJ aktiv.
Im vergangenen Jahr rückte das Internetportal Schweizmagazin Merkel sogar in die Nähe der Bespitzelung des DDR-Kritikers Robert Havemann im Jahr 1980. Der WDR sei bei Recherchen für den Bericht "Im Auge der Macht - die Bilder der Stasi" auf das Foto einer jungen Frau gestoßen, die sich Havemanns Grundstück näherte. Angeblich sollen dort nur Stasi-Mitarbeiter Zutritt gehabt haben.
Bei der Frau auf dem Bild habe es sich um Merkel gehandelt, heißt es in dem Bericht. Der WDR durfte das Bild jedoch nicht senden. Die Kanzlerin hatte die Ausstrahlung unter Berufung auf den Schutz ihrer Privatsphäre und die Gleichbehandlung vergleichbarer Fälle untersagt. Die Birthler-Behörde stellte das Foto daher nur gerastert zur Verfügung. Danach verstummte die Berichterstattung in den deutschen Medien über diesen Fall, kritisierte das Schweizer Internetportal.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Juni 2009 (x887/...):
>>**Mehr Berichterstattung führt auch zu mehr Theater**
von Philip Baugut
Er freue sich, daß Medienmacht und Medienmanipulation die demokratische Kultur nicht erschüttert hätten, rief Gerhard Schröder am Abend der Bundestagswahl 2005 seinen Anhängern zu. Der trotz furioser Aufholjagd soeben abgewählte Kanzler inszenierte sich als Opfer einer journalistischen Verschwörung - und befeuerte auf seine Art die Diskussion über das Verhältnis von Politik und Medien.
Das Zusammenspiel beider Seiten prägt die Demokratie, ist deren Prinzip doch die Öffentlichkeit, die Journalisten herstellen. Mangels direkter Begegnungen mit den Bürgern brauchen gerade Bundestagsabgeordnete die Medien für den Transport ihrer Botschaften.
Nur wer in der Berichterstattung vorkommt, "findet statt", wie es im politischen Berlin heißt. Also müssen Politiker auf die Bedürfnisse der Journalisten eingehen. Gefragt sind brandheiße, möglichst exklusive Informationen, worum die rund 1.000 Parlamentskorrespondenten in der Hauptstadt knallhart konkurrieren. Aufmerksam wird registriert, wer zuerst das Interview mit der Kanzlerin bekommt, wer die SMS über den aktuellen Verhandlungsstand.
Um so belohnt zu werden, müssen Journalisten einen engen Draht zu den Spitzenpolitikern finden. Freundliche Leitartikel helfen dabei, doch die Vierte Gewalt soll den Mächtigen stets kritisch auf die Finger schauen. Die richtige Balance zwischen Nähe und Distanz ist folglich die Gretchenfrage in der politisch-medialen Welt.
Die Antwort wird auf zwei Bühnen gegeben, wie eine Studie auf Basis von Interviews mit

führenden Abgeordneten und Journalisten zeigt. Auf der Vorderbühne, etwa bei TV-Interviews und Talkshows, ist die inszenierte Distanz zwischen beiden Seiten unübersehbar. Der Moderator will mit kritischen Fragen glänzen, der Politiker ihm mit wohlgeformten Antworten die Show stehlen.
An Theater erinnert besonders der Polittalk von Michel Friedman. "Wenn ich bei dem bin", erzählt ein Abgeordneter, der anonym bleiben möchte, "dann kloppen wir uns manchmal in einer unanständigen Weise, weil das auch seine Art, Quote zu machen, ist. In Wirklichkeit sind wir fast befreundet, nach der Sendung reichen wir uns nicht nur die Hand, sondern drükken uns auch." Es ist ein ebenso ritualisiertes wie inhaltsarmes Spiel, das beide Seiten vor laufenden Kameras aufführen. Eines, das die Zuschauer zunehmend langweilt - und davon ablenkt, daß auf der Hinterbühne die Musik spielt.
Der tiefgründige Austausch zwischen Politikern und Journalisten findet jenseits des Scheinwerferlichts statt. In den sogenannten Hintergrundkreisen, zu denen nur ausgewählte Journalisten Zugang haben, geben Abgeordnete mehr preis als in ihren glattgeschliffenen Pressemeldungen. Doch die brisanten Informationen sollen nur Interpretationshilfe sein und nicht veröffentlicht werden.
"Wer schwätzt, fliegt", so die Spielregel. Ein solcher Hintergrundkreis ist die "Gelbe Karte", dem SPD-nahe Journalisten angehören. "Die duzen ihre Gesprächspartner aus der Partei auch zum großen Teil", kritisiert "Stern"-Chefredaktionsmitglied Hans-Ulrich Jörges den "ganz engen Umgang" auf der Hinterbühne.
So verwundert nicht, daß mancher Journalist seinen Duz-Freund auch in politischen Fragen berät - und damit eine berufsethische Grenze überschreitet. Als Gegenleistung wird ihm zum Beispiel ein internes Positionspapier exklusiv zugespielt. Den Bürgern bleiben solche Tauschgeschäfte verborgen, obwohl sie die Berichterstattung beeinflussen. Daher sollte die Öffentlichkeit um die Mechanismen des politisch-medialen Zusammenspiels wissen.
Die Hintergrundkreise haben inzwischen an Bedeutung verloren, weil regelmäßig gegen die Spielregeln verstoßen wird. Vertrauliche Hintergrundinformationen, unbedachte Halbsätze, aus denen sich große Schlagzeilen basteln lassen, stehen oft schon am nächsten Tag in der Zeitung. Die Folge: Politiker informieren zurückhaltender oder verkaufen Dinge als vertraulich, die sie insgeheim veröffentlicht sehen wollen. Wer tief ins Innere eines Politikers blicken will, muß ihn zum Vier-Augen-Gespräch treffen. Doch nur wenige Medien wie der "Spiegel" oder die "FAZ" bekommen diesen exklusiven Zugang.
Es ist verständlich, daß Politiker im Umgang mit Journalisten höchst vorsichtig geworden sind. Der Medienwettbewerb um Prestige und Käufer führt zu einer ständigen Jagd nach Sensationen, die den politischen Prozeß belastet. Das haben die Verhandlungen zur letzten Gesundheitsreform gezeigt. Erst nach vielen zähen Runden fanden Union und SPD einen Kompromiß, den allenthalben kritisierten Gesundheitsfonds. Im Ringen um Kopfpauschale und Bürgerversicherung stach ein Verhandlungsteilnehmer medial heraus:
Der SPD-Linke Karl Lauterbach, Professor für Gesundheitsökonomie mit "pathologischem Selbstdarstellungsdrang", wie ein Journalist meint. Weil der Mann mit der Fliege nicht einmal bei seinen Parteifreunden Gehör fand, beschränkte er sich darauf, die Verhandlungen zu stören. So plauderte er Zwischenergebnisse aus und wetterte gegen nahezu alles, worauf sich die Koalitionsarbeitsgruppe mühsam geeinigt hatte. Hierfür boten ihm nahezu alle Medien eine Plattform. Obwohl Lauterbachs Einfluß auf die Verhandlungen minimal war, wurde er ausführlich zitiert, weil jede Äußerung das Koalitionstheater noch größer erscheinen ließ. Und die Berliner Journalisten lieben den Streit. "Wir sind Streitverstärker, im schlimmsten Fall sogar Streiterfinder", räumt ein allseits anerkannter Hauptstadtjournalist ein.
Der journalistische Nachrichtenhunger ist so groß, daß ihn die Verhandlungsteilnehmer nie stillen können. Denn politische Prozesse brauchen Zeit, Medien im Online-Zeitalter aber rund

um die Uhr eine Schlagzeile. Das vergiftet das Verhandlungsklima, weil die Konfliktparteien stets versucht sind, Interna auszuplaudern und über die Medien Druck auf die Gegenseite auszuüben.
Natürlich macht der öffentliche Streit eine Demokratie aus. Doch wenn jeder Reformbaustein schon im frühen Verhandlungsstadium medial zertrümmert wird, bleibt der Politik für komplizierte Sachdiskussionen nur die Flucht hinter verschlossene Türen.
Die Medienmeute, die Politiker auf Schritt und Tritt begleitet, stellt sich damit selbst ein Bein: Denn um der medialen Hysterie zu entgehen, werden die wichtigen Entscheidungen in kleinste Kreise verlagert und erst dann verkündet, wenn sie in trockenen Tüchern sind. So war es bei der "Rente mit 67": Hätten die Medien von dieser Reform früher Wind bekommen, wäre die SPD-Basis dagegen Sturm gelaufen.
Es ist paradox: Die Total-Öffentlichkeit unserer hektischen Mediendemokratie schafft nicht mehr Transparenz, Kontrolle und Diskurs. Im Gegenteil, sie macht die Hinterbühne zum Ort für das wirklich Wichtige. Mehr Berichterstattung bedeutet auch mehr politisches Theater.
Es hilft nichts, die ohnehin selbstkritischen Hauptstadtjournalisten an den Pranger zu stellen. Manche Politiker klagen heute über mediale Erregungswellen, um morgen auf ihnen zu reiten. Sie sollten sich mit Medienschelte zurückhalten.
Vor allem Gerhard Schröder, der zu vielen Journalisten engste Beziehungen pflegte. Einer seiner Freunde, Ex-RTL-Chefkorrespondent Gerhard Hofmann, präsentierte sich vor Journalistenkollegen genüßlich als Schröder-Intimus. Ausgerechnet dieser schrieb über das Wahlkampfjahr 2005 ein Buch mit dem Titel: "Die Verschwörung der Journaille zu Berlin".
Der Autor ist Kommunikationswissenschaftler und Politologe und promoviert über das Spannungsverhältnis von Journalismus und Politik.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Juni 2009 (x887/...):
>>**Für viele Linke ein Staatsphilosoph**
Jürgen Habermas wird 80 Jahre alt - Vordenker der studentischen Protestbewegung
Seit mehr als einem halben Jahrhundert mischt sich Jürgen Habermas in die Tagespolitik ein und gilt als Stichwortgeber der Republik. In dieser Rolle arbeitete er beständig und erfolgreich an der fast totalen Dominanz linken Denkens in Deutschland. Nicht ganz zu Unrecht titulierte ihn der ehemalige Außenminister Joschka Fischer als "fast einen Staatsphilosophen".
Habermas, der dieser Tage 80 wurde, kann also zufrieden sein mit seinem Lebensweg. Er bezieht indes nach wie vor öffentlich Stellung zu einer Vielzahl aktueller Fragen, von der Geißelung der Irak-Politik des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush über den Disput mit dem damaligen Kardinal Ratzinger über Glaube und Vernunft oder das beherzte Plädoyer für ein Referendum über die Zukunft der Europäischen Union bis hin zur Kritik an der politischen Handlungsunfähigkeit als Ursache der Finanzkrise.
Schon zu Beginn seiner akademischen Karriere, insbesondere durch sein offensives Eintreten für eine Bildungsreform, wurde Habermas zu einem Vordenker der studentischen Protestbewegung der 1960er Jahre. Neben Vorbildern wie Mao Zedong oder Che Guevara bezog sich die Bewegung auch auf die soziologischen Theorien der sogenannten "Frankfurter Schule", die Kritik an der "kapitalistischen Überflußgesellschaft" übten.
Habermas versuchte, die kritische Theorie seiner Frankfurter Lehrer Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, an deren Institut für Sozialforschung er Mitte der 1950er Jahre als Assistent arbeitete, aus dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm herauszuholen und sie in die Gesellschaft zu tragen. Habermas' Bruder im Geiste Herbert Mentor Marcuse hatte in einem wegweisenden Traktat über "repressive Toleranz" 1965 gefordert, daß Toleranz nur noch linken, "emanzipatorischen" Kräften gegenüber geübt werden dürfe, während allen konservativen, nicht-linken Kreisen die Teilnahme an der öffentlichen Debatte verwehrt bleiben müsse. Habermas popularisierte letztlich auch diese Idee, der linke Begriff von "Toleranz", der heute

die Debattenkultur zerrüttet, wurde nachhaltig von diesem Ansatz geprägt.
Habermas' politisches Engagement, etwa im "Kampf dem Atomtod", also gegen die Stationierung von Atomraketen auf westdeutschem Boden, oder seine vom "demokratischen Sozialismus" übernommenen Ideen übten großen Einfluß aus.
Es kam zum Bruch mit Horkheimer, Adorno & Co., denn Habermas konnte und wollte nicht länger akzeptieren, daß diese den Geist einer "totalen Gesellschaftskritik" aus der Flasche gelassen hatten, ohne reale politische Forderungen anzubieten. Kritiker meinen indes, Habermas "mußte" die alten Vordenker auch deshalb aus dem Weg räumen, um selbst an die Spitze der philosophischen Debatte zu gelangen. Stets verband der Philosoph inhaltliche Diskussionen derart mit persönlichem Machtkalkül, dem Ringen um Deutungsmacht, daß kaum zu erkennen war, was den Vorrang genoß.
Seine Habilitationsschrift "Strukturwandel der Öffentlichkeit" wurde zur Fibel der Anti-Springer-Aktivisten 1967/68, die sich übrigens auch an Argumentationsmustern der SED inspirierten. Den Aktionismus gegen die "herrschenden Verhältnisse" in der Bundesrepublik, den die linken Studenten aus seiner Philosophie herleiteten, befand wiederum Habermas als zu radikal. Er überwarf sich mit den Anführern der Protestbewegung und nannte Rudi Dutschke einen "linken Faschisten". Später bereute er diese Attacke jedoch.
Während der Zeit als Professor für Philosophie und Soziologie in Frankfurt entwickelte Habermas seine Ideen weiter. Seine Diagnose eines krisenanfälligen Konkurrenzkapitalismus und der Glaubwürdigkeitsprobleme der Politik aus dem Jahr 1973 greifen linke Theoretiker angesichts der aktuellen Finanzkrise gern wieder auf.
In den 1980er Jahren mischte er sich vehement in den sogenannten Historikerstreit ein. Der Historiker Ernst Nolte hatte die Parallelen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, ja die Vorbildfunktion des Stalinschen Vernichtungsapparats für die NS-Lager herausgearbeitet. Aus Furcht, unangenehme Wahrheiten über die Geschichte der radikalen Linken könnten dadurch ins Bewußtsein zurückkehren, schoß Habermas aus allen Rohren auf Nolte. Seit seiner Emeritierung 1994 lebt Habermas im bayerischen Starnberg.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Dezember 2009 (x887/...): >>**GEZ greift nach Handy und PC**
Radio und Fernsehen wollen mehr Geld - aber wozu eigentlich? - Die Rundfunkgebühr als Ersatzsteuer
Während die Bundespolitiker noch über Steuersenkungen streiten, wollen die Länderchefs den Bürgern tiefer in die Tasche greifen - mit Hilfe der Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ), die künftig auch für Mobiltelefone und Computer Fernseh-Gebühren kassieren soll.
"20 Prozent auf alles außer Tiernahrung", "25 Prozent auf alles, was einen Stecker hat" - die flotten Werbesprüche einer bundesweiten Baumarktkette scheinen bei den Ministerpräsidenten offene Ohren gefunden zu haben: Da kann man was draus machen, zum Beispiel GEZ-Gebühren auf alles, was einen Bildschirm hat, und sei er noch so klein.
Die 16 Länderchefs, nach dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag (RGebStV) zuständig für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, sind in Krisenzeiten besonders intensiv darauf aus, neue Geldquellen zu erschließen. Eine solche glauben sie nun entdeckt zu haben - in Form internettauglicher Mobiltelefone und Computer, mit denen auch Radio- und Fernsehprogramme empfangen werden können, letztere allerdings technisch und inhaltlich eingeschränkt.
Nach heutiger Rechtslage kann die GEZ für solche "neuartigen Rundfunkgeräte" eine monatliche Grundgebühr von 5,76 Euro kassieren, in Privathaushalten allerdings nur dann, wenn nicht bereits ein anderes Gerät angemeldet ist. Die volle Gebühr für Radio und Fernsehen hingegen liegt bei derzeit 17,98 Euro. Die Differenz von 12,22 Euro war es, die die Ministerpräsidenten hellhörig machte.

Ihre Kalkulation: Von den derzeit 32,2 Millionen privaten GEZ-"Kunden" zahlen 2,4 Millionen nur die Radiogebühr. Offenbar gelten sie als potentielle Schwarzseher, solange sie nicht gerichtsfest beweisen können, daß sie sich nicht mit Hilfe irgendwelchen neuzeitlichen Geräts klammheimlich Zugang zu ARD oder ZDF verschaffen. Nach den einschlägigen Erfahrungen, die zum Beispiel der Erlanger Verein "Bürger fragen Journalisten" in den letzten Jahren machen mußte, ist ein solcher Beweis vor deutschen Gerichten kaum zu erbringen.
Wenn man, so eine der Ideen der jüngsten Ministerpräsidentenrunde, die Rundfunkgebühr einheitlich auf 17,98 Euro festsetzte, würde das allein 30 Millionen Euro pro Monat zusätzlich in die öffentlich-rechtlichen Kassen spülen. Dabei wird in Unionskreisen das Modell einer Haushaltsabgabe bevorzugt:
Jeder der 40 Millionen Haushalte zahlt, sofern er nicht aus sozialen Gründen befreit ist oder beweisen kann, daß er über kein empfangsfähiges elektronisches Gerät verfügt. Optimisten errechnen Mehreinnahmen von über einer Milliarde Euro im Jahr.
In der SPD-dominierten rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, die als Koordinierungsstelle für die Medienpolitik der Länder fungiert, will man jedoch nicht ausschließen, daß eine solch eklatante Umkehr der rechtsstaatlich üblichen Beweispflicht dereinst doch noch vom Bundesverfassungsgericht gekippt werden könnte. So setzt man in Mainz eher auf eine gerätebezogene Einheitsgebühr von 17,98 Euro:
Wer einen internettauglichen Computer, Laptop oder Mobiltelefon besitzt, wird automatisch zum GEZ-Gebührenzahler, falls er das nicht ohnehin schon ist. Da nach diesem Modell die erwarteten Mehreinnahmen geringer ausfallen würden, denkt man in diesem Zusammenhang gleich auch an eine generelle Anhebung über die 18-Euro-Marke hinaus.
Die FDP, die aufgrund ihrer jüngsten Wahlerfolge auch zunehmend Einfluß auf die Medienpolitik der Länder nehmen kann, wartet mit einem deutlich weitergehenden Vorschlag auf. Sie will die GEZ-Gebühr durch eine einheitliche Medienabgabe ersetzen, die - so der medienpolitische Sprecher ihrer Bundestagsfraktion, Müller-Sönksen - "niedriger ist als die jetzige Gebühr und von jedem erwachsenen Bürger mit eigenem Einkommen gezahlt wird". Bei diesem Modell wären in der Tat rechtsstaatliche Bedenken bezüglich der Beweislast ausgeräumt.
Bei den geräte- oder haushaltsbezogenen Modellen stellt sich vor allem das Problem einer ebenso wirkungsvollen wie rechtsstaatlich sauberen Kontrolle. Wer erfüllt die vielfältigen Kriterien einer Gebührenbefreiung aus sozialen Gründen? Wer bildet mit wem einen "Haushalt im Sinne des RFinStV" (Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag)? Wer hat welches Handy in der Tasche, welches Laptop im Kinderzimmer, welches Radio im auf die Schwiegermutter zugelassenen Zweitauto, welchen auch privat nutzbaren Computer im Büro?
Die Liste solcher Fragen ließe sich schier endlos fortsetzen - bis hin zu der bitteren Erkenntnis, daß man, um Gebührengerechtigkeit zu erreichen, ein Ausmaß an staatlich sanktionierter Schnüffelei installieren müßte, das die heutigen Praktiken des GEZ-Außendienstes deutlich in den Schatten stellen und den Aktivitäten der Stasi nahe kommen würde.
Ein weiteres Problem blieb in der aktuellen Debatte um die Gebührenpläne der Ministerpräsidenten völlig ausgeblendet: Sind die Programmangebote von ARD, ZDF und Deutschlandradio wirklich jene 7,26 Milliarden Euro Zwangsgebühren wert, die die GEZ im Jahr 2008 einkassierte? Braucht man wirklich so viel Geld, um das Volk zur besten Sonnabend-Sendezeit mit Gottschalk und Silbereisen zu beglücken, sich von haßerfüllten Pseudokabarettisten belehren zu lassen, wie dumm es sich mehrheitlich bei den letzten Wahlen verhalten hat, oder in seichten Vorabendserien bestaunen zu dürfen, welche Abartigkeiten zeitgemäßes Liebesleben zu bieten hat?
Erinnern wir uns der 80er Jahre, als um die Zulassung privater TV-Sender gestritten wurde: Waren wir da nicht alle (der Autor dieser Zeilen eingeschlossen) der Meinung, daß Konkurrenz das Geschäft belebt und die Qualität hebt? Ein schrecklicher Irrtum, wie wir heute sehen.

ARD und ZDF passen sich immer weiter dem Niveau - will sagen: der Niveaulosigkeit - der Privaten an - und dafür sollen wir immer mehr zahlen?<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 9. April 2010 über Bundeskanzlerin Angela Merkel: >>**Zehn Merkel-Opfer: Kohl, Merz und die SPD**

Wer sich bis zur Spitze der Macht hoch kämpft, muß sich durchgeboxt und Feinde besiegt haben. Merkel hat in zehn Jahren vor allem Männer aus dem Weg geräumt, die ihren Aufstieg verhindern wollten.

Helmut Kohl

Den Bruch mit dem Altkanzler vollzog Merkel 1999 öffentlich in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung". Während der Rest der Partei sich trotz der Spendenaffäre noch nicht vom Übervater der CDU abnabeln konnte, fand die damalige Generalsekretärin deutliche Worte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß, wie Helmut Kohl sich oft selbst gerne genannt hat, den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Anfang 2000 wurde Kohl von der CDU offiziell aufgefordert, seinen Ehrenvorsitz ruhen zu lassen - der Altkanzler trat gekränkt zurück. "Sie konnte das machen, weil sie eben nicht total abhängig von ihm war - sie hatte ein Leben vor Kohl, das hatten die anderen in dieser Form nicht. Deshalb war sie bereit, ihn zu stürzen", beschrieb der Journalist Dirk Kurbjuweit Merkels Handeln.

Wolfgang Schäuble

Er war Parteichef, sie seine Generalsekretärin: Schon zu Beginn von Merkels Karriere in der CDU war das Verhältnis klar. Schäuble stand als langjähriger Minister in der Hierarchie über ihr. Der Partei- und Fraktionschef geriet allerdings in die Untiefen der CDU-Spendenaffäre und mußte schließlich 2000 zurücktreten. Merkel sägte ihren Chef also nicht ab, doch profitierte sie von seiner Krise:

Die Generalsekretärin ergriff die Chance und rückte mit Rückendeckung der Basis am 10. April 2000 auf den Chefposten der CDU. Daß Merkel 2004 Schäubles Kandidatur zum Bundespräsidenten verhinderte, belastete ihr Verhältnis weiter. Doch Schäuble ist zu loyal und zu pflichtbewußt, um allzu nachtragend zu sein. Seit 2005 ist er eine Stütze der Merkel-Kabinette.

Laurenz Meyer

Laurenz wer? Meyer war vier Jahre lang Generalsekretär der CDU, von 2000 bis 2004. Er begann seine Amtszeit unter Merkel schon am ersten Tag mit einem mißlungenen Scherz: "Ich habe eine viel stärkere Position als Polenz. Einen zweiten Mißgriff können Sie (Merkel) sich nicht leisten." Meyer spielte damit auf die nur siebenmonatige Amtszeit seines Vorgängers Ruprecht Polenz an. Doch Merkel leistete sich den Mißgriff und ersetzte den glücklosen Meyer 2004 durch Ronald Pofalla.

Friedrich Merz

Er wollte eine Steuerreform auf einem Bierdeckel entwerfen, galt als Wirtschaftsexperte und rhetorisches Goldstück der Union: Friedrich Merz hatte Wolfgang Schäuble als Fraktionschef beerbt und schickte sich an, den Machtkampf mit seiner Parteichefin zu suchen. Zum Verhängnis wurde ihm, daß CSU-Chef Edmund Stoiber nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 Angela Merkel unterstützte und ihr zur Mehrheit für den Fraktionsvorsitz von CDU und CSU verhalf.

Merz mußte in die zweite Reihe zurück und durfte als Wirtschaftsexperte und Fraktionsvize noch ein dreistufiges Steuermodell für einen Bierdeckel entwerfen. 2004 hatte er genug und trat als Fraktionsvize zurück. Dann nahm er schließlich ganz Abschied von der Politik: Seit 2009 sitzt er nicht mehr im Bundestag.

Edmund Stoiber

Das schon legendäre "Wolfratshausener Frühstück" im Jahr 2002 galt zunächst als Triumph des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten über die zaudernde CDU-Chefin. Stoiber wurde Kanzlerkandidat, forderte Gerhard Schröder heraus, feierte sich am Wahlabend für einige Minuten bereits als Sieger und verlor dann doch noch. Im Rückblick erwies sich Merkels Rückzieher als strategischer Gewinn, Stoiber Siegerimage war beschädigt - der größte Konkurrent besiegt.

Als Merkel ihn 2005 als Super-Wirtschaftsminister in ihr Kabinett holen wollte, zog Stoiber im letzten Moment zurück und warf sich damit endgültig in die politische Bedeutungslosigkeit. Merkel schickte ihn nach seinem Rücktritt als bayerischer Ministerpräsident zum Bürokratie-Abbau nach Brüssel. Dort ist Stoiber zwischen den Aktenbergen verschwunden.

Volkspartei SPD

Es war einmal eine sozialdemokratische Volkspartei, die sich nach dem Verlust ihrer Kanzlerschaft 2005 in eine Große Koalition retten wollte. Die SPD-Politiker dachten, sie könnten der Regierung ihren Stempel aufdrücken und die neoliberale Kanzlerin vor sich hertreiben. Doch Merkel zog sozialdemokratische Seiten auf und grub dem Koalitionspartner das Wasser ab. Die SPD-Vorsitzenden wechselten, Merkel blieb. Bei den Wahlen 2009 zeigte sich dann, daß nur noch wenige Wähler für die SPD übrig waren: Etwas mehr als 20 Prozent. Seitdem sucht die SPD ihre alten Wähler. Und wenn sie nicht gestorben ist, dann sucht sie sie noch heute.

Der Andenpakt

Die Mitglieder des sogenannten Andenpakts verfolgten Merkel über Jahre. Es war ein Männerbündnis aus Zeiten der Jungen Union. In diesem Pakt hatten sich Jungpolitiker die Treue geschworen, die allesamt noch etwas werden wollten: Unter anderem Roland Koch, Christian Wulff, Friedbert Pflüger, Friedrich Merz, Franz Josef Jung und Matthias Wissmann. 2003 flog das Bündnis auf. Merkel wußte nun, warum CSU-Chef Stoiber 2002 Kanzlerkandidat geworden war und nicht sie selbst: Der Pakt hatte ihre Kandidatur verhindert.

Inzwischen gilt das Bündnis aber als aufgelöst, Merkel hat die wichtigsten Mitglieder domestiziert oder erledigt. Von der einstigen Loyalität scheint nicht mehr viel übrig, wie ein Blick auf die Ministerpräsidenten in Hessen und Niedersachsen zeigt. Koch wurde zuletzt von Wulff im Landtagswahlkampf mit seiner Hetze gegen kriminelle Ausländerkinder im Regen stehen gelassen.

Günther Oettinger

Ein Mitglied des Andenpakts war bis zum Ende seiner Amtszeit als baden-württembergischer Ministerpräsident einer der verläßlichsten Kritiker Merkels. Günther Oettinger forderte wiederholt, das konservative Profil der CDU zu schärfen oder auch "Union pur" in der Regierung durchzusetzen. Als Oettinger bei einer Trauerrede für den früheren CDU-Politiker und NS-Marinerichter Hans Filbinger zu viel Unschärfe am rechten Rand erkennen ließ, bekam er von Merkel einen ordentlichen Rüffel. 2009 schlug die CDU-Chefin Oettinger als EU-Kommissar vor und schaffte sich den Kritiker damit vom Hals.

Roland Koch

Der konservative Hardliner aus Hessen galt lange Zeit als großer Konkurrent Merkels, auch das Kanzleramt schien vor ihm nicht sicher. Daß er den SPD-Politiker Hans Eichel 1999 mit Hilfe einer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als hessischen Ministerpräsidenten abgelöst hatte, begründete seinen Erfolg und sein Image. Doch Koch bekam keine Chance auf einen höheren Posten und machte auch nicht den Fehler anderer Ministerpräsidenten, sich in Merkels Kabinett locken zu lassen.

Die Zeit spielte gegen Koch, Merkel wußte das. Längst kann er ihr nicht mehr gefährlich werden. Und so betont er stets seine Loyalität. "Angela Merkel macht ihren Job sehr gut!", sagte er bereits 2006 der "Bild"-Zeitung. Und 2010 dem "Hamburger Abendblatt": "In einer großen

Volkspartei ist der Führungsstil, den Angela Merkel pflegt, alternativlos."
Christian Wulff
Man kann es sich heute kaum noch vorstellen, aber auch der niedersächsische Ministerpräsident galt einmal als Merkel-Konkurrent. Im dritten Anlauf eroberte er überraschenderweise doch noch die Staatskanzlei in Hannover. Seine Beliebtheit als Landesvater ließen Spekulationen über weitergehende Ambitionen sprießen. Doch Wulff blieb bescheiden und sprach sich schließlich sogar die Fähigkeit zum Bundeskanzler ab. Dem "Stern" sagte er: "Mir fehlt der unbedingte Wille zur Macht und die Bereitschaft, dem alles unterzuordnen." Er wolle weder Bundeskanzler noch Minister in Berlin werden. "Ein guter Landespolitiker ist noch lange kein guter Kanzler."<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Juli 2010 (x892/…): >>**Feiern fördert Volkserziehung**
Da wird eine der meistbefahrenen Autobahnen Deutschlands gesperrt, damit die Anwohner und viel Volk von überallher feiern können. Eine enorme Logistik ermöglicht, daß das Volk essen, Musik hören, trinken und tanzen - kurz: feiern kann. Das ganze Spektakel findet im Rahmen der Kulturveranstaltung "Ruhr 2010" statt, und da es sich um Kultur und Feiern handelt, vermuten wir instinktiv, daß es nicht ohne volkserzieherischen Hintergrund abgeht. Wie recht wir doch haben!
Mit dem türkischen Nachbarn solle man seine Pizza teilen, einen "Crashkurs" Griechisch könne man doch mitnehmen, heißt es von seiten eines der Verantwortlichen in einem WDR-Interview von heute morgen. Das erst sei die wirkliche Kultur: alle Kulturen kommen zusammen, feiern zusammen.
Na gut. Wenn man das unter "Kultur" versteht ... Uns erinnert es an zweierlei: zunächst an die Umdeutung von Begriffen. Wer nämlich die Deutungshoheit über Begriffe hat, der bestimmt den Inhalt und die moralische Bewertung des Inhaltes. Das wußte bereits Konfuzius. Noch das 19. Jahrhundert empfand den Begriff der politischen "Mitte" als anstößig. In der "Mitte" stehe doch nur der, welcher sich nicht richtig entscheiden könne. Sei dem, wie es sei: wer sich noch an den Bundeskanzler Schröder, Gerhard, erinnert, der erinnert sich auch daran, daß dieser Bundeskanzler für sich in Anspruch nahm, die "neue Mitte" zu repräsentieren.
Und wer sich heute noch traut, öffentlich zu erklären, er stehe "rechts", der kann sich danach bei uns melden, falls er das noch schafft. Er bekommt dann eine Belobigung für Zivilcourage.
Noch ein Beispiel: die Begriffe Nation, Vaterland, Patriot und Patriotismus wurden in der Zeit der unseligen, weil für Hunderttausende tödlichen französischen Revolution so uminterpretiert, daß jeder, der gegen diese Schlächterei war, ein Feind der Nation, des Vaterlandes und eben kein Patriot war. Solche Leute erfuhren dann recht schnell das Schicksal, das die Revolution den "Verrätern" und "Vaterlandsfeinden" zugedacht hatte. Spätestens dann nämlich, wenn das Fallbeil sauste (was es heute und hier nicht mehr tut, Gott sei Dank).
Die französische Revolution bringt uns auf den zweiten Gedanken. Sehr schnell entwickelte sie nämlich so etwas wie eine Feierkultur, mit der das Volk belehrt, also umerzogen werden sollte. Mit kaum zu übertreffender Banalität inszenierte man Feiern für Zehntausende, in welchen über Jugend, Alter, Freiheit, Vernunft (in Notre Dame de Paris sinnvollerweise durch eine käufliche "Dame" dargestellt), das Menschengeschlecht, das Volk, die Republik und so weiter in ebenso leicht faßlichen wie unerträglich plattflachen Bildern belehrt wurde.
In Paris wurde anläßlich einer solchen Feier (wie immer wieder gern) auf dem Marsfeld ein Erdhügel errichtet, oben saßen "Greise" (das waren Männer über 40. Nun ja.), von unten erklommen junge Frauen mit ihren Babys den Hügel auf einem ihn umrundenden Weg, um dann den zu Tränen gerührten Greisen die Babys zu reichen. Die Greise legten dann die Babys dem Vaterland symbolisch zu Füßen. Solche Bilder erschließen sich nun wirklich jedem. Jedem. Und das war auch der Sinn.

So feierte das Volk gerne, es gab während der Revolution wenig Brot, dafür um so mehr Spiele dieser Art. Die größte Feierdichte erreichte die Revolution in der Terrorphase (von der Ermordung des Königs im Januar 1793 bis Mitte 1794) unter dem Massenmörder Robespierre - während Zehntausende ihr Leben verloren.
Selbstverständlich verliert man sein Leben heute nicht so leicht. Schließlich leben wir in einem demokratischen Rechtsstaat. Und doch könnte man fast meinen, daß von der französischen Revolution lernen heißt, Siegen zu lernen: man ernennt zu "Kunstwerken", was unsere Vorfahren bedenkenlos entsorgt hätten, und wenn Nachbarschaftsfeste mit mitbürgerlichen kulinarischen Spezialitäten nicht mehr so der Renner sind und eher einseitig genossen werden, dann muß eben etwas größeres her.
Zum Beispiel eine gesperrte Autobahn mitten in einem der mitbürgerlichsten Gebiete unserer Republik. Wäre doch gelacht, wenn das nicht irgendwann einmal klappt! Sperrt viele, viele Autobahnen! In der Revolution, damals, da haben die Leute doch auch gerne gefeiert.
Na dann: viel Vergnügen! Hoffentlich regnet's nicht.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Oktober 2010: >>**Die erste deutsche Revolution**
Von *Michael Stürmer*
Zwei Umbrüche, die Europa veränderten: Läßt sich die Vereinigung von 1871 mit der Wiedervereinigung von 1989 vergleichen?
9. November 1989: Die Ostdeutschen konnten ihr Glück kaum fassen; die Westdeutschen trauten ihren Augen nicht. Wo gestern noch die Mauer stand für alle Ewigkeit, war heute eine Bresche. Jubel herrschte, Tränen der Freude flossen und ein Gefühl der Befreiung breitete sich aus, begleitet von der Angst, es könne alles wie im Traum am nächsten Tag vorüber sein.
In den Staatskanzleien hielt die Politik den Atem an. Von London bis Paris, von Rom bis Warschau und Jerusalem herrschten gemischte Gefühle. Dies war vielleicht die finale, jedenfalls eine gefährliche Krise des Kalten Krieges.
Und ihre Ergebnisse waren gänzlich offen. Die Sowjetunion wankte und schwankte und hatte längst Rückzüge aus vorgeschobenen Positionen in Afrika und Lateinamerika angetreten. Rund um den Kaukasus wurde gekämpft; auf dem Balkan begann das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens; die baltischen Republiken wollten nicht länger Teil des Sowjetimperiums sein.
Die DDR war immer Schlußstein im Bogen des äußeren Imperiums der Russen gewesen, gesichert durch mehr als 20 Elitedivisionen, Hunderte taktischer Nuklearwaffen und das Kontrollnetz des sowjetischen KGB. Wenn das äußere Imperium auseinanderbrach, dann mußte das innere Imperium folgen. Würden die Machthaber des Kreml, würde der Geheimdienst in der Lubjanka, würde die Generalität das hinnehmen? Wenn Imperien fallen, so die Lehre des 20. Jahrhunderts, dann tun sie es nicht mit einem Seufzer, sondern mit einem Knall.
Was den alten Griechen das Orakel von Delphi war, Ratgeber und Wahrheitskünder, war den Deutschen und ihren Nachbarn die schwere und vieldeutige Geschichte des 20. Jahrhunderts, in ihrer Mitte die Erinnerung an das Reich Bismarcks, an die wilhelminische Großmacht, das europäische Desaster von 1914 und den, wie General de Gaulle es nannte, "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". Deutschland hatte in alldem eine Hauptrolle gespielt und war im Kalten Krieg Schauplatz der "Central Front" zwischen amerikanischen und sowjetischen Atomwaffen.
Am Checkpoint Charlie in Berlins Friedrichstraße hatten einander 1961 nach dem Mauerbau die Panzer der USA und der UdSSR gegenübergestanden, Rohr gegen Rohr, um die Rechtslage zu klären.
Nichts davon war an jenem 9. November vergessen. Geschichtskundige zitierten Benjamin Disraeli, den britischen Staatsmann, der 1871 im House of Commons im Blick auf den

deutsch-französischen Krieg ahnungsvoll gesagt hatte: "Dieser Krieg ist eine deutsche Revolution, ein größerer politischer Umbruch als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts. Ich sage nicht ein Umbruch von gleicher gesellschaftlicher Bedeutung, oder größer. Was die sozialen Konsequenzen angeht, die liegen in der Zukunft ... Jede diplomatische Tradition ist weggefegt. Das Gleichgewicht der Macht ist vollständig zerstört."
Disraeli, später Lord Beaconsfield, war 1871 Führer der Opposition, und zur Stellenbeschreibung von Oppositionsführern gehört beides: zu vereinfachen und zu übertreiben. Zwischen 1871 und 1989 ist noch viel geschehen, und vieles hätte auch anders kommen können. Aber niemand in den Korridoren der Macht konnte und wollte 1989 die Lehren der Geschichte - oder was jeder und jede dafür hielt - in den Wind schlagen.
Was, wenn die Geschichte sich wiederholen würde? Mitterrand drohte mit Rückkehr zur französisch-britisch-russischen Entente von 1913; die Iron Lady stellte einem Historiker-Colloquium in Chequers die Frage: "Haben die Deutschen sich gewandelt?" Beide vergaßen vorübergehend, daß dieses Mal das große Spiel zwischen Washington und Moskau gespielt wurde, die Deutschen in Ost und West Objekt und Subjekt zugleich waren.
Alles, was folgte, war zugleich Einhegung der Geschichte und vorwärts weisende Staatskunst. Das gilt für "Zwei plus Vier", die abschließende Regelung der Deutschen Frage, wie für die Maastricht-Verträge und die gemeinsame Währung. Integration statt deutscher Dominanz sollte alles richten, und niemals wieder, wie Kanzler Kohl am 3. Oktober 1990 in der Berliner Philharmonie feierlich sagte, dabei ein Buch über das Kaiserreich zitierend, "ein ruheloses Reich".
Daß Rußland bei alldem in die Rolle des Verlierers gedrängt wurde, gehört zu den langfristigen Hypotheken der 1990er-Jahre - vermeidbar, wenn man auch im Bezug auf Rußland geschichtliche Lehren und Regeln des Mächtesystems ernst genommen hätte. Bismarck hätte Washington und Bonn/Berlin geraten, es sich diesmal, anders als er selbst 1871 und danach, nicht mit Rußland zu verderben.
1871 veränderte sich in dem Europa der souveränen Großmächte die Führungsposition in der Mitte. Preußen als deutsche Vormacht und harter Kern der deutschen Politik löste Österreich endgültig ab als Machtzentrum in der Mitte Europas: So wie der deutsche Krieg gegen Dänemark 1864 halb Freiheitskrieg, halb Mächtekrieg gewesen war, war der preußisch-deutsche gegen Österreich ein Scheidungskrieg.
Dahinter stand die Einsicht, seit dem nationalen Scheitern der Paulskirche 1848/49 überdeutlich, daß Großdeutschland unmöglich war: Nicht nur wegen der österreichischen Reichskonstruktion und der Unvereinbarkeit des industriell-administrativen Entwicklungsstands, sondern auch wegen des Vetos der Großmächte.
Trotzdem aber hatte Bismarck, seit 1862 als Ministerpräsident die Schlüsselfigur der preußischen Politik, mit einer Reputation für, wie er selbst schrieb, leichtfertige Gewalt - gemeint war Staatsstreich - die deutsche Einheitsfrage wieder aufgegriffen. Noch 1849 hatte er über den "Nationalschwindel" gespottet und das Königtum von Gottes Gnaden kompromißlos verteidigt.
Seitdem aber hatte er als Diplomat am deutschen Bundestag in Frankfurt gelernt, daß Preußen nur als Industriestaat ein Machtstaat bleiben konnte, daß der Monarchie zu ihrem Überleben ein Tropfen demokratischen Öls beizumischen war und daß er das Parlament als Motor der Modernisierung brauchte. Er wollte die Liberalen zähmen, die aber wollten mit ihm das Gleiche tun. Am Ende war er der Sieger.
Die Zielstrebigkeit dieser Strategie und zugleich die Kaltblütigkeit bei der Ausführung haben ihm Bewunderung eingetragen, von den Zeitgenossen bis hin zum früheren US-Außenminister Henry Kissinger, aber auch Kritik ohne Ende - und meist unter Hinweis auf architektonische Mängel und Schwächen der Verfassungs- und Machtkonstruktion, die in der Tat auf

niemanden so stark zurückgeht wie auf Bismarck. Doch wäre es verfehlt, die Rede vom "Bismarckreich" wörtlich zu nehmen. Nicht nur, weil Bismarck selbst immer wieder gewarnt hat, so zum Beispiel im Reichstag: "Die Geschichte, meine Herren, können wir nicht machen. Wir können nur warten, daß sie sich vollzieht." Der große Macher war auch großer Aussitzer. Und er war ein unübertrefflicher Taktiker.
Immer wieder wird das Wort zitiert, zumeist im Ton von Abscheu und Empörung, das er am 30. September 1862, frisch im Amt, den ihm feindlich gesinnten Abgeordneten entgegenschmetterte: "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848/49 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Wer genau hinhört, erkennt darin die Taktik, die Liberalen für die Strategie der deutschen Einheit zu engagieren und sie zugleich zur Kapitulation über Budget und Verfassung zu verführen. So ist es dann auch gekommen.
In Wirklichkeit aber war die Lage viel komplizierter als das Duell "Regierung – Bismarck - Monarchie" auf der einen Seite, "Liberalismus – Verfassung - Modernisierung" auf der anderen. Was die Gegner verband, war das Ziel des nationalen Großwirtschaftsraums, Freihandel nach außen und Verfassung nach innen. Was sie trennte, war die Frage der Macht.
Gäbe es in der Geschichte ein letztes Wort, so steht es dem Großmeister der modernen Wirtschaftslehre zu: Lord Keynes. Er sprach davon, daß "Kohle und Stahl" die deutsche Einheit geschmiedet hätten, nicht "Eisen und Blut".
Die Geschichte der deutschen Einheit jedenfalls reicht so weit, wie sie umstritten bleibt.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. Februar 2011 (x892/…): >>**Islamkritik: Staatliches und göttliches Recht**
Bei der säkularen Kritik des Islam in Deutschland und Europa wird häufig gefordert, daß sich alle Anhänger einer Religion den staatlichen Gesetzen beugen müssen, auch wenn diese Gesetze gegen die Gebote dieser Religion verstoßen. Mit diesem Grundsatz werden indirekt auch Katholiken angesprochen. Und vermutlich liegt es in der Absicht der säkularen Islamkritiker, zu denen auch Thilo Sarrazin oder der niederländische Politiker Geert Wilders gehören, göttliche Gebote und damit auch das Naturrecht, den staatlichen Gesetzen unterzuordnen.
Nach Auffassung der überlieferten katholischen Soziallehre kann es im Prinzip keinen Konflikt zwischen dem Naturrecht und dem göttlichen Recht auf der einen Seite und einem gerechten staatlichen Gesetz geben. Viele europäische Verfassungen, so auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und zahlreiche Länderverfassungen nehmen direkt oder indirekt Bezug zum Naturrecht, oder, was dasselbe ist, dem natürlichen Sittengesetz.
Der Islam nun erkennt eine ganze Reihe von Gesetzen des natürlichen Sittengesetzes bzw. des Naturrechts nicht an. Dazu gehört zum Beispiel die rechtliche Gleichheit von Mann und Frau. Insbesondere die Scharia verstößt in mehreren Gesetzen gegen das Naturrecht. Sie kennt zum Beispiel keine echte Toleranz, wie sie das Naturrecht kennt. Auch die Gewaltanwendung gegen Menschen oder das, was der Islam als "heiliger Krieg" bezeichnet, steht im Gegensatz zum Naturrecht. Die darüber hinaus für den Katholiken wesentliche Feindesliebe ist dem Islam völlig fremd.
Auf dieser Grundlage gibt es eine berechtigte Kritik am Islam auch von seiten der Christen. Die Kritik der Säkularisten hingegen fordert vom Islam wie vom Christentum und jeder anderen Religion die Unterordnung unter das staatliche Gesetz und zwar unabhängig davon, ob dieses staatliche Gesetz mit dem Naturrecht im Einklang stehen, d.h. gerecht sind. Diese Forderung ist praktisch die Forderung, Gott habe sich nach den menschlichen Ordnungen zu richten, wenn es einen Konflikt zwischen göttlichem Gebot und menschlichem Gesetz gibt.
Gerade in der jüngeren Vergangenheit sind solche Konflikte zwischen dem Naturrecht und dem staatlichen Gesetz nicht selten. Wenn man einmal von den Diktaturen des 20. Jahrhun-

derts in Europa absieht, wo der Angriff auf das Sittengesetz zur täglichen Praxis gehörte, so nehmen auch in den vergangenen zwanzig bis dreißig Jahren die Angriffe von seiten des Staates auf das Sittengesetz zu.
Dazu gehören beispielsweise einige Bestimmungen der sogenannten "Antidiskriminierungsgesetze", Verstöße gegen das Erziehungsrecht der Eltern, Angriffe auf Ehe und Familie durch die staatliche Förderung der Homosexualität und durch Gender Mainstreaming und insbesondere die faktische staatliche Legalisierung der Abtreibung. Unsere Website berichtet fast wöchentlich von Beispielen solcher Angriffe auf das Naturrecht.
Die Säkularisten sind bestrebt, diese Kritiker möglichst mundtot zu machen und behaupten auch in diesen Fällen, daß sich das aus dem göttlichen Gesetz folgende natürliche Sittengesetz dem staatlichen Gesetz beugen muß. Trifft dies zu, dann stellt sich die Frage, ob es denn für staatliche, d.h. von Menschen gemachte Gesetze, eine objektive Grundlage gibt oder nicht.
Wenn es keine solche objektive Grundlage für vom Menschen gemachte Gesetze gibt, dann gibt es auch kein Kriterium um Gesetze und Handlungen der nationalen oder internationalen Sozialisten zu verurteilen. Und dies bedeutet zugleich, daß es auch keine Grundlage gibt, um angeblich "göttliche" Gebote des Islam in der Scharia zu verurteilen.
Gibt es aber doch ein objektives Recht, an das sich auch der Staat bei der Gesetzgebung zu halten hat, dann stellt sich die Frage, welches Recht dies sein soll. Die meisten Säkularisten werden hier vermutlich auf die sogenannten Menschenrechte verweisen, doch deren Objektivität ist alles andere sicher. Es gibt zweifellos einige Menschenrechte, die objektiven Charakter haben weil sie zum allgemeinen Sittengesetz gehören, doch in diesem Fall beruht ihre Objektivität gerade darauf, daß es natürliche Rechte sind.
Als Menschenrechte hingegen sind sie von Menschen gemacht und werden auch ständig von Menschen verändert, so zum Beispiel, wenn man heute ein "Menschenrecht auf freie Bestimmung der Reproduktion" fordert, was auf gut deutsch ein "Menschenrecht auf Abtreibung" bedeutet.
Das Naturrecht ist keineswegs eine "katholische Erfindung", wie die Säkularisten und Atheisten nicht müde werden zu behaupten, ohne einen Blick in die Geschichte zu wagen. Wesentliche Grundlagen des Naturrechts finden sich bei den griechischen Sophisten, bei Aristoteles, bei Cicero und ganz besonders im Römischen Recht. Daß die Lehren dieser Philosophen katholisch waren, wird wohl selbst ein halbgebildeter Atheist nicht behaupten wollen.
Die Kritik am Islam muß sich deshalb auf dessen falsche religiösen Lehren und dessen "Recht" konzentrieren, insofern dieses gegen das Naturrecht verstößt. Und es sind insbesondere die Rechtsauffassungen und die Traditionen des Islam, die nicht mit dem Naturrecht vereinbar sind und deshalb auch mit den Verfassungen europäischer Staaten in Konflikt geraten.
Und da zum Naturrecht auch die Pflicht und das Recht zur Verehrung des wahren Gottes gehört, die Religion des Islam aber objektiv falsch ist, da sie nicht den wahren, dreifaltigen Gott der Liebe verehrt, kann der Islam auch kein Recht auf Verbreitung seiner falschen Lehren beanspruchen. Das Gebot der Toleranz gestattet den Mohammedanern nur die Duldung der Ausübung ihrer religiösen Praxis.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Mai 2011: >>**Die schwarze Genossin**
Porträt: Der atemberaubende Aufstieg Angela Merkels von der politischen Quereinsteigerin aus der ehemaligen DDR zur Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland wirft noch immer viele Fragen auf
Die SMS kommt auf der Computermesse Cebit in Hannover. Vor laufenden Kameras. Angela Merkel blickt auf die Anzeige ihres Mobiltelefons. Es ist kurz nach 9 Uhr. Soeben dürfte sie die Nachricht vom Rücktritt ihres Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg erhal-

ten haben. Sie blickt auf. Ein kurzes, schmales Lächeln. Dann stupst sie die neben ihr stehende Annette Schavan an, übergibt ihr das Handy. Die Forschungsministerin blickt auf die Nachricht, dann zur Kanzlerin. Beide sehen sich an. Kurz. Ein Blick der Genugtuung. Dann sehen sie wieder nach vorn, während Schavan zufrieden die Arme verschränkt und versucht, ein Grinsen zu unterdrücken.
Ein Video, auf der Internetplattform Youtube veröffentlicht, dessen Bilder aussagekräftiger sein könnten als jene zahlreichen Persönlichkeitsanalysen, die Journalisten und Biographen als Erklärungsversuche für das Phänomen Merkel von sich gegeben haben. "Den haben wir also auch erledigt", deutet einer der zahlreichen Youtube-Kommentatoren das Gesehene. Merkel hat in der Union viele "erledigt".
Helmut Kohl, den sie im Zuge der CDU-Spendenaffäre stürzte. Friedrich Merz, den sie als Unions-Fraktionsvorsitzenden abservierte. Roland Koch, den sie 2008 auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart bei einem versehentlichen oder vielleicht gar kalkulierten Versprecher als Roland Kotz bezeichnete. Dazu einen konservativen Bundestagsabgeordneten wie Martin Hohmann, den sie aus der Partei warf.
Zugleich ist die Leistung Merkels nicht zu verachten. Als ehemalige DDR-Bürgerin in einer westgeprägten Volkspartei schaffte sie es ohne politische Hausmacht an die Spitze einer Partei, die so gar nicht zu ihr zu passen schien. Ein Umstand, der ihr zuweilen den Vergleich mit Katharina der Großen einbringt, die als Deutsche in Rußland zunächst auch keinen leichten Stand hatte. Merkel ist es gelungen, der CDU maßgeblich ihren Stempel aufzudrücken.
Daß die Union heute Koalitionen mit den Grünen eingeht, sich für mehr Zuwanderung stark macht, die Atomkraft ablehnt, Gesamtschulen absegnet und die Frauenquote befürwortet, hätte wohl kaum einer für möglich gehalten, als Merkel im April 2000 auf dem Bundesparteitag in Essen mit überwältigender Mehrheit zur CDU-Vorsitzenden gewählt worden war.
Wer aber ist die Frau, die sich auf dem Leipziger Parteitag 2003 noch so vehement für Freiheit und Marktwirtschaft stark gemacht hatte und die den Kurs der Union nun stetig weiter nach links verschiebt? Eine Opportunistin, die durch ihre Sozialisation in der DDR gelernt hat, wandelbar und anpassungsfähig zu sein? Eine, die einen Riecher dafür hat, wann man politische Fronten wechseln muß? Jemand, für den der persönliche Machterhalt an erster Stelle steht und politische Inhalte nur Mittel zum Zweck sind?
Oder ist sie eine die christdemokratische Partei in ihren Grundfesten zersetzende Kraft, die "späte Rache Erich Honeckers", die die Union in eine "sozialistische Partei neuen Typus" verwandelt, wie die libertäre Zeitschrift eigentümlich frei 2009 schrieb? Wer wissen will, wieviel Sozialismus in der Kanzlerin steckt, kommt nicht daran vorbei, sich mit ihrer DDR-Vergangenheit zu beschäftigen, ihr persönliches Umfeld näher zu betrachten und sich auf eine Reise zu begeben.
Es herrscht warmes, heiteres Wetter in der Uckermark. Jener seenreichen Landschaft im Nordosten Brandenburgs, in der die Kanzlerin aufgewachsen ist. Der 16.000-Seelen-Ort Templin ist seit 2005 "Kanzlerinstadt". Viele wissen das hier. Viele wissen auch, daß Merkels Eltern hier leben. Horst und Herlind Kasner bewohnen einen Neubau am Ende der Wilhelm-Wilcke-Straße, einer Gegend mit gepflegten Häusern und Gärten mit freiem Blick auf Äcker und Wiesen.
"Hin und wieder kommt ein Audi hier durch die Straße gefahren. Da wissen wir dann schon, das muß Sicherheitspersonal sein", plaudern Nachbarn über gelegentliche Besuche der Kanzlerin. Als sie noch CDU-Generalsekretärin war, haben sie Merkel noch selbst am Steuer ihres grünen Golfs gesehen. Ganz ungezwungen reden die Templiner über Horst Kasner. "Ein bodenständiger, umgänglicher Typ", beschreibt ihn einer der Nachbarn. Doch in bezug auf die Vergangenheit der Kanzlerin reagieren Bekannte und Weggefährten nahezu panisch. Nur wenige wagen sich aus der Deckung. "Sie waren schon linientreu", erinnert sich ein in seinem

Garten arbeitender Rentner an die Kasners, der ein paar Straßen weiter wohnt.
Die in Vorwendezeiten oft als unpolitisch beschriebene Angela Merkel entstammt einer in hohem Maße politischen Familie. Schon Willi Jentzsch, ihr Großvater mütterlicherseits, war in den zwanziger Jahren Vorsitzender des Danziger Beamtenbundes. Zudem bekleidete der Oberstudiendirektor in der Hansestadt das Amt eines Senators. Ihr Urgroßvater mütterlicherseits war als Oberstadtsekretär im westpreußischen Elbing tätig.
Vor allem einer wirkte weitaus politischer als gemeinhin bekannt: Horst Kasner. Der Vater der Kanzlerin hatte seine Tochter entscheidend geprägt. Nur wenige Wochen nach Merkels Geburt ging er mit seiner Familie 1954 freiwillig als Pfarrer von Hamburg in die DDR. Als Leiter des Pastoralkollegs, einer kirchlichen Weiterbildungsstelle, betrieb der in der DDR als "Roter Kasner" bekannte Mann nicht nur die Ausbildung angehender Pastoren, sondern auch eine äußerst SED-konforme Kirchenpolitik.
Gemeinsam mit dem ehemaligen Stasi-Mitarbeiter und einflußreichen Funktionär in der DDR-CDU, Clemens de Maizière hatte er die Spaltung der evangelischen Kirche betrieben. Clemens de Maizière ist der Vater des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière, der laut Spiegel als IM Czerny ebenfalls für die Stasi tätig gewesen war. Auch zu Lothar de Maizière selbst pflegte Kasner Kontakte.
Zudem war er in leitender Funktion Mitglied im Stasi-gelenkten Weißenseer Arbeitskreis, einem Zusammenschluß linker Theologen, der als verlängerter Arm der SED in der Kirchensynode galt.
Darüber hinaus gehörte der heute 84jährige der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) an, einer aus Moskau gesteuerten kommunistischen Tarnorganisation, der auch sein Förderer Albrecht Schönherr angehörte, der ihm den Posten des Pastoralkolleg-Leiters verschafft hatte. Nach Angaben des Merkel-Biographen Gerd Langguth lehnte Kasner neben der Wiedervereinigung auch die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland und die westdeutsche CDU ab.
Die Kasners genießen zu DDR-Zeiten Privilegien. Zwei Autos stehen ihnen zur Verfügung, ein Privatfahrzeug, ein Dienstwagen. Westreisen sind der Familie gestattet. Mehrmals darf Merkel in die Bundesrepublik reisen. Ihr Vater hatte 1974 und 1975 Italien besucht. Bei einem Diavortrag in Templin hatte er angemerkt, daß nur die Kommunistische Partei Italiens (KPI) gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften das Land aus dem Elend retten könne.
Die Freundin einer Mitschülerin an der Erweiterten Oberschule von Templin hat die heutige CDU-Chefin noch als "linientreue Marxistin" in Erinnerung, die innerhalb ihrer Klasse eine führende Position innehatte. Eine Studentin, die Merkel von der Karl-Marx-Universität in Leipzig kannte, erinnert sich an "eine überzeugte Kommunistin, die ihre Klassenkameraden auf Linie gebracht" haben soll. Und eine ehemalige Nachbarin der Kasners deutete auf einem Klassentreffen ihrem Schulfreund an, Merkel habe in der DDR "die Fahne hoch getragen".
Für ihre Promotionsarbeit mußte Merkel - wie in der DDR üblich - auch eine Abschlußarbeit zur kommunistischen Ideologie anfertigen. Merkel hatte ihre Promotionsnoten zunächst geheimhalten wollen. Doch der Spiegel hatte mit Erfolg auf Aktenauskunft geklagt. Resultat: Die Kanzlerin soll in Marxismus-Leninismus lediglich ein "genügend" erhalten haben, während ihre Physik-Leistung sehr gut war. Überprüfbar ist das nicht. Die Arbeit gilt als verschollen. Eine Kopie habe sie nicht, sagt Merkel selbst dazu.
Ein Akademie-Mitarbeiter hingegen hat anderes in Erinnerung. Demnach habe Merkel ein reges Interesse am Marxismus-Leninismus gezeigt. Wegbegleiter halten ihr eine Nähe zum SED-Regime vor. Hinzu kommt, daß die Kanzlerin an der Akademie der Wissenschaften zum Leitungskreis der FDJ gehörte und als Sekretärin für Agitation und Propaganda gewirkt hatte. Ihre Zuständigkeiten: Politische Bildung und die Vermittlung des Marxismus-Leninismus.
Merkel selbst sagt, sie habe in der FDJ lediglich Kulturarbeit betrieben, Theaterkarten besorgt.

Bei ihrem damaligen Gruppenleiter Hans-Jörg Osten hört sich das anders an. Demnach sei sie an der Akademie als FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda tätig gewesen. Zwar könne er sich nicht mehr genau an die Bezeichnung erinnern. Dem Sinn nach sei es jedoch genau diese Tätigkeit gewesen. Überprüfbar ist auch das nicht. Die FDJ-Unterlagen sind ebenfalls verschwunden.
In der Wendezeit schließt sich Merkel, die ursprünglich mit der SPD sympathisierte, dem Demokratischen Aufbruch an. Sie wird Pressesprecherin des Vorsitzenden Wolfgang Schnur. Ein Mann, der zu DDR-Zeiten eng mit Horst Kasner zusammenarbeitete. Und der als inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt werden sollte.
Als nach dem 18. November 1990 die CDU als Sieger aus der ersten freien DDR-Volkskammerwahl hervorgeht, wendet sich Merkel der Union zu. Sie wird stellvertretende Regierungssprecherin. Berufen von jenem Mann, dessen Vater zu DDR-Zeiten ebenfalls eng mit Horst Kasner zusammenarbeitete: Lothar de Maizière. Heute betreibt de Maizière eine Anwaltskanzlei gegenüber vom Pergamon-Museum in Berlin. Die Bewohnerin im Stockwerk über ihm ist heute Bundeskanzlerin ...

Die Karriere der Angela Merkel

Angela Merkel wird am 17. Juli 1954 als Tochter von Horst und Herlind Kasner in Hamburg geboren. Erste politische Erfahrungen sammelt sie bereits während ihrer Zeit an der Akademie der Wissenschaften zwischen 1978 und 1989. Als Sekretärin für Agitation und Propaganda gehört sie zum Leitungskreis der FDJ. 1989 tritt sie dem Demokratischen Aufbruch bei und arbeitet als Pressesprecherin für den Vorsitzenden Wolfgang Schnur. Nach der DDR-Volkskammerwahl vom 18. März 1990 wird sie vom DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière zur stellvertretenden Regierungssprecherin ernannt.
Nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wird sie zunächst Ministerialrätin im Bundespressesamt. Im Zuge der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 zieht sie als direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Stralsund-Rügen-Grimmen in den Bundestag ein und wird von Bundeskanzler Helmut Kohl zur Bundesministerin für Frauen und Jugend ernannt. Nach dem Ausscheiden Lothar de Maizières aus der Politik aufgrund der Enthüllung seiner Stasi-Vergangenheit wird Merkel bereits ein Jahr später stellvertretende Bundesvorsitzende. 1993 übernimmt sie den CDU-Landesvorsitz in Mecklenburg-Vorpommern, 1994 schließlich das Bundesumweltministerium.
1998 wird Merkel CDU-Generalsekretärin, zwei Jahre später infolge der Parteispendenaffäre schließlich CDU-Bundesvorsitzende. Nach Edmund Stoibers gescheiterter Kanzlerkandidatur übernimmt sie 2002 von Friedrich Merz den Fraktionsvorsitz. 2005 bildet sie mit der SPD eine Große Koalition und wird zur Bundeskanzlerin gewählt. 2009 wird sie im Amt bestätigt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Mai 2011 (x887/...):

>>**Viel Lärm ums Atom**

In der Ethik-Kommission geht es nicht um Pro oder Contra, sondern um früher oder später

Mit einer öffentlichen Expertenanhörung bereitete die Ethikkommission ihre Ende Mai fälligen Empfehlungen zur Zukunft der Kernenergie in Deutschland vor. Bis zu 1,3 Millionen TV-Zuschauer verfolgten das Spektakel, waren am Ende aber auch nicht viel klüger als zuvor.
Der Name des Gremiums ist Programm: Ethikkommission - da geht es nicht nur um Fakten, Daten, Zahlen, da geht es um Gut oder Böse. Die Bundesregierung will sich ihren in der Sache nur schwer nachvollziehbaren Kurs in der Energiepolitik moralisch abfedern lassen.
So verwundert es nicht, daß in der von Angela Merkel installierten 17-köpfigen Kommission und unter den 30 zur Anhörung geladenen Experten neben ein paar Ingenieuren, Physikern und Wirtschaftsfachleuten auch Theologen, Philosophen, Sozialwissenschaftler und sonstige "kritische Geister" ausgiebig zu Wort kamen. Die wenig überraschende Tendenz: Wer für den

möglichst raschen Ausstieg aus der Kernkraftnutzung ist, steht auf der guten, der moralisch richtigen Seite, wer trotz Tschernobyl und Fukushima Strom aus der Spaltung von Atomkernen gewinnen will, hat sich mit dem Bösen eingelassen.
So wird seit vielen Jahren die Energiediskussion in Deutschland geführt. Welche Art der Stromerzeugung die Umwelt am wenigsten belastet und die Geldbeutel der privaten und gewerblichen Verbraucher am effektivsten schont, ob die möglichen Gefahren des einen mehr zählen als die tatsächlichen Schäden durch die anderen Energieträger - all diese Aspekte treten zurück. Im Vordergrund steht die Frage: Ist die Nutzung der Kernspaltung, also sozusagen der Eingriff des Menschen in das, was laut Goethe "die Welt im Innersten zusammenhält", ethisch und ideologisch vertretbar?
Dieses Thema hat wie kein anderes dazu beigetragen, aus der grünen Bewegung eine Partei mit klaren politischen Machtperspektiven auf Länder- und Bundesebene zu machen. Darüber hinaus hat, wie die Sitzung der Ethikkommission jetzt wieder bestätigte, die Atomdebatte eine Auflösung traditioneller parteigebundener Grundpositionen bewirkt.
Erst war es die SPD: Unter Helmut Schmidts Führung hatte sie in den 1970er Jahren die Segnungen des nuklearen Fortschritts in fast schon peinlicher Übertreibung bejubelt, um sich spätestens unter Gerhard Schröder als Anti-Atom-Partei bei den Grünen anzubiedern.
Heute sind es die sogenannten bürgerlichen, vormals konservativen Parteien, die mit atemberaubendem Tempo ins Lager der AKW-Aussteiger wechseln. Am wenigsten hätte man diese geradezu fluchtartige Wende von der CSU erwartet. Freilich bleibt noch abzuwarten, ob Ministerpräsident Horst Seehofer und sein Umweltminister Markus Söder den neuen Kurs - Totalausstieg bis spätestens 2020 - durchhalten können. Von der CSU-Landesgruppe im Berliner Reichstag bis zur Landtagsfraktion in München regt sich heftiger innerparteilicher Widerstand, zumindest gegen das vorgegebene Tempo.
Die Argumente, mit denen Union und FDP ihre neue Ausstiegsstrategie begründen, sind nicht neu. Neu ist nur, daß sie nun nicht mehr nur aus dem rot-grünen Lager zu hören sind.
So brachte denn auch die öffentliche Anhörung der Ethikkommission in der Sache nichts Neues. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles lag mit dem Etikett "Alibiveranstaltung" nicht völlig daneben. Ihr Parteifreund Erwin Sellering, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, präzisierte: Angela Merkel habe die Kommission eingesetzt, um "nicht selbst ihre 180-Grad-Wende in der Atompolitik begründen zu müssen".
Voll des Selbstlobes hingegen wertete Klaus Töpfer (CDU) die Arbeit der von ihm geleiteten Kommission. Der einstige Umweltminister unter Helmut Kohl begrüßte vor allem die "ganz große Chance, das Thema in aller Breite und in aller Öffentlichkeit zu diskutieren".
Positiv anzumerken bleibt, daß die öffentliche Diskussion weitestgehend frei von Polemik verlief. Auch diejenigen, die für eine weitere Nutzung der Kernenergie plädieren, hatten hinreichend Gelegenheit, ihre Argumente in aller Ruhe und Sachlichkeit vorzutragen. Richtig emotional wurde es nur, als der Betriebsratsvorsitzende des AKW-Betreibers RWE, Reinhold Gispert, das Wort ergriff:
"Als Mitarbeiter eines Kernkraftwerks kommt man sich im eigenen Land derzeit vor wie auf der Anklagebank. Was erwarten die Kolleginnen und Kollegen von Ihnen, den Mitgliedern der Ethikkommission? Helfen Sie dabei, solchen Auswüchsen, der Panikmache und Diskreditierung einer ganzen Branche, ihrer Mitarbeiter und ihrer Familien Einhalt zu gebieten!"
Der Gewerkschafter erinnerte daran, daß auch für die 30.000 Mitarbeiter in deutschen Kernkraftwerken "Sicherheit unser wichtigstes Ziel" sei. Die Anlagen hätten ein hohes technisches Niveau, die Beschäftigten verfügten über exzellentes Fachwissen. Er hoffe, daß die Kommission "vorurteilsfrei und ergebnisoffen prüft". Die Kernkraftnutzung "war und ist demokratisch legitimiert. Sie wurde und sie wird permanent kontrolliert. Wir haben keinen Anlaß geboten, daß wir heute diffamiert und moralisch angegangen werden, daß wir uns auch im privaten Be-

reich gegen manchmal massive Beleidigungen zur Wehr setzen müssen."
Wie der Betriebsratsvorsitzende, so verwiesen auch die Vertreter der Energiewirtschaft darauf, daß Deutschland bei einem schnellen Ausstieg aus der Kernenergie den Strombedarf nicht aus eigenen fossilen oder regenerativen Quellen decken könne und daher Strom - auch Atomstrom! - importieren müsse. Gewarnt wurde auch vor einem deutschen "Sonderweg", den kein anderes Land mitzugehen bereit sei.
Und selbst Sprecher von Umweltorganisationen, die ja seit langem besonders lautstark den Atomausstieg propagieren, räumten ein, daß mit erheblichen Widerständen aus der betroffenen Bevölkerung zu rechnen ist, wenn man daran gehe, landschaftsprägende Baulichkeiten wie Überlandleitungen, Stromspeicher, Wind- und Solarparks zu errichten. An welcher Stelle - frei nach Brecht - dann erst "die Moral kommt", ließ die Ethikkommission leider offen.<<
Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) meldete am 27. Mai 2011: >>**Blackout-Debatte**
Warum der Stromausfall ausfällt
Ampeln gehen aus, Züge bleiben liegen, Krankenhäuser müssen auf Notbetrieb umstellen: Bei einem bundesweiten Blackout würde Deutschland im Chaos versinken. Atomlobbyisten schüren die Angst davor - doch sie ist unbegründet. Eine Anatomie der deutschen Energieversorgung.
Es ist das ultimative Horrorszenario und das wohl stärkste Argument gegen einen beschleunigten Atomausstieg: Der Strom fällt aus, und schon nach wenigen Stunden herrschen in Deutschland Zustände wie in einem Roland-Emmerich-Film.
Züge und U-Bahnen kommen abrupt zum Stillstand, Zehntausende sind darin eingeschlossen. Ampeln fallen aus, in Großstädten gerät der Straßenverkehr außer Kontrolle. Telefone mit Festnetzanschluß sind stumm, Handynetze kollabieren. Fernseher bleiben schwarz. Die Wasserversorgung ist beeinträchtigt. In Krankenhäusern springen die Notstromaggregate an, die medizinische Versorgung ist eingeschränkt.
Beschrieben hat dieses Szenario das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag (TAB). Fazit von dessen Studie: Ein längerer flächendeckender Blackout könnte "einer nationalen Katastrophe zumindest nahekommen".
So weit, so dramatisch. Nur hat das TAB die Studie schon vor zwei Jahren gestartet - lange vor der Katastrophe von Fukushima und der erneuten Beschleunigung des Atomausstiegs. Jetzt beobachten die Autoren mit einigem Unbehagen, wie ihre Ergebnisse in den Schlagabtausch politischer Argumente mit einfließen. "Wir haben ein Extremszenario untersucht, das beispielsweise durch einen koordinierten Terroranschlag real werden könnte", sagt TAB-Büroleiter Thomas Petermann. Daß es durch einen Mangel an Atomenergie zur Stromausfall-Apokalypse kommt, hält er indes für "nicht plausibel".
Dennoch fürchten viele Deutsche den Blackout. Was, wenn das vom TAB beschriebene Szenario doch eintritt? Schon wenige Minuten ohne Strom könnten gewaltigen Schaden anrichten. Und sind nicht gerade 13 von 17 Atommeilern vom Netz? Sind nicht die Stromimporte bedenklich gestiegen? Die Netze überlastet?
"Meines Wissens wurde in Deutschland noch nie so viel zuverlässig abrufbarer Strom so schnell abgeklemmt", sagte Matthias Kurth, Chef der Bundesnetzagentur, im Interview mit SPIEGEL ONLINE. Die Angst vor dem Blackout habe einen berechtigten Hintergrund.
Aber wie real ist die Gefahr wirklich? Eine Anatomie der deutschen Stromversorgung.<<
Die deutsche Zeitschrift "Magazin 2000plus" berichtete am 8. Januar 2012 (x936/…): >>**Die Staats-Simulation "BRD"**
Ein Artikel von *Ingrid Schlotterbeck*
Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen des 2. Weltkriegs eingestellt, nach dem am 7. Mai Generaloberst Alfred Jodl, als Delegationsleiter der Regierung Dönitz in Reims (Frankreich) die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Am 9. Mai unterzeichnete Generalfeldmar-

schall Keitel für die Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst.

"Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Deutschland"

Der völkerrechtliche Begriff "Debellatio", gemeint ist damit die Niederwerfung des Gegners, trifft hier nicht zu. Die Sieger hätten vom Zustand der "Debellatio" Gebrauch machen müssen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, die Annexion, also die Einverleibung der eroberten Gebiete, oder die Subjugation, die Verknechtung des Volkes. Beides haben die Sieger nicht getan, sondern in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß weder das Deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge einer Annexion weggenommen werden. (3-Mächte-Konferenz 17.7. bis 2.8.1945, Potsdam).

Die Siegermächte teilten das Deutsche Reich in Besatzungszonen auf.

Die Westmächte teilten Nord-, West- und Süddeutschland unter sich auf, die Russen besetzten Mitteldeutschland und Ostdeutschland wurde von Rußland unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)- Gesetz Nr. 52 am 12.9.1944 bereits, mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc,, mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt.

Der immer noch fehlende Friedensvertrag wird mit den Siegermächten und dem Deutschen Reich zu schließen sein. Daß das Deutsche Reich fortbesteht hat das Bundesverfassungsgericht (so heißt es nun mal), obwohl die Verfassung fehlt und nur ein Grundgesetz von den alliierten Siegermächten der BRD "übergestülpt" wurde, eindeutig festgestellt (BverfGE2, 26 und 2BvF1/1973) siehe dazu auch die Rede Carlo Schmid (in Magazin EXTRA 10).

Seitdem verfügt weder das Deutsche Reich, noch das von den Siegermächten geschaffene **Besatzungskonstrukt BRD,** noch das vereinigte Wirtschaftsgebiet, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, **über volle uneingeschränkte Souveränität.** Auch wenn durch die Politiker der BRD anläßlich des Zwei-plus- Vier-Vertrages 17.7.1990 in Paris (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland 12.9.1990) Grenzverläufe bestätigt wurden, können das keine Gebietsabtretungen sein, da die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist.

Bei diesen Verhandlungen wurde der Artikel 23 (Geltungsbereich des Grundgesetzes) und die Präambel auf Veranlassung von James Baker (USA) und Eduard Schewardnadse (Sowjetunion) **gestrichen.** Damit wurde völkerrechtlich betrachtet das gesamte Grundgesetz der BRD aufgehoben.

Gleichzeitig wurde die Verfassung der DDR aufgehoben. Mit der Streichung der Präambel und des Art. 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes ist spätestens mit der Streichung des Art. 23, am 23.9.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen.

Seit Ende 1990 gibt es das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet Deutschland". **Gemäß Artikel 133 Grundgesetz gibt es** keine "BRD", **lediglich ein vereinigtes Wirtschaftsgebiet! Somit ist die "BRD" eine Staats-Simulation.**

Alle Politiker Schauspieler.

Ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde wird nur vorgetäuscht, nur vorgespielt. Diese Situation verschweigt man den Bewohnern des Wirtschaftsgebietes "BRD", hält diese dumm (nun gut, die lassen sich ja auch für dumm verkaufen) und ist u.a. bei den Euro-Verhandlungen absolut erpreßbar. Was der aufmerksame Betrachter jeden Tag aufs Neue kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt.

Die "BRD" wird völkerrechtlich (und nach den SHAEF-Militärgesetzen) durch eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitet. Bei der UNO werden die NGO-Staaten unter folgendem Link geführt:

http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfile- Details& profileCode=43653.
Mit Debellatio bzw. Debellation (lateinisch: "vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung"; bellum "Krieg") bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges. Nach traditionellem ("klassischem") Völkerrecht konnte, aber brauchte damit nicht einherzugehen die Annexion, das heißt die Beseitigung der Staatsgewalt des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des Staatsgebiets durch den Sieger.
Die Einführung des Kriegsverbots im modernen Völkerrecht und demzufolge auch des Annexionsverbots beschränkt die Bedeutung der Debellation. Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung Karthagos durch die Römer. Nach langen verlustreichen Schlachten wurde die Stadt völlig zerstört. (Quelle Wikipedia) …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Februar 2012: >>**Der Zwang zum Glück**
Vergeßt das Schreckgespenst vom germanischen Herrenmenschen in Uniform und Knobelbechern, der halb Europa unterjochen will. Jetzt kommt der deutsche Oberlehrer. Er ist grün, links und gut und weiß genau, was politisch korrekt ist. Rassisten, Nazis, Klimasünder, Sexisten, Homo- und Islamophobe kriegen von ihm unbarmherzig eins mit der Moralkeule auf die Mütze. Heute, da kuscht schon Deutschland, und morgen die ganze Welt.
Da hat in den Niederlanden doch tatsächlich einer aufgemuckt - Geert Wilders, der Islamkritiker im Parlament, der auch noch die Regierung stützt. Das geht natürlich gar nicht - da muß ein deutscher Denunziationsverein wie die "Amadeu-Antonio-Stiftung" dem Holländer mal gründlich zeigen, wie man Abweichler mit braunem Dreck bewirft.
Hilft sonst nichts mehr, setzt es auch mal Blitzkrieg - wenn in Österreich Waffenstudenten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und an der ersten Adresse in der Hauptstadt eine Ballnacht feiern wollen, dann marschiert eben ein Bataillon straßenkampferprobter Antifa-SA ein und probt mal wieder den Anschluß auf dem Heldenplatz, um den Kameraden Schnürschuh zu zeigen, wie Straßenterror richtig geht.
Wer Nazi ist, bestimmen die Gesinnungswächter
Wer Nazi ist, bestimmen dabei die Gesinnungswächter. Soll keiner glauben, er käme davon, bloß weil er Jude und israelischer Staatsbürger ist. Zuletzt mußte diese Lektion der Jerusalemer Professor Martin van Creveld lernen. Der hatte in der irrtümlichen Annahme, in Deutschland herrsche noch akademische Freiheit, an der Universität Trier eine Gastprofessur angenommen. AStA, Gewerkschaften, Grüne, Jusos und "Linkspartei" erfüllten wachsam ihren Kampfauftrag und denunzierten ihn wegen "Frauenfeindlichkeit, Militarismus, Antiisraelismus", worauf die Universitätsleitung umfiel und den israelischen Hochschullehrer vor die Tür setzte.
Wenn es darum geht, am deutschen Wesen die Welt genesen zu lassen und kollaborationsunwillige Ausländer mit Totschlagvokabeln zu bewerfen, lassen sich die Grünen so leicht von niemand übertreffen. Ihre Fraktionen, Geschäftsstellen und Abgeordnetenbüros in Europa, Bund und Ländern sind sozusagen Schaltzentralen des gutmenschlichen Imperialismus.
Der drohende Zeigefinger der deutschen Grünen
Ganz egal, ob der Ungar in den Senkel gestellt werden muß, weil er es gewagt hat, eine nichtlinke Regierung zu wählen, die noch dazu die Interessen des eigenen Volkes vertreten will, oder ob dem Polen mal wieder die Leviten gelesen werden müssen, weil er doch tatsächlich glaubt, in die Kernenergienutzung einsteigen zu können, wo man doch eben stellvertretend für ganz Europa im eigenen Land den Ausstieg durchgeboxt hat - die Grünen sind immer vorn dabei.
Wer in Osteuropa die bunte Begeisterung für Homo-, Trans- und sonstige Sexualität nicht

teilt, bekommt prompt Besuch von grünen Spitzenpolitikern; Volker Beck reist dafür regelmäßig bis nach Moskau. Wem das Einschmelzen der Nationalstaaten im europäischen Einheitsbrei nicht paßt, der wird von Daniel Cohn-Bendit nach Gutsherrenart zusammengefaltet, und wenn er Vaclav Klaus heißt und Staatspräsident der Tschechischen Republik ist. Und am neugewählten ägyptischen Parlament bereitet den Bundestags-Grünen nicht etwa die riesige Fundamentalisten-Fraktion Kopfzerbrechen - ihr erhobener Zeigefinger gilt dem viel zu niedrigen Frauenanteil.
Die Diktatur der Jakobiner hieß auch "Wohlfahrtsausschuß"
Ironie beiseite - die Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen. Nur: Woran liegt es, daß die Weltverbesserer und Interventionisten gerade aus dem linken Stall in alle Welt ausschwärmen, um andere Länder und Völker nach Herrenmenschenart zu bevormunden?
Warum können diejenigen, die beständig "Vielfalt" und "Toleranz" im Munde führen, es am allerwenigsten ertragen, wenn jemand anderer Meinung ist und die eigene Tradition und Kultur höher schätzt als multikulturelles Einerlei? Warum sind Menschen, die "Aufklärung" und "Vernunft" gepachtet zu haben glauben, so erpicht darauf, die eigenen ideologischen Steckenpferde bis in die entlegensten Winkel der Welt zu reiten, wo niemand etwas mit ihnen anfangen kann?
Die Antwort ist so verblüffend wie einfach: Eben weil es Linke sind. Wer glaubt, er hätte den ideologischen Schlüssel zur Erlösung der Menschheit in der Tasche, wird unduldsam gegen jeden, der sich nicht erlösen lassen will, und schreitet zur Zwangsbeglückung. Gulag und Umerziehungslager sind nicht umsonst linke Erfindungen, und die erste totalitäre Diktatur der neueren Geschichte wurde nicht zufällig von den linken Jakobinern errichtet und hieß "Wohlfahrtsausschuß": Sie meinen es ja nur gut, und dafür ist kein Opfer zu groß.
Wer von abstrakten Ideen ausgeht statt von der konkreten Widersprüchlichkeit des Realen, der landet früher oder später bei der universalen Gleichschaltung.
Als legitime Zwillinge des Liberalismus finden Linke deshalb nichts dabei, unter der Fahne von Multikulturalismus, Antirassismus, Gender Mainstreaming und Klimareligion gegen die gewachsene Wirklichkeit der Länder, Völker und Kulturen zu Felde zu ziehen, um der globalisierten Welteinheitsgesellschaft die letzten Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Um so notwendiger braucht es da standfeste Konservative, die den fanatischen Gleichmachern und schrecklichen Vereinfachern in die Parade fahren, bevor alles in Scherben fällt.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Mai 2012 (x887/...):
>>**Von der Energiewende zum Stromkollaps**
Zahlreiche Institute warnen vor den Gefahren der Unterversorgung - Keine Vorsorge für Notfälle
Je stärker der Ausbau der Solar- und Windstromerzeugung voranschreitet, desto deutlicher wird, daß mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eine gigantische Umverteilungsmaschinerie zu Lasten der Verbraucher in Gang gesetzt wurde. Durch den ungebremsten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung wächst allerdings noch ein anderes Risiko - das eines bundesweiten Kollaps des Stromnetzes, der innerhalb weniger Stunden zu einem flächendeckenden Chaos führen würde.
Die Niederlage Norbert Röttgens (CDU) bei der NRW-Wahl hat eine weitere Niederlage des ehemaligen Umweltministers in den Schatten gerückt. Nur zwei Tage vor der Landtagswahl war Röttgen im Bundesrat daran gescheitert, die Förderung für die erneuerbaren Energien zu begrenzen. Der ungebremste Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen hat für die Verbraucher eine Kostenlawine losgetreten, die sich immer mehr in den Haushaltskassen bemerkbar macht. Auf einen Barwert von 335 Milliarden Euro schätzt etwa der Wissenschaftler Georg Erdmann von der TU Berlin die direkten und indirekten Kosten durch das EEG für den Zeitraum von 2010 bis 2030. Die Folge:

Immer mehr Haushalte können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Bundesweit wurde im Jahre 2010 nach einer Hochrechnung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen rund 600.000 Mal Verbrauchern wegen offener Rechnungen der Strom abgedreht. Betroffen sind vor allem die sozial Schwächsten, so daß der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums bereits vor einem "gewaltigen Umverteilungsprogramm" von unten nach oben warnt. Daß der Hartz-IV-Empfänger über den Strompreis die Solaranlage des wohlhabenden Eigenheimbesitzers finanziert, wird von der zugespitzten Formulierung zunehmend zur Realität.
Das noch von der rot-grünen Koalition im Jahr 2000 auf den Weg gebrachte EEG entwickelt neben dieser sozialen Schieflage allerdings zunehmend auch noch ein anderes Risiko. Mit jeder Photovoltaik- und Windkraftanlage, die in Betrieb genommen wird, wird das Stromnetz anfälliger für einen flächendeckenden Kollaps, einen sogenannten "Blackout".
Zum Problem könnten nicht nur fehlende Hochspannungsleitungen von Nord nach Süd oder Engpässe bei der Energieerzeugung, etwa im Winter, werden, auch die Qualität des Stroms wird zunehmend schlechter. Zwar hat es Netzschwankungen und Spannungseinbrüche schon immer gegeben, durch die massive Zunahme der Zahl kleinerer Stromproduzenten wird die Netzstabilität aber immer fragiler und das Netz immer schlechter steuerbar.
Grundlage der Netzstabilität waren bisher Braunkohle- und Kernkraft-Grundlastkraftwerke. Diese eignen sich im Gegensatz zu den Solar- und Windkraftanlagen als Anker zur Frequenzstabilisierung bei 50 Hertz. Allerdings sind diese Kraftwerke aufgrund der wachsenden Einspeisung des "Öko-Stroms" mittlerweile so wenig in Betrieb, daß die Forderung nach Subventionen immer lauter wird, damit sie überhaupt noch in Bereitschaft gehalten werden.
Die Verkettung mehrerer Störfaktoren, wie sie etwa im Stromnetz Kaliforniens bereits vorgekommen ist, könnte bei dieser Ausgangslage auch in Deutschland zu dramatischen Folgen führen: im Extremfall zum Kollaps des gesamten bundesdeutschen Stromnetzes.
Auslöser könnte die mißlungene Stabilisierung eines lokalen Stromnetzes sein, die sich dann kaskadenartig auf das Gesamtnetz ausbreitet. Falls es zu einem derartigen Ereignis kommt, dann wird es nicht Stunden, sondern Tage dauern, bis das Netz wieder stabilisiert ist, so die Prognose von Guido Knott vom Energielieferanten E.ON.
In einer Studie des Netzbetreibers "Swissgrid" wurde ein derartiges Szenario bereits eingehend für die Schweiz untersucht. Allein in der überschaubaren Alpenrepublik würde man zwei Tage benötigen, um die Stromversorgung wieder aufzubauen. Der Betreiber "Austrian Power Grid" geht sogar von einer Woche aus, die es dauern könnte, das österreichische Gesamtnetz wieder hochzufahren. Der schrittweise Wiederaufbau des Netzes gleicht dabei einem Balanceakt, bei dem jeweils nur so viel Strom bezogen werden könnte, wie schrittweise wieder eingespeist wird.
Während bisher in den deutschen Medien die verbrauchsstarken Wintermonate als kritisch für die Stromversorgung gesehen wurden, hat die Bundesnetzagentur auf ein eher weniger beachtetes Risiko hingewiesen: einen Netzzusammenbruch im Sommer, wenn eine große Zahl von Photovoltaikanlagen in Betrieb ist, aber Großkraftwerke wegen Revisionsarbeiten vom Netz genommen werden. Mit den Folgen eines solchen flächendeckenden Stromausfalls hat sich bereits im Jahr 2010 das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) beschäftigt:
"Betroffen wären alle kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern", lautet eine der dramatischen Einschätzungen der erstellten Studie. Innerhalb weniger Stunden würde sich ein flächendeckendes Chaos einstellen, weil unter anderem Verkehrsleitsysteme, der Bahnverkehr, Wasserwerke und Tankstellen ausfallen würden. Relativ schnell würden auch Lieferketten im Handel und der Industrie zusammenbrechen, nach 24 Stunden wäre das Gesundheitswesen massiv beeinträchtigt. Vorsorgekonzepte für

einen derartigen längeren Stromausfall waren laut der Bundestagsstudie zumindest im Jahr 2010 nicht vorhanden.<<

Der deutsche Hochschullehrer i.R. Dr. Hans Penner forderte bereits am 21. August 2012 den Rücktritt der Bundeskanzlerin Merkel (x932/…): >>**Merkel betreibt Auflösung Deutschlands**

Im Widerspruch zu ihrem Amtseid betreibt Frau Dr. Angela Merkel eine Energie- und Europapolitik, die Deutschland großen Schaden zufügt und zu Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Verarmung führen wird. Aus diesen Gründen ist der Rücktritt von Frau Dr. Angela Merkel von ihrem Amt als Bundeskanzler zu fordern.

1. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland

Frau Merkel betreibt die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland als souveränen Rechtsstaat. Deutschland soll in einen europäischen Bundesstaat integriert werden, der aller Voraussicht nach eine sozialistische Fiskal-Diktatur sein wird. Diese Bestrebungen widersprechen Artikel 20 des Grundgesetzes. Das Grundgesetz erlaubt den Bürgern Widerstand gegen diese Politik.

2. Vernachlässigung der Bankenaufsicht

Durch Vernachlässigung der Bankenaufsicht unter der Regierung von Frau Merkel hat sich in Deutschland der Schwerpunkt der Bankentätigkeit auf das Investmentbanking verlagert. Als Ergebnis betreiben Banken riskante Geschäfte, deren Verluste der Steuerzahler tragen muß.

3. ESM-Vertrag

Auf Betreiben von Frau Merkel soll in Luxemburg eine unzutreffend als "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) bezeichnete internationale Finanzbehörde geschaffen werden. Laut ESM-Vertrag soll diese ESM-Bank volle Immunität genießen. Beaufsichtigungen oder Kontrollen der ESM-Bank sind untersagt. Die Mitarbeiter der ESM-Bank sind zum Stillschweigen verpflichtet.

4. Schulden-Union

Unter Mißachtung der europäischen Gesetze betreibt Frau Merkel die Umgestaltung der EU in eine Schuldenunion. Die ESM-Bank dient ausschließlich dem Zweck, die Gläubiger maroder Banken zufriedenzustellen.

5. Preisgabe der Haushaltssouveränität

Die Finanzierung der ESM-Bank bedeutet die Preisgabe der Haushaltssouveränität des Bundestages. Der Bundestag kann zwar das deutsche Mitglied des Gouverneursrates der ESM-Bank beeinflussen, nicht aber die Entscheidungen des Gouverneursrates.

6. Anstieg der Staatsverschuldung

Unter der Regierung von Frau Merkel stieg die Staatsverschuldung von 1,5 auf 2,1 Billionen Euro. Auf Betreiben von Frau Merkel verpflichtet sich Deutschland, der ESM-Bank einen Betrag von 190 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Da Deutschland dieses Geld nicht hat, kann dieser Betrag nur durch eine höhere Neuverschuldung aufgebracht werden. Darüber hinaus kann der Gouverneursrat das Grundkapital des ESM und damit den Beitrag Deutschlands jederzeit nach Belieben erhöhen.

7. Torpedierung der Sozialen Marktwirtschaft

Frau Merkel torpediert die Soziale Marktwirtschaft durch zwangswirtschaftliche Verordnung unwirtschaftlicher Stromerzeugungsmethoden.

8. Vernichtung der Kerntechnik

Ohne rationale Begründung vernichtet Frau Merkel die hochentwickelte, sichere deutsche Kerntechnik und zwingt zum Import von unverzichtbarem Nuklearstrom. Die Eigentümer der Kernkraftwerke werden gesetzwidrig zwangsenteignet. Die Gesamtkosten müssen vom Steuerzahler getragen werden. Deutschland verliert seine Kompetenz auf dem Gebiet der Kernenergie.

9. Propagierung der Klimakatastrophen-Hypothese
Wider besseres Wissen behauptet Frau Merkel als promovierte Physikerin, Kohlendioxid sei ein Schadstoff, obwohl dessen Klimasensitivität unter 1° C liegt. Kohlendioxid-Emissionen haben keinen schädlichen Einfluß auf das Klima, fördern aber das Pflanzenwachstum.
10. Umbau der Stromversorgung in Deutschland
Frau Merkel fordert einen extrem kostspieligen unnötigen Umbau der Stromversorgung in Deutschland, der nach gegenwärtigen Schätzungen einen Anstieg der Stromkosten auf das dreifache bewirken wird. Süddeutschland soll aus dem Wattenmeer mit Strom versorgt werden, was Stromleitungen erfordert von der Länge München - Moskau.
11. Gefährdung der Sicherheit der Stromversorgung
Frau Merkel fördert einen exzessiven Ausbau der sogenannten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas. Dadurch gefährdet sie in zunehmendem Maße die Netzstabilität und macht großräumige und langdauernde Stromausfälle immer wahrscheinlicher. Solche Stromausfälle werden nicht nur große Sach- und Vermögensschäden anrichten, sondern möglicherweise auch Tote und Verletzte fordern.
12. Belastung der Umwelt
Die von Frau Merkel geforderten und geförderten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas belasten die Umwelt in Deutschland, ohne irgendeinen Einfluß auf das Weltklima auszuüben.
13. Zerstörung der Familie
Unter der Regierung von Frau Merkel wird die Familienstruktur unseres Volkes zerstört. Jede Woche werden einige tausend sozial unerwünschte ungeborene Deutsche vor ihrer Geburt getötet.
14. Islamisierung Deutschlands
Unter der Regierung von Frau Merkel werden an Universitäten islamische Lehrstühle eingerichtet, um die verfassungswidrige totalitäre Ideologie des Islam auszubreiten.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. September 2012 (x887/...): >>**Wir sind Merkel**
Gertrud Höhlers Kritik an der Kanzlerin öffnet Blick auf tiefer liegende Probleme
Während in den meisten Medien das Buch "Die Patin" als Rache einer enttäuschten CDU-Wegbegleiterin abgetan wird, bietet es durchaus traurige Wahrheiten.
Die Reaktionen der großen Medien auf das Merkel-Buch von Gertrud Höhler steigern sich teils in regelrechte Haß-Tiraden hinein. Die 71-jährige Literaturwissenschaftlerin wird in einer Weise persönlich attackiert, die keine Grenzen mehr zu kennen scheint.
Die Methode, den Autor zu demontieren, um seine Thesen nicht mehr ernsthaft diskutieren zu müssen, ist aus der Sarrazin-Kontroverse vor zwei Jahren noch bestens in Erinnerung. Doch ebenso wie damals steht der beinahe einhelligen Ablehnung seitens der Medien eine weitaus differenziertere Beurteilung von seiten des Volkes gegenüber. In Leserbriefspalten und Internet-Foren erfährt Höhler neben Kritik auch viel Unterstützung. Ihr Eindruck von einer zerfasernden Demokratie und eines gefährlich bröckelnden Rechtsstaats wird offenbar von vielen Menschen geteilt.
Was also ist dran an Höhlers Vorwurf, unter der Kanzlerschaft Merkels erodierten Demokratie und Rechtsstaat?
Für den Rechtsstaat ist es unerläßlich, daß sich die politische Führung an Recht und Gesetz hält. Zutreffend bemerkt Höhler, daß bei der abrupten Energiewende und ebenso bei der Euro-Rettung Gesetze reihenweise gebrochen wurden. Das aber ist das Gegenteil von Rechtsstaat: Daß man Gesetze nach Belieben brechen darf, wenn man nur die Macht dazu besitzt. Doch genau dies ist unter Merkel geschehen.
Und die Demokratie? In den Parteien des Bundestages hat es nie ernsthafte, ergebnisoffene

Diskussionen über die Euro-Einführung gegeben, eine Volksabstimmung wie in anderen Ländern blieb den Deutschen ebenso versagt.
Letzteres indes weist noch in die Zeit vor Merkel zurück. Höhlers Glorifizierung der Kohl-Ära als gleichsam goldenes Zeitalter der Demokratie geht daher in die Irre.
Aber wie geht es weiter? Heute wird sichtbar, daß mit dem Euro das Fundament unseres demokratischen Rechtsstaats an sich zur Debatte steht, Stichwort "Vereinigte Staaten von Europa". Doch lassen Politiker keinen Zweifel aufkommen, wie sie diese Umwälzung zu realisieren gedenken: Abermals soll ohne Volksbeteiligung alles soweit vorangetrieben werden, bis den Deutschen kaum etwas anders übrig bleibt als zuzustimmen oder Chaos zu riskieren. Das Volk also wird ganz unverhohlen übers Ohr gehauen.
Aber ist das alles allein Merkels Schuld? Wenn ja: Warum läßt sich das Volk dies gefallen? Bettina Röhl stellt in der "Wirtschaftswoche" die entscheidende Frage, ob die Kanzlerin nicht vielleicht nur das Symptom einer allgemeinen Krise der Parteiendemokratie sei, der ein kaum weniger orientierungsloses Volk gegenüberstehe. Merkel füllt demnach nur das Vakuum, das andere hinterlassen haben. Röhls Analyse der Kontroverse ist nicht bloß die intelligenteste, sie ist auch die beunruhigendste.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Oktober 2012 (x887/...): >>**Wider die Wirklichkeitsverweigerung**
Der bürgerliche Soziologe Helmut Schelsky plädierte dafür, sich von Sachgesetzen statt von Ideologien leiten zu lassen
In Zeiten, in denen die Finanztöpfe für eine Heerschar von Wissenschaftlern, Journalisten und Kulturschaffenden aus "Kampf gegen Rechts", "Gender Mainstream" oder einer ineffektiven "Entwicklungshilfe" bestehen und die geistige Korruption entsprechend um sich greift, wären Soziologen vom Schlage Schelskys wichtiger denn je. Am 14. Oktober wäre der gebürtige Chemnitzer 100 Jahre alt geworden.
Helmut Schelsky wuchs zur Zeit der politischen Jugendbewegung auf. Dem Nationalsozialismus schloß er sich an, war dem NS-"Weltanschauungspapst" Alfred Baeumler aber ohne Sinn für die Rassenlehre. Schelsky wurde Assistent von Arnold Gehlen in Leipzig und Königsberg, auch von Hans Freyers in Budapest. Aus dem Kampf um Ostpreußen kam Schelsky 1945 als Verwundeter nach Flensburg. Er baute den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) auf, wurde zum Gegenspieler der Frankfurter Schule und forderte, was heute so wichtig ist: Realitätssinn.
In der jungen Bundesrepublik machte sich Schelsky zunächst als Hamburger Jugend- und Familiensoziologe einen Namen. Die 1953 vorgelegte Untersuchung "Wandlungen der Deutschen Familie in der Gegenwart" behauptete eine "nivellierte Mittelstandsgesellschaft" durch Aufstiegsmöglichkeiten auch der Vertriebenen. Ein Rückfall in totalitäre Borniertheit hielt Schelsky für strukturell unwahrscheinlich. Die Jugend von damals sei auch keine überschwengliche, sondern "Die skeptische Generation", so der Titel eines 1957 in Düsseldorf veröffentlichten Werkes.
Zu dieser Zeit arbeitete Schelsky gewerkschaftsnah, war der SPD unter Willy Brandt aber bald zu konservativ. Er wagte es, die heilige Kuh "Mehr Demokratie wagen!" zu schlachten. Der Aufsatz "Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?" von 1973 wurde zur Initialzündung für den erfolgreichen CDU-Slogan "Freiheit statt Sozialismus". Es ging Schelsky um die Behauptung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung - nicht nur um eine demokratische Grundordnung. Doch es setzte sich bundesweit die Strategie durch, das gewaltenteilig geprägte Demokratieverständnis als undemokratisch abzutun.
Der "Kampf gegen Rechts", der immer auch als einer für mehr Demokratie ausgegeben wird, konnte daher im wiedervereinten Deutschland auf fruchtbaren Boden fallen. Eine Demokratie, die nicht zwei Pole gleichberechtigt in sich aufnimmt, ist eine Farce, wußte Schelsky noch. Er

bezog "bewußt konservative Denker" wie Armin Mohler, Gerd-Klaus Kaltenbrunner oder Caspar von Schrenck-Notzing in seine Überlegungen ein, meinte für sich aber mehr ein Liberaler zu sein. Das war in den 1970er Jahren. Heute bezieht sich kaum jemand auf bekennende Konservative; sie bleiben auf Nischen verwiesen und dienen als Auslöserreiz für Abwehrreflexe einer nach Identität ringenden Linken.

Für Schelsky gab es zwei Arten, Demokrat zu sein; erstens eine, bei der Demokratie für sich in Anspruch genommen wird, um sie anderen um die Ohren zu hauen; zweitens eine, die gelebt werden muß durch Respekt vor Andersdenkenden. Letzteres werde seltener. Darauf hätte sich die in den 1960er Jahren geborene Generation einzustellen, sie müsse "in den Untergrund gegenüber der herrschenden Publizität, Politisierung, Verschulung und Verwaltung" gehen. "Eine neue Front des langen Atems" sei nötig, "das kulturelle Erbe zu retten".

Schelsky war zur Zeit der Planungseuphorie Planungsbeauftragter für die Reformuniversität Bielefeld. Diese Tätigkeit war Schelsky Ansporn, der Betreuung und Beplanung von Menschen soziologisch nachzugehen.

Das war Teil einer "Suche nach Wirklichkeit", wie sie Schelsky 1965 zum Titel seiner Schlüsseltexte erhöhte. 1973 referierte Schelsky dann zum Thema "Der selbständige und der betreute Mensch", ein ganzer CSU-Parteitag jubelte ihm zu. Der unter diesem Titel erschienene Band analysiert die heute Political Correctness genannte "Sprachherrschaft", auch das "geborgte Elend", mit dem eine wachsende Schar Linksintellektueller für immer mehr Umverteilung sorge, vor allem für sich selber. Die mit dieser Stoßrichtung 1975 vorgelegte Monographie "Die Arbeit tun die anderen" wurde zum Bestseller.

Fachlich widmete sich Schelsky damals zunehmend der Rechtssoziologie. Er wollte die Bedingungen personaler Freiheit in Staat und Organisationen klären. Die Jurisprudenz dürfe sich nicht durch Politisierung außerjuristische Maßstäbe zu eigen machen. Das war vor allem gegen die Diskursethik von Jürgen Habermas gerichtet. Die Politisierung des Beamtentums war Schelsky nichts anderes als parteipolitische Ämterpatronage. Daß die Entfremdung von gewaltenteiligen Prinzipien unterhalb der Schwelle des rechtlich Greifbaren ablief, war Schelsky zu betonen wichtig. Denn hier fand die Schutzbehauptung ihren Ausgang, die angestellten Analysen seien wenig greifbar und sollten nicht wichtig genommen werden.

Schon länger ging es Schelsky um die Beachtung von Sachgesetzlichkeiten. Er schrieb 1961 die Abhandlung "Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation", die zum Abstraktesten gehört, was er aufbot. Um so leichter konnten Kritiker Gegenbeispiele anmelden, die aufzeigen sollten, wo überall Demokratie oder Politisierung sinnvoll zum Zuge kommen sollten, statt auf Sachgesetze zu pochen.

Der theoretische Gehalt ist allerdings schwer abweisbar: Wenn Sachgesetze durch Politisierung einfach überstimmt werden, wachsen sie wie Geschwüre. Abzulesen ist das an steigenden Staatsschulden. Auch die Einführung des Euros ließe sich als politisch motivierte Ignoranz gegenüber rechtzeitig angemeldeten Sachgesetzlichkeiten deuten.

Die Realität ist wie so oft komplex. Dieser Komplexität gerecht zu werden kann nur gelingen, wenn sich niemand von vornherein für einen besseren Demokraten hält, für besser aufgeklärt oder im Vollbesitz der Kenntnisse von Sachgesetzen. Schelsky wußte das, und er schloß ausdrücklich auch seine eigene Fehlbarkeit ein. Er kritisierte 1975 in "Die Arbeit tun die anderen" entsprechende Selbstherrlichkeiten bereits im Untertitel als Streber nach Priesterherrschaft im intellektuellen Gewand. Die treibende Kraft war für Schelsky bei alledem die Soziologie, weshalb sich der am 24. Februar 1984 in Münster gestorbene Wissenschaftler auch als - soziologisierenden - "Anti-Soziologen" bezeichnete.

Der Verfasser dieses Beitrags ist Autor des Buches "Helmut Schelsky - Wider die Wirklichkeitsverweigerung. Leben, Werk, Aktualität", Olzog Verlag, München 2012.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Dezember 2012

(x887/...): >>**Mit eigenen Augen**
Wie weit sich Klimadeutschland noch veräppeln läßt, wie untergehende Inseln plötzlich größer wurden, und wie grüner Rassismus klingt
Es ist wieder Klimagipfel, diesmal im vollklimatisierten Ölmirat Katar. Wie passend: Kein Land der Welt jagt pro Kopf so viel Kohlendioxid in die Luft wie eben jenes kleine, steinreiche Land am Persischen Golf. Hinter der Wahl des Tagungsortes blitzt feine Ironie auf: Mal sehen, wie weit sich die Klimatöffel aus Europa noch veralbern lassen! Grenzenlos, wie es scheint.
Es ist so, als würde Nord-Korea zur Welt-Menschenrechtskonferenz einladen. Da würden die Deutschen bestimmt auch hinfahren und hinterher feststellen, daß in den kommunistischen Konzentrationslagern des Landes schon "meßbare Fortschritte bei der Einhaltung der elementaren Menschenrechte" erzielt worden seien, weshalb es nun darauf ankomme, das "auch Deutschland einen Beitrag leistet", sprich: Geld nach Pjöngjang überweist.
Denn genau darum geht es natürlich auch in Katar, um Geld. Zur Jahreswende bekommen die deutschen Stromkunden ohnehin schon ganz klimagerecht eins übergezogen bei den Strompreisen. Doch es soll noch viel besser kommen: Zusätzlich zu den politisch verursachten Mehrkosten innerhalb Deutschlands soll in der Katar-Konferenz ein "Grüner Klimafonds" auf den Weg gebracht werden, der ab 2020 mit jährlich (!) 100 Milliarden US-Dollar gefüllt wird. Wieso eigentlich US-Dollar?
Die USA halten sich beim "Klimaschutz" ebenso vornehm zurück wie eine wachsende Mehrheit von Industriestaaten. Die Schar der Klimaretter schrumpft zunehmend auf die Mitglieder der EU zusammen. Wer hier den größten Batzen trägt, ist uns nicht erst mit der Euro-Krise aufgegangen. Die deutschen Steuerzahler dürfen sich also auf die nächste Rechnung gefaßt machen.
Ist es nicht atemberaubend, in welchem Tempo unsere Politiker immer neue Löcher finden, in die sie unser Geld schmeißen können? Na ja, es ist ja kein Loch. Das Geld soll den armen Ländern zugute kommen, die aus eigener Kraft keine Klimarettung machen können, weil ihr eigenes Geld von den reichen, mächtigen Familien des Landes benötigt wird. Die werden ihre klebrigen Finger natürlich auch nach dem Klimageld aus Deutschland ausstrecken.
Aber das geht uns nichts an. Schließlich handelt es sich um souveräne Staaten, die unter "unserem" Kolonialismus schon genug gelitten haben und sich daher zu Recht jede Einmischung verbitten. Wenn die Projekte nicht vorankommen, weil die Knete irgendwo anders gelandet ist, müssen unsere Anstrengungen eben verstärkt, muß also noch mehr gezahlt werden.
Wenn sich die deutschen Steuerzahler uneinsichtig zeigen, dann zeigen wir ihnen eben Bilder von untergehenden Pazifik-Inseln mit weinenden Kindern und winselnden Alten, die ihre in Jahrhunderten gewachsene Kultur im Meer versinken sehen. Warum? Weil die Deutschen zu geizig sind, Tausenden von Drittwelt-Potentaten blitzneue, abgasreduzierte Staatskarossen zu spendieren. Zu der Suada blenden die findigen Kameraleute dann ein Stück Insel ein, über das gerade eine Welle schwappt: "Da geht sie schon unter, die Insel! Hab ich mit eigenen Augen im Fernsehen gesehen, schrecklich!"
Daß "mit eigenen Augen" und "im Fernsehen" ein Widerspruch in sich ist, merken bekanntlich nur die wenigsten. Zum Glück, denn sonst wäre der Kampf um die deutschen Klimadollars um einiges komplizierter. Wie Satellitenaufnahmen belegen, schrumpfen die Pazifik-Inseln nämlich gar nicht, sondern wachsen sogar. Daß es trotzdem langsam eng wird, könnte eher etwas mit dem Bevölkerungswachstum zu tun haben als mit dem "Klima". Wie in Bangladesch, wo sich die Bevölkerung seit 1960 mehr als verdreifacht hat und die Leute deshalb in niedrig gelegenen Ecken siedeln, in denen ihre Vorfahren lieber keine Häuser gebaut haben.
Es ist die Aufgabe klimabewußter Medien, dafür zu sorgen, daß solche Einsichten nicht um sich greifen und damit den "Klima-Konsens" gefährden. Überhaupt die Medien: Wird es nicht

langsam Zeit, den Wetterbericht abzuschaffen? Als seien böse Mächte am Werk: Pünktlich zur Katar-Konferenz sagen uns die Wetterfrösche einen Kälteeinbruch voraus. Muß denn das sein? Ach, wenn das alles wäre: Seit 15 Jahren schon verweigert die Erdatmosphäre ihre planmäßige Erwärmung, die wir benötigen, um die Milliarden-Eintreibungen für die Klima-Industrie zu rechtfertigen. Die Wetterberichte bestätigen also nur, was Langzeitmessungen untermauern: Es wird einfach nicht wärmer, verdammt!

Die Klimawarner sind indes nicht auf den Kopf gefallen und haben eine Lösung gefunden: Die Folge der Erwärmung kann auch eine Zunahme von "Extremwetterlagen" sein. Also beispielsweise Schnee im Januar oder 30 Grad im Juli. Gab's ja früher auch nicht, oder?

Solche "Extremwetterlagen" könnten die Deutschen schon sehr bald bis in ihr Heim verfolgen, wenn sie morgens die Eiszapfen vom Wohnzimmertisch schlagen müssen, weil seit Tagen der Strom ausgefallen ist, nachdem die rasante Energiewende zum Schutze des Klimas das deutsche Stromnetz in den Kollaps manövriert hat. Was uns die Bundesnetzagentur über die Sicherheit der Stromversorgung nach der Instant-Abschaltung etlicher Kernkraftwerke berichtet, hört sich in der Tat sehr kalt und dunkel an.

Was die Grünen wohl sagen, wenn plötzlich der Strom weg ist? Kein Problem: Sie werden einfach das Thema wechseln, wie beim "Biokraftstoff E10". Vor Jahren priesen uns Trittin, Roth, Künast und Co. das Zeug als wahren Wundersaft. Seitdem sich "E10" statt dessen als Desaster in jeder Hinsicht erwiesen hat, verlieren sie kein Wort mehr darüber.

Es ist immer interessant, wenn Ideologie auf Realität prallt, nicht bloß beim Thema "Klima". Bekanntlich erschallt die Forderung nach Öffnung aller Grenzen gerade in jenen Vierteln unserer Städte am lautesten, wo man sich relativ sicher ist, daß die hereinströmenden "Flüchtlinge" weit weg von der eigenen Haustür siedeln werden.

Dumm nur, wenn es einmal anders kommt. Wie im Bremer Stadtteil Ostertor, der ist so eine Art Prenzlauer Berg der Hansestadt, wo Studenten, Akademiker, Lehrer und Lebenskünstler den Ton angeben, wo früher Häuser besetzt wurden und heute grün gewählt wird. Und wo man erschüttert ist darüber, wie viel Rassismus unter der deutschen Restbevölkerung der Wohnsilo-Vorstädte grassiert. Ebendort sollen ab Januar 60 Asylbewerber in eine Sammelunterkunft einziehen, was nachgerade bezaubernde Reaktionen zur Folge hatte auf einer Anhörung, zu der 150 "AnwohnerInnen" erschienen waren.

Ja, also gegen Flüchtlinge habe man natürlich nichts. Aber "belastet" sei der Stadtteil doch schon genug, klagt ein Anwohner. Belastet? Heißt es nicht "bereichert", wenn es um Migrantinnen und Migranten ging? Aber nein, so war das nicht gemeint: Wegen der "Belastung" sei es "nicht die richtige Gegend für die Flüchtlinge". Man ist also nur in Sorge um die armen Neuankömmlinge!

Wenn sie nun aber hierher sollen, hat man ein paar Vorschläge: Weil der Straßenverkehr vor der Sammelunterkunft Gefahren für die Flüchtlinge berge, möge man im Inneren genügend Räume für "gemeinsame Aktivitäten" vorsehen, fordern die Anwohner. Für eine optimale Betreuung sollten zudem Heimleitung und Hausmeister mit im Haus wohnen. Klingt ein wenig wie: Wenn das Gesocks schon kommt, dann sorgt wenigstens dafür, daß es drinnen und vor allem - unter Aufsicht bleibt!

Eine Anwohnerin berichtete nämlich schon, daß ihrem Enkel von einem "Schwarzafrikaner" (wie wichtig auf einmal die Hautfarbe wieder wird!) Drogen angeboten worden seien. Ein Vermieter fragt schließlich, ob "Lager am Rande der Stadt" nicht ohnehin viel sinnvoller wären. Es hieß wirklich "Lager".

Und morgen marschieren sie wieder auf die "Kein Mensch ist illegal"-Demo gegen eine Verschärfung des Asylrechts! Wetten?<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 7. Januar 2013 (x892/…): >>**"Ökostrom" und die Folgen: 17 Milliarden Euro für die Verbraucher**

Sowohl für Familien als auch für die Wirtschaft und damit für das Gemeinwohl ist eine günstige und zuverlässige Energieversorgung eine wichtige Voraussetzung. Diese war in Deutschland lange Zeit gewährleistet.
Seit die Ideologien auch in diesem Bereich Einzug gehalten haben, ist es sowohl mit der Sicherheit als auch der kostengünstigen Energieversorgung vorbei. Durch das sogenannte Erneuerbaren Energien Gesetz, auch EEG-Umlage genannt, mußten die Verbraucher im vergangenen Jahr 17 Milliarden Euro zusätzlich bezahlen.
Insgesamt belaufen sich die zusätzlichen Kosten für die EEG-Umlage sogar auf 20 Milliarden Euro, von denen 17 Milliarden auf die Verbraucher entfallen. Der Marktwert des Stroms betrug nur einen Bruchteil dieser Kosten. Doch die Energiekonzerne werden durch das Gesetz gezwungen, sämtlichen Strom, der durch Sonnenkollektoren und Windräder erzeugt wird, abzunehmen, auch wenn dieser Strom gar nicht gebraucht wird.
Die Kosten für diesen sehr teuren Strom - besonders Strom aus Sonnenenergie ist teilweise dreimal so teuer wie herkömmlicher Strom - müssen durch die Umlage von den Verbrauchern bezahlt werden. Diese erhalten jedes Jahr trotz immer weiterer Einsparungen höhere Rechnungen als im Vorjahr. Besonders für Familien mit geringen Einkommen nimmt so die Energieversorgung einen immer größeren Teil der laufenden Kosten ein.
Eine gesicherte und preisgünstige Energieversorgung in Deutschland wird besonders von den Grünen hintertrieben, denen sich inzwischen allerdings alle im Bundestag vertretenen Parteien angeschlossen haben. Ihr Gerede von einer menschengemachten Erderwärmung und den Gefahren von CO2 führen dazu, daß eine preiswerte Versorgung mit Kohle und Gas hintertrieben wird. Die Leittragenden dieser Ideologie sind die Menschen, vor allem die Familien und die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die ihre Produktion nicht in andere Länder verlagern wollen.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 19. Februar 2013 (x892/…): >>**Bundesverfassungsgericht: Weiter auf dem Weg zum Unrechtsstaat**
Gegen den naturrechtlichen und verfassungsmäßig bestehenden besonderen Schutz des Staates für Ehe und Familie hat das Bundesverfassungsgericht, wie schon voraussehbar, die Stellung von Ehe und Familie herabgesetzt und jede Art von Beziehung zwischen Menschen, insbesondere solcher mit pathologischem Sexualverhalten weitere Rechte eingeräumt. Künftig dürfen homosexuelle Partner Kinder aus ihrer früheren Ehe in die neue Partnerschaft nehmen und der andere Partner kann dieses Kind adoptieren.
Das Bundesverfassungsgericht hat homosexuellen Gemeinschaften Sonderrechte bei der Adoption zugestanden. Daß es sich um Sonderrechte handelt ist offensichtlich, denn ein gleiches Recht für zusammenlebende Brüder oder Schwestern, die nicht homosexuellen Praktiken nachgehen gibt es nicht.
Künftig ist es Homo-Gemeinschaften erlaubt, die Kinder des gleichgeschlechtlichen Partners zu adoptieren. Diese sogenannte Sukzessivadoption war bislang nur für Ehepaare erlaubt.
Das Bundesverfassungsgericht hat Beschränkungen beim Adoptionsrecht für homosexuelle Lebenspartner für "verfassungswidrig" erklärt. Homosexuelle, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, dürfen künftig ein von ihrem Partner zuvor angenommenes Kind adoptieren.
Diese Entscheidung wurde heute vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verkündetet. Die Regelung, die Schwulen und Lesben solch eine sogenannte Sukzessivadoption verbietet, Ehepaaren aber erlaubt, ist demnach verfassungswidrig.
Der nächste Schritt der "Sukzessivgleichstellung" von Homo-Gemeinschaften mit Ehepaaren ist damit vollzogen. In absehbarer Zukunft werden Gemeinschaften von Homosexuellen auch beim Adoptionsrecht vollständig mit Ehepaaren gleichgestellt und danach folgt eine Besserstellung von Homosexuellen in allen Lebensbereichen.
Es werden sicher weitere Schritte zur totalen Entwertung der Ehe folgen, zunächst die Viel-

ehe, dann die Zulassung der Ehe für Geschwister und schließlich die "Ehe für Alle", bei der jeder auch seinen Hund oder sein Schaf heiraten kann.
All dies beruht letztlich auf der Leugnung einer objektiven Natur, eines Wesens des Menschen und der Ehe, wodurch sich der Mensch die Definitionshoheit darüber anmaßt und alles nach seinem willkürlichen Belieben aus einem Verständnis menschlicher Allmacht bestimmt. Die Folgen sind überall sichtbar, werden aber erst zur Umkehr führen, wenn es zu spät ist.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Februar 2013 (x892/…): >>**Egalitärer Liberalismus**
Zahlreiche Erscheinungen und Debatten in Politik, Kultur und Gesellschaft nicht nur in den vergangenen Wochen, sondern schon seit Jahrzehnten sind nur vor dem Hintergrund des Liberalismus zu verstehen. Der Liberalismus ist seit Jahrhunderten der einflußreichste Feind der katholischen Kirche und einer naturgemäßen gerechten Ordnung. Sozialismus - von rechts oder links - und Kommunismus sind Folgeerscheinungen des Liberalismus.
Zudem ist der klassische Liberalismus schon lange tot. An seine Stelle ist ein Gemisch aus Sozialismus und klassischem Liberalismus getreten. Dieser regiert in der gesamten westlichen Welt. Gut und Böse, Schlecht und Gut, Oben und Unten, Rechts und Links, Ausländer oder Einheimischer .... alle Unterschiede müssen planiert und beseitigt werden ist das Credo dieser herrschen Ideologie. Ein Blick auf aktuelle Debatten.
In der politischen Verortung der Parteien wollen alle in der Mitte sein. Allenfalls ein klein wenig links oder rechts (davon aber nur SEHR wenig) der Mitte ist noch möglich. Die Mitte ist die Gleichheit und in der Tat: alle Parteien im Bundestag sind gleich. Wo ist ein wesentlicher Unterschied zwischen Frau von der Leyen (CDU) und Gregor Gysi (LINKE)?
Viele deutsche Städte ächzen unter der Armutseinwanderung von Roma aus Osteuropa, die hier zu Zehntausenden eintreffen und gerade angekommen, aus den Steuergeldern der einheimischen Bevölkerung versorgt werden. Daß man diesen armen Menschen ihren Entschluß nach Deutschland zu kommen nicht verübeln kann, angesichts der deutschen Sozialsysteme, die Jeden sofort mit allem nötigen versorgen, ist selbstverständlich.
Doch naturrechtlich ist jeder zunächst zur Hilfe und Solidarität für seinen Nächsten - Familie, Verwandte, Angehörige, Freunde - verantwortlich und nicht für Menschen in fernen Ländern. Doch für die deutsche Sozialpolitik gibt es keinen Unterschied zwischen lange hier lebenden und arbeitenden Menschen, die diese Sozialsysteme für sich aufgebaut haben und solchen aus den entferntesten Winkeln der Erde, die erfahren haben, daß sie hier gut versorgt werden.
In verschiedenen Bundesländern ist das neue Zauberwort in der Schulpolitik die "Inklusion". Gemeint ist damit, daß geistig, körperlich, sozial oder sonst wie behinderte Kinder in normale Schulkassen integriert werden sollen. Alle sind gleich, oder "Jeder ist behindert - irgendwo" wie der Propagandaspruch der Egalitaristen heißt. Defizite sollen durch "gezielte Einzelbetreuung" beseitigt werden.
Daß dies nicht zu leisten ist und Schulen, Lehrer und Mitschüler dadurch massiv überfordert werden, spielt keine Rolle: alle sind gleich und wenn nicht, müssen sie gleich gemacht werden. Nicht nur die Lehrer und Schüler leiden unter der Inklusion, sondern ganz besonders die behinderten Kinder selbst. Dies ist alles auch gut bekannt. Doch was interessiert sich ein egalitärer Liberaler schon für die Realität.
Sitzenbleiben muß abgeschafft werden, unbedingt. Alle Schüler sind gleich und wenn einer weniger gleich ist als ein anderer, muß er gleich gemacht werden. Dies geschieht, indem man ihm anstatt einer verdienten "5" eine "2" gibt, oder, weil dies etwas zu auffällig ist, indem man einfach alle Noten abschafft und die ungleichen durch - Sie wissen es schon - "gezielte Einzelbetreuung" gleich macht. Männer und Frauen, Ehe und Freundschaft, Familie und jede beliebige Gruppe - alles ist gleich und muß auch so behandelt werden.
Sollte nun jemand, wie wir zum Beispiel, auf die Idee kommen, diesen Egalitarismus als der

Natur des Menschen zutiefst zuwider zu kritisieren und vor den schwerwiegenden, gesellschafts- und staatzerstörenden Folgen warnen: dann ist er ein RECHTSRADIKALER. Und mit dem muß man sich nicht auseinandersetzen, oder wenn, dann durch Gewalt oder gerichtlich. Und weil davor die meisten Menschen verständlicherweise zurückschrecken, schweigen sie oder reden bestenfalls im engsten Freundeskreis davon. War das nicht in der DDR auch so? Auch die DDR nannte sich demokratische Republik! Der Name ist bedeutungslos, es kommt darauf an, was in der Packung drin ist.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 27. Februar 2013 (x892/…): >>**Der nächste Schritt auf dem Weg der Gesellschaftszerstörung**

Die Salamitaktik zeigt Wirkung! Schritt für Schritt ist es den mächtigen, einflußreichen Lobbygruppen der Homosexuellen in Verbindung mit linken Ideologen, deren Ziel die vollständige Gesellschaftsveränderung ist, gelungen, ihre unsittliche Lebensweise mit der naturrechtlichen Ehe gleichstellen zu lassen.

Das Gericht, das eigentlich die Verfassung schützen soll, die im Artikel 6 recht eindeutig ist, hat dem Druck nachgegeben und erst in der vergangenen Woche die Adoption von Kindern durch Homosexuelle Partner aus einer vorherigen Ehe erlaubt. Nun ist die "C"DU bestrebt, den Linken und der FDP nicht die Initiative für weitere Schritte zu überlassen und sie will deshalb das volle Adoptionsrecht für Homos durchsetzen.

Versetzen Sie sich doch mal in die Zeit vor zehn Jahren zurück! Kein langer Zeitraum. Hätten Sie damals gesagt, die "C"DU wird in zehn Jahren das Adoptionsrecht für Homosexuelle fordern, hätte man Sie zweifellos nicht besonders ernst genommen. Und wie wäre eine solche Aussage erst vor 20 oder 30 Jahren gewesen?

Der Grund für diese Aufgabe fundamentaler Grundprinzipien einer gerechten und geordneten Gesellschaftsordnung ist ganz einfach: es ist die liberale Grundhaltung der "C"DU, die überhaupt keine echten, beständigen Prinzipien kennt. Was auch immer künftig von einflußreichen Kräften gefordert wird - Ehe für Geschwister, Herabsetzung des Alters für die Bestrafung der Verführung Minderjähriger und was auch immer - Sie können gewiß sein, die "C"DU wird auch hier umkippen.

Eine Gesellschaft, ein Staat, der Ehe und Familie mit pathologischem Sexualverhalten gleichstellt, ist völlig am Ende. Platon und Aristoteles, die beide in der antiken Gesellschaft lebten, in der Homosexualität weit verbreitet war und die beide keinerlei christliche Offenbarung kannten, hielten Homosexualität für völlig naturwidrig.

Dies ist mit Blick auf die Natur von Mann und Frau und die Natur der Ehe so offensichtlich, daß man eigentlich völlig schockiert sein müßte, daß jemand im Ernst behauptet, auch zwei Männer oder zwei Frauen könnten eine Ehe eingehen. Da aber nur noch wenige Menschen in Europa dies schockierend finden, muß man davon ausgehen, daß das Gewissen der Menschen tief gestört ist und sie durch die massenhafte Propaganda in ihrer Erkenntnisfähigkeit schwer beeinträchtigt sind.

Wer nach dem Verhalten des "C"DU nach dem Unrechtsurteil des Bundesverfassungsgerichts aus der vergangenen Woche noch der Auffassung ist, diese Partei sei das "kleinere Übel", dem ist wohl nicht mehr zu helfen. Daß die "C"SU sich noch ziert, ist nichts als Schauspiel. Für Menschen guten Willens, die dem in das Herz des Menschen geschriebenen Naturrecht Anerkennung zollen, ist keine der im Bundestag vertretenen Parteien mehr wählbar!<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. März 2013 (x892/…): >>**Da ist er wieder, der Vorwurf: Rechtspopulismus**

Die Partei "Alternative für Deutschland" ist noch nicht gegründet, da posaunen bereits alle Parteien im Bundestag, die um ihre Pfründe bangen: "Rechtspopulismus!!" Seit mehr als zwanzig Jahren wird jede Neugründung einer Partei, die nicht eindeutig links ist, mit dieser Abqualifizierung aus der politischen Arena ausgeschlossen, weil die politische Klasse ihre

Macht nicht teilen möchte. Und das nennt sich jetzt Demokratie, bei der es u.a. darum gehen soll, sich mit dem politischen Gegner und seinen Positionen rational auseinanderzusetzen. Der Vorwurf des Rechtspopulismus gegen eine künftige Partei wie die "Alternative für Deutschland" ist in ihrer totalitären Bosheit kaum noch zu übertreffen.
Die Führung der neuen Partei besteht aus gestandenen Wissenschaftlern, Wirtschaftsfachleuten und Politikern, die in keiner Weise "rechts" oder "populistisch" sind. Man könnte sie schlimmstenfalls als harmlos bezeichnen.
Doch sie treten mehr oder weniger entschlossen ein gegen die Rechtsbrüche in der EU, gegen die "alternativlose Rettungspolitik" für den Euro, der allein dem internationalen Finanzkapital dient und dessen Profite noch mehr steigert. Und da alle im Bundestag vertretenen Parteien grundsätzlich die Eurorettung begeistert bejubeln, weil es darum geht, die deutsche Souveränität zu untergraben (sie streiten nur mit welchem Mitteln und wie schnell der Euro, spricht die Banken, gerettet werden sollen), deshalb wird jeder, der sich gegen diese "alternativlose" Politik stellt und eine Alternative anbietet, als "Populist" beschimpft. Demnach sind etwa 70 Prozent der deutschen Bevölkerung Populisten.
Am harmlosesten äußerte sich noch der hessische Ministerpräsident Bouffier: "Sie (gemeint ist die neue Partei AfD) ist Ausdruck eines latenten Unwohlseins, aber daraus wird keine Politik". Die AfD ist demnach so etwas wie Magengrimmen, das, anstatt einer sehr ausgeprägten Ablehnung im Volk, nur "latent" ist.
Deutlicher wird da schon die Linke Andrea Nahles von der SPD, die die Marschrichtung für kommende Hetzkampagnen vorgibt, die eine Auseinandersetzung überflüssig machen: "Das sind Populisten, die ich niemandem gönne - schon gar nicht den Deutschen." Wir wünschen unseren ärgsten Feinden keine Politiker wie Andrea Nahles.
Die "Alternative für Deutschland" hat bereits einen Monat nach ihrer Gründung 2.700 Mitglieder. …
Warum versuchen die Politiker, die jetzt wieder auf die AfD wie zuvor auf andere Parteien, die nicht links waren und ernsthafte Anliegen vorbringen und vorbrachten, nicht mit Argumenten z.B. für die Rationalität und Notwendigkeit einer Eurorettung einzutreten und die Hintergründe für die Bürger nachvollziehbar zu machen? Vermutlich wohl deshalb, weil dies gar nicht möglich ist. Also bleibt nur die Hetze. Aristoteles nannte eine solche Verfallsform der Demokratie bereits "Pöbelherrschaft". Und dies ist der wirklich herrschende Populismus in Deutschland.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. März 2013 (x892/…): >>**Intoleranter Relativismus: Politische Korrektheit in Deutschland**
Im Auftrag des Instituts für Demoskopie Allensbach hat die FAZ eine Umfrage veröffentlicht, die "tatsächliche und gefühlte Intoleranz" untersuchen sollte. Bei allen Vorbehalten gegen solche Umfragen, sind doch einige Ergebnisse sehr aufschlußreich. So antworten auf die Frage, was man unter keinen Umständen tun darf, 72 Prozent "Müll irgendwo im Freien abladen" aber nur 13 Prozent "Abtreibung".
Weiter wurde die Frage gestellt: "Haben Sie das Gefühl, daß man heute in Deutschland seine Meinung frei sagen kann, oder ist es besser vorsichtig zu sein?" Darauf antworten 9 Prozent, dies sei nur mit Einschränkungen möglich und 30 Prozent meinen, man müsse besser vorsichtig sein. 56 Prozent sind der Auffassung, man könne frei seine Meinung sagen.
Eine andere Frage war so formuliert: "Neulich sagte uns jemand: 'Wenn man heute zu einigen Themen das sagt, was man wirklich denkt, wird man schnell zurechtgewiesen oder gar beschimpft. Manche Dinge darf man einfach nicht laut aussprechen'. Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?" Darauf antworteten immerhin 41 Prozent, daß sie dies auch so sehen. Als Themen, die davon besonders betroffen sind, wurden hauptsächlich "Einwanderung, Ausländer und Minderheiten" genannt. Hier sind es vor allem die Medien, die Propa-

ganda für unbegrenzte Zuwanderung etc. verbreiten.
Schließlich gab es verschiedene Fragen zu "politisch unkorrekten Aussagen", die als völlig unakzeptabel oder als eher akzeptabel empfunden werden. Dabei wurde zugleich gefragt, mit welchen Aussagen man sich in der Öffentlichkeit Ärger einhandelt und mit welchen eher nicht. Bei diesen Fragen zeigte sich deutlich, daß es ein hohes "Maß an Intoleranz gegenüber Meinungen gibt, die den eigenen Vorstellungen von einer moralisch angemessenen Haltung widersprechen" (FAZ vom 20.03.2013).
Erschreckend fällt das Ergebnis bezüglich der Frage nach dem, was man auf keinen Fall tun darf aus. Die höchste Ablehnung fand das Autofahren mit zu viel Alkohol (74 %), gefolgt von "Müll irgendwo im Freien abladen" (72 %). Selbst "zu schnell Autofahren" (15 %) findet größere Ablehnung als "Abtreibung" (13 %).
Durch die Jahrzehnte währende Praxis der Abtreibung haben die Menschen offensichtlich inzwischen sich daran gewöhnt, die die Tötung von kleinen Babys im Mutterleib nichts ist, was zu verurteilen wäre.
Wie lange kann eine Gesellschaft noch bestehen, die eine ordnungsgemäße Müllentsorgung erheblich höher schätzt als sie die Abtreibung von Kindern verurteilt? Einer Gesellschaft, die argumentativ-sachliche Kritik an homosexuellen Praktiken mit massiver verbaler Gewalt (oft auch mehr) unterdrückt? In der Demonstrationen für das Recht auf Leben für alle mit körperlicher Gewalt angegriffen und verhindert werden?<<
Herbert Ludwig berichtete am 17. Mai 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/…): >>**Fassade "Demokratie"**
"Wählen bedeutet die Illusion des Einflusses im Austausch gegen den Verlust der Freiheit."
Frank Karsten/Karel Beckmann: *Wenn die Demokratie zusammenbricht.*
Die heutige Form der Demokratie wird weithin als die beste aller möglichen Gesellschaftssysteme, als Höhepunkt der politischen Entwicklung der Menschheit, wenn nicht gar als endgültige Entwicklungsform menschlichen Zusammenlebens gepriesen. Freiheit, gleiche Teilhabe und Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, sowie materieller Wohlstand werde durch die moderne Form der parlamentarischen Demokratie garantiert. In ihr entscheide nicht mehr ein Einzelner oder eine privilegierte Schicht diktatorisch über das Volk, sondern dieses bestimme seine Geschicke selbst.
Kratzen wir an dieser Fassade, so kommt vielfach etwas ganz anderes zum Vorschein. Auch in der heutigen Demokratie wird das Leben der Menschen weitgehend von außen durch Gesetze reglementiert, die von einer privilegierten Politikerkaste beschlossen werden, nur daß diese ihre Stellung nicht der Geburt, sondern den Wahlen des Volkes verdankt. Mit der Wahl aber, die stets als großes demokratisches Ritual gefeiert wird, beschränkt sich die Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung darauf, seine Stimme im doppelten Wortsinn abzugeben und anschließend ohnmächtig zu verfolgen, was die Parteien und Politiker daraus machen.
Fast alle gesellschaftlichen Themen werden, mit zunehmender Tendenz, zu kollektiven Problemen gemacht und per Gesetz zentral organisiert. Von Freiheit und Selbstbestimmung kann da keine Rede sein. Das ist prinzipiell ebenso eine Fremdbestimmung des Menschen wie in einer vormundschaftlichen Diktatur, nur daß in der "Demokratie" die Menschen ihre Vormünder alle paar Jahre unter mehreren Bewerbern selbst auswählen dürfen.
Der Name "Volksherrschaft" täuscht etwas vor, was nicht vorhanden ist. Nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille weniger, die vorgeben, das Volk zu vertreten, hat das Sagen. So rief ein holländischer Komiker einmal aus: "Demokratie ist der Wille des Volkes. Jeden Morgen lese ich überrascht in der Zeitung, was ich will." Wir haben in Wahrheit eine Oligarchie, in der "die herrschenden Gesetze die Gesetze der Herrschenden" (B. Brecht) sind. Es herrscht

in den Gesetzen vielfach nicht das von allen als gerecht empfundene Recht, sondern im Kostüm des Rechts herrschen die Interessen der Wenigen.
Demokratie ist unbedingt notwendig. Nur ist das, was heute so genannt wird, keine wahre Demokratie. Es wird das Wort eines positiven Begriffes benutzt, hinter dessen Fassade sich etwas ganz anderes abspielt. Und durch die permanente phrasenhafte Preisung des Wortes wird das Bewußtsein der Menschen eingelullt, so daß sie schließlich glauben, was ihnen vorgegaukelt wird.
Der geistigen und gesellschaftlichen Geschichte der europäischen Völker liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft die vorwärts drängende Entwicklung des Menschen zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität zugrunde. Auch die Demokratie-Bewegung ist letztlich daraus hervorgegangen.
Das wachsende Bewußtsein, daß nicht nur wenige, sondern jeder Mensch die Wahrheit erkennen und aus eigener Einsicht sein Leben selbst bestimmen kann, ließ die Herrschaft eines privilegierten Adels unerträglich werden. Der Mensch will nicht mehr Gesetzen unterworfen sein, die ihm von oben diktiert werden, sondern seine Lebensverhältnisse selbst gestalten und an dem, was notwendig gesetzlich geregelt werden muß, als Gleicher unter Gleichen mitwirken.
Da stellt sich zuerst die für eine freiheitliche Demokratie wesentliche Frage, die zumeist übergangen wird, welche Gesetze in einer Gemeinschaft überhaupt notwendig sind. Denn ein Gesetz, mag es inhaltlich noch so gut oder gut gemeint sein, schließt immer das freie Handeln des Menschen aus und unterwirft es einem äußeren Zwang.
Wenn Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichheit vor dem Gesetz und Sozialverhalten die Ideale des demokratischen Staates sind, dann kann dessen Sinn und Aufgabe nur darin bestehen, durch die Verfassung, das Zivil-, Straf- und sonstige Ordnungsrecht den schützenden Rahmen dafür zu bilden, daß seine Bürger im Sinne dieser die Demokratie in ihrem Fundament begründenden Menschenrechte ihr Leben selber bestimmen und gestalten und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Die staatliche Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Entwicklung des Menschen zur freien Individualität zu dienen.
Gesetze dürfen danach nicht die inhaltliche Regelung der wirtschaftlichen und kulturell-geistigen Tätigkeit der Bürger, ihr physisches und moralisches Wohl, zum Ziele haben. Denn dann setzt sich der Staat an die Stelle der Handlungsintentionen des freien Menschen, schaltet mit der Selbstbestimmung seine Freiheit aus und verletzt ihn in seiner Würde als autonomes Wesen.
Der Mensch wird dann nicht als mündiges Subjekt, sondern als Objekt des Willens anderer behandelt und erniedrigt. Es wird automatisch ein demokratiewidriges Über- und Unterordnungsverhältnis begründet, dem die Menschen passiv ausgesetzt sind.
Der Staat tritt als Vormund auf, der unausgesprochen voraussetzt, daß die Menschen unmündig seien, denen von den wenigen Mündigen im Staate, von "denen da oben", wie die hilflosen Bürger noch immer bezeichnenderweise sagen, vorgeschrieben werden müsse, was das Richtige und Beste für sie sei. Es ist noch eine unbewußt so tief sitzende obrigkeitsstaatliche Gewohnheit und Tradition, daß man gar nicht mehr die darin liegende Arroganz und Überheblichkeit empfindet. Sie wird nur durch das suggestiv-mediale Ritual der Parlaments-Wahlen verdeckt, das für den Wähler die Illusion des Einflusses erzeugt, in Wahrheit aber die Abgabe seiner Freiheit bedeutet.
Dem demokratischen Staat darf es nur um den Schutz des vom Bürger selbst zu besorgenden Wohles vor Gefährdungen, also um die Sicherung des äußeren und inneren Friedens gehen. Hier handelt es sich um Aufgaben, die nicht vom Einzelnen, sondern nur im Zusammenschluß aller und durch gemeinsam vereinbarte Regeln gelöst werden können.
Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm kon-

stitutiv zugrunde liegen. Das Strafrecht sorgt für die Sicherheit vor sozial zerstörerischen Handlungen, die gegen Leib und Leben gerichtet sind. Das bürgerliche Recht faßt die Beziehungen der Menschen, wie sie sich im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben ergeben, in Regeln, die dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen. Im Verfahrensrecht ist die Selbstjustiz des einzelnen unterbunden und die Verfolgung seines Rechtes zur Sorge der Gemeinschaft gemacht, die hier nicht eigene Interessen, sondern diejenigen des Recht suchenden Bürgers vertritt.
Nur in diesem auf allgemeine Regeln reduzierten Rechtsleben des Staates, in dem jeder mündige Mensch urteilsfähig ist, kann es eine parlamentarische Abstimmung geben. In inhaltlichen Fragen des Wirtschafts- und des geistig-kulturellen Lebens ist sowieso nur der jeweilige Fachmann urteilsfähig. Das wegen der Größe eines Staatsgebietes notwendige repräsentative System müßte aber für grundsätzliche Rechtsfragen noch durch Volksabstimmungen ergänzt werden.
Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen sind nicht mit einer hierarchischen, vertikalen, sondern nur mit einer horizontalen Gesellschaftsstruktur vereinbar. In ihr stehen alle Bürger gleichberechtigt nebeneinander und gehen vertragliche Vereinbarungen unter Gleichen ein. Welche Gestaltungen sich im kulturellen und im wirtschaftlichen Felde etablieren, kann nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Fruchtbarkeit und der realen Bedürfnisse von den beteiligten Menschen selbst entschieden und vereinbart werden.
Der Staat hat nur den rechtlichen Rahmen zu setzen, der Privilegien und Monopole verhindert, die zu Unterdrückung und Ausbeutung führen. Er hat aber nicht über Parlamente und Wirtschafts- oder Kultusministerien irgendeinen dirigierenden Einfluß auszuüben. Das bedeutet, daß sich sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben mit dem gesamten Bildungswesen aus ihrer eigenen Kompetenz, d.h. aus der Erkenntnis- und Gestaltungsfähigkeit der betroffenen mündigen Menschen konstituieren und sich selber - horizontal koordinierend - organisieren.
Die Anmaßung des Staates, bzw. der ihn lenkenden Kreise, alle Lebensgebiete des Menschen inhaltlich zu reglementieren, hat dazu geführt, daß sich am Flaschenhals des Parlamentes, durch den alle Regelungen hindurchmüssen, ein riesiger Schwarm von Interessengruppen, die Lobbyisten, festgesetzt hat, um Einfluß darauf zu nehmen.
Die größten Interessengruppen sind die politischen Parteien, die sogar das Parlament okkupiert haben. Sie stellen ausschließlich die "Volksvertreter", die aber in Wahrheit die Interessen ihrer Partei vertreten, der sie verantwortlich sind. Sie unterliegen der Partei-Disziplin zur Geschlossenheit in den Abstimmungen, dem "Fraktionszwang", der schon für sich die grundgesetzlich garantierte Unabhängigkeit des Abgeordneten aushebelt.
Eine direkte Verbindung zum Volk ist dadurch nicht vorhanden. Es gibt nur eine begrenzte Personenwahl**,** die von den Parteien vorgegeben wird, und eine Gruppenwahl, die ebenfalls über die Landeslisten der Parteien erfolgt. 40 % der Abgeordneten kommen schon über einen sicheren Listenplatz der Parteien in das Parlament. Sie stehen also schon vor der Wahl fest, werden gar nicht von den Bürgern, sondern praktisch von den Parteien bestimmt, in denen nur 2,4 % des Volkes organisiert sind.
Die Hoheit der Gesetzgebung liegt de facto nicht beim Abgeordneten, sondern bei seiner Partei. Gesetzgeber ist de facto nicht das Parlament, sondern die Regierungspartei oder die Koalitionsrunde der Regierungsparteien. Es wird das Parlament nur formal als Forum benutzt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden vorher in der Partei gefällt, in der Legislative und Exekutive eins sind, die Gewaltenteilung also aufgehoben ist.
Diese scheindemokratischen Strukturen geben nun die Möglichkeit ab, daß Hintergrundkreise diese Oligarchie als Instrument benutzen und für ihre Interessen und Ziele einspannen können, so daß die Politiker vielfach nur ihre Marionetten sind. Daß zu diesen Hintergrundkreisen die

Finanzindustrie gehört, ist für jedermann mehr als offensichtlich geworden.
Die Vorgänge in der "Eurorettung" offenbaren ja jedem, wessen Interessen hier bedient werden. Astronomische Summen, den Steuerzahlern des einen Volkes geraubt, werden in scheinbarer Solidarität den überschuldeten anderen Völkern gegeben, fließen aber in Wahrheit den internationalen Banken zu, um deren Forderungen zu begleichen. Zusätzlich werden noch Schulden der Banken direkt getilgt.
Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Demokratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.
Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":
"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher:
Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."
Sowie dem Staat die angemaßten inhaltlichen Regelungen in der Wirtschaft, einschließlich des Geldwesens, und in der Kultur entzogen würden, hätten die Interessengruppen bei Parlament und Regierung keine Ansatzpunkte mehr, und auch die politischen Parteien würden verschwinden. Damit entfiele zugleich für die Hintergrundkreise die Möglichkeit, über politische Marionetten die Gesellschaft in ihrem Sinne zu lenken und zu prägen.
Für Volksabstimmungen und natürlich noch notwendige Parlamente der Volksvertreter bliebe nur die Kompetenz der oben skizzierten Rechtssetzung im eigentlichen Sinne, bei der es nicht um inhaltliche Teil- oder Gruppeninteressen, sondern um den rechtlichen Rahmen geht, in dem jeder Mündige urteilsfähig ist.
Das bedeutet, daß sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben ihre jeweils eigenen Verwaltungen bräuchten, in denen horizontal in kooperierenden Körperschaften die notwendigen koordinierenden, aufeinander abstimmenden vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. So daß sich eine Dreigliederung des gesellschaftlichen Lebens in das Rechts-, Wirtschafts- und Kulturleben ergäbe, die durch eigene Verwaltungen eine relative Unabhängigkeit voneinander hätten, sich aber funktional wie in einem Organismus durchdringen würden.
Auf diese Notwendigkeit hat bereits Anfang des 20. Jahrhunderts der vielfach verkannte Rudolf Steiner in seiner Schrift "Die Kernpunkte der sozialen Frage" und in vielen Aufsätzen und Vorträgen hingewiesen.
Es kommt alles darauf an, die jetzige "demokratische" Diktatur endlich im Sinne des sich selbst bestimmenden freien Menschen zu verändern, wenn sich die Katastrophen nicht fortsetzen sollen.<<
Die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" berichtete am 26. Mai 2013: >>**Ein Makel im Lebenslauf: Deutsche Spitzenpolitiker verschleiern ihre Studienabbrüche**
Politiker, die ihr Studium abgebrochen haben, empfinden das als Makel. Sie löschen die An-

gaben im Internet oder legen sich seltsame Berufe zu. Konservative wollen nicht darüber sprechen - andere scheinen fast darauf gewartet zu haben.
Sie sprechen nicht gern darüber. Es gehört zu ihrem Leben, aber es macht sich schlecht im Lebenslauf. Doch wenn sie begonnen haben, darüber zu reden, sprudelt es aus ihnen heraus. Daß es so kam, dafür nennen sie verschiedene Gründe. Manche erscheinen vorgeschoben, manche echt.
Die Zeit war es, sagt etwa Volker Beck. Der 52 Jahre alte Grüne ist Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion im Bundestag, er könnte Minister werden, sollte seine Partei wieder regieren. Oft wird er als Jurist angesehen. Die Wahrheit: Beck hat keinen Beruf - nur den des Politikers. Sein Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Germanistik in Stuttgart brach er nach vier Jahren ab, ging 1987 als Mitarbeiter zur Bundestagsfraktion nach Bonn.
Damals kümmerten sich nur wenige um sein Herzensanliegen, die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben. Beck machte weiter. Mit der Politik, nicht mit der Uni. Sonst wäre das, was er aufgebaut hatte, verloren gewesen. So dachten damals viele, sagt er. "Daß es bei den Grünen viele Studienabbrecher gibt, hat mit der Gründergeneration der Partei zu tun. Man wollte die Republik verändern, Menschen vor der Abschiebung bewahren, die Natur retten. Das war wichtiger als die Jagd nach Scheinen oder ein Studienabschluß."

Joschka Fischers höhere Qualifikation: ein Taxischein

Klar, so waren sie, die Gründungsgrünen. Daniela Wagner etwa, Bundestagsabgeordnete aus Darmstadt, war aktiv bei den Protesten gegen die Startbahn West und an Friedensmärschen beteiligt, baute einen grünen Kreisverband mit auf und saß als Studentin im Hessischen Landtag - nur abgeschlossen hat sie ihr mehr als zehn Jahre dauerndes Studium der Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften nie. "Das Studium war bei mir wegen der Politik immer unter ferner liefen. Ich dachte, ich müßte es zu Ende machen, weil ich es meinen Eltern schuldig sei", sagt die 56 Jahre alte Hessin, die mit dem grünen Oberbürgermeister von Darmstadt verheiratet ist.
Joschka Fischer, der ehemalige Außenminister, besaß als höhere Qualifikation nur einen Taxischein. Parteichefin Claudia Roth studierte nur zwei Semester Theaterwissenschaften, bevor man ihr etwas Besseres anbot, wie sie heute sagt. Und Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt ist, anders als oft behauptet, keine Theologin. Sie hat zwar etliche Semester Theologie studiert, aber das Studium nicht abgeschlossen.
Politiker ohne Abschluß zu sein ist keine grüne Spezialität. Zwar stellen die Grünen im Bundestag mit 8,8 Prozent ihrer Fraktion die relativ größte Zahl an Studienabbrechern. Aber die gibt es quer durch alle Parteien, wie die Bundestagsstatistik zeigt. Dicht hinter den Grünen folgt, man staune, die FDP-Fraktion (7,5 Prozent), in absoluten Zahlen hat sie sieben Volksvertreter, die ihr Studium aufgaben, einen mehr als die Grünen. In der SPD-Fraktion gibt es zehn Abbrecher (6,8 Prozent) die Linke kommt auf vier (5,3 Prozent), und das Schlußlicht, die CDU/CSU-Fraktion, immerhin auf acht (3,6 Prozent). Insgesamt haben 35 Abgeordnete oder 5,6 Prozent aller Parlamentarier des Bundestags ihr Studium abgebrochen.

Wo ist das Problem?

Und wie bei den Parteien gibt es Abbrecher quer durch die Generationen. Zum Beispiel Omid Nouripour. Der 37 Jahre alte Politiker iranischer Abstammung, gewiß kein Gründungsgrüner, plante eine anspruchsvolle akademische Karriere. Schließlich sind die Eltern Doppelakademiker, beide Luftfahrtingenieure, die Mutter zudem Diplom-Biologin, der Vater Volkswirt.
Nouripour nahm Germanistik, Politik und Philosophie und dazu noch Vergleichende Literaturwissenschaft in Angriff. Eine sogenannte grundständige Promotion wollte er schreiben, also eine, die zugleich den Studienabschluß bedeutet. Es sollte über den Heimatbegriff in der deutschsprachigen Literatur gehen, so von Heinrich Heine bis Feridun Zaimoglu. Aus alledem

wurde nichts.
Statt dessen wurde er Sprecher der Grünen Jugend Hessen, 2002 Mitglied im Bundesvorstand, ein hauptamtlicher Job. Er hegte die Illusion, er könnte tagsüber Politik machen und nachts Doktorarbeit schreiben. Im Herbst 2006 rückte Nouripour für Joschka Fischer in den Bundestag nach - Studium ade!
Na und? Wo ist das Problem? Schließlich gehören die Abgeordneten des obersten deutschen Parlaments zur Champions League der Politik. Sie haben es zu etwas gebracht, sind gut 600 Erwählte, die Gesetze für 80 Millionen beschließen. Was kümmert es da, ob sie ihr Studium beendet haben? Könnte man meinen. Doch so ist es nicht. Viele rechtfertigen sich, verschleiern diesen Teil ihrer Biographie. Wenn sie über ihr Studium sprechen, wirkt es ein bißchen wie eine Beichte - Schuldgefühle, Unbehagen und Erleichterung mischen sich.

Ein abgebrochenes Studium läßt sich nur erahnen

Wie erfährt man überhaupt, ob ein Politiker sein Studium abgebrochen hat? Im Fall von Omid Nouripour ist es leicht herauszukriegen. Es steht auf seiner Internet-Seite. Erzwungenermaßen. Nachdem er als Abgeordneter auf der Seite des Bundestags immer noch als "Promovent" (so die Schreibweise) aufgeführt war, obwohl die Promotion ohne vorherigen Studienabschluß bereits abgeschafft war, outete ihn die "Bild"-Zeitung. Sie machte ihn zum "Verlierer des Tages", nannte ihn einen "Angeber".
Nouripour gab eine Erklärung heraus, irgendwie seien Angaben aus der Zeit im Bundesvorstand auf der Seite des Bundestags gelandet. "Meinen Studienabbruch habe ich erst nach der Geschichte mit der 'Bild'-Zeitung öffentlich gemacht", sagt er auf die Frage, wie sein Bekenntnis zum Abbrechertum zustande kam. Was er notgedrungen machte, empfiehlt er nun anderen: "Heute bin ich der Meinung, daß ein Politiker damit nicht verschämt umgehen sollte."
Doch das Gegenteil ist der Fall. Kein einziger der knapp ein Dutzend Abgeordneten, die für diesen Artikel Rede und Antwort standen, gibt auf seiner Homepage oder in der Biographie des Bundestags an, ohne Abschluß zu sein. Statt dessen schreiben sie etwa: "Studium der Volkswirtschaftslehre in Osnabrück und der Landespflege, Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie in Essen." So steht es bei dem SPD-Abgeordneten Frank Schwabe.
"Studium der Biologie und der Sozialwissenschaften an der Universität Köln", heißt es bei Dietmar Nietan, auch er von der SPD. So handhaben es alle. Nur dadurch, daß kein Abschluß vermerkt ist, kein Diplom, Magister oder Staatsexamen, läßt sich erahnen, daß das Studium abgebrochen wurde. Eine direkte Lüge ist das nicht. Aber eben auch nicht die Wahrheit.

Der Trick mit der Berufsbezeichnung

Es wäre schon ehrlicher, "ohne Abschluß" zu schreiben, gibt Schwabe zu. Zugleich aber sei jeder frei zu entscheiden, was er in seinem Lebenslauf betone. "Man schreibt auch nicht, wenn man in der neunten Klasse mal sitzengeblieben ist", sagt der 42 Jahre alte SPD-Politiker aus Castrop-Rauxel. Wie sehr er es nicht mag, daß sein Studienabbruch überregional bekannt wird, zeigt der Umgang mit seiner Wikipedia-Biographie. In das Online-Lexikon schrieben Nutzer seinen Studienabbruch immer wieder hinein. Doch heute fehlt der Hinweis. "Mein Büro hat das immer wieder geändert", erklärt Schwabe die Bereinigung.
Auch in Dietmar Nietans Biographie in Wikipedia ist der Studienabbruch mehrfach gelöscht worden. "Ein Parteifreund hat mich gefragt, ob ich etwas dagegen hätte, wenn er das löscht, weil er es einseitig findet. Ich war natürlich nicht dagegen", sagt der Sozialdemokrat, der für den Kreis Düren im Bundestag sitzt. Einseitig? Es ist doch schlicht richtig. "Mit meinem nicht beendeten Studium so offensiv umzugehen, ist schwierig für mich", versucht Nietan die Löschorder zu erklären.
Verschweigen und Löschen ist nur ein Trick, um den Studienabbruch nicht bekanntwerden zu lassen. Ein anderer dreht sich um die Berufsbezeichnung. Es gibt Berufe, die nicht geschützt

sind, Geschäftsführer oder Journalist. Die kann man sich leicht zulegen. Dramaturgin gehört auch dazu. Diesen Beruf hat Grünen-Chefin Claudia Roth im Bundestagshandbuch stehen. Roth, die aus einem großbürgerlichen Akademiker-Haushalt kommt und ein Abi mit 1,7 gemacht hat, war nach den zwei Semestern Theaterwissenschaft als Dramaturgieassistentin tätig. In ihrem letzten Arbeitsvertrag habe aber "Dramaturgin" gestanden, sagt sie.
Ihre politische Karriere hatte sie 1985 als Pressesprecherin der Grünen-Fraktion gestartet. Für dieses Amt hatte sie keine Qualifikation - aber weil sie mehrere Jahre Managerin der Polit-Rockband "Ton Steine Scherben" war, entschied die Fraktion, daß die stürmische Frau es auch mit den Grünen aushalten würde. Heute, so meint Roth, hätte sie kaum noch Chancen auf den Job.

"Es ist schon ein Makel"

Omid Nouripour ist laut Bundestagshandbuch "Selbständiger Berater". Er hat - noch vor seiner Zeit als Abgeordneter - in Gießen ein Gewerbe angemeldet. Es geht, so sagt er, um die Beratung von Kommunen im Bereich der Integration. Das Gewerbe ruht, solange er Bundestagsabgeordneter ist.
Manche Abgeordnete schreiben "wissenschaftlicher Mitarbeiter" oder "Angestellter", weil sie mal bei einem Abgeordneten gearbeitet haben. Frank Schwabe hat bei seiner Berufsbezeichnung nicht getrickst. Sein Studium hat er, als er schon mehr als zehn Jahre an der Uni war, im Alter von 33 Jahren abgebrochen.
Der Grund: Nordrhein-Westfalen entschied, Langzeitstudenten zur Kasse zu bitten. "Ich bin zwar gegen Studiengebühren, aber für mich war das nicht falsch, weil es mich zur Entscheidung gezwungen hat", sagt Schwabe. Zuvor habe er sich jahrelang in die Tasche gelogen, er werde im nächsten Semester nicht nur zwei, sondern sieben Scheine machen. Dazu sei es nie gekommen. "Als ich das Studium abgebrochen habe, war das einer der befreiendsten Momente meines Lebens", sagt Schwabe. Da der Sohn eines Bergarbeiters während des Studiums immer wieder Touristen im Ruhrgebiet führte, etwa im Gasometer Oberhausen, steht jetzt "Gästeführer" als Berufsbezeichnung im Bundestagshandbuch.
Ist ein abgebrochenes Studium tatsächlich noch ein Schandfleck in der Biographie eines Abgeordneten? "Es ist schon ein Makel, den man mit sich herumträgt", sagt Nietan. Der 48 Jahre alte Außenpolitiker hatte zwölf Jahre Biologie studiert, daneben 20 bis 30 Stunden Politik in der Woche gemacht. 1998 wurde er in den Bundestag gewählt. "Die Leute sagen, vom Hörsaal in den Plenarsaal, ein typischer Politiker", so Nietan. Seine Entscheidung, Politiker geworden zu sein, bereut er nicht. Aber er empfindet sein nicht beendetes Biologie-Studium als Versagen. Eigentlich hatte es ihm Spaß gemacht. "Schon als Kind wollte ich immer Professor Grzimek werden", sagt der Familienvater. Wenn heute seine Kinder gefragt werden, warum der Vater keinen Abschluß hat, dann schmerzt ihn das.

Andere sind selbstbewußter

Nouripours Eltern sind heute stolz darauf, daß ihr Sohn Politiker ist. Aber für ihn selbst bleibe es eine Niederlage, daß er das Studium nicht geschafft habe, sagt er. Auch die Grüne Daniela Wagner hadert mit sich. "Es stört mich schon, ich hätte mich lieber zusammenreißen und es zu Ende bringen sollen."
Andere sind selbstbewußter. Jan Mücke etwa. Der 39 Jahre alte FDP-Politiker aus Dresden ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bau- und Verkehrsministerium in Berlin. Sein Jura-Studium in Dresden gab er auf, um als Immobilienverwalter zu arbeiten. Erst betreute er nur ein Objekt einer Firma aus Frankfurt am Main, dann kamen immer mehr Aufträge. "Ich habe diese Entscheidung damals bei vollem Bewußtsein getroffen, kann sie sehr gut verantworten und lasse mir das auch nicht vorwerfen", sagt Mücke eine Spur zu entschieden. Er habe das Studium nicht wegen der Politik aufgegeben, sondern weil er auf eigenen Füßen stehen wollte. Und er sei stolz darauf, daß er sein Geld selbst verdient und Steuern gezahlt habe. "Dem

einen oder anderen im Bundestag habe ich diese praktische Tätigkeit voraus", so Mücke.
Daß auch er seinen Studienabbruch nicht explizit angibt, findet er in Ordnung. "Es ist doch bei Juristen offensichtlich, wenn die Staatsexamina fehlen. Ich finde das sehr transparent", sagt Mücke. Ähnlich sieht es Kathrin Vogler von der Linkspartei. Die 49 Jahre alte Abgeordnete hat sieben Jahre lang Soziologie, Geschichte und Politikwissenschaft an der Uni Münster belegt, zugleich war sie in der Studentenvertretung politisch aktiv - zu sehr, um erfolgreich in ihren Fächern zu sein. Irgendwann ging das Bafög aus, Vogler mußte als Küchenhilfe in der Studentenmensa arbeiten. Der Job als Geschäftsführerin bei der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner kam da gerade recht.

"Haßerfüllte Mails"

"Die Tatsache, daß ich das Studium nicht abgeschlossen habe, ist doch offensichtlich, sonst würde ich ja Magister dazuschreiben", sagt sie. Vertuschen wolle sie den Studienabbruch nicht, "aber auch nicht damit kokettieren".
Hat ein Politiker denn Nachteile davon, daß er ein Studienabbrecher ist? Wird das innerparteilich, vom politischen Gegner und in der Öffentlichkeit gegen ihn verwandt? SPD-Mann Schwabe spricht von Getuschel im Wahlkreis, auch haben ihn Leute am Infostand darauf angesprochen. Gegenkandidaten in der SPD stellten bei Nominierungsparteitagen ihre berufliche Qualifizierung überdeutlich heraus. Im Wahlkampf selbst habe es nur unterschwellig eine Rolle gespielt. Sein Konkurrent, der CDU-Abgeordnete Philipp Mißfelder, war ebenfalls Langzeitstudent. Und der Leiter der Lokalredaktion der Heimatzeitung hatte auch kein Interesse daran gehabt, das zu thematisieren - er war selbst Studienabbrecher.
Manche, wie Nietan, sprechen von der Mundpropaganda des politischen Gegners, auch von "haßerfüllten Mails", in denen er als Schmarotzer bezeichnet wurde, der noch nie etwas geleistet habe. Nouripour berichtet Ähnliches, und Claudia Roth bekommt bis heute Mails mit dem Vorwurf, sie habe ja keinen Beruf. Nur die höflichsten beantwortet ihr Büroleiter. Nicht alle Bürger sind offensichtlich bereit, das Argument zu akzeptieren, daß im Bundestag ein Querschnitt der Bevölkerung sitzen solle, zu dem auch Studienabbrecher gehören. Dietmar Nietan ärgern die Vorwürfe, aber er kann sie auch verstehen. "Die Leute fragen sich: Können wir jemandem vertrauen, der in einer wichtigen Sache gescheitert ist? Kann man sich auf den verlassen?"

Vom "Bummel-Studenten" zum Master-Abschluß

Den Lebenslauf zu begradigen kann hilfreich sein, um solchen Anwürfen zu entgehen. Nicht getrickst hatte auch Niels Annen von der SPD, sich über Jahre wahrheitsgemäß als "Student" bezeichnet. Als er 2001 Juso-Vorsitzender geworden war, litt sein Studium der Geschichte, Geographie und Lateinamerikanistik gewaltig. "Ich mußte damals entscheiden: Gehe ich zur außerordentlichen Parteivorstandssitzung, oder gehe ich in die Vorlesung?", sagt Annen.
Meistens entschied er sich für die Partei. 2005 wurde er Bundestagsabgeordneter, da war das Studium für ihn schon weit weg. Als er versuchte, das für das Examen notwendige Latinum in einem Sommer-Crashkurs zu schaffen, fiel er durch die Prüfung. Er hatte auch in diesem Sommer zu viel Politik gemacht. 28 Semester, also 14 Jahre, hatte er hinter sich, als die Bombe platzte.
Eines Tages machte die "Bild"-Zeitung seine Studentenkarriere zum Großthema. Und legte in der Lokalausgabe mit weiteren Artikeln nach. Der Juso-Chef wurde bundesweit als "Bummel-Student" bekannt. Annen war getroffen, schrieb sich an der Uni aus. Als er 2008 - aus anderen Gründen - in seinem Hamburger Wahlkreis nicht mehr als Kandidat aufgestellt wurde, drückte Annen, damals 35, noch einmal die Studienbank. Weil er noch Abgeordneter war, hielt er sich an einen strikten Plan, um Studium und den Parlamentarier-Beruf unter einen Hut zu bringen. Das hätte er schon früher so machen sollen, findet er heute. 2009 machte er an der Freien Universität Berlin seinen Bachelor in Geschichte. Ein Amerika-Aufenthalt bot ihm die Gele-

genheit, zwei Jahre später noch einen Master an einer renommierten Hochschule in Washington zu erwerben.

CDU-Abgeordnete schweigen

Kann ein Abbrecher Staatssekretär oder gar Minister werden? Das Thema sei seit den Ministertagen des Joschka Fischer eigentlich durch, heißt es bei den Grünen; Abbrecher aus den anderen Parteien sind da skeptischer. In der CDU ist der Makel anscheinend so gewaltig, daß vier von fünf angefragten Abgeordneten sich lieber gar nicht äußern wollten. Das Büro von Annette Widmann-Mauz, Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, ließ ausrichten, die CDU-Politikerin habe keine Zeit, über dieses Kapitel in ihrem Leben zu sprechen.

Das Kapitel dauerte ziemlich lang - die 46 Jahre alte Staatssekretärin, die im Bundesvorstand der CDU sitzt, hatte acht Jahre lang Politik- und Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen studiert, danach war sie - ohne Abschluß - weitere fünf Jahre Mitarbeiterin am "European Studies Program" der Universität, bis sie in den Bundestag gewählt wurde. Als Beruf gibt sie "Assistentin" an.

Der Hamburger CDU-Abgeordnete Rüdiger Kruse, der ein Medizin-Studium abgebrochen hat, ließ durch das Beratungsunternehmen UMPR - Motto: Mut zur Kommunikation - ausrichten, er wolle nichts sagen, weil er keine Homestorys mache und gerade mit der Vorbereitung seiner Themen für den Wahlkampf beschäftigt sei. Die CDU-Abgeordneten Stefanie Vogelsang aus Berlin-Neukölln und Thomas Jarzombek aus Düsseldorf reagierten auf die Anfrage erst gar nicht.

Union beäugt Mitglieder ohne Abschluß kritisch

Allein Bernd Siebert, CDU-Verteidigungspolitiker, zeigte sich zum Gespräch bereit. Der 63 Jahre alte Hesse hatte sich vor mehr als vier Jahrzehnten in Marburg neun Jahre lang mit Mathematik und Physik herumgequält. Er war damals in der Jungen Union aktiv, im Studentenparlament, im Kreistag. "Ich hatte einfach mehr Lust auf Politik", sagt Siebert.

Als die Mutter starb - sie hatte ihn noch ermahnt, das Studium zu beenden -, ging Siebert in den Familienbetrieb, eine Spedition. "Ich hatte das Glück, daß ich den elterlichen Betrieb hatte. Deswegen hat mich nie jemand danach gefragt, warum ich das Studium nicht abgeschlossen habe", sagt er. Später fragten seine Söhne, die selbst erfolgreich studieren oder studiert haben, warum er nicht abgeschlossen habe. "Das war mir schon unangenehm", sagt Siebert, der die Spedition längst verkauft hat und eine Beratungsfirma führt. Zurzeit, solange er Abgeordneter ist, berät er nur seine eigene Frau, die eine Apotheke betreibt.

Neulich hat er einen anonymisierten Fragebogen bekommen von einer Universität. "Hochschule mit Abschluß" oder "Hochschule ohne Abschluß" konnte man dort ankreuzen. "Den habe ich dann doch zerrissen", sagt der CDU-Mann. In der Union werde man ohne abgeschlossenes Studium kritisch beäugt. "In meiner Partei wird es sicherlich am längsten dauern, bis man dem weniger Bedeutung beimißt", sagt Siebert.

Wird man als Politiker ohne Abschluß unfreier, abhängiger? Kann ein solcher Politiker überhaupt etwas anderes machen? Frank Schwabe, der Gästeführer, fragt sich das schon. Er hat zum Glück einen sicheren SPD-Wahlkreis. Omid Nouripour ist international so viel herumgekommen, daß er sicher ist, einen anderen Job finden zu können. So sieht es auch Volker Beck für sich. Für einige Zeit in einer UN-Mission zu arbeiten, fände er spannend. Jan Mücke will, wenn er keinen Posten in der Bundesregierung mehr hat, nach einer Anstandspause wieder ins Immobiliengeschäft einsteigen.

Politikersein verändert die Persönlichkeit

Etwas anders äußern sich Politiker, die schon einmal raus waren aus der Politik. Zwar glaubt auch Dietmar Nietan, daß er eine Stelle bei einer Stiftung oder in der Politikberatung finden würde. Als er 2005 nicht wieder in den Bundestag gewählt wurde, war er allerdings froh, daß

ihm der damalige Fraktionschef Peter Struck und der Europapolitiker Martin Schulz eine Stelle als Koordinator zwischen den SPD-Abgeordneten in Berlin und Brüssel anboten.
Bernd Siebert, der CDU-Mann, war geknickt, als er 2009 nicht mehr in den Bundestag einzog - nach zehn Monaten war die Leidenszeit zu Ende, als Nachrücker konnte Siebert wieder Abgeordneter sein. Annen, der Abbrecher, der dann doch noch studierte, sieht es so: "Für mich haben die Abschlüsse einen Wert, weil ich dadurch eine größere berufliche Unabhängigkeit habe. Es ist leichter, etwas anderes beruflich zu machen."
Und Kathrin Vogler, die friedensbewegte Linkspartei-Frau, gibt zu, daß sie schon einmal die eine oder andere Stelle im Auge hatte, für die sie wegen eines fehlenden Abschlusses nicht in Frage kam. Auch daß sie "Conflict Studies", einen Aufbaustudiengang, nicht belegen kann, bedauert sie.
Manche Abbrecher, wie Daniela Wagner, haben probiert, ihr Studium fortzusetzen - doch Zeit und Energie reichten nicht, zumal sich die Studienordnungen mittlerweile verändert haben. Andere tragen sich mit dem Gedanken, es noch einmal zu versuchen. Die meisten befragten Politiker ohne Abschluß würden anderen raten, ein Studium zu Ende zu machen. Der Grüne Nouripour sagt, er rate nicht unbedingt, zu Ende zu studieren; es könne, je nach Person und Situation, richtig oder falsch sein. Er habe, wie so viele andere, eine gebrochene Biographie, habe dennoch seinen Weg gemacht und wolle "bestimmt nicht Wissenschaftsminister werden".
Doch so ganz läßt ihn der Gedanke an sein Studium nicht los. Sein persönliches Umfeld, so sagt der Grüne, lasse ihn manchmal etwas wehmütig werden angesichts seiner nicht vollendeten akademischen Karriere. "Meine Frau hat ihr Studium abgeschlossen trotz erschwerter Bedingungen - denn sie war zu dieser Zeit schon mit mir zusammen."
Niels Annen jedenfalls hat seiner Auszeit von der Politik viel abgewonnen. "Mein Alltag als Abgeordneter war: um acht Uhr ins Büro, dann Besprechung mit dem Büroleiter, dann ein Termin nach dem anderen und dann um 23.30 Uhr mit dem Auto zurück in die Berliner Wohnung", sagt er. Erst als er 2009 aus dem Bundestag ausgeschieden war, entdeckte er, wo die nächste Bushaltestelle neben seiner Wohnung lag.
Eine Auszeit von der Politik tue nicht nur gut, um die Bushaltestelle zu finden. "Politikersein kann einem sehr schmeicheln, man erfährt eine enorme Aufmerksamkeit, viel Ablehnung, aber auch extrem viel Zustimmung. Das macht schon etwas mit der Persönlichkeit", sagt Annen. Das könnte der wahre Grund dafür sein, daß ein Studium doch nicht so wichtig ist.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juni 2013 (x887/...):
>>**"Vierte Gewalt" - nur eine Anmaßung**
Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Zu Recht wird sie im Grundgesetz ausdrücklich geschützt. Aber wie weit darf sie gehen, wo sind die Grenzen? Und ist Meinungsfreiheit identisch mit Pressefreiheit?
Unsere Medien sehen sich als Träger der öffentlichen Meinung, also auch als Objekt der staatlich geschützten Meinungsfreiheit. Gern nennen sie sich "Vierte Gewalt". Aber sind sie das wirklich?
Einmal abgesehen davon, daß unser Grundgesetz eine "Vierte Gewalt" überhaupt nicht kennt - die freie Presse hat die Aufgabe, die drei Gewalten des demokratischen Rechtsstaats - Gesetzgebung, Exekutive, Justiz - zu kontrollieren und das Volk als obersten Souverän darüber zu unterrichten. Sie hat nicht die Aufgabe, die Organe des Staates zu ersetzen.
Genau das aber maßen sich viele Journalisten und Publizisten an. Sie wollen nicht mehr "nur" Beobachter und Kommentatoren sein, sondern Ermittler, Richter und Henker in Personalunion. Da werden Verdächtigte schon vor dem ersten Prozeßtag in Schlagzeilen verurteilt und dämonisiert. Da werden mißliebige Politiker falsch oder bewußt unvollständig zitiert. Wer mit allzu aufdringlichen Enthüllern nicht reden will, wird - Waffenfreunde, aufgepaßt! - mit vor-

gehaltenem Mikrofon genötigt. Und die Verkommenheit korrupter Wirtschaftsbosse läßt sich mit nichts so demonstrieren wie mit vertraulichen Papieren, die man für ein saftiges Schmiergeld von einem Justizbeamten gekauft hat.
Solche Journalisten sollten nicht auch noch behaupten, sie seien "die Öffentlichkeit". Was sie schreiben und senden, ist nicht öffentliche Meinung, sondern ihre eigene veröffentlichte Meinung.<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 21. Juli 2013: >>**Überwachung durch US-Geheimdienste unterirdisch**
Die US-Spionage in Deutschland schneidet die Wurzeln der Grundrechte ab. Das ist staatsgefährdend. Und was macht Innenminister Friedrich, der ja auch Verfassungsminister sein soll? Mit seinem Gerede von einem Supergrundrecht Sicherheit versucht der CSU-Mann, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes sogar noch zu rechtfertigen.
Es gibt Wörter, die für die gute Geschichte eines Landes stehen. In Deutschland ist das "Wirtschaftswunder" so ein Wort und auch die "Wiedervereinigung". Willy Brandts kluge Parole "Mehr Demokratie wagen" gehört dazu und ganz gewiß das schöne Bild vom "Boden des Grundgesetzes". Dieser Boden des Grundgesetzes ist die Heimat des deutschen Rechtsstaats und der deutschen Demokratie; auf ihm gründet die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland.
Vom Beginn der Bundesrepublik an waren alle politischen Kräfte bestrebt, auf dem Boden des Grundgesetzes zu agieren. Jede Partei behauptete das von sich selbst, bisweilen sprach die eine das der anderen ab. Der Boden des Grundgesetzes wurde so zum Ort, auf dem die großen politischen Streitigkeiten ausgetragen wurden. Ob bei der Anti-Terror-Gesetzgebung oder bei den Milliardenbürgschaften für Banken und Euro - die große Frage lautete und lautet: Steht all das noch auf dem Boden des Grundgesetzes?
Auf dem Boden des Grundgesetzes wurde der deutsche Rechts- und Sozialstaat errichtet; auf diesem Boden stehen die Parlamente; auf diesem Boden arbeiten die Verwaltungsbehörden; auf diesem Boden urteilt das Bundesverfassungsgericht. Auf dem Boden des Grundgesetzes wurzelt und wächst der schönste Patriotismus der deutschen Geschichte - der Verfassungspatriotismus, also der Stolz auf die Grundrechte. Auf dem Boden des Grundgesetzes wurzeln und wachsen auch das Selbstbewußtsein und die Selbstsicherheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger.
Die unterirdische Überheblichkeit des Sicherheitsapparates
Dieses Selbstbewußtsein und diese Selbstsicherheit geraten ins Wanken, seitdem bekannt wird, daß unter dem Boden des Grundgesetzes US-Geheimdienste arbeiten, die sich um die deutschen Grundrechte nicht scheren; die das Fernmeldegeheimnis so wenig achten wie den Schutz der Privat- und Intimsphäre der Bundesbürger; die das Recht der Menschen auf informationelle Selbstbestimmung nicht respektieren; die das Computer-Grundrecht, also das vom Verfassungsgericht geschaffene Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, ja den gesamten Datenschutz ignorieren, den Gesetzgeber und Bundesverfassungsgericht in Jahrzehnten geschaffen haben.
All diese Rechte sind auf dem Boden des Grundgesetzes gewachsen; dieser Boden aber wird von NSA & Co. unterminiert und unterhöhlt, die Wurzeln dieser Grundrechte werden abgeschnitten.
NSA & Co. tun dies im Namen der Sicherheit der USA und ihrer Truppen, sie tun dies aus Gewohnheit und in dem Gefühl, daß es ja nicht die Grundrechte der US-Bürger sind, die malträtiert werden. Die Verwanzung von Botschaften und Büros der Europäischen Union durch den US-Geheimdienst zeigt die unterirdische Überheblichkeit des Sicherheitsapparats.
Was sind die Folgen solcher Untergrabungen? Im Ruhrgebiet kann man das ganz gut studieren: Dort, wo einst Stollen gegraben wurden, tun sich heute gewaltige Löcher auf, in denen

manchmal ganze Häuser verschwinden; das gesamte Bodenniveau sackt ab; und in den Stollen und Streben von einst lagern Gifte, die das Grundwasser verseuchen können. Solche Verseuchung droht den Grundrechten.

Widerspruch zum Grundgesetz

Das Spionagenetz, das die Amerikaner einst in ihrer deutschen Besatzungszone errichtet haben, existiert immer noch, jetzt in ganz Deutschland. Die NSA baut gerade in Wiesbaden ein neues Spionagezentrum. Bis zu den Notstandsgesetzen von 1968 beruhte das US-Netz in Deutschland auf den verbrieften Rechten der Alliierten, widersprach aber dem Grundgesetz; der Widerspruch wurde dadurch gelöst, daß kein Politiker je von den US-Lausch- und Kontrollrechten in Deutschland sprach.

Im Zuge der Notstandsgesetzgebung von 1968 vereinbarte man dann, daß die deutschen Geheimdienste nun bei der Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs als Dienstleister der ausländischen Partner-Nachrichtendienste agieren und ihnen die gewünschten Daten zur Verfügung stellen.

Das alles hat nicht Edward Snowden herausgefunden, sondern der Freiburger Historiker Josef Foschepoth, der über die Post- und Fernmeldeüberwachung in der alten Bundesrepublik geforscht und 2012 ein aufsehenerregendes Buch geschrieben hat: "Überwachtes Deutschland". Edward Snowden hat freilich aufgedeckt, daß die Überwacherei exzessiv weitergegangen ist und weitergeht, auch nach der Wiedervereinigung und dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der Deutschland angeblich die volle Souveränität gegeben hat.

Die Mißachtung des deutschen Grundrechts hat einen beschwichtigenden Namen: "Strategische Kontrolle" nennt das der US-Geheimdienst. Das ist nicht nur eine Kontrolle bestimmter Telefonate, das ist nicht nur ein Zugriff auf bestimmte Internet-Daten, sondern die Kontrolle des gesamten Telefon- und Internetverkehrs. "Strategische Kontrolle" ist grob verharmlosend, Schleppnetzüberwachung sagt man besser. Sie ist der GAU für das Allgemeine Persönlichkeitsrecht - die Größte Anzunehmende Überwachung. Es existiert in Deutschland eine grundrechtsverachtende Parallelwelt, eine Unterwelt.

Vom Wesensgehalt der Grundrechte ist kaum etwas übrig

Das Grundgesetz sagt, "in keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden". Zum Wesen der US-Spionage gehört aber ersichtlich, vom Wesen der genannten Grundrechte kaum etwas übrigzulassen.

Der Boden des Grundgesetzes verliert seine Stabilität. Die Statik des deutschen Rechtsstaats, der auf diesem Boden errichtet wurde, wankt. Die Tektonik der Verfassung bricht. Die Sicherheit der Menschen im Recht leidet, die Geborgenheit im Rechtsstaat geht verloren. Die umfassende, generelle und flächendeckende US-Überwachung der Bundesbürger ist nicht einfach nur ein Angriff auf die deutsche Souveränität. Sie ist ein umfassender Angriff auf die Grundrechte der deutschen Bürger.

Gewiß: Auch die deutschen Geheimdienste spähen Daten aus, auch von Bundesbürgern, auch sie greifen auf das Internet zu - aber sie tun es auf der Basis von Recht und Gesetz, gebunden an die Grundrechte, kontrolliert vom Bundesverfassungsgericht. Dieses Recht und dieses Gesetz hat die G-10-Kommission geschaffen, welche die Eingriffe der deutschen Geheimdienste in das Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 Grundgesetz genehmigen und kontrollieren soll.

Innenminister Friedrich - ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik

Diese Kontrolle ist sehr unzureichend, aber es gibt sie immerhin. Die US-Geheimdienste dagegen spionieren in Deutschland und gegen deutsche Bürger, ohne daß die Parlamente und die Regierung irgendeinen Einfluß darauf hätten. Die US-Spionagegewalt ist ganz offensichtlich nicht "an Gesetz und Recht", nicht "an die verfassungsmäßige Ordnung" gebunden, wie es der Artikel 20 fordert. Das ist, um es sehr vorsichtig zu formulieren, nicht in Ordnung, das ist verfassungswidrig. Das ist staatsgefährdend.

Der deutsche Staat hat den umfassenden Schutz der Grundrechte des Grundgesetzes garantiert. Wenn er diese Garantie nicht einhalten kann oder einhalten will, wenn diese Garantie also nichts mehr gilt, handelt es sich um einen Fall von Staatsnotstand.
Der Bundesinnenminister ist zugleich Verfassungsminister. Der derzeitige Amtsinhaber Hans-Peter Friedrich, CSU, ist sich offensichtlich dessen nicht bewußt. Er tut so, als gelte es lediglich, den Amerikanern gesprächsweise beizubringen, daß die Deutschen halt so sensibel seien, wenn es um ihre Grundrechte geht. Minister Friedrich versteht offenbar nicht, daß der Schutz der Grundrechte der Bürger zum Wesen des Staates und zu den Hauptaufgaben seines Amtes gehört. Es geht bei den Spionageangriffen nicht um Petitessen (Geringfügigkeiten), es geht nicht um Sensibilitäten, es geht um den Kern von Demokratie und Rechtsstaat.
Ein Minister, dem man das erst erklären muß, ist nicht ein Minister der Bundesrepublik, sondern ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik. Mit seinem Reden von der Sicherheit als einem Supergrundrecht macht er sich zum NSA-Bruder, zum Bruder im Geiste des US-Geheimdienstes. Die Erfindung eines ungeschriebenen Supergrundrechts Sicherheit ist der Versuch, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes zu rechtfertigen.
Der alte, berühmt-berüchtigte Satz des Staatsrechtlers Carl Schmitt - "souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet" - darf aber nicht Wahrheit werden. Heute muß gelten: Souverän ist, wer die Grundrechte seiner Bürger schützen kann. Innenminister Friedrich ist es nicht. Diese Bundesregierung ist es auch nicht. Ist es der deutsche Staat?
Manche halten die US-Spionage für Montezumas Rache an der Internet-Generation
Angeblich existieren immer noch etliche vage ehemalige alliierte Vorbehaltsrechte, die den USA zum Schutze ihrer Truppen in Deutschland alles Erdenkliche und nicht näher Festgelegte erlauben. Angeblich haben die Amerikaner beim US-Besuch des deutschen Innenministers auf die Ausübung solcher alten Rechte verzichtet. Nichts Gewisses weiß man nicht. Aber man hat das unangenehm mulmige Gefühl, daß es darauf nicht ankommen wird - weil die USA ganz unabhängig davon, ob noch ein dünner Faden von US-Vorbehaltsrechten in Deutschland existiert, die Macht haben und die Macht nutzen, auf alle Daten zuzugreifen, die sie wollen.
Der Schutz der Grundrechte der Bundesbürger funktioniert offensichtlich nicht. Das ist ein Befund, der einen um den Schlaf bringt - es sei denn, man gehört zu den Phlegmatikern zumal aus der älteren Generation, die glauben, daß sie die Überwacherei nichts anginge, weil sie eh nichts zu verbergen hätten. Diese Leute halten die US-Spionage für Montezumas Rache an der Internet-Generation.
Es gibt ja nicht nur den US-Orwell. Es gibt auch eine deutsche und eine internationale Orwellness: Der Exhibitionismus der Web-Gesellschaft nutzt das Internet als Entblößungsmedium. Aus der Datenaskese der Volkszählungszeit ist eine Datenekstase geworden, eine Selbstverschleuderung von Persönlichkeitsdetails in Wort und Bild. Führt das zur Herrenlosigkeit der Daten? Hat die Gesellschaft den Datenschutz weggeworfen wie ein altes Fahrrad? Mitnichten. Erstens: Zwar wirft man sein Fahrrad nicht einfach irgendwo hin. Aber auch der, der das macht, tut damit nicht kund, daß er künftig auf den Schutz seines gesamten Eigentums verzichten will. Zweitens: Internet-Exhibitionisten können nicht die Grundrechte für andere und schon gar nicht für die gesamte Gesellschaft aufgeben.
Dringend nötig: Ein Rettungspaket für die Grundrechte
Als die Banken gefährdet waren, gab es Krisensitzungen. Deutschland und die EU haben Banken Milliardensäcke vor die Tür gestellt, um sie zu wieder zu stabilisieren. Womit stabilisiert die Bundesregierung den Boden des Grundgesetzes? Welche Krisengipfel hat die Regierung Angela Merkel angesichts der Gefahren für die rechtsstaatliche Tektonik einberufen? Welche Rettungsmaßnahmen gibt es? Keine.
Nicht auf deutscher Ebene, nicht auf europäischer. War das Geld, war der Euro wichtiger, als es die Grundrechte sind? Das sicher Geglaubte ist nicht mehr sicher, die Grundrechte sind

nicht mehr gewiß. Das ist keine Lappalie. Das ist ein Fall von Staatsnotstand. Und das besonders Schlimme daran ist, daß die Bundesregierung die Not nicht erkennt oder nicht erkennen will.
In den Staaten der westlichen Welt ist, angeführt von den USA, ein merkwürdiger Prozeß der Umkehrung rechtsstaatlicher Logik im Gang: Die Rechtsstaatlichkeit mißt sich offenbar nicht mehr daran, daß man die Grundrechte einhält. Statt dessen werden die Verletzungen von Grundrechten damit gerechtfertigt, daß ja ein Rechtsstaat sie vornehme. Der Begriff "Rechtsstaat" wird seines Inhalts entblößt und ungeachtet dessen einfach gesetzt. Die Vereinigten Staaten begründen auch die größten Anrüchigkeiten auf diese Weise: Man sei ja ein Rechtsstaat; das adelt dann vermeintlich auch noch das Waterboarding.
Die Anti-Terror-Politik aber hat Recht und Rechte weggeräumt
Die Sicherheitsapparate eines Polizeistaats dürfen alles, was sie können. Die Sicherheitsapparate eines Rechtsstaats können alles, was sie dürfen. Sie dürfen und können ziemlich viel, aber das hat eine Grenze. Das galt vor dem 11. September 2001, und das muß auch nachher so sein; es ist aber nicht mehr so.
Die Sicherheitspolitik der westlichen Länder hat in ihren Reaktionen auf die Terroranschläge verkannt, daß auf Dauer nur Recht die Freiheit sichern kann. Die Anti-Terror-Politik aber hat Recht und Rechte weggeräumt, um so für Sicherheit zu sorgen. Die USA waren und sind bei diesem Tun besonders exzessiv - der monströse Zugriff auch auf deutsche Daten und deutsche Bürger ist Teil dieser US-Exzessivität.
Stark ist nicht der Staat, der den Bürgern mit einem Generalverdacht gegenübertritt und grundsätzlich jedem mißtraut. Stark ist der Staat, der die Sicherheit hat, daß die Menschen- und Bürgerrechte die besten Garanten der inneren Sicherheit sind. Der demokratische Staat, der nur wegen und aus der Freiheit seiner Menschen besteht, darf sich nicht gegen seine Schöpfer wenden.
"Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen." Das steht im ersten Entwurf des Grundgesetzes, im Artikel 1 des Entwurfs von Herrenchiemsee. Die USA haben dies einst die Deutschen gelehrt.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juli 2013 (x892/…): >>**Hat DER SPIEGEL Pädophilie gefördert?**
Die katholische Journalistin Felicitas Küble ist bei ihren Recherchen zur sogenannten "sexuellen Revolution" auf verschiedene Artikel gestoßen, die darauf hindeuten, daß das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL Pädophilie zumindest massiv verharmlost hat, wenn nicht sogar die Bewegung für Sex mit Kindern, die im Gefolge der 1968er Bewegung entstand, gefördert hat. DER SPIEGEL war eines der Zeitschriften, die mit besonderer Boshaftigkeit und Aggressivität gegen die Kirche kämpfte, als die Pädophilie-Skandale von Priestern bekannt wurden.
Straffreiheit für Sex mit Kindern:
"Spiegel"-Verkehrtes anno 1970
Der "Spiegel", seit jeher das "Enthüllungsmagazin" der Nation, gehört selber mal genauer unter die Lupe genommen.
Wir hier im CF bereits an zwei Beispielen (1980 und 1996) aufgezeigt, hat das linke Hamburger Politblatt jahrzehntelang kriminellen Pädosex verharmlost oder prominente Kinderschänder gar verherrlicht.
Den Startschuß für diese verhängnisvollen Bestrebungen, Kindesmißbrauch legalisieren zu wollen, gab zweifellos die 68er Kulturrevolution und ihre damit verbundene sog. "sexuelle Befreiung", die teils auch sexuelle Handlungen von Erwachsenen mit Kindern einbezog - oder Sexualität "vor" Kindern (z.B. Intimverkehr der Eltern vor den eigenen Sprößlingen).
Beides (Sex mit und Sex "vor" Kindern) war und ist rechtswidrig, ja mit Recht strafbar. Doch damals wollte man die "bürgerlichen Regeln" brechen und das Strafrecht liberalisieren. Tat-

sächlich wurde auch das Sexualrecht weitgehend "entschärft", z.B. die Pornographie legalisiert.
Doch damit nicht genug, wollten die besonders revolutionär Gestimmten weitergehen und auch den Pädosexuellen (die im Volksmund als "Kinderschänder" bezeichnet werden) zu ihrem vermeintlichen Recht verhelfen.
Ein typisches Beispiel dafür, wie diese Tendenzen pseudowissenschaftlich begünstigt wurden, lieferte das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" beispielhaft in einem Interview vom 24.8.1970 mit den parlamentarischen Staatssekretär Dr. Alfons Bayerl, einem bayerischen SPD-Politiker, der die unter der sozialliberalen Regierung Brand forcierte Liberalisierung des Sexualstrafrechts wesentlich mitgestaltete.
Doch wie sich aus dem Wortwechsel ergibt, positionierte sich der "Spiegel" hierbei im Sinne der "sexuellen Revolution" sogar noch deutlich links von Bayerl.
Im Laufe des Gesprächs kommt die Redaktion auch auf eine denkbare Strafrechtsreform beim Mißbrauchs-Paragraphen 176 zu sprechen.
Schon die Sprachregelung der ersten diesbezüglichen "Spiegel"-Frage läßt tief blicken:
"Gewaltlose sexuelle Handlungen an Kindern sollen auch in Zukunft mit Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren geahndet werden können. Entspricht dieser Strafrahmen moderner wissenschaftlicher Erkenntnis über den Schaden, den diese Kinder tatsächlich erleiden?"
Die Antwort des sozialdemokratischen Politikers:
"Wir haben leider viel zuwenig wissenschaftliche Erkenntnisse, ob überhaupt und welchen Schaden Kinder davontragen. Wenn die Sexologen und andere Wissenschaftler in den nächsten Jahren mehr und bessere empirische Daten liefern, sind wir gern bereit, das Gesetz wieder zu ändern."
Der "Spiegel" bleibt weiter am Ball und behauptet munter drauflos:
"Einige Daten liegen ja immerhin schon vor. Wir denken da an den Tübinger Medizinprofessor Reinhard Lempp, der aufgrund einer Untersuchungsreihe an 97 Kindern zu folgender Feststellung gekommen ist:
"Die selbstverständliche Annahme einer seelischen Schädigung der Kinder durch sexuelle Delikte geht in Wirklichkeit auf eine tradierte besondere Tabuierung des Sexuellen überhaupt zurück und auf die bemerkenswerte Überbewertung der Verwerflichkeit sexueller Handlungen außerhalb ehelicher Beziehungen … Allein über solche sexuellen Dinge vor einem Kreis erwachsener Menschen reden zu müssen belastet solche Kinder mehr als die Tat selbst, ja, es belastet die Kinder oft ganz allein."
Immerhin stellt der Staatssekretär klar, daß jene Studie wohl doch auf dünner Basis beruht:"97 Kinder sind noch nicht sehr viel."
Trotzdem stimmt er grundsätzlich zu: "Aber ich bin derselben Ansicht: Solange unsere Gesellschaft die Sexualität noch so tabuiert, wird das allein schon immer einen Schaden bei den Kindern hervorrufen. Sie werden ja so erzogen, im Elternhaus, in der Schule, in ihrer ganzen Umgebung."
Demnach entsteht der seelische Schaden bei Kindern weniger durch die Untat selber, sondern angeblich durch die "Tabus" der Gesellschaft, die solche Verbrechen allerdings zu Recht nicht duldet.
Nach so viel grünem Licht bohrt der "Spiegel" unermüdlich weiter:
"Sollte der Gesetzgeber nicht eher darauf hinwirken, diese Tabuierung abzubauen, statt sie gesetzlich zu zementieren."
Darauf Bayerl: "Man kann mit dem Gesetz nicht positiv erzieherisch einwirken. Dafür ist das Strafrecht weiß Gott ein untaugliches Mittel. Verhängnisvoll sind für das Kind die vielen Vernehmungen bei Polizei und Gericht. Wie hoch wir den Strafrahmen ansetzen, spielt dabei überhaupt keine Rolle."

Also für das Kind ist in dieser schrägen Logik offenbar nicht das Mißbrauchsverbrechen "verhängnisvoll", sondern die "Vernehmungen" im Falle einer Ahnung des Täters.
Für die Spiegel-Redaktion ist hier ein Faß aufgemacht, in dem gerne weiter gerührt wird, denn als nächstes wird der damalige Rechtsschutz für Minderjährige in Frage gestellt:
"Im Bewußtsein der Gesellschaft ist aber eine hohe Strafdrohung ein Indiz, daß etwas als ganz besonders verwerflich gilt. Wer sexuelle Handlungen an abhängigen 14- bis 21jährigen vornimmt - Lehrer an Schülern etwa, Geistliche an Konfirmanden, Vorgesetzte an Untergebenen -, soll mit Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren bestraft werden. Haben Sie hier Forschungsergebnisse, die eine besondere Schutzbedürftigkeit nahelegen?"
Der Staatssekretär widersteht dem in der Fragestellungen liegenden Trend zunächst einigermaßen:
"Nein, auch nicht. Aber wir wollen Erwachsene hindern, manipulierend in die sexuelle Entwicklung der Kinder einzugreifen. Die Kinder sollen auch im sexuellen Bereich echte Partnerschaftsverhältnisse erfahren. Bei Autoritätspersonen ist das doch durchweg nicht der Fall."
Doch der "Spiegel" bleibt hartnäckig am Ball - und zwar am falschen, indem er weiter bohrt:
"Müßte man nicht wenigstens die Altersgrenze herabsetzen, den Schutz auf 14- bis 16-jährige beschränken, wie es auch eine westdeutsche Professoren-Runde in einem Alternativ-Entwurf vorgeschlagen hat"
Bayerl widerspricht: "Fänden Sie es gut und richtig, daß ein 17jähriges Mädchen, das zur Erziehung in einem Heim untergebracht ist oder zur Ausbildung bei einem Lehrherrn, ständig sexuell belästigt wird?"
Auch hier beschwichtigt das Hamburger Blatt erneut und ignoriert dabei das Machtgefälle zwischen Vorgesetzten und Untergebenen mit einer dummdreisten Behauptung:
"Der Schaden, der bei diesem Mädchen entsteht, kann doch nicht größer sein, als wenn Hausverwalter oder Gesellen zudringlich werden."
Der Staatssekretär entgegnet erneut:
"Wir wollen die Freiheit im sexuellen Verhalten schützen. Ein unabhängiges 17jähriges Mädchen tut es im Einverständnis. In einem Abhängigkeitsverhältnis braucht die Autoritätsperson keine Gewalt anzuwenden, sondern macht sich das Mädchen aufgrund der autoritären Stellung gefügig."
Doch der "Spiegel" ist nicht zu bremsen: "Auch innerhalb von Abhängigkeitsverhältnissen gibt es einverständliche sexuelle Beziehungen. Die würden auch unter die Pönalisierung fallen."
Bayerl stellt klar: "Wenn es um eine 16- bis 21jährige geht, nur "unter Mißbrauch der Abhängigkeit"."
Als nächstes kümmert sich der "Spiegel" darum, den damals noch geltenden Jugendschutz vor Pornographie in Frage zu stellen:
"Für Erwachsene soll - seit langem überfällig - die Pornographie künftig freigegeben werden. Warum aber soll weiterhin jemand bestraft werden, der Jugendlichen unter 18 Jahren Pornos verschafft? Aus geschmacklichen Gründen? Oder haben Sie Beweismaterial dafür, daß Pornographie auf Jugendliche schädlich wirkt?"
Nachdem der Staatssekretär einräumt, er habe (angeblich) keine Kenntnis von Beweismaterial, bleibt der "Spiegel" unerbittlich am Ball:
"Nach den bislang vorliegenden Untersuchungen spricht überhaupt nichts für schädliche Wirkungen auf Jugendliche. Vor allem hat man ausgeschlossen, daß Pornographie zu unkontrolliertem Sexualverhalten verleite und daß sie die Triebrichtung beeinflusse, wie früher angenommen wurde."
Bayerl bemerkt zwar noch: "Ich sehe nicht recht ein, was für die Freigabe spricht", doch der "Spiegel" nimmt ihn mit seiner weiteren Fragestellung derart in die Zange, daß ihm die

argumentative Puste ausgeht:
Frage des "Spiegel": "Nach Paragraph 184 soll mit maximal einem Jahr Freiheitsstrafe bestraft werden, wer einem Kind Pornos zugänglich macht. Nach Paragraph 176 Absatz 5 Ziffer 3 soll dieselbe Handlung drei Jahre Freiheit kosten, wenn sich der Erwachsene dabei sexuell erregt - was das Kind gar nicht bemerken muß und für den Grad der Einwirkung auf das Kind auch keinen Unterschied macht. Was soll hier eigentlich dreimal so hoch bestraft werden, die sexuelle Erregung des Erwachsenen?"
Bayerls entgegenkommende Antwort:
"Kein vernünftiger Richter wird den Strafrahmen dann ausschöpfen. Aber ich stimme Ihnen zu. Tatsächlich würden wir mit diesem Tatbestand wieder die wollüstige Absicht pönalisieren, was wir auf keinen Fall wollen. Man muß beim 176 den ausnehmen, der vorzeigt und sich selber erregen will, ohne daß das Kind davon Kenntnis erlangt."
Das Interview verdeutlicht, wie zielstrebig die "Spiegel"-Redaktion sogar den SPD-Politiker vor sich hertreibt und ihn in die gewünschte Richtung lenkt - und zwar zu Lasten des Schutzes für Kinder und Minderjährige.<<
Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 4. August 2013: >>**"Das ist mir alles zu lahm"**
Linksfraktionschef Gregor Gysi über den Wahlkampf in Deutschland
Er vermisse die Leidenschaft im Wahlkampf, sagt Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag. Er spricht zudem darüber, wie regierungsfähig seine Partei ist und wie er einen Politikwechsel durchsetzen will in einem Land, in dem zur Zeit kaum Wechselstimmung zu spüren ist.
Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder …
Schröder: Das Interview der Woche mit Gregor Gysi, Fraktionschef der Linkspartei. Herr Gysi, in sechs Wochen sind Bundestagswahlen. Nach Meinungsumfragen steht die Linkspartei stabil bei sieben bis acht Prozent, also über der Fünfprozentmarke. Sie würden also vermutlich ins Parlament einrücken. Von dem Ziel, das Sie vor Wochen ausgerufen haben, nämlich ein zweistelliges Ergebnis, sind Sie aber genau so weit entfernt. Wo hakt es noch beim Wahlkampf?
Gysi: Na, es muß jetzt mal ein bißchen Leidenschaft einziehen in den Wahlkampf, das ist mir alles zu lahm, ehrlich gesagt. Und da keiner im ernst mehr glaubt, daß Herr Steinbrück Kanzler wird, wird es noch ein bißchen lahmer. Und ich sage immer, jetzt müssen wir unsere Mitglieder motivieren, unsere Sympathisantinnen und Sympathisanten motivieren und müssen einen leidenschaftlichen Wahlkampf führen. Und ich bleibe bei meinem Ziel, deshalb will ich ein zweistelliges Ergebnis erreichen. Und da werden wir streiten.
Unser Wert besteht doch darin, daß es in bestimmten Fragen so eine "Allparteienkonsenssoße" gibt, wo nur wir den Widerspruch anmelden. Es ist ganz egal, ob ich die Kampfeinsätze der Bundeswehr nehme, ob ich die falschen Euro-Rettungsschirme nehme, ob ich die Senkung des Rentenniveaus oder Rente erst ab 67 nehme, ob ich den Kern der prekären Beschäftigung nehme, ob ich den Kern von Hartz IV nehme. Also ich werde versuchen, die Leute davon zu überzeugen. Je stärker die Linke, desto mehr ändern die anderen Parteien ihre Politik. Das ist unser eigentlicher Wert.
Schröder: Gerade haben Sie ein Plädoyer für die Linke als Oppositionspartei gehalten. Sie wollen aber mitregieren, haben Sie in letzter Zeit wiederholt gesagt, haben sich für ein rot-rot-grünes Bündnis stark gemacht. Sehen Sie dafür noch realistische Chancen?
"Die SPD ist viel zu diszipliniert"
Gysi: Das stimmt gar nicht, ich habe das so nie gesagt. Ich sage was ganz anderes, ich sag nur immer: Es scheitert nicht an uns, sondern es scheitert doch an der SPD. Die sagt doch, sie will lieber mit der Union koalieren oder mit der FDP koalieren. Da kann sie zwar ihr ganzes

Wahlprogramm vergessen, davon können sie ja dann nichts umsetzen. Nein, ich glaube daran auch nicht. Die SPD ist viel zu diszipliniert im Verhältnis zur CDU und viel zu artig, um sich so etwas zu trauen, das wäre ja mal ein mutiger Schritt.
Schröder: Also, Sie richten sich auf vier Jahre Opposition ein?
Gysi: Also, ich sage nur immer: An uns scheitern die Gespräche nicht. Wir haben bestimmte Haltelinien. Wenn es einen Ruck gibt in der SPD, zum Beispiel einen Druck durch die Basis und so weiter. Das Problem sind nicht wir, das Problem ist die SPD. Darauf lege ich Wert, das festzustellen. Und die Grünen übrigens auch, die haben ja genau so viele Hemmungen wie die SPD, die machen es bloß nicht so platt wie die SPD.
Schröder: Wenn rechnerisch nach dem Wahltag eine rot-rot-grüne Mehrheit da wäre, glauben Sie, daß es da noch ein Umdenken gäbe bei SPD und Grünen?
Gysi: Ich habe eines in meinem Leben gelernt: Man soll nie was ausschließen. Es klingt im Augenblick nicht sehr wahrscheinlich, aber man soll nie was ausschließen. Wissen Sie, es ist gar nicht so, daß ich das anstrebe oder so. Ich will nur sagen: Wenn wir einen Politikwechsel wollen, das geht ohne uns gar nicht. Die anderen machen einen Personalwechsel, das reicht mir nicht.
Schröder: Politikwechsel, was heißt das konkret? In Ihrem Wahlprogramm steht: Hartz IV-System überwinden, Mindestrente 1.050 Euro, Hartz IV-Satz von 500 Euro, Leiharbeit verbieten. Das alles wäre doch so auch mit SPD und Grünen kaum umsetzbar.
Gysi: Ja, aber die Richtung muß doch stimmen, die Richtung muß stimmen. Also, ich sage mal drei Sachen, nur Beispiele: Kampfeinsätze der Bundeswehr würden mit uns nicht stattfinden. Zweitens: Es muß deutlich mehr soziale Gerechtigkeit geben. Drittens, um mal ein Beispiel zu sagen, die Rentenangleichung Ost und West, also darauf müßte ich bestehen. Ich kann mich ja im Osten gar nicht mehr blicken lassen, wenn ich sage, na wir verzichten auch darauf. Das ginge gar nicht, um mal ein Beispiel zu nennen. Lohnangleichung brauchen wir natürlich auch. Also, es gibt viele Punkte, da muß hart verhandelt werden.
Ich sage ja nicht, daß wir alles zu hundert Prozent durchsetzen können, aber die Richtung muß doch stimmen. Bei Hartz IV will ich Ihnen auch mal sagen: Wissen Sie, mich stört die Art, wie wir denken. Was machen wir? Wir sagen: Hartz IV Bezieherinnen und Hartz IV Bezieher bekommen ein Existenzminimum. Dann legen wir Sanktionen fest, also wir nicht, die Mehrheit im Bundestag legt dann Sanktionen fest und sagt:
Das wird bestraft, das wird bestraft. Man kann einem Menschen nicht weniger als das Existenzminimum geben. Warum können wir denn nicht umgekehrt da ran gehen und sagen: Leute, die sich besonders engagieren, die ehrenamtlich tätig sind, kriegen einen Bonus. Verstehen Sie? Wir haben ein Existenzminimum, das geben wir so, und dann machen wir einen Bonus für Leute, die sich besonders engagieren. Wir denken immer nur in Form von Strafen. Ich würde das gern genau umgekehrt machen: Die Leute animieren, sie versuchen zu gewinnen zu besonderen Aktivitäten.
Schröder: Herr Gysi, andererseits ist ja die Frage, würde eine Regierungsbeteiligung, wo Sie doch einen Großteil auch Ihrer Forderungen zumindest zurückschrauben müßten, würde das die Linkspartei nicht vor eine Zerreißprobe stellen? Denn das war ja ein langjähriger Konflikt: sollen wir uns als Fundamentalopposition positionieren oder eine zweite SPD werden, was ja in Ihrer Partei nach wie vor viele ablehnen, zu viele Kompromisse machen. Also, sind Sie überhaupt regierungsfähig?
Gysi: Na klar sind wir regierungsfähig. So viel gehört ja nicht dazu. Schauen Sie sich mal die Bundesministerinnen und Bundesminister an. Also, deren - sagen wir mal - Fähigkeiten sind ja auch begrenzt. Glauben Sie im Ernst, das könnten wir nicht? Na, das könnten wir schon lange. Nein, das würde gar nicht eine Zerreißprobe werden. Ein Parteitag müßte das ja bestätigen. Nur, wissen Sie, ich weiß doch auch, daß das im Augenblick gar nicht ansteht. Ich weiß

doch, daß die SPD das gar nicht will und die Grünen. Ich glaube übrigens gar nicht an die Zerreißprobe. Und wissen Sie, ich kenne die, die gerne etwas radikaler auftreten als ich. Die sind dann so was von diszipliniert in der Regierung, dann muß ich die immer mahnen, nicht zu weit zu gehen. Also, da bin ich ganz sorgenfrei diesbezüglich.
Schröder: Aber in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, wo Sie an der Regierung beteiligt waren, haben Sie keine guten Erfahrungen gemacht.
Gysi: Ja, man muß lernen. Es ist so ...
Schröder: Da mußten Sie zum Beispiel Einsparungen im öffentlichen Dienst mittragen. Das ist der Partei nicht gut bekommen. Viele sehen das ja auch als Grund, da vorsichtig zu sein.
Gysi: Aber das ist ja auch eine Gemeinheit. Die Linke wird immer dort stark gewählt, wo Armut herrscht. Ich würde auch gerne mal ein reiches Land regieren, verstehen Sie? Da kann man ja besonders viel verteilen. Aber das ist nicht das Schicksal. Wenn man links wird, muß man wissen, immer in schwierigen Situationen kommt man in Verantwortung. Und Berlin ist ja wirklich unbeschreiblich pleite. Da mußte man auch bestimmte Dinge einsparen. Aber ich bestreite doch gar nicht, daß wir da auch Fehler gemacht haben und dazugelernt haben. Was mir jetzt in Brandenburg zum Beispiel gefällt, ist, daß deutlicher wird in der Landesregierung, was geht auf uns zurück und was geht auf die SPD zurück. Das war mir in Berlin immer zu wenig. Aber ich glaube, da haben wir schon eine ganze Menge dazu gelernt.
Schröder: Herr Gysi, Sie sagen, Sie wollen einen Politikwechsel. Eine Wechselstimmung bei den Wählern kann man im Land kaum feststellen. Bundeskanzlerin Merkel ist beliebt wie kaum zuvor. Die Union steht stabil bei über 40 Prozent. Wie erklären Sie sich das?

"Merkel ist nicht eitel und materiell überhaupt nicht interessiert"

Gysi: Na ja, Frau Merkel hat natürlich für die Bevölkerung zwei Vorteile: sie ist nicht eitel und sie ist auch materiell überhaupt nicht interessiert. Und dadurch kommt sie an bei den Leuten. Leider gibt es allerdings auch einen Irrtum. Sie denken alle, Frau Merkel schützt ihre Sparguthaben. Und da behaupte ich, das passiert nicht, weil eine ganz falsche Politik in Bezug auf Südeuropa gemacht wird. Aber Sie haben recht, es gibt im Augenblick noch keine Wechselstimmung. Das macht ja den Wahlkampf auch so lahm. Aber deshalb versuche ich ja, Leidenschaft hineinzubringen. Mal sehen, ob es noch gelingt.
Schröder: Eine andere Erklärung, Herr Gysi, wäre, den Deutschen geht es ja auch so gut wie lange nicht. Während in den Nachbarstaaten die Wirtschaft in der Krise steckt, in der Rezession, ist die Arbeitslosigkeit hier gering, die Beschäftigung hoch. Also warum sollten die Wähler diese Regierung abwählen?
Gysi: Also in den letzten zehn Jahren haben wir 1,4 Millionen Vollzeitarbeitsplätze abgebaut. Weshalb die Statistik so gut aussieht, kann ich Ihnen sagen: weil wir so viel prekäre Beschäftigung eingeführt haben, erzwungene Befristung, erzwungene Teilzeit, die ganze Leiharbeit, der Mißbrauch der Werkverträge, diese 400-Euro-Jobs ...
Schröder: Der Wähler sieht es offenbar anders.
Gysi: Nein, es gibt bei den ärmeren Leuten oft die Vorstellung, daß sie auch durch Wählen nichts mehr verändern. Wir müssen die Nichtwählerinnen und Nichtwähler gewinnen, wählen zu gehen. Das ist mir wichtig diesbezüglich. Aber wissen Sie, nein, fragen Sie mal eine Hartz-IV-Empfängerin, eine Alleinerziehende mit zwei oder drei Kindern, ob es ihr gut geht. Die wird Ihnen das Gegenteil erzählen. Oder jemand, der drei 400-Euro-Jobs hat, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Wir dürfen die Maßstäbe nicht verschieben. Uns beiden geht es natürlich ganz gut. Aber es gibt auch viele, denen geht es nicht gut. Und die muß man immer im Blick behalten.
Das ist übrigens eine Schwäche des Spitzenkandidaten der SPD. Der redet zu viel mit Bänkern und mit Managern und zu wenig mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, mit Arbeitslosen, mit Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfängern. Aber Sie haben recht, es

gibt im Augenblick keine wirkliche Wechselstimmung. Aber es sind ja noch ein paar Wochen hin. Die kann ja noch entstehen, und dann wird es vielleicht noch spannend.
Schröder: Gregor Gysi im Interview der Woche im Deutschlandfunk. Herr Gysi, am 22. September wird nicht nur der Bundestag gewählt, sondern auch der Landtag in Hessen. Derzeit sieht es nicht so aus, als könnte die Linkspartei dort ins Parlament einziehen. Das würde bedeuten, daß außer dem Saarland die Linkspartei in keinem anderen Flächenland in Westdeutschland vertreten wäre. Was bedeutet das? Ist die Ausdehnung der ehemaligen PDS auf ganz Deutschland, auf Westdeutschland damit gescheitert?
Gysi: Also, zunächst mal gehe ich davon aus, daß wir das schaffen. Der Wahlkampf beginnt ja erst. Und da das am gleichen Tag ist wie die Bundestagswahl gibt es auch eine ganz gute Chance, wenn wir genügend für uns Stimmung machen können hinsichtlich der Bundestagswahl, daß sich das auch positiv auswirkt auf das Landtagswahlergebnis.
Deshalb will ich jetzt noch gar nicht darüber diskutieren, was wäre, wenn Folgendes passierte. Aber zu Ihrer generellen Frage: nein, das kann man nicht sagen. Wir hatten bei der Bundestagswahl 2005 4,9 Prozent der Stimmen in den alten Bundesländern und 2009 - das war natürlich ein Topergebnis - 8,7 Prozent. Das ist gewaltig für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.
In den alten Bundesländern hatte eine Partei links von der Sozialdemokratie niemals eine Chance, in die Nähe solcher Werte zu kommen. Natürlich ärgert es mich auch, und ich möchte, daß wir wieder in mehr Landtage einziehen. Aber das hängt doch damit zusammen, daß wir diese Partei letztlich dann auch von oben gegründet haben. Und da sind wir landes- und kommunalpolitisch noch nicht so gut verankert, daß das hält. Da gibt es so einen Rausch, dann ziehen wir ein, dann werden wir wieder rausgewählt, aber trotzdem ...
Schröder: Nicht gut verankert, Herr Gysi, das ist eine sehr vornehme Beschreibung dafür, daß Sie reihenweise aus den Landtagen fliegen, gerade in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg, in Bayern, da sind Sie eine Splitterpartei.
Gysi: Nein, in Baden-Württemberg sind wir nicht rausgeflogen, da sind wir leider nicht reingekommen.
Schröder: Das Ergebnis ist dasselbe.
Gysi: Ja, es ist aber ein kleiner Unterschied.
Schröder: Sie sind nicht nur nicht gut verankert, Sie spielen dort politisch eigentlich keine Rolle mehr. Wie lange kann das die Linkspartei aushalten - in Ostdeutschland sehr stark, in Westdeutschland bedeutungslos?

"Die Rolle als reine Ostpartei können wir gar nicht weiter spielen"

Gysi: Trotzdem, ich sage Ihnen, in Baden-Württemberg habe ich an dem Wahlkampf teilgenommen. Und deshalb weiß ich, daß es dort eine Stimmung für uns gab, aber es gab ein taktisches Denken, die Sorge, daß es nicht reicht für SPD und Grüne, um die Regierung in Baden-Württemberg zu bilden, was so ein bißchen gegen uns gesprochen hat.
So was muß man natürlich überwinden. Also, ganz klar, die Rolle Ostpartei, als reine Ostpartei, können wir gar nicht weiter spielen, weil uns das viel zu wenig Gewicht gäbe. Daß bei uns ostdeutsche Interessen immer sehr gut durchsetzbar sind, artikuliert werden, wenn ich zum Beispiel endlich an die gleiche Rente für die gleiche Lebensleistung denke oder eben den gleichen Lohn in gleicher Arbeitszeit für die gleiche Arbeit, das ist doch selbstverständlich.
Oder auch Respekt für ostdeutsche Biographien. Aber auf der anderen Seite haben wir doch bundespolitisch nur Gewicht, wenn wir ein Faktor in ganz Deutschland sind. Und wir sind ja auch in Landesparlamenten, in Bremen und in Hamburg und noch eben auch in Hessen und ich glaube, daß wir da auch drin bleiben, und wir werden auch wieder einziehen in andere Landtage, wenn wir uns dort stabilisieren. Aber Politik verläuft doch nicht so, daß es immer nur aufwärtsgeht.

Schröder: Zeigt sich in Westdeutschland nicht vielleicht ein grundsätzliches Problem, nämlich daß die Linkspartei immer mehr Schwierigkeiten hat, Leute für sich zu begeistern, je mehr SPD und Grüne - Sie haben das ja auch angemerkt - Positionen der Linken übernehmen, etwa bei Mindestlohn, bei der Rente, bei anderen Themen. Wird also die Linkspartei überflüssig?
Gysi: Nein, das glaube ich nicht, und zwar, weil wir erstens in vielen Punkten - ich habe sie vorhin schon genannt - die einzigen sind, die im Bundestag widersprechen ...
Schröder: Aber in Westdeutschland zieht das offenbar nicht.
Gysi: Ja doch, also ich finde nach wie vor, über vier Prozent oder jetzt werden wir in der Regel so bei vier bis fünf Prozent in den alten Bundesländern gesehen hinsichtlich der Bundestagswahl, das hat doch Gewicht. Ich bitte Sie, das ist doch nicht nichts. Ich meine, das sind nicht die Werte wie in den neuen Bundesländern, aber für mich hat das Gewicht. Natürlich richtet sich die SPD auch nach uns, aber das ist doch erstmalig in der Geschichte der SPD der Bundesrepublik. Die stand immer nur von rechts unter Druck, plötzlich steht sie auch mal von links unter Druck. Und das muß man ihr ja auch gönnen in jeder Hinsicht.
Schröder: Die Frage bleibt trotzdem, was müssen Sie tun, um in Westdeutschland wieder mehr Gewicht zu bekommen.
Gysi: Trotzdem, jetzt richtet sich die SPD - da haben Sie recht - ein bißchen nach uns in ihrem Programm so lange sie in der Opposition ist. Und wenn sie dann in der Regierung ist, warten wir mal ab, was dann passiert. Dann werden Sie sehen, wie unser Wert wieder zunimmt. Wir sind mehr als ein Korrekturfaktor, aber wir sind auch ein Korrekturfaktor, und das ist nicht unwichtig. Wir müssen die Kommunalpolitik aufbauen, wir müssen die Landesverbände stärken. Die müssen auch etwas weniger ideologisch sein und etwas mehr auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen.
Also, wir müssen uns um die praktischen Probleme der Leute kümmern. Sie wissen ja, wie sehr Linke natürlich auch zur Ideologie neigen. Verstehe ich auch, ist auch gar nicht das Problem, ich habe auch nichts dagegen, aber gleichzeitig müssen wir viel näher an den Leuten dran sein. Das ist auch im Osten nicht so einfach, weil unsere Mitglieder älter werden und der Zugang nicht so leicht zu organisieren ist. Ich kenne doch unsere Probleme.
Schröder: Herr Gysi, zum Abschluß noch ein Wort zu Thomas de Maizière. Er hat am vergangenen Mittwoch vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt zum gescheiterten Rüstungsprojekt Euro-Hawk und dabei an seiner Verteidigungslinie weitgehend festgehalten, er habe nicht früher von den Problemen gewußt, daß sie so massiv sind. Seine Mitarbeiter hätten Informationen nicht weitergegeben. Ist der Fall damit erledigt?
Gysi: Ach, wissen sie, Politikerinnen und Politiker haben es natürlich nicht leicht. Das ist ja so: wenn man was weiß und es nicht sagt, ist man schuldig. Wenn man es nicht weiß, ist man auch schuldig, weil man dann seinen Apparat nicht im Griff hat. So leicht kommt er da nicht heraus. Ich sage jetzt gar nichts über Konsequenzen, aber Aufklärung brauchen wir. Wissen Sie, ich will Ihnen das auch begründen. Wenn man 500 Millionen in den Sand setzt für etwas, wo ich meine, daß wir es sowieso nicht brauchen. Das ist noch wieder eine ganz andere Frage, diese blöden Drohnen.
Wissen Sie, wie erklären Sie denn den Leuten in Rostock, daß es kein Geld für ein Theater gibt? Wie erklären Sie den Leuten, daß Busfahrten für Kinder zur Schule, daß man dort vielleicht doch über Gebühren nachdenkt und solche Sachen? Das geht nicht. Und dann sagt die Regierung, na ja, 500 Millionen, Pech gehabt, die sind eben in den Sand gesetzt. So geht das nicht. Das muß doch ausgewertet werden. Wenigstens muß man doch sagen, wie kann man das in der Zukunft verhindern.
Und dann gibt es ja noch eine Sache, die mich am meisten stört, wenn sie stimmt, die gerade ermittelt wird: als man schon wußte, daß das nichts wird, hat man weiter bezahlt. Warum?

Damit die ihre Spionagesysteme entwickeln können, die sie jetzt privat weltweit verkaufen. Das heißt, wir haben Steuergelder zur Verfügung gestellt, damit so ein Rüstungskonzern ein dickes Geschäft macht. Das finde ich nun ein starkes Stück. Also, da sind andere schon für weniger für Untreue zur Verantwortung gezogen worden.
Schröder: Aber das heißt, auch Sie gehen davon aus, Ihre Mittel, die Mittel der Opposition sind erschöpft. Thomas de Maizière bleibt im Amt?
Gysi: Das sage ich gar nicht. Wir haben ja Wahlen am 22. September. Warten wir mal ab, wer da im Amt bleibt. Mein erstes Ziel ist nicht immer, daß irgend jemand geht, sondern mein erstes Ziel ist, die Wahrheit zu erfahren. Und da sind wir noch ein ganzes Stück entfernt. Und deshalb bin ich sicher, auch in der nächsten Legislaturperiode wird es diesbezüglich noch Aufklärung geben und geben müssen.
Schröder: Herr Gysi, ich danke Ihnen für das Gespräch.
Gysi: Bitte.
Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandradio macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 26 berichtete am 21. August 2013:
>>**Souveränität, Recht und Demokratie versus Machtpolitik**
von Prof. Dr. jur. und Dr. phil. Alfred de Zayas
Die Souveränität ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Wir haben seit 1945 eine neue Weltordnung. Und die Uno-Charta ist die Weltverfassung - allerdings nicht die Verfassung einer Weltregierung. Das will keiner. Aber es ist eine Verfassung, die alle Staaten vertraglich akzeptiert haben. Eine Verfassung, die die Souveränität aller Staaten garantiert, nämlich in Artikel 1 und Artikel 2. Artikel 2 ist besonders wichtig, nicht nur, weil hier die Gleichheit aller Staaten unterstrichen wird, sondern auch, weil nicht nur die Gewaltanwendung, sondern auch die Androhung von Gewalt ganz deutlich verboten wird.
Das heißt nicht, daß die Staaten sich daran halten, aber juristisch gesehen, völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Souveränität bedeutet auch Selbstbestimmung der Völker. Selbstbestimmung der Völker ist, was man in juristischer Sprache "ius cogens" nennt bzw. bindendes Völkerrecht. Die afrikanischen Staaten haben dank dieses Prinzips der Selbstbestimmung in den späten 50er und Anfang der 60er Jahre ihre Unabhängigkeit gewonnen. Indien hatte sich schon im Jahr 1947 von Großbritannien freigemacht.
Es gibt auch sehr viele Völker, die keine Selbstbestimmung haben. Eines der Themen, die ich in meinem neuen Bericht für die Vereinten Nationen behandle, sind die Autochthonen, das heißt Menschen, die seit Generationen und Generationen in einem Gebiet leben, z.B. die Ur-Amerikaner, fälschlicherweise "Indianer" genannt, die Aborigines aus Australien, die Tamilen in Sri Lanka, die Ibos in Biafra, die Kurden in der Türkei, Syrien, Irak und Iran, Kashmiri in Indien, die Molukken in Indonesien, die deutschen Südtiroler in Italien usw.
Ob wir über die Autochthonen in Alaska sprechen oder in Hawaii oder in West-Papua - sie alle haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Das bedeutet nicht immer Unabhängigkeit. Selbstbestimmung kann auch im Rahmen einer Autonomie-Regelung erreicht werden, solange das der Wille des Volkes ist. Das muß natürlich festgestellt werden.
Völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Artikel 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantieren dieses Recht.
Was verstehen wir unter Recht? Wenn wir Recht sagen, sprechen wir von Rechtsstaatlichkeit. Wir sprechen von Rechtssicherheit. Wir sprechen von checks and balances, wie wir in Amerika sagen. Das heißt, daß es eine exekutive, eine legislative und eine juristische Staatsgewalt gibt. Es sind getrennte Gewalten, die sich gegenseitig ausbalancieren. Allerdings muß ange-

merkt werden, daß die höchste Gewalt in allen Rechtsstaaten die Richter sind. Also nicht die Exekutive, nicht die Legislative, sondern die Richter, die über das Handeln von Präsidenten und über das Handeln von Parlamenten bestimmen können. Das ist ein Merkmal eines Rechtsstaates (Im Fall der direkten Demokratie der Schweiz liegt die höchste Gewalt beim Volk - die Redaktion).
Allerdings ist die Rechtsstaatlichkeit in den meisten modernen Staaten sehr angeschlagen. Und aus meiner Erfahrung als Uno-Beamter und als Experte verschiedener Gremien kann ich Ihnen sagen, daß die sogenannten unabhängigen Richter häufig nicht unabhängig sind. Hieraus ergibt sich eine Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit.
Allerdings ist es besser, wenn man etwas hat, was noch korrigierbar ist, als wenn man eine Situation ohne Normen hat, ohne Gesetze, ohne Richter. So haben wir eine Struktur, die korrigierbar ist, aber auch nur, wenn eine Bürgerschaft da ist, die das verlangt; wenn die Bürger wach sind und wenn sie nicht eingeschüchtert werden.
Die Einschüchterung durch die sogenannte politische Korrektheit ist eine der größten Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit; sie ist eine der größten Gefahren für die Demokratie. Denn viele Menschen denken etwas Bestimmtes, sagen aber etwas anderes. Viele Menschen wagen es nicht, sich zu äußern. Sie schweigen lieber, als sich öffentlich zu äußern, weil sie vor den Konsequenzen Angst haben, wenn sie offen sprechen.
Ich zum Beispiel habe als Professor für Völkerrecht, als Uno-Beamter, gelitten wegen meiner Publikationen. Meine Publikationen haben mir in meiner Karriere nicht geholfen. Ganz im Gegenteil. Ich habe mindestens drei Beförderungen in den Vereinten Nationen verpaßt wegen meines Buches über die Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, "Die Nemesis von Potsdam" (Herbig, 14. Auflage 2005).
Ausdrücklich wegen dieses Buches, weil ich die Argumente kenne, die in den ausschlaggebenden Gremien diskutiert wurden. Und dieses politisch unerwünschte Buch ist mir vorgeworfen worden. Natürlich will man niemanden haben, der heiße Eisen anpackt. Lieber jemand, der keine Wellen macht, als jemand, der offen spricht.
Rechtstaatlichkeit ist nicht nur Rechtspositivismus. Es geht nicht nur um das, was im Gesetz steht, sondern auch um das, was über dem Gesetz steht. Es gibt das berühmte Buch von Montesquieu, "De l'esprit des lois" (Über den Geist des Gesetzes). Der Geist des Gesetzes ist der Ursprung des Rechts. Und das ist wichtiger als das, was aufs Papier kommt. Denn auf dem Papier gibt es manchmal sehr ungerechte Gesetze.
Man muß immer bedenken, daß das Gesetz da ist, um Gerechtigkeit zu schaffen, und nicht, um Ungerechtigkeiten festzulegen und zu zementieren. Das ist eine Diskussion, die die Rechtsphilosophen führen, und es gibt im Grunde genommen keine Lösung, und es bleibt eine gewisse Spannung zwischen dem Begriff Recht und dem Begriff Gerechtigkeit. Ich selbst bin römisch-katholisch und ein Anhänger der Philosophie des Naturrechts und dafür, daß wir mehr Raum für das Naturrecht schaffen.
Mein Problem als Professor für Völkerrecht ist: Ich muß meinen Schülern bzw. meinen Studenten erklären, wie es dazu kommt, daß das Völkerrecht so oft nach Belieben eingesetzt wird. Hier wird es anerkannt, dort aber nicht. Gesetzt den Fall, daß das Volk vom Kosovo die Unabhängigkeit haben sollte: Wenn der Begriff Selbstbestimmung allgemeine Gültigkeit besitzt, warum nicht auch in Biafra?
Sie werden sich erinnern: 1967/70 der Völkermord in Biafra. Und Nigeria hat die sehr legitime Bestrebung des Volkes von Biafra, sich von Nigeria zu trennen, mit grausamer Gewalt unterdrückt. Dasselbe gilt für Sri Lanka, sie kennen alle die Problematik um die Tamilen. Sie haben keine Selbstbestimmung und keine Unabhängigkeit bekommen. Sie sind massakriert worden, und die Welt hat zugeschaut.
Ich bin Amerikaner, und ich würde gerne denken, wir sind "die Guten". Ich würde so gerne

daran glauben. Als ich Schüler war in Chicago, mußte ich jeden Morgen sagen: "I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the republic for which it stands, one nation under God, indivisible, with liberty and justice for all." (Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden.) Jeden Morgen, wenn die Flagge gehißt wurde, mußte ich das sagen, und natürlich haben gleichzeitig die Trompeten geblasen. Man will an etwas glauben, man hat es nötig, an sich selbst zu glauben.
Es ist gut und wichtig, Werte zu haben, aber es ist für mich eine große Enttäuschung zu merken, daß sich auch meine Regierung nicht an das Völkerrecht hält. Man braucht nur an Guantánamo, an Abu Graib, an die NSA-Enthüllungen zu denken. Dann fragt man sich: Wo stehen wir? Was bleibt überhaupt von der Ethik?
Und ehrlich gesagt, es bleibt nicht viel übrig. Nun, ich sagte Völkerrecht nach Belieben, ich nenne es auch "Völkerrecht à la carte". Das wird heute so angewandt und morgen ganz anders.
Und was ist mit dem Ideal der Demokratie?
Die einzige Demokratie, die ich kenne, ist die schweizerische. Sie ist nicht perfekt. Aber sie ist die einzige, in der eine gewisse Korrelation zwischen dem Willen des Volkes und der eigentlichen Politik besteht. Bei uns in Amerika gibt es einen totalen "disconnect" zwischen Senatoren, Kongreßabgeordneten und dem Volk.
Eine Demokratie ist mehr als der Pro-Forma-Wahlgang, bei dem Sie für Kandidat A oder für Kandidat B stimmen. Ich muß auch eine Möglichkeit haben, die Entscheidungen dieses Kandidaten zu beeinflussen. Ich will nicht, daß es nur Kandidaten gibt, die dem militärisch-industriellen Komplex verpflichtet sind. Dann habe ich wirklich keine echte Wahl. Man wird vor ein Fait accompli gestellt. Wenn Sie "Through the Looking-Glass" von Lewis Carroll kennen, werden Sie an die sehr ähnlichen Gestalten Tweedledee und Tweedledum denken, und das ist mehr oder weniger, was wir in vielen Demokratien haben, eine Wahl zwischen Tweedledee und Tweedledum. Ist das eine Demokratie?
Ich habe voriges Jahr im November nicht gewählt. Natürlich ist Obama immerhin besser als Romney, aber weil ich so enttäuscht bin von diesem Mann und weil ich meine, daß es gar keine echte Wahl war, habe ich gesagt: "Wozu abstimmen?" Denn so oder so regiert der militärisch-industrielle Komplex oder die Ölindustrie oder Exxon und so weiter. Aber das Volk hat absolut keinen Einfluß.
Ob ich einen republikanischen Kongreßmann oder Senator oder einen demokratischen Kongreßmann oder Kongreßfrau habe: Die sind alle für den militärisch-industriellen Komplex, für die Anwendung von Gewalt, für Big Brother. Eine echte Wahl besteht nicht. Es ist nur eine Scheinwahl, und alle Leute gehen und stimmen ab. Aber ich finde, das ist eher eine Sportveranstaltung. Man geht zur Olympiade, und man sieht sich die beiden Mannschaften an, die sich gegenseitig bekämpfen, und man kann sich überlegen, ob ich für diese Mannschaft sein will oder für die andere. Aber beeinflussen kann ich nichts. Ich kann mich nur virtuell erfreuen, daß meine Partei gewonnen hat.
Aber ist es überhaupt meine Partei? Nein, es ist die Partei des militärisch-industriellen Komplexes. Und wie sieht es in Deutschland aus? Was für eine Wahl haben Sie zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück? Und in Frankreich zwischen Sarkozy und Hollande? Ich bitte Sie! Also, schon wieder Pest und Cholera.
Was wirklich wichtig ist, was entscheidend ist in der Demokratie, und das sage ich in allen meinen Berichten, sind die Instrumente der direkten Demokratie, nämlich die Initiative, das Referendum und die Möglichkeit der Amtsenthebung, in den USA sagen wir impeachment. Wenn ein Parlamentarier oder ein Präsident sich total gegen seine Versprechen verhält oder gegen ein bestimmtes Programm, für das er gewählt wurde, um es durchzuführen, und wenn er dieses Programm nicht durchführt, sondern eine ganz andere Agenda und ganz andere In-

teressen hat, dann sollte das Volk die Möglichkeit haben, diese Person des Amtes zu entheben. Das ist das Wesentliche einer echten Demokratie.
Ansonsten haben sie nur eine Scheindemokratie oder, wie ich es in meinem Bericht schreibe, eine Lobby-Demokratie. Lobby-Demokratie, das heißt, die Parlamentarier sind einer bestimmten Lobby gegenüber verpflichtet, und sie werden sagen und tun, was diese Lobby ihnen befiehlt, denn diese Lobby hat für die Kampagne bezahlt. Wenn Sie bedenken, daß eine Präsidentschaftswahl Milliarden kostet. Ich überschätze es nicht: Milliarden! Das ist wirklich eine Sportveranstaltung, und wir sind die Zuschauer. Wir schauen uns das an, was da los ist, aber wir können es nicht beeinflussen. Und unser amerikanischer Wahlkampf 2012 kostete 3,5 Milliarden Dollar!
Ich verlange von einer parlamentarischen Demokratie, daß die Auswahl der Kandidaten vom Volke kommt und nicht von einer Parteimaschine, und daß jeder Kandidat, der tatsächlich gewählt wird, auch wirklich mein Repräsentant ist, daß er mich vertritt. Das ist die Idee der Demokratie, daß ich eine Vertretung habe. Aber heute wird jemand gewählt, und dann tut er, was er will. Und man sagt: "Oh ja, in vier Jahren können wir ihn in die Wüste schicken!" Aber dann kommen zwei genauso große Übel. Also, es gibt keine Lösung: Das System der sogenannten repräsentativen Demokratie funktioniert nicht.
Wir haben eine repräsentative Demokratie nur für Routine-Sachen. Aber wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel, wie das Geld für den Haushalt des Landes ausgegeben wird, dann haben wir keinen Einfluß. 50 %, 60 % des Haushalts werden ausgegeben für den Krieg, um mehr Drohnen zu bauen oder U-Boote oder Flugzeuge oder Cruise Missiles und Gott weiß was. Da geht das Geld hinein. Und hinzu kommt das Geld, das nicht direkt im Haushalt des Pentagon ist, es befindet sich im Haushalt des State Department zum Beispiel.
Auch dieser ganze Überwachungsapparat, die Ausgaben für die National Security Agency, wo werden sie gebucht? Wenn Sie das ganze Geld zusammenzählen, das für die sogenannte nationale Sicherheit ausgegeben wird, dann ist es kein Wunder, daß nichts übrig bleibt für Gesundheit oder für Schule und Ausbildung. Dafür ist kein Geld mehr da. Allerdings gibt es Menschen, die Milliardäre geworden sind, weil es in der Waffenindustrie nach wie vor sehr viel Geld zu verdienen gibt.
Wenn wir die Souveränität, das Recht und die Demokratie der Macht gegenüberstellen, dann stellen wir zudem fest, daß die Macht im Grunde genommen nicht mehr beim Staat ist. Die Macht liegt bei der Ökonomie, sie hat die Macht. Die National Security Agency (NSA) hat die Macht, die Geheimdienste, die haben die Macht. Außerdem natürlich die Finanzinstitutionen. Manche behaupten, daß Goldman Sachs die Welt regiert.
Da ist niemand verantwortlich, sie können diese Leute nicht zur Rechenschaft ziehen. Sie sind auch nicht demokratisch gewählt worden. Sie üben eine enorme Macht über Sie und mich aus, und ich kann nichts tun. Das ist leider eine Situation, die nur durch eine sehr aufgeweckte bürgerliche Gesellschaft bekämpft werden kann.
Wir müssen diese Instanzen wie die großen Finanzgiganten an der Wall Street, wie die Weltbank und die Währungsfonds unter gewisse Kontrollen bringen, etwa unter der Generalversammlung der Vereinten Nationen, und sie sollten auch vor dem Menschenrechtsrat Bericht abgeben. Es kann nicht sein, daß uns eine Gruppe von Finanzmagnaten regiert. Wir haben sie nicht gewählt. Sie üben eine Macht aus, die ihnen nicht zusteht. Die Märkte haben sie nicht entdeckt, die Märkte haben sie nicht erschaffen, die Märkte hat die Gesellschaft erschaffen. Sie sind ein Produkt von Hunderten von Jahren der bürgerlichen Gesellschaft, die das aufgebaut hat.
Diese Leute sind nur die Ausbeuter, die Parasiten, die sich gut organisiert haben und das an sich gerissen haben und das jetzt sozusagen nur für ihr eigenes Wohlergehen, aber nicht für

das Wohlergehen der Bevölkerung tun.
Ein anderes Problem, das einhergeht mit dem Konzept der Macht, ist, wie diese Ikonen der Macht uns manipulieren. Wir werden manipuliert durch Angst. Das ist ein sagenhaftes Geschäft mit der Angst. Und Sie wissen, wie unfrei unsere Medien sind. Unsere Medien veröffentlichen, was sie wollen. Was ihnen nicht paßt, wird nicht veröffentlicht.
Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen wissen, daß die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte am 12. Juli eine sehr deutliche Pressemitteilung herausgegeben hat, in der sie unter anderem gesagt hat, daß Edward Snowden das Recht auf Asyl hat, daß die Staaten aufgefordert sind, dieses Recht zu gewähren, dieses Recht zu respektieren, dieses Recht in die Tat umzusetzen, daß sie gesagt hat, daß er nicht verfolgt werden darf; denn ein Mensch, ein Whistleblower, der die Verletzungen von Menschenrechten aufdeckt, darf deshalb nicht bestraft werden - ganz im Gegenteil, dieser Mann ist kein Vaterlandsverräter, ganz im Gegenteil, er hat der Demokratie einen großen, großen Dienst erwiesen.
Das, was unsere Regierung gemacht hat und was die Arbeit der NSA bedeutet, ist eine klare Verletzung der amerikanischen Verfassung, es ist verfassungswidrig, was wir machen.
Was die bürgerliche Gesellschaft tun kann, ist demonstrieren, protestieren, verlangen, daß Elemente der direkten Demokratie bei uns eingeführt werden, daß in jenen Staaten, die die direkte Demokratie nicht kennen, die Parlamentarier die notwendigen Gesetze annehmen, so daß auch eine wichtige Gesetzgebung durch ein Referendum entschieden wird, und nicht, daß ein paar Parlamentarier das alleine tun. Glauben Sie, daß die französische Bevölkerung in einem Referendum die gleichgeschlechtliche Ehe akzeptiert hätte?
Ich glaube es nicht. Die Idee der Adoption durch gleichgeschlechtliche Eltern - das wäre mit Sicherheit sogar mit 80 % abgelehnt worden, wenn das vor das Volk gekommen wäre. Aber weil die Befürworter wissen, daß es abgelehnt wird, wird es durch die Parlamentarier gegen den Willen des Volkes durchgesetzt - und das nennt man dann Demokratie. Das ist wirklich ein klassisches Beispiel einer Korruption von Demokratie. Natürlich kritisiert man das. Aber es passiert nichts.
Ich bin nicht der erste, der diese Problematik anpackt. Dies haben Noam Chomsky, John Pilger, Jeffrey Sachs, Arundhati Roy, David Cromwell, Marc Curtis und viele andere vor mir getan. Sie haben auch die korrekte Diagnose gegeben. Sie haben die korrekte Medizin verschrieben. Aber diejenigen, die die Macht haben, wollen keine Medizin und keine Änderung des Status quo, denn sie verdienen zu viel Geld.
Die Welt ist, wie sie ist, und es liegt an uns, die Welt zu verbessern. Stecken Sie also den Kopf nicht in den Sand. Bestehen Sie auf Ihrer Ethik, auf Ihren Werten. Ziehen Sie die Politiker und die Finanzleute - sei es in Deutschland, sei es in Frankreich, sei es in der Schweiz - zur Rechenschaft, wenn sie etwas Undemokratisches und wenn sie etwas Ungerechtes tun.
Was sind die größten Verbrechen? Sie können sich viele Verbrechen ausdenken. Aber ich möchte nur eines nennen: das Verbrechen des Schweigens. Warum sind wir in der Situation, in der wir sind? Weil die Menschen schweigen, weil die Menschen sich anpassen, weil die Menschen sich bücken, weil es einen Druck der politischen Korrektheit, einen Druck des Zeitgeistes gibt. Dann drücken sich die Menschen, sie wollen irgendwie nicht deutlich sprechen. Nun, ich kann Ihnen sagen, man kann es wagen, und man muß es wagen.
Ich schließe gerne mit einem Gedanken von Lucius Annaeus Seneca:
Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.
…
"Ich muß den Schweizer Bürgern sagen: Sie müssen für den Erhalt der Schweizer direkten Demokratie kämpfen. Das ist nicht nur für Sie, das ist auch ein Modell für die Welt."
Alfred de Zayas

Charta der Vereinten Nationen (Auszug)

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.
2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.
3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.
5. Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift; sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand.
6. Die Organisation trägt dafür Sorge, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, insoweit nach diesen Grundsätzen handeln, als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.
7. Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden; die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte:

Artikel 1

1. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.
2. Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

3. Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.
Wortgleich mit Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. September 2013 (x887/...): >>**Das rhetorische Spiel mit dem Linksextremismus**
von Susanne Baumstark
Die politische Meinungsbildung in Deutschland gleicht heute dem täglichen Absolvieren eines Trimm-Dich-Pfades: Kopf abschalten, Muskeln spielen lassen, bei immer denselben Übungen, bis sie dem Einen in Fleisch und Blut übergehen und dem Anderen zum Halse heraushängen. Ähnlich zumindest funktioniert die Tabuisierung in Bezug auf linke Gewalt und die DDR-Diktatur. Übergeordnetes Trainingsmodul:
Man bewaffne sich mit dem Wort "Gleichsetzung", ziehe durch die politischen Lande und überziehe in vorwurfsvoller Manier all jene damit, die über Linksextremismus oder den diktatorischen Sozialismus sprechen wollen. "Gleichsetzung" bedeutet Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus. Wer feststellt, der Kommunismus sei "auch" eine totalitäre, menschenverachtende Diktatur gewesen, macht sich nach dieser Doktrin der "Relativierung von NS-Verbrechen" schuldig. Am Ende der Pflichtübung soll dann jeder verstanden haben, daß die DDR das bessere Deutschland war und es den Linksextremismus gar nicht gibt. Der ist nämlich nur eine Erfindung von Eckhard Jesse und Uwe Backes.
Die eben genannten Extremismusforscher beziehen sich auf das Hufeisenmodell. Das eine Ende symbolisiert den Rechtsextremismus, das andere den Linksextremismus, dazwischen ist die bürgerliche Mitte. Die Pole sind nicht starr voneinander getrennt. Es ist ein Modell, das - wie in der Wissenschaft üblich - auf Annahmen beruht, die dazu dienen, Vorgänge zu verorten. Jesse beschrieb es wie folgt:
"Die Extremismustheorie geht davon aus, daß die Rechts- und die Linksextremisten einerseits weit voneinander entfernt, und andererseits dicht benachbart sind, wie die Enden eines Hufeisens. Es gibt Feindbilder, die sich decken, etwa gegen Amerika, gegen die Globalisierung, gegen den Kapitalismus. Es gibt aber auch Feindbilder, die völlig unterschiedlich sind, auf der einen Seite die Fremden, und auf der anderen Seite etwa der Staat, der bekämpft wird." Eine differenzierte Beschreibung, prinzipiell kritisierbar natürlich, aber nichts sonderlich Neues, mag man denken.
Auf linkspolitischer Seite aber ist das Geschrei groß wegen der angeblichen "Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus". Inzwischen mobilisieren etliche Zusammenschlüsse "gegen den Extremismusquatsch".
Zum Beispiel die Kampagne der Linksjugend Solid und der Grünen Jugend "Ich bin linksextrem". Die Argumentation ist immer dieselbe: Bei der Gleichsetzung von linksextrem und rechtsextrem werde linkspolitisches Engagement kriminalisiert und rassistische Einstellungen in der "sogenannten Mitte der Gesellschaft" würden vertuscht.
Ein Großteil linker Organisationen unterstützt den Widerstand gegen die Extremismustheorie, so auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. In Bezug auf ein Aufklärungsmaterial des Verfassungsschutzes schrieb sie, daß "sogenannte Linksextremistinnen und -extremisten undifferenziert und verfälscht dargestellt werden (nämlich gewalttätig)".
Die Bundestagsfraktion "Die Linke" empörte sich unlängst in einer Kleinen Anfrage über zwei Forschungsprojekte zum "sogenannten Linksextremismus". Von bildungspolitischer Seite befördert diese Position auch Gero Neugebauer. In einem Interview spricht der Politikwissenschaftler und Autor bei der Bundeszentrale für politische Bildung von "angeblich gewalt-

bereiten Linksextremisten". Er meint: "Es gibt keine Anklagen wegen Linksextremismus, sondern wegen Brandstiftung, Körperverletzung oder Landfriedensbruch."
Von wissenschaftlicher Seite trägt die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihren "Mitte-Studien" zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland zur Relativierung des Linksextremismus bei. Von den Medien stets an die große Glocke gehängt, erfährt der Bürger regelmäßig, daß es in ihrer Mitte von rechtsextremen Einstellungen nur so wimmele und sich die Guten ausschließlich auf linkspolitischer Seite fänden.
So gut wie keine Medienpräsenz erhält eine 2012 erschienene Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), welche die genannten Einwände entkräftet: "Stark moralisch aufgeladen ist die Behauptung, ein extremismustheoretischer Vergleich von Rechts- und Linksextremismus relativiere die Singularität des Holocaust …
Dieses Argumentationsschema zielt indessen häufig darauf, die Erwähnung der kommunistischen Massenverbrechen zu tabuisieren beziehungsweise deren Kritiker als potentielle Sympathisanten des Nationalsozialismus moralisch zu diskreditieren." Der bürgerlichen Mitte werden auch nicht ausschließlich demokratische Tugenden zugeschrieben:
"Die Extremismustheorie behauptet hingegen keineswegs, daß extremistische Verhaltens- und Denkmuster ausschließlich an den äußersten Rändern des politischen Spektrums angesiedelt sind." Vielmehr gebe es keinen Grundkonsens mehr darüber, daß Extremismus jeglicher Couleur eine Gefährdung darstellt. "Was bei der Positionierung gegen Rechtsextremismus selbstverständlich ist, bereitet beim Thema Linksextremismus erhebliche Schwierigkeiten."
Ursachen dafür seien Forschungsdefizite, mangelndes Interesse, politische Widerstände und weit geringere Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten. Der Linksextremismus habe sich in seinem Kern "in der Alltagsgesellschaft stabil verankert und wird auch von manchen örtlichen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen zum Teil gestützt".
Unter den faktenresistenten Streitern zur Abschaffung des Extremismusbegriffs scheint es keinen Konsens darüber zu geben, ob der Begriff Rechtsextremismus ebenfalls verzichtbar ist. Die Verkürzung auf den Slogan "Kampf gegen Rechts" spricht dafür, kann man dort doch gleich die gesamte Mitte subsumieren. Andererseits trägt man diesen Begriff der Effekthascherei wegen doch allzu gerne täglich im Munde.
Unklar sind außerdem die Konsequenzen, sollte der Begriff Linksextremismus einmal abgeschafft sein. Wo werden dann Brandstiftungen und Gewalt, etwa gegen die AfD, verortet? Sind solche Taten dann legitimes Mittel der linkspolitischen Auseinandersetzung? Und wo sind die Massenmörder des linken Befreiungskampfes Stalin und Co. verortet?
Wie unausgegoren die Auswürfe hierzu sind, zeigt ein Stimmungsbild im Internet: "Stalin war ein rechts plazierter Tyrann, damit das klargestellt ist." - "Du wirst nicht allen Ernstes behaupten wollen, daß Stalin ein 'Rechter' war." - "Wie kommst Du nur auf den Gedanken, Stalin sei ein Linker gewesen?" - "Zu deiner These 'Stalin = rechter Diktator': Stalin war ein Georgier. Er hat zwar Tausende umgebracht, aber nur, weil sie politische Feinde waren." - "Eher war Stalin ein Rechter als Hitler ein Linker."
Im Übrigen trimmt inzwischen auch die schwarz-gelbe Bundesregierung die Bürger auf den linken Neusprech. Die Begründung der Bundesjustizministerin und des Bundesinnenministers für ihre Ablehnung eines Verbots des öffentlichen Tragens von DDR-Symbolen: Die Unrechtstaten des SED-Regimes würden dann mit den Greueltaten des Nationalsozialismus gleichgesetzt. Tatsächlich tut das niemand. Es wird nur verglichen - ein auch in der historischen Wissenschaft legitimer und notwendiger Vorgang. Mit dem Gleichsetzungsvorwurf wird diese gleich mit entsorgt. Was am Ende übrig bleibt sind Platitüden.
Die Autorin ist freie Redakteurin und Sozialpädagogin und engagiert sich im medienethischen und christlich-menschenrechtlichen Bereich.<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 20. Oktober 2013: >>**Abgeordnete**

im neuen Bundestag "Fieser Freiherr" trifft Film-Kommissar

Katholiken und Muslime, Staatsdiener und Ringkämpfer, Singles und Großfamiliengründer - im neuen Parlament herrscht Vielfalt. Ein Überblick über unsere Volksvertreter.

Wenn am 22. Oktober der neue Bundestag zusammentritt, findet eine wahrlich bunte Gesellschaft unter der Kuppel des Reichstags zusammen. Ein professioneller Westler ist unter den Politikern, ein ehemaliger Fernsehkommissar, erstmals eine Muslimin bei der CDU - außerdem herrscht eine kulturelle Vielfalt wie noch nie, denn 34 Abgeordnete stammen aus Einwandererfamilien. Eher monoton machen sich dagegen die Berufsgruppen aus, die am stärksten vertreten sind. Es sind weiter hauptsächlich Juristen, die das deutsche Volk repräsentieren.

Frauen

Betrachtet man Schwarz-Weiß-Fotos von der konstituierenden Sitzung des ersten Bundestags im Jahr 1949, liegt es nicht nur an der damaligen Aufnahmetechnik, daß hier die dunkle Anzugfarbe dominiert. Von 410 Abgeordneten waren nur 28 Frauen. In Prozenten übersetzt betrug die Frauenquote also 6,8 Prozent.

Über die vergangenen 17 Wahlperioden wurden es dann peu à peu mehr Parlamentarierinnen. Bis auf einen Tiefpunkt: In den vermeintlich fortschrittlichen Jahren zwischen 1969 und 1976 sank der Anteil sogar auf unter sechs Prozent. Im letzten Bundestag stieg die Kurve dann schon auf 32,8 Prozent an. Aktuell stehen auf der Abgeordnetenliste 402 Männer und 229 Frauen. Das sind 36,3 Prozent, ein Rekordwert.

Die SPD-Fraktion hat hier erstmals die 40-Prozent-Frauenquote geknackt: 81 der 193 Abgeordneten sind weiblich. Eine ist darunter, die mit dem prominenten Namen ihres Ehemannes neu über ein Direktmandat hineingekommen ist: Michelle Müntefering, 33 Jahre alte Kinderpflegerin und Journalistin. Grüne und Linke sind mit satt über 50 Prozent schon seit Jahren oben auf. Bei der Unionsfraktion hingegen dümpelt der Frauenanteil noch bei 24 Prozent (von 311 Abgeordneten sind 75 weiblich).

Wie man Schwung hineinbringen könnte, macht der CDU ausgerechnet die konservative Schwester CSU vor: Sie hat den Frauenanteil im Bundestag verdoppelt, zuletzt waren es sechs, nun sind es 14 CSU-Damen in der Fraktion. Unter ihnen ist ein Neuzugang, die Nachwuchshoffnung Katrin Albsteiger, 29, der man daheim ihren schnellen Aufstieg aber so verübelte, daß man sie prompt vom Vorsitz der Jungen Union absägte. Zu viel Karriere geht dann offenbar doch nicht.

Alter

Die konstituierende Sitzung wird vom ältesten Abgeordneten geleitet. Das ist Heinz Riesenhuber von der CDU, geboren am 1. Dezember 1935. Der ehemalige Forschungsminister ist mit 78 Jahren Alterspräsident.

Jüngster Abgeordneter ist Mahmut Özdemir von der SPD. Der 26-Jährige aus Duisburg hat sich dem passenden Thema verschrieben: Er will für die "Generation Praktikum" kämpfen und fordert, daß Praktika vergütet werden müssen: "Wie soll meine Generation Familien gründen und Häuser bauen, wenn es keine Sicherheit gibt?" In der ersten Wahlperiode lag der Altersdurchschnitt im Bundestag noch bei genau 50 Jahren, seitdem liegt er ziemlich konstant bei plus minus 49 Jahren.

Die Linke stellt mit durchschnittlich 51,11 Jahren die älteste Fraktion, die Landesgruppe der CSU ist mit 47,48 Jahren am jüngsten. Der dienstälteste Bundestagsabgeordnete ist Wolfgang Schäuble, er amtiert seit 40 Jahren.

Wenig erstaunlich ist da, daß sich der noch amtierende CDU-Finanzminister, 71, dringend mehr Senioren in den Bundestag wünscht. "Der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung wird größer", sagte er. Den "Trend in der Politik und anderswo" hin zu Verjüngung gelte es zu durchbrechen: "Der Bundestag muß ein Spiegelbild der Gesellschaft sein."

Das ideale Alter für die Politik scheint tatsächlich 49 zu sein. Mit 27 Abgeordneten ist eben der Geburtsjahrgang 1964 am stärksten vertreten.

Multikulti

34 Abgeordnete mit sogenanntem Migrationshintergrund werden künftig im Bundestag sitzen. Das bedeutet, daß sie mindestens einen Elternteil haben, der aus dem Ausland nach Deutschland gekommen ist. Damit stammen 5,4 Prozent der Parlamentarier aus Einwandererfamilien.

Im vergangenen Jahr waren es statt 34 noch 21 Abgeordnete - trotzdem ist das nur ein kleiner Schritt. Denn inzwischen haben 19 Prozent aller Deutschen einen Migrationshintergrund, von einem Spiegelbild der Gesellschaft kann man deshalb noch lange nicht sprechen.

Immerhin hat sich die Zahl der türkischstämmigen Politiker im Bundestag mehr als verdoppelt, elf Deutsch-Türken haben den Einzug geschafft. Mit Karamba Diaby (SPD) und Charles M. Huber (CDU) ziehen erstmals farbige Politiker ein. Diaby kam über die Landesliste in Sachsen-Anhalt, der 51-Jährige ist in Senegal geboren. "Integrationspapst", so betonte er, wolle er aber keinesfalls werden. Huber ist Sohn eines senegalesischen Diplomaten und einer Deutschen. Bekannt wurde er als Polizeikommissar in der Krimiserie "Der Alte". Beim ersten Besichtigen seiner neuen Wirkungsstätte fand er den Set Reichstag "ziemlich unübersichtlich".

Mit fast elf Prozent liegt die Linksfraktion bei den Abgeordneten aus Einwandererfamilien vorne: Die prominenteste Vertreterin ist Sahra Wagenknecht, ihr Vater ist Iraner. Die CSU steht ganz hinten auf dem Rang mit nur einem Abgeordneten: Alexander Radwans Vater stammt aus Ägypten.

Religion

Auch das gibt es im Bundestag: regelmäßige morgendliche Andachten, die katholische und evangelische Seelsorger gemeinsam veranstalten. Wem das nicht genug ist, der kann als Abgeordneter auch noch die Gebetsfrühstücke in der Dienststelle von Martin Dutzmann besuchen. Der neue Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland will dort möglichst besinnlich einen Parteigrenzen übergreifenden Dialog pflegen.

Die konfessionellen Gewichte bleiben im neuen Bundestag nahezu unverändert. 224 Abgeordnete bekennen sich als Katholiken, 220 sind evangelisch. 85 sind konfessionslos, das ist mehr als ein Achtel. 91 Parlamentarier wollten sich überhaupt nicht äußern, ob sie einer Kirche angehören. Die Linkspartei wartet mit einer orthodoxen Abgeordneten auf, die SPD mit einem Altkatholiken.

Die Zahl der Muslime steigt beständig: Im vorherigen Parlament waren drei Muslime vertreten, im neuen sind es acht. Die Grünen haben mit vier Abgeordneten die meisten Muslime in der Fraktion. Mit Cemile Giousouf sitzt zum ersten Mal in den Reihen der CDU eine Muslimin. Die 35-Jährige wurde in Leverkusen geboren, ihre Eltern gehören der türkischen Minderheit in Griechenland an. Sie kam aus dem westfälischen Hagen über die Landesliste ins Parlament und sagt: "Es war ein langer Weg." Bislang arbeitete Giousouf als Referentin im nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales.

Berufe

Unter seinem Kampfnamen "Fieser Freiherr" hat der SPD-Politiker Matthias Ilgen, 29, jahrelang anderen Wrestlern im Ring zugesetzt. Weil der Politiker aus Nordfriesland aber nun vernünftige Arbeit auf seinen Themengebieten Energie, Wirtschaft und Verkehr leisten will, steigt er aus dem professionellen Wrestling-Geschäft aus.

Der Veranstaltungskaufmann, der im Alter von 15 Jahren bei den Jusos begann, will sich in Berlin nur noch im Fitneß-Studio verausgaben. Ilgen ist sich sicher, daß ihm seine Erfahrungen als Ringkämpfer nützlich sein werden: "Das dicke Fell, das man entwickelt, kann man in der Politik durchaus gebrauchen."

Der einzige verbliebene Ex-Sportstar im Parlament ist übrigens Eberhard Gienger, 62, Reck-

Weltmeister und Olympia-Dritter. Seit 2002 hält der Unternehmer sein Mandat für die CDU, diesmal mit dem Traumergebnis 53 Prozent in seinem Wahlkreis Neckar-Zaber.
Fast ein Viertel der Abgeordneten kommt aus farbloseren Berufsbereichen: Von 631 Abgeordneten sind 149 Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst. Es handelt sich zumeist um Verwaltungsmitarbeiter oder Lehrer. Stark vertreten ist auch die Branche der Juristen. 80 Rechtsanwälte und Notare stehen im neuen Bundestagsverzeichnis. Das sind doppelt so viele wie Anfang der Sechzigerjahre.

Kinder und Titel

Die Statistiker in der Bundestagsverwaltung haben sich sogar die Mühe gemacht, in der vergangenen Legislaturperiode die jeweilige Kinderzahl der Politiker zu zählen: Mit sieben Kindern dürfte Ursula von der Leyen (CDU) weiterhin Spitze sein. Und auch Johannes Singhammer (CSU), sechsfacher Vater und dank seiner Expertise familienpolitischer Sprecher der Union, dürfte schwer zu toppen sein.
Abweichend vom bundesdeutschen Maß gibt es bei der Union überdurchschnittlich viele verheiratete Abgeordnete mit Kindern. In der SPD-Fraktion hingegen ist der Anteil der verheirateten Abgeordneten ohne Kinder überdurchschnittlich hoch.
Im neuen Bundestag werden wesentlich weniger Doktoren und Professoren als im alten vertreten sein. Das liegt am Auszug der FDP, die von 93 immerhin 22 Abgeordnete mit diesen Titeln gestellt hatte. Bei der Union waren 51 Parlamentarier mit akademischen Ehren versehen, bei der SPD 21, bei den Grünen sieben, bei den Linken 14. Die Zählung der neuen Titel läuft - Aberkennungen wegen möglicher Plagiate in Doktorarbeiten eingerechnet.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 16. November 2013: >>**Geheimer Krieg: Deutschland zahlt Millionen für US-Militär**

Wenn die Amerikaner in Deutschland neue Basen bauen, zahlt der Bund drauf. Das kostet die deutschen Steuerzahler Hunderte Millionen Euro. Grund dafür ist ein jahrzehntealtes Abkommen. Die Bundesregierung sieht keinen Änderungsbedarf.
Das US-Militär ist gut versteckt in den fast 3.000 Seiten Bundeshaushalt. Im Einzelplan 12 etwa, dem Budget des Verkehrsministeriums, im Kapitel 12.15, Titel 632.03, unter der Überschrift "Erstattung der den Ländern bei der Erledigung von Bauaufgaben des Bundes entstehenden Kosten".
Unter diesem Etat hat die Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren 598 Millionen Euro Subventionen an die Amerikaner abgerechnet. Doch das sind nicht die einzigen Kosten: Addiert man die Summe der Ausgaben für die US-Streitkräfte im Bundeshaushalt zwischen 2003 und 2012, erhält man etwa eine Milliarde Euro.
Der deutsche Steuerzahler trägt so dazu bei, die amerikanische Militärinfrastruktur für den geheimen Krieg aufzubauen. Von US-Basen in Deutschland werden Drohnenangriffe in Afrika koordiniert, die Geheimdienste sind im Land aktiv - und private US-Konzerne helfen ihnen.
Zu den 598 Millionen Euro für Bauten kommen 327 Millionen Euro, mit denen Schäden ausgeglichen wurden, die US-Soldaten angerichtet haben, und Sozialleistungen bezahlt wurden, die von den Amerikanern entlassene Zivilangestellte bekommen. Hinzu kommen Subventionen für den Umzug der amerikanischen Luftwaffe von Frankfurt nach Ramstein und Spangdahlem in Höhe von 70 Millionen Euro sowie Steuer- und Zollvergünstigungen in unbekannter Höhe.

Baukosten - der Bund zahlt drauf

Knapp 600 Millionen Euro hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren für Bauten des US-Militärs bezahlt - vom Flugzeughangar bis zum Kindergarten. Aber wie kann es sein, daß eine so hohe Summe einfach unter Erstattungen an die Länder verbucht werden? Der Grund ist ein Verwaltungsabkommen, das die Bundesrepublik 1975 mit den Amerikanern geschlos-

sen hat. Es trägt den Namen Auftragsbautengrundsätze (ABG) und regelt, wie das US-Militär in Deutschland bauen darf. Demnach dürfen die Amerikaner nur kleinere Bauten und Gebäude mit besonderen Sicherheitsvorgaben selbst erstellen. Alles andere macht der Bund, der diese Aufgaben an die Länder weitergibt. Eigentlich sollte das aber nur ein reiner Verrechnungsakt sein. In den ABG ist geregelt, daß die Amerikaner die Baukosten vollständig erstatten. Das tun sie aber nicht.

Der Knackpunkt dabei sind die sogenannten Bauherren- und Planungskosten, also im Wesentlichen die Tätigkeit der Bauverwaltung und der von ihr eingeschalten Architekten und Bauingenieure. Diese werden von den Streitkräften mit durchschnittlich sechs Prozent der Bausumme pauschal beglichen. Oft sind die Kosten der Bauverwaltung aber wesentlich höher.

Ein Beispiel dafür ist das neue Militärkrankenhaus in Weilerbach, das die Amerikaner bis 2018 bauen wollen, um das bisher größte US-Militärkrankenhaus in Landstuhl zu ersetzen. Nach Angaben der Bundesregierung werden die Truppen für Bauherren- und Planungskosten etwa 43 Millionen Euro zahlen. Das entspreche aber nicht den realen Kosten, diese betrügen 170 Millionen Euro. Der Bund zahlt dadurch in den kommenden Jahren 127 Millionen Euro für das neue Militärkrankenhauses der Amerikaner.

Addiert man die Bausummen aller Bauprojekte der Amerikaner in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren, hat das US-Militär nur ein Drittel der angefallenen Bauherren- und Planungskosten getragen, heißt es aus dem Bauministerium . Der Bund blieb auf fast 600 Millionen Euro Kosten sitzen, die er den Ländern erstatten mußte.

Wie das sein kann? 1975 seien die Planungs- und Baukosten niedriger angesetzt gewesen als heute, weil unter anderem mehr in Eigenleistung der Verwaltung durchgeführt wurde, erklärt das Ministerium. Sollte man das Abkommen dann nicht erneuern? Die Antwort ist lapidar: "Aktuell gibt es keine Bestrebungen."

Zu weiteren Ausgaben für die Amerikaner ist die deutsche Bundesregierung nach dem Nato-Truppenstatut verpflichtet: Deutschland muß Schäden bezahlen, die ausländische Soldaten beispielsweise bei Verkehrsunfällen verursachen, aber auch Sozialleistungen für zivile Arbeitnehmer, die nach dem Abzug der Truppen arbeitslos geworden sind.

Im Haushalt des Finanzministeriums werden die "Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt bzw. Abzug von ausländischen Streitkräften" seit 2005 gesondert aufgeführt. Zwischen 2005 und 2012 wurden dort Kosten in Höhe von 485 Millionen Euro verbucht, heißt es aus dem Finanzministerium. Rund 327 Millionen seien den Amerikanern zuzurechnen.

Um ein Gefühl für die Ausgaben zu bekommen, hilft ein Blick in den Haushalt 2013, wo 56,1 Millionen Euro veranschlagt sind. Der größte Posten (19,2 Millionen Euro) sind Sozialleistungen für arbeitslos gewordene Zivilkräfte der Amerikaner; danach kommen 13 Millionen Euro für Personen- und Sachschäden, etwa nach Verkehrsunfällen, Manövern oder an den Liegenschaften. Der drittgrößte Etat (10 Millionen Euro) sind Ausgleichszahlungen. Wenn die Amerikaner ihre Kasernen verlassen und die dort von ihnen gebauten Gebäude oder Einrichtungen noch einen Restwert haben, muß der Bund diesen erstatten.

Umzugshilfe für die Air Force

Außer bei den Bauherren- und Planungskosten unterstützten deutsche Stellen die Amerikaner nicht bei ihren Investitionen in Bauten, heißt es unisono aus den zuständigen Landes- und Bundesministerien. Mindestens eine Ausnahme gibt es allerdings: Die Bundesrepublik finanzierte Teile des Umzugs der amerikanischen Luftwaffe von Frankfurt am Main nach Ramstein und Spangdahlem, weil im Gegenzug der US-Luftwaffenstützpunkt am Frankfurter Flughafen übernommen wurde.

Nach Angaben der für die Abrechnung der US-Militärbaumaßnahmen zuständigen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat dafür alleine der Bund knapp 70 Millionen Euro aufgewendet. Gebaut wurden mit dem Geld unter anderem zwei Start- und Landebahnen sowie eine

Rampe.
Dazu kamen Subventionen durch die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und die Stadt Frankfurt. So hat etwa Rheinland-Pfalz nach Angaben des dortigen Finanzministeriums seit 1999 insgesamt 25,59 Millionen Euro für das Verlegungsprogramm und Schallschutzmaßnahmen an der US-Basis Ramstein bezahlt.

Kein Zoll und keine Steuern - aber auch Einnahmen

Die 43.000 US-Soldaten in Deutschland sind wegen der Regelungen des Nato-Truppenstatuts von Zöllen und Abgaben befreit. Demnach müssen die Soldaten selbst, aber auch zivile Mitarbeiter und sämtliche Familienangehörige in Deutschland beispielsweise keine Umsatzsteuer zahlen, erklärt das Finanzministerium. Teilweise sind zudem auch Leistungen von Subunternehmern von Abgaben befreit. Eine Schätzung über die Höhe der dadurch ausfallenden Einnahmen gibt es nicht, heißt es aus dem Ministerium.

Gegenrechnen muß man an diesem Punkt allerdings die positiven Wirtschaftseffekte, die das US-Militär in Deutschland hat. Im Prinzip wirkt sich ein US-Stützpunkt wie ein großes Unternehmen auf die Wirtschaftskraft einer Region aus - und wie viele große Unternehmen hat auch das US-Militär errechnet, wie groß sein Einfluß ist. Den direkten ökonomischen Einfluß der US-Truppen gibt die amerikanische Botschaft in Berlin mit fünf Milliarden Dollar für das Jahr 2007 an. Weitere 872 Millionen Dollar würden indirekt in die deutsche Wirtschaft fließen - durch Löhne von deutschen Angestellten des US-Militärs.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. November 2013: >>**Jammern auf hohem Niveau**

Energiepolitik: Stromkonzerne warnen vor Blackouts / Milliardengewinne trotz Atomausstieg / Bürger müssen die Zeche zahlen

Die RWE-Aktionäre mußten in den vergangenen zwanzig Jahren starke Nerven beweisen. Bis zum rot-grünen Wahlsieg 1998 ging es steil bergauf, 2003 wurde mit unter 20 Euro pro Aktie ein historisches Tief erreicht. Im Zuge der Börseneuphorie vor dem großen Crash 2008 verfünffachte sich der Aktienkurs. Seither ging es unaufhörlich bergab. Fukushima und der deutsche Atomausstieg verstärkten den Trend. Dennoch war die RWE-Dividende im Schnitt immer noch besser als jedes Sparbuch oder die staatlich gehätschelten Riester-Verträge. Wer auf Finanzwerte wie die Commerzbank vertraute, verlor sogar fast alles.

Bei 28 Euro notiert die RWE-Aktie derzeit. Und mit einer Dividendenrendite von fünf bis sieben Prozent in den vergangenen beiden Jahren liegt das Papier nur knapp hinter dem Dax-Dividendenkönig E.ON. Das könnte sich in Zukunft ändern, denn durch die massive Förderung von Ökostrom seien Kohlekraftwerke nicht mehr gewinnbringend zu betreiben, warnen die Vorstände der beiden größten deutschen Energieversorger. Einen echten Energie-"Markt" gibt es ohnehin nicht, in Wahrheit tobt ein Verteilungskampf um Subventionen und Zwangsabgaben aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Sprich: Wer streicht das meiste Geld aus Sonnen-, Wind- und Biogasstrom ein?

Für die Altlasten des in den siebziger Jahren staatlich initiierten AKW-Abenteuers sind milliardenschwere Rückstellungen in den Bilanzen verbucht. Den Löwenanteil für Rückbau und atomare Endlagerung wird ohnehin der Steuerzahler zu tragen haben. Die Chefs von zehn führenden EU-Versorgern, darunter auch E.ON und RWE, treibt derzeit eine andere Sorge um: "Die Gefahr von Blackouts in Europa war nie höher als derzeit", warnte Gérard Mestrallet, Chef des teilstaatlichen französischen Konzerns GDF Suez in einer Erklärung. Die Versorgungssicherheit sei während eines strengen Winters nicht mehr gewährleistet, mahnte RWE-Chef Peter Terium.

Ursache hierfür ist, daß konventionelle Kraftwerke aus Kostengründen vom Netz gehen, während der Ökostrom mit EEG-Milliarden ausgebaut wird. Der "grüne" Strom hat aber einen großen Nachteil: er fließt nur, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht. Hinzu kommt, daß die meisten Windräder in Nord- und Mitteldeutschland, die energiehungrigsten Abnehmer

aber im Süden und Westen angesiedelt sind.
"Der Netzausbau ist nicht vorangekommen - es wurden keine neuen Leitungen errichtet. Es wurden auch keine zusätzlichen Kraftwerke gebaut", klagte der Chef des Stromnetzbetreibers Tennet, Martin Fuchs, im Münchner Merkur. "Die Gefahr eines Stromausfalls ist eher noch gestiegen, weil jetzt in Süddeutschland zwei Gaskraftwerke nicht mehr für den regelmäßigen Einsatz zur Verfügung stehen."
Diese Kraftwerke sind aber unverzichtbar, um bei Flaute des Ökostroms schnell Ersatz liefern zu können. Zusätzliche Stromleitungen sind nötig, um bei hohem Windstromangebot diesen nach Südwesten zu transportieren. Im Februar dieses Jahres hätten bereits Zwangsabschaltungen gedroht: "Damals waren die Kraftwerkskapazitäten komplett ausgeschöpft. Wäre ein Kraftwerk ausgefallen, hätten wir Verbraucher vom Netz nehmen müssen."
Für den Netzausbau seien "schlanke und zügige Genehmigungsverfahren" unabdingbar. Eine Stromautobahn von Nord- nach Süddeutschland würde zwei bis drei Milliarden Euro kosten. "Ein flächendeckender Stromausfall kostet allerdings innerhalb weniger Stunden Milliarden. Die Versorgungssicherheit sollte uns eine solche Investition wert sein", so der Tennet-Chef, der mit "uns" wahrscheinlich den Steuerzahler meinte.
Konzernkritiker fragen daher, warum E.ON, RWE & Co. ihre Milliarden-Gewinne nicht in den Netzausbau investierten. Die Energiewende dient manchem Manager als willkommene Ausrede, um von eigenen Fehlern abzulenken. "Unser traditionelles Geschäftsmodell bricht uns unter den Füßen weg", konstatierte RWE-Chef Terium im Manager Magazin und sah sich angesichts des massiven Ergebniseinbruchs im "Tal der Tränen". E.ON-Chef Johannes Teyssen klagte über "Verwerfungen des Marktes", doch die waren seit Inkrafttreten des EEG vor 13 Jahren klar absehbar, denn keine der Bundestagsparteien war bereit, an den Tabuthemen "Klimaschutz" und "Reduzierung des CO2-Ausstoßes" zu rütteln.
Massenentlassungen sollen die angeschlagenen Bilanzen halbwegs retten. Verschwiegen wird dabei, daß die Gewinneinbrüche auf hohem Niveau erfolgen. RWE verbuchte in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen Vorsteuergewinn von mehr als neun Milliarden Euro. Für 2014 wird immer noch mit einem Plus acht Milliarden Euro gerechnet. Auch GDF Suez glänzt mit einer attraktiven Dividendenrendite. Und E.ON zählt inzwischen zu den weltgrößten Betreibern von Windkraftanlagen. Insofern ist es wohl weit besser, Stromkonzernaktionär als Stromkunde zu sein.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Januar 2014 (x887/...):
>>**Verrat an der Freiheit**
Udo Ulfkotte ruft zum Aufstand gegen Politische Korrektheit auf
Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, daß die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme."
Dieses auf die Euro-Einführung bezogene Bonmot verwendete Udo Ulfkotte in seinem Buch "Raus aus dem Euro. Rein in den Knast", welches im März 2013 erschien.
Nun, ein reichliches halbes Jahr später, veröffentlichte der Vielschreiber gemeinsam mit dem Wirtschaftsjournalisten Michael Brückner das nächste Werk, welches als Anklageschrift gegen die Zumutungen der sogenannten Politischen Korrektheit konzipiert ist. Und wieder findet sich darin der zitierte Satz - nunmehr bei der Erwähnung der zigtausend Kälteopfer, die es in den vergangenen europäischen Wintern trotz der angeblichen Klimaerwärmung gab. Diese Arbeitsweise ist typisch für Ulfkotte: Er bastelt seine im schnellen Takt erscheinenden Veröffentlichungen oft aus den immer gleichen Fakten und Aussagen, was natürlich bei all jenen Lesern Frustration auslöst, welche die älteren "Ulfkottes" schon kennen.
Abgesehen davon handelt es sich bei "Politische Korrektheit" aber um ein Buch, das man jedem Bundesbürger zur Pflichtlektüre machen sollte - als Gegengewicht zum tagtäglichen medialen Trommelfeuer der Öko-Gender-Multikulti-Propagandisten. Es kommt nämlich fast wie

ein Lexikon daher, in dem sämtliche Tabuthemen abgehandelt werden, zu denen hierzulande Denkverbote oder dümmlich-rigide Sprachvorschriften existieren, welche tatsächlich schon vielfach an das legendäre Orwellsche "Neusprech" gemahnen. Dabei wird auch der Vorwurf der Feigheit laut: Viele Menschen wüßten sehr genau, wie viel Unsinn im Namen der Politischen Korrektheit fabriziert werde, verhielten sich aber dennoch wie "Waschlappen" und "Hosenscheißer".
Derart starke, jedoch nicht unberechtigte Worte findet man vor allem in der furiosen Einleitung aus der Feder beider Autoren. Im Anschluß daran widmet sich Brückner dann zunächst erst einmal der mehr oder weniger subtilen Gehirnwäsche in punkto Wirtschaft und Finanzen, die mittlerweile dazu geführt hat, daß der Durchschnittsdeutsche mit lethargischer Staatsgläubigkeit zuschaut, wie er sukzessive enteignet wird - sei es durch die "Umverteilungskartelle" hierzulande, sei es durch das verantwortungslose Gebaren der Euro-Retter in Brüssel und anderswo.
Danach analysiert Ulfkotte im zweiten Teil den Umgang mit den explosionsartig angewachsenen Tabuthemen aus Politik, Gesellschaft, Justiz, Kultur und Medien und stellt den Propagandafloskeln der politisch-korrekten Schwätzer die ungeschminkte Wahrheit gegenüber.
So belegt er zum Beispiel mit konkreten Zahlen, daß die Einwanderung eben alles andere als eine Bereicherung ist, wie nun mittlerweile sogar schon die CDU-Kanzlerin tönt, sondern fast ausschließlich auf einen schier selbstmörderischen Import von Leistungsempfängern hinausläuft. So lebten fast 100 Prozent der nach Deutschland gekommenen Kosovo-Albaner von Hartz IV, während zugleich pro Jahr 175.000 ausgebildete Deutsche, die Leistungsträger sein könnten, auswanderten.
Beachtung verdient darüber hinaus auch der Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch die Politische Korrektheit: Sie verhindere augenscheinlich jedwede Meinungsvielfalt und sei daher ein Symptom für das Herannahen einer politischen Diktatur, die aus der jetzt bereits existierenden Meinungsdiktatur zu erwachsen drohe.
Wer also wider besseren Wissens politisch-korrekt herumschwadroniere, mache sich damit letztlich des Verrats an den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten schuldig. Deshalb sei Widerstand jetzt die erste Bürgerpflicht. Und somit endet das Buch dann auch folgerichtig mit dem eindringlichen Appell: "Verhalten Sie sich politisch unkorrekt ... Nur dann haben wir die Chance, von einem Volk der Feiglinge wieder zu einem freien Volk der Dichter und Denker zu werden."
Michael Brückner und Udo Ulfkotte: "Politische Korrektheit. Von Gesinnungspolizisten und Meinungsdiktatoren", ... Rottenburg 2013 ...<<
Die Internet- und Blogzeitung "Die Freie Welt" berichtete am 30. Januar 2014: >>**"Die Energiewende-Politik beenden"**
von Dr. Klaus Peter Krause
Ein *Energiepolitisches Manifest* stellt dar und begründet, warum das notwendig und unausweichlich ist - Die beiden Sargnägel - Eine Chance für die AfD
Die deutsche "Energiewende" ist zu einer sinnentleerten Politik geworden. Die Bundesregierung und ihre Parteien halten nur noch aus Furcht vor der völligen Blamage und aus Angst vor den Medien (und den Gewinnlern dieser Politik) an ihren irrealen Plänen fest. Mit kosmetischen Korrekturen (siehe Koalitionsvertrag der neuen Regierung aus Union und SPD) versuchen sie, sich über die Runden zu retten, wohl wissend, daß der Preis, den Bürger und Wirtschaft für die mutwillige Stromverteuerung und für die Folgen dieser Verteuerung in allen Lebensbereichen werden zahlen müssen, mit jedem weiteren verlorenen Monat nur noch weiter steigt.
Anscheinend wartet die Politik mit einer radikalen Kurskorrektur noch so lange, bis Arbeitslosigkeit, Energiearmut und die Abwanderung der Industrie völlig unerträglich geworden sind.

So steht es sinngemäß im Vorwort eines Papiers mit dem Titel *"Energiepolitisches Manifest"*. Verfaßt haben es die Diplom-Ingenieure Günter Keil, Michael Limburg und Burkhard Reimer. Sie fordern dazu auf, die Energiewende-Politik zu beenden, und tragen in ihrem "Manifest" die Argumente dafür vor.

Das *Manifest* enthält, was Politik und Medien mitzuteilen verweigern

Im Vorwort heißt es ist ferner: "Am 16. Dezember 2013 hat die Diskussion über die Energiepolitik eine neue Qualität bekommen: An diesem Tag hielt der Direktor des Münchner ifo-Instituts Prof. Dr. Hans-Werner Sinn einen Vortrag im Audimax der Universität München mit dem Titel "Energiewende ins Nichts". Noch nie zuvor hat ein führender Ökonom derart präzise und kompromißlos die katastrophalen Fehler der Energiewendepolitik analysiert und deren ebenso katastrophale Folgen demonstriert. Die Aussagen von Prof. Sinn zu den verschiedenen Teilthemen werden in den entsprechenden Kapiteln dieses Papiers zitiert.

Die hier vorgelegte Arbeit behandelt die Wirkungen der bisherigen Energiepolitik in den verschiedenen Sektoren der Energiewirtschaft und in weiteren betroffenen Bereichen - mit Vorschlägen für die zu ergreifenden Maßnahmen. Die Autoren erhoffen sich damit, den Lesern eine umfassende und von keinerlei ideologischen Scheuklappen eingeschränkte Sicht der Wirklichkeit zu vermitteln, die ihnen bisher von den Medien und auch von allen im Bundestag vertretenen politischen Parteien verweigert wird."

Warum die Energiewende unabwendbar scheitern wird

Für die *Manifest*-Verfasser ist es "Tatsache, daß Reformen im Sinne von Verbesserungen nicht mehr helfen können. Der Grund dafür liegt in zwei für die Energiewende tödlichen Fehlern ihrer Konstrukteure, wobei jeder der beiden Fehler für sich allein ausreicht, um die Energiewende unabwendbar scheitern zu lassen."

Der erste Fehler: Ignoranz gegenüber Physik und Elektrotechnik

Den ersten Fehler sehen die Verfasser in der "Ignoranz gegenüber den Gesetzen der Elektrotechnik". Er liegt "darin, daß die Regierung mit ihren Plänen zur immer stärkeren Stromversorgung Deutschlands mit den völlig ungeeigneten, unzuverlässigen und dazu noch teuren Techniken Windstrom und Solarstrom das Problem der dafür erforderlichen, aber nicht im Entferntesten vorhandenen Stromspeicher übersehen bzw. nicht begriffen hat.

Sie muß das jetzt erkennen und die bittere zusätzliche Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß es auch in den nächsten 30 Jahren keine einzige quantitativ ausreichende und zudem auch noch bezahlbare alternative Speichertechnik geben wird und geben kann, egal, welche verspäteten und z.T. fragwürdigen Entwicklungsprojekte jetzt in aller Hektik begonnen werden.

In der Folge wird die Netzstabilität und damit die Versorgungssicherheit dramatisch abnehmen - mit desaströsen Folgen für die Wirtschaft. Die zu 99 % fehlende und praktisch nicht zu steigernde Stromspeicher-Kapazität (35 Pumpspeicherwerke statt deren 3.500) ist absolut tödlich für die gesamte Energiewendepolitik."

Der zweite Fehler: Unbegreifliche Unterschätzung der Kosten

Der zweite Fehler liegt für die Verfasser "in der ebenfalls unbegreiflichen Unterschätzung der Kosten für die Umsetzung der Energiewendepläne. 'Das EEG wurde vermutlich von niemandem zu Ende gedacht und zu Ende gerechnet', kommentierte der Analyst Guido Hoymann vom Bankhaus Metzler.

Alle Berechnungen zu den mit jedem Jahr weiter steigenden Kosten für immer mehr Windräder und Photovoltaikanlagen, für Biogasanlagen, für den riesigen Ausbau zunächst des Höchstspannungsnetzes und danach der noch viel größeren unteren Netzebenen, die gigantischen Offshore-Investitionen führen bereits zu Billionen-Beträgen. Dazu kommt aber noch die bald unvermeidliche Subventionierung der unverzichtbaren Kohle- und Gaskraftwerke, ebenso der Pumpspeicher-Kraftwerke und selbst der verbliebenen Kernkraftwerke - weil die Überförderung der sogenannten erneuerbaren Energien und ihr EEG-garantierter Einspeisezwang

diese Kraftwerke unwirtschaftlich gemacht hat.
Deshalb bekommt Deutschland als logisches Ergebnis der Energiewendepolitik ein doppeltes und auch doppelt unrentables Stromerzeugungssystem - die hochsubventionierten "Erneuerbaren" und die dann notleidenden und gleichfalls subventionierten "Konventionellen". Das muß die Strompreise weiter in die Höhe treiben."

Am Ende werden Billionen Euro verloren sein

Abschließend heißt es: "Um den Exodus der Industrie etwas zu verlangsamen, wird man die energieintensiven Unternehmen ebenfalls finanziell unterstützen müssen und ebenso viele der von den extremen Energiekosten überforderten Bürger. Weil gleichzeitig wegen der Industrieabwanderung die Steuereinnahmen sinken und die Arbeitslosigkeit steigt, verschlechtert sich die Lage weiter. Wie viele Billionen am Ende für diesen wirtschaftlichen Selbstversuch eines Industrielandes verloren sein werden, ist nicht abschätzbar. Sicher ist nur, daß dies der zweite Sargnagel für die Energiewende ist."

Aber noch ist eine Umkehr nicht in Aussicht - Eine Chance für die AfD

Die Verfasser des Manifests bezwecken und hoffen, mit ihrem Papier eine vorzeitige Umkehr wahrscheinlicher zu machen, bevor der Schaden unübersehbar geworden sei. Leider aber zeige der Koalitionsvertrag, daß es bei der neuen CDU/CSU-SPD-Regierung nicht einmal die Hoffnung auf eine halbwegs wirksame und schon gar nicht auf eine radikale Reform gebe. Von anderen Parteien seien erst recht keine derartigen Forderungen bekannt. Noch trifft das auch auf die junge Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) zu. An ihrem Parteiprogramm arbeitet sie noch.
Vielleicht rafft sie sich in dessen Fortgang dazu auf, in der Energiepolitik eine entschieden gegenteilige Position zum Kartell der Altparteien zu vertreten. Das könnte dann für sie - neben ihren Angriffen gegen die Euro-Rettungspolitik - ebenfalls ein Alleinstellungsmerkmal sein. Starke innerparteiliche Bestrebungen dazu gibt es, aber auch noch Widerstände, darunter in Teilen des AfD-Bundesvorstandes.
Das *Manifest* ist (mit 57 Quellenhinweisen und zwei kurzen Anlagen) 33 Seiten lang. Der Wortlaut des ganzen Textes hier: kpkrause.de/wp-content/2014-01-29-Energiepolitisches-Manifest.pdf<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2014: >>**Ifo-Chef Top-Ökonom Sinn wirbt für Rückkehr zur Atomkraft**

Die Energiewende hält er für "Käse" und Windräder findet er "schrecklich": Ifo-Chef Sinn wettet, daß Deutschland zur Atomkraft zurückkehrt. Die Angst vieler Bürger davor findet er "irrational".
Ifo-Chef Hans-Werner Sinn plädiert dafür, die deutschen Atomkraftwerke nicht abzuschalten und die Förderung regenerativer Energien einzustellen. Sein Argument: Deutschland wird seinen Kohlendioxidausstoß nicht wie geplant verringern können, wenn es auf Wind- und Sonnenenergie setzt und gleichzeitig seine Atomkraftwerke abschaltet. Das sei aus ökonomischen Gründen nicht möglich, erklärte er bei einem Symposium der Handelskammer für München und Oberbayern.
"Die Atomkraftwerke abzuschalten, ist Unfug. Wer die Umweltproblematik ernst nimmt, der kommt an der Atomkraft nicht vorbei", sagt Sinn in seinem Vortrag mit dem Titel "Energiewende ins Nichts". Demnächst dürfte auch ein Buch mit diesem Titel erscheinen. Deutschland will bis 2050 rund 80 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen und 2022 das letzte Atomkraftwerk abschalten.
"Auf Atomenergie zu setzen, ist kurzsichtig. Denn dazu müßten die alten Meiler nachgerüstet und viele neue Meiler gebaut werden. Damit wird Atomenergie die teuerste aller klimaneutralen Technologien", sagt Martin Faulstich, der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung. Faulstich ist Professor für Umwelt- und Energietechnik an

der TU Clausthal, Leiter des dortigen CUTEC Instituts und zudem Mitglied des Kuratoriums des Ifo-Instituts.

Methanisierung als Alternative

Sinns Rechnung geht hingegen so: Ja - Deutschland muß seinen Kohlendioxidausstoß reduzieren, aber das klappt mit erneuerbaren Energien nie. Er rechnet vor: Derzeit decken fossile Energieträger rund 85 Prozent unseres Endenergiebedarfs, regenerative kamen 2012 gerade einmal auf drei Prozent.

Es könnte mehr sein, aber dazu müßte man es schaffen, die Windstromspitzen zu nutzen, also das Stromangebot über eine Zwischenspeicherung zu glätten. Aber dafür müßten mindestens 400 Pumpspeicherwerke gebaut werden. "Dagegen würden sich sicher Proteste in der Bevölkerung erheben", sagt Sinn und fügt hinzu: Von dem Geld könnte man mehrere Atomkraftwerke bauen.

Eine Alternative zu Pumpspeicherwerken wäre die Zwischenspeicherung in Form von Methan (Methanisierung). Dabei würde mit dem Windstrom per Elektrolyse aus Wasser Wasserstoff hergestellt und in einem nächsten Schritt Methan. Das wird gespeichert und in windarmen Zeiten in Kraftwerken zur Stromerzeugung verbrannt. Das Problem dabei ist der niedrige Wirkungsgrad von 0,25. Das bedeutet: Der Strom ist nach einem solchen Kreislauf vier Mal so teuer wie zuvor. "Das geht nicht", sagt Sinn.

Wobei die Frage ist: Das Vierfache wovon? Langfristig nämlich ist Windstrom vielleicht nicht umsonst, aber doch viel billiger als aus Gas oder Kohle hergestellter. "Der Wirkungsgrad alleine ist kein hinreichendes Kriterium, wichtiger sind die Erzeugungskosten", sagt Faulstich.

Sinn fürchtet um seine Heimat Ostwestfalen

Ein nächster Kritikpunkt Sinns sind Flächenverbrauch und "Landschaftsverschandlung". Eine Fläche von der Größe mehrerer Wattenmeere müßte Deutschland mit Windrädern bedecken, wollte es fossile Energieträger durch regenerative ersetzen, behauptet Sinn. Daß die Windräder gar nicht ins Wattenmeer gebaut werden, stört ihn dabei nicht.

Nach Aussagen von Martin Faulstich könnte Deutschland in der Nordsee rund 7.000 Windkraftanlagen aufstellen, was wegen der dort herrschenden Winde ein großer Beitrag wäre, um die Stromversorgung Deutschlands abzusichern. Der Vorsitzende des Umweltsachverständigenrats weist zudem darauf hin, daß auch die anderen Nordseeanrainer Windkraftanlagen bauen.

Die Nordsee hätte zudem den Vorteil, daß das bei einer Methanisierung anfallende Gas in konventionellen Erdgaslagerstätten unter dem Meeresgrund oder an Land gespeichert werden könnte.

Hans-Werner Sinns Kritik an Landschaftsverschandelung durch Windräder ist recht selektiv: "Schrecklich" findet es der gebürtige Ostwestfale, daß seine Heimat neuerdings wegen der vielen Windräder wie das Ruhrgebiet aussieht - "da wollten wir nie dazu gehören", sagt er. Pech für den, der im Ruhrgebiet wohnt.

Der Münchener Ökonom ist nicht zimperlich, wenn er glaubt, im Recht zu sein. Das war bei den Target2-Salden so, als er einigen Ländern ein Ausscheiden aus der Euro-Zone nahelegte, und das ist bei der Energiewende auch so, die er schon mal als "Käse" bezeichnet. Daß er damit gegen die Mehrheit der Bevölkerung und speziell den linken Zeitgeist anredet, scheint Sinn nicht abzuschrecken, sondern eher zu beflügeln.

Deutsche neigen zur Ideologisierung

Die Anwesenheit von Publikum spornt Sinn an, seine fundierten ökonomischen Urteile mit populistischen Seitenhieben zu garnieren, die sich in seinen schriftlichen Darlegungen gar nicht finden. So behauptet er, wenn man bei der Nutzung von Windstrom per Methanisierung unterstützend auf russisches Erdgas zurückgreife, dann sei man ja wieder bei fossilen Energi-

en und dann könne man auch gleich bei Kohle bleiben. Auf Nachfrage gibt er dann zu, daß der CO2-Abdruck von Gas nur halb so groß ist wie der von Kohle.
Manchmal wird es regelrecht lustig. Etwa, wenn Hans-Werner Sinn gegen die Idee einer intelligenten Abstimmung von Stromerzeugung und -verbrauch ("smart grid") anführt, in einem Smart-Grid-Haus könne die Waschmaschine nur laufen, wenn man nicht zu Hause sei: "Das wird manchen Leuten schwer fallen", sagt er. Sicher - aber andere Leute machen das schon heute und zwar ständig.
Wie komme es nur, daß die Energiewende trotz der höheren Strompreise eine so hohe Zustimmung in der Bevölkerung genieße, fragt die Moderatorin der Veranstaltung. Die Deutschen neigten eben zu Ideologisierung und seien nicht so pragmatisch wie die Angelsachsen, antwortet Sinn. Sie hätten den Sozialismus erfunden und noch einige anderen -ismen. "Na das ist doch toll", versucht die Moderatorin zu scherzen. "Nein, überhaupt nicht toll", gibt Sinn zurück - weil es sachfremd sei.
Vom bayerischen Mittelstand, der unter steigenden Strompreisen leidet, erntet der Münchener Ökonom mit seinen Thesen Beifall. Die in Gestalt eines Staatssekretärs und eines Ministerialdirigenten ebenfalls anwesende bayerische Staatsregierung lächelt zu seinen Thesen gequält.

Wirtschaft stört sich am Strompreis

Zwar hat mit dem Chemiekonzern Wacker gerade ein Unternehmen erklärt, daß es nun doch nicht im heimischen Burghausen, sondern wegen der niedrigen Strompreise in den USA investieren wird, doch ist die große Koalition in Berlin noch in den Flitterwochen und die Vorschläge des SPD-Politikers Sigmar Gabriel zur Reform der Energiewende nicht so schlecht. Da will man den Frieden nicht durch Zwischenrufe aus München stören.
"Sie müssen sich das vorstellen wie einen Fernsehabend bei der Familie Pschierer, wenn meine Frau Rosamunde Pilcher schauen will und ich den Western oder einen Tatort", erläutert der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Franz Josef Pschierer das Innenleben von Schwarz-Rot. Nur daß die Familie Pschierer im Gegensatz zur großen Koalition zwei Fernseher hat, wie er hinzufügt.
Für die bayerische Staatsregierung ist das Thema Energie insgesamt keines, mit dem sie sich bei ihren Wählern beliebt machen kann. "Wir sind in der Lage, daß seit Fukushima keiner mehr etwas von Atomkraftwerken wissen will, daß aber auch keiner ein Windrad vor dem Haus will und keine übergroße Biogasanlage und Fracking sowieso nicht und Wasserkraft vielleicht, aber dann nur mit Fischtreppe für die Bachforelle", klagt Pschierer.
Die anwesenden Wirtschaftsvertreter stört vor allem der Strompreis. Heinrich Traublinger, der Präsident des Bayerischen Handwerkstags, rechnet vor, daß die EEG-Umlage von 0,2 Cent im Jahr 2000 auf 6,24 Cent in diesem Jahr gestiegen ist. "Steuern und Abgaben machen schon knapp unter 60 Prozent des Strompreises aus, in Österreich sind es nur 28 Prozent", sagt er.
Martin Faulstich, der Chefumweltberater der Bundesregierung, gibt zu, daß "die Erneuerbare-Energie-Umlage ein unglückliches Konstrukt ist". Berechnet wird sie aus der Differenz der den Betreibern zugesagten festen Einspeisevergütung und dem an der Börse zu zahlenden Strompreis. "Die Erneuerbaren sorgen dafür, daß der Börsenpreis sinkt, und das läßt die Umlage steigen." Zahlen müssen die Umlage alle Haushalte sowie alle Unternehmen, die nicht befreit sind.
Eigentlich sollten das nur im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen mit hohen Stromkosten sein. Tatsächlich sind es aber auch Kiesgruben, Braunkohletagebaue und andere Firmen. Im Ergebnis ist die Umlage von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu tragen. Kein Wunder, daß Traublinger und seine Leute auf die EU-Kommission hoffen, die in den Befreiungen eine unerlaubte Beihilfe sieht und sie verbieten will.
Um 13 Milliarden Euro habe die Förderung der Erneuerbaren die Stromrechnung im Jahr 2013 erhöht, sagt Hans-Werner Sinn und witzelt mit Blick auf ein anderes Lieblingsthema:

Mancher meine angesichts der Rettungsschirme vielleicht, daß es darauf auch nicht mehr ankomme.

Sinn wettet auf Fortbestand der AKW

Damit kommt er beim Publikum besser an als Staatsekretär Pschierer, der den Anwesenden mit Blick auf die Energiewende mitteilen muß:

"Es wird kein Roll back geben, die Energiewende ist beschlossen." Dabei haben die Bayern durchaus ihre Probleme mit der Energiewende, die unter anderem auf einem stärkeren Stromaustausch über Staatsgrenzen hinweg basiert.

Zumindest bei der Grundversorgung wollen sie sich nämlich nicht aufs Ausland verlassen, nicht mal auf Nordrhein-Westfalen. "Ich nehme das Wort Autarkie nicht in den Mund, aber Frau Aigner und ich streben schon ein gewisses Momentum bei der Eigenversorgung an", sagt Pschierer unter Verweis auf Wirtschaftsministerin Ilse Aigner. Sein zuständiger Ministerialdirigent Bernhard Schwab wird später ergänzen: "Unser Verständnis von Versorgungssicherheit ist ein gleichmäßig verteilter Kraftwerkspark. Zugleich wollen wir die Strombrücke durch Thüringen."

Hans-Werner Sinn dagegen muß sich nicht darum kümmern, ob eine Sache parlamentarisch beschlossen ist oder nicht. Er wirbt unverzagt für die allseits unbeliebte Atomkraft: "Ich wage zu behaupten, daß sich Deutschland von diesem Kurs abwenden wird und zur Atomkraft zurückkehren wird - die Abschaltung der Atomkraftwerke ist noch nicht gesichert", sagte er Mitte Dezember bei der erstmaligen Vorstellung seiner These von der "Energiewende ins Nichts". Sinn bietet Wetten darauf an, daß die letzten Atomkraftwerke nicht abgeschaltet werden.

Als Vorbild hält der Ökonom den Deutschen die Chinesen vor, die den in Deutschland entwickelten Kugelhaufenreaktor bauen wollen. "Jeden Monat wird in China ein neues Atomkraftwerk in Betrieb genommen", sagt er. Die Angst seiner Landsleute vor der Atomkraft hält Sinn für irrational: "Die deutschen Atomkraftwerke sind die sichersten der Welt. Ihre Sicherheit hat sich seit Fukushima nicht verändert", sagt er.

"Haben sie nicht manchmal die Befürchtung, kein Recht zu haben?", fragt die Moderatorin gegen Ende der Veranstaltung. Sinn überhört den ironischen Unterton und antwortet: "Ich liebe mein Volk, aber ich fürchte, daß es so ist: Wir erfinden Ideologien und erwarten, daß die anderen hinterherlaufen."<<

Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 17. März 2014: >>**PC-Opfer - Für die neue Rechte ist Deutschland ein totalitärer Staat**

Kolumne: Zwischen den Zeilen. Sie sprechen von "EU-Diktatur", "Ökofaschismus" und "Blockparteien". Die Feinde vermeintlicher political correctness fühlen sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht. Auf ihrem Marsch durch die Institutionen leidet vor allem die Sprache

Die Sprache ist immer zu allererst bedroht. Sie ist Träger und Mittler des Denkens, Seismograph für gesellschaftliches Klima und politischen Wandel. Sprache verbalisiert Gedanken. Das Gesagte oder zu Papier Gebrachte verändert wiederum das Denken. Wir gewöhnen uns. Desensibilisieren. Die Geschichte zeigt: Gesellschaften, die zu autoritären wurden, haben zuallererst den Kampf um die Sprache verloren.

Unlängst hat eine Sprache in die politische Debatte Einzug erhalten, die eine ganz eigene Geschichte von bundesrepublikanischer Realität erzählt. Es sind die Feinde vermeintlicher *political correctness*, die sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht fühlen. Diese PC-Opfer verstehen sich als Kämpfer gegen eine alles tabuisierende politische Korrektheit. Die Sprache zumindest haben sie längst enttabuisiert: Sie sprechen von "Blockparteien", "gleichgeschalteten Medien", "Tugendterror", "Ökofaschismus", "EU-Diktatur" oder der "EUdSSR".

In ihrer Erzählung wird die Politik beherrscht von Blockparteien, an deren Spitze eine SED-

sozialisierte, schwarz lackierte Sozialdemokratin Namens Angela Merkel herrscht. Die Medien sind deren Erfüllungsgehilfen, Grün wählende links-liberale Kampagnenjournalisten. Die politische Kultur ist von Gutmenschen diktiert. Gesteuert wird alles aus Brüssel. Eurodiktatur pur.
Was für ein schreckliches Land. Inmitten einer schrecklichen Welt.
Als phantasiebefreite Satire ist diese Wahrnehmung vielleicht noch erträglich. Doch die PC-Opfer meinen es ernst. Humor ist ihre Sache nicht. Sie zeichnen ein Bild, das der Realität so nahe steht, wie Putin der Demokratie. Würde man sie wörtlich nehmen, dann wäre Deutschland ein durch und durch totalitäres Land - und die gute alte DDR im Vergleich dazu eine Art Feierabenddiktatur.

PC-Opfer sind längst Mainstream

Kein Zweifel: Dieses Land verändert sich. Es darf wieder alles gesagt werden. Die PC-Opfer haben längst die Kommentarspalten, die Anonymität des Netzes, hinter sich gelassen. Heran wächst eine immer lauter werdende Minderheit, die den Stammtisch unlängst ins bundesrepublikanische Festzelt getragen hat. Sie verwenden eine Sprache und jonglieren mit Thesen, die noch bis vor ein paar Jahren unmöglich in der veröffentlichten Meinung hätten verhandelt werden können. Die Anti-PC-Bewegung hat die Republik enttabuisiert, ohne dabei wirklich ein Tabu zu brechen. Was sie aber brechen, sind die ungeschriebenen Gesetze des demokratischen Diskurses.
Die jüngsten Debatten um die Thesen von Matthias Matussek oder Sibylle Lewitscharoff sind nur die in der breiten Öffentlichkeit sichtbar gewordenen Spitzen dieser Radikalisierung von Sprache und Diskurs. Beide Fälle eint die Art und Weise einer Diskussionskultur, auf deren Grundlage ein tatsächlicher Diskurs nur schwerlich möglich ist. Lewitscharoffs Einwürfe beispielsweise helfen einer notwendigen Debatte um künstliche Befruchtung nicht, wenn das Totschlagargument der Widernatürlichkeit ins Spiel kommt.
Gleiches gilt für Matusseks Widernatürlichkeitspostulat in Bezug auf Homosexualität. Es geht nicht um den Austausch von Argumenten, sondern um die Wortwerdung eines diffusen Gefühls, um das Verkünden von Wahrheiten. Träger ist eine Sprache, die beißt, gleichsetzt, diffamiert und radikalisiert.
Es soll nicht nur wieder alles gesagt werden dürfen, sondern auch am besten ohne Widerspruch. Denn obwohl die PC-Opfer alles sagen, beschweren sie sich gleichzeitig über fehlende Meinungsfreiheit. Sarrazin ist die bekannteste Verkörperung dieser Paradoxie. Obwohl er über alle ihm zur Verfügung stehenden Kanäle sendet, fühlt er sich gleichzeitig zensiert und ausgegrenzt. Jan Fleischhauer hat das treffend kommentiert:
"Wenn so Meinungsterror in Deutschland aussieht, wären viele Leute auch gerne mal betroffen. Dann wären sie heute Millionäre." Und: "Das PC-Opfer ist die rechte Gegenfigur zum linken Minderheitendiskurs. Was in dem einen Fall das Patriarchat, die herrschenden Eliten oder ganz allgemein das System, sind im anderen die Wächter der Political Correctness."
So erzeugt die Anti-PC-Bewegung letztlich genau das, was sie eigentlich zu bekämpfen gedachte. Sie erzeugt durch ihr dogmatisches Verständnis von Diskurs eine moderne Kultur des Denkverbotes. Die PC-Opfer rufen Meinungsfreiheit und meinen die Freiheit von Gegenmeinung und Widerspruch. Ihre Haltung ist die typische Opferhaltung. Diese Selbstviktimisierungstendenz ist das sie alle einende Charakteristikum.
Es ist die typisch reaktionäre Ressentiment-Bildung, wie man sie in der Sozialwissenschaft als Reaktion Privilegierter auf den Verlust von Macht kennt. PC-Opfer neigen beispielsweise dazu, den im Zuge von Gleichstellungsmaßnahmen einhergehenden Privilegienabbau mit Diskriminierung zu verwechseln. Sie fühlen sich als Opfer der Opfer. Doch dahinter steht die Angst vor Abstieg.

Eine Typologie der Politisch Unkorrekten

Der Alt-68er: Er ist der Seitenwechsler. Weil er seine politische Position über den Marsch der Institutionen in die gesellschaftliche Mitte getragen hat, will er jetzt nicht länger Mainstream sein. Gelangweilt von seiner über Jahrzehnte hinweg postulierten Position, will er erneut anecken. Alan Posener hat das jüngst trefflich beschrieben: "Und siehe da, so wie sie früher "Kacke" und "Pisse" sagen wollten, wollen sie heute "Neger" und "Zigeuner" sagen. … Ausgerechnet die *rebels without a cause*, die im Zweifel gegen antiautoritäre Erziehung, Kuschelpädagogik und Spaßunterricht zu Felde ziehen, deren Opfer sie geworden sind, beklagen die Existenz einer Erziehungsdiktatur in Gestalt gesellschaftlicher Tabus."

Der Nationalbolschewist: Er ist zutiefst antiliberal, antimodern und antikapitalistisch. In Anlehnung an Ernst Niekisch und die konservative Revolution zu Zeiten der Weimarer Republik verbalisiert er eine auf Nation und Volk setzende Kapitalismuskritik, die einer einfachen Dichotomie von gut und böse folgt. Den bösen Kapitalisten wird das gute, arbeitende Volk gegenübergestellt. Dabei wird der Kapitalismus nicht systemisch kritisiert, sondern personifizierend und verschwörungstheoretisch abgehandelt - als etwas, das wie eine Naturgewalt von außen über den Menschen hereinbricht. Die Kritik richtet sich vor allem gegen Banker, Manager und Heuschrecken.

Der Hardcore-Katholik: Vor allem die damalige Wahl Ratzingers zum Papst hat dieser Spezies enormen Auftrieb gegeben. Ratzingers These von der "Diktatur des Relativismus" ist ihr Leitmotiv. Die Keimzelle einer Gesellschaft ist die traditionelle Familie, repräsentiert durch Mann und Frau. Homosexualität wird als unnatürlich diskreditiert, Gleichstellung als Genderterror verurteilt. Der Islam wird als faschistische Ideologie abgelehnt.

Der Konservativ-Libertäre: Er lehnt den Staat ab, spricht gerne von Eigenverantwortung und Freiheit. Steuern sind für ihn Diebstahl. Die EU begreift er als bürokratisches Monstrum, das die Völker Europas gegen ihren Willen homogenisiert.

Die PC-Opfer formieren in ihrer Heterogenität ein diffuses Themenwirrwarr aus reaktionärer Gesellschaftspolitik, libertärer Wirtschafts- und Finanzpolitik, gepaart mit einer tendenziellen Ablehnung des Staates und supranationaler Organisationen. Die PC-Opfer-Front verläuft nicht mehr entlang traditioneller, sondern quer durch alle politischen Lager und erinnert in ihrer fundamentalistischen Ausrichtung an die amerikanische Tea-Party-Bewegung.

Ihr politischer Arm ist die AfD. Dort fühlen sich die politisch Inkorrekten zuhause. Gerade jüngere Entwicklungen innerhalb der Partei macht die AfD für PC-Opfer besonders attraktiv. Die Signale sind eindeutig: Parteichef Bernd Lucke verkündete jüngst, er sei kein Liberaler. Liberale Größen wie Dagmar Metzger ziehen sich aus zentralen Positionen der Partei zurück, währenddessen "die Galionsfigur der national-konservativen Szene in Deutschland", Beatrix von Storch, an Einfluß gewinnt.

Gleichzeitig rücken Themen wie Familie und Integration immer mehr in den Fokus. Die Anti-Europartei verwässert ihr Eurothema zugunsten einer breit angelegten thematischen Ausrichtung und einer damit einhergehenden Positionierung rechts von der CSU.

Interessanter Nebeneffekt dieser Entwicklung: Gemäßigte Linke fangen an, das System zu verteidigen, gegen das sich die Rechte nun positioniert. Linke werden zu Bewahrern. Die reaktionären PC-Opfer werden zur neuen APO. Dabei ist die neue rechte Reaktion sichtlich bemüht, auf ihrem Weg in die gesellschaftliche Mitte so allerhand Rechtes, Linkes und Abgehängtes einzusammeln. Liegen bleibt dabei vor allem eines: die Sprache.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. Mai 2014: >>**Bundesregierung ohne Mitspracherecht: USA modernisieren Atomwaffen**

Die Bundesrepublik hat kein Mitspracherecht bei der Stationierung und Modernisierung von amerikanischen Atomwaffen in Deutschland. Darüber habe es "keine Verhandlungen" gegeben, teilte die Bundesregierung nach Angaben der *Rheinischen Post* auf eine Anfrage der

Grünen mit.
Hintergrund ist die Ankündigung der amerikanischen Regierung, ihre Atomwaffen in Deutschland zu modernisieren. Dazu sollen ab 2020 neue Kernwaffen des Typs B61-12 in der Bundesrepublik stationiert werden.
Grünen werfen Bundesregierung Heuchelei vor
Das Bundesverteidigungsministerium verteidigte die Pläne. Diese dienten dazu, "die Sicherheit und Zuverlässigkeit aller von diesem Programm erfaßten Nuklearwaffen auch weiterhin auf höchstem Niveau sicherzustellen und damit die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung zu gewährleisten".
Die Grünen warfen der schwarz-roten Koalition nun ein "doppelzüngiges Spiel in Sachen Atomwaffen" vor. Daß die Bundesregierung weder informiert wurde, noch nachgefragt habe, sei "nicht nur peinlich, sondern auch verantwortungslos", kritisierte die Bundestagsabgeordnete Agnieszka Brugger.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 23. Juni 2014 (x892/…): >>**Schwulenfahnen an deutschen Ministerien**
Offensichtlich um deutlich zu machen, wer in Deutschland die Herrschaft hat und unter welchen Zeichen die "Familienpolitik" steht, hat die linke sogenannte "Bundesfamilienministerin" Manuela Schwesig vor "ihrem" Ministerium die Schwulenfahne hissen lassen. Dabei ließ sie es sich nicht nehmen, eigenhändig die Fahne vor ihrem Ministerium zu hissen. Der darauf folgende Ärger war sicher einkalkuliert; dies gehört zu den Methoden des Tabubruchs, mit denen die Homobewegung die Gesellschaft zerstören will. Schwesig ist allerdings nicht die Einzige.
Auch Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), die vergangenen Dezember die Beziehung zu ihrer Lebenspartnerin öffentlich gemacht hat, wollte mit einer Regenbogenfahne vor ihrem Ministerium "ein Zeichen der Toleranz" setzen. Dies sollte zugleich als Unterstützung dienen für die am vergangenen Wochenende von allen Medien sehr beachtete große Schwulen- und Lesben-Parade zum Christopher Street Day (CSD).
Regenbogen-Farben statt Schwarz-Rot-Gold am Fahnenmast vor einem Bundesministerium - das war dem Koalitionspartner CDU/CSU dann doch zu viel.
Das Innenministerium von Minister Thomas de Maizière (CDU) schritt ein, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe verhängte kurzerhand ein Flaggenverbot.
In einem Schreiben, das an alle Ministerien ging und der "taz" vorliegt, verweist Rogall-Grothe auf den "Beflaggungserlaß".
"Andere Flaggen als die Bundesdienstflagge, die Bundesflagge, die Europaflagge, die Flaggen der Länder und Flaggen der Gemeinde bzw. Gemeindeverbände dürfen nur mit Genehmigung des Bundesministeriums des Innern gesetzt werden", heißt es in dem Brief.
Und die Genehmigung für die Regenbogenflagge werde nicht erteilt. Nur so sei eine "bundesstaatliche Neutralität" gewährleistet, heißt es in der Begründung.
Doch die beiden linksradikalen SPD-Ministerinnen wollen so schnell nicht klein beigeben. Ein Sprecher des Umweltministeriums erklärte: Die Fahne werde wieder wehen und für den Rest der Woche auch oben bleiben.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juni 2014 (x892/…): >>**Angriff auf die Familie: SPD will Familie verstaatlichen**
Eingeleitet durch das linke Zentralorgan DER SPIEGEL hat der Kanzlerkandidat der Sozis, Steinbrück, die vollständige "Überprüfung" aller staatlichen Leistungen für die Familie für den Fall seiner Wahl angekündigt. Nach wirtschaftlich-kapitalistischen Maßstäben habe die Familienpolitik "völlig versagt", so die Studie von Wissenschaftler, von der DER SPIEGEL behauptet, es sei eine Regierungsstudie, was die Regierung aber dementierte. Steinbrück will deshalb die Leistungen der Staates nicht an Familien zahlen, sondern in "strukturelle Maß-

nahmen" investieren, d.h. die staatliche Betreuung von der Wiege bis zur Bahre, wie in der DDR, durchsetzen.
Die angebliche "wissenschaftliche Studie" untersucht die staatlichen Familienleistungen ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dieses rein materialistisch-kapitalistische Denken ist seit Jahrzehnten in der Linken (einschließlich "C"DU) üblich geworden. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, daß die Familie als vorstaatliche, naturrechtliche Institution nicht dazu da ist, den wirtschaftlichen Nutzen zu mehren, sondern das der Staat dazu da ist, die Entfaltung und der Selbständigkeit der Familie zu dienen. Seit Jahrzehnten kämpfen die Linken auf allen Ebenen und allen Politikbereichen gegen die Familie.
Die Familien sind kaum in der Lage sich gegen diese staatlichen Angriffe zu wehren. Deshalb sind alle Menschen guten Willen aufgerufen, jetzt diesen familienfeindlichen Staat anzugreifen, der seine eigene Existenzgrundlage zerstört.
Ziel der Sozis nach der Machtübernahme ist die mittelfristige Abschaffung des Kindergeldes, des Ehegattensplittings und aller weiteren Leistungen für die Familien, die diese ja keineswegs als Almosen bekommen, sondern die ihnen im Gegenteil zustehen, da die ungeheure Leistungen für das Gemeinwohl des Staates erbringen und zugleich über die Steuer ausgeplündert werden. An jedem Kind verdient der Staat z.B. 77.000 Euro.
Viel gerechter wäre es freilich, wenn man den Familien nicht erst das Geld raubt, daß sie verdient haben um es anschließend umzuverteilen, sondern wenn man die Familien gleich von Anfang an gerecht besteuert. Doch dies würde den staatlichen Einfluß auf die Familien mindern, was für die Staatsanbeter der Linken unvorstellbar ist. In Frankreich hat dieses Modell übrigens zur höchsten Geburtenrate in Europa geführt.
Die Sozis wollen statt dessen, in alter DDR-Manier, die "strukturellen Maßnahmen" verbessern, als Kinderbetreuung schon gleich nach der Geburt, Kindertagesstätten, Kindergärten, staatlich-gleichgeschaltete Schulen und im Alter staatliche Betreuungsplätze für alte Menschen mit der Möglichkeit der Euthanasie, wenn die Alten zu teuer werden.
Der Haß der Sozis und der vereinigten Linken gegen die Familie muß entschlossen bekämpft werden. Keinen Fußbreit des staatlichen Ausbeutern der Familien und den Zerstörern von Recht und Ordnung!<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. August 2014: >>**Megawattgroßer Forschungsbedarf**
"Power to Gas": Für eine erfolgreiche Energiewende fehlt noch die Speichertechnik
Erneuerbare Energien decken derzeit zu 27 Prozent unseren Strombedarf. Unglücklich und verschwenderisch ist jedoch das Nebeneinander der Erneuerbaren und der klassischen Kraftwerke. Letztere wollen die Betreiber nur ungern herunterfahren, weil sie in Schwächezeiten von Wind und Sonne nur mit Verzögerungen wieder einsatzbereit wären.
Die Folge: "Blackouts" durch Strommangel. Läßt man jedoch alles Mögliche an Stromversorgung parallel laufen, ist dies nicht nur unnötig teuer. Die zu bestimmten Zeitpunkten unzweifelhaft vorhandenen Ökostromüberschüsse würden ebenso das Netz gefährden. Paradoxe Folge: "Blackouts" durch Stromüberschüsse. Nur wenn es gelingt, die unzweifelhaft zu bestimmten Zeitpunkten vorhandenen Stromüberschüsse aus regenerativen Energieanlagen langfristig speichern und bei Bedarf kurzfristig abrufen zu können, wird die Energiewende zu einem sinnvollen und zukunftsträchtigen Projekt. Doch wie das Problem lösen?
Pumpspeichertechnik stößt an Grenzen
Die mit Abstand effektivsten Stromspeicher sind zur Zeit Pumpspeicherkraftwerke. Bei diesen wird überschüssiger Strom dazu verwendet, Wasser in ein höher gelegenes Oberbecken zu pumpen. Wird Strom benötigt, läßt man das Wasser wieder abwärts in das Unterbecken schießen und auf dem Weg dahin eine Stromturbine antreiben. 30 Anlagen dieser Art sind in Deutschland in Betrieb. Vorwiegend in den Mittelgebirgsregionen, da es vor allem dort gute

natürliche Voraussetzungen gibt. Der Wirkungsgrad liegt bei 60 bis 80 Prozent.
Der Deutschen Energie-Agentur (dena) zufolge handelt sich um die am besten entwickelte Technologie zur Stromspeicherung. Sie sei wirtschaftlich und flexibel, da man mit ihr stundengenau auf Netzschwankungen reagieren könnte. Pech für die Deutschen: Der enorme Flächenverbrauch und ökologische Auswirkungen durch massive Landschaftseingriffe setzen der hochgradig effektiven Zukunftstechnik enge Grenzen.
Das Zauberwort für die Zukunft heißt "Power to Gas" - Strom in synthetisches Erdgas umwandeln. Dies betonte Claudia Kemfert (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) während einer Expertenanhörung vor dem Umweltausschuß des Bundestages im April. "Power to Gas"-Technologie müsse gefördert werden, um mit Hilfe der Energiewende die starke Abhängigkeit von ausländischen Gasimporten zu überwinden. Anke Tuschek vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. schloß sich der Stoßrichtung an.
Hierfür muß Strom im Wege der Elektrolyse zunächst in Wasserstoff umgewandelt werden. Sodann erfolgt dessen Methanisierung zum synthetischen Erdgas. Dieses könnte in Erdgasleitungen gespeichert und verteilt werden. Die Infrastruktur hierfür ist in Deutschland teilweise bereits vorhanden. Neben 47.000 Kilometern Fernleitungen bestehen 50 unterirdische Gasspeicher, die 20 Prozent des deutschen Jahresverbrauchs fassen könnten.
Aber der Forschungsbedarf beim "Power to Gas" ist noch sehr groß. Die alkalische Elektrolyse zur Wasserstoffgewinnung ist ein lange bekanntes, aber ebenso energieverschwenderisches Verfahren. Modernere Ansätze werden zur Zeit noch untersucht und sind - wenn überhaupt - nur in Kleinprojekten im Einsatz.
Bei der Methanisierung wird aus Wasserstoff (H_2) und Kohlenstoffdioxid (CO_2) bzw. Kohlenstoffmonoxid (CO) synthetisches Methan (CH_4) erzeugt. Genial: Das CO_2 aus Kohlekraftwerken könnte über den Umweg der umstrittenen CO_2-Speichertechnik Carbon Capture and Storage (CCS) zur Erdgaserzeugung verwendet werden. Auch Biogasanlagen können das CO_2 liefern und werden dies wegen der Klimapolitik der Bundesregierung auch müssen - soll doch künftig möglichst keine Kohle mehr verbrannt werden.
Obwohl die Methanisierung seit den siebziger Jahren als technisches Verfahren in der Industrie eingesetzt wird, ist laut dena für "Power to Gas" wegen besonderer Anforderungen an die Gasqualität eine Optimierung nötig. Selbst dann wird man noch vor dem Problem stehen, die entsprechenden Elektrolyseanlagen in das Stromnetz einzubinden.
Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gestand unlängst ein, daß die Bundesregierung die Komplexität der Energiewende unerschätzt habe. Es sei ein Fehler gewesen, der Schnelligkeit den Vorrang vor der Planbarkeit gegeben zu haben. Im Bundestag sollte man aus dieser späten Erkenntnis endlich die Konsequenzen ziehen und in die Erforschung dieser für eine "saubere Stromerzeugung" unverzichtbaren Technologien investieren. So könnte die Energiewende in absehbarer Zukunft doch noch eine Erfolgsgeschichte werden, um die man uns im Ausland beneidet und nicht bemitleidet.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 23. August 2014 (x892/…): >>**Die deutsche Geschichte, die anderen und wir**
"Auch andere Länder bemühen sich um die Integration ausländischer Neubürger. Und auch sie benutzen dafür den Geschichtsunterricht. Um die Ankömmlinge für die neue Heimat zu begeistern, berichten sie ihnen von den Großtaten der Vorväter, von Helden, vergangenem Glanz und kulturellen Errungenschaften.
Manchmal werden auch weniger helle Punkte der eigenen Historie erwähnt, im Vordergrund aber steht immer das Strahlende. Schließlich ist der Zweck der Übung, daß sich die Einwanderer geradezu danach drängen, Teil ihres neuen Landes zu werden.
Über Deutschland könnten wir denen zum Beispiel erzählen, daß kein Volk der Welt so viel zur klassischen Musik beigetragen hat wie die Deutschen. Oder wie sich unsere Vorfahren

über 2.000 Jahre hinweg erfolgreich gegen meist massiv überlegene Aggressoren gewehrt haben: Römer, Hunnen, Ungarn, Wikinger, Tataren, Dänen, Türken, Franzosen oder (etwa im 30-jährigen Krieg) auch gleich halb Europa. Daß wir trotzdem immer wieder aufgestanden sind und heute sogar als die Nummer eins in Europa gelten. Und daß Deutschland erst in der allerjüngsten Vergangenheit selbst Aggressor geworden ist. Daß es dies aber - im Gegensatz zu den allermeisten Aggressoren der Welt! - ernsthaft bereut.
Auch könnten wir den sagenhaften Beitrag der Deutschen zum technischen Fortschritt und zur Wissenschaft vor den Zuwanderern ausbreiten. Oder, daß man uns Pioniere des Umweltschutzes nennt und die bedeutendste Philosophen-Nation seit den alten Griechen und Römern. Daß unser Wappentier direkt auf den römischen Adler zurückgeht, wir also buchstäblich die Siegelbewahrer des antiken Abendlandes sind.
Ja, wir hätten den Neulingen einiges zu erzählen, und wir dürften zuversichtlich sein, daß sich viele unter ihnen unwiderstehlich angezogen fühlten. Davon sagen wir ihnen aber nichts. Statt dessen: Vernichtungslager, deutsche Verbrechen, deutsche Schuld. Eine Story zum Weglaufen. Daß die jungen Immigrantenkinder keinerlei Neigung verspüren, uns in diesen rabenschwarzen Abgrund hinterher zu springen, darf eigentlich nicht wundern. Da blicken sie lieber (je nach Charakter spöttisch oder mitleidig) auf uns hinab und sind froh, daß wir da unten allein bleiben." (Hans Heckel in seinem "Wochenrückblick" in der PAZ 34/14)<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. September 2014: >>**Von der verlorenen Kunst des Friedenschließens**
Sieger oder Strafrichter: Stephan Elbern reflektiert über die diplomatische Fähigkeit, in der Neuzeit Kriege zu beenden
Krieg und Frieden sind die Aggregatzustände der Politik. Ihre Kunst besteht darin, im Interesse der Menschen und Völker mit diesen beiden Aggregatzuständen pfleglich umzugehen, den Frieden möglichst dauerhaft zu erhalten und den Krieg nach Möglichkeit einzuhegen.
Stephan Elberns neues Buch befaßt sich vor diesem Hintergrund mit Friedensschlüssen von der Zeit des alten Orients bis zum Frieden von Camp David (1978). Der Verfasser kommt zum Schluß, daß im Laufe des letzten Jahrhunderts die diplomatische Kunst, Kriege durch ein Abkommen zu beenden, das sowohl dem eigenen Vorteil als auch der Rückkehr zu normalen völkerrechtlichen Beziehungen dient, weitgehend verlorengegangen sei.
Solange überwiegend monarchische Staaten gegeneinander Krieg führten, blieb der gegenseitige Respekt der Kriegführenden erhalten. Die Verschwägerung nahezu aller Dynastien ließ ohnehin nur selten Erbitterung oder persönliche Abneigung aufkommen; man führte gleichsam Krieg in der eigenen Familie. Lediglich religiös oder sozial bedingte Kriege folgten anderen Gesetzen. Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges (1648) suchte man dann auch - zunächst erfolgreich - den Krieg zu "domestizieren". Seitdem folgten die Kampfhandlungen festen Regeln, die im allgemeinen eingehalten wurden. Die Zivilbevölkerung war weitgehend vor Übergriffen geschützt.
Erst mit der Französischen Revolution und den Napoleonischen Kriegen kam zunehmend Haß zwischen den Kriegführenden auf. Zu einem systematischen Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung kam es dann wieder im ideologisch geprägten Amerikanischen Bürgerkrieg, bei dem die siegreichen Nordstaaten die blühende Kultur und Zivilisation der Südstaaten weitgehend vernichteten. Dieser Krieg war zugleich die Blaupause aller künftigen US-Kriege, verbunden mit rücksichtslosem Verhalten gegenüber schutzloser Zivilbevölkerung, der Forderung nach "bedingungsloser Kapitulation" und der Kriminalisierung des unterlegenen Kriegsgegners.
Auch in Europa steigerte sich im Zeitalter des Nationalismus der gegenseitige Völkerhaß in erschreckendem Maße. Hinzu kamen spätestens seit der bolschewistischen Oktoberrevolution 1917 ideologische und damit religionsähnliche Gegensätze, die ein friedliches Nebeneinander unmöglich machten. Mit dem " Klassenfeind" waren ebenso wie mit den "Rassenfeind" oder

dem "Feind der Demokratie" keine normalen Beziehungen zu pflegen.
Damit wurde aber nicht die Wiederherstellung des Friedens, sondern die Vernichtung oder zumindest "Bestrafung" des Gegners zur Hauptsache der "modernen Glaubenskriege". Zugleich ging damit aber auch die politische und diplomatische Kunst dauerhafter und gerechter Friedensschlüsse verloren. Denn ein einvernehmliches Miteinander ist nur dann möglich, wenn man den Vertragspartner als gleichberechtigt ansieht und auch ihm legitime Interessen zubilligt.
Bestes Beispiel für einen derartigen ungerechten Nichtfriedensschluß ist der Vertrag von Versailles 1919, der eine wichtige Ursache für den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland und den verheerenden Zweiten Weltkrieg setzte. Auch der Friedensvertrag zwischen den USA und dem besiegten Japan von 1952 gab Japan nur scheinbar seine volle Souveränität zurück.
Die Weitergeltung der "UN-Feindstaatenklausel" und die Sonderrechte der weiter in Japan stationierten US-Truppen zeigen die Grenzen japanischer Souveränität nur allzu deutlich auf. So können US-Soldaten von keinem japanischen Gericht belangt werden. Bis heute kommt es hier immer wieder zu sexuellen Übergriffen auf einheimische Frauen und Mädchen, die straflos bleiben.
Mit den meisten ihrer Kriegsgegner hatten die Alliierten bereits 1947 in Paris Frieden geschlossen. 1955 gab ein Staatsvertrag Österreich seine Freiheit zurück. Nur Deutschland wartet noch heute auf ein Friedensabkommen - fast 70 Jahre nach Kriegsende. Auch gegenüber Deutschland gilt die "Feindstaatenklausel" weiter. Was die 1990 dem vereinten Deutschland zurückgegebene "volle Souveränität" wert ist, zeigt sich gerade aktuell an der Ausspähung durch die US-Geheimdienste, die Deutschlands fehlende Gleichwertigkeit aus US-Sicht gnadenlos offenlegt.
Entstanden ist ein historisches Lesebuch mit erfrischend zeitkritischen Anmerkungen, das jedem Geschichtsinteressierten empfohlen werden kann.
Stephan Elbern: Frieden - eine verlorene Kunst. Von Kadesch bis Camp David. Nünnerich-Asmus Verlag, Mainz 2014, gebunden, 200 Seiten, Abbildungen ...<<
Die "Thüringer Allgemeine" berichtete am 8. Oktober 2014: >>**"Die DDR als Diktatur und Unrechtsstaat"**
Der Politikwissenschaftler und scheidende Vorsitzende der Stiftung Ettersberg, Hans-Joachim Veen, erläutert in einem Gastbeitrag, warum die DDR für ihn ein Unrechtsstaat war.
Der Politikwissenschaftler Hans-Joachim Veen war 12 Jahre lang Vorsitzender der Stiftung Ettersberg. Unter seiner Leitung übernahm die Stiftung die Verantwortung für die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt. Veen moderierte den Geschichtsverbund Thüringen und ist Mitglied des wissenschaftlichen Beratungsgremiums des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen.
In jüngster Zeit ist der Begriff des "Unrechtsstaates" für die DDR kontrovers diskutiert worden. Lassen Sie mich deshalb zunächst etwas genauer auf diesen Begriff eingehen, der übrigens in der frühen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur schon gelegentlich verwandt wurde, aber seit den 1960er-Jahren nicht mehr auftauchte. Das mag auch damit zusammenhängen, daß der Begriff des Unrechtsstaates kein präziser Begriff der Staatsformenlehre oder auch der Diktaturtheorie ist, sondern ein mehrdeutiger Begriff, der subjektiv unterschiedlich verstanden wird.
Wesentlich ist zunächst, daß, um den Begriff überhaupt auf einen Staat anwenden zu können, das Unrecht grundlegend sein und systematisch praktiziert werden muß. Das politische System als Ganzes muß vom Unrecht durchzogen und geprägt sein. Galt das für die DDR oder gab es nur gelegentliches Unrecht oder nur für einige wenige?

Die Dimensionen des Unrechtsstaates

Das kennzeichnet einen Unrechtsstaat:

a) das Fehlen grundlegender individueller Menschen- und Freiheitsrechte,

b) fehlende Freizügigkeit, keine Meinungsfreiheit, keine legale Oppositionsmöglichkeit,

c) das Einsperren der Menschen bei Gefahr ihrer Tötung, wenn sie den Staat verlassen wollen,

d) kein Schutz gegen Verwaltungswillkür, keine Verwaltungsgerichte,

e) keine Gewaltenteilung, keine unabhängige richterliche Gewalt zum Schutz der Rechte des Einzelnen,

f) die Ausbürgerung von Menschen und der Entzug ihrer bürgerlichen Rechte,

g) das Fehlen freier Wahlen, keine Entscheidungsrechte des Volkes,

h) keine demokratische Legitimierung der Herrschaft auf Zeit, sondern eine ideologische Legitimierung der Herrschaft auf unbegrenzte Zeit - die absolute Herrschaft einer Partei und die Ausbildung einer Einparteien-Diktatur,

i) ein Geheimdienst, der außerhalb des Rechts steht und Menschen unbegrenzt, ungehemmt und unkontrolliert bespitzeln, verfolgen, zersetzen und sogar töten kann,

j) eine parteiliche Rechtsprechung, die die Justiz als Instrument der Partei begreift,

k) schließlich ein ausuferndes politisches Strafrecht und Staatsschutzstrafrecht mit Gummiparagraphen, die den Einzelnen sehr rasch und willkürlich ins Unrecht setzen und Strafverfolgung und Schikane ermöglichen.

In der Rechtspraxis der DDR bedeutete dies zum Beispiel, daß Ausreisebegehren einer zunehmenden Zahl von Bürgern von der DDR-Strafgesetzgebung, sofern ohne Erlaubnis in die Tat umgesetzt, als "staatsfeindlicher Menschenhandel" (§ 105 StGB DDR) oder "ungesetzlicher Grenzübertritt" (§ 213 StGB DDR) mit Strafe bedroht wurden.

Die organisierte Aktivität von Bürgern mit oppositionellen oder (system)kritischen Zielen war u.a. strafbar als "verfassungsfeindlicher Zusammenschluß", "Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele" (§§ 107, 218 StGB DDR).

Grenzüberschreitende Kommunikation mit westlichen Institutionen und Personen konnte als "Landesverrat", insbesondere in Form "landesverräterischer Nachrichtenübermittlung", "landesverräterischer Agententätigkeit", "ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" (§§ 98 ff., 219 StGB DDR) bestraft werden.

Demonstrativer Protest und Widerstand konnten u.a. als "Widerstand gegen staatliche Maßnahmen", "Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit" oder einfach als "Rowdytum" oder "Zusammenrottung" inkriminiert (§§ 212, 214, 215, 217 StGB DDR) werden.

Die Inanspruchnahme des Rechts auf Meinungsfreiheit auch in Form von Staats-, Partei- und Politikkritik wurde als "staatsfeindliche Hetze" und "öffentliche Herabwürdigung" verfolgt (§§ 106, 220 StGB DDR).

Läßt man die aufgeführten Charakteristika eines Unrechtsstaates Revue passieren, kann man mit Fug und Recht, angefangen von der grundlegenden Mißachtung von Menschen- und Freiheitsrechten und rechtsstaatlichen Grundsätzen durch die Justiz bis hin zur absoluten Herrschaft einer Partei und der Bespitzelung, Verfolgung und Zersetzung widerständiger Menschen, die DDR als einen Unrechtsstaat bezeichnen.

Sie war es grundlegend und in vielfacher Hinsicht, auch wenn es Felder gegeben hat, in denen kein systematisches Unrecht bestand, im Sozial-, im Familien-, im Wirtschaftsrecht zum Beispiel.

Aber das ändert nichts an dem fundamental menschenrechts- und lebensverachtenden Charakter des gesamten Herrschaftssystems und der Herrschaftspraxis unter Führung der SED.

Allerdings bleibt der Begriff des Unrechtsstaates vieldimensional und vieldeutig, manchen ist er zu schwach, manchen zu umfassend, jeder kann sich unter diesem Begriff etwas anderes

vorstellen. Deshalb halte ich es für sinnvoller, mit Blick auf die DDR von einer Diktatur zu sprechen, genauer gesagt, von einer Einparteien-Diktatur.
Was kennzeichnet die Diktatur in der DDR?
Eine schlichte Brockhaus-Definition bezeichnet Diktatur als "eine auf unbegrenzte oder unbestimmte Dauer angelegte, besonders als Gegensatz zur Demokratie begriffene Herrschaftsform. Sie steht, je nach dem Grad des Autoritarismus in enger Verwandtschaft zum autoritären Staat bzw. zum totalitären Staat. Die konkreten Erscheinungsformen der Diktatur sind sehr vielfältig ..."
Wesentliche Kennzeichen einer Diktatur sind:
a) das Ziel einer totalen Erfassung und Gleichschaltung der Bevölkerung durch eine Partei und die ihr untergeordneten gesellschaftlichen Massenorganisationen;
b) das Nachrichtenmonopol des Herrschaftssystems, d.h. also die Unterdrückung einer freien Presse und eines politischen Pluralismus der Medien;
c) die rechtliche oder faktische Existenz eines Einparteienstaates mit dem Entscheidungsmonopol der Partei, die als Massenpartei organisiert ist, zugleich aber den Anspruch erhebt, die politische Elite zu verkörpern;
d) der Einsatz terroristischer Machttechniken, greifbar in der Existenz einer Geheimpolizei und eines entsprechenden Überwachungs-, Spitzel-, und Unterdrückungsapparates;
e) eine dem Anspruch nach allein- und allgemeingültige Herrschafts- und Gesellschaftsideologie.
Im Gegensatz dazu läßt sich die Demokratie knapp kennzeichnen als ein politisches System mit Grund- und Freiheitsrechten, die die Staatsgewalt begrenzen, mit periodischen freien Wahlen und Herrschaft auf Zeit, mit frei konkurrierenden Parteien und Interessenpluralität, mit Gewaltenteilung und mit Rechtsstaatlichkeit.
In der Kontroverse über die Bezeichnung "Unrechtsstaat" für die DDR kam seitens der Partei Die Linke das Gegenargument, daß die DDR doch eine Verfassung gehabt habe und daß es Wahlen und eine Volkskammer gegeben habe. Das ist richtig, entkräftet aber nicht das Faktum, daß die Wahlen nicht nur nicht geheim und frei, sondern praktisch öffentlich waren und daß es vor allem keine Wahlalternativen gegeben hat, sondern seit den ersten Volkskammerwahlen 1950 nur einer Einheitsliste der Nationalen Front mit allen Parteien und Massenorganisationen zugestimmt werden konnte oder nicht.
Die Wahlen waren eine Farce und ihre Ergebnisse standen schon vorab fest, weil alle Parteien und Massenorganisationen ihre Sitze in der Volkskammer nach einem festen Schlüssel zugeteilt bekamen. Die Volkskammer, die nur wenige Tage im Jahr tagte, war dementsprechend eine bloße Abstimmungsmaschine, die die Vorlagen der SED abzusegnen hatte.
Über die Zahl der Wahlverweigerer und derer, die die Einheitsliste abgelehnt haben, haben wir keine genauen Zahlen. Wir wissen nur, daß die Wahlergebnisse immer gefälscht waren. Dies konnte im Mai 1989 bei den Kommunalwahlen erstmals eindeutig nachgewiesen werden und führte zu öffentlichen Protesten.
Daß es eine Verfassung gab, sagt noch nichts über den Charakter dieser Verfassung aus. Die zweite Verfassung der DDR von 1968, grundlegend revidiert 1974, verstand sich explizit als "sozialistische Verfassung", die nach offizieller Lesart die "Diktatur des Proletariats" sichern wollte. In ihrem Artikel 1 formuliert sie das Staatsziel und begründet den Monopolanspruch der SED auf die Führung.
Das Rechtsverständnis der DDR
Das Recht in der DDR verstand sich ausdrücklich als "sozialistisches Recht". Was das bedeutet, wird deutlich, wenn man es mit den Rechtsprinzipien der liberalen Demokratie vergleicht.
In der liberalen Demokratie hat das Recht immer die Funktion, dem Staat oder anderen Mächten, Wirtschaftsmächten zum Beispiel, oder auch anderen Menschen Grenzen zu setzen

und das Individuum vor dem Machtmißbrauch durch andere zu schützen.
Entsprechende Artikel gibt es in der DDR-Verfassung nicht, an die Stelle des souveränen Volkes, das in Wahlen und Abstimmungen seinen Willen äußert, tritt der ideologisch begründete absolute Führungsanspruch der Partei. Individuelle vorstaatliche Grundrechte werden nicht garantiert, außer dem Recht auf Religionsfreiheit.
Doch wer dieses Recht in Anspruch nahm, wurde diskriminiert und um berufliche Chancen gebracht. Meinungsfreiheit wird nur "im Rahmen der Verfassung" gewährt, d.h. durch den Führungsanspruch der Partei konterkariert.
Für die DDR galt, wie für andere sozialistische Staaten auch, eindeutig der Primat der Politik gegenüber dem Recht. Eine unabhängige richterliche Gewalt gab es in der DDR nicht, und das bedeutete, daß der Rechtsschutz der Bürger bis zum Schluß unterentwickelt blieb.
Durch das politische Strafrecht waren der Repression Tür und Tor geöffnet, zumal im Anschluß an die Haftstrafen, die gegen Andersdenkende und Oppositionelle verhängt wurden, noch zusätzliche weitere sog. Kontrollmaßnahmen, eine Art zweiter Bestrafung, verhängt werden konnten.
So konnten die Menschen langjährig schikaniert werden.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. November 2014 (x892/…): >>**"Grüner" Terror gegen Eltern**
In den Bundesländern, in denen die sogenannten "Grünen" regieren, wird der Kampf gegen Eltern, gegen Väter, Mütter und Kinder, mit allen Mitteln durchgezogen. In Baden-Württemberg und Niedersachsen kämpfen die "Grünen" um die Durchsetzung ihres Sexualkundeunterrichts und zwar gegen den Willen und gegen das verfassungsmäßige Erziehungsrecht der Eltern.
In dieser Sexualisierung kleiner Kinder haben sie den Hebel zur Revolution der Gesellschaft entdeckt. Wenn man diesen Sexualkundeunterricht ansieht, dann weiß man was die Entschuldigung für die Pädophilie-Beschlüsse der Grünen in den 1980er Jahren wert sind: nichts!
In einem Beitrag für die TAGESPOST vom gestrigen Tag (13.11.2014, Seite 2) schreibt Jürgen Liminski: "Die Eltern werden nicht gefragt, ob sie ihre Kinder in den "professionellen Händen" der Freiberufler wissen wollen. Eltern gelten solchen Pädagogen sowieso als Hindernis der Emanzipation. Sie werden mit der Keule der Antidiskriminierung in Schach gehalten nach dem Motto: Wer gegen die sexuelle Vielfalt (konkret: Perversion) und damit gegen das Niederreißen aller Schamgrenzen und Natürlichkeit ist, der diskriminiert."
Die "Grünen" unterscheiden sich in ihren Methoden nicht von denen anderer totalitärer Ideologen, wie der Kommunisten und nationalen Sozialisten: die Eltern werden ihres grundlegendsten Rechtes beraubt und die Kinder einer staatlichen Indoktrination unterzogen. Doch schlimmer als eine bewußtseinsmäßige Indoktrination durch die Vermittlung einer faschistischen oder kommunistischen Ideologie ist es, wenn man die Kinder direkt in ihrer Person angreift.
Und genau dies geschieht in der Sexualerziehung, bei der den Kindern ihre natürliche Scham ausgetrieben wird, in der bewußt Verwirrung gestiftet werden soll über das Geschlecht, in der jede biologische Eindeutigkeit verwischt werden soll. Das alles im Dienst der vollständigen Zerstörung der Persönlichkeit, um diese Kinder für die Perversion der grün-roten Ideologie verfügbar zu machen.
Zu den Gruppierungen, die die grün-roten Regierungen mit dem Sexualkundeunterricht beauftragen wollen, so berichtet Liminski in DIE TAGESPOST, gehören das Netzwerk SchLAu (= SchwullesbischeBi-Trans-Aufklärung) und, wie sollte es anders sein, die Abtreibungsorganisation Pro Familia und sogenannte "freiberufliche Sexualpädagogen".
Wer legt diesen "grünen" Ideologen, diesen Feinden des Naturrechts, diesen Feinden der Fa-

milie, der Ordnung und Freiheit das Handwerk? Wann verstehen die Menschen endlich, daß hinter den "Grünen" eine totalitäre und menschenverachtende Ideologie steht, die diese Partei mit allem Mitteln durchsetzen wird? Und das geschieht mit der Methode, daß Menschen, die sich gegen die Angriffe der "Grünen" und ihrer Hilfstruppen wehren, kriminalisiert werden: Stichwort Antidiskriminierung. Dabei sind die "Grünen" die schlimmsten Diskriminierer: sie haben die ganze Gesellschaft gespalten und arbeiten weiter daran, diese Spaltung in die Familien hineinzutragen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/41-43): >>**Stalin und die Chance zur Einheit**

_ von *Klaus Höpcke*

Friedensvertrag für Deutschland, Neutralität und freie Wahlen - das Angebot der sowjetischen Führung von 1952 wird im Westen bis heute als Bluff abgetan. Zu Unrecht, wie die Auswertung der Dokumente zeigt.

Am 10. März 1952 veröffentlichte die Regierung der UdSSR eine Note an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Grundlagen eines mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrages.

Das ist 60 Jahre her. Ich hatte seinerzeit mein Studium in Leipzig aufgenommen und bin als Student zum Zeitzeugen geworden. Uns frappierte damals besonders der Wagemut, der darin bestand, für Gesamtdeutschland Parlamentswahlen anzubieten. Aufgrund des Übergewichtes der Bevölkerungs- und somit Wählerzahlen in der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber dem Stimmenpotential im Osten fragten wir uns, ob in Betracht gezogen worden war, daß bei einem solchen Urnengang die Entwicklung, die wir in der DDR in Gang gebracht hatten, beeinträchtigt werden könnte. Dies hielten wir für nicht unproblematisch, versuchten es aber als Beitrag für das Gelingen eines Friedensvertrages zu verstehen.

Vor diesem Hintergrund war uns auf den ersten Blick um so unverständlicher, warum die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 25. März 1952 die "Stalin-Note" zurückwiesen. Bei der Suche nach Antworten wurden wir schon zehn Tage danach im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fündig. Dort wurde aus einem Rechenschaftsbericht zitiert, den General Dwight D. Eisenhower, seinerzeit Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, am 2. April 1952 vorgetragen hatte.

Halbes Deutschland

Darin stand zu lesen: "Hier im Herzen Europas liegt ein 246.000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißiger und hochqualifizierter Arbeitskräfte.

Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der Jahresproduktion an Stahl der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt."

"Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb."

Konrad Adenauer

Und weiter: "Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden." Nicht bekannt war uns zu jener Zeit die Kurzfassung der Eisenhowerschen Argumentation in dem Konrad Adenauer zugeschriebenen Satz "Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb."

Während in früheren Jahrzehnten die Erschließung von Quellen zur "Stalin-Note" sehr zu wünschen übrig ließ, kam es vor zehn Jahren zu einer spürbaren Erweiterung der Dokumentenbasis. Erstmalig wurde ein Anfang März 2002 im Münchner R. Oldenbourg Verlag erschienenes Buch dem deutschsprachigen Publikum mit Akten aus den Moskauer Archiven,

vor allem dem des einstigen sowjetischen Außenministeriums, zur Entstehung der Note zugänglich gemacht. Wilfried Loth hat die Edition der Dokumente besorgt und kommentiert (Die Stalin-Note vom 10. März 1952: Neue Quellen und Analysen).
Bei der Lektüre wird für viele überraschend sein, wie anstoßgebend und mit welch bemerkenswerter Beharrlichkeit das damals an der Spitze der DDR agierende Triumvirat aus Staats-, Regierungs- und Parteichef in Sachen Friedensvertrag Wünsche an die Regierung der UdSSR vorgebracht hat. In den Dokumenten kann man nachlesen, wie die sowjetischen Emissäre wieder und wieder an Josef Stalin und Wjatscheslaw was Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht für notwendig hielten.
Zweitens fällt auf, wie ernsthaft und stetig die sowjetische Seite westlichen Bedenken entgegenkam. Der Umfang der dokumentierten Berücksichtigung von Einwänden übertrifft das auch von mir Erinnerte und Erwartete deutlich. Friedensvertrag - Abzug aller Besatzungstruppen - gesamtdeutsche Wahlen zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und neutralen Deutschlands: Um dieses dreifachen Zieles willen war die Regierung der UdSSR zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit, die erhebliche Abstriche von ihren ursprünglichen Entwürfen bedeuteten.
So wurde der Vorschlag, als erstes einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu bilden, fallen gelassen und empfohlen, daß die Regierung der DDR im Unterschied zu ihren früheren Konzepten an die Bonner Regierung die Forderung nach paritätischer Vertretung als Vorbedingung einer Beratung über Wahlen nicht mehr erhebt.

Östliches Entgegenkommen

Vergleicht man die veröffentlichte Fassung der Friedensvertragsgrundlagen mit vorherigen Varianten, stößt man auch da auf Zeichen des Entgegenkommens.
Ursprünglich ins Auge gefaßte Verbote wurden gestrichen, so etwa das Monopolverbot, das Verbot der Integration des Ruhrgebietes in die entstehende westeuropäische Kooperation und das Verbot des Dienstes deutscher Staatsbürger in ausländischen Armeen und Polizeieinheiten. Zur Militärfrage hieß es nur noch, Deutschland solle die Streitkräfte haben, "die für die Verteidigung des Landes notwendig sind".

Von fortgesetzten Reparationsleistungen war nicht mehr die Rede.

Von der Verpflichtung zu fortgesetzten Reparationsleistungen an die Siegermächte war ebenfalls nicht mehr die Rede. So spricht die "Aktenlage" Blatt für Blatt eine deutliche Sprache:
In Moskau waren vor 60 Jahren Politiker am Werke, die mit großem Ernst den Friedensvertrag mit Deutschland, den Abzug der Besatzungstruppen und gesamtdeutsche Wahlen zur Bildung eines vereinten demokratischen Deutschlands zu erreichen trachteten.
Nach Wortlaut, Sinngehalt und obwaltenden Bedingungen engen die in Loths Quellenedition enthaltenen Dokumente den Spielraum jener ein, die der "Stalin-Note" ihre Seriosität absprechen und sie als Trick darstellen wollen. So urteilt auch Loth in seinem Kommentar: "Ob es angemessen war, den (sowjetischen) Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands abzulehnen, wird man weiter kontrovers diskutieren können. Daß Stalin wirklich wollte, was er sagte: ein vereintes Deutschland außerhalb des westlichen Blocks, das die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde, daran kann nach der Rekonstruktion der Entstehung der sowjetischen Noteninitiative vom 10. März 1952 jedoch kein Zweifel mehr sein."

Friedensvertrag, gesamtdeutsche Wahlen, neutrales Deutschland.

Als Gegenkommentatoren kommen in dem Band des R. Oldenbourg Verlages Hermann Graml und Gerhard Wettig zu Wort. Zur Sache selbst haben sie wenig zu sagen. Keine einzige der von Loth gegebenen Deutungen der Dokumente findet sich bei ihnen vom Text her widerlegt. Statt dessen versucht Graml sich darin, Loth zu belehren, die von letzterem als "hochrangig" oder "denkbar prominent " angesehenen sowjetischen Politiker, die an der Ausarbeitung

der Dokumente beteiligt waren, könnten bloß als "viertrangige Funktionäre" betrachtet werden. Des Weiteren streitet er mit Loth darüber, ob Stalin im Sommer 1951 zögerte oder nicht, wobei erkennbar ist, daß Graml für seine Version keineswegs mehr oder einleuchtendere Anhaltspunkte hat als Loth für seine Ansicht, ein Zögern habe es gegeben.

Westliche Abwehrreflexe

Über ein Hick-Hack zu derartigen, vom Gegenkommentator als "Kleinigkeiten" bezeichneten Stoffen läßt sich ein Sachdiskurs kaum zustande bringen. Darauf kommt es Graml und Wettig offenkundig auch gar nicht an. Da die Dokumente, wie sie nun einmal vorliegen, für die Leugnung der Ernsthaftigkeit des Friedensvertragsangebotes nichts hergeben, versuchen sich die beiden anders zu behelfen. Loth beschäftige sich zu sehr mit den Details, heißt es. Der Blick auf die Selbstgewißheit der harten Bolschewiki fehle. Die hätten beabsichtigt, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR auf Westdeutschland zu übertragen.

Der Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands im Hinblick auf Militärblockzugehörigkeit sei "mit der Ausweitung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein identisch gewesen". Wettig macht sich mit der Interpretation eines Lächelns lächerlich.

Darin, daß Außenminister Andrei Wyschinskis Gesicht sich bei der Entgegennahme der Absagen der Westmächte nicht verdüsterte, sondern aufhellte, wie dem US-Geschäftsträger Hugh S. Cumming, einem der Überbringer schlechter Nachrichten, auffiel, sieht er nun nicht etwa einen Ausdruck vielleicht von Ironie aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus, sondern allen Ernstes einen Beweis dafür, daß die UdSSR-Führung eine konstruktive Aufnahme ihres Angebotes gar nicht wollte. …

Und immer wieder: "lediglich als Manöver im Propaganda-Krieg gedacht", der "propagandistische Effekt", "ein Mehr an propagandistischer Brauchbarkeit". "Dogmatiker aller Systeme, vereinigt euch!" könnte als Sammelüberschrift über solchen Einlassungen stehen. In ihnen kann nicht sein, was nicht sein darf. In diesem Fall: Daß Spitzenpolitiker der Sowjetunion und der DDR Anfang der 50er Jahre für ein einheitliches demokratisches Deutschland eingetreten sind.

Scholastisch wie die Weigerung, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, ist die von Graml und Wettig vorgenommene Gegenüberstellung von ernst gemeinten politischen Lösungsversuchen einerseits und der östlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung andererseits. Letzteres wird mit verurteilenswerter Propaganda gleichgesetzt und als Beleg für fehlende Ernsthaftigkeit politischer Absichten genommen. Und das schreiben Leute aus einem politischen Milieu, in dem psychologische Kriegsführung zum A und O des Politik-Machens gehört.

Keine Kriegs- oder Kalte-Kriegs-Handlung der USA ohne "War of Wits" (Krieg der klugen Köpfe). … Das galt damals und gilt bis in die jüngsten Tage.

Die Stalin-Note

- Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt.
- Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden.
- In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährt sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.
- Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.
- Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschiffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.
- Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreit-

kräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.
_ Klaus Höpcke war von 1973 bis 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR, 1990 Volkskammerabgeordneter der PDS und von 1990 bis 1999 PDS-Landtagsabgeordneter in Thüringen. Er gehört dem Sprecherkreis des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke an.<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. Januar 2015 (x893/…): >>**"Gekaufte Journalisten" - Eine Buchbesprechung**
Auf der Rückseite des Buchumschlags heißt es: "Haben auch Sie das Gefühl, häufig manipuliert und von den Medien belogen zu werden? Dann geht es Ihnen wie der Mehrheit der Deutschen. Bislang galt es als 'Verschwörungstheorie', daß Leitmedien uns Bürger mit Propagandatechniken gezielt manipulieren.
Jetzt enthüllt ein Insider, was wirklich hinter den Kulissen passiert." Dieser Insider ist Udo Ulfkotte, und "Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken" ist der Titel seines vor wenigen Monaten im Kopp Verlag erschienenen Buches, das bereits in mehreren Auflagen gedruckt wurde.
In weiten Teilen bleibt Ulfkotte in "Gekaufte Journalisten" ziemlich subjektiv, schildert er doch seine eigenen Erfahrungen, die er insbesondere in 17 Jahren als Redakteur bei der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) machte. Doch gerade auch vor dem Hintergrund jener Plaudereien aus dem Nähkästchen lohnt sich das Lesen des Buches.
Und Ulfkotte ist dafür zu loben, daß er nicht einfach mit dem Finger auf andere zeigt, sondern zunächst an sich selbst Kritik übt. So beschreibt er beispielsweise verschiedene Fälle, in denen er faktisch geschmiert wurde - nicht durch das Überreichen von Briefumschlägen mit Bargeld in irgendwelchen dunklen Gassen, sondern viel subtiler, etwa durch die Finanzierung von Reisen mit der unausgesprochenen Erwartung wohlwollender Berichterstattung im Gegenzug.
Subtile Beeinflussung von Journalisten
Einen dieser Fälle schildert Ulfkotte über mehrere Seiten besonders ausführlich, nämlich seine Luxusreise nach Oman, welche von Sultan Qabus finanziert wurde, der dort seit 1970 als Diktator regiert. "Ein durchschnittlicher Leser wird jetzt erst einmal einen völlig falschen Eindruck bekommen. Er wird denken: Aha, da bezahlt ein Mensch einem Reporter eine Reise. Das wäre allerdings in Hinblick auf das erwähnte Land Oman, welches wir hier stellvertretend für andere nehmen, eine kaum noch zu unterbietende Untertreibung.
Die Realität: Bei den Einladungen aus Oman reiste man als vermeintlicher FAZ-VIP auf Kosten des Staatschefs in der Business- oder First-Class an. Am Flughafen wartete des Sultans Personal, welches den Gast - einen einfachen Journalisten - extrem unauffällig und zügig durch die Kontrollen schleuste, vorbei an den 'Normalsterblichen'. Spätestens da fühlte man sich nicht mehr als einfacher Journalist, sondern rundum als VIP und irgendwie extrem wichtig."
Wenige Seiten später erfahren die Leser das Ergebnis derartiger Reisen: "Man stelle sich einen jungen Mann vor aus ärmerem Elternhaus, der sich, weil der Vater früh verstorben war, alles hart hatte erarbeiten müssen. Zeitungen austragen, auf dem Bau arbeiten, am Fließband stehen - nur um studieren zu können und eine gute berufliche Perspektive zu haben. Und dann der Jackpot. Zum Nulltarif. Ohne Einsatz. Halt, ohne Einsatz?
Man mußte nur ausblenden, was man nicht sehen wollte. Hofberichterstattung war der Preis für den Jackpot." Man muß darauf hinweisen, daß ganz offensichtlich niemand zu positiven Berichten gezwungen wurde. Doch wenn man tagelang im Luxus schwelgt, so ist es kaum verwunderlich, den Finanzier der Reise oder der Veranstaltung nicht mehr ganz neutral zu beurteilen.
Undurchsichtige Netzwerke
Ein zweiter Themenkomplex ist, wie der Untertitel von "Gekaufte Journalisten" bereits andeu-

tet, die Aufdeckung obskurer Netzwerke, Beziehungen und Verflechtungen von Journalisten, Lobbyisten und Politik. Einigermaßen bekannt dürfte etwa sein, daß Helmut Kohl, 16 Jahre lang Bundeskanzler, Trauzeuge bei der Hochzeit von Kai Diekmann, Chefredakteur der in Deutschland auflagenstärksten Tageszeitung "Bild", war. 2008 revanchierte sich Diekmann, indem er dieselbe Aufgabe bei Kohls zweiter Eheschließung (seine erste Frau beging 2001 Selbstmord) wahrnahm.
Weniger bekannt sind wohl Organisationen wie die Atlantik-Brücke oder die Trilaterale Kommission. Hiermit begibt sich Ulfkotte in Gefilde, in denen Verschwörungstheorien im Überfluß vorhanden sind. Zwar versucht Ulfkotte, die reinen Fakten zu schildern, doch werden mitunter Schlußfolgerungen gezogen, die detaillierterer Beweisführungen bedürften.
Bloß weil Journalisten wie der bereits erwähnte Kai Diekmann, Theo Sommer (Herausgeber von "Die Zeit"), Mathias Döpfner (Vorstandsvorsitzender von "Axel Springer"), Claus Kleber (Moderator des "heute journal" im ZDF) und Jörg Schönenborn (Fernsehdirektor des WDR) mit der Atlantik-Brücke in Kontakt stehen oder standen, heißt dies nicht zwangsläufig, daß sie die offizielle Linie der Organisation - falls es eine solche Linie überhaupt gibt - immer und notwendigerweise vertreten. Hier wirft Ulfkotte Fragen auf, die unbeantwortet oder ohne überzeugende Replik bleiben.
Eine umfangreiche wissenschaftliche Analyse der Artikel oder Programme der "verdächtigen" Journalisten wäre nötig, um hier tatsächlich fundiert argumentieren zu können. Ein diesbezügliches Beispiel bietet Uwe Krüger in seiner Dissertation "Meinungsmacht. Der Einfluß von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten - eine kritische Netzwerkanalyse", welche von Ulfkotte häufig zitiert wird.

Fragen, aber nicht immer überzeugende Antworten

Nichtsdestotrotz sind augenscheinliche Elitenetzwerke wie die oben erwähnte Atlantik-Brücke zumindest bemerkenswert und umstritten und rufen nach einer kritischen Auseinandersetzung. Das Verdienst des Autors von "Gekaufte Journalisten" liegt darin, seine Leser auf derartige zumindest mögliche Einflußnahmen aufmerksam zu machen. Danach ist es dem Leser selbst überlassen, welche Maßnahmen er trifft, oder ob er weiterhin an der Vorstellung festhält, daß Journalisten speziell der Leitmedien grundsätzlich eigentlich unabhängig sind.
Lassen wir Ulfkotte angesichts der Atlantik-Brücke noch einmal zu Wort kommen: "Die proamerikanische und ganz sicher nicht neutrale Organisation kriecht immer weiter vor in der medialen Berichterstattung. Nun ist 'proamerikanisch' nicht unbedingt ein Schimpfwort. Aber es geht hier auch nicht um gut oder böse, sondern im Hintergrund vor allem um ein Wertesystem. (…) Deutsche und Amerikaner teilen viele Werte, etwa Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit. Aber schon bei Fragen nach der Rechtsstaatlichkeit und dem Völkerrecht gibt es große Differenzen. (…)
Die Tatsache, daß wir keine Wertegemeinschaft mit den USA haben und ganz sicher nicht auf Augenhöhe mit Washington stehen, belegt nichts so eindeutig wie die Einschränkung unserer Freiheit durch amerikanische Spionage, welche die Privatsphäre unserer Bürger Tag für Tag mißachtet. Wenn deutsche Journalisten sich also mit proamerikanischen Organisationen wie der Atlantik-Brücke gemein machen, dort auftreten oder diese gar fördern, dann stehen sie nicht mehr inmitten unseres deutschen Wertesystems. Sie werden dann mitunter zu Fürsprechern und/oder Lobbyisten eines anderen Wertesystems."

Ausweg aus dem Einheitsbrei

Als Ausweg aus der gegenwärtigen Situation, in der er keine substantiellen Unterschiede zwischen den verschiedenen wichtigsten und einflußreichsten Medien in Deutschland sieht, empfiehlt Udo Ulfkotte in "Gekaufte Journalisten", jene Medien nicht länger zu finanzieren. "Verweigert denen, die uns manipulieren und desinformieren, einfach Quote, Auflage und Gehör. Schaltet ab und gebt ab sofort keinen Cent mehr dafür aus. Je mehr Menschen das

machen, um so größer wird der Druck."
Allerdings ist dies spätestens bei den Zwangsabgaben für den Staatsrundfunk leichter gesagt als getan. Die Alternative zu den alteingesessenen und renommierten Medien ist für Ulfkotte das Internet: "Journalisten als Eigenmarken, die auch ohne Verlage Geld verdienen können, weil man ihnen vertraut - die haben eine Zukunft."
Udo Ulfkotte: "Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken", 336 Seiten …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 6. Januar 2015 (x892/…): >>**Pädophilie und "Sexualpädagogik der Vielfalt"**
In einem interessanten und lesenswerten Beitrag zur sogenannten "Sexualpädagogik der Vielfalt" - das ist der Verschleierungsbegriff für pädagogische Modelle auf der Grundlage der Genderideologie - zeigt Gerhard Amendt in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" den Zusammenhang zwischen Pädophilie und dieser neuen, sexualisierenden Pädagogik auf. Diese Pädagogik spricht sich nicht für das Recht der Pädophilen auf straffreien Zugriff auf Kinder aus, wie ihr oft unterstellt wird, aber sie übernimmt die "Zielvorstellungen, die der pädophilen Propaganda und der Charakterstörung zugrunde liegen" (FAZ vom 31.12.2014, S. 6)
Das Ziel der "Sexualpädagogik der Vielfalt" ist die Zerstörung der Grenze zwischen Kindern und Erwachsenen, sowie der Grenzen zwischen den Geschlechtern. Diese bereits in der sogenannten "antiautoritären Pädagogik" der 1960er Jahre diskutierte Ideologie hat zum Ziel, jede Art der Autorität zu untergraben und damit Erziehung überhaupt zu untergraben.
"Diese Überschreitung der Generationengrenze begründet die Gemeinsamkeit mit der Pädophilie" schreibt Gerhard Amendt. "Inzest als Inbegriff der Grenzziehung" soll straffrei gestellt werden und darüber hinaus sogar wertgeschätzt werden. So wird angestrebt, daß die Beziehungen von Eltern und Kindern gerade nicht frei von Sexualität sind. Hieraus ergibt sich der berechtigte Vorwurf der Frühsexualisierung, der von den Vertretern dieser krankhaften "Sexualpädagogik der Vielfalt" auch nicht wirklich bestritten wird.
Da sich fast alle Eltern und auch zahlreiche Lehrer gegen diese Art von Pädagogik wehren, sobald sie die wahren Hintergründe und Ziele verstehen, fordern die Vertreter der Lobbygruppen, daß sie selbst als Lehrkräfte für diesen Unterricht in den Schulen eingesetzt werden sollten, was inzwischen in einigen Bundesländern auch schon praktiziert wird.
Hauptvertreter dieser kinderfeindlichen und bewußt gesellschaftszerstörenden Ideologie in der Politik sind auch hier die sogenannten "Grünen".<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 14. Februar 2015: >>**Grüner Wahn Deutschland leidet unter gefährlicher Öko-Hysterie**
Vor 50 Jahren fingen die Deutschen an, sich Sorgen um die Umwelt zu machen. Heute leben sie in einem Öko-Musterland. Die Mahner und Warner wenden sich deshalb Problemen zu, die meist gar keine sind.
Daimler wirbt für schicke Elektroautos, der Energieriese E.ON zerlegt sich selbst, und auf Elternabenden wird diskutiert, ob das Essen in der Kita nur bio, bio-vegetarisch oder bio-vegan sein soll. Touristen werden mit Rikschas durch Berlin und München kutschiert, abgasfrei und geräuschlos. Glühbirnen sind verboten, und die Klos haben Wasserspartasten.
Brokdorf-Veteranen bleibt die Spucke weg, wenn eine CDU-Kanzlerin die Energiewende ausruft.
In Deutschland, Österreich und der Schweiz hat grünes Gedankengut die Gesellschaft tief durchdrungen. Und es wurde mit Erfolg in viele andere Länder der westlichen Welt exportiert. Fahrradfahren, Energiesparen und Mülltrennen gehören zum fest eingeübten Alltagsverhalten, wie Zähneputzen. Man fühlt sich verantwortlich für das Weltklima, die Rettung der Wale und den tropischen Regenwald.

Landschaftsschützer streiten mit Klimarettern

Alle sind grün geworden, von Angela Merkel bis Margot Käßmann, von "Bild" bis "Brigitte", von der Allianz bis zum ADAC. Sogar McDonald's hat sein Logo von rot auf grün umgefärbt. Gleichzeitig wird immer verschwommener, für was die Etiketten "grün" oder "nachhaltig" überhaupt noch stehen.

Dafür werden die Widersprüche verschiedener ökologischer oder vermeintlich ökologischer Kämpfer sichtbar. Da streiten Wald- und Landschaftsschützer mit Klimarettern, die Windräder, Sonnenfarmen oder Speicherseen errichten wollen. Die dafür erforderlichen Stromtrassen werden inzwischen bekämpft wie eine neue Autobahn.

Sozial eingestellten Grünen mißfällt, daß die Großindustrie durch geschickten Lobbyismus den grünen Markt an sich gerissen hat. Was, fragen sie, hat der Windkraftinvestor mit dem Fledermausschützer noch gemein? An den Rändern des grünen Denkens blühen Heilslehren, die irgendwie grün daherkommen sollen, doch mit Ökologie nichts zu tun haben. In deutschen Buchhandlungen etwa schwemmen Esoterik, Wellness und biodynamische Garten-Ratgeber in die Regale.

Beliebigkeit breitet sich aus. Bei vielen Errungenschaften neuerer Zeit stellt sich die Frage: Sind sie wirklich gut für die Umwelt, oder tun sie nur so? Auf den Plastiktüten der Supermarktkette Tengelmann steht "I’m green". Begründung: Der verwendete Kunststoff wird aus Zuckerrohr produziert. Aber warum soll Zuckerrohr "green" sein? Die Plantagen sind oft alles andere als ökologisch vorteilhaft. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Keine soziale Bewegung siegte so schnell

Sind Sparleuchten umweltfreundlich, die giftiges Quecksilber enthalten? Ist Bio-Landwirtschaft wirklich ökologisch, wenn sie für den gleichen Ertrag doppelt so viel Land benötigt? Sind Windkraftwerke umweltfreundlich, die Tausende Vögel und Fledermäuse zerhacken? Welche Folgen hat Biodiesel für die Natur, wenn er aus Palmöl stammt für dessen Anbau Regenwälder abgebrannt werden? Warum interessiert es deutsche Sonnenfreunde nicht, daß chinesische Solarzellen-Fabriken die Umwelt verschmutzen und Menschen vergiften? Zu diesen Widersprüchen konnte es nur kommen, weil inzwischen alles kritiklos durchgewinkt wird, was grün ist oder auf grün macht.

Keine soziale Bewegung in der Geschichte siegte so schnell. Bis das Industrieproletariat sich akzeptable Lebensverhältnisse erkämpft hatte, bis die Sklaverei in Amerika abgeschafft und Frauen gleichberechtigt waren, vergingen teilweise Jahrhunderte. Vom Zeitpunkt, zu dem das Umweltthema in Deutschland aufkam, bis zum Ergrünen von Politik und Wirtschaft vergingen nicht einmal drei Jahrzehnte.

Hätte man in den 60er-Jahren einen Deutschen in eine Zeitmaschine gesetzt, um ihn ins Jahr 2015 zu transportieren, er käme heute aus dem Staunen nicht mehr heraus. Und dies nicht nur wegen technischer Wunder, wegen Smartphones, Internet oder Geldautomaten. Dieser Mensch würde staunen, wie baumreich die Städte sind, wie sauber die Gebäude, die damals rußgeschwärzt waren, und wie anders die Luft riecht.

Er wäre verblüfft, daß Essen aus Dosen nicht mehr als modern, sondern als ungesund gilt. Verwundert würde er lesen, daß wieder Wölfe durch die Wälder streifen und kaum jemand etwas dagegen hat. Und vielleicht könnte er nicht begreifen, daß Menschen freiwillig Fahrrad fahren, obwohl sie sich ein Auto leisten können.

Grzimek und Brandt als Ökopioniere

Der grüne Siegeszug begann vor gut einem halben Jahrhundert. 1959 kam Bernhard Grzimeks Film "Serengeti darf nicht sterben" in die Kinos. Das Savannen-Epos des Frankfurter Zoodirektors war pathetisch und aufrüttelnd. Seine Botschaft: Die letzten Naturgebiete der Erde sind in Gefahr. Wir müssen umdenken und erkennen, daß wilde Natur ebenso wertvoll ist wie die großen Kulturschätze der Menschheit.

Diese Sichtweise, heute eine Selbstverständlichkeit, wurde damals noch von vielen als Provokation empfunden. Zum Beispiel von der katholischen Kirche, die im Adenauer-Deutschland die unumstritten oberste Instanz für ethische Fragen war. Bevor Grzimek wilde Tiere zum Kulturerbe erhob, stellten Naturfilme sie zumeist als gefährliche Bestien dar. "Serengeti darf nicht sterben" leitete einen Paradigmenwechsel ein: von der bedrohlichen zur bedrohten Natur.

Zwei Jahre später, 1961, erhob Kanzlerkandidat Willy Brandt die Luftverschmutzung zum Wahlkampfthema. Er forderte: "Der Himmel über dem Ruhrgebiet muß wieder blau werden!" Im Wahlprogramm der SPD stand damals:

"Erschreckende Untersuchungsergebnisse zeigen, daß im Zusammenhang mit der Verschmutzung von Luft und Wasser eine Zunahme von Leukämie, Krebs, Rachitis und Blutbildveränderungen sogar schon bei Kindern festzustellen ist.

Es ist bestürzend, daß diese Gemeinschaftsaufgabe, bei der es um die Gesundheit von Millionen Menschen geht, bisher fast völlig vernachlässigt wurde." In einer Publikation des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2011 heißt es dazu: Brandts Vorstoß "kann zu Recht als der Beginn umweltpolitischen Denkens in Deutschland gelten.

Damit rückte Brandt - lange bevor es die Begriffe Umweltschutz oder Umweltpolitik gab - ein regionales und bis dahin vernachlässigtes Problem ins Blickfeld gesellschaftspolitischer Debatten. Er machte aufmerksam auf die Schattenseiten des deutschen Wirtschaftswunders."

Angriff auf Amerikas Wappentier

1962 erschien in Amerika das erste populäre Umweltschutz-Buch: "Der stumme Frühling", verfaßt von der Biologin Rachel Carson. Es lenkte die Aufmerksamkeit auf die ökologischen Folgen des Unbedachten Einsatzes von Pestiziden. Durch Carson wurde bekannt, daß einige Vogelarten sich nicht mehr vermehrten, weil das Insektengift DDT ihre Eier schädigte.

Die amerikanische Öffentlichkeit war besonders dadurch alarmiert, daß unter den betroffenen Spezies auch der Weißkopfseeadler war, das Wappentier der Vereinigten Staaten. DDT und andere Pflanzenschutzmittel, die Farmer zuvor sorglos auf den Feldern verspritzten, wurden als Reaktion auf Carsons Buch in vielen Staaten verboten.

Obwohl die Welt mitten im Ost-West-Konflikt steckte und der Kalte Krieg ständig heiß zu werden drohte, machten sich immer mehr Menschen in den westlichen Industrieländern Sorgen um die Umwelt, den Zustand der Natur und besonders um die Gesundheitsschäden, die Menschen durch industrielle Abgase und Abwässer erlitten.

Rauchende Schlote galten bis dahin als Zeichen von Fortschritt und wachsendem Wohlstand. Daß Flüsse begradigt, Moore trockengelegt, Wälder gerodet wurden, feierte man als Siege über eine feindliche Natur.

Doch die Schattenseiten des Wirtschaftswunders wurden immer deutlicher: Schaumberge dümpelten aus den Flüssen, weiße Wäsche wurde vom Staub der Kohleöfen und der Fabrikschlote grau gefärbt, wenn sie zum Trocken draußen hing. Im Winter vermischten sich Nebel und Rauch zum gesundheitsschädlichen Smog. Die Probleme waren unübersehbar, und bald schon zeigten die Appelle von Grzimek und Co. Wirkung.

Alle sprachen plötzlich von "Umweltschutz", ein neues Wort, das 1969 im FDP-geführten Innenministerium ersonnen worden war. Die sozial-liberalen Bundesregierungen erließen Gesetze und Verordnungen zum Schutz von Luft und Gewässern. In der darauf folgenden Kohl-Ära wurden sie weiter verschärft.

Gehen Umweltschützern langsam die Themen aus?

Heute ist Deutschland eines der Umweltmusterländer der Welt. Die Industrie hat ihre Hausaufgaben gemacht. Es ist nicht alles perfekt. Die Lösung alter Probleme bringt oft neue Probleme mit sich, die man nicht erwartet hätte. Doch die Verhältnisse haben sich von Grund auf gewandelt.

Als 1993 Asbest verboten wurde, wußte man schon mehr als ein halbes Jahrhundert lang, daß er die Gesundheit von Menschen gefährdet. Heute werden manche Stoffe schon beim Verdacht, sie könnten schädlich sein, aus dem Verkehr gezogen, wie kürzlich Pflanzenschutzmittel, die Neonicotinoide enthalten.
Alles in allem ist der Umweltschutz in Deutschland eine grandiose Erfolgsstory. Man könnte meinen, daß den Umweltschützern so langsam die Themen ausgehen. Doch die professionellen Mahner und Warner haben sich neuen Feldern zugewandt. Je mehr Erfolge das grüne Großreinemachen in Deutschland vorweisen konnte, desto stärker rückten schwer überprüfbare Katastrophen-Prognosen in den Fokus der Aktivisten.
Und hier liegt eine große Gefahr. Wie sich eine ganze Gesellschaft von Schreckensszenarien in den Bann schlagen läßt, wenn die Ängste so stark werden, daß es niemand mehr wagt, kritisch nachzufragen, erlebte Deutschland eindrucksvoll in den 80er-Jahren. Das Gespenst der damaligen Zeit hieß Waldsterben.

Die Mär vom deutschen Waldsterben

Wer verstehen will, was damals passierte, fragt am besten Rudi Holzberger. Der Medien- und Agrarwissenschaftler glaubte seine Heimat, die Wälder des Allgäus, Anfang der 80er-Jahre verloren. Doch zehn Jahre später wandelte sich seine Angst in Skepsis. Er begann, die Horrorszenarien zu hinterfragen, und sah sich die Berichterstattung genauer an, analysierte und verglich 150 Artikel überregionaler Printmedien. Er schrieb eine Doktorarbeit darüber.
Ab 1981 wurde das Waldsterben zum Dauerthema in der deutschen Presselandschaft. 1983 schrieb der "Spiegel": "Wir stehen vor einem ökologischen Hiroschima". Im "Stern" stand 1986: "Die Reihen der Bäume lichten sich, wie Armeen unterm Trommelfeuer."
"Die überboten sich gegenseitig, wie beim Kartenspiel", sagt Holzberger. In seiner Dissertation ("Das sogenannte Waldsterben: Zur Karriere eines Klischees", 1995) wies er nach, daß die Journalisten voneinander abgeschrieben hatten und immer dieselben Experten zitierten. Die wissenschaftliche Basis war dünn. Zwei Wissenschaftler dienten als Kronzeugen. Fernsehen, Hörfunk, Zeitungen und Zeitschriften befragten immer wieder diese beiden und kaum je einen anderen Experten. Forscher, die Zweifel an der Theorie vom Waldsterben anmeldeten, wurden ignoriert.
Die Fotos und Fernsehbilder, die den dramatischen Befund belegten, stammten größtenteils aus dem Erzgebirge, damals DDR. Dort waren tatsächlich ganze Hänge abgestorben. Die Ursache dieses Desasters lag jedoch nicht in einem allgemeinen Waldsterben, sondern fand sich ganz in der Nähe. Braunkohlekraftwerke der damaligen ČSSR bliesen riesige Mengen Schwefeldioxid in die Luft, das auf die Wälder niederregnete.

Die Grünen waren Gewinner der Hysterie

Das Horrorszenario und seine mediale Verstärkung führten dazu, daß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik quer durch die gesamte Bevölkerung Einigkeit über ein wichtiges Thema herrschte. Es war Konsens: Der Wald stirbt, und die Politik muß endlich handeln.
Der große politische Gewinner des Waldsterbens waren die Grünen, die 1983 in den Bundestag einzogen. Aber auch Helmut Kohl erkannte die Zeichen der Zeit und griff das Thema auf. Die Betreiber von Stein- und Braunkohlekraftwerken in Deutschland mußten Filteranlagen einbauen, die schädliche Schwefelverbindungen aus den Abgasen entfernen.
Die falschen Propheten von damals behaupten noch heute, dieses wichtige Umweltgesetz sei durch ihre zwar falschen, aber doch nützlichen Prognosen zustande gekommen. Doch die Verordnung über Großfeuerungsanlagen war nicht Ergebnis der Waldsterbens-Hysterie. Sie stammte aus den 70er-Jahren und war nur noch nicht in Kraft getreten.
Eine wirklich neue Idee der Regierung Kohl war dagegen der "Waldschadensbericht". Ab 1983 wurden überall in Deutschland Förster in den Wald geschickt, um anhand der "Kronenverlichtung" festzustellen, wie krank der Wald ist. Die Kriterien: der Blatt- oder Nadelverlust

eines Baumes und die Verfärbung von Blättern oder Nadeln. Doch Wissenschaftler halten diese Methode inzwischen für völlig ungeeignet.
Denn es gibt zahlreiche natürliche Gründe für solche Veränderungen. Ein Laubbaum kann je nach Witterung und Standort bis zu 75 Prozent weniger Blätter tragen als ein gleich alter Artgenosse. Bei Nadelbäumen beträgt die Schwankungsbreite 66 Prozent. Der jährliche Waldschadensbericht (heute heißt er offiziell "Bericht über den Zustand des Waldes"), der sich an Blätter- und Nadeldichte orientiert, ist nach Ansicht der Experten längst ein sinnloses Ritual einer Bürokratie, die sich verselbständigt hat.

Aus "Waldsterben" wurden "Waldschäden"

1993 veröffentlichte das Bundesforschungsministerium eine Zwischenbilanz aus zehn Jahren Waldschadensforschung. Das Expertengremium der Bundesregierung kam zu einem eindeutigen Ergebnis: "Das großflächige Absterben ganzer Waldregionen, wie es der Begriff 'Waldsterben' unterstellt, wird heute von der Wissenschaft auch für die Zukunft nicht befürchtet." Ein Jahrzehnt nach dem ersten Alarm war den Fachleuten also klar, daß das Waldsterben nicht existiert.
Und wie wurde diese frohe Kunde aufgenommen? Man ignorierte sie. Noch 1994 verkündete der "Stern" auf dem Titel: "So sterben unsere Wälder".
Die Forststatistik belegt: Als alle den Wald für sterbenskrank hielten, nahm die Waldfläche jährlich um 100 Quadratkilometer zu. Bis heute wächst er weiter. Die Umweltverbände haben ihre Wortwahl korrigiert und reden nur noch von "Waldschäden".
Und im Jahr 2003, zehn Jahre nachdem wissenschaftlich nachgewiesen war, daß es sich beim Waldsterben um Hysterie gehandelt hat, verkündete die damalige grüne Ministerin Renate Künast: "Ja, wir haben den Trend umgekehrt. Ich kann nur dringend empfehlen, am Sonntag einen Waldspaziergang zu unternehmen."
Dreister kann man sich nicht mit fremden Federn schmücken.

Das Gefühl einer allgewaltigen Bedrohung ist geblieben

Das Waldsterben war die Mutter aller Öko-Ängste. Wer die Hysterie verstehen will, die sich angesichts mancher Ereignisse bis heute oft reflexhaft ausbreitet, der sollte sich vor Augen führen, zu welcher Selbsttäuschung Deutschland damals fähig war.
Bis heute haben die Umweltverbände und die Grünen nicht selbstkritisch reflektiert, daß und wie sehr sie mit ihren Voraussagen zum Waldsterben danebenlagen. Statt daraus zu lernen, stürzten sie sich auf immer neue Schreckensprognosen, mit denen sie Menschen Angst machen und die Spendenkassen füllen.
Die Waldsterbensangst ist abgeflaut, das mulmige Gefühl einer allgewaltigen Bedrohung ist geblieben. Heute fürchten sich viele Deutsche vor einer kommenden Klimakatastrophe und vor Gentechnik in der Landwirtschaft. Die Rhetorik ist praktisch dieselbe geblieben, und auch die Prognosen sind ähnlich kühn wie damals. Beispiel Klimawandel. Beispiel Gentechnik.
Nach wie vor ist unbewiesen, ob tatsächlich das Kohlendioxid die treibende Kraft hinter den Klimaveränderungen ist. Erdgeschichtliche Analysen legen den Schluß nahe, daß die Rolle dieses Gases überschätzt wird. Und auch an den Schreckensszenarien haben manche Wissenschaftler erhebliche Zweifel. Denn Warmzeiten waren in der Vergangenheit stets besonders gute Zeiten für die Landwirtschaft und auch für die Natur.
Die Klimaprognosen haben den Vorteil, daß die Propheten vielleicht nicht mehr am Leben sein werden, wenn sich herausstellt, ob ihre Vorhersagen eingetroffen sind. Das Problem Umweltverschmutzung ist irgendwann erledigt, wenn die Luft wieder rein, die Flüsse sauber und Wälder grün sind. Doch das Klima-Thema bleibt erhalten. Und damit die Existenzberechtigung für Aktivisten, Nichtregierungsorganisationen, kurz: NGOs, Konferenzen, Behörden, Industrien und spezielle Forschungsinstitute. Solche, die immer wieder auf eine drohende Klimakatastrophe hinweisen. …<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 16. Februar 2015 (x892/…): >>**Die systematische Zerstörung der Familie durch die Politik**

Am Samstag den 7. Februar veröffentlichte "Die Tagespost" einen ausgesprochen guten und mutigen Artikel von Martin Voigt unter dem Titel "Wer sind wir eigentlich?"

Der Beitrag fand in den Leserbriefen der darauf folgenden Woche ein sehr großes und positives Echo. Leider ist der Artikel auf der Website der katholischen Tageszeitung nicht kostenlos zu lesen. *pius.info* möchte seinen Lesern zumindest eine Zusammenfassung dieses Beitrags bieten, der den vollständigen Zerfall der Moral, die "Umwertung aller Werte" und vor allem die systematische Zerstörung von Ehe und Familie durch den Staat thematisiert. Der Staat selbst wird damit zum Totengräber seiner eigenen Grundlage.

Der Autor beginnt mit dem Hinweis auf das Ende der Pegida-Bewegung, die sich als Sammelbecken für die diffuse Wut der Bürger über "die da Oben" entwickelt hatte. Die Menschen nahmen an den Demonstrationen teil, weil sie ihren "Gefühlsstau" abbauen wollten und weniger wegen bestimmter konkreter Themen.

"Der Ruf "Wir sind das Volk" ist als Frage zu verstehen. Wer sind wir eigentlich? Welche Werte wollen wir verteidigen?", schreibt Martin Voigt, der als Jugendforscher mit dem Schwerpunkt Sexualisierung unter Teenegern arbeitet. Der Staat im Verbund mit Linksradikalen und den Medien unterließ nichts, um diesen Menschen den Mund zu verbieten, sie zu diskreditieren und nach der Methode der letzten 25 Jahre als "Nazis" zu beschimpfen.

Voigt stellt selbst nun die Frage, die vom politisch-medialen Komplex im Verein mit den Linksradikalen unterdrückt wird. Wer sind wir eigentlich? Welche Werte wollen wir verteidigen? Ein Grund für den Zerfall von Pegida dürfte gewesen sein, daß die Teilnehmer und die Führung diese Fragen selbst nicht beantworten konnten.

Er schreibt: "Die Inventur unseres moralischen Zustands soll mit dem Programm jener Politiker beginnen, die sich weigern die Nationalhymne zu singen, die christliche Feiertage und Symbole abschaffen und den Gottesbezug aus der Verfassung streichen: Abtreibung als Menschenrecht, Babys in die Krippe, Alte in Heim, Sterbehilfe auf Rezept. Haben Politiker Schuld oder sind sie ein Symptom? Sie wollen das Ehegattensplitting und Betreuungsgeld abschaffen und reden von "Nur-Hausfrauen" und "Heimchen am Herd". Sie fordern Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und Abitur für alle. Sexuelle Vielfalt soll in jedes Schulbuch. "Habt Spaß, probiert alles mal aus", sagen die Pädagogen von *pro familia*."

Das ist in Kurzform das Programm der deutschen Politik. Dahinter steht eine Kulturrevolution, die bereits seit den 1960er Jahren betrieben wird, aber auf Karl Marx, den Sozialismus und Kommunismus zurückgeht. Daß Politiker einer Partei, die sich selbst "christlich" nennt, dabei nicht selten mitwirken, zeigt, wie weit dieses Denken heute gesellschaftsfähig geworden ist.

"Drei wesentliche Zielscheiben hat die Kulturrevolution: 1) Mutter-Kind-Bindung, 2) Familien, 3. Polarität der Geschlechter und stabile sexuelle Bindungen." Durch all dies werden Kinder und Jugendliche für sexuellen Mißbrauch leicht zugänglich, wie der Autor mit Bezug auf das Beispiel Rothenham zeigt.

"Die totalitären Tendenzen deutscher Familienpolitik beschreibt Hanne K. Götze in ihren Beiträgen zu den psychosozialen Spätfolgen der Krippenerziehung: "Die Bindung muß - je früher, um so wirksamer - gestört werden, denn instabile Persönlichkeiten mit unsicheren Bindungsmustern sind um so leichter manipulierbar." Rot-Grün weiß das nicht erst seit Manuela Schwesig. Schon 2002 schwärmte Olaf Scholz vom Ausbau der Ganztagsbetreuung und von einer SPD, die "die Lufthoheit über den Kinderbetten" und "die kulturelle Revolution" erreicht."

Ziel ist, wie gesagt, die Zerstörung jeder echten Eltern-Kind-Bindung, die Zerstörung der

Familie als der grundlegenden Gemeinschaft, deren Manipulation nicht leicht möglich ist, da sie sich allen revolutionären Veränderungen widersetzt. Dies wußten schon Karl Marx, Friedrich Engels und Lenin, aber auch Hitler und seine nationalen Sozialisten. Dieses Ziel wird von den Revolutionären inzwischen immer mehr erreicht: "Die dritte Generation, die Enkel der 68er, entwickeln sich zu einem bindungsunfähigen, egozentrischen, konsumorientierten Proletariat, das auf einfache Reize reagiert, Universitäten an ihr Limit bringt, an Windenergie glaubt, irgend etwas "Soziales" wählt und den x-ten Ex via *WhatsApp* abserviert".
Es sind die Menschen, die bei der sogenannten Antifa mitlaufen, wenn es gegen Demonstranten geht, die für das Leben und gegen Abtreibung demonstrieren. In ihren Plakatsprüchen bringen sie eigentlich nur ihre eigenen biographischen Brüche und den daraus resultierenden Selbsthaß zum Ausdruck, wie Martin Voigt schreibt. "Der Haß auf die eigene Herkunft ist der gemeinsame Nenner jeglicher linker Couleur von den steuerfinanzierten Autonomen über quer-Aktivisten bin zu Vertretern der evangelischen Kirche.
"Der Glaube ist heute zur Intimsphäre geworden, während wirklich Intimes überall publik gemacht wird", sagte der Dresdner Bischof Heiner Koch mit offensichtlichem Bezug zu Sigmund Freud: "Schamlosigkeit ist das erste Anzeichen von Schwachsinn".<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Mai 2015 (x892/…): >>**Das deutsche Wahlverhalten**
"Der Deutsche schluckt und arbeitet, er versucht, aus jeder Lage das Beste zu machen. Er scheut einschneidende Veränderungen. Geordnete Verhältnisse sind ihm wichtiger als persönliche Freiheiten. Sogar ein Hitler ist ja nicht von einem reichlichen Drittel der Deutschen gewählt worden, weil er Veränderungen versprach, sondern eine Rückkehr zur Ordnung. …
Heute heißt es in jenen Kreisen, die der (ehemaligen, JV) Adenauer-Partei die Treue halten, obwohl sie sich von Angela Merkels Neue-Mitte-Kurs mehr als verprellt fühlen: "Augen zu - CDU". Man wählt das - angeblich - kleinste Übel.
Tatsächlich tun diese Leute nur, was sie immer getan haben. Sie wollen nicht experimentieren. Sie halten sich an das, was sie haben. Solange eine Eisscholle schmilzt, kann man auf ihr stehen, und vielleicht, wer weiß, schmilzt sie ja gar nicht, oder zumindest nicht so schnell, oder es wird irgendwann wieder kühler. ...
Auch in den Jahren vor der AfD, wenn sich politische (Schein-) Alternativen rechts der Union anboten, blieben fast alle Wähler der wahrscheinlich größten Opportunistenpartei der deutschen Nachkriegsgeschichte treu. Alternative bedeutet hierzulande nämlich vor allem Risiko. Risiko aber ist schlecht.
Wegen der Tüchtigkeit und Erfindungsgabe eines Teils seiner Bewohner ist Deutschland ein immer noch wohlhabendes Land, so eifrig in- und ausländische Bedürftige oder gar Plünderer sich am Bruttosozialprodukt bedienen, überdies ein Land, das in wachsendem Maße von Senioren besiedelt wird. In einem solchen Land denkt der Bürger erst recht: Was ich habe, will ich nicht aufs Spiel setzen. …
Der Wähler am anderen politischen Flügel verhält sich vergleichbar konstant. Die klassische sozialdemokratische Klientel zeigt eine ähnliche Treue zu ihrem Verein wie die Unionswähler, obwohl sich führende Sozialdemokraten dieser eher konservativen Malocher-, Familie- und Reihenhäuschen-Klientel längst öffentlich schämen und lieber solche trendigen Wähler hätten wie die schicken, weltoffenen, hippen und total modernen Grünen. Doch damit ein deutscher Arbeiter, dessen Vater schon SPD gewählt hat, den Sozen von der Fahne geht, muß mehr passieren als daß die sich für seine Probleme nicht mehr sonderlich interessieren, weil sie gerade mit "Diversity" beschäftigt sind. …
Der Deutsche vertraut seiner jeweiligen Obrigkeit und den von ihr betonierten Strukturen so

sehr, daß heute die beiden großen sogenannten Volksparteien sich mit grünen und linken Gesellschaftszielen identifizieren können, die faktisch auf die allmähliche Abschaffung des Souveräns und seiner Traditionen hinauslaufen, ohne daß eine massenhafte Opposition dagegen entstünde. Ruhe ist und bleibt erste Bürgerpflicht, und wie immer stürzt sich der brave Michel in sein Tagwerk, um wenigstens jede zweite oder dritte Stunde für sein eigenes Wohl zu arbeiten statt für Griechenland, das Weltklima, die Frauenquote oder die forcierte Buntwerdung seiner Kommune.
Niemand soll in diesem Kontext auf die bis zu 50 Prozent Nichtwähler insistieren: Sie hätten alle AfD oder Linkspartei oder irgendeine extremistische Splitterpartei wählen können, um die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Indem sie genau das nicht tun, entpuppen sich auch die Nichtwähler als typische veränderungsunwillige Strukturkonservative. Wer will da sagen, dieses Land hätte nicht die Politiker, die es verdient?"<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 26. Mai 2015: >>**Tolerant, toleranter, totalitär**
Eine Kolumnistin empfiehlt einem Leser, seine zwei Kinder nicht zu einer Schwulen-Hochzeit zu schicken - und verliert ihren Job bei der Zeitung. Einem Münchner Gastwirt, der sich weigert, rechte Gäste rauszuwerfen und wie Aussätzige zu behandeln, droht der Entzug der Konzession.
Ein Berliner Politikwissenschaftler sieht sich plötzlich und grundlos auf einem anonymen Internetpranger mit Rassismus- und Sexismusvorwürfen konfrontiert. Sein Vergehen: Er betrachtet politische Prozesse differenziert und richtet seine Lehre auch an der Realität aus - und nicht nur an linken Wunschvorstellungen.
Das ist Deutschland 2015. Jenes Deutschland, in dem nahezu täglich von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Medien und der vielbeschworenen "Zivilgesellschaft" das hohe Gut der Toleranz gepredigt wird. Aber wie so oft bei falschen Predigern ist auch dieser Kelch statt mit Wasser randvoll mit Wein gefüllt.
Abweichende Meinungen werden bekämpft
Und offenbar haben sich die Gesinnungswächter mittlerweile so ausgiebig an diesem bedient, daß sie blind vor Trunkenheit sind. Blind in dem Glauben, Gutes zu tun, merken sie dabei nicht einmal mehr die Verwerflichkeit ihrer eignen Methoden.
Die Homolobby, die mit ihrem Wutgeheul für den Rauswurf der Zeitungskolumnistin sorgte, hat mit ihrer beleidigten Empörung vor allem eines gezeigt: die eigene Intoleranz. Abweichende Meinungen werden mit allen Mitteln bekämpft. Wer es wagt, sie zu äußern, muß damit rechnen, geächtet zu werden.
Das kennt man aus Diktaturen mit demokratischem Antlitz. Da durfte auch jeder seine Meinung frei äußern - er mußte nur mit den entsprechenden Konsequenzen leben. Und die reichten von Ausgrenzung über Studier- und Berufsverbot bis zu Ausbürgerung oder Gefängnis.
Es ist kein Geheimnis, daß nicht überall, wo "demokratisch" draufsteht, auch Demokratie gelebt wird. Auch die Diktatur des realexistierenden Sozialismus nahm für sich in Anspruch, demokratisch zu sein und dem Guten zu dienen. Die Wirklichkeit aber sah anders aus.
Offiziell herrscht Meinungs- und Berufsfreiheit
Und heute? Offiziell ist die Bundesrepublik ein demokratischer Rechtsstaat mit grundgesetzlich garantierter Meinungs- und Berufsfreiheit. Das Gegenteil also von einer totalitären Gesinnungsdiktatur.
Denn Totalitarismus, so das Internetlexikon Wikipedia, bezeichnet eine Herrschaft, die "in alle sozialen Verhältnisse hineinzuwirken strebt, oft verbunden mit dem Anspruch, einen 'neuen Menschen' gemäß einer bestimmten Ideologie zu formen". Wer könnte hierbei schon an die Bundesrepublik im Jahr 2015 denken?<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 19. Juni 2015

(x892/…): >>**Argumentationshilfe gegen die schulischen Lehrpläne mit Gender Mainstreaming**

… Die bekannte und äußerst verdienstvolle Psychagogin Christa Meves hat für die Widerstandsbewegung niedersächsischer Eltern eine Argumentationshilfe verfaßt und wünscht ausdrücklich deren Verbreitung.

Christa Meves

Liebe Eltern, merkt auf!

Es sind befremdliche schulische Maßnahmen im niedersächsischen Ministerium anberaumt worden: Gender Mainstreaming soll hierzulande im Unterricht fächerübergreifend dem Unterricht hinzugefügt werden. Das heißt: Die Jugendlichen sollen nicht etwa nur in einem Fach über geschlechtliche Zusammenhänge aufgeklärt werden, sondern die Behörde will ihnen als eine HAUPTSACHE (so heißt das Wort Mainstreaming ins Deutsche übersetzt) eine neue Lehre über die Geschlechter in allen Schulfächern vermitteln.

Die Kinder sollen nun erfahren, daß es nicht mehr vorgegeben ist, daß Mann und Frau sich zusammenfinden, um mit den daraus erwachsenen Kindern eine Familie zu bilden, sondern daß ihnen als "Gender" eine Fülle weiterer Möglichkeiten geschlechtlichen Umgangs offen stehe. Den Schülern und Schülerinnen soll beigebracht werden, daß die geschlechtliche Vereinigung von Mann und Frau nicht eine biologische angeborene Gegebenheit ist.

Sie sollen neu lernen, daß es gleichrangig möglich ist als Lesbe, Schwuler, Bisexueller, Transsexueller, Transgender, Intersexueller oder als sexuell vielfach Wechselnder zu leben. (LSBTTIQ). Es soll damit ausgeschaltet werden, daß die Jugendlichen es nicht mehr für selbstverständlich halten, ihr Geschlechtsleben nach ihren angeborenen Körperformen auszurichten. Die Schüler sollen lernen, daß sie selbst die Form ihres Geschlechtslebens bestimmen können. Daß Mann und Frau angeboren und zur Ehe miteinander bestimmt seien, sei ein überholtes Vorurteil, das jetzt überwunden werden müsse.

Aber das ist eine Irrlehre!

Daß der Mensch als ein Mann oder als eine Frau durch diese Welt gehen soll, - so weiß es jetzt die Hormonwissenschaft ganz genau - wird bereits unmittelbar bei der Zeugung festgelegt und durch die Einwirkung von Geschlechtshormonen im ungeborenen Kind zur Entfaltung gebracht. Im Alter von 4 bis 7 Jahren merkt das Kind das dann und beginnt sich als Junge nach dem Vater und als Mädchen nach der Mutter auszurichten, um eines Tages ein Mann und ein Vater, als Mädchen eine Frau und eine Mutter werden zu wollen.

Neuerdings soll nun in der Grundschule den Kindern vermittelt werden, daß es auch anders gehen könne. Sie könnten auch hier schon wählen, was sie werden wollen, wenn sie erwachsen sind, z.B. als Junge eine Frau und als Mädchen ein Mann. Das aber sind und bleiben Abweichungen vom angeborenen vorgegebenen Geschlecht, die nach Gender Mainstreaming nun als normal gelehrt und angeregt werden sollen.

Liebe Eltern, Ihnen allen wird dieses neue Unterrichtsziel absurd erscheinen, und dieses Konzept als eine ausgefallene Mode, die, so denkt man bald wieder verschwinden wird. Aber dennoch kann diese Irrlehre für manche unserer Kinder heute zur Verführung werden. Wenn z.B. Jungen in diesem Alter keinen Vater haben, der ihnen ein Vorbild ist, oder den sie nicht nachahmen möchten, weil er säuft, schlägt oder einfach weg ist, während die Mama das Leben packt und gut drauf ist, kann der kleine Sohn in diese Schiene geraten und dann sogar später meinen, er hätte von Anfang an anders sein wollen als es sein Geschlecht vorgibt.

Im Jugendalter können solche Kinder dann doch aufgeschlossen sein für die neue Mode. Vielen Eltern in deutschen Ländern, aber auch in manchen anderen europäischen Ländern ist das aber gar nicht recht. Sie demonstrieren vor den Parlamenten; denn dieses Gender Mainstreaming wird in vielen Instituten der EU bereits öffentlich programmiert. Deshalb werden die Unterrichtsmaterialien jetzt bereits dieser Theorie entsprechend verändert.

Eltern! Mit dieser so international programmierten Lehre könnt Ihr nicht einverstanden sein!
Denn, wenn sie Erfolg hat, wird es immer weniger Familienbildung geben, und der Geburtenschwund wird immer größer werden. Damit wird die Hoffnung auf Zukunft in Wohlstand immer mehr gefährdet! Erst recht nicht könnt ihr dann auf Großelternschaft hoffen. Die Enkel bleiben dann aus! Dieser Hauptstrom, der jetzt eingerichtet werden soll, entspricht nicht den Wünschen, die die Mehrheit der Menschen heute in Europa hat: Sie wollen in gesunden zusammenhaltenden Familien leben.
Wehrt Euch, Ihr Eltern, gegen solche Schulpläne! Unser Grundgesetz sagt: Die Erziehung der Kinder liegt zuförderst in der Hand der Eltern. Das Recht zum Widerstand ist auf Eurer Seite!
Frau Meves, vielen vielen Dank!<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 25. Juni 2015: >>**Genderwahn Grüne werden an ihren Sex-Ideologen zugrunde gehen**
Die Grünen waren im Südwesten auf dem Weg zur Volkspartei. Dank einiger Ideologen verspielen sie das. Emanzipationslinke können eben einfach nicht anders, als Privates zu reglementieren.
Die Emanzipationsverfechter haben ihren Humor verloren, und das wird ihnen noch Leid tun. Der Humor war oft sarkastisch, ironisch, manchmal bewußt boshaft, aber jetzt ist er verschwunden. Eine fröhliche Loveparade, ein putzig-überschwenglicher CS-Day? Das kommt alles an sein Ende. An ihre Stelle tritt der verordnete Zwang zu einer bestimmten Sichtweise, schon lange, aber hinzu kommen jetzt auch offener Haß gegen angeblich Rückwärtsdenkende, eine manchmal kaum verhüllte Verfolgungsfreude, ein gedankenpolizeilicher Schub schon beim Aufwachen.
Die Linke möchte von früh bis spät eine Toleranz verordnen, deren Grenzen nicht mehr das Gesetz, sondern ihr eigenes subjektives Empfinden ist. An die Stelle humorvoller Loveparade-Tänzer treten Femen-Kämpferinnen, oder Internetinquisitoren mit Decknamen, oder Bildungsideologen, die Grundschüler im Unterricht fächerübergreifend mit Wörtern wie "intersexuell" verwirren wollen.
Die Vertreter einer solchen Weltsicht sind in vielen Parteien zu finden, und sie erheben einen Herrschaftsanspruch. Die Anhänger politischer "Korrektheit" versuchen nicht, die Gleichbehandlung von Minderheiten durchzusetzen, sondern deren gesellschaftlich und politisch tief verankerte Vorbildrolle. Diese Rolle soll so alternativlos und so verhaltensbestimmend sein wie früher das von der Linken bekämpfte Patriarchat.
Das ist oft so bei derartigen Bewegungen - man möchte die Macht des Gegners gerne selber haben. Und zwar in genau demselben Umfang. Wenn diese Macht erreicht ist, dann soll der Mehrheit, gegen die man bisher kämpfte, das Lachen vergehen. So, wie die Emanzipationskommissarinnen und -kommissare das Lachen schon längst verloren haben.
Der Kompaß steht auf N - wie Nulltoleranz
Ihr Kurs mit der Kompaßnadel auf N wie Nulltoleranz wird sie bald in Probleme stürzen, die sie in ihrer Verstiegenheit nicht sehen. Da hat die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer ganz recht. Die formalrechtliche Gleichheit von Minderheiten ist nicht ohne Weiteres verfassungsrechtlich darstellbar, geschweige denn ihre Vorrangstellung. Wer Ja zur vollen gleichgeschlechtlichen Ehe sagt, könnte auch Ja zur Vielehe sagen müssen.
Aber da ist noch mehr. Wer Ja zur Vorbildrolle geschlechtlicher Minderheiten sagt, könnte auch Ja zur Vorbildrolle politischer Minderheiten sagen müssen - und zwar aller solcher Minderheiten.
Die gesellschaftliche Linke ist aber schnell mit Verwaltungsmaßnahmen zur Hand, wenn es um die Ausgrenzung rechtspopulistischer und rechtsradikaler Minoritäten geht.
Das Bundesverfassungsgericht schreitet immer öfter sogar für offen nazistische Rechtsextre-

misten ein, nicht weil die Richter mit ihnen sympathisierten, sondern weil die Verwaltungsmaßnahmen verfassungsrechtlich bedenklich sind. Es geht den Minderheits-Heroisierern wie allen Ideologen nicht um Minderheitenschutz im Sinne einer möglichst weiten rechtlichen Schutzsphäre. Es geht ihnen um die eigene Macht, und dann: Pfui, weg mit den Andersdenkenden.

Das sieht man an einem anderen Reflex. Bei niemandem sind sie so schnell auf Stigmatisierung aus wie bei Gegnern, die bei Geschlechterthemen sagen, sie sprächen für die Mehrheit. Die Korrektheitskämpfer begründen das unter anderem damit, daß geschlechtliche Minderheiten biologisch vorbestimmt seien, während religiöse oder politische Minderheiten eine freie oder jedenfalls nicht genetisch vorbestimmte Haltung verträten.

Genderwissenschaft hat ihre Berechtigung

Das kann man so sehen, aber rechtfertigt keine Kopf-ab-Politik gegen die gesellschaftliche Mehrheit. Eine derartige Politik schadet dem Fortschritt. Denn natürlich haben Anliegen wie Gender oder gleichgeschlechtliche Ehe ihre Berechtigung. Es gibt detaillierte Genderforschungen dazu, wie unterschiedlich Frauen und Männer manche Alltagsprobleme angehen und welche Folgen das für Technikkonzerne oder Wirtschaftsstrukturen haben könnte - ohne jedweden diskriminierenden Ansatz.

Warum Männer in Passau nicht mehr "Fensterln" dürfen

Fensterklettern verärgert Gleichstellungsbeauftragte: Weil es immer nur die Männer sind, die zu den Damen ins Fenster steigen, soll die spaßige Disziplin "Fensterln" zum Campus-Fest in Passau so nicht stattfinden.

Es gibt die breite Schicht der Menschen, die eine gleichgeschlechtliche Verbindung oder eine Geschlechtsumwandlung als etwas Alltägliches empfinden, solange das eine individuelle Glücksentscheidung statt eine politische Vorbildhaltung ist. Das alles wird von den Vulgär-Vorkämpfern einer "Genderpflicht" und einer "Ehe für alle" verschüttet, weil sie den Eindruck erwecken, eine Ideologie der Minderheitenmacht durchpauken zu wollen. Wenn man das humorvoll sehen wollte, könnte man sagen, bald werden reine Männerrunden vorsichtshalber behaupten, einige der Männer seien früher einmal Frauen gewesen.

Will man es realistisch sehen, dann muß leider gesagt werden: Die Stuttgarter Sexualkundepläne sind eine Jungpionierindoktrination zum Sozialismus in Neuauflage, nur diesmal gegen heterosexuelle Eltern statt gegen Kapitalisten. "Allzeit bereit!" Wofür? Für die Achtung anderer Lebens- und Bewußtseinsformen? Nein. Die Stubenneurotiker der oktroyierten Sexualvielfalt erziehen Grundschüler zur Verachtung der Mehrheit. Darauf läuft es hinaus. So hat sich die Mehrheit die Ausweitung frühkindlicher Bildung nicht vorgestellt.

Geht es bloß um die Macht?

Diese Mehrheit hat nicht immer Recht. Aber sie hat in der stabilen Demokratie ein gutes Gefühl dafür, wo bloß Macht erobert werden soll, statt die Gesellschaft voranzubringen. Wer Kindern in die Kindheit pfuschen möchte, sobald sie in der staatlichen Pflichtschule solchen Pfuschern ausgeliefert sind, wird merken, daß Fürsorge- und Vertrauensbruch Konsequenzen hat.

Die Grünen waren im Südwesten auf dem Weg zur Volkspartei. Sie sind dank einiger Ideologen dabei, den Bonus zu verspielen. Nun herrscht wieder der Eindruck: Emanzipationslinke können eben einfach nicht anders, als Privates zu politisieren, an die Öffentlichkeit zu zerren und zu reglementieren. Tübingens grüner Bürgermeister Boris Palmer spürt das, und einige andere spüren es auch. Vor allem aber spürt es die Landes-CDU, die nun ein Gegenkonzept vertreten kann, das ihr womöglich den Weg in die Staatskanzlei öffnet.

Das Ende des Versuchs, Grundschüler zu Sexualpionieren zu erziehen, wird das Ende von Machtstrebern sein, die nicht wahrhaben wollen, was sonst jeder weiß: Die Mehrheit entscheidet. Und diese Mehrheit, gerade weil sie in Lebensfragen inzwischen sehr tolerant ist,

möchte keine Bevormundung durch die schulische Hintertür, sondern Ausgewogenheit.
"Es ist gut, eine Feministin zu sein!"
Den Gender Pay Gap gibt es auch in Deutschland: gleiche Arbeit, unterschiedliches Gehalt für Frauen und Männer. Dagegen hat sich Schauspielerin Charlize Theron gewehrt - mit Erfolg.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Juli 2015 (x892/…): >>**"Linkssprechung" setzt sich weiter durch**
Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Eltern die ihre Kinder, wie im Grundgesetz vorgesehen, selbst erziehen wollen, dürfen dafür vom Staat keine finanzielle Unterstützung bekommen. Diese Unterstützung steht nur Eltern zu, die ihre Kinder der staatlichen Zwangserziehung in KITAS und sonstigen Einrichtungen überlassen.
Das Bundesverfassungsgericht hat heute Vormittag zur großen Freude der vereinigten Linken das Betreuungsgeld als verfassungswidrig gekippt. Zur Begründung führte das Gericht das lächerliche Argument, ein solches Gesetz sei nicht in der Kompetenz des Bundes. Gleichzeitig ist der massive, mit gewaltigen Milliarden betriebene Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung in KITAS aber durchaus Aufgabe des Bundes.
Der einige Grund, daß der Bund in diesem Bereich eingreift, so das Gericht, sei die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland. Dies werde aber durch ein Betreuungsgeld für selbst erziehende Eltern nicht erreicht.
Gleichheit gibt es offenbar nur, wenn der Staat die Erziehung selbst übernimmt. So heißt es zur Begründung weiter, daß das Betreuungsgeld keine Mißstände bei Kita-Angeboten ausgleiche, weil die Zahlung nicht davon abhängt, ob ein Betreuungsplatz vorhanden ist, sondern nur davon, daß Eltern ihn nicht in Anspruch nehmen.
Wie weit sich das Bundesverfassungsgericht in der Familienpolitik bereits vom Grundgesetz entfernt hat (so auch in Fragen der Abtreibung, der Gender Mainstreaming Ideologie etc.), zeigt sich unter anderem daran, daß das Urteil einstimmig verkündet wurde.
Natürlich wird man argumentieren, daß das Elternrecht auf Erziehung der Kinder nicht eingeschränkt wird, wenn Eltern, die dieses Recht wahrnehmen, dadurch finanziell benachteiligt werden. Das gleiche Argument wurde bereits in Bezug auf die "Homo-Ehe" angewendet: Die Ehe wird nicht dadurch herabgesetzt, daß Jede(r) Jede(n) heiraten kann …
Der Freistaat Bayern hat angekündigt, daß Betreuungsgeld durch ein eigenes Gesetz weiter auszuzahlen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. September 2015: >>**Von Hiroshima zu Euroshima**
Die USA wollen auch auf unserem Kontinent wieder nuklear aufrüsten: Wie in den 1980er Jahren wird die Stationierung von Marschflugkörpern geplant. Um die Bevölkerung darauf einzustimmen, werden die Atombombenabwürfe in Japan von skrupellosen Propagandisten gerechtfertigt.
Es folgen Auszüge aus einem Artikel in COMPACT 9/2015 von Jürgen Elsässer
Vor drei Jahren gab es einen seltsamen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen. Ausgerechnet zum 67. Jahrestag von Hiroshima schrieb Michael Rühle, Abteilungsleiter bei der NATO in Brüssel, eine Wiedergutmachung der Schreckenswaffe, da ihr Einsatz gegen Japan "zur politischen und militärischen Mäßigung in den zwischenstaatlichen Beziehungen beigetragen" habe. Man konnte das als herzlosen Zynismus auf den Gräbern der Toten interpretieren.
In erster Linie aber war der Beitrag gegen die schüchtern vorgetragene Bitte von Außenminister Guido Westerwelle gerichtet gewesen, die US-Amerikaner mögen doch ihre Atomwaffen endlich auch aus Deutschland abziehen. Ghostwriter Rühle und seine Auftraggeber im Pentagon sollten Recht behalten, an der Lagerung von etwa 20 "Nukes" im rheinland-pfälzischen Büchel änderte sich nichts.

Aber mit dem bloßen Erhalt des nuklearen Status Quo ist die Supermacht mittlerweile nicht mehr zufrieden. Seit Beginn des neuen Kalten Krieges gegen Rußland geht es um Aufrüstung, auch mit der schrecklichsten aller Waffen. Am 4. Juni gab die US-Regierung selbst ein vorher geheimes Dossier des Oberkommandierenden Martin Dempsey frei, in welchem von "Überlegungen" zur Stationierung US-Marschflugkörpern mit Nuklearsprengköpfen in Europa berichtet wurde. Einen Tag später beeilte sich der britische Außenminister Philip Hammond, Basen für die neuen US-Systeme auf der Insel anzubieten.
Damit droht ein Rücksturz in die 1980er Jahre, als die Furcht vor einem Euroshima, also einem atomaren Schlagabtausch der Supermächte fernab vom amerikanischen Kontinent, Hunderttausende auf die Straße brachte. (…)
Im Wall Street Journal, dem Zentralorgan der US-Finanzoligarchie, hieß es am 3. August unter der Überschrift "Danke Gott für die Atombombe": "Hiroshima und Nagasaki waren nicht nur schreckliche, kriegsbeendende Ereignisse. Sie retteten Menschenleben."
Gemeint waren natürlich die kostbaren Leben US-amerikanischer Soldaten. Daß mehr als 250.000 japanische "Untermenschen" in Asche verwandelt wurden, scheint dem Autor dagegen verschmerzbar und hatte überdies eine heilsame pädagogische Wirkung: "Die Bombe verwandelte das Reich der Sonne in eine Nation von Friedensaktivisten." (…)
Hannes Stein legte am 6. August im selben Blatt (Die Welt) nach: "Es war grausam, aber richtig, daß die Amerikaner vor siebzig Jahren die Atombomben über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen haben." Es sei nämlich kein sinnloses Morden gewesen, vielmehr hätte die US-Armee die "Japaner vor sich selbst retten" müssen. Soll das etwa dasselbe heißen wie 100 Jahre zuvor "Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer"?
Was die Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis nimmt: Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen Rußland wird bereits geprobt! Zum Beispiel im Manöver Steadfast Noon im Oktober 2014: Kampfflugzeuge aus sieben NATO-Staaten starteten von der Luftwaffenbasis Ghedi Torre in Norditalien, wo etwa 20 US-Atombomben gebunkert sind. Getestet wurde die sogenannte nukleare Teilhabe: Trägerstaaten aus Staaten wie der Bundesrepublik, die selbst auf Massenvernichtungswaffen verzichtet haben, werden im Ernstfall mit US-Nuklearsprengköpfen bestückt. (…)
In einer aktuellen Studie fordert das regierungsnahe Polish Institute for International Affairs einen "radikalen Wechsel im bürokratischen NATO-Herangehen in Bezug auf Atomwaffen". Die NATO solle nicht nur insgeheim den Atomwaffeneinsatz üben - genannt wird die Beteiligung von strategischen B-52-Bombern am Ostsee-Manöver Baltops im Juni 2015 -, sondern das auch offensiv kommunizieren. Um eine "atomare Botschaft" an Moskau zu schicken, sollten in solche Testläufe "so viele Alliierte wie möglich" einbezogen werden.
Parallel will das Pentagon "implizit - wenn auch nicht explizit erklärt - die Fähigkeit von US-Atomwaffen verbessern, militärische Ziele auf russischem Territorium zu zerstören" (AP, 4.6.2015). Genau dazu dürften die neuen Cruise Missiles in Europa dienen. Man bedenke: Es geht hier um "preemptive strikes", also um "vorbeugende Schläge", noch bevor Rußland NATO-Territorium attackiert hat, also um einen Angriffskrieg mit Atomwaffen! Aber das paßt ja zur Aussage von General Joseph Dunford, ab September 2015 Nachfolger von Dempsey im US-Oberkommando, der die "Atommacht Rußland (…) für gefährlicher als die Terrormiliz Islamischer Staat hält". (Focus, 15.7.2015) (…)<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. September 2015: >>**US-Regierung will Atomwaffen in Deutschland aufrüsten**
Die Vereinigten Staaten planen eine Modernisierung ihres Atomwaffenbestandes in Deutschland. Auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz würde in diesen Tagen mit den Vorbereitungen für die Stationierung neuartiger, taktischer Nuklearwaffen begonnen, berichtete das ZDF unter Berufung auf amerikanische Haushaltspläne.
Sicherheitsexperten bestätigen, daß die Atomwaffen vom Typ B 61-12 wesentlich zielgenauer seien als die alten Bestände. Kritiker vom "Nuclear Information Projects" in Washington be-

fürchten, daß die Grenzen zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen nicht mehr klar gezogen werden könnten. Dadurch werde ihr Einsatz wahrscheinlicher.

Rußland verurteilt deutsche Beteiligung

Rußland kritisierte die Stationierung der Waffen in Deutschland als Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag. "Uns beunruhigt, daß Staaten, die eigentlich keine Atomwaffen besitzen, den Einsatz dieser Waffen üben, und zwar im Rahmen der NATO-Praxis der Nuklearen Teilhabe", sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber "Frontal 21". Dies sei eine Verletzung des Atomwaffensperrvertrages.

Deutschland ist über das Konzept der "nuklearen Teilhabe" in die Abschreckungspolitik der Nato eingebunden. Das bedeutet, daß Staaten ohne eigene Atomwaffen in die entsprechenden Gremien eingebunden sind und über den Einsatz der Waffen mitberaten und mitentscheiden. Darüber hinaus müssen die Teilhabestaaten Flugzeuge zum Einsatz der Waffen bereithalten. Auf die Zündcodes haben jedoch ausschließlich die Vereinigten Staaten Zugriff.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Oktober 2015: >>**Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper**

Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist.

Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben.

Immerhin äußerte sich die Bundeskanzlerin zu den neuen Atomwaffen, wenn auch derart gewunden, daß es ans Unverständliche grenzte: Man wolle Rußland zwar nicht provozieren, "aber es ist natürlich auch so, wenn Sie sich Rußlands Rüstungspolitik anschauen und Modernisierungspolitik, dann ist es nicht so, daß dort gar nichts passiert, das heißt, es gibt auch keinen Grund, nichts zu tun". Und: die Modernisierung der US-Atomwaffen werde fortgesetzt.

Gravierender als das Kanzler-Geschwurbel ist der Umstand, daß im US-Militärhaushalt Gelder dafür vorgesehen sind, die neuen Atomwaffen-Systeme B 61-12 in deutsche "Tornados" einzubauen. Ebenso sollen deutsche Piloten an den Waffen ausgebildet werden. Damit ist der Rubikon überschritten.

In der Auswirkung derartiger Vorbereitungen wird Deutschland zur Atommacht durch die Hintertür werden. Im Falle eines Krieges sollen deutsche Piloten im Rahmen des Nato-Konzepts "Nukleare Teilhabe" Angriffe mit Atomwaffen gegen Rußland fliegen.

Und das hätte ein weitaus deutlicheres Kanzler-Wort erfordert. Denn der erste Atom-"Tornado", der die russische Grenze überfliegt, bedeutet die Vernichtung Deutschlands. Igor Korotschenko, russischer Militärexperte und Mitglied im Fachbeirat des russischen Verteidigungsministeriums, sagte, daß, sobald diese neuen Waffen stationiert seien, der deutsche Fliegerhorst Büchel ins Visier russischer Interkontinentalraketen genommen werde.

Nicht nur, daß die Verfügungsgewalt deutscher Militärs über Atomwaffen - auch wenn es US-amerikanische sind - einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages darstellt, der Vorgang verletzt auch das nationale Verfassungsrecht. Der Grundgesetzartikel 26 verbietet die Vorbereitung eines Angriffskrieges, und das Ausführungsgesetz zu diesem Artikel bestimmt in seinem

Paragraphen 17, daß es verboten ist, Atomwaffen "einzuführen, auszuführen, durch das Bundesgebiet durchzuführen oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet zu verbringen oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie auszuüben".<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 19. Oktober 2015: >>**Radikaler denn je**

Ein Jahr Pegida in Dresden

Am 20. Oktober 2014 gingen die Demonstranten zum ersten Mal auf die Straße: Die selbst ernannten "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes", kurz Pegida. Seitdem wird eine zunehmende Radikalisierung bei den Kundgebungen der Bewegung beobachtet.

Wir sind das Volk, Volksverräter, Lügenpresse. Diese Rufe sind seit einem Jahr in Dresden immer wieder zu hören, Montagabends, auch heute Abend. Am 20. Oktober 2014 gingen sie zum ersten Mal auf die Straße: Die selbst ernannten "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes", kurz Pegida.

Wie hat sich die Bewegung im Laufe des Jahres verändert? Warum konnte sie ausgerechnet in Dresden so stark werden und wieso tut sich die Politik so schwer mit einer Antwort?

Vergangene Woche Montag in Dresden, auf dem Platz vor der weltberühmten Semperoper. Pegida-Anhänger demonstrieren. Wieder einmal, wie so oft im vergangenen Jahr. Gut 9.000 Menschen sind gekommen. Nach einem Abflauen im Sommer wächst die Bewegung derzeit wieder.

Hauptfeindbild ist die Politik der Bundesregierung, neben Asylbewerbern und Medien

"Es ist Dank einer völlig verkorksten Politik unserer Berliner Diktatoren - und ich sage bewußt Diktatoren - mittlerweile außer Kontrolle geraten."

Pegida-Wortführer Lutz Bachmann spricht von Diktatoren und meint wegen der Flüchtlingspolitik die Bundesregierung - sie ist das Hauptfeindbild, neben Asylbewerbern und Medien.

Die Demonstranten umjubeln den 42-jährigen Bachmann, obwohl er wegen Volksverhetzung angeklagt ist. Er hatte Ausländer als "Viehzeug" und "Gelumpe" bezeichnet. Und auch sein kriminelles Vorleben mit Drogengeschäften und Einbruchsdelikten, für die er mehrfach verurteilt wurde, schadet seinem Ansehen unter Pegida-Anhängern offenbar nicht.

Der Ablauf der Redebeiträge ist auch an diesem Abend eingespielt: Bachmann teilt aus gegen die Eliten.

Volksverräter brüllt die Masse - ein Begriff aus dem Wortschatz der Nationalsozialisten: Anders als beim Wort "Landesverrat" gibt es beim Volksverräter den klaren Bezug zum "völkisch-nationalen" Denken.

Die "Lügenpresse", dieser Begriff wurde von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels zwar nicht erfunden, aber häufig verwendet. Von Anfang an gab es in den Pegida-Sprechchören Parallelen zur Sprache der Nazizeit.

Trotzdem hat sich die Rhetorik noch einmal verschärft. Das ist das Fazit nach einem Jahr Bachmann und einem Jahr Pegida. Den Wandel der Wortwahl macht ein Vergleich deutlich. Lutz Bachmann am 24. November 2014:

"Es wird behauptet, wir stünden für eine Anti-Asylpolitik. Ich sage nein. Wir sind für Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, aber gegen Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen."

Und weiter:

"Bis heute wird behauptet, wir betrieben Stimmungsmache gegen Asylbewerber und würden diese unter kriminellen Generalverdacht stellen. Ich sage nein, das tun wir nicht."

Mittlerweile hört sich das bei Pegida-Frontfrau Tatjana Festerling am 12. Oktober 2015 ganz anders an:

"Fremde in unserem Land, die auf Feldbetten herumlungern, die randalieren. Merkel hat aus Deutschland ein riesiges Dschungelcamp gemacht."

Faul, aggressiv, kulturell anders - in dieses Licht rückt die ehemalige OB-Kandidatin von Dresden die Asylbewerber.
Bachmann spricht von Asylforderern oder auch Invasoren, wie vergangene Woche Montag:
"Wenn es schon nicht genügend Jobs für Deutsche ohne Berufsausbildung oder mit geringer schulischer Ausbildung gibt, die trotzdem noch wesentlich höher ist als die der meisten Asylbewerber, woher sollen dann Jobs für die ganzen Invasoren kommen?"

Pegida schürt die Angst

Invasoren, die Deutschen etwas wegnehmen. Ein Begriff aus der Militärsprache. So schürt Pegida die Angst und predigt Selbstverteidigung, zum Beispiel durch die Blockade von Asylbewerberunterkünften oder Grenzübergängen. Dazu rief der Redner Götz Kubitschek auf, Verleger aus Sachsen-Anhalt, eine wichtige Figur der Neuen Rechten in Deutschland. Er verwies auf ähnliche, ordnungswidrige Blockaden in Österreich:
"Mit 30 Aktivisten hat die Gruppe einen Grenzübergang vorübergehend gesperrt. Zwei Stunden lang, immerhin. Können wir das nicht auch? Grenzübergänge sperren, um die illegale Masseneinwanderung zu verhindern?"
Pegida unterstützt Blockaden vor Asylbewerberheimen wie in Dresden-Übigau. Dort hatten Anwohner mit ihren Autos Zufahrten zu einer geplanten Unterkunft gesperrt. Feuerwehr und Deutsches Rotes Kreuz kamen nicht durch.
Viele, aber nicht alle Anhänger verteidigten die Blockaden offen, zum Beispiel bei Facebook. Sie argumentierten, jetzt sei die Zeit für Taten gekommen; die Zeit, das Recht in die eigene Hand zu nehmen. Blockadeversuche hat es bereits in den sächsischen Kleinstädten Freital und Einsiedel bei Chemnitz gegeben.
"Ja, Pegida hat so ein bißchen das Feld bereitet, natürlich. Es hat zur Enthemmung der Rhetorik beigetragen. Es attackiert und hetzt gegen Ausländer, Asylbewerber", sagt Hans Vorländer, Politikwissenschaftler an der TU Dresden. Er hat als einer der ersten die Teilnehmerstruktur und die Ziele von Pegida untersucht. Auch wenn die Studie wegen der Methodik vielfach kritisiert wurde, sieht sich Vorländer inhaltlich durch weitere Untersuchungen bestätigt.
"Man glaubt sich gerechtfertigt, weil so viele in Dresden kritisch gegenüber Asylbewerbern sind. Und wenn bei Pegida mehr als 10.000 sind, glauben manche auch das Recht zu haben, auch andere Mittel in die Hand zu nehmen."
Andere Mittel in die Hand nehmen: So dachte möglicherweise auch der Attentäter, der am Samstag die Kölner Oberbürgermeister-Kandidatin Henriette Reker niederstach und lebensgefährlich verletzte - offenbar aus fremdenfeindlichen Motiven. Bei seiner Festnahme gab der Mann laut Polizei an, sich gezielt die parteilose Sozialdezernentin Reker als Opfer ausgesucht zu haben, weil sie in Köln für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig ist.
Der mutmaßliche Täter soll sich bislang nicht direkt zu Pegida geäußert haben, doch zahlreiche Beobachter und Politiker sehen hier trotzdem einen Zusammenhang: Bundesjustizminister Heiko Maas sagte, Pegida senke die Hemmschwelle dafür, daß aus Worten Taten würden. Und ähnlich äußerte sich Innenminister Thomas de Maizière:
"Diejenigen, die das organisieren, sind harte Rechtsextremisten: Sie bezeichnen Asylbewerber pauschal als Verbrecher, alle Politiker als Hochverräter. Das ist fernab jeden demokratischen Konsenses. Und jeder, der da hingeht, weil er irgendwie Sorgen zum Ausdruck bringt, muß wissen, daß er Rattenfängern hinterherläuft. Bleiben Sie weg von denen, die diesen Haß, dieses Gift in unser Land spritzen."
Zumal die Bewegung verbal immer radikaler wird. Politikwissenschaftler Hans Vorländer teilt Pegida seit der ersten Demonstration vor einem Jahr in drei Phasen ein: Am Anfang, im Herbst und Winter vergangenen Jahres, skandierten Bachmann und seine Anhänger vor allem gegen "Glaubenskriege auf deutschem Boden". Bald gab es in immer mehr deutschen Städten Initiativen mit dem Kürzel -gida. Die Teilnehmerzahlen stiegen rasant, vor allem in Dresden,

auf über 25.000 Ende Januar.

Zunehmende Radikalisierung, dritte Phase eingeläutet

Dann der Bruch: Fotos von Bachmann tauchten auf, die ihn in Hitler-Pose zeigen. Das Organisationsteam zerbrach, Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel und andere stiegen aus. Bachmann trat kurzzeitig zurück.

Dann folgte nach Ansicht des Politologen Vorländer die zweite Phase:

"Ein Versuch von Bachmann, der wieder zurückgekommen war, war eben die Einladung an Geert Wilders. Er hatte vor, damit auch wieder weit mehr als 10.000 Demonstrierende zu gewinnen; das ist ihm nicht gelungen. Und er wollte, glaube ich auch, einen internationalen Anschluß seiner Pegida-Bewegung an den internationalen Rechtspopulismus gewinnen. Und das ist eigentlich nicht gelungen. Und danach dümpelte Pegida so dahin, es gab 1.000, 2.000 im Frühsommer."

Im Juni trat Tatjana Festerling in der ersten Runde der Oberbürgermeisterwahl in Dresden an. Zehn Prozent der Dresdner gaben ihr die Stimme. Viele waren enttäuscht über das ihrer Ansicht nach schlechte Ergebnis. Danach versandete der Elan etwas.

Die aktuelle Flüchtlingskrise spielte Pegida dann in die Hände: Die Teilnehmer-Zahlen stiegen wieder, die Rhetorik wurde radikaler; für Vorländer ist es die dritte Phase von Pegida.

"Es kommt eine grundlegende Spaltung zwischen der Bürgerschaft, sobald sie sich bei Pegida versammelt und sagt, wir sind das Volk und dem politischen System hier zum Ausdruck. Ein Problem des repräsentativen Systems in der Politik. Das gibt ein grundlegendes Problem des repräsentativen Systems in der Politik. Was ein viel grundlegender Tatbestand ist. Und ihn zu diagnostizieren ist in jeder Hinsicht beunruhigend für die Stabilität von Demokratie."

Doch wo sind diejenigen, die eine andere Meinung vertreten? Die sich offen den Parolen von Pegida entgegenstellen?

Am Montag vergangener Woche haben sich mehrere Hundert Menschen zum Gegenprotest auf dem Dresdner Postplatz versammelt. Doch es sind eben wieder viel weniger Teilnehmer als bei Pegida.

"Wir finden das immer noch erschreckend. Den meisten Leuten ist das so egal geworden. Und es wird viel mehr toleriert, auch hier in Dresden."

"Es ist, glaube ich, so, daß in Dresden das Bürgertum eher zurückhaltend ist. Denen liegt nicht die Form des Protestes auf der Straße. Die sind entweder dagegen. Oder aber sie sind - sagen wir mal - klammheimlich doch dafür für die Anliegen von Pegida. Und sind schwankend hin und her; ihnen liegt aber nicht die öffentliche Demonstration."

Es gibt Gegenstimmen zu Pegida: Ältere Bündnisse wie "Dresden Nazifrei", die wieder aktiv werden, auch neue zivilgesellschaftliche Initiativen sind entstanden, zum Beispiel das Netzwerk "Dresden für alle". Hinzu kommen kleine Willkommensbündnisse, die auf Stadtteilebene arbeiten.

Am heutigen Vorabend des Jahrestages gehen nicht nur Pegida-Leute auf die Straße: Viele Gruppen haben zu einer großen Gegendemo für Weltoffenheit und gegen Pegida aufgerufen. Und doch: Einen wirklich entschlossenen Umgang mit Pegida hat die Stadtgesellschaft noch immer nicht gefunden.

Rita Kunert engagiert sich im Aktionsbündnis "Herz statt Hetze". Die Mittfünfzigerin versteht ihre Mitbürger nicht.

"Das ist schwierig zu erklären. Es ist vor allem auch meine Altersgruppe, die lieber zu Hause sitzt und vom heimischen Sofa aus diskutiert. Ich weiß nicht, was noch passieren muß, damit auch mal diese Menschen auf die Straße kommen."

Fünf der sieben Stadtratsfraktionen Dresdens, darunter auch die CDU, haben sich vor dem ersten Jahrestag in einer gemeinsamen Erklärung gegen Rassismus bekannt. Oberbürgermeister Dirk Hilbert hat sich schon vorher gegen Pegida ausgesprochen, doch zur Gegendemo

wird er nicht kommen: Er ist im Urlaub.
Die sächsische Landesregierung, vor allem Ministerpräsident Stanislaw Tillich, CDU, hat lange gezögert, sich eindeutig zu Pegida zu positionieren. Auch sein Innenminister Markus Ulbig, ebenfalls CDU, schwankte in seinen Positionen, er bezeichnete die Pegida-Organisatoren als Rattenfänger, traf sich jedoch später im Geheimen mit ihnen, forderte eine Spezialeinheit gegen kriminelle Asylbewerber.
Erst seit diesem Sommer, vor allem seit dem Brandanschlag in Meißen und den asyl- und fremdenfeindlichen Demonstrationen in Freital und Heidenau, äußert sich Regierungschef Tillich deutlicher. Wie bei seiner Regierungserklärung im sächsischen Landtag im Juli:
"Rassismus ist eine Schande. Rassismus ist der Nährboden für Verbrechen. Und diesen Nährboden darf es nicht geben. Wir müssen uns immer wieder bemühen, rassistische und Menschenverachtende Haltungen aus den Köpfen zu bekommen."
Doch folgt ihm seine Partei auf diesem Kurs? Der Fraktionsvorsitzende der Union im Landtag, Frank Kupfer, schlägt bei einer Sondersitzung im September ganz andere Töne an:
"Die muslimische Religion ist keine Religion, die hier in Sachsen ihre Heimat hat. Und die muslimische Religion ist eine Religion, die vieles anders betrachtet als wir das in unserer christlichen Tradition machen."
Doch auch Kupfer distanziert sich von Pegida - mittlerweile.
"Vor einem Jahr war die Pegida noch etwas anders als sie es jetzt ist. Ich habe mich vor einem Jahr noch hingestellt und hab die Menschen verteidigt, die da hingehen. Ich habe die Auffassung vertreten, daß dort Menschen hingehen, die Fragen haben, die Ängste haben, die Sorgen und niemanden haben, der die beantwortet. Da war niemand da. Auch in der Politik war niemand da. Auch in der CDU war niemand da."
Wie viel Vielstimmigkeit verträgt die CDU in dieser Frage in Sachsen? Wie reagieren die Wahlkreisabgeordneten auf die Fragen und Ängste angesichts der Flüchtlingskrise? Hier zeigen sich in kleinerem Maßstab die Konflikte, die die CDU auch auf Bundesebene zwischen dem Kurs von Angela Merkel und Horst Seehofer austrägt.
Ministerpräsident Stanislaw Tillich hat eine Interviewanfrage des Deutschlandfunks für diese Sendung abgelehnt. Auch Innenminister Ulbig war nicht bereit zu einem Gespräch vor dem Mikrofon und verwies nach langem Zögern auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten Martin Dulig von der SPD. Der immerhin findet klare Worte:
Wir nehmen das nicht hin. Und ich appelliere auch an die Menschen, die bei Pegida mitlaufen, sich genau zu überlegen, wem sie da folgen.
Anfang bis Mitte des Jahres antwortete die Landesregierung mit einer Reihe von Dialogforen auf die Demonstrationswelle in Dresden und später auch Leipzig.
Eine, die dort mit am Tisch gesessen und versucht hat, Brücken zwischen Pegida-Anhängern, Pegida-Gegnern und der Politik zu schlagen, ist Petra Köpping, sozialdemokratische Integrationsministerin in Sachsen. Oft war sie auch Montagabends in Dresden unterwegs, wenn Pegida-Anhänger demonstrierten, stellte sich den Fragen von Passanten, besuchte Gegenveranstaltungen. Hinzu kamen zahlreiche Gespräche in Dörfern und Städten in ganz Sachsen. Der Redebedarf war groß. Über 200 Veranstaltungen, so listet sie auf, habe sie im vergangenen Jahr besucht. Alle zum Thema Asyl und Integration. Jetzt muß sie sich fragen lassen, ob dieses Konzept angesichts steigender Teilnehmerzahlen bei Pegida gescheitert ist.
"Ich würde es diplomatisch beantworten wollen und sage, was passiert wäre, wenn wir die Gesprächsangebote nicht machen würden. Also insofern ist das müßig zu spekulieren, waren die sinnvoll oder nicht. Ja, es gehen die Menschen auf die Straße. Aber der Vorwurf, daß Politik nicht mit ihnen redet, den habe ich eher weniger gehört in den letzten Wochen und Monaten."
"Wir müssen miteinander ins Gespräch kommen. Auch wenn uns die Positionen des anderen erst mal nicht passen" - das war von Anfang an das Credo von Frank Richter, Direktor der

Landeszentrale für politische Bildung.

Dresden als "Hauptstadt des Widerstands"

Und er ließ reden, bei Diskussionen, zu denen er in sein Haus einlud. Aber er ließ auch Pegida selbst reden, und zwar in den Räumen der Landeszentrale. Die Pressekonferenz, die Bachmann und Oerthel im Januar hier abhalten konnten, sorgte für einen Sturm der Entrüstung. Mittlerweile räumt Richter ein, daß das ein Fehler war. Denn die gleiche Bühne hätte er auch den Gegnern von Pegida bieten müssen.

Mehr als zehn Veranstaltungen in Dresden, 50 landauf, landab in Sachsen: Auch Richter war viel unterwegs im vergangenen Jahr.

"Das Hauptproblem scheint mir darin zu bestehen, daß die vielen Menschen, die bei Pegida unterwegs sind, keine andere politische Adresse gefunden haben. Das haben sie damals nicht gefunden, und viele haben es bis heute nicht gefunden. Also, warum gelingt es den etablierten demokratischen Parteien nicht besser, diese Menschen und die Themen, die diese Menschen haben, abzuholen und zu sich rüberzuziehen? Und sie in einen konstruktiven, auch demokratischen Diskurs zu führen?"

Obwohl er sich mit allzu deutlicher Kritik zurückhält, muß er doch eins anmerken:

"Für meinen Geschmack halten sich viele Verantwortliche in Politik und Verwaltung viel zu defensiv. Ich glaube, die Sorgen, die Fragen und Probleme, die die Menschen haben, die nach wie vor bei Pegida unterwegs sind, müssen offensiv angegangen werden. Das ist ein kommunikatives Defizit."

In Dresden, der Stadt, die Pegida-Anhänger als neue "Hauptstadt des Widerstands" auserkoren haben, hat das vergangene Jahr Spuren hinterlassen. Das schlechte Ansehen als Rassisten-Hochburg macht sich schon jetzt im Tourismus bemerkbar: Fast zwei Prozent weniger Besucher kamen zuletzt nach Dresden. Gastronomen erzählen, daß Reisende absagen und als Grund konkret Pegida angeben.

Schließlich berichten auch internationale Medien über Pegida: Ob New York Times, Guardian, BBC oder Al-Jazeera, immer wieder taucht Dresden als Ort fremdenfeindlicher Demonstrationen auf. Eine neue Imagekampagne soll den Ruf retten und Dresden als weltoffene Stadt präsentieren. Angesichts der aktuellen Entwicklungen ist der Erfolg ungewiß.

Zu spüren ist die Anspannung auch im sogenannten Asyl-Cafe, das einmal in der Woche stattfindet, um Dresdner und Asylbewerber zusammenzubringen. Eine junge Frau, die sich als Christiane vorstellt, unterhält sich mit einem syrischen Flüchtling über die Lage in der Stadt:

"There are so many pictures and videos in the internet of the Demonstrations of Pegida."

Angst habe er nicht, sagt der Mann, er habe viel schlimmere Dinge gesehen, aber er beobachte die Entwicklungen genau. Wachsamkeit, vielleicht sogar Mißtrauen, spürt Christiane seit einem Jahr immer wieder in der Stadt:

"Man trennt jetzt halt, wenn man neue Leute kennenlernt, dann ist eine Sache, die man erst mal eruiert. Man fragt erst mal, wie stehst du dazu? Wenn man merkt, daß derjenige sympathisiert oder vielleicht sogar aktiv teilnimmt, dann distanziere ich mich auch und sage auch, ich möchte diese Person nicht unbedingt nochmals wieder treffen."<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete im Oktober 2015 (x933/…): >>**Der Putsch von oben: Deutschland wurde von US-Merkel gekapert**

Wir erleben derzeit den Putsch von oben, eine Zerstörung des Staates durch die Bundeskanzlerin. Es ist an der Zeit, endlich demokratische und rechtsstaatliche Zustände herzustellen.

Von Henry Paul (freischaffender Künstler)

Damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht um eine persönliche Suada gegen eine mir nur hinlänglich bekannte Frau. Es geht mir um eine Verdeutlichung des politischen Zustandes, den die US-hörige Kanzlerin wissentlich, willentlich und vorsätzlich herbeigeführt hat. Frau Merkel hat sich des "souveränen Staates Deutschland" bemächtigt und hat aus diesem Staat

ein totalitäres Regime geformt. Leise, still, anhaltend, nachhaltig, hinterhältig.
Der Putsch von Oben. Die Frau, die uns tagtäglich mit "Demokratie-Geschwurbsel" vollsäuselt, die uns tagtäglich das "hohe Lied" der "offenen Gesellschaft", einer "notwendigen EU", eines "deutschen Willkommen-Landes" vorplärrt, hat das alles getan, um uns zu brainwashen, uns einzuseifen, damit wir von IHR selbst geputscht werden können. Denn das, was sie zur Zeit macht, ist der Putsch von OBEN. Ist die Zerstörung des Staates durch die Kanzlerin.
Skandal wäre eine Untertreibung. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was diese Frau da macht. Es ist ein kapitales Verbrechen an den Bürgern des Staates, dem sie als Regierungschefin vorsteht. Es ist die teuflische Umsetzung eines Plans fremder Mächte, denn diese Kanzlette ist noch nicht einmal in der Lage, ihr Handeln gehirntechnisch zu begreifen; sie ist zu dumm dazu.
Sie ist nur eine Marionette, eine Puppe der Umsetzung, eine willfährige Transformations-Agentin, eine Pseudo-Kanzlerin, eine Lügnerin und Volksverhetzerin höchsten Grades. Kein Verbrechen ist schlimmer, als das, was diese Frau derzeit macht: sie zerstört einen angeblich souveränen Staat mitsamt ihren Bürgern.
Sie zerstört ein Volk, daß sich so wohlverhalten hat wie kein Volk seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie zerstört unsere Ordnung, unsere Demokratie, unser Selbstbewußtsein, unser Standing, unsere Ehre, unsere Würde. Sie zerstört Deutschland.
Sie hat geschickt agiert. Sie hat moralisch-psychologische Instrumente geschickt auf Geheiß eingesetzt, um den Großteil der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Gutmenschentum und allgemeine Menschenrechte wurden benutzt, um Politik, also Verteilung von Machtverhältnissen, auszuhebeln und ein Regime der Allein-Herrschaft auf breiter Front durchzusetzen.
Begonnen hat das alles mit ihrem Credo des Durchregierens, fortgesetzt durch das stupide Beamten-Verfahren Schritt für Schritt, orchestriert durch eine rigide, US-amerikanisch untermauerte Total-Zensur aller Medien (Besatzungs- und Kontrollrecht der Presse existiert!) und anhaltende Manipulation des Volkes mit Hilfe von Brot und Spielen (Fußball) sowie den Talk-Shows im Staatsfunk.
Die Verdrehung der politischen Inhalte zu Apercues in den hinteren Seiten des Feuilletons bei gleichzeitiger Aufmotzung völlig aberwitziger Nebensächlichkeiten und Staatsfunk-Statements hat den Bürgern seit mindestens 5 Jahren eine Regierungsart vorgeführt, die sich im Wesentlichen um die Begriffe "Weltmeister-Export-Nation", "Globalisierungsvorteile", "wir sind die Besten" und "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" schert.
Die Dauer-Berieselung mit den Null-Slogans der EU-Notwendigkeit, der Euro-Zwangsfinanzierung, der Schuldenrettungsarien, der Steuererhöhungen, der Entmündigung aller Bürger zu braven Sofahockern war der teuflische Plan der Dunkelmänner hinter ihr, obwohl sie selbst den Konstrukt einer DDR völlig verinnerlicht und nun zur weiteren Exekution gebracht hat. Wahrscheinlich ist es das einzige was sie wirklich kann.
Deutschland soll komplett untergehen im Strom der unkontrollierten Muslime und Islamisten. Unsere christliche Kultur soll zerstört werden. Unser Volk soll zerstört werden. Unser Land soll uns weggenommen werden. Unsere Demokratie ist bereits aufgelöst, es herrscht der blanke Totalitarismus und die persönliche Diktatur der Frau Merkel und ihrer hundsföttischen Kamarilla externer Couleur aus Großbritannien, Israel und den USA und indigener Varianz aus Bonn und Berlin. Sie, die Merkel tut nichts, um die Situation zu retten.
Sie darf auch nichts tun. Sie darf nur jeden Tag beschwichtigen, während die 300erter, die Dunkelmänner, die Mafiosi, die Finanzoligarchie, die Militär-Kamarilla, die NATO-Idioten, die grün-, rot- und dunkelrot gefärbten Sozialdeppen und Gutmenschen noch mehr hereinholen wollen.
Damit das Land von innen ersäuft, von innen zerstört wird. All die sogenannten Demokraten und wohlanständigen Bürger, die sich in Parteien organisieren; all die Parteimitglieder und

Mandatsträger haben immer noch nicht gerafft, um was es hier geht. Sie sind still und denktot. Sie fördern das System des Willkommens derjenigen, die uns morgen die Kehle durchschneiden. All die Pöstchenbesitzer, Stelleninhaber und Abzeichenträger haben noch nicht kapiert, daß wir bereits im Endspiel um die Total-Niederlage sind. Und das ohne Schiedsrichter. Foul-Spiel heißt das Spiel. Treten, Hacken und Umlegen die Varianten.

Weil unsere eigene Regierung, die eigenen Minister, die eigenen Geheimdienste, die eigene Polizei, die Bundeswehr, die Ministerpräsidenten der Länder, die Kreisvorsitzenden, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte noch nicht realisiert haben, daß es zu Ende geht: die kritische Masse der Übernahme ist bereits jetzt erreicht und es kommen immer noch 3-5 mal so viele hinzu.

Die Signale waren und sind laut genug. Clan-Kriminalität, Mord, Totschlag, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Gesetzesbruch, Polizisten-Angriffe, Richter-Bedrohungen, Parallelgesellschaft, Sozialbetrug, Arbeitsverweigerung, Dominanz-Brutalität, Einfordern von Privilegien, Religions-Dominanz, Frechheiten als tägliches Spiel der Invasions-Macht, Bedrohung der Helfer, Vergewaltigung in den Lagern, kriminelles Showdown an täglicher Front.

Das Signal des Totalitarismus ist die Aufforderung von Oben, nicht zu demonstrieren, sondern den "Flüchtlingen" zu helfen. Das ist wie der Befehl zur tätigen Mithilfe für die eigenen Henker. Wer noch einen Funken Verstand hat, sollte ihn jetzt benutzen, jetzt denken, was zu tun ist, jetzt Freunde und Bekannte informieren, sich mit allen Bürgern zusammen tun und gemeinsam unser Vaterland retten.

Meine Ansage hieße: Der Notstand ist da. Widerstand nach Artikel 20 (4) GG ist allen deutschen Bürgern ab sofort erlaubt. Bundeswehr an die Grenzen - die deutschen Grenzen total dichtmachen. Keine Zuwanderung mehr nach Deutschland erlauben - egal wer und woher.<<

Herbert Ludwig berichtete am 18. November 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politischen Parteien (x935/…): >>**Das Verhängnis der politischen Parteien**

"Grobsein darf nur dann entschuldigt werden, wenn man durchaus recht hat; das aber hat keine Partei, weil sie eben Partei ist." (Goethe)

An den Parteien ist schon viel kritisiert worden: ihre Korruptheit, ihre Macht, daß sie sich den Staat für ihre Interessen zur Beute gemacht haben, den sie auch noch benutzen, um sich von ihm (d. h. vom Steuerzahler) finanzieren zu lassen usw. Aber die noch so harsche Kritik hält dies alles nur für Auswüchse einer Fehlentwicklung. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Parteien im gesellschaftlichen System der Demokratie wird kaum bezweifelt. Und so heißt es ja auch in dem (von den Parteien gemachten) Parteiengesetz gleich zu Beginn: "*Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung."*

Sicher, das Entstehen von Parteien ist historisch verständlich, wenn man z.B. an die Gründung des "Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" und der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei", den Vorläufern der SPD Mitte des 19. Jahrhunderts denkt. Wie hätte das hilflos ausgebeutete Industrieproletariat neben der Gewerkschaftsbewegung anders als über eine Partei eine Verbesserung seiner Lage anstreben und erreichen sollen.

Aber in einer konsolidierten demokratisch orientierten Gesellschaftsverfassung müßte das grundsätzlich Verfehlte von Parteien, die sich wütend bekämpfen und Brutstätten von Egoismus und Machtsucht sind, längst erkannt sein. Das kann man natürlich von den Parteien selbst nicht erwarten. Es liegt hier ein schweres Versäumnis der Wissenschaftler des Staatsrechts und der Soziologie vor, von der Pseudo-Politikwissenschaft, die das Bestehende im Grunde nur dienend rechtfertigt, gar nicht zu reden.

Wesen der Partei

Das Wort "Partei" kommt von lateinisch "pars", was der Teil bedeutet. Parteien vertreten

weltanschauliche und konkret politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Ganze, sondern Einseitigkeit und Egoismus eines Teiles im Auge haben.
So prallen mit den Parteien verschiedene Gruppenegoismen im Kampf um die Macht über die Gesetzgebung aufeinander. Und wer durch die Wahl die Mehrheit der Stimmen im Parlament erhalten hat, kann dem Ganzen des Volkes Gesetze aufzwingen, die den Interessen eines Teiles, einer Gruppe, dienen, was zwangsläufig die Vernachlässigung und Unterdrückung der Interessen der Anderen bedeutet.
Das hat mit einem nach Gerechtigkeit geordneten Gemeinwesen nichts zu tun. Der Staat als die rechtliche Verfaßtheit aller muß für die Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller sorgen. Dies wird durch Parteien, die das Gesetzgebungsverfahren in den Händen haben und von denen die quantitativ stärkste die Gesetze bestimmt, gerade verhindert. Es ist erstaunlich, wie sich Staatsrechtler um diese Erkenntnis herumdrücken. So dichtet der einflußreiche Staatsrechtler Theodor Maunz den Parteien an:
"*Der Parteiwille ist eine einseitige Ausprägung des immer nur gesuchten gemeinsamen Staatswillens. Der Geist des Ganzen lebt schon in der Partei, die nur ein 'Moment' am Ganzen ist, nämlich an dem nach politischer Gestaltung drängenden verborgenen Volkswillen."* (Nach Wikipedia: *Politische Partei*)
Abgesehen davon, daß es keine wesenhaften Personen *Partei, Staat* oder *Volk* gibt, die einen Willen haben könnten - es ist immer der Wille einzelner Menschen, der zum bestimmenden gemacht wird - lebt in einer Partei eben nicht der *Geist des Ganzen*, denn sonst wäre sie eben keine Partei. *"Partei ergreifen ist: ein besonderes Interesse haben, eine einseitige Sache vertreten."* (Hegel)
Es ist gerade nicht so, daß die Parteivertreter im Parlament die berechtigten Interessen eines Standes, einer sozialen Schicht einbringen würden, damit sie mit den berechtigten Interessen aller anderen in Einklang gebracht und so das Ganze gerecht geordnet werde. Dann gäbe es im Parlament keine Partei-, sondern wirkliche Volksvertreter. Die Parteien wollen jedoch gerade die Macht erringen, damit sie ihre einseitigen Gruppeninteressen egoistisch zu den das Ganze bestimmenden machen können. Maunz erhöht die Partei an der Wirklichkeit vorbei zu einem hohlen Ideal, um ihre Existenz staatsrechtlich zu rechtfertigen.
Wir sprechen ja auch im sonstigen Leben von parteiischem Verhalten und Parteienbildung. Kläger und Beklagte im gerichtlichen Zivilprozeß heißen Parteien. Da sie beide einseitig ihre Interessen vertreten, in die sie sich in der Regel egoistisch verbissen haben, können sie kaum selbst zu einer gerechten Einigung kommen. Daher bedarf es einer objektiven Instanz, welche die Gerechtigkeit des Ganzen im Auge hat und die Entscheidung trifft.
Im Sport gibt es den Schiedsrichter, dem kein einseitiger Siegeswille den Blick auf die tatsächlichen Vorgänge vernebelt, und der die Interessen beider Mannschaften gleichermaßen im Auge hat. Im Parlament gibt es keinen institutionellen Sachwalter des Ganzen, der die gerechte Entscheidung fällt. Hier entscheidet die Interessengruppe, die durch das quantitative Übergewicht die Macht dazu errungen hat.

Lobbyismus

Es gibt noch andere Interessengruppen, die nach der Vorhalle des Parlaments benannten Lobbyisten. Lobbyismus ist die persönliche argumentative Einflußnahme organisierter Interessengruppen auf die Legislative und Exekutive. Sie wollen, daß die eigenen Interessen nicht nur berücksichtigt werden, sondern möglichst bestimmend in die Gesetze eingehen und sie prägen. Im Jahr 2014 waren beim deutschen Bundestag offiziell 2.221 Interessen-Verbände und deren Vertreter registriert.
Der Intention nach unterscheiden sich Lobbyisten-Gruppen aber überhaupt nicht von den In-

teressengruppen der politischen Parteien. Beide sind parteiisch und wollen, daß ihre Interessen politisch maßgebend sind. Der Unterschied ist lediglich, daß die Parteien die Gesetzgebungs- und Regierungs-Apparate besetzt halten und die anderen Interessen-Verbände nun bei ihnen um Einfluß buhlen müssen. Es ist daher wieder eine Verklärung, wenn der Staatsrechtler Maunz schreibt:
"Im Gegensatz zu den Willensrichtungen partikularer Interessenverbände hat der Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den staatlichen Gesamtwillen. Die Tätigkeit der Parteien dient dem Wohle des ganzen Volkes."
Auch der "Parteiwille" zielt nicht auf den "staatlichen Gesamtwillen", also richtiger auf das Gesamtwohl. Das einzig Richtige an dem Satz ist, daß der "*Parteiwille nur Sinn in Bezug auf den Gesamtwillen",* also das Gesamtwohl, hätte. Aber dann wäre die Partei eben keine Partei mehr. Als Partei hat sie in Bezug auf das Gesamtwohl in der Tat keinen Sinn. Es ist eine furchtbare Verwaschenheit der Begriffe. Er legt etwas in die Partei hinein, was nicht in ihr vorhanden ist, ihren Begriff unvermerkt aufhebt und egomanische Schädlinge zu Wohltätern des Volkes erhebt.

Keine Volksvertreter

Die von den Parteien gestellten Abgeordneten sind keine Volks-, sondern Parteivertreter, deren partikulare Interessen sie im Parlament wahrnehmen. Sie verschleiern das natürlich gerne, indem sie als "Volksvertreter" ausgegeben werden. Doch das geflügelte Wort "*Wer glaubt, daß Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten"* drückt schon in sarkastisch-bitterer Weise den wahren Sachverhalt aus.
Nach Art. 38 des Grundgesetzes sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwar "*Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen".* Das ist aber, seitdem die Abgeordneten ausschließlich von den Parteien gestellt werden, eine Fiktion, die sie zur Täuschung und Vernebelung der Wähler vor sich hertragen.
Die Interessen der Partei, die die parteiischen Abgeordneten zu vertreten haben, sind, wie wir alle wissen, mit den Interessen des ganzen Volkes nicht identisch. Die SPD vertritt heute noch nicht einmal die tief berechtigten Interessen ihrer eigenen ursprünglichen Klientel, der Arbeiterschaft, sondern weitgehend die der Unternehmer.
Weicht ein Abgeordneter von der ausgegebenen Linie der Partei- oder Fraktionsspitze ab, verschlechtert sich rapide das persönliche Klima zu ihm. Er wird gemieden, verliert bei nächster Gelegenheit seinen Sitz in einem Ausschuß und muß bei fortgesetztem grundgesetzkonformem Verhalten damit rechnen, bei der nächsten Wahl von der allmächtigen Partei nicht mehr als Kandidat aufgestellt zu werden.

Demokratiefeindlichkeit

Die Partei und ihre Fraktion im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Dies kann ja auch nur bei geschlossenem Vorgehen erreicht werden. Der Einzelne ist an die durch Mehrheitsbeschluß oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber keine Rolle mehr.
Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen "Parteisoldaten" degradiert. Das wird nicht dadurch anders, daß er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im "Hohen Hause", wie der Volksmund treffend sagt: zum "Stimmvieh".
Von daher liegt die Gesetzgebung de facto nicht bei den Abgeordneten, sondern bei ihrer Partei. Gesetzgeber ist im Grunde nicht das Parlament, sondern die Mehrheits-Partei oder Koalitionsrunde, wo die Gesetzesvorhaben beschlossen werden. Das Parlament stellt nur noch for-

mal das Forum dar, auf dem der Gesetzgebungsprozeß als leeres Theaterstück für das Volk abläuft. Da zudem Parlamentsmehrheit und Regierung von derselben Partei gestellt werden, ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben.
Auch die Judikative ist von Parteimitgliedern durchsetzt und ihre Unabhängigkeit durchlöchert, was sich besonders gravierend beim Bundesverfassungsgericht, dem Hüter und maßgebenden Ausleger des Grundgesetzes auswirkt. Die 16 Richter werden je zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt, also von Vertretern der Landesregierungen, die natürlich Parteien angehören, und von Parlamentariern, die Vertreter von Parteien sind. Die Parteien bestimmen also nach dem Proporz die Richter, die natürlich einer Partei angehören oder ihr besonders nahe stehen.
Das treibt Blüten, wie z.B. die folgende: Durch Urteile von 1966 und 1968 hatte das BVerfG der (von den Parteien 1959 eingeführten) staatlichen Parteienfinanzierung immerhin Grenzen gesetzt, eine öffentliche Kontrolle und die grundsätzliche Beteiligung auch außerparlamentarischer Parteien verlangt. Dies wurde von den Parlamentsparteien unterlaufen, indem enorm wachsende Zuschüsse nicht in die Parteikassen, sondern an die Fraktionen, Abgeordneten und Parteistiftungen flossen.
Eine Klage der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), geführt von dem Staatsrechtler Prof. Hans Herbert von Arnim, wurde kürzlich nach über dreijährigem schriftlichen Verfahren als unzulässig verworfen. Der die Entscheidung vorbereitende Berichterstatter des 2. Senats war Peter Müller, vorher 12 Jahre CDU-Ministerpräsident des Saarlandes, 2011 vom Bundesrat, der Kammer der Landesregierungen, zum Bundesverfassungsrichter gewählt (vgl. *Junge Freiheit 44/15*).
Die Parteien durchsetzen also alle Bereiche der Macht des Staates und heben die Gewaltenteilung auf, da die Amtsträger überall Mitglieder oder Sympathisanten derselben Partei sind, die daher praktisch alle Gewalt in ihrer Hand hält. Die Parteien sind grundsätzlich demokratiefeindlich.

Die Wurzel des Problems

Der entscheidende, heftig umkämpfte neuralgische Punkt des Systems ist der Gesetzgebungs-Mechanismus des Parlamentes. Wer ihn mit der Mehrheit in Besitz hat, stellt auch die Regierung, was über die Parlamente und Regierungen der Länder auch die Mehrheit im Bundesrat, der zweiten Gesetzgebungskammer, bedeutet. Die Omnipotenz, alle Lebensbereiche der Menschen gesetzlich lenken und regeln zu können, macht die ungeheure Anziehungskraft des parlamentarischen Gesetzgebers für alle Interessen-Gruppen aus.
Das Parlament ist der Flaschenhals, durch den alle wirksame gesellschaftliche Beeinflussung und Bestimmung - in Gesetze gegossen - hindurch muß. Hier sammeln sich daher wie die Schmeißfliegen alle Interessen-Gruppen, die Parteien im Innern, die anderen in der Lobby, um ein möglichst großes Stück der Macht über Menschen zu ergattern.
Die Omnipotenz der parlamentarischen Gesetzesmaschine über alle Lebensgebiete ist anmaßend, unrechtmäßig und demokratiewidrig. Sie ist das Übel, das stets weitere Übel nach sich zieht. Wird sie der Gesetzgebung genommen, dann schwindet auch deren Anziehungskraft auf die egoistischen Interessengruppen. Die heutige "Demokratie", die diese omnipotente Regelungskompetenz vom absolutistischen Obrigkeitsstaat unreflektiert übernommen hat, verrät damit ihre eigene Grundlage, auf der sie angeblich beruht: die Selbstbestimmung des mündigen Menschen.
Wirtschaft und Kultur sind die Lebensbereiche, in denen die Menschen aktiv und schöpferisch handelnd tätig sind. Darin bilden und entfalten sie ihre Fähigkeiten, um ihre Ideen selbstbestimmt zu verwirklichen. Hier lebt sich aus und entfaltet sich der Mensch mit seiner ganzen Persönlichkeit, wofür ihm nach Art. 2 des Grundgesetzes das zentrale, unantastbare Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit garantiert ist. In dem Maße, in dem der Staat hier das

Handeln inhaltlich vorgibt und reglementiert, wird aber die freie Selbstbestimmung des Menschen beschnitten und aufgehoben.
Die Freiheit gründet sich auf die grundsätzliche Möglichkeit jedes Menschen, sein Handeln aus eigener Erkenntnis in die Zusammenhänge selbst vernünftig bestimmen zu können. In dieser Freiheit sind alle Menschen gleich. Das heißt, niemand hat das Recht, auch die Abgeordneten nicht, den anderen die Erkenntnismöglichkeit und damit die Freiheit abzusprechen, sich über sie zu stellen und ihnen von oben vorzuschreiben, was und wie sie in diesen Lebensbereichen zu handeln haben.
Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Kultur mit ihrem Kern des Bildungswesens haben daher inhaltlich lenkende Gesetze des Staates nichts zu suchen, da dadurch immer ein Über- und Unterordnungs- also ein Untertanenverhältnis geschaffen wird. Diese Bereiche müssen prinzipiell durch Selbstverwaltungen geordnet werden, in denen die freien Bürger die Einrichtungen und Aktivitäten vertraglich horizontal koordinieren. Für Parteien und andere Interessengruppen gibt es dann dafür an der bisherigen Gesetzgebungsmaschinerie keinen Ansatzpunkt mehr.
In Schillers Drama *Wallenstein* heißt es*: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie, fortzeugend, immer Böses muß gebären."* Die omnipotente Regelungsanmaßung des Staates ist die böse Tat, der verruchte Knackpunkt, der als weiteres Übel die Zusammenrottungen egoistischer Teilinteressen-Vertreter und Machtsüchtiger in den politischen Parteien zur Folge hat. Beide Übel deformieren auch den heutigen Demokratieversuch zum Obrigkeitsstaat, zur Parteien-Oligarchie.
Der Staat ist die Rechtsgemeinschaft aller, die ihre Existenznotwendigkeit daraus bezieht, gemeinsam für den Schutz der Menschen nach außen und nach innen zu sorgen. Wenn das sonst freie Handeln des Menschen verletzend oder zerstörend in die physische oder seelisch-geistige Integrität eines anderen eingreift, also in Gesundheit, Leben, Eigentum, Freiheit des Willens usw., muß die staatliche Gemeinschaft einschreiten und diese Handlungen unter Strafe stellen, bzw. im Zivilrecht durch geltende positive Regeln gerechten Verhaltens rechtlich ungültig machen. Das ist das Gebiet des eigentlichen Rechts.
Indem aber auch Teile des eigentlich freien Handlungsfeldes per Gesetz vorgeschrieben werden, wird dieses nicht zum Recht, sondern im Kostüm des Rechts zum staatlichen Unrecht, das die selbstbestimmte, freie Entfaltung der Persönlichkeit ausschließt. Dieses Thema habe ich in dem Artikel *Macht macht untertan* ausführlich behandelt.
Für das reine Recht verbietet es sich von vorneherein, Vertreter von parteiischen Interessengruppen in das Parlament zu entsenden, die ja heute auch das Recht vielfach nach ihren Interessen zum Unrecht verbiegen Es müssen unabhängige Bürger sein, die allein durch ihre Kompetenz und ihr lauteres Eintreten für die Gerechtigkeit des Ganzen prädestiniert sind. Die Parteien würden dort landen, wo sie hingehören: im Orkus der Geschichte.

Die Interessen hinter den Interessen

Die den Staat und seine Organe beherrschende scheindemokratische Parteien-Oligarchie gibt die Möglichkeit ab, daß noch ganz andere Interessen sich ihrer bedienen, die nicht offiziell in der Lobby vertreten sind, aber aus dem Hintergrund den größten Einfluß entfalten. So ist für jeden offensichtlich, daß die Politiker aller Parteien heute weitgehend den Interessen der Finanzindustrie dienstbar sind, wie man z.B. an der schon Jahre andauernden Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler, die als Rettung von Schuldnerländern ausgegeben wird, sehen kann.
Mit Ausnahme der Partei "Die Linke" haben alle Parteien stets mehrheitlich zugestimmt. Man kann nicht oft genug auf die treffende Feststellung des sonst zwielichtigen Coudenhove-Kalergis hinweisen:
"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dul-

den würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."
Wenn die Omnipotenz der Gesetzgebung aufgelöst würde, fiele die Parteien-gestützte scheindemokratische Fassade in sich zusammen und mit ihr auch die Herrschaft der Plutokratie.
Noch stärker, aber durchaus im Bunde mit der Finanzindustrie, wirkt der übermächtige Bruder über dem großen Teich auf die Politiker der Parteien ein; auf die in der Regierung über die diplomatischen und geheimdienstlichen Kanäle, auf den Nachwuchs durch die "Young-Leader-Programme" und Schulungen in den zahlreichen transatlantischen Gesellschaften, in denen sie im Verein mit den Alpha-Journalisten der Medien auf die Außenpolitik der USA und die Militärpolitik der NATO eingeschworen werden. Doch die Einwirkung ist natürlich noch weit komplexer.
Erst dann, wenn die Parteien-Oligarchie in der angedeuteten Weise verschwände, bestünde die Möglichkeit, den bis dahin von Partei-Kollaborateuren gestützten Vasallenstatus Deutschlands allmählich abzuschütteln. …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 29. Januar 2016 (x892/…): >>**Sloterdijk: "Überrollung, Verwahrlosung, Lügenäther"**
Peter Sloterdijk gehört gewiß nicht zu denen, die sich als "rechtsradikal", "nationalkonservativ" oder "rechtspopulistisch" verunglimpfen lassen. Er gehört eher in das linke politische Spektrum in Deutschland. Dennoch sind seine Analysen gesellschaftlicher Entwicklungen nicht selten erhellend. Nachdem verschiedene konservative Intellektuelle der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung bereits kritisch beleuchtet haben, hat Sloterdijk jetzt harte Worte gefunden und dabei noch heftiger die gleichgeschalteten deutschen Medien kritisiert.
In der Zeitschrift "Cicero" kritisierte der Philosoph den "Souveränitätsverzichts" Merkels und warnte davor, daß es zu einer "Überrollung Deutschlands" kommen werde, wenn diese Politik nicht geändert werde.
In diesem Zusammenhang sieht Sloterdijk die Arbeit der Medien in Deutschland noch kritischer. Die Medien seien gekauft und im Journalismus trete die "Verwahrlosung" und die "zügellose Parteinahme allzu deutlich hervor". Wo er Recht hat, hat er Recht! Die Rede von der "Lügenpresse" ist nicht aus der Luft gegriffen, und der massive Rückgang der Abozahlen und der Klickraten bei den offiziellen Medien zeigt, daß die Menschen dies begriffen haben. Die Medien haben jegliches Vertrauen verloren. Sloterdijk bemerkt weiter, daß das Bemühen der Medien um Neutralität gering sei, "die angestellten Meinungsäußerer werden für Sichgehen-Lassen bezahlt, und sie nehmen den Job an".
Die Berichterstattung über die Flüchtlingskrise oder die aktuelle Situation in Polen oder über PEGIDA und AfD und in vielen anderen Bereichen zeigt dies. Man muß kein Freund dieser Bewegungen und Parteien sein, aber eine objektive, sachliche und argumentative Berichterstattung sollte man von den Medien schon erwarten dürfen.
Wie nicht anders zu erwarten, schlagen die angegriffenen Medien gleich zurück. Sloterdijk, früher mal ein Liebling der Medien, wird jetzt mit AfD und Pegida in eine Reihe gestellt. Argumente gegen die Behauptungen Sloterdijks findet man weiterhin nicht, es gibt ja auch keine Gegenargumente. Also macht man mit der Verunglimpfung weiter. Die Presse ist Sloterdijk zufolge nicht bloß käuflich, sie lügt auch. "Der Lügenäther ist so dicht wie seit den Tagen des Kalten Krieges nicht mehr". So ist es!
Der Philosoph betont im weiteren Interview die Notwendigkeit der Grenze und des National-

staates. Den Nationalstaat hält er für eine beständige Einrichtung, da er das einzige, halbwegs funktionierende politische Großgebilde sei. "Die Europäer werden früher oder später eine effiziente gemeinsame Grenzpolitik entwickeln. Auf die Dauer setzt der territoriale Imperativ sich durch. Es gibt schließlich keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung."<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 30. Januar 2016 (x892/…): >>**Die Zerstörung der großartigen europäischen Vergangenheit**

Es ist längst offensichtlich, daß nicht erst seit kurzem die großartige europäische und deutsche Geschichte vergessen gemacht wird. In von Bundesland zu Bundesland verschiedener Intensität werden im Unterricht Informationen über die Leistungen unserer Vorfahren verschwiegen, in Fernseh-"Dokumentationen", die oft genug aus den Vereinigten Staaten von Amerika stammen und / oder drittklassigen Geschichtsprofessoren den großen Auftritt verschaffen, kommen europäische Errungenschaften kaum, deutsche praktisch nie vor. Ein recht neues und in seiner politischen Dimension verräterisches Beispiel kommt (ausgerechnet) aus der Uckermark:

Im Juni 2014 wurde bei Schmölln im Zuge von Bauarbeiten für ein Regenrückhaltebecken ein riesiges Gräberfeld aus der Bronzezeit entdeckt, ein 'Stonehenge der Uckermark'. Über eineinhalb Fußballfelder groß, zeugten die Steine und Gerätschaften von Kulturen, die noch vor dem Bau der ägyptischen Pyramiden den Norden dieses Landes bevölkerten - ein Sensationsfund, dem die Zeitschrift 'Archäologie in Deutschland' eine Doppelseite widmete.

All diese Informationen finden sich in einer Rede des AfD-Vorsitzenden Gauland im brandenburgischen Landtag vom 24. Januar, und leider auch noch mehr: Das Gräberfeld wurde inzwischen weitgehend zerstört und abgeräumt. Der Landesregierung aus SPD und LINKE war offenkundig ein Regenrückhaltebecken wichtiger als der Erhalt einer der größten Gedenkstätten der Bronzezeit, die vermutlich Tausende von Touristen in die Uckermark gelockt hätte.

Erstaunlicherweise berichteten nur ein paar Lokalmedien über diesen unglaublichen Akt der Kulturzerstörung. Keine überregionale Tageszeitung griff das Thema auf, auch nicht SPIEGEL, STERN oder ZEIT in ihren Online-Ausgaben.

Und ebenfalls nicht berichtet wurde über die skandalöse Verweigerung der parlamentarischen Debatte: Alle Parteien im brandenburgischen Parlament strichen auf den angekündigten Redebeitrag von Gauland hin ihre vorgesehenen Vertreter von der Rednerliste. Niemand der Verantwortlichen nahm Stellung, sogar die angeblich oppositionelle CDU schlich sich davon. Selbst denen, die die AfD nicht mögen, liefern solche Verletzungen demokratischer Selbstverständlichkeiten gute Gründe, sie vielleicht gerade deshalb zu wählen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 18. Juli 2016 (x892/…): >>**Deutsche Kirche: Und weiter geht's bergab**

Die Deutsche Bischofskonferenz hat am 15. Juli die aktuellen Zahlen über Kirchenaustritte, Taufen und Trauungen mitgeteilt. Angesicht dessen, was uns die Modernisten seit Jahrzehnten sagen, müßte die Kirche vor lauter Konversionen und Wachstum bereits in Schwierigkeiten kommen. Denn die Anpassung an die Welt und die "anthropologische Wende", weg von Gott und hin zum Menschen, hat ja angeblich den Zweck, die Menschen wieder zu Christus zu führen. Die Zahlen belegen das Gegenteil und zwar sehr deutlich.

Im Jahr 2015 traten in Deutschland 181.925 Katholiken aus der Kirche aus. Das sind etwa so viele Austritte wie im Jahr, als die schrecklichen Meldungen über den Mißbrauch von Kindern durch katholische Priester bekannt wurden. Im vergangenen Jahr gab es aber kaum noch solche Meldungen.

Statt dessen wurde Papst Franziskus von den Medien bejubelt, er verkündete eine immer weitergehende Auflösung der katholischen Lehre in Moral und Pastoral und veröffentlichte eine in

Teilen sozialistische Umweltenzyklika. Von dem, was uns die liberalen und modernistischen Kirchenvertreter immer erzählen, müßte dies doch eigentlich zu einem Aufschwung der Kirche geführt haben. Das genaue Gegenteil ist der Fall.
Natürlich versucht die Bischofskonferenz selbst aus diesen schlimmen Zahlen noch etwas Gutes zu machen. Schließlich sei die katholische Kirche nach wie vor die größte "Religionsgemeinschaft" in Deutschland mit 23,76 Millionen Mitgliedern und 29 Prozent der Bevölkerung. Das ist trotzdem ein Rückgang um ein halbes Prozent - ein halbes Prozent aller Deutschen. Und hier geht es nicht um die Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Partei. Es geht um das ewige Heil von Menschen: "Kein Heil außerhalb der katholischen Kirche" ist nach wie vor unfehlbare Lehre der Kirche.
Es kommen die üblichen Sprüche des Marxisten: man dürfe in den seelsorgerischen Bemühungen nicht nachlassen, man brauche eine "anspruchsvolle Pastoral" (TOLL!) und man sei ja auch noch immer eine starke Kraft, "deren Botschaft gehört und angenommen wird". Von wem? Der Erzbischof wird gerne zu offiziellen Empfängen eingeladen wo er auch reden darf (und vor allem gut essen darf) und da wird man ihm wohl zuhören.
Noch mehr Zahlen gefällig? Erzbischof Kardinal Marx, der große Vorsitzende der Bischofskonferenz, ist auch stolz. Es gab nämlich mehr Taufen und Trauungen. Sage und schreibe 150 (!!!) Trauungen mehr als 2014. Wenn das kein Erfolg ist.
Leider sank die Zahl der Kirchenbesucher. Aber was soll das schon, man setzt doch auf "Qualität statt Quantität". Die Kirchenbesucherzahl sank von 10,8 auf 10,4 Prozent. Wobei dies nicht die Besucher sind, die, wie nach Kirchengebot vorgeschrieben, jeden Sonntag die Hl. Messe besuchen, sondern Besucher, die mehr oder weniger "regelmäßig" - was das genau bedeutet sagt man nicht - die Messe besuchen. Übrigens: 1990, im Jahr der Wiedervereinigung, gingen 21,9 Prozent "regelmäßig" zur Messe.
Der Modernismus und Liberalismus sind gescheitert. In zehn Jahren werden die Kirchen vollständig leer sein. Gläubige, die ihren Glauben ernst nehmen, die nicht sich und den Menschen, sondern Gott in den Mittelpunkt stellen, gehen schon jetzt in die wahre Hl. Messe aller Zeiten und suchen die Seelsorge bei Priestern, die sich dem überlieferten Ritus und dem Glauben aller Zeiten verpflichtet fühlen, wie den Priestern der Petrusbruderschaft und vor allem der Piusbruderschaft.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 23. Juli 2016 (x892/…): >>**Linke Gewalttaten**
Bei rechtsradikalen Gewalttaten berichten die Medien auf allen Kanälen, ausführlich, umfangreich und oft über mehrere Tage. Das ist gut so, denn Gewalt darf nicht zu einem Mittel der politischen Auseinandersetzung werden. Wer Gewalt ausübt, dem fehlen zumeist Argumente. Das gilt aber auch und genauso für linke Gewalt. Doch wenn es zu linken Gewalttaten kommt, zeigen die Medien Verständnis und berichten darüber nur am Rande, wenn überhaupt.
Dabei ist die Zahl linker Gewalttaten bei weitem größer, als die Rechtsradikaler. Und dies nicht nur bei Gewalt gegen Sachen, sondern auch bei Gewalttagen gegen Menschen. Professor Klaus Schroeder, Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin hat dazu der TAGESPOST ein Interview gegeben.
Frage: Warum ist dieses Problem, der Linksextremismus, in der Öffentlichkeit so wenig präsent?
Professor Schroeder: Das Problem wird unbewußt verharmlost, weil linke Gewalt gemeinhin als eine gute Gewalt gilt. Als Gewalt für gute Dinge. Die Linken propagieren eine egalitäre Gesellschaft, mehr Gerechtigkeit. Das Kommunisten dies in der Bewegungsphase stets so gemacht haben und wenn sie an der Macht waren, dann das genaue Gegenteil, das gerät aus dem Blick. Man kann in Anführungszeichen sagen: "Die Linken vermarkten ihre Gewalt besser, indem sie diese als gute Gegengewalt zum System darstellen".

Das zweite: In der Öffentlichkeit geht man davon aus: Linke üben Gewalt gegen Sachen aus, Rechte gegen Personen. Wenn man sich aber die Zahlen des Bundeskriminalamtes anschaut, stellen wir fest, daß in den vergangenen Jahren Linke mehr Gewalttaten und auch mehr körperliche Verletzungen gegen Andersdenkende, von ihnen ernannte Feinde, ausgeübt haben, als Rechte.
Insofern ist die linke Gewalt viel ausgeprägter in der Bundesrepublik, als man es öffentlich wahrnehmen kann. Die rechte Gewalt nehmen wir ja Gott sei dank wahr. Die linke Gewalt wollen wir entweder nicht wahrnehmen oder es gibt zu wenig Informationen darüber. Daran tragen linksgestrickte Journalisten eine Mitverantwortung.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. September 2016: >>**Lecks in der Modellfabrik der Zukunft**
Das Energiesparpotential in der Industrie ist enorm, aber nicht alle neuen Ideen sind sofort praxistauglich
Der international erfahrene Energiesicherheitsexperte Manfred Haferburg macht sich keine Illusionen: "Ohne eine billige, zuverlässige und großindustriell nutzbare Speichertechnologie muß die Energiewende scheitern. Und diese Speicher-Technologie ist noch nicht erfunden", konstatierte der Diplomingenieur für Maschinenbau und Kernenergetik auf dem Autorenblog "Die Achse des Guten".
Selbst wenn die Sonne öfter schiene und der Wind 364 Tage im Jahr durchwehte, wäre ein Zweitkraftwerkspark mit 100 Prozent Kapazität für die paar Stunden nötig, in denen es windstill und stockdunkel ist: "Sonst bricht das Stromnetz zusammen - es gibt einen Blackout. Das ist der unheilbare Konstruktionsfehler der Energiewende", so Haferburg.
Unrealistisches Energiekonzept?
Doch Haferburgs berechtigte Kritik hat nur eine der beiden Säulen der politisch initiierten Energiewende - die "Erneuerbaren" und die nicht vorhandenen Speicher für Wind- und Sonnenstrom - im Blick. Die andere Säule, die Energieeinsparung, scheint allerdings auch nicht sonderlich tragfähig. Hierzu wäre nicht allein auf einzelne Sparten wie den inzwischen als illusorisch erkannten massenhaften Umstieg auf Elektroautos zu verweisen.
Liest man nämlich aufmerksam die peniblen Effizienzstatistiken der von Verbänden der Energiewirtschaft und Forschungsinstituten getragenen Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGE), sieht es vielmehr insgesamt danach aus, als könnten die Sparziele für 2020, wie sie das von der schwarz-gelben Bundesregierung 2010 vorgelegte Energiekonzept vorgibt, kraß verfehlt werden. Bis 2020 soll demnach der Primärenergieverbrauch um 20 Prozent sinken. 2015 registrierte die AGE hier aber erst sieben Prozent Einsparung. Maximal 10,2 Prozent Reduktion, so filtert der auf Umweltthemen spezialisierte Mainzer Journalist Michael Brüggemann aus derzeit kursierenden Prognosen heraus, ließen sich daher jetzt noch realistischerweise erreichen (Natur, 9/16).
Die "Lücke" von knapp zehn Prozent wäre allerdings in einer Art Aufholjagd wohl annähernd zu schließen, wenn in Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen eine höhere Primärenergieeinsparung gelänge. Zumindest nach Berechnungen der öffentlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Brüggemann zitiert. Der dazu von ihm befragte Fertigungstechniker Alexander Sauer, seit 2015 Leiter des Instituts für Energieeffizienz in der Produktion an der Universität Stuttgart, äußert sich angesichts der überall in deutschen Betrieben "anders gesetzten Prioritäten" indes skeptisch.
Gerade in kleineren und mittleren Betrieben fehle es an Personal, Zeit und Know-how, um energetische Einsparmöglichkeiten zu identifizieren. Das Management kümmere sich in der Regel vordringlich ums operative Geschäft, aber kaum um "schlecht gedämmte Öfen oder Maschinen, zu lange Leitungswege, überdimensionierte Antriebe, Leckagen oder ungenau eingestellte Motoren mit schlechtem Wirkungsgrad". Bislang habe man es daher hingenom-

men, wenn beispielsweise etwa bei alten, nicht drehzahlgeregelten Kompressoren 95 Prozent der Energie, die zur Erzeugung von Druckluft verbraucht werde, als Abwärme verpuffe. Solcherlei Verschwendung bleibe in vielen Betrieben verborgen, weil sie nur über den Gesamtenergieverbrauch Buch führen, "aber nicht konkret wissen, wo sie was verbrauchen".

Pumpen, Ventilatoren und Kompressoren fressen Strom

Damit sich dieser Mißstand ändert, haben Forscher der TU Darmstadt auf dem dortigen Campus "Die energieeffiziente Modellfabrik der Zukunft" eröffnet. Ziel sei, "verschiedene interdisziplinäre Ansätze zur Reduktion des Energieverbrauchs und des CO2-Ausstoßes" bei der industriellen Produktion zu vereinen. Das als "Energieeffizienz-, Technologie- und Anwendungszentrum" (ETA) firmierende Projekt leitet der Darmstädter Wirtschaftsingenieur Martin Beck. Da die Industrie die Hälfte des in Deutschland erzeugten Stroms verbraucht, setzt das ETA an neuralgischen Punkten wie Pumpen, Ventilatoren und Kompressoren an, wo Beck das Einsparpotential als "enorm" einstuft.

So würden in der Autoindustrie häufig überdimensionierte Pumpen verwendet, die Bauteile spülen und dabei für kleine Teile exakt so viel Wasser liefern wie für große. In der Halle seiner Pilot-Fabrik führt Beck Brüggemann hingegen vor, wie sich ein typischer Prozeß der metallverarbeitenden Industrie aus Drehen, Bohren, Reinigen und Montieren optimieren und Leerlaufverluste sich soweit reduzieren lassen, daß gestopfte "Energielecks" um bis zu 70 Prozent Strom sparen.

Beck und seine Mannschaft legen die Latte indes höher. Ihr ETA ist als Vorbild für die "Industrie 4.0" gedacht, wo Maschinen, Anlagen und Produkte so "intelligent vernetzt" sein sollen, daß sie sich untereinander abstimmen. Perfektionieren lasse sich diese Idealfabrik schließlich durch eine auf Energieeinsparung gedrillte Gebäudeplanung - was sich aber erst weit nach 2020 auswirke.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Oktober 2016 (x892/…): >>**Heiko Maas und die Ideologisierung deutscher Politik**

Heiko Maas "ist ein Justizminister, dem die Justiz fremd ist" schrieb die Süddeutsche Zeitung zu seiner Amtseinführung. Der deutsche Justizminister ist ein linksradikaler Ideologe, der nicht einen Monat seines Lebens als Jurist gearbeitet hat. Ein schneller Aufstieg bei den Jusos, anschließend im saarländischen Landtag, dann Minister im Saarland usw.

Trotz dreimaliger Kandidatur als Spitzenkandidat im Saarland konnte er die Wahlen nie gewinnen. Dann wurde er Justizminister und sieht seine vornehmste Aufgabe seither im "Kampf gegen Rechts" mit Bespitzelung und Unterstützung durch Linksradikale. Wenn die Medien an ihn herantreten, läßt er keine Gelegenheit aus, gegen die AfD zu polemisieren. Früher verhielten sich Justizminister neutral. Mass ist ein Symbol für die linke Ideologisierung der Politik: DDR 2.0.

"Maas ist kein Rechtstheoretiker, kein Intellektueller, kein gebildeter Mensch. In seinem Kopf ist noch nie ein originärer Gedanke vorstellig geworden", schreibt das ef-Magazin (ef 167, 24). Ihm geht es um Ideologie, nicht um Recht oder um Gerechtigkeit. Alles was seiner Ideologie nicht entspricht, wird plattgemacht.

Mit Hilfe der linksradikalen Amadeu-Antonio-Stiftung und ihrer Vorstandsvorsitzenden, einer ehemaligen Stasi-Spitzel, die ihre Arbeit nun in der DDR 2.0 fortsetzen kann, werden Facebookseiten und andere Internetportale zensiert und gesperrt. Das Internetportal der Linksterroristen und der roten SA-Truppen - Indymedia - hingegen, das fast täglich Aufrufe zu Gewalt veröffentlicht und auf dem Bekennerschreiben von Linksterroristen erscheinen, bleibt völlig unbehelligt und kann seine verfassungsfeindliche und terroristische Tätigkeit in aller Ruhe fortsetzen.

Eine weitere Methode des Bundesjustizministers besteht darin, Personen und Organisationen von "Rechts", einschließlich Konservativer, die sich kritisch mit der "alternativlosen" Politik

der Regierung auseinandersetzen und nachweisen, daß diese Politik gegen geltendes Recht verstößt, zu unterstellen, sie seien selbst schuld, wenn sie von Linksterroristen angegriffen werden. Aufgabe eines Justizministers wäre es, zumindest zu prüfen, ob tatsächlich ein Rechtsbruch vorliegt.
In Deutschland ist das anders. "Nicht der permanente Rechtsbruch der Bundesregierung, nein die Kritiker dieses Rechtsbruchs sind für den Schlamassel verantwortlich. 'Auch ein juristischer Diskurs' statuiert der Obertan, 'kann entgleiten und zur geistigen Brandstiftung beitragen.'" Michael Klonovsky im ef-magazin 167, S. 26). So wurde auch in der DDR "argumentiert".
Gleichzeitig gehören diese Leute zu den lautesten Krakeelern, wenn es darum geht, Ungarn, Rußland, Polen oder andere Länder zu unterstellen, daß dort die Demokratie ausgehöhlt und untergraben wird. Im Vergleich zu Deutschland sind z.B. Ungarn und Polen höchstdemokratische Länder.
Wie schreibt das ef-Magazin ganz zutreffend am Ende eines Beitrags über Heiko Maas: "Ein separates Recht gegen Dunkeldeutsche, ein separates Recht gegen Wohlhabende, ein Freibrief für die Antifa - Heiko Maas ist Deutschlands erster linksextremer Justizminister seit Hilde Benjamin."<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. November 2016 (x892/…): >>**Religionsfreiheit auf BRD-Art**
Der vierte Artikel des Grundgesetzes für die BRD lautet: "Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."
Nun sollte man meinen, daß dieser Artikel und alles, was er mit sich bringt, auch für alle gelte.
Dem ist anscheinend nicht so.
Ebersberg ist ein kleiner Ort bei München. Jedes Jahr besichtigten dort die Schüler der dritten Klasse der örtlichen Grundschule die Kirche des Ortes. In diesem Jahr hat der Schulleiter die Besichtigung untersagt: es sei nicht zulässig, nicht-katholischen Schülern diese Besichtigung zuzumuten.
Praktisch zeitgleich wurde (der Fall machte Schlagzeilen) in Rendsburg bei Kiel Eltern zu einer Strafe von 300 € verurteilt, weil sie sich weigerten, ihr Kind eine Moschee besichtigen zu lassen, in der mohammedanische Gebetspraktiken geübt werden sollten. Bekannt ist auch der Fall einer Lehrerin in Österreich, welche die ihr anvertrauten Kinder veranlaßte, das mohammedanische Glaubensbekenntnis zu sprechen.
Manchmal verdichten sich in wenigen Meldungen Tendenzen und Entwicklungen so stark, daß es einer Menge Chuzpe bedarf, diese zu leugnen.<<
Die Wochenzeitung Haß "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. November 2016 (x887/...): >>**Der von oben**
Trump-Wahl: Gift und Galle gegen die Entscheidung des Volkes
Die Antwort deutscher Politiker und Medien auf die Wahl von Donald Trump wirft ein dunkles Licht auf unsere Republik.
Die Reaktionen der deutschen Politik und der allermeisten Medien des Landes auf den Ausgang der US-Präsidentschaftswahl sprechen ein vernichtendes Urteil über den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik. Der Sieg Donald Trumps wird nahezu einhellig wie ein unerhörter Skandal verhandelt. Der Gedanke, daß es in der Demokratie ein normaler Vorgang ist, daß auch die "anderen" gewinnen können, scheint den Tonangebern in Politik und Medien, die sich in allen wesentlichen Fragen zum Verwechseln ähnlich geworden sind, unerträglich

zu sein.
Das läßt nur den Schluß zu, daß demokratisches Denken in den Kreisen der politisch-medialen "Elite" weitaus weniger verwurzelt ist, als dort gern behauptet wird. Die brüchige demokratische Tradition Deutschlands zeigt sich erheblich weniger stabil, als man lange Zeit hoffen mochte. Aber ist das wirklich eine Überraschung? Drohende Vorboten gab es genug für den nun offenkundig gewordenen Verfall.
Allein die Art, in welcher der Begriff "Demokrat" vor allem in jüngster Vergangenheit verwendet wurde, spricht Bände. "Demokrat" war, wer zu bestimmten Fragen wie Einwanderung, Klima- und Energiepolitik, "Weltgemeinschaft" contra Nationalstaat, "Gender" oder Euro eine ganz bestimmte, linksgrüne oder globalistische Auffassung vertrat. Wer dies nicht tat, stellte sich "außerhalb der Gemeinschaft der Demokraten", so die absurde Losung. Doch wer den Begriff des Demokraten derart verbiegt, pervertiert ihn und, schlimmer, er wendet ihn gegen dessen eigentliche Bedeutung. Denn Demokrat ist eben derjenige, der die abweichende Meinung toleriert, statt sie als unerträglich gleichsam moralisch zu kriminalisieren.
Das Wissen um diese grundlegende Tatsache scheint im größten Teil der politisch-medialen "Elite" abhanden gekommen zu sein. In den USA hat die Gegenbewegung gegen diese anmaßende, in geistiger Inzucht verödete "Elite" ihren bisherigen historischen Höhepunkt erklommen. Der "Brexit" wurde in seiner Wirkung hier noch übertroffen, überall in Europa sind Bürgerbewegungen gegen jene intoleranten und blasierten "Eliten" auf dem Vormarsch, was immer man von ihren einzelnen Repräsentanten und Ausprägungen auch halten mag.
Wie aber werden die bundesdeutschen "Eliten" antworten, wenn auch ihnen eine derartige Bewegung zur ernsten Gefahr wird? Parolen wie "Pack", "Schande" und Ähnliches, die kübelweise über Protestgruppen in Deutschland ausgeschüttet wurden, lassen Böses ahnen. Abweichungen vom grünlinken, multikulturell-globalistischen Strom entzünden bei den Mächtigen in der Republik augenscheinlich einen Haß, der sie zu allem Möglichen motivieren könnte. Deutschland stehen ruppige Zeiten bevor.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Dezember 2016 (x887/...): >>**Korrekturversagen**
Knapp ein Jahr ist es her, daß der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio der "Willkommens"-Politik der Kanzlerin in einem Gutachten faktisch fortdauernden Rechtsbruch bescheinigt und die Wiederherstellung der Grenzsicherung als Verfassungspflicht dargelegt hat.
Michael Bertrams, früherer Präsident des Verfassungsgerichtshofs für Nordrhein-Westfalen, hatte zur selben Zeit die Grenzöffnung im Alleingang als "Akt der Selbstermächtigung", Kompetenzüberschreitung und möglichen Verfassungsbruch klar beim Namen genannt. Und der Ex-Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier konstatierte vor Jahresfrist ein "eklatantes Politikversagen" und eine in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik nie dagewesene "Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit".
Konsequenzen hatte das so gut wie keine. Die Bundesregierung tut so, als wäre mit verstärkten Grenzkontrollen und symbolischen Zurückweisungen wieder alles in Ordnung. Dabei geht die illegale Einwanderung unter Mißbrauch des Asylrechts auf hohem Niveau einfach weiter, die Schlupflöcher sind offensichtlich noch lange nicht gestopft. Die CSU-Forderung nach einer "Obergrenze" für die freiwillige Aufnahme nicht-asylberechtigter Personen, deren Berechtigung Di Fabio gerade erst wieder bekräftigt hat, ist ein Popanz geblieben, der nach Bedarf aus der Kiste geholt und wieder verstaut wird.
Jetzt sind die Bürger dran
Auf den Rücktritt der Kanzlerin warten die Bürger, deren Alltag sich als Folge des von ihr verantworteten Kontrollverlusts in einen permanenten Ausnahmezustand verwandelt, nach wie vor vergebens. Während die Zahl der Toten, der körperlich und seelisch Traumatisierten,

die zumindest indirekt auf das Konto ihrer in der Substanz bis heute nicht korrigierten Politik der offenen Tür gehen, weiter steigt, während anstelle der geöffneten Grenzen Innenstädte, öffentliche Räume und Veranstaltungsorte sich in Festungen und Hochsicherheitstrakte verwandeln, strebt sie ungerührt eine vierte Amtszeit an.
Die CSU, die das Di-Fabio-Gutachten einst in Auftrag gegeben hatte, hat sie mit als erste auf den Schild gehoben. Die Korrekturmechanismen des politischen Systems haben bislang offenkundig versagt. Eine Kanzlerin, die trotz des angerichteten Unheils weder selbst zurücktritt noch zur Abdankung gezwungen wird, muß abgewählt werden. Jetzt sind die Bürger dran: Auch deshalb ist 2017 das Jahr der Entscheidung.<<

Zusammenfassung der Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands
Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformer galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.
Am 11. September 1989 ließ die ungarische Regierung die Grenzen nach Österreich öffnen. Danach flohen innerhalb von 3 Tagen rund 15.000 DDR-Bürger nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik (x175/820).
In Leipzig wurde am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.
Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anläßlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...).
In Leipzig duldete die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern ("Wir sind das Volk - keine Gewalt ...").
Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.
Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.
Die SED-Führung (Egon Krenz) verkündete am 9. November 1989 die Grenzöffnung nach Westdeutschland und West-Berlin.
Ein Journalist berichtete damals über die Nacht vom 9./10. November 1989 in Berlin (x303/-170): >>Bald wird die Grenze geöffnet. Das passiert kurz nach Mitternacht. Die ersten DDR'ler kommen zu Fuß, viele sind verwirrt, sagen: "Hoffentlich kann ich auch wieder zurück ..."
Durch ein Gatter drängen sie in den Westen, bejubelt von der wartenden Menge. Sie werden umarmt und mit Sekt übergossen. ...
Wir versuchen zum Brandenburger Tor zu kommen. Es ist etwa 3 Uhr (nachts). Das Tor ist grell erleuchtet – von den Scheinwerfern der TV-Teams.
Auf der Mauer stehen die Leute dicht an dicht. "Das Geilste von allem war", schreit jemand, "wie wir vorhin durchs Brandenburger Tor jeloofen sind – ick hab det Ding sogar anjefaßt". ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den Zusammenbruch der DDR und die friedliche deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990 (x283/246-248): >>... Als der wachsende Schuldenberg die Aussicht auf den Staatsbankrott für 1991 erkennen ließ, bot der Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski am 6. November 1989 der Bundesregierung an, für eine weitere Zusage von 12 bis 13 Milliarden D-Mark die Berliner Mauer zu öffnen. Dies wurde verweigert. Drei Tage später fiel die Mauer ohne einen weiteren Heller Bruderhilfe. ...
Die wachsende Verschuldung der DDR führt zu der Frage, ob das System ohne die wiederhol-

ten Kredite vom Klassenfeind nicht schon vorher zusammengebrochen wäre.
Umgekehrt wüßte man gern, was den Arbeiter- und Bauernstaat hätte retten können. Da ist guter Rat teuer. ... Jede Reform hätte das System weiter unterhöhlt. Je mehr Freiheiten gewährt worden wären, desto mehr wären gefordert worden. Was immer das Regime tat, war falsch, weil es selbst falsch war, so falsch wie die Wahlergebnisse, auf die es sich stützte. Als dann Gorbatschow Glasnost und Perestroika ausrief und der gesamte sozialistische Ostblock ins Wanken geriet, entfiel auch die Existenzgrundlage für den SED-Staat.
Unklar bis zuletzt blieb, ob das Regime kampflos abtreten würde. ... Höhepunkt der Spannung war die Montagsdemonstration um die Leipziger Nikolaikirche am 9. Oktober 1989. 8.000 Soldaten der Nationalen Volksarmee hatten die Altstadt umstellt. Für die Krankenhäuser waren Sonderschichten angeordnet, die Blutkonserven aufgestockt, die Kühlräume der Schlachthäuser für die erwarteten Leichen freigeräumt. Das "Neue Deutschland" hatte das Vorgehen der chinesischen Ordnungskräfte gegen die Konterrevolutionäre auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit seinen Aberhunderten von Toten beifällig kommentiert. War in Leipzig nicht ein Gleiches zu erwarten?
... Das Blutbad an der Nikolaikirche unterblieb. Was hätte es auch genützt? Den Bruch mit Bonn und eine Verzögerung des Endes mit sinnlosen Opfern! Deren gab es doch wahrlich schon genug. Moskau hatte den Herren vom Staatsrat die militärische Unterstützung entzogen. Tief enttäuscht waren sie nun klug genug, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Sie gaben zwar nicht freiwillig, aber kampflos auf, was auch gewaltsam nicht auf Dauer zu halten gewesen wäre. Durch das, was damals nicht geschah, war Leipzig eine Sternstunde. ...<<
Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.
In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).
Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 19. März 1990 über die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR (x303/173): >>... Kohl hat sich im Wahlkampf für den Anschluß, für die Teilhabe der DDR-Bürger am westlichen Wohlstand, für das Versprechen von der Erlösung vom Dasein eines Deutschen zweiter Klasse verbürgt.
Eine Mehrheit der DDR-Wähler wollte Gleichheit jetzt – und sei es nur als Garantie von materiellen Symbolen der Gleichheit.<<
Der deutsche Schriftsteller Günter Grass (1927-2015, erhielt 1999 den Nobelpreis für Literatur) erklärte am 19. Mai 1990 zur geplanten Wiedervereinigung Deutschlands (x303/173): >>... Mein erster Eindruck ist der, daß in Ermangelung eines weiterreichenden Gedankens die D-Mark der zentrale Begriff geworden ist. ...
Der Ruf nach Freiheit ist durch eine Art von DM-Freiheit und Konsumfreiheit ersetzt worden.
Die absurdeste Koppelung habe ich in der DDR auf einem Plakat gelesen: Freiheit ist Leistung – dümmer habe ich das Wort Freiheit noch nie interpretiert gesehen.<<
Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschiedeten am 21. Juni 1990 den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Ferner wurde eine Entschließung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder-Neiße-Linie) verabschiedet.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 "Erklärung der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen bzw. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie" (x160/12): >>... Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 endete mit dem Ausruf des Grünen-Abgeordneten Briefs: "Es darf nie wieder Deutschland geben. Nie wieder Deutschland!"
Beifall bei Abgeordneten der Grünen (Seite 17.280 des Protokolls).<<
Der Deutsche Bundesrat stimmte am 22. Juni 1990 dem Staatsvertrag und der Entschließung

über die deutsch-polnische Grenze zu.
Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes (Termin: 3. Oktober 1990).
Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichneten am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).
In Moskau wurde am 12. September 1990 das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.
Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 29.09.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 gebildet werden!!!). Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").
Infolge des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gehörten die fünf neuen Bundesländer seit dem 3. Oktober 1990 zur EG.
Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 wurden gemäß Ländereinführungsgesetz vom 22.07.1990 in der ehemaligen DDR folgende Länder gebildet: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.
Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 31. Dezember 1991: >>**Aufbauhilfe für den Osten**
Westdeutschland hat in diesem Jahr rund 12 Milliarden Mark nach Ostdeutschland transferiert. ...<<
Die "Thüringer Allgemeine" berichtete am 29. August 1992: >>**Die Wismut – der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte**
Radioaktive Abfälle der Uranproduktion bleiben Milliarden Jahre gefährlich
Die ehemalige DDR war einer der größten Uranproduzenten der Welt. Das ist inzwischen bekannt. Welche Schäden dieser jahrzehntelange Raubbau an der Natur verursacht hat und welchen Gefahren die Bewohner der Wismut-Region ausgesetzt sind, wird jetzt erst langsam offensichtlich. ...
Die Sanierung der gesamten Wismut-Region wird bis ins nächste Jahrtausend dauern. Expertenschätzungen zu den Kosten haben sich bei rund 15 Milliarden Mark eingependelt. Zur Zeit wird neben zaghaften Sanierungsversuchen, erst einmal festgestellt, welche Flächen überhaupt belastet sind.
Die Wismut hat bereits Teile eines Umweltkatasters für ihre Flächen vorgestellt. Das Bundesamt für Strahlenschutz erarbeitet ein Altlastenkataster für Flächen, die seit 1962 nicht mehr zur Wismut gehören. Dafür steht 1992 gerade eine Million Mark zur Verfügung.
Unabhängig von diesen Meßergebnissen sehen Arbeitsmediziner schon heute die Wismut-Region, was die Zahl der Geschädigten angeht, nach Hiroshima und Tschernobyl als den dritten Strahlenschaden der Welt.<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 20. Januar 1993: >>**6,8 Milliarden weg**
Die Bundesregierung bringt ein neues Gesetz auf den Weg, das Verfolgung und Betrug bei der Währungsunion vereinfacht. Ermittlungen laufen gegen 10.000 Firmen und Bürger: DDR-Guthaben z.B. über DDR-Strohmänner 2:1 statt der erlaubten 3:1 in Mark getauscht zu haben. Schaden: mindestens 6,8 Milliarden DM.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. August 1994: >>**"Russen hinterlassen teure Altlasten"**

Die Beseitigung der von den russischen Truppen in Deutschland hinterlassenen Altlasten wird nach Ansicht des Umweltbundesamtes Kosten in Milliardenhöhe verursachen. ... Auf den bisher untersuchten 925 geräumten Liegenschaften seien 27.000 ökologisch belastete Verdachtsflächen gefunden worden. Auf mehr als 3.000 Flächen seien Sofortmaßnahmen erforderlich, um akute Gefahren für Menschen zu verhindern. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. September 1994: >>**Die Russen gehen**

... 49 Jahre nach dem Einmarsch der Roten Armee verlassen die Russen Berlin. ...

Respekt verlangt vor allem der fast reibungslose Ablauf der neben dem Golfkrieg größten Militäroperation der vergangenen Jahre. Mehr als 500.000 Menschen und 5.000 Panzer wurden ohne größere Zwischenfälle abgezogen.

... Tatsächlich hat Bonn das Entgegenkommen Moskaus großzügig belohnt: Mehr als 14 Milliarden Mark flossen seit 1990 nach Osten, ohne das immer genau klar wurde, wo das Geld landete. Immerhin wurden auch Wohnungen für die heimkehrenden Soldaten gebaut. Nun fürchtet Moskau, seinen letzten Trumpf ausgespielt zu haben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die deutsche Großzügigkeiten gegenüber Osteuropa (x268/216): >>An die Staaten des ehemaligen Ostblocks sind aus der Bundeskasse nach der Wiedervereinigung über 150 Milliarden Mark geflossen, dafür über 100 Milliarden an Rußland und die anderen GUS-Staaten. Trotz einer bedrohlichen Staatsverschuldung haben die deutschen Politiker immer noch die Spendierhosen an:

Im April 2002 erließ Berlin 4,5 Milliarden Euro russischer Schulden aus dem DDR-Handel, und seit 2003 beteiligt es sich mit bis zu 1,5 Milliarden an der Entsorgung russischer Atom-U-Boote. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Mai 1996: >>**Karlsruhe beendet Streit um die SBZ-Bodenreform**

Enteignungen zwischen 1945 und 1949 bleiben bestehen / Betroffene rügen "Anschlag auf den Rechtsstaat"

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Schlußstrich unter den Streit um die Bodenreform gezogen: Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bleiben unumkehrbar, neue juristische Vorstöße dagegen sind zwecklos. ...

Die Bundesregierung hatte argumentiert, die Unumkehrbarkeit der Enteignungen von 1949 sei von der Moskauer Seite zur Bedingung gemacht worden. Dieser Darlegung folgend, hatte das Gericht die Ungleichbehandlung gegenüber den nach 1949 Enteigneten für rechtmäßig erklärt. Nach Auflösung der Sowjetunion hatte jedoch der frühere UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow Interviewäußerungen gemacht, wonach es ihm seinerzeit auf die Unumkehrbarkeit nicht ankam. ...

Zustimmung kam am Donnerstag von der SPD und den Grünen in Bonn ... Werner Schulz (Grüne) sagte, niemand könne ein halbes Jahrhundert rückabwickeln.

Die Betroffenen zeigten sich empört. ... Die nachträgliche Anerkennung der Bodenreform sei "ein Anschlag auf den Rechtsstaat". ...<<

Der deutsche CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1982-1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) schrieb am 22. August 1998 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**"Antifa": Sie kämpft gegen die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes**

Niemand in Europa hätte an der Zeitenwende 1990/91 geglaubt, daß Kommunisten bald wieder ihre Ziele aufgreifen und offen oder verdeckt je wieder reale Macht ausüben würden. Diese Hoffnung hat getrogen. Die Verführungskraft von Ideologen ermöglicht sogar deren Wiedergeburt. ...

Seitdem gibt es immer wieder Versuche, Deutschland erneut unter "Faschismusverdacht" zu stellen, Deutschland darzustellen als historischen einzigartigen Verbrecherstaat und alle, auf die wir in unserer Geschichte mit Stolz zurückblicken können, einer "antifaschistischen" Inquisition zu unterziehen. Da geht es um Kasernennamen, um Ehrenmale, um Friedhöfe mit den Gräbern von jungen Soldaten, die für Deutschland gefallen sind. Es ging sogar - wie dies die Debatte um den 9. Mai 1945 gezeigt hat - um das Recht auf die Trauer schlechthin. ...
"Antifaschismus" läßt sich heute zu vielerlei Zwecken gebrauchen: z.B. als Keule, um Andersdenkende willfährig oder mundtot zu machen. Unter den vielen Initiativen und Kampagnen, mit denen seit 1990 "antifaschistischer Kampf" um die Meinungsführerschaft in Deutschland geführt wird, mit dem Ziel eines "Politikwechsels" bzw. einer "anderen Republik", möchte ich hier nur einige nachzeichnen, die sich gegen die Wehrmacht richteten und richten, in der mehr als 18 Millionen Deutsche überwiegend aufgrund einer gesetzlichen Wehrpflicht ihren Dienst für ihr Vaterland leisten mußten. ...
Die Angehörigen meines Jahrgangs (1920) konnten Hitler nicht wählen. Dafür waren sie zu jung. Aber sie wurden von ihm in den Krieg geschickt, und nur die Hälfte davon ist daraus zurückgekehrt. Die aber, die nicht zurückgekehrt sind, sind nicht für Hitler gestorben, den Verderber Deutschlands, sondern für unser Vaterland. Ein Schuft, wer ihnen jetzt auch noch die Ehre nehmen wollte!
Neuerdings versucht man sogar, Überläufern und Deserteuren Denkmäler zu errichten. Sollte es ehrenwerter gewesen sein, zu Stalin überzulaufen, anstatt das deutsche Volk und die deutschen Frauen gegen dessen Rote Armee zu verteidigen? ...
In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde die Ehre der deutschen Soldaten, die an diesem Krieg teilnehmen mußten, hochgehalten; in Deutschland, wie bei unseren Kriegsgegnern. Seit Jahren tingelt nun eine von dem früheren Kommunisten Heer und dem Zigarettenmilliardär Reemtsma organisierte Ausstellung durch deutsche Lande, die das Andenken und die Ehre der deutschen Soldaten besudelt. Das soll sie wohl sein, die öffentliche Darstellung der Wehrmacht als "größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte", wie "Die Zeit" es bereits 1992 gefordert hatte.
"Verbrechen der Wehrmacht", so heißt diese Ausstellung, ein infames Machtwerk, das der früheren sowjetischen Propaganda in nichts nachsteht. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2000: >>**"Elf-Konzern schmierte deutsche Politiker"**
Mehr als 105 Personen, darunter mindestens 2 hochrangige deutsche Politiker, sind 1992 nach einem Bericht der französischen Zeitung "Le Monde" aus schwarzen Kassen des französischen Ölkonzerns Elf Aquitaine finanziert worden. Unter den Begünstigen sollen der Zeitung zufolge auch der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister Hans Friedrichs und die frühere Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, Agnes Hürland-Büning, gewesen sein. Die Zahlungen seien alle im Zusammenhang mit den Verkaufsverhandlungen zwischen Elf Aquitaine und der ostdeutschen Leuna-Raffinerie erfolgt.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 2004 (x887/...): >>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**
Der im Oktober 2003 verstorbene Soziologe Erwin K. Scheuch hatte noch wenige Tage vor seinem Tod in einem Zeitungsinterview davon gesprochen, daß "in der SPD den Linksextremen die Kultur 'zum Fraß vorgeworfen' wird, weil man damit hofft, Handlungsspielraum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gewinnen". Der "Antifaschismus" werde benutzt als "Ablenkungsmanöver für die Linken", damit man "wirtschaftlich und sozial 'rechte' Politik machen" könne. ...
Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der

im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...
Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. ...
Ist es nicht die angeblich faschistische Polizei der "restaurativen" 50er und 60er Jahre, der "Bullenstaat" unter Adenauer, Erhard und Kiesinger gewesen, als man mit ach so brutaler Gewalt gegen KPD- und 68er APO-Aufmärsche vorgegangen war? Heute kritisieren die Antifa-Helden von damals die Polizei, weil sie vermeintlich nicht hart genug gegen den "Terror von rechts" vorgeht. Aber "Bullenklatschen" kann man natürlich mit "Zeckenklatschen" ebenso wenig vergleichen wie Kommunismus und Nationalsozialismus; Molotowcocktails bei NPD-Chaoten sind eben etwas ganz anderes als bei Antifa-Chaoten.
Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.
Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien (besonders in Diktaturen), daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.
Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" (à la Goldhagen) den braunen "Gröfaz" als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" (Martin Walser) des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als (Erbsünde-)verdammtes Volk fühlen.
Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.
Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.
Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".
Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für

Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'
Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'
Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."
Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Dezember 2005 (x887/...): >>**Vom Wirtschaftswunderland zum Privilegienverwalter**
... In Deutschland wird das Problem der Arbeitslosigkeit durch die laxe Immigrationspolitik zusätzlich verschlimmert. Es wurden und werden genau solche Ausländer aus Osteuropa, der Türkei, dem Nahen Osten und Afrika ins Land gelassen, die dank ihrer fehlenden Qualifikation keine Chance auf dem immer anspruchsvoller werdenden Arbeitsmarkt haben und bald der Sozialhilfe anheim fallen. ...
In Deutschland sind mittlerweile 42 Prozent der Erwachsenen Begünstigte des Sozialstaats: als Rentner, Pensionäre, Arbeitslose, Umschüler, Studenten, Sozialhilfe- und Wohngeldbezieher. In Mitteldeutschland ist es schon die Mehrheit. Berücksichtigt man noch den Anteil von zwölf Prozent Staatsdienern, deren Produktivität nicht meßbar ist, sowie Berufsstände wie die Landwirtschaft und den Kohlebergbau, deren Subventionierung ihre Wertschöpfung übertrifft, dann finanziert eine ständig weiter schrumpfende Minderheit von 30 bis 40 Prozent Leistungsträgern den gesamten Sozial- und Subventionstransfer.
Volksparteien, die eine Wählermehrheit ansprechen wollen, haben mittlerweile die unproduktiven Transferempfänger und die einflußreichen Wohlfahrtsverbände als Profiteure des Systems als Hauptklientel. Der letzte Bundestagswahlkampf und das aktuelle Regierungsprogramm der Steuererhöhungen beweisen dies nur allzu deutlich.
Dringend nötige Strukturreformen des Arbeitsmarktes wie das Ende der Flächentarifverträge, eine Reduzierung der Sozialhilfen (die die weniger Qualifizierten wieder dem Arbeitsmarkt zuführen würde), die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Senkung der Lohnnebenkosten finden deshalb nicht statt.
Während die öffentliche Infrastruktur und die Städte verwahrlosen, werden die für ihre Sanierung nötigen Mittel dafür ausgegeben, daß Millionen Arbeitsfähige und potentiell Leistungswillige nichts tun. ...<<
Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 9. Dezember 2010: >>**Transparency-Umfrage**
Deutsche halten ihre Parteien für zutiefst korrupt
Die Deutschen haben keine gute Meinung von ihren Parteien. Im Gegenteil: Sie halten sie für tief verstrickt in Korruption und Lobbyismus. Justiz und Polizei genießen dagegen in der Bevölkerung höchstes Vertrauen, wie eine am Donnerstag veröffentlichte Umfrage von Transparency International (TI) ergab.
Im internationalen Vergleich schnitt Deutschland gut ab. Während weltweit jeder vierte Befragte angab, in den letzten zwölf Monaten Schmiergeld bezahlt zu haben, waren es in hierzulande zwei Prozent.
Auf einer Skala von eins (nicht korrupt) bis fünf (höchst korrupt) kamen die Parteien lediglich auf die Note 3,7. Das ist der schlechteste Wert aller Sektoren, zu denen TI rund 1.000 Deutsche repräsentativ befragt hatte. Die Privatwirtschaft schnitt mit der Note 3,3 ab, der öffentliche Sektor mit 3,2 und die Medien mit einer glatten drei. Die Spitzenplätze belegten Bildungseinrichtungen und Polizei mit 2,3 und die Justiz (2,4).

Für die Parteien sei die Umfrage ein Warnsignal, sagte die Vorsitzende von Transparency Deutschland, Edda Müller. Bei der Benotung hätten die Bürger sicher die Mehrwertsteuersenkung für Hotels und die Spende aus der Hotelbranche an die FDP im Hinterkopf gehabt. Auch die Verlängerung der AKW-Laufzeiten könnte eine Rolle gespielt haben. Insgesamt werde nicht zwischen Korruption und bestimmten Formen von Lobbyismus unterschieden.
"Die Parteien laufen immer mehr Gefahr, das Vertrauen und die Unterstützung ihrer Wähler zu verspielen", warnte Müller. So müßten endlich klare Regeln für Parteiensponsoring eingeführt werden. TI fordert unter anderem, daß Sachunterstützungen, etwa bei Parteitagen, wie Parteispenden veröffentlicht werden müssen.
Insgesamt sieht TI hierzulande bei der Korruptionsbekämpfung Fortschritte. Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften gebe es bereits in neun Bundesländern, notwendig sei nun eine flächendeckende Einrichtung solcher Sondereinheiten.
"Dies schulden wir nicht zuletzt den integren Unternehmen, die sich im Wettbewerb gegen die unlautere Vorteilsbeschaffung durch Korruption behaupten müssen", sagte Müller. In der Industrie sieht TI nach der Korruptionsaffäre bei Siemens ebenfalls positive Tendenzen. So gebe es immer mehr Anti-Korruptions-Beauftrage.
Der Bevölkerung scheint das allerdings nicht zu reichen. In der Umfrage gaben siebzig Prozent der Deutschen an, ihrer Meinung nach habe die Korruption in den vergangenen drei Jahren zugenommen. International liegt dieser Wert nur bei 60 Prozent.
Für die Umfrage hatte TI 91.000 Menschen in 86 Staaten befragt. In Europa und Nordamerika gaben 73 beziehungsweise 67 Prozent an, daß die Menschen in den vergangenen drei Jahren empfänglicher für Bestechlichkeit geworden seien. Sieben von zehn Befragten sagten, sie würden Korruptionsfälle anzeigen. Nach Einschätzung von TI beeinflußt auf beiden Kontinenten noch immer die Finanzkrise die Meinungsbildung der Bevölkerung.
Die EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, kündigte an, den Kampf gegen Korruption in Europa zu verstärken. "Die Maßnahmen, die bis jetzt in der EU ergriffen wurden, haben noch keine überzeugenden Ergebnisse gebracht", sagte sie der "Welt". Deutliches Zeichen dafür sei, daß eine Mehrheit der EU-Bürger glaube, daß es in den Verwaltungen ihrer Länder Korruption gebe.<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. August 2012: >>**Der Politikstil der Kanzlerin**
Das System M
Mit Angela Merkel kam die Relativierung von Werten in die Politik. Ihre Führung lebt von den Mißverständnissen, die über sie in Umlauf sind. So arbeitet sie am Zerfall der Demokratie.
... Von Gertrud Höhler
Niemand unter den Tätern, die Europa durch Rechtsbrüche und Verfassungsverstöße retten wollen, bringt für diese lautlose Sprengung der Pfeiler, auf denen Europa und seine Staaten ruhten, eine so natürliche Qualifikation mit wie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel. Die Ironie der Geschichte machte sie genau deshalb zur "Königin von Europa", weil ihre Unbefangenheit beim Abbruchunternehmen Euro-Rettung von den beklommenen Vollstreckern als Überlegenheit erlebt wird.
"Die Werte der anderen" haben für die deutsche Chefin keinerlei Verbindlichkeit. So wird die Kanzlerin zur Protagonistin in einem dämonischen Spiel, das die "Rettung Europas" zu einem absurden Preis auslobt: alle Spielregeln zu brechen, die den Geist von Europa garantieren. Die Stabilität des Kontinents wird nur noch über Geldwerte definiert. Der Irrtum am Start der Währungsunion wird damit wieder handlungsleitend; das geheime Motto lautet: Wir kaufen Europa.
Die Kanzlerin hat mit einer Rechtzeitigkeit die Szene betreten, die wir Zufall nennen können.

Ob ohne diese unbeschwerte "gute Patin von Europa" ("Bild" am 28. Oktober 2011) die deutsche Politik und ihre Dominanz im europäischen Projekt genauso aussähe, darf bezweifelt werden. "Führung", wie die Kanzlerin sie praktiziert, ist ein zuverlässig codiertes Undercover-Stück, das von den Mißverständnissen der Beobachter lebt. Jahrelang hat die Presse sich mit der Frage beschäftigt, ob sie besonders gut oder eher schlecht oder vielleicht gar nicht führt. In Wahrheit hat Merkel ein autokratisches System entwickelt, das von den Vorurteilen der Beobachter profitiert: Autoritäres Schweigen ist in diesen Vorurteilen nicht verzeichnet. Genau das praktiziert die Kanzlerin mit wachsendem Erfolg.

Eine spezielle Variante von Hypermoral

Angela Merkel hat von Anfang an diese Blockade in den Sehgewohnheiten der Westler ausgelöst. Da sie ihr werteentleertes Erfolgskonzept nicht aggressiv vortrug, sondern ganz entspannt "dabeihatte", wirkte sie eher exotisch, wie von sehr weit her gekommen, als feindlich. Es dauerte Jahre, bis ihr Relativismus von einigen Wegbegleitern verstanden wurde.

Die Blockade in den Köpfen der Kollegen beruhte auf Wunschdenken: Relativieren, das konnten sie alle bis zu dem Verbotsschild, das bei Werten und Normen aufragte: Pacta sunt servanda, stand da. Rechtsbruch als Privileg der Regierung: auf keinen Fall. Vertrauensbruch, geschredderte Versprechen, Täuschungsmanöver mit Wertezitaten, Mißbrauch von Ethik und Moral zur Befriedung der "andern", das machen Falschspieler.

Mit Angela Merkel kam die Meta-Ebene der Relativierung, das Verbotsschild verschwand. Relativismus in der Physik, wo es um die reale Welt geht, ist ein Kinderspiel, verglichen mit den Spielräumen, die Relativierung im Reich der Werte und Normen öffnet. Führung darf alles, steht da in machtvollen Lettern, die nur die Machthungrigen lesen können. Merkels Relativismus der Erkenntnisse und Werte ist eine spezielle Variante von Hypermoral, die den Mächtigen besondere Lizenzen öffnet. Was wir wissen und bewerten, so Merkels ethischer Relativismus, gilt nie absolut.

Es hängt ab von den Meinungen, die umlaufen, von den Zielen, die sie verfolgt, von der Verwendbarkeit der Menschen, die, anders als die Machthaberin selbst, in Wertekonflikten gefangen und dennoch für sie unentbehrlich sind. Die unerledigte Auseinandersetzung zwischen großen Teilen der CDU und Angela Merkel gilt diesem Utilitarismus, der das gesamte Wertepotential je nach Bedarf wegschwemmt.

Mit Angela Merkel ist eine Frage auf die politische Tagesordnung gekommen, mit der die CDU einstweilen nur intuitiv, nervös und im Kern fassungslos umgeht: Es ist die Frage, ob der Wertekonsens, den alle bürgerlichen Parteien teilen, seine Gültigkeit verliert zugunsten situativer Unberechenbarkeit aller Akteure und Motive. Daß der Konflikt nicht ausgetragen wird, nicht jetzt, hat mit seinem grundsätzlichen Gewicht zu tun. Die Kanzlerin arbeitet daran, daß er sich von selbst erledigen werde, durch Gewöhnung an das neue, utilitaristische Wertekonzept.

Antipathos in höchster Perfektion

Angela Merkel hat das Konzept von der überparteilichen, übernationalen Kanzlerin entwikkelt. Sie führt ihr Amt wie einen Gemischtwarenladen: Produkte, die nicht gehen, werden aus dem Angebot genommen. Produkte der Konkurrenz, die besser laufen, werden kopiert. Die Kanzlerin sieht sich als Anbieterin in einem Meinungsmarkt, wo die Kundengunst über den Marktwert der Ware entscheidet.

Was Politik anbietet, sind aber nicht Waren. Es sind Entwürfe für Lebensqualität, soziale Sicherheit und Entfaltungsrechte. In den Entwürfen der Parteien werden nicht einfach Kundenbedürfnisse erfüllt und Konsumversprechen abgeliefert. Politische Angebote in der Demokratie beziehen sich immer auf den Kanon von Zusagen, die unsere Verfassung den Bürgern macht. Dieser Kanon beginnt mit dem höchsten virtuellen Gut, das nie in Geldwerten taxiert werden darf: der Würde des Menschen.

Wer Normen und Werte einer demokratischen Gesellschaft zur Manövriermasse macht wie Angela Merkel, der arbeitet am Zerfall der Demokratie. Wer die Alarmzeichen dieses Politikstils abstellen möchte, spricht gern vom "moderierenden" Führungsstil der Kanzlerin. Sie moderiert den Wandel, der ohnehin abläuft, heißt es in solchen Entdramatisierungsgesprächen. Merkel sorge eher für einen softeren Verlauf der Abschiedsparty von dem Werteballast der bürgerlichen Mitte. Es gebe keinen Anlaß, diese Ernüchterungsprozesse der immer noch "wertebesoffenen" Westler von gestern zu dämonisieren.
Man kann es mit dieser Lesart versuchen. Das System M ist Antipathos in höchster Perfektion. Die Kanzlerin als Chefin dieses Systems macht sich sogar die Mühe, den werteverliebten "andern" regelmäßig mit zwei, drei Zitaten aus deren Wertebaukasten Entwarnung zu liefern: Ihr Atomausstieg war so ein Moment, für den ihr die Berater ein ganz persönliches "Hier stehe ich, ich kann nicht anders" aufgeschrieben hatten.
Antipathos als Therapie - ein Modell, mit dem sich gut argumentieren läßt: Werte kosten Opfer, wenn man sich bedingungslos an sie bindet, und sie verlangen Entscheidern Tempo ab. Ein schlagendes Gewissen, Verfassungswert für Parlamentarier, isoliert die wenigen von den vielen, die ihr Gewissen zum Schweigen gebracht haben. Wertemanagement à la Merkel ist ein Business für Erfolgreiche, die sich entschieden haben: Interessenlage schlägt Wertesystem. Immer.

Eine leise Variante autoritärer Machtentfaltung

Die Karriere der Angela Merkel im Westen ist keine Einstiegs-, sondern eine Ausstiegsgeschichte. Auf leisen Sohlen verläßt die Kanzlerin unseren Grundwertekonsens. Da sie die Macht hat, ist das doch mehr als nur ein Moderationserfolg. Mit Angela Merkel kommt der Typus des Ego-Politikers auf die politische Bühne. Die seien doch alle mit einem Riesenego unterwegs, mag mancher jetzt sagen.
Aber die Ego-Politikerin Merkel macht den Unterschied. Keiner ihrer Kollegen und Vorgänger hat das Tableau (Gemälde) seiner Themen so entschieden unter eine einzige Prämisse gestellt - den persönlichen Machtzuwachs - wie Angela Merkel. Keiner hat so zynisch die oppositionellen Lager ausgeräumt wie sie, keiner hat es zu einem Image gebracht, das die deutsche Kanzlerin begleitet: Alles ist möglich.
Nichts ist ausgeschlossen. Die Ego-Karriere rangiert in jedem Fall vor dem Wohl des Landes und vor Europa. Noch kein deutscher Staatschef hat so kompromißlos die Rangfolge seiner politischen Ziele immer wieder umgeworfen und neu sortiert - um den einen Mittelpunkt: das eigene Ich. Ein so egomanischer Politikstil läßt sich nur durchhalten, wenn er schwer lesbar bleibt. Die Kanzlerin der Volten hat ihr Publikum und ihre Entourage an unverhoffte Richtungswechsel gewöhnt. Keiner ihrer Mitarbeiter würde eine Wette wagen, wenn es darum geht, wo man die Kanzlerin morgen antrifft. Das System M ist nicht berechenbar. Die schwer lesbare Kanzlerin lebt tendenziell immer undercover. Ihr Ego-Projekt ist ihr Geheimnis.
Sie ist auch die erste Staatschefin in Deutschland, die bindungslos unterwegs ist. Ihr Konzept der situativen Entscheidungen geht von der Flüchtigkeit aller Versprechen und der hohen Verfallsgeschwindigkeit aller Loyalitäten aus. Wer sich auf niemanden verlassen will, landet zwangsläufig bei sich selbst. Vielleicht sieht Angela Merkel es so: Sie hatte keine Wahl. In einer Welt, wo jeder jeden verrät, kann man nur auf Kosten aller andern das eigene Glück suchen. Die Kanzlerin hat den Weg zur Zentralmacht in Europa mit schwer lesbaren Zeichen markiert.
Das System M etabliert eine leise Variante autoritärer Machtentfaltung, die Deutschland so noch nicht kannte. Die Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts boten andere Erfahrungen, was den politischen Stil angeht - obwohl die Anklänge nicht zu leugnen sind: die Marginalisierung der Parteien, der Themenmix aus enteigneten Kernbotschaften anderer Lager in der Hand der Regentin; ihre Nonchalance im Umgang mit dem Parlament, mit Verfassungsgaran-

tien, Rechtsnormen und ethischen Standards. Der Anspruch, das deutsche "Bremssystem", eine Mischung aus Präpotenz und Symbolpolitik, zum Durchgriff auf das Budgetrecht beliebig vieler europäischer Länder auszubauen, ist wieder eine von den geräuschlosen Sprengungen, die Umsturz als Regierungsprivileg durchsetzen.

Als Asket an allen Vorgaben vorbeiziehen

Der autoritäre Sozialismus, der im System M angelegt ist, nimmt eine Hürde nach der anderen, weil er auf Gewöhnung setzt. Der leiseste aller Übergänge bereitet sich vor ohne laute Appelle. No commitment ist das Motto. Kein Bekenntnis zu Deutschland oder Europa, nur ein bißchen mehr statt weniger von beiden: eben ein deutsches Europa. Keine Leidenschaft, kein Credo, kein Bekenntnis. Sie alle lassen wir hinter uns in der Alten Welt. Kein mission statement, das die Größe des Projektes verrät. Es kommt "wie ein Dieb in der Nacht".

Welche Gruppierung kann noch opponieren mit Verweis auf ihre Identity? Wo Markenkerne entwendet und neu kombiniert werden, kann auch die Partei, aus der die Täterin ihre Jagdausflüge unternimmt, die CDU, nicht mehr auf Patentschutz für ihre Identität bestehen. Der Allparteienstaat hat lauter gesichtslose Parteien. Bald wird sich keine von ihnen mehr über Gesichtsverluste beklagen. Große Projekte gelten großen Visionen. Wer ein Geheimprojekt verfolgt, kann von seiner Vision nicht sprechen. Logische Folgerung: Er braucht keine.

Über Angela Merkels visionäres Profil wissen wir nichts. Sie arbeitet seit ihrem Auftreten an ihrer Flexibilität; wer sie auf eine Idee festlegen will, muß scheitern. Für sie hat sich die Abstinenz gegenüber Ideen und Visionen als Karriere-Treibsatz erwiesen.

Das Fazit: In Deutschland kann man seit der Einigung politisch an die Spitze rücken, wenn man als Asket an allen Vorgaben vorbeizieht, von denen sich die Mitspieler aus der alten Westwelt aufhalten lassen: Rechtsnormen und Verfassungswerte, Verträge und Wettbewerbsfreiheit, ethische Standards und moralischer Grundkonsens.

Gertrud Höhler war Literaturprofessorin und Beraterin Helmut Kohls, für dessen Kabinett sie lange als Ministeranwärterin galt. Der hier gedruckte Text ist ein Vorabdruck aus ihrem am 24. August im Orell Füssli Verlag erscheinenden Buch "Die Patin. Wie Angela Merkel Deutschland umbaut".<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 21. Juli 2013: >>**Überwachung durch US-Geheimdienste unterirdisch**

Die US-Spionage in Deutschland schneidet die Wurzeln der Grundrechte ab. Das ist staatsgefährdend. Und was macht Innenminister Friedrich, der ja auch Verfassungsminister sein soll? Mit seinem Gerede von einem Supergrundrecht Sicherheit versucht der CSU-Mann, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes sogar noch zu rechtfertigen. ...

Widerspruch zum Grundgesetz

Das Spionagenetz, das die Amerikaner einst in ihrer deutschen Besatzungszone errichtet haben, existiert immer noch, jetzt in ganz Deutschland. ...

Das alles hat nicht Edward Snowden herausgefunden, sondern der Freiburger Historiker Josef Foschepoth, der über die Post- und Fernmeldeüberwachung in der alten Bundesrepublik geforscht und 2012 ein aufsehenerregendes Buch geschrieben hat: "Überwachtes Deutschland". Edward Snowden hat freilich aufgedeckt, daß die Überwacherei exzessiv weitergegangen ist und weitergeht, auch nach der Wiedervereinigung und dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der Deutschland angeblich die volle Souveränität gegeben hat.

Die Mißachtung des deutschen Grundrechts hat einen beschwichtigenden Namen: "Strategische Kontrolle" nennt das der US-Geheimdienst. Das ist nicht nur eine Kontrolle bestimmter Telefonate, das ist nicht nur ein Zugriff auf bestimmte Internet-Daten, sondern die Kontrolle des gesamten Telefon- und Internetverkehrs. "Strategische Kontrolle" ist grob verharmlosend, Schleppnetzüberwachung sagt man besser. Sie ist der GAU für das Allgemeine Persönlichkeitsrecht - die Größte Anzunehmende Überwachung. Es existiert in Deutschland eine grund-

rechtsverachtende Parallelwelt, eine Unterwelt.
Vom Wesensgehalt der Grundrechte ist kaum etwas übrig
Das Grundgesetz sagt, "in keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden". Zum Wesen der US-Spionage gehört aber ersichtlich, vom Wesen der genannten Grundrechte kaum etwas übrigzulassen.
Der Boden des Grundgesetzes verliert seine Stabilität. Die Statik des deutschen Rechtsstaats, der auf diesem Boden errichtet wurde, wankt. Die Tektonik der Verfassung bricht. Die Sicherheit der Menschen im Recht leidet, die Geborgenheit im Rechtsstaat geht verloren. Die umfassende, generelle und flächendeckende US-Überwachung der Bundesbürger ist nicht einfach nur ein Angriff auf die deutsche Souveränität. Sie ist ein umfassender Angriff auf die Grundrechte der deutschen Bürger. ...
Innenminister Friedrich - ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik
... Der deutsche Staat hat den umfassenden Schutz der Grundrechte des Grundgesetzes garantiert. Wenn er diese Garantie nicht einhalten kann oder einhalten will, wenn diese Garantie also nichts mehr gilt, handelt es sich um einen Fall von Staatsnotstand.
Der Bundesinnenminister ist zugleich Verfassungsminister. Der derzeitige Amtsinhaber Hans-Peter Friedrich, CSU, ist sich offensichtlich dessen nicht bewußt. Er tut so, als gelte es lediglich, den Amerikanern gesprächsweise beizubringen, daß die Deutschen halt so sensibel seien, wenn es um ihre Grundrechte geht. Minister Friedrich versteht offenbar nicht, daß der Schutz der Grundrechte der Bürger zum Wesen des Staates und zu den Hauptaufgaben seines Amtes gehört. Es geht bei den Spionageangriffen nicht um Petitessen (Geringfügigkeiten), es geht nicht um Sensibilitäten, es geht um den Kern von Demokratie und Rechtsstaat.
Ein Minister, dem man das erst erklären muß, ist nicht ein Minister der Bundesrepublik, sondern ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik. Mit seinem Reden von der Sicherheit als einem Supergrundrecht macht er sich zum NSA-Bruder, zum Bruder im Geiste des US-Geheimdienstes. Die Erfindung eines ungeschriebenen Supergrundrechts Sicherheit ist der Versuch, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes zu rechtfertigen.
Der alte, berühmt-berüchtigte Satz des Staatsrechtlers Carl Schmitt - "souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet" - darf aber nicht Wahrheit werden. Heute muß gelten: Souverän ist, wer die Grundrechte seiner Bürger schützen kann. Innenminister Friedrich ist es nicht. Diese Bundesregierung ist es auch nicht. Ist es der deutsche Staat?
Manche halten die US-Spionage für Montezumas Rache an der Internet-Generation
Angeblich existieren immer noch etliche vage ehemalige alliierte Vorbehaltsrechte, die den USA zum Schutze ihrer Truppen in Deutschland alles Erdenkliche und nicht näher Festgelegte erlauben. Angeblich haben die Amerikaner beim US-Besuch des deutschen Innenministers auf die Ausübung solcher alten Rechte verzichtet. Nichts Gewisses weiß man nicht. Aber man hat das unangenehm mulmige Gefühl, daß es darauf nicht ankommen wird - weil die USA ganz unabhängig davon, ob noch ein dünner Faden von US-Vorbehaltsrechten in Deutschland existiert, die Macht haben und die Macht nutzen, auf alle Daten zuzugreifen, die sie wollen. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 23. April 2014: >>**Wer die Verfassungsrichter wählt**
Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist mit 16 gewählten Richtern besetzt und besteht aus zwei Senaten mit je acht Richtern. Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt werden - im Bundestag entscheidet aber bisher nicht das Plenum, sondern ein unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagender Wahlausschuß von zwölf Abgeordneten.
Diese Praxis hatte sogar einst der jetzige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, in einem Grundgesetzkommentar kritisiert: "Von nicht unerheblichen Teilen der

Literatur wird diese Regelung zu Recht für verfassungswidrig gehalten."
Nach den Reformplänen der großen Koalition soll künftig der Ausschuß lediglich einen Richter vorschlagen und die Entscheidung dann vom Plenum des Parlaments getroffen werden. Um die Kandidaten nicht durch parteipolitisch motivierte Debatten zu schädigen, soll auf eine Aussprache im Bundestag verzichtet werden. Mit der Reform wollen SPD und CDU dem Vorwurf begegnen, daß die höchsten Richter in einer Art Geheimgremium ausgekungelt würden.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Dezember 2014 (x892/…): >>**Volksfrontregierung: Ja - Pegida: Nein!**
Die Stacheldrahtfraktion im Deutschen Bundestag und die revolutionären Gesellschaftszerstörer mit dem Titel "Bündnis 90/Die Grünen" lehnen jeden Dialog mit Pegida, der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" ab. Der kämpferische, bekennende Homosexuelle und innenpolitische Sprecher der "Grünen" Volker Beck, sagte zu Äußerungen von Innenminister De Maizière, man müsse die Sorgen der Bürger die an den Protesten von Pegida teilnehmen, ernstnehmen: "Für Ressentiments kann es kein Verständnis geben".
Die Kommunistin Ulla Jelpke sagte in einem Gefühlausbruch (der üblichen Äußerungsform von Linken aller Parteien), es sei "erschreckend", daß Unionspolitiker die Wut von Pegida-Anhängern ernst nehmen. Daß SPD und "Grüne" Kommunisten in einer Volksfrontregierung zur Macht verhelfen, ist völlig in Ordnung.
Demokraten, Bürger, die zum Teil bereits unter den Kommunisten unter brutaler Unterdrückung, Mauern und Schießbefehl gelitten haben, machen sich Sorgen um die Vernichtung der Strukturen unseres Gemeinwesens durch eine sozialistische Politik von CDU, CSU, SPD, GRÜNEN, LINKEN, die Ausländer aus allen Ländern der Welt - bevorzugt aus islamischen Ländern - anlockt. Und eine offene Debatte wird, wie schon zu Zeiten der kommunistischen Diktatur, mit der Antifaschismus-Keule erledigt: Alles Rechte, Nazis, Rechtsradikale, Rechtspopulisten! … So wird in Deutschland jede Auseinandersetzung über Themen, die den Herrschenden nicht passen, unterdrückt.
Weil dies auch beim Volk verstanden wird, geht die Hälfe der Bürger erst gar nicht erst zur Wahl. Für sie gibt es nichts zu wählen. Und wenn dann eine Partei entsteht, die sich zumindest ansatzweise von der totalen Abgehobenheit, Arroganz und Ignoranz der herrschenden Bonzen unterscheidet und einige Themen aufgreift, kommt wieder die Antifa-Keule zum Einsatz: wer auch nur mit der AfD reden will, wird fast wie ein Verbrecher behandelt. Koalitionen mit Kommunisten, die allein in Deutschland für den Tod hunderter Menschen verantwortlich sind, sind kein Problem.
Die Demokratie in Deutschland ist am Ende. Wer dies öffentlich behauptet, wird dafür sofort die Bestätigung erhalten. Wir vom Civitas Institut haben sie bereits bekommen.
Wir können uns bisher noch kein klares Bild der Pegida-Bewegung machen und deshalb keine abschließende Stellungnahme dazu abgeben. Die Forderungen der Bewegung sind aber durchwegs nachvollziehbar und berechtigt, und die Gefahren - insbesondere die Versuche der Herrschenden unter Leitung der Linksfront (Grüne-SPD-Linke) - die abendländische Kultur zur zerstören - sind ganz offensichtlich und nicht übersehbar.
Allerdings gibt es gefährlichere Entwicklungen als die "Islamisierung", vor allem die von den "Grünen" und ihren Handlangern in allen Parteien mit brutaler Gewalt durchgesetzte Gender-Ideologie. Und die Gefahr der Islamisierung hat ihren Grund in der Schwäche der katholischen Kirche, überhaupt in der Schwäche des Christentums. Die gesamte Geschichte seit Entstehung des Islams beweist: Wenn die Kirche schwach war - wodurch auch immer - breitete sich der Islam in Europa aus. Deshalb gibt es nur ein "Rezept" gegen die Islamisierung Europas: Die Rückkehr Europas zu einem echten katholischen Christentum (und nicht

das, was heutige Bischöfe und "Theologen" dafür halten, die wesentlichen Anteil an der Ausbreitung des Islams in Europa haben).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 27. August 2015: >>**Die Deutschlandhasser kommen**

Von Jürgen Elsässer

Vorbei die Zeiten, wo man unter Antideutschen ein Häuflein versiffter Demonstranten aus der linken Szene verstehen konnte. Längst ist das Ressentiment gegen die eigene Nation salonfähig geworden und beherrscht die etablierten Parteien sowie die Chefetagen der Wirtschaft.

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Vielleicht geben Sie bei Youtube einmal die Suchbegriffe "Angela Merkel" und "Deutschlandfahne" ein. Dann sehen Sie die Kanzlerin am Abend der Bundestagswahl vom 22. September 2013, nachdem sie für die CDU/CSU einen der größten Wahlerfolge eingefahren hat.

Die Unionsprominenz steht auf der Bühne, Volker Kauder singt "An Tagen wie diesen" von den Toten Hosen (was auch nicht ganz unerheblich ist, da diese Band ursprünglich zu den Einpeitschern der linksradikalen Szene gehörte). Dann tritt von unten ein siegestrunkener Fan an die Empore und will Merkel durch Vermittlung des damaligen Generalsekretärs Hermann Gröhe ein schwarz-rot-goldenes Fähnlein in die Hand drücken.

Der gute Mann hofft wohl, daß sein Idol durch Schwenken desselben zum Ausdruck bringen möge, daß der Triumph über Rote und Grüne irgendwie auch dem Vaterland zugute kommen würde. … Aber er wird böse enttäuscht: Die Kanzlerin faßt das Nationalsymbol nur mit spitzen Fingern an und gibt es dann mit ekelerfüllter Miene an untergeordnete Chargen weiter, als ob es ein stinkender Fisch wäre. (…)

Oder nehmen wir Wolfgang Schäuble, der sich in der jüngsten Griechenlandkrise als einer in Szene setzte, der zumindest nicht das ganze Tafelsilber für die angebliche Euro-Rettung herschenken wollte - es aber letztlich, ganz braver Parteisoldat, doch tat. Berühmt geworden ist er 2011 mit dem Satz: "Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zweck der Aussage war jedoch nicht, die Deutschen wachzurütteln und sie aufzufordern, nun endlich gegen alliierte Vorbehaltsrechte und für die Wiedererrichtung eines selbstbestimmten Staates einzutreten, sondern das glatte Gegenteil: Schäuble empfahl dem Volk, sich wegen der Entmachtung des Bundestages zugunsten der Brüsseler Euro-Retter nicht aufzuregen, schließlich hätten wir ja ohnedies nach dem Zweiten Weltkrieg nie etwas zu sagen gehabt.

Obwohl es in den Jahrzehnten der deutschen Teilung immer Einschränkungen der nationalen Souveränität gegeben hat, beobachten wir gerade seit der Wiedervereinigung, die uns doch endlich die "Einheit und Freiheit" bringen sollte, einen immer weiteren Abbau der deutschen Hoheitsrechte.

Das wiedervereinigte Deutschland hat, im Unterschied zur alten Bundesrepublik, die Kontrolle über seine Grenzen verloren und ist zum Hauptziel internationaler Bandenkriminalität und unkontrollierter Zuwanderung in historischer Dimension geworden.

Das wiedervereinigte Deutschland hat, im Unterschied zur alten Bundesrepublik, seine Währungshoheit eingebüßt; die stabile Deutsche Mark wurde abgeschafft, die Bundesbank spielt innerhalb der Europäischen Zentralbank nur noch eine Randrolle. Wir sind nur noch Zahlmeister zum Erhalt eines Esperantogeldes, das andere mit vollen Händen ausgeben.

Das wiedervereinigte Deutschland hat, im Unterschied zur alten Bundesrepublik, die Verteidigungsfähigkeit verloren; die Wehrpflicht ist abgeschafft und unsere Armee nur noch eine globale Söldnertruppe unter dem Kommando des Pentagon. Die Folge: Wir müssen US-Kriegszüge auch dann unterstützen, wenn sie nicht durch den Verteidigungsauftrag der NATO gedeckt sind. In Vietnam konnten wir uns raushalten, nach Afghanistan marschierten wir treudoof mit. (…)

Aktuell scheint es vor allem darum zu gehen, die neuen Bundesländer mit Fremden zu besiedeln und dadurch die dort noch relativ intakte deutsche Leitkultur aufzubrechen. Die Vorsitzende der vom Staat hochsubventionierten Amadeu-Antonio-Stiftung, Anetta Kahane, klagte im Juli 2015: "Im Osten gibt es gemessen an der Bevölkerung noch immer zu wenig Menschen, die sichtbar Minderheiten angehören, die zum Beispiel schwarz sind."
Für Kahane ist es "die größte Bankrotterklärung" der deutschen Politik seit der Wiedervereinigung, "daß ein Drittel des Staatsgebiets weiß" geblieben sei. Auch der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, fordert eine Umlenkung der Flüchtlingsströme auf das frühere DDR-Territorium. Ein besonderer Ehrgeiz der Politik scheint darin zu bestehen, dem widerständigen Dresden mit seinem konservativen Bürgertum den Multikulti-Status aufzuzwingen. (…)
Unübersehbar ist die treibende Rolle der großen Konzerne bei der Auflösung von Volk und Staat. Schon die Anwerbung der Gastarbeiter in den 1950er Jahren wurde von ihnen gefordert, um mit ausländischen Billigkräften das Lohnniveau zu drücken. In der aktuellen Krise fallen die Arbeitgeber-Verbände mit irrsinnigen Vorschlägen auf, Asylbewerber schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
Über die Gründe muß man nicht lange rätseln: Die Dax-Konzerne sind schon seit fast einem Jahrzehnt mehrheitlich in Besitz ausländischer Aktionäre. Bedenkenlos verraten die Manager nicht nur die Interessen des deutschen Volkes, sondern sabotieren sogar den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik, etwa durch die Beteiligung am exportschädigenden Sanktionsregime der USA gegenüber Rußland und Iran - weil sie wissen, daß sie die Verluste notfalls durch Hütchenspiele in der Wallstreet ausgleichen können.
Bestes Beispiel für die Veränderungen ist die Deutsche Bank, früher das Flaggschiff unserer Volkswirtschaft. Nachdem Josef Ackermann 1996 in den Vorstand des Geldhauses rückte, wurde ein quasidiktatorisches Führungsgremium, das Group Executive Committee, installiert. Dann verschob Ackermann die Machtbalance von Frankfurt am Main nach London und stellte Investmentbanker auf die Kommandobrücke - die Finanzierung weltweiter Übernahmen wurde wichtiger als das Heimatgeschäft. "Degermanizing" nannte das Ackermanns kosmopolitische Truppe in London, Entdeutschung. Auf die Frage der Financial Times nach der sozialen Marktwirtschaft in Germany antwortete einer von denen: "Don’t bullshit me."
Eine Ära geht zu Ende: Das Große Geld brauchte in den vergangenen drei Jahrhunderten den Nationalstaat als Produktionsbasis. Doch im verfaulenden Spätkapitalismus wird der Profit nicht mehr hauptsächlich durch Produktion und Verkauf von Waren gemacht, was Made in Germany zum Exportschlager machte, sondern durch hochverzinsten Kapitalverleih bei Eintreibung der Außenstände mittels der US-Army.
Deswegen sammeln sich die skrupellosen Profitmacher der ganzen Welt, auch aus unserem Land, im Troß der militärischen Supermacht. Ziel ist ein transatlantischer Block, Vorstufe ist das Freihandelsabkommen TTIP. Eigenständige Kräfte wie die europäischen Völker stören da nur und müssen weg. "Nie wieder Deutschland" ist das Programm der amerikanischen Kanzlerin.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. März 2016: >>**Fukushima Der große Schwindel der deutschen Energiepolitik**
Am 11. März 2011 forderten ein Erdbeben, ein Tsunami und die anschließende Atomkatastrophe in Fukushima über 18.000 Opfer. Japan will nun den nuklearen Neuanfang - gegen den Willen der Bevölkerung.
Das Unglück von Fukushima wird zum Auslöser der deutschen Energiewende verklärt. Doch das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Der Atomausstieg sollte die Grünen bremsen, was auch gelang.
Zum fünften Jahrestag des Tsunamis mit folgender Atomkatastrophe von Fukushima fällt

Sigmar Gabriel vor allem das ein: "Energiewende - wir machen das." Der offizielle Kommentar des Bundesministers für Wirtschaft und Energie unterscheidet sich da überhaupt nicht von den einschlägigen Öko- und Umweltverbänden: Sie alle schlagen in ihren aktuellen Statements anläßlich der japanischen Nuklearkatastrophe direkt den Bogen zum ökologischen Umbau der deutschen Energieversorgung. Dabei liegt die Verbindung nicht so auf der Hand, wie es zunächst scheint.

Der einflußreiche Berliner Thinktank Agora etwa nahm den Jahrestag zum Anlaß, eine Energiewendebilanz der letzten fünf Jahre zu ziehen. Ganz so, als hätte das eine etwas mit dem anderen zu tun. Und die Deutsche Umwelthilfe fühlte sich vom Gedenktag sogar zur Geschichtsklitterung der besonderen Art verleitet: "Als Reaktion auf das Unglück beschloß die Bundesregierung den Atomausstieg und leitete die Energiewende ein", deuten die Umwelthelfer die Geschichte um.

Spätestens hier muß man festhalten, daß die Fukushima-Katastrophe die deutsche Energiewende weder ausgelöst noch begründet hat. Fukushima hat sie noch nicht einmal beschleunigt oder sonst wie befeuert. Der Bau von Solaranlagen hatte in Deutschland schon 2010, also ein Jahr vor Fukushima, sein Rekordniveau von rund 7,5 Gigawatt erreicht.

Auch der Windkraftausbau gewann nach dem Katastrophenjahr 2011 nur ganz leicht an Tempo und blieb noch bis einschließlich 2013 weit hinter der von der Bundesregierung anvisierten Zielgröße zurück. Beschleunigt hat Fukushima hier erst einmal gar nichts. Richtig ab ging es mit dem deutschen Windkraftboom erst wieder 2014: Da machten die Investoren Tempo, um noch schnell von den hohen Einspeisevergütungen zu profitieren, bevor die Bundesregierung das Fördersystem auf eine wettbewerbliche, unbequemere Variante umstellen wollte.

Die Energiewende wollte Klima schützen

Auch das Zinsniveau hat mit dem Windkraftboom mehr zu tun als ein etwaiger Motivationsschub durch die Atomkatastrophe in Japan. Die Energiewende in den Köpfen begann viel früher, mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, deren 30. Jahrestag in wenigen Wochen ebenfalls ansteht.

Der folgte 1991 das von der Regierung Helmut Kohl (CDU) erlassene Stromeinspeisegesetz zur Förderung der süddeutschen Wasserkraftwerke, das im Jahre 2000 von einer Gruppe grüner und sozialdemokratischer Parlamentarier um den SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer zum Erneuerbare-Energien-Gesetz erweitert wurde. Fukushima hat dieser Geschichte keine neue Wendung gegeben.

Richtig ist, daß die deutschen Wind- und Solaranlagen heute mehr Strom produzieren als die Atomkraftwerke: Mit einem Anteil von mehr als 30 Prozent sind sie zur größten deutschen Stromquelle herangewachsen. Erkauft, ja herbeigezwungen wurde dieser Erfolg mit Subventionen von mehr als 20 Milliarden Euro jährlich.

Doch gemessen an der Zahl der Kilowattstunden wird die Abschaltung von acht deutschen Atomkraftwerken unmittelbar nach Fukushima durch die aufgebaute Ökostromproduktion überkompensiert. Wer diese sicherlich erfreuliche Tatsache zum Jahrestag von Fukushima betont, verstärkt damit allerdings die weitverbreitete Auffassung, daß es das Hauptziel der Energiewende sei, Atomkraftwerke zu ersetzen.

Die CO2-Emissionen stiegen seither

Dem ist jedoch nicht so: Bei der Energiewende geht es inzwischen hauptsächlich um Klimaschutz. Und als die Bundesregierung unter der Ägide Angela Merkels direkt nach Fukushima die ältesten deutschen Atommeiler stillegte, war dies ein Zugeständnis an die nuklearen Ängste in der Bevölkerung und zugleich ein herber Rückschlag für den Versuch, Deutschlands CO2-Emissionen zu senken. Denn nach den Marktgegebenheiten mußte die CO_2-arme Atomkraft durch den Mehreinsatz von Braunkohlekraftwerken ersetzt werden.

Trotz milliardenschwerer Subventionen für Ökostrom stiegen die CO_2-Emissionen in

Deutschland nach 2011 denn auch wieder an: eine direkte Folge deutscher Fukushima-Politik. Der Atomausstieg wird zwar als Teil der Energiewende definiert. Doch läuft er dem primären Energiewendeziel "Klimaschutz" direkt entgegen. Dieser Widerspruch wurde in Deutschland nie wirklich adressiert, geschweige denn aufgelöst.
Von den Interessenvertretern der Ökostromer ist eine Diskussion dieses Interessenkonflikts nicht zu erwarten: Sie haben eine gewisse Übung darin entwickelt, je nach Terminlage wahlweise mit Atomangst oder mit Klimaangst zu argumentieren, wenn es darum geht, Subventionen einzufordern. Das Geld fließt in jedem Fall.
Nachdem Wirtschaftswissenschaftler den Klimaschutzeffekt der deutschen Ökostrombeihilfen offen in Frage gestellt hatten, lieferte das Fukushima-Unglück eine Ersatzbegründung dafür, das Subventionsregime aufrechtzuerhalten.

Operation Grünen-Bremse

Der nach Fukushima von der Bundesregierung eingeleitete Atomausstieg war somit kein Ausfluß einer neu motivierten Energiewendepolitik - denn der damit einhergehende Rückschlag für den Klimaschutz wurde ja noch nicht einmal ansatzweise diskutiert. Im Grunde ging es der schwarz-gelben Koalition um Macht: Es galt, den damals steilen Aufstieg der Grünen in den Umfragen zu bremsen.
Denn bei den Landtagswahlen nur wenige Wochen nach Fukushima war es der Ökopartei gelungen, mit Baden-Württemberg eine CDU-Hochburg zu Fall zu bringen und dort mit Winfried Kretschmann den ersten grünen Ministerpräsidenten zu stellen. In der sogenannten Sonntagsfrage näherten sich die Grünen bis zum Sommer 2011 bundesweit sogar der 30-Prozent-Marke an und rangierten nur noch drei Prozentpunkte hinter der Union.
In dieser Situation entschied sich das Kabinett Merkel, den großen Energiekonzernen in einem enteignungsgleichen Eingriff den Betrieb von acht Atomkraftwerken sofort und entschädigungslos zu untersagen und den übrigen Meilern feste Abschaltdaten bis zum Jahr 2022 vorzugeben. Dieser womöglich verfassungswidrige Eingriff - Karlsruhe verhandelt das in der kommenden Woche - befreite die Union nachhaltig von der Last der seit Jahrzehnten schwelenden Atomdebatte in Deutschland.
Die Operation Grünen-Bremse gelang: Durch den eingeleiteten Atomausstieg eines ihrer wichtigsten Themen beraubt, gehörten die Grünen 2013 zu den Verlierern der Bundestagswahl.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. Oktober 2016: >>**Deutschland läßt sich aussaugen**
Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere
Nicht Hitler war der Feind, sondern Deutschland. Nicht der Nationalsozialismus sollte zerschlagen werden, sondern Deutschland. Diese Schlußfolgerung zieht der renommierte Verleger und Autor Bruno Bandulet, der unlängst sein Buch "Beuteland. Die systematische Ausplünderung Deutschlands" veröffentlicht hat. Der Bad Kissinger Wirtschaftsfachmann ist kein Lautsprecher und niemand, der sich bisher durch Verschwörungstheorien hervorgetan hätte. Dementsprechend hält er sich an Fakten.
"Ich muß zugeben, daß die Arbeit an diesem Buch eine echte Entdeckungsreise war. Ich hätte mir nicht vorstellen können, wieviel die Siegermächte im Laufe der Zeit an Sachwerten, an geistigem Eigentum und an Finanzleistungen aus Deutschland herausgezogen haben", erklärt der Autor und benennt Tatsachen. Die Rechnung summiere sich ab 1945 bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre nach heutiger Kaufkraft auf etwa 1.000 Milliarden Euro.
Nach Kriegsende hatten regelrechte Plünderungen stattgefunden. Die deutschen Auslandsvermögen waren beschlagnahmt worden. Zudem gab es Zwangsexporte. Deutschland mußte für die Besatzungskosten aufkommen. Daß der Marshallplan Ursache des Wirtschaftswunders

gewesen sei, wird bis heute behauptet. Bandulet verweist dies ins Reich der Fabel. Es sei nach Kriegsende nicht im Sinne der Besatzer gewesen, aus Deutschland ein wirtschaftlich florierendes Land zu machen.

Der Durchschnittsbürger ist nicht reich

Erst durch die Entzweiung der Alliierten hätten die westlichen Besatzungsmächte die Bundesrepublik als geopolitisch wichtiges Ziel erkannt. Dennoch habe man Deutschland bewußt "klein gehalten". Die seit 1945 gezahlten Reparationen in Kombination mit den Kosten der europäischen Transferunion übertreffen bei weitem die Zahlungen des Deutschen Reiches nach dem Versailler Vertrag. Die Nettozahlungen, die Deutschland seit der Wiedervereinigung kaufkraftbereinigt an die EU geleistet hat, übersteigen mittlerweile 250 Milliarden Euro. Die Rechnung für die Aufnahme von Afrikanern und Arabern ist nach oben hin offen: Bisher fehle es an seriösen Kalkulationen, was die Flüchtlingskrise kosten werde.

Nirgendwo wurden die Summen aufgelistet und bilanziert, die die Demontagen und Sachlieferungen verursacht haben, für die vor allem Sowjets und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen waren. Bis heute existieren nur Schätzungen und grobe Berechnungen. Der größte Teil der Reparationen entfiel auf die Besatzungskosten, welche beispielsweise 1946 allein in den Westzonen 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachten. Im Vergleich mit dem heutigen Steueraufkommen wären dies rund 270 Milliarden Euro.

In den ersten beiden Nachkriegsjahren sind rund 60 Prozent der deutschen Staatseinnahmen an die Besatzer abgetreten worden. Neben dem Staatsvermögen wurde auch Privatvermögen im In- und Ausland konfisziert. Es floß nicht nur Geld, auch Waren wurden transferiert. Reparationen, die einem unterlegenen Staat auferlegt werden, stehen im Einklang mit dem Völkerrecht. Die Enteignung privater Sachvermögen und Guthaben ist dagegen schlicht und ergreifend Diebstahl, macht Bandulet bewußt.

Im Laufe der Jahrzehnte habe sich das System der Transferleistungen verändert. Der Zwang der unmittelbaren Nachkriegszeit sei einem Prinzip der Freiwilligkeit gefolgt. Die D-Mark aufzugeben und die deutsche Bundesbank zu entmachten bezeichnet Bandulet als "größten Fehler der deutschen Nachkriegsgeschichte". Deutschland gilt heute als reiches Land mit hoher Beschäftigung und großer Wirtschaftskraft, als "wirtschaftlicher Motor Europas".

Bandulet weist in seinem Buch allerdings darauf hin, daß die Bundesrepublik gemessen am Vermögen ihrer Bürger gerade einmal im europäischen Mittelfeld rangiert. Der deutsche Durchschnittsbürger ist nicht reich. Er hält sich im europäischen Mittelfeld und müßte doch eigentlich einen Spitzenplatz einnehmen - gemessen an der Stärke der deutschen Wirtschaft und an ihren Exporterfolgen.

Unfreiwillige Aktualität hat die Diskussion um die Ausplünderung Deutschlands durch die Flüchtlingskrise bekommen. Die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbegehrenden könnte die Staatskassen bei einem Scheitern der Integration in den Arbeitsmarkt langfristig mit hohen dreistelligen Milliardenbeträgen belasten. Auf jeden Fall zu zahlen sind die Kosten für Unterbringung und Verpflegung. Selbst wenn die Integration besser gelänge als erwartet, kann der Staat nur mit zusätzlichen Mehreinnahmen in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr rechnen. Selbst im optimalen Fall würde es folglich mindestens 20 Jahre dauern, bis zumindest der große Teil der entstandenen Kosten gedeckt wäre. Zur Versorgung der tatsächlichen oder vermeintlichen Flüchtlinge wird der Bund ohnehin bis 2020 insgesamt rund 93,6 Milliarden Euro bereitstellen.

"Flüchtlingsinvasion wird 450 Milliarden kosten"

Für Aufsehen sorgte kürzlich in diesem Zusammenhang Bundesjustizminister Heiko Maas, der erklärte, daß die Milliarden für die Integration "in diesem Land erwirtschaftet und niemandem weggenommen wurden". Eine Entlastung der Bürger durch diese erwirtschafteten Mittel oder die Investition in dringend notwendige Projekte erfolgt aber nicht. Bandulet geht

davon aus, daß die Kosten der ungehemmten Zuwanderung noch viel höher werden: "Nach seriösen Berechnungen wird allein die Flüchtlingsinvasion des Jahres 2015 den deutschen Steuerzahler per Saldo und auf Dauer 450 Milliarden Euro kosten."
Ein weiteres Beispiel für dieses System ist der Prozeß der europäischen Integration. Deutschland ist der größte Nettozahler. Unser Land engagierte sich darüber hinaus überdurchschnittlich stark bei der Eurorettung in Portugal, Irland oder Griechenland. Zwar sind es bisher Bürgschaften und andere Sicherungsmaßnahmen, die eingesetzt wurden, aber ein Scheitern der europäischen Währung könnte die deutschen Steuerzahler mit rund hundert Milliarden Euro belasten. Für Bruno Bandulet ist dies ein weiterer Meilenstein in der Ausplünderung Deutschlands. Er geht davon aus, daß die EU die Bundesrepublik noch einmal zur Kasse bitten werde. Die Reparationszahlungen seien faktisch abgeschlossen. Die schwerste Hypothek sei nun die gemeinsame Währung: "Unendlich einfacher war, den Schaden anzurichten, als ihn jetzt zu beheben", so Bandulet in dunkler Vorahnung.
Der Grund für unvernünftiges Handeln liege auch im Selbstverständnis, das in Deutschland herrsche. Obwohl die Bundesrepublik 1990 mit der Wiedervereinigung völkerrechtlich souverän wurde, sind Überreste des Besatzungsrechtes nach wie vor in Kraft. Die berüchtigten UN-Feindstaatenklauseln wurden nicht gestrichen. Somit bleibt der Spielraum der deutschen Außenpolitik begrenzt.
Die Regierung um den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer und den Wirtschaftsminister Ludwig Erhard kämpfte noch um Souveränitätsgewinne. Auch aus den Reihen der SPD waren damals noch patriotische Töne zu hören. Im Laufe der Jahrzehnte verstummten diese Stimmen gänzlich. Bandulet zitiert in seinem Buch zustimmend den britischen Historiker Niall Ferguson, der die von Deutschland finanzierte Umverteilung in der EU ein "einvernehmliches System von Kriegsreparationen" nannte.
Immer wieder belegt Bandulet Einflußnahmen der US-Regierung auf die aktuellen Geschehnisse in Europa. Beim Ausbruch der Griechenlandkrise im Jahr 2010 habe Bundeskanzlerin Merkel zunächst noch vorgehabt, sich an die Kriterien des Maastrichter Vertrags zu halten, der eine gemeinschaftliche Schuldenhaftung ablehne: "Dann klingelte das Telefon aus Washington, Merkel wurde von Präsident Obama bearbeitet - und fiel um. Seitdem läuft die vertragswidrige Euro-Rettungsmaschinerie."
Die Ausplünderung der Bundesrepublik geht weiter. Weil das Land, wie es Buchautor Bandulet belegt, zwar formaljuristisch "frei" sei, aber geistig-moralisch immer noch gefangen ist. "Die tonangebenden europäischen Eliten betreiben planmäßig eine Politik, die darauf hinausläuft, im Zeichen des Multikulturalismus die Homogenität der Nationalstaaten zu unterminieren." Die Abschaffung Deutschlands - das Hauptziel dieser Politik. Und alles mit deutschem Geld.
Bruno Bandulet: Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945. Kopp-Verlag, Rottenburg 2016, gebunden, 333 Seiten, 19,95 Euro<<
Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 23. November 2016: >>**Wie steht es um die Energiewende?**
Hans-Werner Sinn
Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn ist für seine steilen Thesen bekannt. Und so waren auch nicht alle Mitglieder des Handelsblatt-Wirtschaftsclubs mit seiner Analyse zur Energiewende einverstanden.
"Am Schluß kommt es auf die Zahlen an."
Ausgerechnet in der Hörsaalruine des Berliner Medizinhistorischen Museums, inmitten von Präparaten von totem Gewebe, fand sie statt: die Sinn-Lecture des Handelsblatt-Wirtschaftsclubs. Das Thema des Vortrags von Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn: "Der grüne Zappelstrom und die Grenzen der Energiewende". "Ist die Energiewende schon verstorben und ein Fall für

die Pathologie?", fragte Moderator und Chefökonom des Handelsblatts Dirk Heilmann.
Sinn setzte sich gleich zu Beginn seines fast einstündigen Vortrags selbst die Latte, an der Ökonomen gemessen werden: "Ein Volkswirt akzeptiert die Ziele, die von der Politik gesetzt werden", sagte er. Wenn ein Volkswirt kritisiere, möchte er nicht die Ziele der Politik in Frage stellen, es gehe immer nur um die Instrumente, die eingesetzt werden.
Am Ende seines Vortrags und einer kontroversen Diskussion im Anschluß mit den Lesern des Handelsblatts sollte Sinn von diesem Grundsatz jedoch abweichen.
Die Ziele der Politik bei der Energiewende sind in Deutschland klar definiert: Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020, Ausstieg aus der Stromgewinnung aus Atomkraft bis 2022. "Ehrlich gesagt ist es ein Fehler, aus der Atomkraft auszusteigen", sagte Sinn. Statt dessen plädierte er dafür, die Forschung an der Atomkraft mit zweistelligen Milliardenbeträgen weiter zu betreiben. Das sei doch viel besser als "diese volatilen Stromquellen zu betreiben".
Wie volatil diese sind, hatte er in seinem Vortrag beschrieben. Er erklärte, welche Rolle ein flexibler Stromverbrauch spielen könnte und wie Speicher beschaffen sein müßten und wie viele nötig seien, um diese Volatilität auszugleichen: Batterien von Elektroautos etwa, Pumpspeicherwerke, Methanspeicher. "Man kann sehr schön semantisch über solche Dinge reden, aber am Schluß kommt es auf die Zahlen an", so Sinn. Eine Kilowattstunde Methan aus Rußland koste drei Cent, dieselbe Menge Methan aus Windstrom koste mindestens 24 Cent.
Die Pufferung der Erzeugungsspitzen erfolge momentan durch Doppelstrukturen, so Sinn, konventionelle Anlagen würden dann angeschaltet, wenn regenerativer Strom nicht erzeugt wird. Sinn zeigte, daß Pumpspeicherwerke allein nicht ausreichen würden, um Volatilität von Wind- und Solarstrom bei 100-prozentiger Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen auszugleichen. Sinns Thesen: Für die Pufferung von Wind- und Solarstrom bräuchte man 6.400 Pumpspeicherwerke. Auch Demand Management reduziere die nötige Speicherkapazität kaum. Bei einer Pufferung durch konventionelle Anlagen seien nicht mehr als 30 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien möglich, so sein Schluß.
Sinn äußerte sich kritisch gegenüber den deutschen Klimaschutzplänen: "Um so mehr wir tun, um so weniger tun die anderen."
Aus dem Publikum bekam er Gegenwind für seine Thesen. "Sie haben zwei Themen ausgeblendet", kritisierte Alexander Voigt, Seriengründer im Bereich Erneuerbare Energien. So habe Sinn die Sektorkopplung ausgeblendet, also die Verbindung des Wärme- mit dem Stromsektor. Diese Kopplung könne helfen, die Spitzen in der Energieerzeugung auszugleichen. Außerdem werde der Preis für Strom aus erneuerbaren Energien kontinuierlich sinken, auch das habe Sinn bei seinem Vortrag nicht berücksichtigt.<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 30. November 2016: >>**Diskussionskultur in Deutschland "Lügenpresse" ist keine Medienkritik**
Wer "Lügenpresse" schreit, will nicht bloß auch seine Meinung in den Medien sehen, sondern ausschließlich seine Meinung. "Lügenpresse" ist der Ruf nach einer autoritären Gesellschaft.
Mitten in der Nacht, alles schläft, einer wacht, und zwar Donald Trump, der erbost twittert. Auffällig oft beschimpft er dabei die Medien, und seine Grundhaltung läßt sich gut an den verwendeten Worten erkennen: "dishonest media" (unehrliche Medien), "failed badly" (haben völlig versagt), "crooked media" (korrupte Presse).
"Lügenpresse"! Ein Wort, eigentlich ein Schrei, dem man wenig entgegensetzen kann, wenn man sich selbst als Teil der Medien betrachten muß. Das Wort war bereits im Ersten Weltkrieg ein zentraler Kampfbegriff. Die Nationalsozialisten brachten ihn als Propagandaschlagwort mit dem Ziel der Gleichschaltung in Umlauf.
Eigentlich sollte das ausreichen, um ihn nicht bedenkenlos zu verwenden - aber in Zeiten von sozialen Medien hat "Lügenpresse" eine neue, ebenso gefährliche Färbung. Meine These:

"Lügenpresse" ist eigentlich ein Ruf nach einer autoritären Gesellschaft. Deshalb ist dieser Kampfbegriff bei Donald Trump so gefährlich: Mit der Präsidentenwahl haben sich Trumps Attacken vom Wahlkampfgetöse in eine Regierungsstrategie verwandelt.

Ein Ruf als Symptom

Trotzdem möchte ich den Ruf "Lügenpresse" in Deutschland auch als Symptom betrachten. Es ist kein Zufall, daß er mit dem Erfolg der sozialen Medien lauter wurde und inzwischen mit einer Haltung einhergeht, die eine Partei in die Parlamente getragen hat.

Es ist deshalb wichtig, mögliche Gründe auf Seiten der traditionellen Medienlandschaft in Deutschland zu betrachten. Denn es *gibt* ja Medienprobleme, und sie zu verschweigen, wäre ungefähr das kontraproduktivste, was man tun kann.

"Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch. Das Meinungsspektrum draußen im Lande ist oft erheblich breiter."

Das hat kein "Lügenpresse"-Schreier gesagt, sondern der vermutlich nächste Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Funktion als oberster Diplomat, der dementsprechend diplomatisch formuliert. Tatsächlich sind die großen, wirkmächtigen Redaktionen des Landes nicht gerade überragend divers geprägt. Wenige Frauen in Führungspositionen, kaum Personen mit Migrationshintergrund, wenige behinderte Menschen.

Eindimensionalität mit Gelinggarantie

Das entspricht zwar ziemlich sicher nicht der Hauptkritik des durchschnittlichen Lügenpressers. Aber Homogenität ist ein Rezept für Eindimensionalität mit Gelinggarantie. Und wenn man den Unterschied der Haltungen zwischen der urbanen, vernetzten, gut ausgebildeten Medienelite und den Leuten "draußen im Lande" betrachtet, erahnt man, welches Gefühl die Lügenpresse-Fraktion umtreibt: Niemand, der ist wie ich, schreibt in den großen Blättern. Boulevard als Imitation medialer Volksnähe hin oder her, auch diejenigen, die nicht "Süddeutsche", "FAZ", "Zeit" oder den SPIEGEL lesen, wissen um deren Deutungsmacht.

Zugleich fehlt in Deutschland insgesamt eine Fehlerkultur. In den Medien ist das besonders fatal, weil es ohnehin schwer ist, mit eigenen Fehlern offen umzugehen. Fehler auf der Bühne der Öffentlichkeit zuzugeben, ist noch viel schwerer. Besonders in wirtschaftlich problematischen Zeiten, denn die traditionelle Medienlandschaft hat große Refinanzierungsprobleme. Vor allem Google und Facebook saugen den für private Medien überlebenswichtigen Werbemarkt mit höchster Dateneffizienz und Aggressivität auf.

Wer aber mittelfristig um seine Existenz bangen muß, dem fällt es nicht leicht, aus einer Position der Stärke offen und souverän mit den eigenen Schwächen umzugehen. Aus diesen Gründen werden auch echte, von außen nachvollziehbare Fehler in Redaktionen oft nicht so behandelt, wie es das Publikum erwartet. Aus einem Irrtum - oder auch aus Wunschdenken, gegen das niemand immun ist - kann so aus der Perspektive der Öffentlichkeit eine "Lüge" werden.

Ständige Selbsterklärung ist nötig

Verstärkt wird dieser Effekt durch die im 20. Jahrhundert ausgebildete Haltung innerhalb der Medien, sich als Gatekeeper zu betrachten, also als Entscheidungsinstanz, was man dem Publikum auf welche Weise in welcher Tiefe mitteilt und was nicht. In Zeiten sozialer Medien aber ist diese Haltung ohne ständige Selbsterklärung, Transparenz und Fehlerkultur obsolet geworden.

Die vergleichsweise große Selbstähnlichkeit in den Redaktionen, die fehlerkulturarme Gatekeeper-Haltung und die Folgen des wirtschaftlichen Drucks betrachte ich als wichtige Gründe für das enorme Medienmißtrauen, das im Ruf "Lügenpresse" gipfelt. Wichtiger noch ist bloß - eine Art Ideologie.

Äh, wie? Haben die Lügenpresseleute also doch recht, und es gibt eine gemeinsame, überge-

ordnete Ideologie? Jein - das hängt stark davon ab, was man unter Ideologie überhaupt versteht. Denn tatsächlich finden sich in sämtlichen relevanten Redaktionen der großen Medien (fast) ausschließlich Leute, die sich tendenziell als Demokraten verstehen (oder die zumindest in der Öffentlichkeit so auftreten). Und die vor allem schon durch ihre Funktion den Wert des Pluralismus schätzen.

Pluralismus ist wichtig

Pluralismus - das ist der Schlüssel zum Verstehen der Lügenpressefraktion. Es handelt sich um den Wert, der in die journalistische Grundhaltung gewissermaßen ab Werk eingebaut ist, auf dessen Notwendigkeit sich beinahe alle innerhalb der klassischen Medien einigen können.

Mehr noch: Pluralismus ist ein wesentlicher Aspekt des deutschen Grundgesetzes, denn dahinter steht das demokratische Ringen verschiedener politischer Gruppen um Einfluß und Macht. Zu dem essentiell ein breites Meinungsspektrum gehört.

Pluralismus wird deshalb innerhalb der Demokratie gar nicht als "Ideologie" wahrgenommen. Das kann tatsächlich zu Problemen führen, wenn zum Beispiel Zahlen und Fakten interpretiert werden müssen und Journalisten bewußt oder unbewußt ihre Haltung pro Pluralismus bei der Interpretation einfließen lassen.

Zumal zum Pluralismus auch die Agenda gehören kann, den Antipluralismus - oder das, was man dafür hält - zu bekämpfen. Aber jemand, dem "Pluralismus" ohnehin ungeheuer erscheint, der Meinungen, die nicht der eigenen entsprechen, als Angriff oder Bedrohung betrachtet - der sieht eine Ideologie darin. Das führt auf die Spur der tatsächlichen Bedeutung von "Lügenpresse".

"Lügenpresse" ist keine Medienkritik

Es beginnt damit, daß "Lügenpresse" keine Medienkritik ist, sondern eine Generalverurteilung mit der Geschmacksrichtung "Verschwörung". In diesem Wort schwingt deshalb die Totalverweigerung der Diskussion und des Zuhörens mit. Diejenigen, die "Lügenpresse" auf den Pegida-Demos wieder in die Öffentlichkeit geschrien haben, üben diese Verweigerung auch aktiv aus. Wer "Lügenpresse" sagt, möchte sich damit selbst gegen jedes mögliche Argument imprägnieren. Denn eine offene Diskussion ist das Gegenteil eines jeden Extremismus.

Hier prallen soziale Medien auf klassische Redaktionsmedien. Die bürgerliche Presse war im 20. Jahrhundert meistens eine Plattform der Mäßigung und des Ausgleichs. Früher erlebte das Publikum die Welt selbst in der freiesten Medienlandschaft durch den mäßigenden Filter der redaktionellen Auswahl und Einordnung, der sprachlichen Abstraktion und der nachrichtlichen Entemotionalisierung.

Und obwohl sie alternativlos ist, hat die mediale Mäßigung eine durchtriebene Zwillingsschwester: die Schönfärberei. Die sozialen Medien aber sind Gefühlsmedien, bei denen man sich - jeder sich! - in einer unendlichen Erregungsspirale verfangen kann.

Es gibt kein Meinungsspektrum

Wer sich in eine sozialmediale Sphäre begibt, in der "Lügenpresse" zum guten Ton gehört, der braucht sowohl einen Ausgleich als auch viel Abstraktionsvermögen, um der Hyperemotionalisierung zu widerstehen. In den meisten klassischen Medien wird man zu Anlässen wie "Merkel tritt noch einmal an" positive, neutral berichtende und kritische Stimmen lesen können.

In den Zentralorganen der Lügenpressefraktion aber gibt es kein Meinungsspektrum: Merkel ist schlimm. In jedem einzelnen Artikel, Ausgleich null. Die Meinung gerinnt so zu einem gefühlt feststehenden Faktum.

Ein anonymer, junger, weißer Mann hat soeben beschrieben, wie verführerisch und machtvoll diese Erzählungen sein können - wenn Mäßigung und Ausgleich fehlen. Er hat sich, eigentlich einem linksliberalen Milieu entstammend, in die Gefühlsstürme des Hasses ziehen lassen. Er sagt sogar, daß es nur begrenzt hilft, wenn man die Mechanismen durchschaut. Demokratie

steht und fällt mit der Kontrolle der Macht durch eine kritische Öffentlichkeit - aber die beruht auf pluralistischen Grundsätzen.

Ausschließlich die eigene Meinung

Deshalb ist es so entscheidend, die antipluralistische Haltung hinter dem Ausruf "Lügenpresse" zu kontern, argumentativ aufzubrechen, und ja - zu bekämpfen. Nicht, weil die Medien immer richtig lägen oder aus schierer Neutralität bestünden. Sondern zur Verteidigung der Pluralität, ohne die eine demokratische Gesellschaft nicht funktioniert.

Wer aber "Lügenpresse" schreit, will nicht bloß seine Meinung auch in den Medien sehen, da ist sie längst. Sondern ausschließlich seine Meinung. Und das ist die Brücke sowohl zum Autoritarismus wie auch zu Donald Trump. Der Medien nur dann akzeptiert, wenn sie seiner Meinung sind: ein Angriff auf jede Regierungskritik - die gezielte, demokratiefeindliche Abschaffung des Pluralismus.<<

Schlußbemerkungen: Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schrieb über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (x800/...): >>... 1. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht identisch mit dem Deutschen Reich und daher auch nicht identisch mit dem Deutschland von heute.

Das Deutsche Reich besteht vielmehr bis auf den heutigen Tag fort. Und zwar aus folgenden Rechtsgründen:

2. Es gibt kein festes Datum, ab dem das Deutsche Reich untergegangen wäre. Daher besteht das Deutsche Reich bis auf den heutigen Tag fort. Das hat auch noch zur Folge, daß auch das Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 46 aus dem Jahre 1947, daß das Land Preußen auflösen sollte und wollte, von Rechts wegen nicht besteht.

Denn es widerspricht dem allgemeinen Völkerrecht eindeutig, da eine Besatzungsmacht nach Kriegsvölkerrecht nicht berechtigt ist, das Gebiet des besetzten Landes willkürlich zu verändern. Nach Artikel 25 des Grundgesetzes geht das Völkerrecht dem deutschen Recht im Range vor, weshalb alles, was dagegen verstößt, in Deutschland rechtswidrig ist.

Das ergibt sich völkerrechtlich aus dem im Völkerrecht für den Krieg allein geltenden Gesetz des Internationalen Kriegsrechts, der sog. Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907.

Sie gilt noch heute für jede Besatzungsmacht in jedem fremden Land, das infolge eines Krieges besetzt wurde (Artikel 22). Mithin ist davon auszugehen, daß das Deutsche Reich und auch Preußen noch vollständig weiterbestehen und nicht etwa gar völkerrechtlich zulässig von den Okkupationsmächten Polen, Rußland (Nord-Ostpreußen), Litauen (Memelkreise) annektiert worden sind.

3. Nach allgemeinem Völkerrecht könnte das Deutsche Reich und auch Preußen am 8. Mai. 1945 erloschen sein, sofern eine sogenannte debellatio vorliegen würde. Das ist nach allgemeinem Völkerrecht dann der Fall, wenn eine politische Macht durch eine andere militärische Macht den Staat "Deutsches Reich" und auch "Preußen" vollkommen besiegt hätte.

Das aber war nicht der Fall, wie sich völkerrechtlich eindeutig aus der "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Gewalt des Staates durch die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 (sog. Berliner Erklärung)" ergibt.

Dort erklärten die Sieger das Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Daher betrachten sie Deutschland als politische Einheit in diesem Rahmen und wollten so über Deutschland verhandeln. Das bedeutet, daß debellatio Deutschlands nicht vorliegt und daß schon aus diesem Rechtsrahmen und Rechtsgrund das Deutsche Reich und Preußen staats- und völkerrechtlich in vollem Umfang fortbestehen.

4. Diese Rechtsgrundlage wurde vom deutschen Staatsrecht bestätigt, indem das Bundesver-

fassungsgericht am 31. Juli 1973 nach deutschem Verfassungsrecht festlegte, daß das Deutsche Reich fortbesteht und daß das bis auf den heutigen Tag so bleibt, da diese Entscheidung bis heute nicht aufgehoben wurde.
Sie wurde sogar noch durch eine neue Entscheidung dieses Gerichtes von 1975, die zu den Ostverträgen erging, bestätigt, welche ebenfalls bis heute fortbesteht.
Die Bundesrepublik Deutschland ist daher nach dem allgemeinen Öffentlichen Recht, also nach dem Völkerrecht und dem deutschen Staatsrecht nicht identisch mit dem Deutschen Reich, das als solches bis heute fortbesteht.
Sie ist daher auch nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das ja als solches staats- und völkerrechtlich weiterbesteht.
Es wird international auch nicht etwa durch die Bundesrepublik Deutschland vertreten, da dafür kein entsprechendes Mandat besteht.
Eine den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes entgegenstehende Entscheidung hat es bis heute noch nicht gegeben.
5. Nach diesen beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes sind die ersten staatsrechtlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Wiedervereinigung des gesamten Deutschen Reiches, also auch jenseits von Oder und Neiße, und ihre Pflichten zur Erreichung dieses Zieles nicht aufzugeben, sowie alles zu unterlassen, was dieses Ziel verhindern könnte.
Es ist aber nicht zugleich in diesen Entscheidungen festgestellt worden, in welchem Rahmen diese Wiedervereinigung erfolgen sollte, wie also Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße behandelt werden sollte.
6. Die hiermit geschaffenen Daten der Wiedervereinigung und des Völkerrechtsstatus Gesamtdeutschlands und Preußens sind jedenfalls auf das Gebiet des Deutschen Reiches beschränkt, das nicht zugleich identisch mit dem der Bundesrepublik Deutschland ist. ...
9. Das ist auf die Formulierung des Artikel 25 des Grundgesetzes zurückzuführen: Danach ist das Völkerrecht Bestandteil des deutschen Bundesrechts.
Diese allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Während viele Bestimmungen des Grundgesetzes nicht unbedingt Bestandteil des deutschen Rechts geworden sind, da sie von den Alliierten den Deutschen aufgezwungen worden sind und das deutsche Volk nie befragt wurde, ob es auch diese Bestimmungen haben wolle, gilt dieses nicht für den Artikel 25 GG.
10. Dort ist allein auf der Grundlage des allgemeinen Völkerrechts die Wirkung dieser Bestimmung zur nationalen deutschen Pflicht geworden und völkerrechtlich zulässig. ...
II
... 10. 10. Dazu ist zu a) und b) festzustellen:
a) Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind zweifellos annektiert worden. Eine solche Annexion soll durch den Grenzanerkennungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990 durch dessen folgende Ratifikation abgeschlossen werden und "Recht" begründen.
Entsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990, künftig keine Gebietsansprüche künftig mehr gelten zu machen.
b) Eine solche Annexion ist aber niemals ein völkerrechtlicher Grund für einen dauerhaften Erwerb aller deutschen Ostgebiete durch die polnische und sowjetische Annexion und Okkupation.
11. 11. Jede Vereinbarung, die die von Polen und der Sowjetunion annektierten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße betrifft, ist somit zunächst in diesen beiden Punkten eine Verletzung von Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Rechtsfolge könnte

daher von jeder Bundesregierung, die der jetzigen folgt, den Okkupationsmächten gegenüber geltend gemacht werden.
Daher kann eine solche Vereinbarung nicht dem Frieden in Europa auf Dauer dienen. Denn dieser völkerrechtlich begründete Rechtsanspruch nach der UNO-Konvention vom 22. November 1967 ist unverjährbar und unverzichtbar nach Artikel 8, Abs. 4 der Genfer Konvention von 1949. Die Geltendmachung solcher Ansprüche gegen Polen und Rußland ist völkerrechtlich daher jederzeit zulässig.
12. 12. Darüber hinaus ergibt sich ebenfalls aus dem allgemeinen Recht der internationalen Verträge ein weiterer Rechtsgrund, dessen Nichtbeachtung gleichfalls zur Nichtigkeit im Sinne von Artikel 57 der Wiener Vertragskonvention von jeder entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung führt, mit der die Bundesrepublik Deutschland die von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße an die beiden Okkupationsmächte abtreten wollte und würde.
Wenn ein solcher Abtretungsvertrag völkerrechtswirksam sein sollte, muß die Bundesrepublik Deutschland vorerst einmal über die abzutretenden Gebiete auch völkerrechtlich überhaupt abtretungs- und damit verfügungsberechtigt gewesen sein.
Das war jedoch zu keinem Zeitpunkt jemals der Fall, denn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich nie über Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.
13. 13. Denn unstreitig ist die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls vor der Annexion der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße über diese Gebiete schon damals nicht völkerrechtlich befugt gewesen, weil sie zum Zeitpunkt der Annexion gar nicht bestand.
Sie ist aber auch nachträglich nicht völkerrechtlich verfügungsberechtigt geworden.
Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache über den Fortbestand des Deutschen Reiches, das als solches allein völkerrechtlich verfügungsberechtigt über seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße ist, ist es auch bis heute nicht untergegangen. Doch ist es als solches auch heute noch nicht einmal völkerrechtlich handlungsfähig.
...
Die Wiedervereinigung hat durch Einigungsvertrag nämlich ebenso wie durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrücklich nur für Westdeutschland und Mitteldeutschland stattgefunden.
Auch der Untergang des Deutschen Reiches ist bisher noch durch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.
Für seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße bleibt daher auch allein das Deutsche Reich verfügungsberechtigt. Doch ist es völkerrechtlich nicht handlungsfähig und kann daher schon aus diesem Rechtsgrund kein Gebiet völkerrechtlich zulässig abtreten.
15. 15. Demzufolge hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen "Grenzanerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 deutsche Gebiete abgetreten, die abzutreten sie weder staats- noch völkerrechtlich die Möglichkeit und daher auch nicht die Befugnis hatte, da sie niemals die Territorialgewalt über diese Ostgebiete ausübte.
Die Wiener Vertragsrechtskonvention kennt zwar keine ausdrückliche Bestimmung, wonach ein Vertrag, der eine unmögliche Leistung zum Gegenstand hat, nichtig ist. Doch gilt auch hier der alte Rechtssatz: Es gibt keine Verpflichtung zu etwas Unmöglichem. Dieser allgemeine Rechtssatz ist sicherlich zwingende Norm des Völkerrechts.
Daher ist der Vertrag vom 14. November 1990, der Ostdeutschland an Polen abtritt, nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention nichtig, weil er eine Leistung verspricht, die keiner der Beteiligten erbringen kann.
a) Die Bundesrepublik Deutschland nicht, weil sie über dieses Gebiet völkerrechtlich nicht verfügungsberechtigt ist.
b) Das Deutsche Reich nicht, weil es zwar die Territorialhoheit über seine Ostgebiete hatte und daher insoweit völkerrechtlich auch verfügungsberechtigt gewesen wäre, es aber zur Zeit

nicht kann, weil es völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist. ...
Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals verfügungsberechtigt war, da sie darüber niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtwidrig erlangt wurde.
Auch eine solche Nichtigkeit kann daher jede zukünftige Bundesregierung zu jeder Zeit gegen eine polnische und russische (und litauische) Okkupationsmacht geltend machen.
20. Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.
Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat. ...
"Nichts ist geregelt, was nicht auch gerecht geregelt wurde" (Abraham Lincoln).<<
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<
Gemäß Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 1386 ff. vom 8. Oktober 1990 wurden durch den Abschluß des 2+4-Vertrages zahlreiche Punkte des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen) nicht verändert.
Folgende Bestimmungen der einzelnen Artikel des Überleitungsvertrages von 1954 blieben weiterhin gültig (x888/...): >>ERSTER TEIL: Artikel 1, Absätze 3, 4 und 5
(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)
(1) Die Organe der Bundesrepublik und der Länder sind gemäß ihrer im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeit befugt, von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern.
(3) Der in diesem Vertrag verwendete Ausdruck "Rechtsvorschriften" umfaßt Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen (mit Ausnahme gerichtlicher Entscheidungen), Direktiven, Durchführungsbestimmungen, Anordnungen, Genehmigungen oder sonstige Vorschriften ähnlicher Art, die amtlich veröffentlicht worden sind. Die Bezugnahme auf eine einzelne Rechtsvorschrift schließt alle und jeden ihrer Teile, einschließlich der Präambel, ein, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.
(4) Die amtlichen Texte der in diesem Artikel erwähnten Rechtsvorschriften sind diejenigen Texte, die zur Zeit des Erlasses maßgebend waren.
(5) Der Ausdruck "Besatzungsbehörden", wie er in diesem Teil verwendet wird, bedeutet den Kontrollrat, die Alliierte Hohe Kommission, die Hohen Kommissare der Drei Mächte, die Militärgouverneure der Drei Mächte, die Streitkräfte der Drei Mächte in Deutschland, sowie Organisationen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausüben oder im Falle von internationalen Organisationen und Organisationen anderer Mächte (und der Mitglieder solcher Organisationen) - mit deren Ermächtigung handeln, schließlich die bei den Streitkräften der Drei Mächte dienenden Hilfsverbände anderer Mächte.
ERSTER TEIL: Artikel 2, Absatz 1
(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)
(1) Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in

Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind
ERSTER TEIL: Artikel 3, Absätze 2 und 3
(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)
(2) Soweit nicht in Absatz (3) dieses Artikels oder durch besondere Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Drei Mächte oder der betreffenden Macht etwas anderes bestimmt ist, sind deutsche Gerichte und Behörden nicht zuständig in strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, die sich auf eine vor Inkrafttreten dieses Vertrags begangene Handlung oder Unterlassung beziehen, wenn unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrags die deutschen Gerichte und Behörden hinsichtlich solcher Handlungen oder Unterlassungen nicht zuständig waren, ohne Rücksicht darauf, ob sich diese Unzuständigkeit aus der Sache oder aus der Person ergibt.
(3) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (1) dieses Artikels und jeder anderen einschlägigen Bestimmung des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten oder der in seinem Artikel 8 aufgeführten Zusatzverträge dürfen deutsche Gerichte die ihnen nach deutschem Recht zustehende Gerichtsbarkeit ausüben:
(a) in nichtstrafrechtlichen Verfahren, für die das Privatrecht maßgebend ist:
gegen juristische Personen, wenn die Gerichtsbarkeit der deutschen Gerichte vorher allein deswegen ausgeschlossen war, weil diese juristischen Personen der Kontrolle der Besatzungsbehörden nach dem Militärgesetz Nr. 52 und der Militärregierung, betreffend Sperre und Kontrolle von Vermögen, nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 9, betreffend Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der I. G. Farbenindustrie, oder nach dem Gesetz Nr. 35 der Alliierten Hohen Kommission, betreffend Aufspaltung der Vermögens der I. G. Farbenindustrie A. G., unterworfen waren;
gegen natürliche Personen, es sei denn, daß solche Verfahren aus Pflichten oder Diensten für die Besatzungsbehörden entstehen oder Handlungen oder Unterlassungen im Zuge der Erfüllung solcher Pflichten oder der Leistung solcher Dienste betreffen oder aus Ansprüchen entstehen, auf die in Artikel 3 des Neunten Teils dieses Vertrags Bezug genommen wird. Für Unterhaltsklagen sind deutsche Gerichte jedoch nur zuständig, soweit Unterhalt für die Zeit nach Inkrafttreten dieses Vertrags verlangt wird;
(b) in Strafverfahren gegen natürliche Personen, es sei denn, daß die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat von den Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte endgültig abgeschlossen war oder diese Straftat in Erfüllung von Pflichten oder Leistung von Diensten für die Besatzungsbehörden begangen wurde.
Entsteht in einem strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, auf das in diesem Absatz Bezug genommen wird, die Frage, ob jemand in Erfüllung von Pflichten oder Leistung von Diensten für die Besatzungsbehörden gehandelt hat, oder ob die Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat endgültig abgeschlossen haben, so wird das deutsche Gericht eine Bescheinigung des Botschafters oder in seiner Abwesenheit des Geschäftsträgers der betreffenden Macht als schlüssigen Beweis für diese Frage in der in der Bescheinigung angegebenen Umfang anerkennen.
ERSTER TEIL: Artikel 5, Absätze 1 und 3
(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)
(1) Alle Urteile und Entscheidungen in nichtstrafrechtlichen Angelegenheiten, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland erlassen worden sind oder später erlassen werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln und auf Antrag einer Partei von diesen in der gleichen

Weise wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden zu vollstrecken.
(3) Im Zusammenhang mit der Vollstreckung von Urteilen können Einwendungen gegen einen durch Urteil festgestellten Anspruch durch ein Verfahren nach § 767 der deutschen Zivilprozeßordnung vor dem zuständigen deutschen Gericht geltend gemacht werden.
ERSTER TEIL: Artikel 7, Absatz 1
(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)
(1) Alle Urteile und Entscheidungen in Strafsachen, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland gefällt worden sind oder später gefällt werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln.
ERSTER TEIL: Artikel 8
(ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN)
Folgende Personen genießen in bezug auf Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben, während ihrer Amtsdauer und nach deren Ablauf Immunität gegen gerichtliche Verfolgung im Bundesgebiet:
Mitglieder der in Absatz (2) des Artikels 4 dieses Teils bezeichneten Gerichte;
Mitglieder der in Absatz (1) des Artikels 6 des Dritten Teiles dieses Vertrags bezeichneten Gerichte, an deren Stelle das Oberste Rückerstattungsgericht tritt;
von einer der Drei Mächte ernannte Mitglieder des gemäß Absatz (1) des Artikels 6 dieses Teils errichteten Gemischten Ausschusses und des in Absatz (5) des Artikels 7 dieses Teiles bezeichneten Gemischten Beratenden Gnadenausschusses;
von einer der Drei Mächte ernannte Mitglieder des in Absatz (1) des Artikels 12 dieses bezeichneten Prüfungsausschusses;
Während ihrer Amtsdauer genießen diese Personen im Bundesgebiet ferner die gleichen Vorrechte und Immunitäten, die Mitgliedern diplomatischer Missionen gewährt werden.
DRITTER TEIL: Artikel 3, Absatz 5, Buchstabe a des Anhangs
(SATZUNG DES OBERSTEN RÜCKERSTATTUNGSGERICHTES)
Die Richter haben während ihrer Amtszeit den Rang der entsprechenden Mitglieder des Bundesgerichtshofes und genießen während ihrer Amtszeit und nach deren Ablauf Immunität gegenüber gerichtlicher Verfolgung für Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben.
DRITTER TEIL: Artikel 6, Absatz 3 des Anhangs
(SATZUNG DES OBERSTEN RÜCKERSTATTUNGSGERICHTES)
Absatz (3), (4) und (5) des Artikels 2 und Absatz (4) und (5) des Artikels 3 dieser Satzung finden auf die Geschäftsstellenleiter des Gerichtes entsprechende Anwendung.
SECHSTER TEIL: Artikel 3, Absätze 1 und 3
(REPARATIONEN)
(1) Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.
(3) Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisationen oder Regierungen gehandelt haben, werden nicht zugelassen.

Anmerkung: Folgender Artikel wurde **nicht** übernommen
SECHSTER TEIL: Artikel 1, Absätze 1 wurde gestrichen:
Die Frage der Reparationen wird durch den Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern oder vorher durch diese Frage betreffende Abkommen geregelt werden. Die Drei Mächte verpflichten sich, zu keiner Zeit Forderungen auf Reparationen aus der laufenden Produktion der Bundesrepublik geltend zu machen.
SIEBENTER TEIL: Artikel 1
(VERSCHLEPPTE PERSONEN UND FLÜCHTLINGE)
Die Bundesrepublik verpflichtet sich:
(a) (gestrichen)
(b) (gestrichen)
(c) (gestrichen)
(d) die Fortführung der Arbeiten zu gewährleisten, die gegenwärtig vom Internationalen Suchdienst durchgeführt werden;
(e) die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber alliierter ziviler Kriegsopfer (falls von den beteiligten Staaten nicht anderweitig vorgesehen), verschleppter Personen und nichtdeutscher Flüchtlinge im Bundesgebiet zu übernehmen und Pilgerfahrten von Angehörigen zu diesen Gräbern zu erleichtern;
(f) den Behörden der Drei Mächte und anderer beteiligter alliierter Staaten bei der Exhumierung und Überführung der Leichen von Kriegsopfern die gleichen Möglichkeiten wie bisher zu gewähren.
SIEBENTER TEIL: Artikel 2
(VERSCHLEPPTE PERSONEN UND FLÜCHTLINGE)
Die Bundesrepublik wird für die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber alliierter Soldaten im Bundesgebiet (falls von den beteiligten Staaten oder den diesen Zwekken dienenden Organisationen dieser Staaten nicht anderweitig vorgesehen) Sorge tragen und die Tätigkeit dieser Organisationen erleichtern. Jede der Drei Mächte wird in ihrem Mutterland für die ordnungsgemäße Betreuung und Instandhaltung der Gräber deutscher Soldaten Sorge tragen und die Tätigkeit von Organisationen erleichtern, die diesen Zwecken dienen.
Neunter Teil: Artikel 1:
(GEWISSE ANSPRÜCHE GEGEN FREMDE NATIONEN UND STAATSANGEHÖRIGE)
Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland dürfen deutsche **Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen,** gegen die Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im Kriegszustand waren oder in Artikel 5 des Fünften Teils dieses Vertrags genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige **keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben** wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht der Bundesrepublik geltend machen.
ZEHNTER TEIL: Artikel 4
(AUSLÄNDISCHE INTERESSEN IN DEUTSCHLAND)
Die Bundesrepublik bestätigt, daß nach deutschem Recht der Kriegszustand als solcher die vor Eintritt des Kriegszustandes durch Verträge oder andere Verpflichtungen begründeten Verbindlichkeiten zur Bezahlung von Geldschulden und die vor diesem Zeitpunkt erworbenen Rechte nicht berührt.
Anmerkung: Hier ist unter anderem das Versailler Diktat gemeint, sowie die damit verbundenen Reparationsforderungen.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im April 2011) über die politische Entmündigung der Bundesrepublik Deutschland (x878/...): >>**8. Mai 1945: Tag der Befreiung?**

Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945

... Entmündigte Außenpolitik

Wenig reflektiert ist bisher, daß 1945 auch das Jahr der außenpolitischen Entmündigung Deutschlands ist. Mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über Restdeutschland. Eine deutsche Regierung gab es bis zur Gründung der DDR und der Bundesrepublik nicht, beide Staaten wurden unter Vormundschaft und Aufsicht der Supermächte USA und UdSSR ins Leben gerufen. In der Außenpolitik waren beide Staaten weder frei noch souverän. (Übrigens auch nicht in der Innenpolitik.) Die Bundesrepublik erhielt z.B. erst 1951 ein Auswärtiges Amt und gewann dann im Lauf der Jahre etwas an außenpolitischer Bewegungsfreiheit.

Die Bundesrepublik und die DDR bewegten sich in einem engen, von den Siegermächten im Westen und der Sowjetunion im Osten vorgegebenen Korsett. Abweichungen, wie die Ostpolitik Willy Brandts wurden z.B. in Washington mit Argusaugen beobachtet und teilweise ausgebremst. Der außenpolitische Schulterschluß mit den USA war eine unerläßliche Lebenslinie jeder Bundesregierung. War er gefährdet, wie in der Nachrüstungsdebatte nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979, stürzte die Regierung, während sich die neue ihres Rückhalts in Washington versicherte.

Die außenpolitische Entmündigung, unter anderem als Bündnistreue und zum Teil auch als Multilateralismus eingekleidet, hatte Bestand bis zur Wiedervereinigung. Sie war aus der Sicht der deutschen politischen Klasse eine Art Gottesgeschenk. Sie enthob die deutsche Außenpolitik von schwierigen Entscheidungen, der Übernahme internationaler Verantwortung und eigenverantwortlicher Interessenpolitik.

Die Formulierung "nationaler Interessen" galt als eine Art Teufelswerk, das - abgesehen von Wirtschaftsinteressen - mit einem Tabu belegt war. Die Bundesrepublik ging im Westen, sprich NATO und Europäische Einigung in einer Weise auf, die für Frankreich, Großbritannien und natürlich die USA unvorstellbar war.

Mühsam und gegen Widerstände mußte in den Jahren nach 1990 der Begriff der "nationalen Interessen" erst wieder entdeckt und positiv besetzt werden, obwohl er die Grundlage jeder Außenpolitik ist. Die "nationalen Interessen" sind die einzige Münze, die im internationalen Verkehr, in der internationalen Politik zählen. Rationale Außenpolitik ist nur auf dieser Grundlage möglich.

Zum Zeitpunkt der Rede Weizsäckers, 1985, bedeutete die "Befreiung" auch ein Ja zur fortdauernden außenpolitischen Entmündigung. Die westdeutsche politische Klasse war froh, den Entscheidungszwängen entronnen zu sein, die Deutschland nach der Reichsgründung 1871 in die Katastrophen der Weltkriege geführt hatten. Die deutsche Politik und Diplomatie hatten sich nach 1871 im europäischen Interessengeflecht nie zurechtgefunden und waren schließlich als Außenseiter gescheitert (vgl. Guntram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?).

Nach der Niederlage 1945 und der bedingungslosen Kapitulation war die deutsche außenpolitische Entmündigung durch Fremdeinwirkung der Sieger komplett. Im Lauf der Jahre wurde sie in Randbereichen etwas gelockert. 1985 bekam die deutsche Einordnung/Unterordnung unter den fremden Willen mit der Rede Weizsäckers den Charakter der Freiwilligkeit. Die deutsche politische Klasse, die seit der Reichsgründung 1871 auf keine außenpolitische Erfolgsgeschichte sondern nur auf Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Katastrophen zurückblicken konnte, orientierte sich lieber an Vorgaben aus Washington, London, Paris und

im Osten aus Moskau. Die Rede Weizsäckers übergoß die deutsche außenpolitische Selbstentmündigung mit dem Glorienschein der Befreiung. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Oktober 2011: >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**

von Egon Bahr

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt "drei Briefe" an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden.

Willy Brandt war empört. Zum einen darüber, daß man dem früheren Regierenden Bürgermeister damit unterstellte, er wüßte nicht, was die Vorbehaltsrechte der drei Mächte für Berlin (West) seit der Gründung der Bundesrepublik bedeutet haben. Zum anderen hat er sich immer auf seine demokratische Wahl bezogen und dieses Mandat über dem der weisungsgebundenen Stadtkommandanten empfunden. Vor allem hat es ihn empört, weil er als Bundeskanzler zuerst seinem Amtseid verpflichtet ist.

Die Siegermächte besiegelten die Deutsche Teilung

Die Beamten haben ihn darauf hingewiesen, daß Adenauer diesen Brief vor der Genehmigung des Grundgesetzes durch die drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. - Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt.

Nachdem ich die Leitung des Planungsstabes im Auswärtigen Amt 1967 übernommen und gefragt habe, welche Papiere zur Regelung der Deutschen Einheit existierten, erhielt ich zur Antwort: Keine. Das ist nicht unsere Kompetenz. Außerdem war Brandt bewußt, daß seit dem Bau der Mauer, der im stillschweigenden Konsens der vier Sieger vollzogen worden war, Versuche, Risse in diese zu bekommen, nur unterhalb dieser Siegerrechte denkbar waren. Als menschliche Erleichterungen genehmigten alle Vier die Verhandlungen der beiden deutschen Seiten und ihr Ergebnis, die Passierscheine.

Niemand ahnte damals, daß aus der Wahrnehmung deutscher Interessen in der ehemaligen Hauptstadt allmählich ein Riesengebäude der Ost- und Entspannungspolitik werden würde. Sie existierte und lebte nur von ihrer klaren Unterordnung und der Respektierung für die unkündbaren Rechte der vier Siegermächte.

Die Souveränität für das kleinere Deutschland

In der Tat: Seit der Zementierung der Teilung Berlins war auch der Status quo Deutschlands und Europas vollzogen. Keine Regierung hat danach noch einen Schritt in der deutschen Frage unternommen, auch nicht die Bundesregierung oder die drei Mächte. Alle begnügten sich mit der vielfältigen Wiederholung, daß die Wiedervereinigung ihr Ziel bliebe. Wir hatten natürlich auch nicht den geringsten Schimmer einer Ahnung, daß daraus schließlich 1972 das Vier-Mächte-Abkommen für Berlin erwachsen würde.

Dieser Markstein der Nachkriegsgeschichte war der Augenblick, als die vier Mächte nur mit den beiden deutschen Regierungen diesen Vertrag in Kraft setzen konnten. Das Modell Vier plus Zwei, aus dem 17 Jahre später das Modell Zwei plus Vier wurde. Die Vier konnten gar nicht mehr anders, als am 15. März 1991 die Souveränität, die mit der bedingungslosen Kapitulation des Reiches am 8. Mai 1945 untergegangen war, dem kleineren Deutschland zurückzugeben.

Seit diesem völkerrechtlichen Akt, nicht dem staatsrechtlichen Tag der Einheit am 3. Oktober 1990, gibt es nur noch ein Relikt der deutschen Teilungsjahrzehnte: In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer die Feindstaatenartikel, nach denen die Sieger im Falle eines Falles ihre Rechte über Deutschland aktivieren können.

Lebenslüge der alten Bundesrepublik

Die BRD und die DDR mußten einen Brief, den ich mit DDR-Staatssekretär Michael Kohl abgestimmt habe, an unsere jeweiligen Großen oder Freunde schreiben, daß auch durch Beitritt der beiden Staaten die Siegerrechte nicht erlöschen. Aber das spielt keine Rolle mehr, weil die Vier versichert haben, sie würden sich darauf nicht mehr berufen und die Charta seit ihrem Bestehen nicht verändert wurde und die Büchse der Pandora geöffnet würde, falls man auch nur in einem Punkte damit beginnen würde.

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen.

Egon Bahr *war Berater (ab 1960) und persönlicher Freund Willy Brandts und als Bundesminister für besondere Aufgaben (1972 bis 1974) Leiter der Deutschlandpolitik sowie "Architekt" der Neuen Ostpolitik. Geboren 1922 im thüringischen Treffurt, wurde er wegen seiner jüdischen Großmutter als Musikstudent abgelehnt, später - 1944, nach Einsätzen an der Westfront - aus der Wehrmacht ausgeschlossen. Der ehemalige Fahnenjunker lernte Industriekaufmann, bevor er Journalist wurde. 1956 trat er in die SPD ein, deren Bundesgeschäftsführer er von 1976 bis 1981 war. Unter Helmut Schmidt ist er noch bis 1976 Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bahr veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter: "Deutsche Interessen" (Blessing, 1998), "Der Nationalstaat. Überlebt und unentbehrlich" (Steidl, 1999) und "Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal" (Blessing, 2003).<<*

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011 über die fehlende Souveränität der Bundesrepublik Deutschland: >>**EU am Scheideweg**

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

In diesen Zeiten der Schuldenkrise geschehen bemerkenswerte Dinge. Gemeint ist nicht das, was täglich in den Nachrichten rauf und runter läuft.

Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: **Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.**

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von

einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.
Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?
Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.
Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."
Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.
Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."**
Deswegen sei der Versuch, in der europäischen Einigung, "eine neue Form von governance zu schaffen". In dieser neuen Form gebe es dann halt nicht eine politische Ebene, die für alles zuständig sei und, gestützt auf "völkerrechtliche Verträge, bestimmte Dinge auf andere überträgt". Nein, so stellt sich Schäuble die Zukunft Deutschlands und Europas nicht vor. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. September 2016 (x887/...): >>**"Versteinertes Besatzungsrecht"**

Interview mit dem Buchautor Bruno Bandulet über die "systematische Plünderung Deutschlands seit 1945"

Dr. phil. Bruno Bandulet promovierte über Adenauers Außenpolitik, arbeitete in der CSU-Landesleitung als Referent für Deutschland- und Ostpolitik, war Autor von "Zeitbühne" und "Transatlantik", Chef vom Dienst der Tageszeitung "Die Welt" und Mitglied der Chefredaktion der Illustrierten "Quick". 1995 gründete er den politischen Hintergrunddienst "Deutschlandbrief", der seit 2009 als monatliche Kolumne im libertären Magazin "Eigentümlich frei" erscheint. Bandulet ist Mitglied der Friedrich A. von Hayek Gesellschaft und hat soeben im Kopp-Verlag ein Aufsehen erregendes Buch mit dem aufschlußreichen Titel "Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945" herausgebracht. Bernd Kallina sprach mit ihm über wichtige Thesen seiner Neuerscheinung.
PAZ: Herr Bandulet, in Ihrer jüngsten Veröffentlichung "Beuteland" greifen Sie so ziemlich alle politisch korrekten Sichtweisen zur deutschen Nachkriegsgeschichte an. Gefallen Sie sich in der Rolle des unerschrockenen Provokateurs?
Bruno Bandulet: Wenn sich jemand provoziert fühlt, bitte sehr. Das habe ich einkalkuliert. Das Berufsethos eines Historikers kann doch nur darin bestehen, den Dingen auf den Grund zu gehen und sie so zu schildern, wie sie sich zugetragen haben. Daß die politische Klasse und die tonangebenden Medien sich in einem Geschichtsbild eingerichtet haben, das mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat, ist deren Problem. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Der Herausgeber der Tageszeitung "Handelsblatt" schrieb in einem Kommentar, 1945 seien die Ostdeutschen aus den "zuvor von ihnen besetzten Gebieten" geflohen. Ich habe ihn schriftlich um Antwort gebeten, welche Gebiete er damit meinte - keine Antwort bis heute. Vermutlich läßt er noch recherchieren, zu welchem Staatsgebiet Ostpreußen und Schlesien gehört haben.
PAZ: Auch widersprechen Sie der pauschalen These von der Befreiung Deutschlands 1945 und verweisen auf eine offiziell kaum bekannte US-Direktive JCS 1067. Was besagt denn

diese ominöse Direktive?
Bandulet: Weder hat sich die Mehrheit der Deutschen befreit gefühlt, wie wir von vielen Zeitzeugen wissen, noch wollten die Siegermächte Deutschland befreien. Die These von der Befreiung verträgt sich ja auch schlecht mit der These von der Kollektivschuld. Nein, sie wollten das Land erobern. Auch Konrad Adenauer spricht in seinen Erinnerungen nicht von Befreiung, sondern von Besetzung. Die von Präsident Franklin D. Roosevelt am 23. März 1945 unterschriebene Direktive 1067 der Joint Chiefs of Staff, der Vereinten Stabschefs, legt in allen Einzelheiten die künftige amerikanische Besatzungspolitik fest. Sie galt bis zum Sommer 1947. In Paragraph 4 der Direktive heißt es: "Deutschland wird nicht zum Zweck der Befreiung besetzt werden, sondern als besiegte Feindnation." Und in Paragraph 5 wurde untersagt, den Wiederaufbau der Wirtschaft in die Wege zu leiten.
PAZ: Führte das etwa dazu, daß der berüchtigte Morgenthauplan, der Deutschland ursprünglich in eine Wüste verwandeln sollte, keineswegs schon im Sommer 1945 begraben wurde, wie Sie behaupten?
Bandulet: Der genozidale Morgenthau-Plan wurde zwar nicht eins zu eins umgesetzt, ging aber in abgeschwächter Form in die Besatzungsdirektive JCS 1067 ein. Als diese am 10. Mai 1945 auch vom neuen amerikanischen Präsidenten Truman unterzeichnet wurde, sprach Henry Morgenthau von einem "großen Tag". Er hoffe, fügte er hinzu, daß nicht jemand die Direktive "als den Morgenthau-Plan wiedererkenne". Tatsächlich war der barbarische Plan in den USA nicht unumstritten. Aber erst im Juli 1947 wurden die "Morgenthau-Boys", die Beamten aus dem Finanzministerium, die über die Durchsetzung von JCS 1067 wachen sollten, aus Deutschland abgezogen. Der Bruch mit Stalin und der heraufziehende Ost-West-Konflikt waren es, die Deutschland retteten.
PAZ: Herr Bandulet, Sie sind ja ein richtiger Legenden-Killer: So schreiben Sie, daß die von Harry S. Truman aufgestellte Behauptung, die USA hätten keine Reparationen verlangt, unrichtig sei. Was stimmt also?
Bandulet: Die Behauptung ist nur insofern richtig, als die USA keine Reparationen "verlangt" haben - die Siegermächte haben sie sich einfach genommen. Der Unterschied zu Versailles bestand ja darin, daß kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde, sondern daß willkürlich und nach Gutdünken der Sieger geplündert wurde. Der Wert des geraubten Privateigentums, der Ostgebiete, der Zwangsexporte, der zwei Milliarden Arbeitsstunden der Kriegsgefangenen nach Kriegsende, der intellektuellen Reparationen und der Demontagen läßt sich objektiv nicht beziffern. Ich nenne aber Summen und überlasse es dem staunenden Leser, sich ein Urteil zu bilden. Mein Fazit lautet, daß nach 1945 weitaus mehr aus Deutschland herausgezogen wurde, als auf Grund des Versailler Vertrages an Reparationen geleistet wurde.
PAZ: Bei den "intellektuellen Reparationen", wie Sie den Wissenstransfer nach 1945 aus Deutschland nennen, handelte es sich angeblich um den größten Wissenstransfer aller Zeiten. Können Sie ihn in dieser superlativen Dimension wirklich belegen?
Bandulet: Stellen Sie sich einmal vor, die USA würden besetzt und die Sieger ließen überall im Land Teams von Spezialisten ausschwärmen, die in Firmenzentralen, Fabriken und Forschungsinstitute eindringen, um sämtliche Betriebsgeheimnisse und den gesamten Stand der Forschung zu sichten und fortzuschaffen. Nichts anderes hat sich in Deutschland 1945 und danach abgespielt. Allein im Berliner Reichspatentamt wurden von den dort liegenden Patenten und Patentanmeldungen mehr als 17 Meilen auf Mikrofilm fotografiert. Nicht zu vergessen die Wissenschaftler, die mehr oder weniger freiwillig nach Amerika, Rußland, Frankreich und Großbritannien gingen. Die deutsche Technologie war in wichtigen Bereichen Weltspitze. Eine derart systematische Plünderung von Wissen hatte es nie zuvor gegeben.
PAZ: Seit der Wiedervereinigung folge die deutsche Politik einem geheimen Fahrplan - jenseits von wirklicher Souveränität. Heißt daß, das zum Beispiel weiterhin Besatzungsrecht bei

uns gilt?
Bandulet: Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag wurde die Bundesrepublik völkerrechtlich souverän, und seitdem kann sie den fremden Truppen auf deutschem Boden kündigen. Was bleibt, ist "versteinertes Besatzungsrecht", eine weithin unbekannte und komplizierte Materie, auf die ich im Detail eingehe. Im Übrigen muß Souveränität auch politisch gelebt und wahrgenommen werden - und daran mangelt es bis heute. Der "geheime Fahrplan" findet sich in einem erstaunlich offenen Aufsatz von Hans Arnold, der als Inspekteur des Auswärtigen Dienstes für die Ausbildung deutscher Diplomaten verantwortlich war. Der Titel sagt alles: "Deutschland muß sich selbst entmachten". Der entscheidende Schritt zur Selbstentmachtung war die Aufgabe der Deutschen Mark und damit der monetären Souveränität. Die Regierung Adenauer kämpfte noch um mehr Selbstbestimmung. Seit Kohl und Merkel läuft der Film rückwärts.
PAZ: EU und europäische Integration blieben die Ziele deutscher Staatsräson und die Einführung des Euro sei der Kardinalfehler der deutschen Politik seit 1949. Was wären denn die Alternativen gewesen?
Bandulet: Die Alternative wäre ein vertraglich seriös geregelter europäischer Staatenbund gewesen, möglichst auch mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, an Stelle des bürokratischen Monstrums EU. Und statt des Euro ein Europäisches Währungssystem, das Kooperation ermöglicht, aber die nationalen Währungen beibehält.
PAZ: Zu Merkels sogenannter Willkommenskultur: Da äußern Sie den Verdacht, daß es sich hierbei um einen weiteren Akt einer Vergangenheitsbewältigung handeln könnte, die nicht vergeht (Ernst Nolte) und verweisen auf den französischen Philosophen Alain Finkielkraut.
Bandulet: Ich bin immer noch unsicher, was Merkel dazu getrieben hat, 2015 Recht zu brechen und die Grenze für eine unkontrollierte Masseneinwanderung zu öffnen. Vielleicht war es ein schuldinduzierter Akt der Vergangenheitsbewältigung. Vielleicht folgte sie dem Fahrplan maßgebender Kreise, die Homogenität des Nationalstaates zu unterminieren. Vielleicht war es eine Mischung aus Naivität, Gutmenschentum und Skrupellosigkeit mit dem Hintergedanken, Deutschland zur moralischen Großmacht zu erheben.
PAZ: Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch, heißt es so schön. Herr Bandulet, Ihr Buch "Beuteland" präsentiert ja eine nicht gerade ermutigende Lageanalyse deutscher Befindlichkeiten. Wie kommen denn die Deutschen aus dieser prekären Lage wieder heraus?
Bandulet: Nichts ist mächtiger als der sich stets wandelnde Zeitgeist. Wir sehen ja, wie das oktroyierte schiefe Geschichtsbild der Deutschen die ersten Risse bekommt. Sonst würde sich mein Buch nicht so gut verkaufen. Es hat offenbar einen Nerv getroffen. Die lange Zeit zementierte politische Landschaft in Deutschland beginnt aufzubrechen. So wie es aussieht, wird 2017 eine echte Opposition in den Deutschen Bundestag einziehen.<<

Von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zur Europäischen Union (EU)

> Jede Regierung kann, wie jede Familie, ein Jahr lang mehr ausgeben als sie einnimmt. Sie und ich wissen aber, daß diese Gewohnheit auf die Dauer zum Armenhaus führt.
> *Franklin Delano Roosevelt (1882-1945, nordamerikanischer Politiker)*

In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" traten am 1.01.1958 in Kraft. Der deutsche CDU-Politiker Walter Hallstein (1901-1982) wurde erster Präsident der EWG-Kommission in Brüssel.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftpolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894-1972, österreichisch-ungarisch-japanischer Herkunft, Begründer der Pan-Europabewegung bzw. der Europäischen Union) schrieb bereits im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie und die Bildung von Paneuropa (x903/…, x056/14): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). …<<

>>**Europäer! Europäerinnen!**

In europäischen Fabriken werden täglich Waffen geschmiedet, um europäische Männer zu zerreißen. ... Europas Politik steuert einem neuen Kriege zu. ... Eine Krise löst die andere ab.

Dieser Vernichtungskrieg, den die europäische Politik vorbereitet, wird an Schrecklichkeit den (Ersten) Weltkrieg ebenso weit hinter sich lassen, wie dieser den deutschfranzösischen (Krieg von 1870/71). ... Sein Ziel (wird) die Ausrottung der feindlichen Nation (sein). ... Das zersplitterte Europa geht somit einer dreifachen Katastrophe entgegen; dem Vernichtungskrieg, der Unterwerfung durch Rußland, dem wirtschaftlichen Ruin.

Die einzige Rettung ... ist: Paneuropa; der Zusammenschluß aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu einem Verband. Die Gefahr des europäischen Vernichtungskrieges kann nur gebannt werden, durch einen paneuropäischen Schiedsvertrag; die Gefahr der russischen Herrschaft ... nur ... durch ein paneuropäisches Defensivbündnis; die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins ... nur durch eine paneuropäische Zollunion. Der Schiedsvertrag sichert den Frieden – das Bündnis sichert die Freiheit – die Zollunion sichert die Wirtschaft.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 24.03.2007) über

die Römischen Verträge (x887/...): >>**Europa ist mehr als nur Kohle und Stahl**
Europas Einigung hatte nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Gebieten Kohle und Stahl angefangen. 1951 hatten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die drei Benelux-Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) einen Anfang gemacht.
Der Versuch, die europäische Einigung auf den militärischen Bereich mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) auszudehnen, scheiterte 1954 an der französischen Nationalversammlung.
Obwohl die Bundesrepublik in dieser Gemeinschaft eindeutig diskriminiert werden sollte, waren in Frankreich die Vorbehalte dagegen, auf dem sensiblen Gebiet der Verteidigung Kompetenzen an einen Zusammenschluß mit den Deutschen abzugeben, für viele zu groß. So wurde versucht, die Einigung zuerst einmal auf andere, zivile Gebiete auszudehnen.
... Neben einer europäischen Atomgemeinschaft wurde ein gemeinsamer Binnenmarkt als Ziel formuliert, und es wurden auch schon erste konkrete Schritte zur Verwirklichung dieser Pläne vereinbart.
... Atomminister Franz Josef Strauß hingegen wollte die Atomkraft lieber in Zusammenarbeit mit den USA als mit Frankreich nutzen. Der frankophile Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte jedoch in der bundesdeutschen Kanzlerdemokratie die Richtlinienkompetenz und nutzte sie.
Frankreich wiederum fürchtete wegen seiner Wettbewerbsschwäche die Konkurrenz der fünf anderen europäischen Staaten im gemeinsamen Binnenmarkt. Den Franzosen wurde ihre Zustimmung damit versüßt, daß ihnen die Subventionierung ihrer Landwirtschaft mit deutschen Steuermitteln in Aussicht gestellt wurde. Das ist die Geburtsstunde der gemeinsamen Agrarpolitik, die als Umverteilungsmaschinerie die Aufgabe hat, Steuergelder ohne Gegenleistung aus stärker industrialisierten Mitgliedsstaaten wie der Bundesrepublik in schwächer industrialisierte zu pumpen.
Ein weiterer, politischer Vorteil des Europas der Sechs kam bei der Grande Nation dazu. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker formulierte es vorletzten Freitag gegenüber dem Deutschlandfunk wie folgt: "Frankreich hatte ein großes Interesse daran, gleich nach dem Kriege gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland und vier anderen Partnern schnell eine europäische Gemeinschaft aufzubauen und auf diese Weise auch wieder unter französischer Führung eine Stimme zur Geltung zu bringen in einem weltpolitischen Sinn." ...<<
Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen förderten den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Die Industrieproduktion stieg von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betrugen (x069/215).
Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x313/386-387): >>Die Bundesrepublik Deutschland nahm nach dem Zweiten Weltkrieg einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung, den Gegner wie Freunde nur mit ungläubigen Augen verfolgen konnten.
Die Wirtschaft faßte relativ früh wieder Tritt. Deutsche Ingenieure und deutsche Wissenschaftler legten sich ins Zeug. In kürzester Zeit verfügte Deutschland schon wieder über eine der besten Infrastrukturen Europas. Das flächenmäßig kleine Land im Herzen Europas hatte in der Vergangenheit zahlreiche blitzgescheite Köpfe hervorgebracht; das gereichte Deutschland jetzt zum Vorteil. Nahezu in jedem Fachgebiet und jeder Wirtschaft fand sich nun erneut ein berühmter Name deutscher Herkunft.
Die Industrie zog an und erlangte binnen weniger Jahrzehnte wieder Weltbedeutung – denken wir nur an die Elektro-Industrie, den Maschinenbau oder an die deutschen Autos. Der Export

boomte.
Die Statistiken schrieben eine fast ungebrochene Erfolgsgeschichte. "Schon zwischen 1948 und 1952 stieg die deutsche Industrieproduktion um 110 Prozent und das reale Bruttoinlandsprodukt um 67 Prozent." Die Stahlproduktion, 1946 praktisch nicht existent, entwickelte sich zur größten Europas mit über 34 Millionen Tonnen im Jahre 1960.
Ähnliche märchenhafte Expansionsraten erreichten andere wichtige Industriezweige. Das Bruttoinlandsprodukt liest sich in dürren Zahlen wie folgt:
1952 = 32 Milliarden Dollar,
1962 = 89 Milliarden Dollar,
1979 = 600 Milliarden Dollar,
2000 = über 1.000 Milliarden Dollar.
Im Jahre 1960 betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1.186 Dollar – in den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt 2.491 Dollar. 1970 aber sah es bereits folgendermaßen aus:
In der Bundesrepublik Deutschland verdiente man im Durchschnitt 10.837 Dollar, in den USA lediglich 9.595 Dollar. Die Deutschen hatten sogar die "erfolgreichste Nation der Welt" überholt.
Nach kürzester Zeit hatte Deutschland zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht wieder eine der führenden Positionen auf dem Globus inne. "Made in Germany" wurde Inbegriff für Präzision und Langlebigkeit – ein Prädikat, mit dem allenfalls die Schweizer Uhren mithalten konnten.<<
Am 28. Januar 1963 brach die französische Regierung die Beitrittsverhandlungen wegen der Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft ab (x128/283).
Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<
Am 8. April 1965 wurde ein Vertrag über die Fusion der Exekutivorgane der drei Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, Euratom) unterzeichnet. Aufgrund dieses Fusionsvertrages wurden die Organe von Montanunion, EWG und Euratom zu einem gemeinsamen Rat und einer gemeinsamen Kommission der "Europäischen Gemeinschaften" zusammengeschlossen. Der Fusionsvertrag trat am 1. Juli 1967 in Kraft.
Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).
Die Staats- und Regierungschefs der EG verhandelten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag über die Vollendung des Binnenmarktes, Beschleunigung der europäischen Einigung und Erweiterung der EG. Sie beschlossen, bis 1980 die Einführung einer stufenweisen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).
Die Regierungen von Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen schlossen am 22. Januar 1972 Beitrittsverträge mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ("EG"). Die Beitrittsverträge traten am 1. Januar 1973 in Kraft. Da sich die norwegische Bevölkerung später in einer Volksabstimmung gegen den Beitritt aussprach, wurde Norwegen kein EG-Mitglied.
Am 24. April 1972 gründeten die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten den Europäischen Währungsverbund (erster Schritt zu einer Währungsunion).
Die Staats- und Regierungschefs der EG beschlossen am 19./20. Oktober 1972 den weiteren Ausbau der Gemeinschaft zur Europäischen Union und die Verwirklichung der WWU.

Der EG-Rat beschloß am 2. April 1973 die Errichtung eines "Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit".
Die EG unterzeichnete am 14. Mai 1973 ein Freihandelsabkommen mit Norwegen. Das Abkommen trat am 1.7.1973 in Kraft.
Die EG beschloß am 22. Juli 1975 die Errichtung eines Europäischen Rechnungshofes (Sitz: Luxemburg).
Der Europäische Rat beschloß am 6./7. Juli 1978 in Bremen ein Europäisches Währungssystem (EWS) und eine Europäische Währungseinheit (ECU).
In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit dem 7. Juni 1979 in allgemeinen und direkten Wahlen alle fünf Jahre gewählt.
In Straßburg fand vom 17.-20. Juli 1979 die erste Tagung des direkt gewählten Europäischen Parlaments statt. Simone Veil wurde zur ersten Präsidentin des Parlaments gewählt.
Am 1. Januar 1981 trat Griechenland als zehntes EG-Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG) bei.
Die Bevölkerung Grönlands stimmte am 23. Februar 1982 in einer Volksbefragung für den EG-Austritt.
Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschlossen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.
In Maastricht schlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung. Grundlagen der Europäischen Union (EU) waren:
1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.
Der Vertrag von Maastricht sollte am 7. Februar 1992 unterzeichnet werden und am 1. November 1993 in Kraft treten. Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.
Am 1. Januar 1993 trat in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger konnte sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hatte und krankenversichert war.
Das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe wies am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab und bestätigte die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages über die Europäische Union, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden. Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (42/1993) berichtete am 18. Oktober 1993 über den Vertrag von Maastricht: >>**Neues vom Turmbau zu Babel**
Die Richter in Karlsruhe hatten eine Aufgabe zu bewältigen, vor die wohl noch kein seriöses Verfassungsgericht der Welt gestellt war. Ernsthaft konnten sie nicht erwägen, die Verträge von Maastricht in ihrer jetzigen Form abzulehnen und Neuverhandlungen zu verlangen. So bedienten sie sich des üblichen Richtertricks. Sie gaben der Bundesregierung grünes Licht und

führten in ihrer 85 Seiten starken Begründung aus, warum sie eigentlich den Klägern hätten recht geben müssen.
Hätte Deutschland als einziges Land die schludrig und inkonsequent ausgehandelten Verträge zu Fall gebracht, wäre dies einer Katastrophe gleichgekommen. Dergleichen durfte man von den Richtern nicht erwarten.
Aber wie kam es dazu, daß die Richter in eine solche Lage gerieten? Weil in der Bundesrepublik bis in die Regierungsspitze hinein nicht ernsthaft über die Probleme, die zu Maastricht führten, diskutiert worden war. Die Wähler mußten arglos gehalten werden.
So billigte die Bundesregierung in Maastricht ein Monstrum, das weder einen Bundesstaat zum Ziel hatte noch einen föderativen Staatenbund. Den Richtern fiel dazu das schöne Wort "Staatenverbund" ein, sie konnten nicht gut, wie Margaret Thatcher, die Definition "künstlich geschaffener Mega-Staat" wählen. Da sie sich selbst bisher etliche Befugnisse zuerkannt hatten, die nicht in die Rubrik höchstrichterliche Selbstbeschränkung fallen, mußte nicht nur jetzt verhandelt werden; es sind weitere Klagen zu erwarten.
Alle Welt stimmt nun darin überein, daß die Regierungen und die Euro-Bürokratie ihre Mittel ausgereizt hätten. Der Bundespräsidentschaftskandidat der Union, Steffen Heitmann, weist darauf hin, daß Europa nicht von oben verordnet werden könne. Künftig müßten die Regierungen vor ihren Wählern genauer begründen und rechtfertigen, warum und mit welchen Zielen sie Hoheitsrechte abgeben wollen.
Aber hier liegt ja der Hase im Pfeffer. Man hat den Deutschen eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie es seien, deren Mark man schwächen wolle, indem man sie vergesellschafte. Sogar Präsident Mitterrand hat sich in vornehmer Weise an diesem unlauteren Spiel beteiligt. Hätten er und seine Büchsenspanner das nicht getan, wäre Maastricht schon an dem Referendum der Franzosen gescheitert.
Le Figaro, altberühmte Tageszeitung Frankreichs, verglich Maastricht frohgemut mit dem Versailler Vertrag von 1919, der beträchtlich zum Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. So ließ er sich vernehmen:
"Die Gegner von Maastricht fürchten auch, daß die Einheitswährung und die europäische Zentralbank die Überlegenheit der Mark und der Bundesbank festigen würden.
Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn der Vertrag angewandt wird, muß Deutschland seine Geldmacht teilen, die es heute gebraucht und mißbraucht, indem es sich die Wiedervereinigung vom Ausland bezahlen läßt."
"Deutschland wird zahlen, sagte man in den zwanziger Jahren. Heute zahlt es: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg."
Diese Argumentation war bei uns nicht werbewirksam. Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber schrieb an Kohl, er halte Maastricht für einen Irrweg.
Obwohl man sich im Kreise der Regierungschefs befriedigt zeigt, machen die Ministerialbeamten säuerliche Gesichter. Zu deutlich haben die Karlsruher Richter die Klippen des Vertrages aufgezeigt. ...<<
Am 1. November 1993 der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union trat in Kraft (Gründung der Europäischen Union bzw. EU).
Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Mai 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 (x853/...): >>**EUropa – "das gemeinsame Haus"?**
... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen (360 oder 630 Mio.) Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:

"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expreß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasialand."
Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.
Andere sehen in dem konstruktivistisch-gnostischen Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expreß ohne Wiederkehr in die Heimat.
Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen. ...

5. Das "Haus Europa" wird im "sozialen Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein

Das Ziel der europäischen Sozial-Union ist es, den "sozialen Fortschritt durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu fördern", die "Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken" und "dem relativen Wohlstand der Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen". (EU-Vertrag Protokolle, S. 237 ff.)
Weiterhin aber auch "Hebung der Lebenshaltung" in den Mitgliedsstaaten, insgesamt also die "Verbesserung und 'Angleichung' der Lebensbedingungen". (Art. 117 EG-Vertrag)
"Angleichung" wird so verstanden, daß den unterdurchschnittlich Wohlhabenden dazugegeben, was den überdurchschnittlich Wohlhabenden weggenommen wird - ganz sozial - sozialistisch. ...
- Die "schwachen" Länder und Regionen der EU sind zufällig auch die, die dem leistungsfeindlichen Sozialismus/Kommunismus frönen, nämlich Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und Frankreich. ...
Im 20-Jahresdurchschnitt streikten die italienischen Arbeitnehmer 26mal so viel und die spanischen Arbeitnehmer 17mal so viel wie die deutschen Kollegen.
Wer in der EU wenig leistet und oft streikt, erhält viel Strukturbeihilfen aus Brüsseler Fonds, wer in die "Hände spuckt und das Sozialprodukt hebt", erzeugt unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen und wird Nettozahler auf dem Umverteilungskarussell. Auf diese Weise will der Minister-Rat die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten stärken, die Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen und die Streikfreude "vergolden".
Zu den "starken" Staaten zählen Deutschland, England, Frankreich und Italien. Diese sind Nettozahler, jene Nettoempfänger aus den Fettöpfen der EU. ...
- Nach dem Bundesbankbericht Nr. 11/93 war Deutschland 1992 mit 19,4 bis 22 Mrd. DM größter Nettozahler - Zahlmeister der EU. Großbritannien erhält auf die Euro-Fahrkarte einen Sozialrabatt von 60 % und zahlt statt 10,7 nur 4,7 Mrd. DM, Frankreich ist Nettozahler von 2,8 Mrd. und Italien von 1,0 Mrd. DM.
Deutschland zahlt also rd. 30 %, mit der Tendenz zu 38 % der EU-Ausgaben
Deutschland zahlt das 6 1/2fache von Frankreich
Deutschland zahlt (netto) 2 1/2mal mehr als Frankreich, England und Italien zusammen zahlen
Deutschland zahlt 1,5 Mrd. DM mehr, weil England 6 Mrd. DM Preisnachlaß durchsetzen

konnte.
Diese Lastenverteilung soll die "Solidarität zwischen den Mitgliedern der EU stärken", die Lebensbedingungen angleichen und die Lust auf Europa verstärken.
Im gleichen Jahr erhielten
Irland rd. 4 Mrd.
Portugal 4 Mrd.
Spanien 5 Mrd.
Griechenland 7 Mrd. = insgesamt 20 Mrd. DM aus dem EU-Haushalt.
Damit sollen Verkehrswege, Rohr- und Kabelnetze in den sozialschwachen Staaten gebaut werden, um so die Produktivität und das Einkommensniveau dieser Staaten und die "Lebenshaltung" der Griechen, Süditaliener, Spanier und Portugiesen zu "heben".
Dafür werden in den nächsten 6 Jahren 800 Mrd. DM benötigt - davon 33 % von Deutschland aufzubringen.
Deutschland "exportierte" also allein in 1992 zwischen 38.000 und 44.000 Arbeitsplätze ans Mittelmeer, wenn man unterstellt, daß ein deutscher Arbeitsplatz 1/2 Mio. DM kostet.
- Schließlich drängt sich die Frage auf, warum Deutschland den vier "schwachen" Ländern die 19-22 Mrd. DM nicht direkt überweist, erst Brüssel dazwischenschaltet. Das könnte erstens die Solidarität der vier Beschenkten mit dem Schenker erhöhen, das könnte zweitens einige von den 25.000 Umverteilungsplanstellen in der Brüsseler Beamtenhierarchie einsparen, und das könnte schließlich die Empfängerländer daran gemahnen, daß auch bei der Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik (Art. K 1 EU-Vertrag) Solidarität, Zusammenarbeit und gerechte Lastenverteilung zur "Erreichung der gemeinsamen Ziele der Union" gefordert sind. Auf diesem Gebiet besteht zwar kein Demokratie-, wohl aber ein Gerechtigkeitsdefizit und großes Sozialdefizit.
Deutschland hat bis 1992 insgesamt 177 Mrd. DM in die Euro-Fonds eingezahlt und wird bis 1999 weitere 200 Mrd. einzahlen müssen, rd. 100 Mrd. DM mehr als ihm im Versailler "Vertrag" aufoktroyiert wurden. B. Bandulet: "Maastricht, das ist Versailler Vertrag ohne Krieg". In den Augen prominenter französischer Politiker (Ph. Seguin, M. Rocard) ist die Europäische Union ein Instrument, um Deutschland zu fesseln. ...
Für Europa darf es keine "neuen Gräben", keine Grenzen geben, jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden" (Art. 0 MV). Bei den "Beitrittsprämien", die in Aussicht stehen, ist es gar nicht verwunderlich, daß Norwegen, Schweden und Finnland, Litauen, Estland und Lettland, Polen, Ungarn, Tschechien und Ukraine, Österreich, Türkei und Malta ihre Beitrittsbereitschaft bekunden oder den Antrag schon gestellt haben, wie die Schweiz. Zwei wahrscheinlichen Nettozahlern (Österreich und Schweden) stehen mindestens zehn Nettoempfänger gegenüber, die alle gleiches Stimmgewicht, aber höchst unterschiedliche Zahllasten erhalten, zweimal zu Lasten der Deutschen.
Die Umverteilung von West nach Ost geht jetzt richtig los. ...
<u>Nettozahlungen an die EU (in Mrd. DM)</u>
1976 (3,3)
1978 (2,3)
1981 (6,4)
1983 (6,0)
1986 (8,2)
1988 (13,0)
1991 (19,0)
Die deutsche Bruttozahlung hat sich von 1978 bis 1991 verdreifacht, von 1983 bis 1991 verdoppelt und von 1988 bis 1991 um 30 % erhöht.
Demgegenüber hat sich die deutsche Nettozahlung an die EU von 1978 (2,3 Mrd. DM) bis

1991 (19,0 Mrd. DM) verachtfacht (!) von 1983 (6,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) mehr als verdreifacht von 1988 (13,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) um 50 % erhöht.
Haushaltsausgaben der EU (in Mrd. DM)
1981: 44,7
1983: 55,4 = 23 % + in 2 Jahren
1985: 62,7 = 13 % + in 2 Jahren
1987: 73,1 = 16 % + in 2 Jahren
1989: 85,6 = 17 % + in 2 Jahren
1991: 113,3 = 32 % + in 2 Jahren
1992: 128,8 = 6 % + in 2 Jahren
...
Die Haushaltsausgaben der EU haben sich von 1983 bis 1991 verdoppelt, von 1988 bis 1991 sind sie um 43 % gestiegen. Das Haushaltsvolumen der EU von 1981 bis 1994 expandierte exzessiv um 300 %, die deutsche Nettozahlung 78/91 explodierte um 800 %.
Das ist ungerecht und Ausbeutung der Deutschen, weil deutsche Politiker in Brüssel Euro-Interessen gegen deutsche Interessen durchsetzen, ganz im Gegensatz zu französischen, englischen, spanischen, griechischen Politikern. ...

6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschafts-Einheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein

... Die "Unwiderruflichkeit" der Währungs-Union wurde auf "deutschen Antrag" hin in den Maastrichter Vertrag aufgenommen (Fr. Mitterand). Die Währungs-Union der 11 Mitgliedsstaaten begann am 1.1.1994 mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), Sitz Frankfurt/M. Dieses Institut soll die Voraussetzungen für die Währungs-Union schaffen und ab sofort die "Koordinierung der Geldpolitiken" der Mitgliedsstaaten verstärken, verschiedenste Konsultationen durchführen, die technische Einführung der Euro-Währung (ECU) vorbereiten und die Währungsreserven der nationalen Notenbanken schrittweise übernehmen und verwalten. Damit erhält Brüssel direkten und unkontrollierbaren Zugriff auf deutsche und andere nationale Währungsreserven.
- Aber nicht nur die Währungsreserven (120 bis 200 Mrd.) sondern auch die Schuldengebirge der 12/16 Mitgliedsstaaten werden internationalisiert. Die Mitgift der Deutschen 200 Mrd. Reserven und 2.000 bis 3.600 Mrd. Schulden, von der Mitgift Griechenlands, Belgiens, Italiens gar nicht zu reden.
Im "Zentralbankrat" der EZB hat Deutschland eine oder zwei Stimmen von 12, 16 oder 24- formal ganz demokratisch: one man, one vote. ...
Auf dem Internationalsozialismus lassen sich keine "gemeinsamen Häuser" errichten, weil bald alle durchschnittlich arm sind und nichts mehr umzuverteilen ist. ...
Die Architekten und Baumeister des "Gemeinsamen Hauses" sind sich darin einig, daß alle Länder des Kontinents vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik, vom Nordpol bis zum Äquator unter einem Staat, unter einer Regierung, einer Verfassung, einem Recht zusammengefaßt werden sollen. ...<<
Mit einer Mehrheit von 52,2 % Nein-Stimmen lehnte die norwegische Bevölkerung am 28. November 1994 den Beitritt zur Europäischen Union (EU) ab (x175/877).
Ungarn und Polen beantragten im Jahre 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.
Finnland, Österreich und Schweden traten am 1. Januar 1995 der EU bei. Die Europäische Union umfaßte jetzt 15 Mitglieder.
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. April 1995: >>**Deutsche sind in ihren Urlaubsländern wenig beliebt**
... Deutsche sind in den von ihnen bevorzugten Urlaubsländern nur wenig beliebt. Wie eine am Mittwoch veröffentlichte Umfrage in 8 Ländern im Auftrag des Magazins "Stern" ergab,

landete Deutschland in einer Sympathie-Hitliste der befragten Nationen zusammen mit England auf dem vorletzten Platz. Nur die Türken waren noch unbeliebter. ...
Lediglich in den USA, Österreich und Frankreich findet eine Mehrheit der Bevölkerung die Deutschen sympathisch. Dagegen sind Bundesbürger in Griechenland bei nicht einmal einem Viertel beliebt. Fast jeder zweite Grieche kann die Deutschen sogar nicht ausstehen. Auch in Spanien mag sie nur jeder Dritte. ...
Nur in einem sind sich die anderen Nationen in ihrem Urteil einig über die Deutschen: Man hält sie für überdurchschnittlich tüchtig und umweltbewußt.<<
Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.
Rumänien, die Slowakei, Lettland, Estland, Litauen und Bulgarien beantragten im Jahre 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.
Die tschechische Republik beantragte am 19. Januar 1996 den Beitritt zur Europäischen Union.
Die "Frankfurter Rundschau" berichtete am 9. Mai 1997 über die Auswirkungen des EU-Binnenmarktes für den deutschen Arbeitsmarkt (x303/204): >>... Aufgebrachte Bauarbeiter haben gegen "Lohndumping" (geringe Lohnzahlungen zur Ausschaltung der Konkurrenz) protestiert. ...
Hartmut N.: "Die Arbeitgeber wollen mir die Hälfte vom 13. Monatsgehalt stehlen und 20 Prozent bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall."
Über 200.000 Arbeiter aus den EU-Ländern und 30.000 aus osteuropäischen Staaten sind derzeit in Deutschland beschäftigt – gleichzeitig sind 400.000 deutsche Bauarbeiter arbeitslos.
10 Prozent Stammpersonal, 90 Prozent Billiglohnarbeiter – dieses Verhältnis ist fast typisch für die Branche.
Der vorgeschriebene Mindestlohn von 17 Mark pro Stunde wird immer wieder unterlaufen (teils bis zu 4,50 DM Stundenlohn). Ohnehin liegt er deutlich unter dem Tariflohn von 25 Mark (den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verbindlich ausgehandelt haben).
Die Gewerkschaften protestieren gegen die europaweite Umverteilung von unten nach oben.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. September 1997: >>**Deutsche zahlen halbe Milliarde**
... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.
In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1998: >>**Vertriebene zweifeln an EU-Reife Polens**
Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat erneut die EU-Reife Polens in Frage gestellt.
Präsidentin Erika Steinbach kritisierte ... in Bonn die Zurückweisung einer Entschließung des Bundestages zum Thema Heimatvertriebene durch das polnische Parlament. "Sollte Polen bei dieser Haltung bleiben, dann ist es nicht reif für die Europäische Union", betonte Steinbach. Polen und Deutschland müßten sich vorher um eine Lösung der Vertriebenen- und Vermögensfragen bemühen, weil sonst die noch ungelösten Probleme in der EU wie ein "Eiterherd" wirken würden.
Es widerspreche dem europäischen Geist, wenn Polen nach seiner Aufnahme in die Europäische Union den deutschen Vertriebenen nicht einmal die selbstverständlich in Europa gelten-

den Rechte wie Freizügigkeit oder Niederlassungsfreiheit einräumen wolle. "Es ist nicht hinzunehmen, daß der polnische Sejm die offenen Vermögensfragen jetzt plötzlich für unantastbar erklärt."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. September 1998: >>**Vertriebene fordern Entschädigung**

Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt Polens und Tschechiens hat der Bund der Vertriebenen Entschädigungen und Rückkehrrechte für deutsche Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert.

Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte in einem Grußwort zum "Tag der Heimat", die Bundesregierung werde die Vertriebenengruppen in den EU-Erweiterungsprozeß einbeziehen. Ihr Mitwirken sei wichtig für eine Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn.

BdV-Präsidentin Steinbach sagte in Berlin, Polen und Tschechien hätten sich im Gegensatz zu Ungarn, Estland, Litauen und Rumänien bislang dagegen gesperrt, das Vertreibungsunrecht aufzuarbeiten. Die Osterweiterung der EU biete nun die Möglichkeit, "die Verletzung der Menschenrechte wieder in Ordnung zu bringen". Neben der Entschädigung der Opfer gehöre dazu auch die Bestrafung von Verbrechen an Deutschen, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt am Main.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Die Osterweiterung der EU kann eine gute Sache sein. Gewiß gibt es Staaten, die europareif sind, vor allem Staaten die den europäischen Mindeststandard in Menschenrechte erfüllen, so die baltischen Staaten, die u.a. Rückkehrrecht und Wiedergutmachung gewährt haben.

Meines Erachtens haben weder Polen noch Tschechien diesen Mindeststandard erreicht. Was noch schlimmer ist, anscheinend wollen sie es nicht erreichen. Somit denke ich, daß die Osterweiterung der EU nicht unbedingt zu begrüßen ist, wenn sie auf Kosten der historischen Wahrheit forciert wurde, auf Kosten der nationalen Ehre, und schließlich auf Kosten der Vertriebenen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 1998: >>**Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik**

... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...

Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen: "Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."

Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später (am 22.08.2004) während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über ähnliche Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (x851/...): >>... Als Völkerrechtler muß ich betonen, daß jeder Staat eine Verpflichtung zum diplomatischen Schutz der eigenen Bürger hat. Dies ist Völkergewohnheitsrecht. Wenn ein Staat Privateigentum von Bürgern anderer Staaten konfisziert, besteht eine Völkerrechtsverletzung, die das Recht auf Wiedergutmachung mit sich bringt. Es ist halt die Aufgabe des Staates, dieses Recht auf Wiedergutmachung zu behaupten. Tut der Staat dies nicht, so soll und muß der Staat selber seine Bürger entschädigen.

Als Völkerrechtler muß ich aber auch auf das Prinzip der Gleichheit hinweisen. Wenn alle Opfer - Juden, Polen, Tschechen - eine Wiedergutmachung bekommen – nur die Deutschen

nicht - dann liegt eine Diskriminierung vor, und dies stellt eine Verletzung der EU-Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte dar. Dies ist eine Frage, die nach Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht, Gegenstand eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, sowie auch vor dem UNO Menschenrechtsausschuß in Genf sein könnte.
Als Amerikaner kann ich absolut nicht begreifen, warum Bundeskanzler Schröder derart diskriminierende Worte in Warschau ausgesprochen hat. Denn sämtliche deutschen Regierungen haben bisher die korrekte völkerrechtliche Haltung vertreten, nämlich daß die Vertreibung ein Unrecht war, und daß die Konfiskationen von Privateigentum ebenfalls völkerrechtswidrig waren. Mit seinen Worten hat Bundeskanzler Schröder die Vertriebenen im Stich gelassen. Ich kann mir keinen amerikanischen Präsidenten ... (vorstellen), der auf die Rechte der amerikanischen Bürger so verzichten würde, wie Herr Schröder es getan hat.
Professor Dieter Blumenwitz der Universität Würzburg kommentierte neulich, daß wenn der Eigentumsbesitz eines deutschen Bürgers von einem ausländischen Staat bedroht sei, müsse die Bundesregierung ihm diplomatischen Schutz gewähren. ...
"Zwei andere Fragen von fundamentaler Bedeutung werden durch die Kanzler Äußerungen aufgeworfen:
Erstens, wenn die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen, wobei zwei Millionen ihr Leben verloren haben, kein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt, was war sie dann?
Zweitens, wenn anderen Opfern Rückkehrrecht und Restitution gewährt wird, nach welchem Recht und nach welcher Moral kann man die Deutschen anders behandeln?
Beide Fragen sind vom Prinzip der Gleichheit und vom Prinzip der gemeinsamen menschlichen Würde untrennbar. Man kann den Deutschen Vertriebenen eine Wiedergutmachung nicht verweigern, ohne dabei eine völkerrechtswidrige Diskriminierung zu begehen." ...<<
Am 1. Januar 1999 trat die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft. Der Euro wurde zur Währung der elf Teilnehmerländer und neben dem Dollar zu einer neuen globalen Währung. Der Euro wurde zunächst nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr eingeführt. Banknoten und Münzen kamen erst am 1. Januar 2002 in Umlauf. Die EZB übernahm die Verantwortung für die europäische Geldpolitik. Um die Stabilität der neuen gemeinsamen Währung zu sichern, wurde im Maastrichter Vertrag festgelegt, daß das gesamtstaatliche Defizit jedes Mitgliedstaates drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und der staatliche Schuldenstand 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten sollte.
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...
Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... (die) Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<
Das "Jahrbuch Nr. 1 Aktuell" des "Harenberg Lexikon-Verlags" berichtete im Jahre 1999 über die Europäische Union (x096/214-216):
>>... EU-Haushalt/Deutsche Beiträge: ... In den Jahren 1992 bis 1998 betrugen die deutschen Nettozahlungen an die EU (deutsche Zahlungen an EU abzüglich EU-Zahlungen an Deutschland):
1991 = 19,0 Mrd. DM
1992 = 22,1 Mrd. DM
1993 = 23,7 Mrd. DM
1994 = 27,6 Mrd. DM
1995 = 26,1 Mrd. DM
1996 = 22,5 Mrd. DM

1997 = 22,5 Mrd. DM
1998 = 24,1 Mrd. DM
(187,6 Mrd. DM)
EU-Haushalt/Betrug: 1998 gingen der EU ca. 4 Mrd. EUR (ungefähr 5 % des EU-Haushalts) durch Betrug, Korruption und Schlamperei verloren. Durch Schwarzarbeit, Schwarzhandel und mangelhafte Eintreibung von Steuermitteln, die der EU zustehen, wurden weitere Mindereinnahmen von ca. 22 Milliarden Euro erzielt. ...
Euro: Am 1.1.1999 wurde in elf Ländern der EU (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Er kann bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen bleiben bis 2002 im Umlauf. ...
Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hat. So entspricht ein Euro genau 1,95583 DM. ...
Der Euro sank seit seiner Einführung bis Mitte 1999 von 1,1789 US-Dollar auf unter 1,04 US-Dollar. Gründe waren das fehlende Vertrauen der Finanzmärkte in die stabilitätsorientierte und wachstumsfördernde Politik der elf EU-Staaten. ...
Die Kosten der Euro-Umstellung belaufen sich für die europäischen Unternehmen auf 77 Mrd. Euro, rund 70 % mehr als 1997 geschätzt. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1999 über den Euro-Verfall (x887/...): >>**Kränkelnde Frühgeburt**
Warum die Finanzmärkte dem neuen Geld mißtrauen / Scheitern bleibt möglich
von BRUNO BANDULET
Der Euro wird so hart wie die Mark", hatte Theo Waigel den Deutschen immer wieder versprochen. Der Euro sei eine "kränkelnde Frühgeburt", sagte Gerhard Schröder noch vor einem Jahr. Jetzt, ein halbes Jahr nach dem Start der Kunstwährung am 4. Januar, sieht es ganz so aus, als habe Schröder recht behalten. Der Euro wurde schneller schwach, als dies selbst seine schärfsten Kritiker erwartet hätten. In den ersten sechs Monaten verlor er rund 13 Prozent an Wert gegen den amerikanischen Dollar.
Die großspurigen Reden der Politiker, die euphorischen Kommentare der Medien, die optimistischen Prognosen der Banken - all dies hat sich als Selbsttäuschung und bloße Propaganda entpuppt. Keine Rede mehr davon, daß der Euro Wachstum und Arbeitsplätze bringt, daß er Europa politisch stärkt, daß ihm zuzutrauen wäre, die Hegemonie des Dollars zu brechen.
Noch Anfang Januar hatte Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, dem Euro glänzende Aussichten attestiert. Jetzt empfiehlt er, die hochgelobte Währung einfach dem Markt zu überlassen. Sie könne möglicherweise sogar unter die Parität zum Dollar fallen.
Was ist geschehen? Zum einen haben die internationalen Zentralbanken bisher nicht damit begonnen, ihre Reserven von Dollar in Euro umzuschichten. Zum anderen haben offenbar japanische Großinvestoren schon 1998 - im Vorgriff auf die Europäische Währungsunion - Euro gekauft und sahen sich in den vergangenen Wochen gezwungen, mit Verlust wieder auszusteigen. Die von dem CSU-Politiker Gauweiler als Plastikgeld verhöhnte Währung genießt jedenfalls bisher kein Vertrauen an den internationalen Finanzmärkten.
Dies ist nicht zuletzt die Quittung dafür, daß sich die Beteiligten im Frühjahr 1998, als die "Konvergenz" der Euro-Länder offiziell verkündet wurde, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Eintritt in die Währungsunion erschlichen haben. In Wirklichkeit war es nie gelungen, Schuldenstand und Defizite, aber auch Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in den beteiligten elf Ländern in Einklang zu bringen.
Wie denn auch: Nicht einmal innerhalb der großen europäischen Nationen kann von "Konvergenz" die Rede sein. Zwischen der Lombardei und Apulien, zwischen Katalonien und Anda-

lusien, zwischen dem Norden und dem Süden Großbritanniens liegen - volkswirtschaftlich gesehen - Welten. Und auch in Deutschland ist es nach zehn Jahren Einheit und gigantischen Finanztransfers nicht im geringsten gelungen, in den neuen Bundesländern ähnliche Verhältnisse wie im Westen herzustellen.
Vergeblich war bisher auch die Hoffnung, das über Jahrzehnte erworbene Vertrauenskapital der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank übertragen zu können. Dafür sprechen die europäischen Währungsmanager mit zu vielen Zungen, dafür mischen sich die europäischen Politiker zu oft in die Geldpolitik ein, dafür ist, alles in allem, der Euro noch zu jung.
Um Ansehen zu erwerben und Vertrauen aufzubauen, benötigt eine neue Währung Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte. Selbst der Erfolg der Deutschen Mark war zunächst keine ausgemachte Sache. Selbst die Mark hat seit 1948 rund drei Viertel ihrer Kaufkraft verloren.
Das Hauptproblem des Euro ist sein virtueller und staatenloser Charakter. Er ist bekanntlich keine nationale Währung, nicht einmal die Währung eines homogenen Wirtschaftsraumes. Vorerst existiert er nur auf den Computerschirmen, als Monopoly-Geld der Großbanken. Und die Euro-Zone verfügt über keine wirklich aussagekräftigen Geldmengen- und Inflationsstatistiken. Zwar publiziert die Europäische Zentralbank regelmäßig entsprechende Zahlen, aber sie sagen wenig aus. Schon Ende 1998, vor dem Start des in der Finanzgeschichte beispiellosen Experiments, stiegen die Preise in Italien dreimal so schnell wie in Deutschland, und in Portugal wiederum doppelt so schnell wie in Italien.
Schon Lenin erkannte, daß in der Verfügungsgewalt über eine Währung eine ungeheure Machtfülle liegt. Wer aber beherrscht und kontrolliert den Euro? Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet und zugleich ungemein wichtig für die Beurteilung dessen, was bevorsteht.
Bekannt ist, daß die Europäische Zentralbank (EZB) über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, daß sie laut Maastrichter Vertrag (aber nicht unbedingt in der Praxis!) unabhängig von den Regierungen ist und daß die nationalen Zentralbanken alleinige Kapitaleigner der EZB sind.
Bekannt ist auch, daß alle wichtigen Entscheidungen im EZB-Rat fallen und daß diese Entscheidungen vom Direktorium, das die laufenden Geschäfte führt, in praktische Geldpolitik umgesetzt werden. Wer in Frankfurt den Ton angibt, ist freilich immer noch nicht ganz klar. Im EZB-Rat sitzen die Präsidenten von elf nationalen Notenbanken, von denen jede ihre rechtliche Eigenständigkeit bewahrt hat, sowie die sechs Mitglieder des Direktoriums - unter ihnen Präsident Wim Duisenberg aus den Niederlanden und sein französischer Stellvertreter Christian Noyer.
Nun hält zwar die Deutsche Bundesbank mit 31 Prozent den relativ größten Teil des Kapitals der EZB. Die Banque de France liegt an zweiter Stelle und bringt es nur auf 21,3 Prozent. Aber: nach Kapitalanteilen wird nur abgestimmt, wenn es um die Überweisung von Währungsreserven von den Nationalbanken an die EZB oder um Fragen der Gewinnverteilung geht. Ansonsten hat jeder nur eine Stimme. Die Beschlüsse des EZB-Rates werden mit einfacher Mehrheit gefaßt - und die deutschen Vertreter können theoretisch jederzeit überstimmt werden.
Sinnvoll verwaltet werden kann ein derart uneinheitliches Währungsgebiet wie die EU allerdings nur, wenn man sich an den Bedürfnissen der Kernzone - also Deutschlands und Frankreichs - orientiert. Zinsabschlüsse an den wirtschaftlichen Lagen in Portugal oder Irland auszurichten wäre kaum machbar.
In Frankfurt ist denn auch zu hören, daß Duisenberg zwar nach außen hin die Schau dirigiert, daß die Fäden aber von den Deutschen und den Franzosen gezogen werden: von Tietmeyer, der angeblich bald zur Vatikanbank geht, und dem früheren Chefideologen der Bundesbank, Otmar Issing, sowie von Christian Noyer und Jean Claude Trichet, dem Gouverneur der

Banque de France, der nach vier Jahren Duisenberg vorzeitig ablösen soll.
Würden die kleineren EU-Staaten im Konfliktfall strikt nach dem Prinzip "eine Nation, eine Stimme" verfahren und auf ihren nationalen Interessen beharren, dann käme es zur ersten großen Euro-Krise. Und würde Frankreich - das ist ebenfalls denkbar - zusammen mit den anderen Romanen die Deutschen überstimmen, dann könnte das ganze Projekt scheitern.
Es kann zwar noch dauern, bis ernsthafte Differenzen sichtbar werden. Aber allein die Tatsache, daß sie in der Konstruktion dieses staatenlosen Geldes von vornherein angelegt sind, muß bei langfristig denkenden Investoren einen erheblichen Rest von Mißtrauen gegen den Euro wachhalten.
Eine andere eingebaute Schwäche der europäischen Währung liegt darin, daß sich die EZB zwar laut Vertrag um Preisstabilität zu kümmern hat, nicht jedoch um Wechselkursvereinbarungen gegenüber Drittwährungen wie Dollar oder Yen. Nur der Ministerrat der EU kann über Zielzonen und Bandbreiten beschließen, konkret also darüber, wo der richtige Kurs des Euro gegen den Dollar zu liegen hat. Die EZB muß dabei nur angehört werden. Wird der EZB aber ein Wechselkursregime aufgezwungen, dann verliert sie leicht die Kontrolle über Geldmengen, Zinsen und Preise. Dann ist ihre vertraglich festgelegte Unabhängigkeit nicht mehr viel wert.
Daß Haushaltsdisziplin und Preisstabilität für manche europäische Politiker kein Evangelium sind, hat sich längst herumgesprochen. Ein typischer Inflationspolitiker war der inzwischen gescheiterte Finanzminister Lafontaine. Der Spiritus rector scheint aber von Anfang an nicht der Saarländer mit dem Napoleonkomplex gewesen zu sein, sondern ein echter Franzose: der Pariser Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, der übrigens fließend deutsch spricht. Strauss-Kahn war es vor allem, der die Etablierung eines mächtigen Gegengewichts zur EZB vorantrieb: der Euro-11-Gruppe.
Zu deren geheimen Sitzungen treffen sich ausschließlich die elf Finanzminister der Euro-Zone mit nur je einem Berater. Ein so kleines Gremium ist selbstverständlich aktionsfähiger als das reguläre Treffen aller 15 EU-Finanzminister, wo einschließlich der Beraterstäbe leicht 100 Teilnehmer zusammenkommen.
Daß der Euro einen schwachen Start hatte und gegen den Dollar abwertete, wird den sozialistischen Politikern Europas, aber auch der Exportwirtschaft keineswegs unrecht gewesen sein. Allerdings gehen die französischen Ambitionen weiter als die deutschen: Paris will den Dollar entmachten.
Dollar-Hegemonie bedeutet, daß die USA alle wichtigen Rechnungen in der Währung bezahlen, die sie selbst drucken, daß die ausländischen Zentralbanken den Großteil ihrer Reserven in Dollar halten und damit Uncle Sam Kredit geben und daß die USA ihre Schulden entweder nie oder nur mit entwerteten Dollars zurückzahlen.
Damit haben die Amerikaner die Möglichkeit, mehr zu konsumieren und zu investieren, als sie verdienen. Sie leben seit langem über ihre Verhältnisse. Sie leisten sich enorme Defizite in der Außenbilanz - Fehlbeträge, die sich bald auf 2.000 Milliarden Dollar angehäuft haben werden. Amerika ist heute der größte Schuldner der Welt, ohne dafür büßen oder zahlen zu müssen. Ein in der Geschichte einmaliges Privileg, in dessen Genuß nun auch Europas Politiker gerne kommen würden. Erst wenn sich der Euro einen dem Dollar vergleichbaren Status als Weltreservewährung verschafft hat, dann hätte sich eine Einführung - nach dieser Logik jedenfalls - wirklich gelohnt.
Man kann nicht vollständig ausschließen, daß dieses Kalkül am Ende doch aufgeht - dann aber um den Preis eines erbitterten Konflikts zwischen den USA und der EU.
Denn wenn die EZB wirklich auf Dauer eine solide Geldpolitik betreibt, wenn sie das Vertrauen der Finanzmärkte erwirbt oder wenn der Dollar in den Strudel einer großen Finanzkrise gerissen wird - dann könnte sich der Euro irgendwann doch zu einer Alternative zur US-

Währung entwickeln. China zum Beispiel ist brennend daran interessiert, seine Abhängigkeit von den USA zu verringern, denn die gewaltigen Dollar-Guthaben Pekings können im Ernstfall jederzeit von der amerikanischen Regierung blockiert werden.
Aber dies alles ist jetzt noch Zukunftsmusik. Bis auf weiteres muß man sich darauf einrichten, daß sich Perioden eines starken Dollar und solche eines festeren Euro einander abwechseln. Papierwährungen sind immer nur relative Größen. Auch der Dollar und der Yen haben ihre fundamentalen Schwächen. Der Londoner Finanzstratege David Roche hatte recht, als er in einer Untersuchung zu dem Schluß kam: "Alle drei großen Währungen der Welt sehen verletzlich aus."
Für die Deutschen, die ein halbes Jahrhundert die Vorteile einer relativen Hartwährung genießen durften, ist das Fazit unerfreulich. Sie mußten aus rein politischen Gründen - wirtschaftlich war der Euro weder notwendig noch sinnvoll - auf ihre bewährte D-Mark verzichten. Im Jahr 2002 sollen sie ihr Bargeld endgültig in eine synthetische Währung umtauschen, die zwar auf lange Sicht möglicherweise nicht schlechter als der Dollar sein wird, aber bestimmt weniger gut als die Deutsche Mark, die für immer mit dem Namen Ludwig Erhards verbunden bleiben wird.
Niemand kann übrigens garantieren, daß der Euro, die kränkelnde Frühgeburt, nicht doch noch scheitert - daß das Experiment abgebrochen werden muß. Dann müssen die Europäer eben wieder zu ihren nationalen Währungen zurückkehren. Ratsam wäre es auf jeden Fall, den für 2002 geplanten Zwangsumtausch um einige Jahre zu verschieben und dem Euro eine längere Probezeit einzuräumen. Man könnte ihn zunächst als Parallelwährung weiterlaufen lassen. Vielleicht wird er im Laufe der Zeit von den Finanzmärkten und den Privatanlegern doch noch akzeptiert. Wenn nicht, wäre dies nicht die erste Währungsunion der Geschichte, die auf Sand gebaut war.
Dr. Bruno Bandulet ist Herausgeber des Finanzdienstes G & M. Von ihm erschienen zuletzt die Bücher "Was wird aus unserem Geld?" und "Tatort Brüssel - Das Geld, die Macht, die Bürokraten".<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2000: >>**Verheugen verärgert EU-Spitze**
EU-Kommissar Günter Verheugen hat mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung Irritationen ausgelöst. Die EU-Kommission und Bundesregierung distanzierten sich von Verheugens Äußerungen. ...
Auch Bundesaußenminister Joschka Fischer versicherte in Evian, daß die Vorstellungen Verheugens von der Bundesregierung nicht geteilt werden: "Das ist nicht unsere Position, sondern Verheugens private Meinung." Fischer wies auf die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Deutschland hin, die ohne eine Verfassungsänderung keine Volksbefragung zulassen.
In der "Süddeutschen Zeitung" hatte Verheugen auch scharfe Kritik am Verfahren der Euro-Einführung geübt: Ich war schon damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für den Euro zu werben." ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. September 2000: >>**Mehrheit der Dänen sagt "Nej" zum Euro**
In Dänemark zeichnete sich am Donnerstagabend eine klare Mehrheit gegen die Einführung des Euros ab. ... Die Wahlbeteiligung betrug rund 80 %.
Die Abstimmung wurde vor allem in Schweden und Großbritannien genau verfolgt, da auch dort Referenden zum Euro anstehen. ...
In Berlin hatte Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) die Dänen aufgefordert, für den Euro zu stimmen. Eichel sagte auf die Frage, was eine Ablehnung der Dänen bedeuten würde: "Europa geht weiter." Die europäische Einigung sei ein unumkehrbarer politischer Prozeß.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 2000: >>**EU hilft mit Milliarden**
Die Europäische Union hat eine Milliardenhilfe für den Balkan beschlossen und will den seit dem Zerfall des alten Jugoslawiens weitgehend isolierten Ländern langfristig eine Perspektive für die Mitgliedschaft anbieten. Das beschlossen die EU-Außenminister auf einer Ratstagung in Brüssel. Der Aufbau in der Region soll bis 2006 mit 4,6 Millionen Euro unterstützt werden. ...<<
Am 1. Januar 2002 wurde das Euro-Bargeld in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.
Der Euro wurde am 28. Februar 2002 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung war damit erfolgreich abgeschlossen.
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik**
Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.
Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. Aus der Agrar- und Fischereipolitik, aber auch aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte Großbritannien aussteigen. Die britische Handelspolitik sollte ihr Land nach Meinung Thatchers wieder selbst in die Hand nehmen.
Sie schlägt weiter vor, daß Großbritannien der Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) beitreten sollte. Das wiederum ließe sich nur schwer mit einer EU-Mitgliedschaft vereinen. Thatcher schreibt es nicht ausdrücklich, aber das würde vermutlich bedeuten, daß Großbritannien aus der EU austritt. "Es wird oft gesagt, es sei undenkbar, daß Großbritannien die Europäische Union verläßt", schreibt die Frau, die von 1979 bis 1990 ihr Land regierte. Doch man solle diesen Gedanken nicht ausweichen. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Januar 2003: >>**Europa - Amerika: Warme Brüder und EU-nuchen**
Alle reden vom Anti-Amerikanismus der Europäer. Aber was ist eigentlich mit dem Anti-Europäismus der Amerikaner? Beobachtungen im transatlantischen Streit der Vorurteile
Von T. Garton Ash
Zur Einstimmung zwei Beispiele: "Auf die Liste der politischen Gebilde, die ausersehen sind, im Urinal der Geschichte runtergespült zu werden, müssen wir auch die Europäische Union und Frankreichs Fünfte Republik setzen. Die Frage ist nur, wie unerquicklich ihre Auflösung werden wird" (Mark Steyn, *Jewish World Review*, 1.5.2002). Oder: "Wollen Sie wissen, was ich wirklich über die Europäer denke? Ich denke, sie haben sich in jeder wichtigeren internationalen Frage der letzten 20 Jahre geirrt" (Martin Walker, *UPI*, 13.11.2002).
Ob in Boston, New York, Washington, in Kansas oder im Bibelgürtel: Wenn von Europa und den Europäern die Rede ist, kommt Gereiztheit auf. Sie übertrifft die letzte Verstimmung in den frühen achtziger Jahren bei weitem. Um "die Europäer" oder auch "die Euros", "die Euroiden", die "Eurowürstchen" anzuprangern, taucht man die Schreibfedern in Säure. Richard Perle, Vorsitzender des Defense Policy Board und ein führender Theoretiker der Bush-Regierung, bemängelt, Europa habe seinen "moralischen Kompaß" verloren.
Europäer gelten als Weichlinge, schwach, querulantisch, heuchlerisch, zerstritten, zuweilen antisemitisch. Zu oft erweisen sie sich als antiamerikanische Beschwichtiger. Sie sind halt "Eurowürstchen". Sie haben ihre Werte in multilateralen, transnationalen, säkularen und postmodernen Spielereien verloren. Statt für Verteidigung geben sie ihre Euros für Wein, Ur-

laub und aufgeblähte Wohlfahrtsstaaten aus. Und dann johlen sie von den Zuschauerrängen, während die USA das schwierige und schmutzige Geschäft erledigen, in der Welt für Sicherheit zu sorgen - auch für die Europäer. Die Amerikaner dagegen sind starke, prinzipiengeleitete Verteidiger der Freiheit, aufrecht im Dienst für das Vaterland, den letzten wahrhaft souveränen Nationalstaat der Welt.

Die Achse der Beschwichtigung

Die sexuelle Konnotation dieser Stereotypen wäre eine Untersuchung wert. Sehen antiamerikanische Europäer "die Amerikaner" als tyrannische Cowboys, so sehen antieuropäische Amerikaner "die Europäer" als warme Brüder. Der Amerikaner ist ein viriles, heterosexuelles Mannsbild, der Europäer ist weiblich, impotent oder kastriert. Vor allem militärisch kriegen die Europäer keinen hoch.

Das Wort "Eunuchen" findet auch in der Form "EU-nuchen" Verwendung. Die sexuelle Metaphorik schleicht sich sogar in durchdachtere Darstellungen der europäisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten ein. Unter dem Titel *Macht und Schwäche* schrieb Robert Kagan einmal in der *Policy Review:* "Amerikaner sind vom Mars, Europäer von der Venus." Er zitierte damit den Bestseller, der das Verhältnis der Geschlechter auf die Formel gebracht hatte, Männer seien vom Mars, Frauen von der Venus.

Die schlimmsten Beschimpfungen sind für die Franzosen reserviert. Der alte englische Zeitvertreib des Franzosenschmähens drang in die amerikanische Populärkultur ein. Unter amerikanischen Jugendlichen grassiert ein seltsames Vorurteil: Die Franzosen waschen sich nicht. "Ich fühlte mich ganz schön schmutzig", erzählte eine Studentin von ihrer Frankreich-Reise. "Trotzdem warst du immer noch sauberer als die französischen Typen", fügte ein anderer hinzu. Der Herausgeber von *National Review Online* und selbst ernannte konservative "Frosch-Verächter" Jonah Goldberg hat die Bezeichnung der "Käse fressenden Äffchen mit Totstellreflex" populär gemacht, die schon in einer Folge der *Simpsons* auftauchte.

Der amerikanische Antieuropäismus ist jedoch nicht mit dem europäischen "Antiamerikanismus" identisch. Man muß zwischen einer legitimen und informierten Kritik an der EU und einer tiefer sitzenden, eingefleischten Feindseligkeit gegenüber Europa unterscheiden. So wie amerikanische Journalisten zwischen legitimer, informierter europäischer Kritik an der Bush-Regierung und Antiamerikanismus oder auch zwischen legitimer europäischer Kritik an Scharons Regierungspolitik und Antisemitismus unterscheiden sollten - was sie aber oft nicht tun. Die Frage lautet jedenfalls: Wo verläuft die Grenze?

Wir müssen uns vor allem Sinn für Humor bewahren. Ein Grund, warum die Europäer gern über George W. Bush lachen, sind seine lustigen Äußerungen (oder angeblichen Äußerungen). Zum Beispiel: "Das Problem mit den Franzosen ist doch, daß sie kein Wort für *Entrepreneur* (Unternehmer) haben." Die Amerikaner wiederum lachen auch deshalb gern über die Franzosen, weil es in einer langen angelsächsischen Tradition des Spottens steht, die bis Shakespeare zurückreicht. Doch auch das ist nicht ohne. Konservative beleidigen manchmal humorvoll, halb ernst oder ziemlich ernst.

Wenn man protestiert, antworten sie: "Das war natürlich nur ein Scherz!" Humor arbeitet mit der Übertreibung und spielt mit Stereotypen. Doch würde man lachen, wenn ein europäischer Journalist "die Juden" als "Matzen fressende Äffchen mit Totstellreflex" bezeichnete? Der Kontext ist selbstverständlich ein anderer: Einen Völkermord an den Franzosen hat es in den USA nicht gegeben. Das Gedankenexperiment gibt dennoch zu denken.

Der Antieuropäismus bildet keine Parallele zum Antiamerikanismus. Das Leitmotiv des Antiamerikanismus ist mit Neid durchsetzter Groll; die des Antieuropäismus mit Verachtung durchsetzte Gereiztheit. Antiamerikanismus ist für einzelne Länder geradezu eine Obsession - besonders für Frankreich. Der Antieuropäismus ist weit davon entfernt, eine amerikanische Obsession zu sein. Tatsächlich ist die am weitesten verbreitete amerikanische Haltung gegen-

über Europa eine leichte, wohlwollende Gleichgültigkeit, untermischt von beeindruckender Unwissenheit.
Europa ist selbst denjenigen, die den Kontinent gut kennen, seit dem Ende des Kalten Kriegs gleichgültiger geworden. Europa wird weder als starker Verbündeter noch, wie China, als ein ernst zu nehmender Konkurrent angesehen. "Europa ist ein Altersheim" oder, wie der Experte der Konservativen, Tucker Carlson, in einer politischen Talkshow auf CNN meinte: "Wen schert es, was die Europäer denken? Die EU vertut ihre Zeit damit, dafür zu sorgen, daß britische Wurst in Kilo und nicht in Pfund verkauft wird. Der ganze Kontinent ist für amerikanische Interessen zunehmend irrelevant."
Amerikanische Kritiker Europas stehen Europa jedoch keineswegs gleichgültig gegenüber. Sie kennen Europa - anscheinend hat die Hälfte von ihnen in Oxford oder Paris studiert - und beeilen sich stets, ihre europäischen Freunde zu erwähnen. Wie die europäischen Kritiker der USA immer heftig bestreiten, daß sie antiamerikanisch eingestellt seien ("Verstehen Sie mich nicht falsch, ich liebe das Land und die Leute"), bestehen auch die Amerikaner ausnahmslos darauf, daß sie überhaupt nicht antieuropäisch seien.
Antiamerikanismus und Antieuropäismus sind Pole des politischen Spektrums. Der europäische Antiamerikanismus findet sich hauptsächlich auf der Linken, der amerikanische Antieuropäismus auf der Rechten. Die meisten amerikanischen Europa-Kritiker sind Neokonservative und benutzen gegen Europa dieselbe Kampfrhetorik wie gegen Liberale. William Kristol, einer dieser Neokonservativen, macht "eine Achse der Beschwichtigung" aus, "die sich von Riad bis Brüssel und hin zum Foggy Bottom (Außenministerium) erstreckt".
Es gibt zwei Gruppierungen, die um Präsident Bushs Gehör in der Irak-Frage konkurrieren: die "Cheney-Rumsfeld-Gruppe" und die "Powell-Blair-Gruppe", die eine radikal, die andere etwas gemäßigter. Für atlantisch orientierte Europäer ist das aber kein Trost, denn selbst unter den liberalen Europa-Kennern des Außenministeriums herrscht herbe Enttäuschung über Europa.
Ihr Schlüsselerlebnis war Europas entsetzliche Unfähigkeit, den Genozid an einer viertel Million bosnischer Muslime auf dem Balkan zu verhindern. Europa kann nicht einmal seine Außen- und Sicherheitspolitik koordinieren, so daß selbst ein Streit zwischen Spanien und Marokko um eine unbewohnte Insel von Colin Powell geschlichtet werden mußte.

Kein Respekt vor den Griechen

Es gab immer eine starke Strömung des Antieuropäismus in den USA. "Amerika wurde als Gegenmittel zu Europa geschaffen", stellt Michael Kelly, der ehemalige Herausgeber des *Atlantic Monthly,* fest. Für Millionen Amerikaner war Europa im 19. und 20. Jahrhundert der Ort, dem man entfloh. Trotzdem war Europa auch Gegenstand dauernder Faszination. Vor allem zwei europäischen Ländern wollte man nacheifern und sie übertreffen - England und Frankreich. "Jedermann hat zwei Länder", sagte Thomas Jefferson, "sein eigenes und Frankreich." Wann sind die USA von dieser sympathischen Überzeugung abgekommen?
Fünfzig Jahre lang, von 1941 bis 1991, führten Amerikaner und Westeuropäer Krieg gegen einen gemeinsamen Feind: zuerst gegen den Nationalsozialismus, dann gegen den Sowjetkommunismus. Das war die Glanzzeit des geopolitischen "Westens". Während des Kalten Kriegs kam es allerdings auch zu transatlantischen Spannungen. Einige der heutigen Stereotypen bildeten sich in den Kontroversen der achtziger Jahre um die Aufstellung von Cruise-Missiles und Pershings - und um die amerikanische Außenpolitik in Zentralamerika und Israel.
Der Australier Owen Harries sah vor fast zehn Jahren in einem Artikel in *Foreign Affairs* etwas vorher, dessen Zeugen wir womöglich jetzt sind: den Niedergang "des Westens", jenes Westens als einer verläßlichen geopolitischen Achse, die mit dem Verschwinden eines gemeinsamen Feindes zerbricht. Europa war die Hauptbühne des Zweiten Weltkriegs und des

Kalten Kriegs, es ist nicht der Mittelpunkt des "Kriegs gegen den Terrorismus".
Die Machtlücke ist größer geworden. Die USA sind nicht nur die einzige Supermacht der Welt. Sie sind eine Hypermacht, deren Militärausgaben bald das Volumen der 15 nach ihr mächtigsten Staaten insgesamt erreicht haben werden. Die EU hat ihre vergleichbare ökonomische Stärke nicht annäherungsweise in militärische Stärke oder außenpolitischen Einfluß umgesetzt.
Folgt man Robert Kagan, dann bewegt sich Europa in eine kantianische Welt der "Gesetze und Regeln und transnationalen Verhandlungen" hinein, wohingegen die USA in einer hobbesschen Welt verharren, in der internationale (auch liberale) Ziele nach wie vor durch militärische Stärke errungen werden. Stimmt das?
Kagan rückt Europa in allzu günstiges Licht. Seine Formel hebt etwas in den Rang einer überlegten, geschlossenen Konzeption, was in Wirklichkeit Folge konfusen Herumexperimentierens und nationaler Unterschiede ist. Weitere Frage: Möchten Europäer und Amerikaner, daß Kagans These zutrifft? Die Antwort scheint "ja" zu lauten, denn nicht wenige amerikanische Ideologen liebäugeln damit, während nicht wenige europäische Ideologen gern von sich glauben machen, sie seien immer schon "Kantianer" gewesen. Die Rezeption von Kagans These ist also Teil ihrer eigenen Geschichte.
Da die EU vor ihrer Erweiterung nach einer klareren Identität sucht, ist die Versuchung groß, sich im Kontrast zu definieren: Europa klärt sein Selbstbild, indem es auflistet, worin es sich von Amerika unterscheidet.
Den Amerikanern gefällt es aber nicht, als das "Andere" bestimmt zu werden (wem gefällt das schon?). Frankreich und die USA sind die Nationen, die sich beide als Träger einer Mission in Sachen Universalismus und Zivilisation betrachten. Es gibt eine nicht unbedingt französische, aber europäische Version dieser Mission, ein "EU-topia" der transnationalen, im Recht begründeten Integration, und die kollidiert derzeit äußerst heftig mit der neuesten Version einer amerikanischen Mission.
Jede Seite glaubt, ihr Modell sei besser. Dies gilt nicht nur für die konkurrierenden Modelle der internationalen Politik, sondern auch für die Modelle des demokratischen Kapitalismus: Es betrifft die unterschiedlichen Anteile von freiem Markt und Wohlfahrtsstaat, von individueller Freiheit und sozialer Solidarität. Das amerikanische Mißtrauen gegenüber Europa war im 19. und 20. Jahrhundert noch mit Bewunderung und Faszination gemischt. Es gab einen kulturellen amerikanischen Minderwertigkeitskomplex. Diesen Minderwertigkeitskomplex gibt es kaum noch. Er hat sich seit dem Ende des Kalten Kriegs verflüchtigt. Das neue Rom verspürt keine Ehrfurcht mehr vor den alten Griechen.
Die Differenz wurde nach dem Fall der Berliner Mauer acht Jahre lang durch den Ehren-Europäer im Weißen Haus, durch Bill Clinton, verdeckt. 2001 indessen zog George W. Bush, das Geschenk für jeden antiamerikanischen Karikaturisten, mit einer unilateralen Agenda in das Weiße Haus ein, bereit, gleich mehrere internationale Abkommen über Bord zu werfen. Nach dem 11. September definierte er seine Präsidentschaft als eine Präsidentschaft in Kriegszeiten. Der "Krieg gegen den Terrorismus" verstärkte die Tendenz in der republikanischen Elite, an eine, wie Robert Kaplan sagt, "Kriegerpolitik" zu glauben, mit einem kräftigen Schuß fundamentalistischen Christentums - etwas, das dem säkularisierten Europa abgeht.

Nahostkonflikt als Wurzel

Die amerikanische Frage an die Europäer lautet also: "Seid ihr mit uns in den Schützengräben oder nicht?" Zuerst war die Antwort ein lautes Ja. Jeder kennt die Überschrift von *Le Monde, Wir alle sind Amerikaner*. Doch eineinhalb Jahre später ist Tony Blair das einzige europäische Staatsoberhaupt, von dem die Amerikaner glauben, er liege mit ihnen im Graben. In Washington haben viele den Eindruck, daß die Franzosen zu ihren alten antiamerikanischen Einstellungen zurückgekehrt sind und daß der deutsche Kanzler Gerhard Schröder seine Wiederwahl

im September 2002 nur durch zynische Ausnutzung antiamerikanischer Reflexe gewann.
Wann und wo haben sich europäische und amerikanische Ansichten endgültig voneinander entfernt? Mit der Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts im Nahen Osten. Der Nahe Osten ist Quelle wie Katalysator für das, was eine Abwärtsspirale des europäischen Antiamerikanismus und des beginnenden amerikanischen Antieuropäismus zu werden droht. Der Antisemitismus in Europa und seine offensichtliche Verbindung mit der Kritik an Scharons Regierungspolitik ist von konservativen Kolumnenschreibern und Politikern in den USA mit ätzenden Kommentaren gewürdigt worden.
Einige dieser Kritiker sind selbst nicht bloß stark pro-israelisch, sondern auch "natürliche Likud-Anhänger", wie ein liberaler jüdischer Journalist das nannte. Pro-palästinensische Europäer, die aufgebracht sind, daß ihre Kritik an Scharon als Antisemitismus etikettiert wird, sprechen von einer mächtigen "jüdischen Lobby" in den USA. Das wiederum bestätigt den schlimmsten Verdacht amerikanischer Likud-Anhänger, was den europäischen Antisemitismus betrifft. Und so geht es immer weiter.
Neben dem Gewirr der Vorurteile gibt es natürlich auch reale europäisch-amerikanische Unterschiede in der Sicht auf den Nahen Osten. Europäische Ideologen denken oft, eine Verhandlungslösung des israelisch-palästinensischen Konflikts trüge mehr zu einem langfristigen Sieg über den Terrorismus bei als ein Krieg gegen den Irak. Wichtiger ist hier aber, daß der Kalte Krieg Amerika und Europa zusammengeführt hatte, sie der "Krieg gegen den Terrorismus" im Nahen Osten jedoch auseinander bringt.
Nüchtern betrachtet, ist diese Uneinigkeit dumm. Europa mit seiner wachsenden islamischen Bevölkerung hat ein vitaleres Interesse an einem friedlichen, wohlhabenden und demokratischen Nahen Osten, als es die USA haben. Augenblicklich scheint es, als würde ein neuer Golfkrieg die Kluft zwischen Europa und Amerika noch vergrößern.
Und selbst wenn es zu keinem Krieg kommen sollte, kann der Nahe Osten weiterhin den Strudel bilden, in dem ein wirklicher oder angeblicher europäischer Antiamerikanismus einen wirklichen oder angeblichen amerikanischen Antieuropäismus anheizt, der wiederum weiteren Antiamerikanismus hervorruft - und beide von Vorwürfen eines europäischen Antisemitismus verschärft werden.
Eine Änderung ließe sich durch Anstrengungen auf beiden Seiten des Atlantiks - oder durch einen Regierungswechsel in Washington im Jahr 2005 oder 2009 herbeiführen. Zuvor kann jedoch großer Schaden angerichtet werden, und die derzeitige transatlantische Entfremdung ist auch Ausdruck der erwähnten tiefer reichenden historischen Trends. Der amerikanische Antieuropäismus existiert, und seine Boten sind vielleicht die Schwalben eines langen, schlechten Sommers.
Der englische Historiker Timothy Garton Ash lehrt in Oxford und wurde bei uns durch seine Bücher über das Ende des Ostblocks bekannt.<<
Am 1. März 2003 fand in Brüssel die offizielle Eröffnungssitzung des Konvents für die Erstellung einer europäischen Verfassung statt.
In Athen unterzeichneten am 16. April 2003 die 15 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der zehn Beitrittsländer (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) die Beitrittsverträge.
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 26. Juli 2003 (x887/...): >>**Hintze: Duckt Euch!**
Kohls Ex-General fordert Kontinuität in der Mißachtung deutscher Interessen
... Da geht der deutsche Wähler davon aus, daß seine Regierungen bei internationalen Verhandlungen die Interessen Deutschlands wahrnehmen, und nun müssen wir hören, daß tatsächlich alle Bundesregierungen stets alles geschluckt haben, was das Ausland von ihnen forderte. Denn nichts anderes bedeutet doch die Darstellung des Pfarrers Hintze, der auch nie-

mand in der Christiansen-Runde widersprach - im Gegenteil nickten alle verständnisvoll mit dem Kopf.
Dann leuchtet es auch ein, warum die Bundesrepublik mit riesigem Abstand die höchsten Netto-Zahlungen an die Europäische Union zu leisten hat, nämlich in diesem Jahr beispielsweise 14,7 Milliarden Euro, das sind 22,7 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Davon versorgt sich zunächst einmal der EU-Verwaltungsapparat, um dann den Rest an andere Staaten zu verteilen, so zum Beispiel an Griechenland, an Portugal, an Spanien und an Irland (dem es inzwischen wirtschaftlich weitaus besser geht als Deutschland).
Dann wird auch verständlich, warum unser Land die dritthöchsten Beiträge an die Uno zu entrichten hat, warum Bundeswehrsoldaten nahezu in aller Welt die Köpfe bei internationalen Konflikten hinhalten müssen bei Einsätzen, deren Kosten inzwischen in die Milliarden gehen.
Und so geht es beliebig weiter. Offenbar "wegen der deutschen Vergangenheit" schlossen wir mit allen möglichen Ländern Sozialabkommen, die zum Beispiel zur Folge haben, daß in Deutschland lebende Ausländer in der Krankenversicherung erhebliche Vorrechte gegenüber deutschen Versicherten haben.
Wenn Ausländer in Deutschland krankenversichert sind, gleichgültig ob sie arbeiten, ob sie arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger sind, dann sind automatisch kostenlos auch ihre Familienangehörigen in den Heimatländern mitversichert, und der Begriff der Familie wird nach der jeweiligen ausländischen Rechtslage ausgelegt. In der Türkei gehören zur Familie auch die Eltern des in Deutschland Versicherten sowie dessen Geschwister. Deren Behandlung in der Türkei hat die deutsche Versicherung zu finanzieren!
"Die deutsche Vergangenheit" ist offenbar auch die Ursache für die unvergleichlich großzügige deutsche Asylregelung. In kein anderes Land sind, zumal wenn man es umrechnet auf die Bevölkerungsgröße, so viele Ausländer geströmt wie in die Bundesrepublik. Das hat dann zur Folge, daß etwa ein Viertel der Ausländer Sozialhilfe oder ähnliche staatliche Leistungen bezieht; das waren 2001 über 600.000. Und das bei einem Ausländeranteil, der nicht einmal neun Prozent ausmacht.
Wie Deutschland gemolken wird und mit welcher Großzügigkeit unsere Regierungen die Steuergelder "aufgrund unserer Vergangenheit" verschleudert, das mag etwa aus dem kürzlich zu Tage getretenen Wahnsinn hervorgehen, daß aus deutschen Steuergeldern alljährlich 25.000 Euro zur Finanzierung der Love Parade nach Mexiko-Stadt überwiesen werden.
Deutschland läßt sich permanent "mit unserer Vergangenheit" erpressen, und keine Regierung wagt Widerstand. Und wenn Kanzler Schröder das tut, was an seiner Stelle jeder andere Regierungschef auch getan hätte, nämlich seinen Urlaub absagt, nachdem sein Land massiv beleidigt worden war, dann deutet das Pfarrer Hintze als Bruch des Konsenses deutscher Katzbuckelei.
Der deutsche Wähler hat diesen Mechanismus noch nicht begriffen. Er mag sich zwar wundern, daß ein an sich wohlhabendes Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft pleite ist, doch führt er das auf undurchschaubare und nicht zu ändernde internationale Gesetzmäßigkeiten zurück. Nur in seltenen Fällen legt jemand den Finger in die Wunde wie am 18. dieses Monats in der FAZ der namhafte Volkswirtschaftler Prof. Dr. Franz-Ulrich Willeke.
Der Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Werke schreibt: "Die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit hängen bei allen sonstigen Problemen auch mit dem hohen Nettobeitrag zusammen" (den Deutschland an die EU zahlen muß). Und, so sei ergänzt, die exorbitanten Zahlungen wiederum werden begründet mit "der deutschen Vergangenheit."
Natürlich bekämpfen alle, die von der angeblichen Einmaligkeit der deutschen Verbrechen profitieren, jeden Versuch, die damaligen Ereignisse auf ihr wirkliches Ausmaß zurückzuführen, würde ihnen doch durch die Aufklärung die Waffe aus der Hand geschlagen, mit der sie

uns erpressen. Das kann aber nicht hindern, die Bemühungen sachlich fortzusetzen.
Man stelle sich vor, daß etwa die Regierung der USA mit gebeugtem Haupt in internationale Verhandlungen ginge, weil das moderne Amerika nur entstehen konnte, nachdem man die Urbevölkerung ausgerottet hatte, oder daß die Briten von Reue über die Unmengen von Blut geschüttelt wären, die ihr gewaltiges Kolonialreich gekostet hat, oder daß Putin die Interessen Rußlands hintan stellt angesichts der 80 Millionen Toten, die sein Land zur Zeit der bolschewistischen Herrschaft verursacht hat. Niemand erwartet das von ihnen.
So mögen endlich auch die Deutschen wieder zur selbstbewußten Nation werden.<<
Am 13. Dezember 2003 scheiterten in Brüssel die Verhandlungen über die europäische Verfassung.
Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta traten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.
Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigten sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Europäische Verfassung sah in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezog sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".
Die Staats- und Regierungschefs unterzeichneten am 29. Oktober 2004 in Rom die Europäische Verfassung.
Am 29. Mai 2005 lehnten die Franzosen (55 %) die Europäische Verfassung während einer Volksabstimmung ab.
Die Niederländer stimmen am 1. Juni 2005 ebenfalls mehrheitlich (61,5 %) gegen die Europäische Verfassung. Nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden geriet der Ratifizierungsprozeß in den anderen EU-Mitgliedstaaten ins Stocken. Die Europäische Union überlegte danach, wie sie die Europäische Verfassung retten konnte, die von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet werden mußte.
Der Europäische Rat beschloß am 3. Oktober 2005 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.
Bulgarien und Rumänien traten am 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.
Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten die 27 EU-Staaten den Vertrag von Lissabon. Dieser Vertrag sollte die EU angeblich transparenter, demokratischer und effizienter gestalten.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb im Jahre 2007 über die angestrebte Abschaffung der europäischen Nationalstaaten (x281/320-323): >>... Früher wurde der Nationalstaat gefürchtet, weil er als Quelle großer Grausamkeit aufgefallen war. Er war waffenklirrend, kraftstrotzend und anmaßend, zwischen sich und dem Nachbarn zog er eine Grenze aus Haß, die lange Zeit unüberwindbar schien.
Heute wird der Nationalstaat von denen, die ihn gestern fürchteten, als Schwächling bezeichnet. Er sei zu klein geraten, um in der globalen Welt als Problemlöser bestehen zu können, sagen sie. Der Berserker von gestern gilt nun als antiquiert, besitzt angeblich nur noch als Folkloreverein eine Existenzberechtigung.
Wer so redet, vergißt, daß der Nationalstaat noch immer und womöglich für lange Zeit die einzig legitimierte Macht verkörpert. Wer ihn beiseite schiebt, hat nichts zu gewinnen. Er schafft genau das, was er vorgibt, beseitigen zu wollen: Unsicherheit und Instabilität.
Denn mit denselben Argumenten können wir auch das Wohnen in den eigenen vier Wänden aufgeben und mit den vielen Nachbarn der Stadt in der nächstgelegenen Kongreßhalle zusammenziehen. Keine Familie kann glücklich werden nur mit sich allein, so könnte man den Menschen den Umzug in die Gemeinschaftsunterkunft schmackhaft machen. Das moderne Zusammenleben sei nun mal größer und komplexer als das alte Idyll, das doch in Wahrheit keines war.

Fanden nicht in der Kleinfamilie die grausamsten Dinge statt, die Mißhandlung von Frauen, Kindern und Alten, würden wir listig fragen? War dieses vermeintliche Idyll nicht in Wahrheit eine kulturelle Begrenzung, die fast zwangsläufig zur Engstirnigkeit führte, würden wir ihnen einzureden versuchen.
Mit solchen Propagandareden wurden im deutschen Osten erst das Gesellschaftsleben und dann die Landwirte zwangskollektiviert. Im Westen wurden nach ähnlichem Muster in den Wohngemeinschaften die Türen ausgehängt und in den Dörfern die Zwergschulen planiert. Die einen wollten die kleine Parzelle, die anderen die kleine Privatheit überwinden, was sich in beiden Fällen als Irrtum erwies.
Wir sollten deshalb nicht beleidigt sein, sondern daraus die richtigen Schlüsse ziehen, zum Beispiel den, daß der Mensch nur begrenzt als Herdentier taugt. Er legt Wert auf sein Selbstbestimmungsrecht, die Unverletzlichkeit seiner Wohnung ist ihm heilig und auch die Souveränität seines Staates möchte er erhalten. ...
Natürlich ist der Nationalstaat nicht hermetisch abgeriegelt von der Welt. Es gibt Zugluft an allen Ecken. Krankheitsviren nehmen keine Rücksicht auf Paßkontrolle und Einfuhrbestimmungen, Drogen und Armutsflüchtlinge strömen genauso herein wie das internationale Spekulationskapital. Der Nationalstaat ist kein Bunker und kein Erdloch, sondern ein Haus mit vielen Eingängen. Er ist daher auch der Ausgangspunkt aller Überlegungen, nicht ihr Endpunkt. Wir mögen ihn, aber wir verehren ihn nicht. Er ist keine Gottheit, die neben sich keine anderen duldet.
Europa braucht selbstbewußte Nationen, die Europa als Chance und nicht als Anmaßung verstehen. Im Moment haben wir beides – zu wenig Europa und zu wenig Nationalstaat. Der eine fühlt sich für die Herausforderung durch die Globalisierung nicht mehr und der andere noch nicht zuständig. Die Nation macht sich kleiner, als sie ist derweil die Brüsseler eine Stärke zur Schau stellen, die sie in Wahrheit nicht besitzen. So treffen die Veränderungen der Globalisierung auf einen Kontinent, dem das politische Kraftzentrum fehlt. Es besteht die Idee als Möglichkeit, aber nicht im wahren Leben der Völker.
Notwendig wäre die Europäisierung des Nationalstaates ...
Europa ist eben nicht der Ersatz des Nationalstaates, sondern sein Partner, zuweilen auch sein Erfüllungsgehilfe. Wer die Dinge besser regeln kann als der andere, bekommt das Recht zum Handeln übertragen. Die Politiker durchstreifen ohnehin nicht selbst die Großstädte auf Verbrecherjagd, sie verhaften nicht und klagen nicht an, und auch das Verurteilen und Wegsperren übernehmen andere. So wie der Nationalstaat hoheitliche Aufgaben an Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter überträgt, sollte er auch Europa für sich zu nutzen wissen.
Die Nation bleibt die einzige Quelle von Staatlichkeit, aber nicht ihr alleiniger Vollstrecker. Es kommt nicht zur Abtretung von Hoheitsrechten, wohl aber zu ihrer Übertragung. Die Nation verliert ihre Exklusivität, um im Gegenzug an Durchschlagskraft zu gewinnen. Die europaweite Verbrecher- und Terroristenjagd ist nun mal deutlich effizienter als die kriminalistische Kleinstaaterei, wo der eine den anderen in den Abendnachrichten mit den Grausamkeiten des Tages überrascht.
Ausgerechnet eine europäische Wirtschaftspolitik ist bisher über das Skizzenhafte nicht hinausgekommen. Dabei wäre die Bündelung der ökonomischen Interessen das Einzige, was im Weltkrieg um Wohlstand schnellen Erfolg verspricht.
Eine Forschungspolitik, die weltweite Spitzenleistungen hervorbringt, ist heute nur europäisch vorstellbar. Der Rückfall in nationale Industriepolitik kann nur auf europäischer Ebene verhindert werden.
Gegenüber dem mächtigen Rivalen in Übersee hat Europa nur eine Stimme oder gar keine. In der Welthandelsorganisation sitzen die nationalen Minister ohnehin nur noch als Zaungäste dabei.

Gesucht werden also Politiker, die bereit sind, über das Nationale hinauszugehen, ohne es zu verraten. Fragen von historischer Dimension warten auf ihre Beantwortung: Wie kann eine wirksame Außenvertretung funktionieren, die mehr zu bieten hat als der Grüßaugust, den man heute als Kommissar für die Außenpolitik bezeichnet?
Wie vertreibt man die grauen Gesellen des europäischen Bürokratismus, die bisher als Kräfte der wirtschaftlichen Entschleunigung wirkten?
Was wäre zu tun, um die industriellen Kapazitäten Europas zu konzentrieren, damit sie international mithalten können?
Wie lassen sich gemeinsam die ins Rutschen geratenen Grundlagen der europäischen Staatsfinanzierung neu befestigen?
Welches Regime an den Außengrenzen der EU ist notwendig, um den Mitgliedernationen, ihren Firmen und deren Belegschaften jenen Schutz zu bieten, den sie zu Recht erwarten? ...<<
Bei dem Referendum vom 12. Juni 2008 stimmten 53,4 % der irischen Wähler gegen den Vertrag von Lissabon.
Ungeachtet der irischen Ablehnung des Lissabon-Vertrages beschloß der Europäische Rat am 18./19. Juni 2008, den Ratifizierungsprozeß fortzusetzen.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>**Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein**
Deutsch wird in der EU immer noch zurückgesetzt - Bundesregierung verlangt stärkere Präsenz
Es erscheint absurd, aber Deutschland zahlt nun bereits über lange Jahre hinweg riesige Summen in den gemeinsamen europäischen Topf ein, während die Sprache der Deutschen im Brüsseler Europa nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die letzten Wochen haben erneut bewiesen, daß alle Anstrengungen vom Bundestag und den verschiedenen Landtagen, diesem Mißstand entgegenzuwirken, in der Realität nichts oder so gut wie nichts erbracht haben. Der seit Jahren andauernde Trend einer systematischen Benachteiligung der deutschen Sprache hält weiter an.
Das Geld ihres Hauptnettozahlers Deutschland schluckt die Brüsseler Kasse der Europäischen Union (EU) allerdings gern. Im Jahr 2007 übertrafen die deutschen Einzahlungen mit 7,4 Milliarden Euro die Summen, die an deutsche Empfänger zurückgeflossen sind. ...
Nimmt man zum Beispiel die Jahre von 1995 bis 2003 - wie es der Heidelberger Finanzwissenschaftler Franz-Ulrich Willeke getan hat, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "einen der besten Kenner der europäischen Finanzen" einstuft -, dann hat Deutschland als Nettozahler in diesem Zeitraum 76,7 Milliarden Euro nach Brüssel gezahlt, gefolgt von Großbritannien mit 16 Milliarden Euro, den Niederlanden mit 14,3 Milliarden und Frankreich mit 11,1 Milliarden Euro. Als Nettoempfänger hielten im genannten Zeitraum die Hand auf: Spanien mit 64,5 Milliarden Euro, Griechenland mit 36,2 Milliarden Euro und Portugal mit 24,1 Milliarden Euro.
Willeke machte zugleich deutlich, daß für eine "angemessene Netto-Zahlung" als Indikator nicht die Einwohnerzahlen von 80 oder 40 Millionen, sondern das Pro-Kopf-Einkommen genommen werden müßte.
Dabei zeigt sich, daß für den genannten Zeitraum von 1995 bis 2003 Deutschland weit hinter anderen liegt: zum Beispiel mit 25.616 Euro hinter Frankreich (26.616 Euro), Belgien (26.470 Euro) und Großbritannien 27.179 Euro).
Die Berechnungen Willekes zeigen, daß die tatsächlichen Zahlungen Deutschlands weit über ein angemessenes Maß hinausgehen. Sein Fazit: Die Deutschen wurden in den untersuchten Jahren relativ am stärksten zur Zahlung herangezogen.
Im November haben nun die Bundesregierung und mehrere Bundesländer, ermahnt und ge-

stützt von Bundestag und Landtagen, mit Nachdruck eine Gleichstellung des Deutschen mit den beiden anderen Arbeitssprachen Englisch und Französisch in der Praxis des europäischen Alltags verlangt. Längst wird die deutsche Sprache, die zu den 23 Amtssprachen zählt und formell eine der drei "Arbeitssprachen" ist, bei der Übersetzung wichtiger Arbeitsdokumente schlicht übergangen.
So liegen manche Rechtstexte, die der Bundestag ratifizieren muß, nur auf Englisch oder Französisch vor, wirtschaftlich bedeutsame Ausschreibungen der Brüsseler Behörden sind erst "nach verdächtig langer Zeit" in deutscher Übersetzung vorhanden, Internetseiten der Ratspräsidentschaften ebenfalls. ...<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25 berichtete am 20. Juni 2011: >>**Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt**
Im ersten Teil unserer Darstellung zu Jean Monnet (Zeit-Fragen Nr. 38 vom 27.9.2010 unter dem Titel "Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet") haben wir gezeigt, wie Monnet, einer der sogenannten "Gründerväter Europas", sich als internationaler Kognakhändler und Bankier in den Jahren vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg im angloamerikanischen Finanz- und Politikmilieu vernetzte. Im folgenden Teil werden wir Monnets diverse Aktivitäten bis 1945 beschreiben.
Durch diese Aktivitäten zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen, die Souveränität der europäischen Nationalstaaten anzutasten und aufzubrechen, mit dem Ziel der Herstellung eines großräumigen Marktes, sprich Absatzmarktes im Interesse der US-amerikanischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang muß man auch seine Aktivitäten im Kontext der französischen Politik sehen.
Im folgenden wird viel von Frankreich die Rede sein, dem ganz eindeutig - und das wird im dritten Teil unserer Untersuchung u.a. Thema sein - eine ganz bestimmte Rolle bei der Gründung der "Vereinigten Staaten Europas von Amerikas Gnaden" zugedacht war.
Eine wohl sehr treffende Beschreibung Monnets und der Art, wie er sich bewegte, gibt die Journalistin und erste Alterspräsidentin des Europäischen Parlaments Louise Weiss (1893-1983), die Monnet recht gut kannte, in ihren Mémoires d'une Européenne: "Geniales Leuchten in den dunkelbraunen Augen des kleinen Jean Monnet, wenn er geheimnisvoll, lebendig und charmant seine Einflußnetze knüpfte, die dem Völkerbund von Anfang an eine beträchtliche Macht sicherten.
Seine Verhandlungen während des Kriegs hatten ihm alle Türen geöffnet und auch die Tresore der Finanzbastionen der City, der Wall Street, ja sogar der chinesischen Häfen. Die Eigentümer der Zeitungen kannten ihn, aber er schlich und glitt wie eine Natter zwischen den Federn ihrer Redakteure einher. Öffentlichen Verhandlungen, die ihn gefangengenommen hätten, zog er die freien Suggestionen seiner speziellen Vorstellungen vor. Er hatte so seine Art. Er war ein Eingeweihter. Diese Art faszinierte bald die ganze Welt."
Internationale Hochfinanz
Sehr früh also war Monnet ein einflußreicher Mann geworden, der eine erstaunlich breite Klaviatur besaß, insbesondere für die damalige Zeit. Er ging bei den wichtigsten politischen Führern der Londoner und New Yorker Finanzelite und den hohen Beamten des amerikanischen Außenministeriums ein und aus. 1923 hatte er den Völkerbund verlassen.
Seit er 1926 Vizepräsident der neu eröffneten Europa-Abteilung der sehr mächtigen amerikanischen Investment Bank Blair & Co. geworden war, nahm er auch an Finanzoperationen von sehr hohem Niveau teil. Er organisierte die Vergabe von amerikanischen Krediten zur Stabilisierung des Franc im Jahr 1926, der des Zloty, der polnischen Währung, und im Jahr 1928 der des Leu, der rumänischen Währung.
Kurz darauf übte er seine Tätigkeit als Finanzberater in China an der Seite von Chiang Kai-shek aus, organisierte Anleihen für die chinesische Regierung und gründete auf Vermittlung

von John Foster Dulles, dem späteren US-Außenminister, die Bank Monnet, Murnane & Co., um den Geldfluß nach China zu sichern. Diese Bank wird später auch einträgliche Geschäfte mit Hitler-Deutschland abschließen. Monnet fungierte als außerordentlich geschickter und erfolgreicher Verbindungsmann zwischen den Interessen der US-amerikanischen Finanz-, Geschäfts- und Politikwelt einerseits und den entsprechenden Kreisen der restlichen Welt, insbesondere Europas.

Geschäfte und Souveränitäten

So war es nicht überraschend, daß der damalige französische Premierminister Daladier (1884-1970) ihn 1938, als England noch seine Appeasement-Politik betrieb, beauftragte, in größter Diskretion für die französische Armee Flugzeuge in Amerika zu besorgen, um die desolate Situation der französischen Luftwaffe zu verbessern. Bei der Ausführung dieses Auftrages lernte er durch Vermittlung von US-Botschafter W. Bullitt den amerikanischen Präsidenten (1933-1945) Roosevelt kennen.

Die Schwierigkeiten bei diesem Projekt bestanden darin, daß Frankreich einerseits Probleme bei der Bezahlung hatte, der amerikanische Finanzminister (1934-1945) Henry Morgenthau aber die Finanzierung gesichert sehen wollte. Außerdem mußten Wege gefunden werden, das Neutralitätsgesetz zu umgehen oder außer Kraft zu setzen. Nachdem dieses im November 1939 gelockert worden war, kamen der britische Regierungsberater in Industrieangelegenheiten und Kabinettchef Chamberlains, Horace Wilson, der schon eine Schlüsselrolle in Chamberlains Appeasement-Politik gespielt hatte, und Monnet überein, die französischen und britischen Waffenkäufe zu vereinen.

Monnet, der sich schon während des Ersten Weltkriegs in London mit Waffenkäufen beschäftigt hatte, fand nun die gleichen Bedingungen vor, wie er sie schon damals gekannt hatte und übernahm auch die gleichen Funktionen. Er hatte sehr schnell verstanden, daß die Amerikaner seit dem Ersten Weltkrieg eine größere Rolle in der Welt spielten und sich darauf eingestellt.

Fusionierung der Souveränitäten

Die Idee einer engen britisch-französischen Union kam aus dem Chatham House, das von 1925 bis 1956 von dem Geschichtsphilosophen Arnold Toynbee geleitet wurde. Seit 1938 hatte man in Verbindung mit dem "Zentrum für außenpolitische Studien in Paris die Idee einer Annäherung der beiden Staaten in vielen kleinen Zirkeln unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutiert. Aber als Toynbee 1940 nach Paris fuhr, bekam das Projekt Publizität und Aktualität. Es wurde sozusagen lanciert: Bei seiner Rückkehr ließ Toynbee in London ein Memorandum verfassen, den … Gründungsakt einer dauerhaften Vereinigung Frankreichs und Englands.

Dieser Plan diente auf der einen Seite dazu, Frankreich durch militärische, wirtschaftliche und politische Kooperation mit England gegen einen Angriff Hitler-Deutschlands zu stützen. Auf der anderen Seite war damit die Absicht verbunden, eine Fusion der Souveränitäten beider Länder herbeizuführen. Monnet schlug in Zusammenarbeit mit seinem Freund Vansittart dieses Projekt einer totalen Fusion der Souveränitäten vor. Die Idee war nicht ganz neu. Monnets Freund Bullitt hatte schon 1936 von "these dingy little states" in Europa gesprochen, die es eigentlich nicht wert seien als Staaten bezeichnet zu werden.

Das Projekt war jetzt also lanciert. In England redeten insbesondere die Minister davon. In Frankreich führten es eher Intellektuelle und Pressekreise in die Diskussion ein. Bei seiner Realisierung spielte Jean Monnet eine Schlüsselrolle. 1939 begab er sich nach London und sandte parallel an den englischen Premierminister Churchill (1940 bis 1945 und 1951 bis 1955) und an den französischen Ministerpräsidenten Reynaud (Mai 1940 bis Juni 1940) eine Note, in der er seiner Befürchtung Ausdruck verlieh, daß Hitler England und Frankreich auseinanderdividieren könnte. Deswegen müßten die Verbindungen unauflöslich gemacht werden:

Die Kräfte der beiden Staaten müßten wie eine einzige Kraft eingesetzt werden. Um seiner Argumentation noch weiteres Gewicht zu geben, fügte er - ein für ihn typisches Vorgehen - hinzu: Die fast unbegrenzte Produktionskraft der Amerikaner würde sich ihnen nur dann zur Verfügung stellen, wenn sie selbst eindeutig die Bereitschaft bekundeten, gemeinsam zu kämpfen. Ansonsten könne man die Hilfe der Amerikaner vergessen. Damit wurde Monnet im September 1939 ein "alliierter Funktionär" der britischen und französischen Regierung, der über den nationalen Interessen stand.

Auf der falschen Seite?

Als Frankreich dann in der "drole de guerre", dem "seltsamen Krieg", vom 10.5. bis 22.6.1940 Hitler-Deutschland unterlag, stellte sich für die französischen Eliten die Frage der Kapitulation und des Waffenstillstands oder des Weiterkämpfens von den französischen Kolonien aus. Durch eine gezielte Propaganda wurden die Namen von General Weygand und Marschall Pétain, beide Sympathisanten Hitler-Deutschlands und fanatische Antikommunisten, als Retter Frankreichs verbreitet.

Der aus dem Ersten Weltkrieg in gewissen Kreisen mit großem Ansehen verbundene Name des Marschall Pétain, dem sogenannten "Sieger von Verdun", verleitete viele Politiker dazu, ihm in den Waffenstillstand zu folgen. Pétain unterschrieb diesen als letzter Ministerpräsident der Dritten Republik, um danach Staatschef des neu geschaffenen Etat Français zu werden, der mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes … die Republik abschaffte und ein mit Hitler kollaborierendes autoritäres Regime, das nach dem Regierungssitz benannte Vichy-Régime installierte.

Charles de Gaulle, der in jungen Jahren als Berufssoldat auch ein Bewunderer Pétains gewesen war, vollzog diesen Schritt nicht mit. Er verurteilte den Waffenstillstand mit Nazi-Deutschland und begab sich mit einigen Mitstreitern nach London. Von dort aus forderte er mit der Erlaubnis Churchills am 18. Juni in seinem berühmten Appel du 18 Juin über die BBC das französische Volk auf, den Waffenstillstand nicht zu akzeptieren und den Kampf an der Seite Englands und Amerikas weiterzuführen.

Nur einige wenige waren bei ihm, mit denen er dann eine Widerstandsorganisation, das Comité National Français (CFN) aufbaute. Hier in London begegneten sich Jean Monnet und de Gaulle.

Wie ist es nun zu erklären, daß Monnet, der offiziell ein erklärter Gegner Vichy-Frankreichs war, de Gaulle keineswegs unterstützte, als dieser 1940 in London begann, den Widerstand gegen die deutsche Besatzung Frankreichs zu organisieren?

Monnet fuhr in die USA, um dort im Auftrag Churchills Waffen für England zu kaufen. Er blieb dort und wurde in den harten Kern des Beziehungsnetzes im engsten Kreis um Präsident Roosevelt integriert (Dean Acheson, Staatssekretär im Außenministerium; Felix Frankfurter, Richter am obersten amerikanischen Gerichtshof; Francis Biddle, Justizminister; Phil Graham, Medienzar).

Während dieser Zeit verkehrte er auch in Exilkreisen, die gegen de Gaulle bei der amerikanischen Regierung intrigierten. Monnets diverse Argumente, de Gaulle sei ein Diktator, faschistisch, psychotisch, sei Hitler ähnlich, habe keine Legitimation, die Franzosen zu vertreten usw. wurden beliebig benutzt, um ihn zu desavouieren und als Kopf einer Nachkriegsregierung unmöglich zu machen.

De Gaulles Position paßte ihnen nicht, weil er mit all ihm zur Verfügung stehender Kraft die Souveränität Frankreichs wiederherstellen wollte. Über die Landung der US-amerikanischen Flotte in Algerien wurde de Gaulle in London weder informiert, geschweige denn darin einbezogen.

Die amerikanische Regierung glaubte, in General Giraud einen passenden Mann gefunden zu haben, den sie für ihre Zwecke benutzen konnte. Er wurde im Dezember 1942 zum Hoch-

kommissar für Französisch Nord- und Westafrika gemacht. Es mußte ihm nur noch schnell ein demokratisches Mäntelchen umgehängt werden, damit er für die Weltöffentlichkeit präsentabel wurde. Diese Aufgabe übernahm Monnet in seiner Funktion als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Einen französischen Auftrag hatte er nicht.
Die Tatsache, daß Giraud in Algerien die rassistischen bzw. faschistischen, an Hitler-Deutschland angelehnten Vichy-Gesetze gegen Juden und Résistance-Kämpfer anwandte, wurde in diesem Zusammenhang von den Machthabern als quantité négligeable angesehen. Eine Tatsache, die um so schwerer wiegt, als ohne die aktive Unterstützung von etwa 400 Widerstands-Kämpfern die Landung der alliierten Streitkräfte im November 1942 wesentlich schwieriger gewesen wäre, da die Vichy-Verwaltung erheblichen Widerstand leistete. Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß de Gaulle nicht der "Mann Amerikas" war und die Vorwürfe ihm gegenüber als Propagandalügen angesehen werden müssen.

Aktiv im Dienste Roosevelts

In Algier befolgte Monnet als direkter Sondergesandter Roosevelts dessen Aufträge. Dabei halfen ihm große Summen amerikanischer Gelder, ermöglicht durch den Lend-Lease-Act. Insgesamt erhielt Frankreich auf diesem Wege während des Krieges 4 Milliarden Dollar. Monnet organisierte damit u.a. die Versorgung der "Forces françaises libres". Dabei arbeitete er eng mit dem jungen Finanzberater Christian Valensi zusammen, der wie Monnet über ein bedeutendes Beziehungsnetz auf beiden Seiten des Atlantiks verfügte und auch nach Kriegsende maßgeblich beteiligt war an der Beschaffung amerikanischer Kredite zusätzlich zu Geldern aus dem Marshall-Plan.
Gleichzeitig boykottierte Monnet das nationale Befreiungskomitee in London unter Führung de Gaulles, der von der Gesamtheit der französischen Résistance anerkannt und mit deren Leitung beauftragt worden war. Als jedoch immer deutlicher wurde, daß es an de Gaulle kein Vorbeikommen gab, bezog man ihn mit ein, in der Hoffnung, ihn in einem großen Komitee "ertränken" zu können, d.h. kaltzustellen.
Hier in Algier wurden die konkreten Pläne für den Wiederaufbau Frankreichs und Europas nach dem Krieg entworfen und die zukünftigen "Regierungsmannschaften" aufgestellt. Monnet wirkte dabei entscheidend mit. Er selbst war im provisorischen Kabinett oder "großen Komitee" als Minister für Waffenbeschaffung, Versorgung und Wiederaufbau vorgesehen. Er brachte seine in den USA entwickelten Vorstellungen vom wirtschaftlichen Aufbau Frankreichs und Europas ein und traf bei all den Männern, mit denen er seit den Zeiten im Völkerbund Kontakte geknüpft hatte, auf offene Ohren.
Gleichzeitig versuchten Eisenhower und Roosevelt über General Giraud direkt Einfluß auf die Politik des Komitees zu nehmen, indem sie die Einstellung der amerikanischen Waffenlieferungen in Aussicht stellten für den Fall, daß Giraud seine Stellung in dem Komitee, die durchaus umstritten war bei den Franzosen, nicht behalten würde.
Monnet hatte in seinen "amerikanischen Jahren" auf Grund seiner engen Beziehungen zur dortigen Machtelite deren Vorstellungen vom Nachkriegseuropa aufgenommen. So war er eng mit dem späteren Außenminister John Foster Dulles befreundet, der 1941 in einem Artikel vorschlug, Europa nach dem Krieg zentralistisch zu reorganisieren, und behauptete, es sei verrückt, den einzelnen europäischen Staaten wieder die volle Souveränität zuzugestehen.
Das amerikanische Magazin "Fortune" und der Journalist John Davenport, zu denen Monnet sehr enge Beziehungen unterhielt, war das Sprachrohr der Hochfinanz und der amerikanischen Kartelle.
1943 wurde dort die Gründung einer europäischen Transportgemeinschaft vorgeschlagen, die über den Staaten stehen sollte, sowie eine europäische Währungsunion, die von einer europäischen Bank dirigiert werden sollte. Europa sollte sich eng an Amerika und England anlehnen. Monnet nahm die amerikanische Botschaft auf: Schnell handeln, um Westeuropa zu einen und

einen großen Markt schaffen mit oder ohne gemeinsame Behörde, schließlich Frankreich dazu anstiften, eine europäische Föderation zu schaffen, um Deutschland einzubinden.
1943 entwirft er eine Denkschrift für das CFLN, in der er die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft vorschlägt, die von einer französischen Initiative ausgehen soll, "um eine demokratische Ordnung in Europa zu schaffen. **Europa kann zu einem Staat werden, der Frieden und Glück bringt", indem er sich über die nationalen Souveränitäten erhebt.**
Die Rolle Frankreichs ist damit festgelegt: Speerspitze der europäischen Einigung mit Monnet als treibender Kraft ohne jede parlamentarische Legitimation.
Diese in den USA entwickelten Vorstellungen und Pläne für das Nachkriegs-Europa geben eine erste Antwort auf die Frage, warum die USA de Gaulle ausbooten wollten. Seine Psychiatrisierung und Abstemplung als Faschist waren Mittel zu dem Zweck, den Kopf der Bewegung, die für die Souveränität Frankreichs eintrat, auszuschalten. Wenn man de Gaulle selbst liest und die Untersuchungen zu den Hintergründen der amerikanischen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts, wie wir sie in unserem ersten Artikel angedeutet haben, einbezieht, so kommt man der Wahrheit ein weiteres Stück näher.

De Gaulle und Roosevelt - Pläne für die Welt nach dem Krieg

De Gaulle beschreibt in seinen Memoiren seine Unterhaltung mit Roosevelt im Juli 1944 in Washington. Im Laufe dieser Unterhaltung legte Roosevelt seine Strategieüberlegungen für die "Welt" nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Roosevelts Vision erschien de Gaulle mehr als beunruhigend für Europa und insbesondere Frankreich. De Gaulle führt wörtlich aus: "(Roosevelt) gedenkt nun ein internationales System zu schaffen, das auf ständige Intervention hinausläuft. Er denkt an ein Viererdirektorium: Amerika, Sowjetrußland, China und Großbritannien sollen die Weltprobleme regeln.
Ein Parlament der Vereinten Nationen soll der Macht dieser "vier Großen" einen demokratischen Anstrich geben. Aber wenn man (das heißt die USA) die Welt nicht auf Gnade und Ungnade den drei anderen ausliefern will, muß solch eine Organisation, meint Roosevelt, die Anlage amerikanischer Stützpunkte in allen Teilen der Erde und zum Teil auch auf französischem Gebiet einschließen.
Roosevelt glaubt, auf diese Weise die Sowjets in eine Gemeinschaft hineinbringen zu können, die ihre Ambitionen in Schach halten wird und in der Amerika seine Klientel um sich scharen kann. Von den "vier Großen" ist, wie er weis, das China Chiang Kai-schek von seiner Hilfe abhängig, während die Engländer, sofern sie nicht ihre Dominien verlieren wollen, sich seiner Politik beugen müssen. In bezug auf die mittleren und kleineren Länder wird er in der Lage sein, auf sie dank amerikanischer Hilfeleistungen einzuwirken.
Schließlich werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die amerikanische Auslandshilfe, das Vorhandensein amerikanischer Stützpunkte in Afrika, Asien und Australien dem Entstehen neuer souveräner Staaten förderlich, die die Zahl derer vermehren werden, die den Vereinigten Staaten verpflichtet sind. In solcher Perspektive können die eigentlichen Probleme Europas … nur von nebensächlicher Bedeutung sein".
De Gaulle erkannte in dieser Konzeption einen ausgesprochenen "Willen zur Macht" und den Willen, Europa zu dominieren. Er wies darauf hin, daß dieser Plan den Westen in Gefahr bringen würde. "Werde man nicht, wenn man Westeuropa als zweitrangig behandele, gerade der Sache schaden, der man zu dienen glaubt: der Sache der Zivilisation?" …
"Der Westen ist es, sage ich zu Präsident Roosevelt, den man wieder aufbauen muß. Wenn das geschehen ist, wird ihn sich die übrige Welt wohl oder übel zum Vorbild nehmen. Wenn es nicht geschieht, wird es der Barbarei gelingen, alles hinwegzufegen. Westeuropa ist trotz seiner Zerrissenheit für den Westen von wesentlicher Bedeutung. Nichts kann den Wert, die Kraft, die Ausstrahlung der alten Völker ersetzen."
Roosevelt sprach dann von seiner großen Enttäuschung über das französische Volk, das sich

einfach so von den Nazis hatte überrennen lassen. De Gaulle, der sehr höflich war, entgegnete ihm nichts. Aber er dachte: Wenn Amerika Frankreich sowohl nach dem Ersten Weltkrieg geholfen hätte, wie auch zu Beginn des Zweiten, oder wenn man ihn, General de Gaulle, unterstützt hätte anstelle des Vichy-Regimes, dann wäre es vielleicht anders gekommen.
Es wird damit deutlich, daß de Gaulle die angebliche Enttäuschung Roosevelts als unehrlich empfand. Er verließ Roosevelt mit der Überzeugung, daß in den Beziehungen der Staaten untereinander die Logik und das Gefühl nicht schwer wögen im Vergleich zu den Realitäten der Macht. Allein was man sich nehme und was man zu halten wisse habe Bedeutung. Frankreich könne nur auf sich selber zählen, wenn es wieder seinen Platz unter den Nationen erlangen wolle.<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Juni 2011 über die Europäische Union (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**
Eine Anekdote vorab. Bei meinem ersten Besuch als Berufsanfänger 1972 in Brüssel klärte mich ein freundlicher italienischer Kollege beim Mittagessen über die Funktionsweise der europäischen Einigung auf: die Franzosen erfinden es, die Deutschen bezahlen es und die Italiener finden Wege, wie sie am besten davon profitieren.
Viel scheint sich seither nicht geändert zu haben. Bestanden damals die Europäischen Gemeinschaften (EG) mit Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg aus 6 Mitgliedstaaten, so ist die Europäische Union (EU) heute, 2011, auf 27 Staaten angewachsen.
Ergänzt man Italien um die sogenannte Südschiene oder Peripheriestaaten mit Griechenland, Spanien, Portugal und Irland und die Bundesrepublik um die Niederlande, Österreich und die skandinavischen Länder, so besteht das Grundmuster weiter: die Südländer profitieren von den Finanztransfers, die Nordländer bezahlen sie, während Frankreich den politischen Takt vorgibt (u.a. Durchsetzung des Euro, Vorschläge zu einer europäischen Wirtschaftsregierung).
Das ist natürlich eine verkürzte Sicht, aber das Schlaglicht, das damit auf den europäischen Einigungsprozeß geworfen wird, ist so falsch nicht. Die Spannungen und Bruchstellen der EU werden an diesen Grundlinien deutlich. ...
II. Europaweite Probleme
... Die Union schiebt Entscheidungen vor sich her und wird durch ihre Unfähigkeit, Probleme zu lösen, selbst Teil des Problems. Von außen und von innen wird sie dann als das wahrgenommen, was der deutsche Staatsrechtslehrer Samuel Pufendorf im 17. Jahrhundert über das alte "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" sagte: er nannte es ein "monstrum simile", ein handlungsunfähiges Konglomerat unterschiedlichster, verquerer Interessen.
Soweit ist es noch nicht. Aber wenn die Europäische Union keine Probleme mehr lösen kann, wird sie bald als unnütz angesehen werden. Begeisterung wird sie nicht mehr entfachen, ihr werden keine Interessen mehr geopfert, Solidarität kann sie keine einfordern, schon gar nicht finanzieller Art. Ein langer Problemstau kann das europäische Projekt so beschweren und verdunkeln, daß die Europäische Union schließlich als Fessel angesehen wird. Das Schicksal der Sowjetunion, der Habsburger Monarchie aber auch Jugoslawiens sollte zu denken geben. ...
III. Deutsche Probleme
... Europas Gründung auf Trümmern Deutschlands
Zur Erklärung ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte notwendig. Der Beginn der europäischen Integration in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts fand auf den Trümmern des besiegten Deutschland statt, das 1945 bedingungslos kapituliert hatte. Nur ein deutscher Teilstaat, die Bundesrepublik nahm an den ersten Schritten des Integrationsprozeß teil. Teilsouveränität erlangte die Bundesrepublik nur, indem sie sich in die europäische Einigung (und die NATO) einklinkte.

Diese Selbstbindung galt für die Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung 1990. Sie wurde nicht hinterfragt, denn sie garantierte den Wiederaufstieg und die wirtschaftliche Wohlfahrt der Westdeutschen, deren Interessen sie entsprach. Die Kehrseite war eine deutsche politische Bescheidenheit und Zurückhaltung, die den Führungsanspruch in den europäischen Institutionen weitgehend Frankreich überließ; ökonomisch übernahm die Bundesrepublik die Rolle des Zahlmeisters. Freiwillig überließ man u.a. erst dem Französischen, dann dem Englischen die sprachliche Dominanz in den europäischen Institutionen.

Der Euro und die Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. (Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.)

Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zugunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen. ...

Deutschland als Zahlmeister

Schon zu Zeiten der alten Bundesrepublik hat sich Bonn beklagt, der Zahlmeister des europäischen Einigungswerks zu sein. Die Klage galt vornehmlich der gemeinsamen Agrarpolitik. Bei der Schaffung der Euro-Währung hat Deutschland durchgesetzt, daß daraus unter keinen Umständen eine Haftungs- und Transferunion werden darf. Jedes Land sollte für seine eigene Fiskalpolitik verantwortlich sein; es wurde ausdrücklich ausgeschlossen, einen Partner heraushauen zu müssen, wenn er in Schwierigkeiten geriet und seine Schulden nicht mehr bedienen konnte (No-bail-out-Klausel).

Mit Entsetzen wurde in den meisten deutschen Medien und von vielen deutschen BürgerInnen registriert, wie beim ersten Hilfspaket für Griechenland vom 9. Mai 2010 die beschlossenen Regeln der Währungsunion mißachtet wurden. Die Regeln waren offensichtlich das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben worden waren. Mit dem Hilfspaket für Griechenland wurde der Weg in die europäische Haftungs- und Transferunion beschritten - auf Kosten Deutschlands, das wieder einmal die finanzielle Hauptbürde zu tragen hatte. Das i-Tüpfelchen war die Aussage der Bundesregierung, das Ganze sei "alternativlos".

Seither wächst mit jedem Hilfspaket (Portugal, Irland, nochmals Griechenland) der Frust in Deutschland weiter. Das war gewiß nicht vereinbart worden, als im Zuge der Wiederherstellung der Einheit die Hoheit über die starke D-Mark aufgegeben worden war. Was 1989/1990 eine vertretbare Konzession gewesen war, wurde zur Falle, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint; denn die Rettungspakete waren/sind ja "alternativlos". Deutschland hatte dem Euro unter der Voraussetzung zugestimmt, daß von allen Partnern eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht werden würde; auch sollte der Euro gut von der Europäischen Zentralbank (EZB) gemanagt werden. Wie es sich zeigt, war beides nicht oder nur zum Teil der Fall.

Der Euro wird in der Wahrnehmung der meisten deutschen Medien und vieler Deutschen zur Fessel, die dazu zwingt, die Schulden anderer, die eben nicht verantwortungsvoll gewirtschaftet haben, "alternativlos" mit zu tragen - sei es mit Krediten, sei es über Bürgschaften. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Die Vorteile des Euro - so wird argumentiert - scheinen die Nachteile immer weniger aufzuwiegen: denn exportieren würde die deutsche Wirtschaft wie früher

auch ohne den Euro; im Übrigen hätten die europäischen Nachbarn mit den Importen aus Deutschland auch Sachwerte (werthaltige Industrieprodukte) erhalten. Und ohne den Euro würde man wie früher im europäischen Ausland im Urlaub einfach Geld tauschen, so schwierig sei das auch nicht gewesen. Es kann nicht ausbleiben, daß aus solchen Überlegungen auf deutscher Seite Ressentiments erwachsen …

IV. Deutschland in der Kritik

... Frankreich: Kritik am Euro - Verrat an Europa

Frankreich führt eine andere Klage. Seit dem Beginn der europäischen Integration war von Frankreich vorgedacht worden, was dann von den Deutschen bezahlt worden ist. Mit Recht weisen die Franzosen darauf hin, daß auch Deutschland dabei nicht zu kurz gekommen ist und seine Wirtschaft stets ihren Vorteil darin fand.

Mit der Euro-Währung hat die französische Politik geglaubt, Deutschland, den als mächtig bis übermächtig empfundenen Nachbarn endgültig in ein französisch entscheidend mitgeprägtes Interessengeflecht eingebunden zu haben. Unter dieser Bedingung hatte Frankreich der deutschen Einheit 1989/1990 letztlich zugestimmt - was dem französischen Präsidenten Mitterrand angesichts der deutsch-französischen Geschichte gewiß nicht leicht gefallen ist.

Im Glauben an das gemeinsame deutsch-französische Projekt Europa hat Mitterrand die deutsche Einheit schließlich abgesegnet. Wenn die Bundesregierung nun in der Folge der Schuldenkrise einer Weiterentwicklung und Vertiefung der Währungs-Union nur zögerlich oder gar nicht zustimmt, so fühlt sich Paris düpiert.

Die Weiterentwicklung und Vertiefung liegt aus französischer Sicht in der Logik der Sache, eine Währungs-Union muß sich neuen, veränderten Umständen anpassen (können), sonst geht sie unter. Natürlich sieht man in Frankreich, daß Deutschland den Hauptteil der Kosten tragen muß - Frankreich aber fast ebenso so viel.

Einfach formuliert: Wo Deutschland versucht, seine traditionelle Zahlmeisterrolle allmählich abzuschütteln, sieht Frankreich den Euro und seine notwendige Weiterentwicklung in Richtung Wirtschaftregierung in Frage gestellt. ...

VI. Deutsches nationales Interesse: ein funktionsfähiges Europa

... Bisherige Hilfspakete zerstören Europa

Die bisherigen Ansätze für eine Lösung der Schuldenkrise der europäischen Randstaaten laufen auf eine Haftungs- und Transfergemeinschaft hinaus. Die SteuerbürgerInnen einiger Staaten werden in einer Weise mit Krediten und Bürgschaften in Anspruch genommen, die den Atem verschlägt. Diese Politik würde sicherlich - zähneknirschend - hingenommen und mitgetragen, wenn sie erfolgreich wäre, wenn sie funktionieren würde. Oder wenn die begründete Aussicht bestünde, daß sie funktionieren würde. Genau das tut sie aber nicht, wie die Entwicklung in Griechenland zeigt.

Deutsche Transferunion kein Vorbild

Kritikern der Entwicklung in die europäische Haftungs- und Transferunion wird entgegen gehalten, daß es in Deutschland ja auch eine Haftungs- und Transferunion gibt - warum also nicht auch auf EU-Ebene? Wer an den Länderfinanzausgleich denkt, weiß, wie umstritten dieser ist. Es hat auch von der Reichsgründung 1871 bis zur alten Bundesrepublik gedauert, ehe ein Finanzausgleich eingeführt wurde. Das ist keineswegs selbstverständlich. Der Appell an die Solidarität trägt nicht wirklich weit, wenn es ums Geld geht. Zank und Streit ist die Folge. Wollen wir das wirklich auf die europäische Ebene übertragen, wo der Zusammenhalt doch sehr viel geringer ist als auf der deutschen, nationalen Ebene? Alle Erfahrungen sprechen dagegen.

Kein Völkergefängnis

Wenn die europäischen Empfängerländer im Süden und die Geberländer im Norden überfordert werden, wird aus der Europäischen Union ein "Völkergefängnis". Wenn beide Seiten un-

ter der Knute und dem Diktat der Banken und Finanzmärkte leiden, weil die Euro-Rettung falsch angegangen wurde, wird aus der Europäischen Union ein Joch, dessen sich die Völker bald entledigen wollen. ...

Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende

... Wie die Europäische Union bisher funktioniert hat, wird versucht werden, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit sie den Geldbeutel wieder weiter aufmacht. Die Bundesregierung muß standhaft bleiben. Auf keinen Fall darf sie die außenpolitische Fehlleistung bei der Libyen-Resolution im UN-Sicherheitsrat am 17. März 2011 mit finanziellen Mittel ausgleichen, ein Reflex, auf den einige unserer Partner setzen.

Sie darf auch nicht den verlockenden Schalmaientönen derer folgen, die in der Ausgabe von Euro-Anleihen, sog. Eurobonds einen Ausweg sehen, Eurobonds, deren Haftung sich im Nirgendwo internationaler Finanznebel zu verlieren scheinen, die aber im Ernstfall unweigerlich zum großen Teil auf den deutschen Steuerzahler zurückfallen. Das wäre eine Schuldenmacherei, auf die die deutsche Regierung keinen Einfluß mehr hätte, für die die Deutschen irgendwann aber den größten Teil der Haftung übernehmen müßten. ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. Juli 2011: >>**Die EU als Transferunion**

Hat Deutschland 61 Milliarden Euro zu viel bezahlt?

Dieses Buch ("Deutschland, Zahlmeister der EU". Olzog Verlag, München 2011) ist eine trockene und doch brisante Lektüre, mit sehr vielen Zahlen, Tabellen und Rechnungen. Es diskutiert Deutschlands Rolle als "Zahlmeister" der Europäischen Union (EU) und das Reizthema Transferunion.

Der Autor Franz-Ulrich Willeke, emeritierter VWL-Professor an der Universität Heidelberg, kommt auf unglaubliche Summen: 324 Milliarden Euro steuerte Deutschland seit der Wiedervereinigung zu den operativen Ausgaben der EU bei, 178 Milliarden Euro flossen zurück. Für den Zeitraum 1991 bis 2008 errechnet Willeke so die gigantische Summe von 146 Milliarden Euro Nettozahlungen durch Deutschland. ...

Deutschlands Nettobeitrag ist der absolut größte in der EU. Die 146 Milliarden Euro seit der Wiedervereinigung schulterte das Land zusätzlich zur Belastung durch den Aufbau Ost. Angesichts der bisherigen Zahlungsströme muß man die Europäische Union schon längst als eine große Transferunion bezeichnen. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sie fast 300 Milliarden Euro bewegt. Das Geld floß vom Zentrum in die Peripherie, vor allem nach Südeuropa, in die heutigen Pleitestaaten.

Willeke ist nicht grundsätzlich gegen Transfers. Er gibt auch zu, daß Deutschland als größte, exportorientierte Volkswirtschaft vom gemeinsamen Markt in der EU erheblich profitiert hat. Wofür der Autor plädiert, ist eine gerechtere Lastenverteilung. Dabei müßten die Lasten innerhalb der Gruppe der Nettozahler "solidarisch" verteilt werden. Dazu hat Willeke ein Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" entwickelt. Es basiert auf dem Prinzip der Gleichbehandlung der Nettozahler nach ihrer Wirtschaftskraft. ...

Nach diesem Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" hätte Deutschland von 1991 bis 2008 nicht 146 Milliarden Euro, sondern 84,9 Milliarden Euro zahlen müssen. Somit wurden Deutschland "61,1 Milliarden Euro zu viel zugemutet", rechnet Willeke. Er nennt Deutschland nicht nur Zahlmeister, sondern Melkkuh, und erlaubt sich die Bemerkung, Deutschland werde "ausgeplündert".<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. September 2012: >>**Alle sind glücklich**

Euro-Rettung: Nach der ESM-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts herrscht über die Parteigrenzen hinweg Erleichterung.

Es ist das Kunststück gelungen, alle Beteiligten in jedweder Weise glücklich zu machen",

wunderte sich Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in seiner bekannt ironischen Art über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ESM und die Reaktionen im Berliner Reichstag darauf. In der Tat ließen einige Stellungnahmen zum Gerichtsbeschluß, der die deutsche Haftung auf zunächst 190 Milliarden Euro begrenzt, erstaunen: "ESM sind die Zähne gezogen. Haftungssumme, Immunität und Dauerhaftigkeit waren unsere Hauptkritikpunkte", verbreitete der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler per Twitter. Schäffler ist einer der namhaften Kritiker der Euro-Rettungspolitik.

Aber auch Kritiker aus dem Lager der Union rühmten den Urteilsspruch: "Noch nie hat das Bundesverfassungsgericht die Ratifikation eines völkerrechtlichen Vertrages davon abhängig gemacht, daß der Bundespräsident bei der Ratifikation völkerrechtliche Vorbehalte erklärt", freute sich CSU-Eurorebell Peter Gauweiler - ignorierend, daß die regelmäßig Verträge brechenden europäischen Regierungen die Fußnoten aus deutschen Juristenstuben von vornherein ignorieren dürften.

Daß Reaktionen auf Karlsruher Urteile an den Zug der Lemminge erinnern, ist gerade bei Entscheidungen mit finanzpolitischem Hintergrund nicht neu. So rühmten stets alle Beteiligten die Entscheidungen zum Länderfinanzausgleich, um einige Zeit später festzustellen, daß Urteile keine Politik ersetzen, weil diese längst andere Wege geht. So auch hier. Schäffler rühmt zu der vom Gericht skizzierten Haftungsbegrenzung: "Zwar sind 190 Milliarden weg, doch der Schaden wird begrenzt."

Die Argumentation blendet aber die Haftung Deutschlands an anderer Stelle aus. So haftet Berlin für den ersten Schirm EFSF mit 253 Milliarden, für den inzwischen vergessenen kleinen EU-Schirm EFSM mit zwölf Milliarden, für das erste Griechenland-Rettungspaket mit 17 Milliarden, für den IWF-Beitrag zu Rettungspaketen mit 15 Milliarden und für die Staatsanleihenkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) mit 57 Milliarden. Sollte ein europäischer Einlagensicherungsfonds zur Rettung spanischer, italienischer und griechischer Sparguthaben mit einem geschätzten Volumen von 197 Milliarden kommen, würde Deutschland mit 55 Milliarden in die Haftung genommen.

Die größte Lawine könnte sich bei der Deutschen Bundesbank lösen: Sie hat 751,4 Milliarden Target-2-Ausleihungen an Euro-Südländer in der Bilanz. Wenn diese Bürgschaften fällig würden, würde Deutschland in einen Zustand geraten, der früher Zinsknechtschaft genannt wurde.

Vor diesem Hintergrund wundert nicht, daß selbst die linksliberale Süddeutsche Zeitung inzwischen ins Lager der Kritiker wechselte und "Ein Gericht gibt auf" titelte. Ganz anders der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler, dessen Partei mit ihrer Zustimmung zur Rettungspolitik ihre letzte Chance, ernst genommen zu werden, verpaßte: Es sei ein guter Tag für Deutschland, und "es war immer das Ziel der FDP, die Haftung zu begrenzen".

Die "überparteiliche Erleichterung" (Frankfurter Allgemeine Zeitung) über das Urteil nahm teilweise groteske Züge an. Als SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die "Klarheit" lobte, daß das Gericht der großen Mehrheit des Parlaments gefolgt sei, bekam er Beifall von vier der fünf Fraktionen. Von der Bundestagstribüne aus beobachtete dpa-Korrespondentin Kristina Dunz eine Szene kurz nach der Urteilsverkündung, als Kanzlerin Merkel auf Steinmeier, SPD-Chef Sigmar Gabriel und den SPD-Parlamentsgeschäftsführer Thomas Oppermann zuging. Sie schilderte: "Alle vier lachen, der Händedruck dauert lang. Man meint, sie beglückwünschen sich. Karlsruhe hat ein Urteil in ihrem Sinne gefällt. Für sie ist es ein gutes Urteil. Großer Druck fällt ab."

Der Bericht hätte auch im Neuen Deutschland stehen können - vor einigen Jahrzehnten, als sich in der Volkskammer ebenfalls stets alle einig waren. Selbst Linksfraktionschef Gregor Gysi sah das Urteil positiv: "Wir haben die Haftung für die deutsche Bevölkerung begrenzt und wir haben für mehr Demokratie gesorgt." Daher könnten die anderen Fraktionen für die

Klage der Linken eigentlich dankbar sein, scherzte er noch.
Während Merkel von einem guten Tag für Deutschland und Europa sprach, erkannte Klaus-Peter Willsch (CDU) ein schlechtes Urteil für Deutschland. Aber auch Schäffler war klar, daß das Rettungsspiel jetzt auf einem anderen Platz ausgetragen wird: "Deshalb nehmen die Rettungseuropäer billigend in Kauf, daß die EZB die Druckerpresse anwirft."
Berliner Politiker versuchten sich bereits mit Einladungen an Europas neuen Platzhirsch, den EZB-Chef Mario Draghi, zu übertreffen. Nachdem Lammert Europhoriker in seiner Fraktion nur mit Mühe davon abhalten konnte, Draghi (wie zuletzt dem Papst) Rederecht im Plenum einzuräumen, soll der EZB-Chef, dessen Politik zur "Zerrüttung der Währung bei gleichzeitiger Enteignung der Sparer führen" wird (Schäffler), jetzt im Europa-Ausschuß und im Haushaltsausschuß auftreten.<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Oktober 2012 über die Rettung des EURO (x878/...): >>**Rettung des Euro - finanzielles Versailles für Deutschland?**
Vorbemerkung: Politiker, die die Eurozone in ihrer jetzigen Form um jeden Preis erhalten wollen, beschwören gern das antike Griechenland und Rom als Wiege Europas. Diesem großen Erbe sei Europa verpflichtet, dafür seien Opfer gerechtfertigt. Dann wäre es allerdings naheliegend, auch einige Grundsätze der alten Römer zu beherzigen und zu befolgen. Denn diese klugen Politiker haben ein Imperium errichtet, das Jahrhunderte überdauert hat. Dazu gehört, daß die längerfristigen Folgen politischen Handelns überdacht und bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden müssen.
... respice finem (... bedenke die Folgen)
Daran fehlt es. Die kurzatmigen Maßnahmen zur Rettung des Euro lassen ein Überdenken möglicher, langfristiger Folgen vermissen. Dabei sind die Warnschilder nicht zu übersehen.
Es ist eine Binsenweisheit, aber deswegen nicht falsch: Wenn die europäische Einigung ein dauerhaft erfolgreiches Projekt bleiben soll, müssen die Völker "zustimmen" und "mitgehen". Ein als "alternativlos" dargestelltes Zusammenschrauben mit aller Gewalt ist das glatte Gegenteil. Mit dem Hebel der Eurokrise wird genau das versucht. Schon jetzt begehren die sog. Süd- oder Schuldnerländer gegen eine Politik auf, die sie als Entmündigung empfinden und die extreme Belastungen mit sich bringt.
Die Proteste in Griechenland, Spanien, Portugal und der wachsende Unmut in Italien deuten alle in die gleiche Richtung. Im Norden, in Deutschland und in den anderen sog. Geberländern wächst der Widerstand gegen die finanziellen Belastungen, die im Namen der Solidarität und der Rettung des Euro abgefordert werden. So etwas bleibt unvergessen, das hinterläßt bei Geber- und Nehmerländern schwere Ressentiments, die die künftige europapolitische Diskussion vergiften werden.
Haben denn die deutschen und europäischen Politiker vergessen, woran Jugoslawien zerbrochen ist? Der Norden, Slowenien und Kroatien, wollten für den Süden nicht mehr zahlen. Die Folge war ein Bürgerkrieg. In Belgien steht die Existenz des Gesamtstaates auf dem Spiel, weil das "reiche" Flandern nicht mehr für den "armen" Süden, Wallonien, finanziell bluten will. Die Bestrebungen in Schottland, sich aus dem Vereinigten Königreich zu lösen, haben ihren Grund nicht zuletzt in dem Anspruch, die Erlöse der Erölförderung vor seinen Küsten allein zu nutzen. Und ganz aktuell: In Spanien streben das reichere Katalonien und das Baskenland einen eigenen Staat an, weil sie den armen Süden nicht mehr durchfüttern wollen. In Deutschland kämpft u.a. Bayern für eine Neuordnung des umstrittenen Länderfinanzausgleichs. -...
Dauerhafte Finanztransfers gewaltiger Summen über ein Jahrzehnt und mehr sind Sprengstoff für die Zukunft. Die Solidarität hat ihre Grenzen. Wird sie überfordert, sind Konflikte programmiert. Das geschieht nicht heute und nicht morgen, aber es geschieht. Das Wort vom

"EU-Völkergefängnis" könnte und wird die Runde machen. Wer dieses Warnschild mißachtet, legt die Axt an die Wurzeln des europäischen Einigungswerks. Da helfen auch große Worte und das Pathos von der Wertegemeinschaft Europas nichts mehr. Weder der Appell an das spanische, britische, belgische oder jugoslawische Nationalgefühl konnten oder können Auflösungserscheinungen verhindern, wenn bedeutende ökonomische und finanzielle Interessen dem entgegenstehen. ...

Versailles

Die Eurokrise weckt in Deutschland ungute Erinnerungen. Die Situation erinnert an das Ende des Ersten Weltkriegs, als in Versailles 1919 Deutschland Bedingungen auferlegt wurden, die darin gipfelten: "Die Deutschen sollen zahlen!". Heute ist Druck auf internationaler Ebene hoch und wächst weiter, die deutsche Politik zur Übernahme größerer Risiken zu bewegen, um den Euro zu retten. Deutschland soll der Vergemeinschaftung der Schulden der Eurostaaten, einer Transfer- und einer Bankenunion sowie der Ausgabe von Eurobonds zustimmen und für alles die Haftung übernehmen. Deutschland ist in der Abwehr dieser Forderungen nahezu isoliert.

Sicherlich steckt in der deutschen Abwehrhaltung ein Reflex auf die Erfahrungen von Versailles. Massive Ressentiments, eine Hyperinflation mit der damit einhergehenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und Radikalisierungen, die letztlich zur Machtergreifung Hitlers beigetragen haben, waren die Folge von Versailles. In Deutschland wird nun befürchtet, daß die Eurokrise benutzt wird, um auf das deutsche Volksvermögen zuzugreifen - über erzwungene deutsche Kredite, die voraussichtlich nie zurückgezahlt werden, und erzwungene deutsche Haftungen, für die noch unsere Kinder und Enkel gerade stehen müßten. Was an Vermögen danach noch da ist, würde spätestens in der Inflation untergehen.

Zur deutschen Erinnerung gehört auch, daß die große Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. ebenso wie die Finanzkrise von 2007 ff. von der angelsächsischen Finanzwelt ausgelöst wurden. ...

Die Risiken und Vorteile einer Euro-Rettung sind deshalb aus deutscher Sicht abzuwägen. Neben den finanziellen müssen vor allem die politischen Aspekte mit einbezogen werden. Gerade die politischen Aspekte haben – wiederum in Erinnerung an die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - ein besonderes Gewicht. Verantwortungsvolle Politik besteht nicht nur aus Ökonomie.

Griechenland

Mit Griechenland hat alles begonnen; seither hält es die Deutschen, die Europäer und die Welt in Atem. Was kostet uns ökonomisch ein Austritt/Ausschluß Griechenlands aus der Eurozone, was der Verbleib des Landes in der Währungsunion? Welche politischen Fragen ergeben sich daraus?

Die deutschen Kosten für einen Austritt/Ausschluß Griechenlands und einen Zusammenbruch der Eurozone sind umstritten. Sie reichen in Gestalt von Verpflichtungen über Kredite, Bürgschaften, Garantien etc. (Stand: Juni 2012) von rund 310 Milliarden Euro (Bundesfinanzministerium) über 426 Milliarden (Bundesrechnungshof) bis zu 643 Milliarden (Ifo-Chef Hans Werner Sinn). Ihnen stehen die Kosten gegenüber, die wir bei einem Verbleib Griechenlands in der Eurozone zu tragen hätten. Die Zahlen lassen sich nur schätzen, ein Anhaltspunkt ergibt sich aus den bisherigen Hilfszahlungen für Griechenland.

Seit dem 1. Hilfspaket vom Mai 2010 hat Griechenland einschließlich des 2. Hilfspakets vom Februar 2012 240 Milliarden Euro erhalten, das sind 120 Milliarden pro Jahr. Der deutsche Anteil (27 %) liegt bei rund 35 Milliarden Euro. Die jährlichen deutschen Kosten für einen Verbleib Griechenlands in der Währungsunion dürften in etwa dieser Summe entsprechen. Da eine Wirtschaft wie die griechische nicht binnen weniger Jahre reformiert werden kann, ist ein Ende dieser Transferzahlungen nicht abzusehen; eine Daueralimentierung bleibt wahrscheinlich. ...

Den Fall Griechenland kann man unschwer als Chiffre für die Schwierigkeiten der gesamten Eurozone lesen: Teuer ist es, Griechenland zu retten, viel teuer aber wäre kurzfristig ein Ende der griechischen Euro-Mitgliedschaft. Extrem teuer wäre die Rettung der Euro-Währungsunion insbesondere für die Deutschen, am Schlimmsten, ja geradezu katastrophal wäre der Euro-Zusammenbruch - für Deutschland, Europa, ja sogar die Welt. So wird jedenfalls gesagt und behauptet.

Wollen wir uns dieser Drohkulisse beugen? Ohne zu prüfen, was das für die deutschen Interessen bedeutet? Verschieben wir damit nicht nur die Probleme in die - immer ungewisse - Zukunft? Weil es bequemer ist?

Die EU-Südschiene

Griechenland wird als Sonderfall dargestellt. Das stimmt aber nicht. Das griechische Beispiel dürfte schnell Schule machen, wenn das Land in der Eurozone bleibt. Portugal, Spanien und Italien (vermutlich auch Irland) werden ähnliche Sonderbehandlungen verlangen. ...

Italien

Italien spielt eine Schlüsselrolle. Einerseits könnte es sich aufgrund seines ökonomischen Potentials selbst "retten" (der durchschnittliche Italiener ist wohlhabender als der Deutsche), andererseits ist es seit Beginn der Europäischen Einigung gewohnt, Hilfsgelder aus dem Norden abzuziehen und tut dies mit großem Erfolg.

Das Finanzinstrument der Eurobonds wurde von Italienern erdacht und wird von Italien massiv propagiert. Es paßt ideal auf die italienischen Bedürfnisse. Es ist schön, wenn man Dritte für eigene Verpflichtungen zahlen und haften lassen kann. Es wäre auch schön, wenn man so weiter machen könnte wie bisher. Allerdings hat die Finanzkrise der Schuldenpolitik Grenzen gesetzt. Also Eurobonds …

Die angelsächsische Finanzindustrie

Unterstützung erfahren die europäischen Südländer von der angelsächsisch dominierten Finanzindustrie. Diese liebt bekanntlich den Euro nicht, denn er beschneidet die äußerst lukrative, zwischen der Wall Street und der City von London geteilte Rolle des Dollar als Weltleitwährung. ...

Wenn der Euro dabei auf der Strecke bleibt, weil Deutschland ihn auch nicht mehr stützen kann, um so besser: ein Konkurrent weniger. Nicht von Ungefähr kommt der Verdacht, daß die US-Ratingagenturen auf dieses Ziel hinarbeiten. Wie sich Deutschland bei einem Euro-Zusammenbruch aus der Verstrickung der übernommenen Haftungen befreien könnte, ist nicht Sache der angelsächsischen Finanzindustrie. Die daraus folgende Schwäche Deutschlands wäre zumindest für einen Teil der englischen politischen Klasse ein willkommener Nebeneffekt. ...

Europäische Zentralbank (EZB)

Das 1. Hilfspaket für Griechenland und die EZB-Beschlüsse vom 9. Mai 2010 waren bereits ein massiver Bruch des Maastricht-Vertrages von 1992, da die "No Bailout"-Klausel (§ 125) außer Kraft gesetzt wurde. Die Verträge waren das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben waren. ...

Man wird den Eindruck nicht los, daß Deutschland an jenem Wochenende im Mai 2010 massiv über den Tisch gezogen wurde.

Die Machtverhältnisse in der EZB haben sich seit Mai 2010 radikal verändert. Statt dem deutschen Kandidaten Axel Weber wurde der Italiener Mario Draghi Chef der EZB. Der Einfluß der Bundesbank ist erheblich geschrumpft, die Nehmerländer geben im EZB-Rat den Ton an, Jens Weidmann, der deutsche Vertreter ist isoliert. Frankreich und die Nehmerländer wollen aus der EZB endgültig eine Institution machen, die der Politik – anders als die unabhängige Bundesbank - untergeordnet ist. Das muß wissen, wer für Deutschland über Personalien und Befugnisse der EZB verhandelt. Der Umgang von Kanzlerin Merkel mit Axel Weber läßt al-

lerdings wenig Gutes ahnen.
Es gibt massive Bestrebungen, den Einfluß der Bundesbank auf die EZB gänzlich auszuschalten. Die Bundesbank ist in Frankreich lange als ein Instrument der Bevormundung der eigenen Wirtschafts- und Finanzpolitik wahrgenommen worden. Mitterrand hat nicht ohne Grund die Einführung des Euro zur Voraussetzung der Wiedervereinigung gemacht. Der deutsche Einfluß sollte – positiv formuliert - über den Euro "eingebunden" und – negativ formuliert – "ausgeschaltet" werden. Die institutionelle und personelle Umgestaltung der EZB soll dieses Ziel vollenden. ...
Wer glaubt, Deutschland dürfte die Wahrung seiner Interessen dieser jetzigen EZB vertrauensvoll in die Hände legen, irrt gewaltig. Heraus käme letztlich die unbegrenzte Haftung Deutschlands für die Schulden Dritter und deren unverantwortliche Schuldenpolitik, auf die wir keinerlei Einfluß haben.
(Wie das gespielt wird, sieht man z.B. am Gebrauch der deutschen Sprache in den EU-Institutionen. Obwohl die deutsche Sprachgruppe in der EU bei weitem die größte ist und verschiedene Bundesregierungen immer wieder versucht haben, die Lage zu verbessern, fristet das Deutsche in den EU-Institutionen ein Kümmerdasein und wird konsequent ausgebremst. Ähnliches gilt für den Anteil deutscher Diplomaten am neuen Europäischen Auswärtigen Dienst, wo Deutschland als größter EU-Mitgliedstaat nur zwei Drittel der französischen Diplomaten stellt und noch hinter Italien und Spanien auf dem vierten Platz rangiert. ...
Die Ankündigung von EZB-Chef Mario Draghi von Anfang August 2012, unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen und der EZB damit unbegrenzte Feuerkraft zu verleihen, wirft ein Schlaglicht auf die Zukunft. Die Bundesbank hat auf die Gefahren einer Inflation und die Nähe zur "verbotenen" Staatsfinanzierung hingewiesen - vergeblich. Die "kreative" Geldpolitik hat in der EZB Einzug gehalten.
Draghi war bekanntlich mehrere Jahre ein Mann von "Goldman Sachs", der Investmentbank, die Griechenland geholfen hat, mit gefälschten Zahlen in die Eurozone aufgenommen zu werden, und das herannahende Desaster jahrelang zu verschleiern. "Goldman Sachs" war die Bank, die zumindest bis zur Finanzkrise besonders erfolgreich mit "windigen" Finanzprodukten gehandelt hat; sie verkaufte sie gutgläubigen Kunden und wettete gleichzeitig dagegen. (Kein Wunder, daß die Personalie "Draghi" viele Leute nervös macht.)

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

... Deutschland

... Die Einbindung in der EU hat uns die Wiedervereinigung von 1989/1990 ermöglicht, die keineswegs selbstverständlich war – man denke nur an die Widerstände von M. Thatcher und die widerwillige, konditionierte Zustimmung von Mitterrand (vgl. Guntram von Schenck, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?).
Dafür war und ist Deutschland bereit, einen Preis in Gestalt der Aufgabe von Souveränitätsrechten zu zahlen. Auch in finanzieller Hinsicht haben wir die Solidarität nie verweigert, sondern (überwiegend) geduldig und langmütig die Last des größten Beitragszahlers getragen. ...

Was ist zu tun?

Bevor weitere Schritte zur europäischen Einigung getan und deutsche Hoheitsrechte an Brüssel abgegeben werden, muß genau geprüft werden, welche möglichen Folgen sich daran knüpfen. Die deutschen BürgerInnen müssen angemessen an dieser Prüfung beteiligt werden. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit; es ist eine Schande, daß das überhaupt gefordert werden muß. Es kann sein, daß die Deutschen bei Abwägung aller Vor- und Nachteile beispielsweise einer europäischen Banken- und Transferunion und einer Vergemeinschaftung der Schulden zustimmen. Es kann aber nicht sein, daß diese umwälzenden Entscheidungen durch die Hintertür herbeigeführt werden.
Wer angesichts des auf nationaler und internationaler Ebene aufgebauten Drucks vorschnell

zustimmt, könnte eine Art finanzielles Versailles unterschreiben. Wir haben aber anders als 1919 keinen Krieg verloren und sollten uns weder "einschüchtern" noch "weich klopfen" lassen. Die Möglichkeit einer Ausplünderung des deutschen Volksvermögens und der unzumutbaren Belastung unserer Kinder und Enkel steht im Raum. 1919 haben wir nachgeben müssen. Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, daß diese "erzwungene" deutsche Nachgiebigkeit weder Deutschland noch Europa gut bekommen ist.

Volksabstimmung

Das letzte Wort hat der Souverän, das Staatsvolk. Eine Volksabstimmung ist der richtige Weg. Sie muß stattfinden, bevor die Weichen in eine Transfer-, Haftungs-, Banken- und Schuldenunion gestellt oder Hintertüren dazu geöffnet werden. Dann müssen die Eliten die deutschen BürgerInnen von der Notwendigkeit und den Vorteilen eines solchen politischen Quantensprungs der Europäischen Einigung überzeugen - oder eben nicht. In dieser Schicksalsfrage darf es keinen schleichenden Übergang geben!<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 9. Januar 2013 (x892/…): >>**EU-Diktatur: Gesetz gegen Kinderbücher**

Die totalitären EU-Parlamentarier haben festgestellt, daß viele Kinderbücher den Kindern sehr schaden und insbesondere die Karrierechancen der Mädchen behindern. Deshalb haben sie auch gleich ein Gesetz vorbereitet, das, wie in kommunistischen Ländern, verbieten soll, daß "Genderstereotypen" in Kinderbüchern vorkommen. Vorhandene Kinderbücher müssen dann vermutlich entweder umgeschrieben oder verbrannt werden.

Laut einem Bericht der englischen "Daily Mail" finden sich in zahlreichen Kinderbüchern ganz böse "Genderstereotypen" Beispiel dafür sind "Fünf Freunde" von Enid Blyton, oder Peter Pan oder "Paddington Bär".

Daß schon einige Generationen von Jungen und Mädchen die Blyton-Bücher gelesen und wohl kaum Schaden daran genommen, spielt keine Rolle. Die Genderideologen wissen es viel besser.

Das sogenannte "Komitee für Frauenrechte und Gendergleichheit" der teuren Schwatzbude für europäische Ideologen, genannt Europäisches Parlament, hat ein Dokument vorbereitet, das eine europaweite Gesetzgebung vorschlägt, die festlegt, wie Kinder in Medien und Büchern dargestellt werden müssen.

In dem Papier heißt es: "Kinder sind in sehr jungen Jahren mit den Geschlechterstereotypen konfrontiert durch Fernsehserien, Fernsehwerbung, die ihre Wahrnehmung beeinflussen, wie sich die Geschlechter verhalten sollen." Mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (ähnlich wie in der Sowjetunion und Nordkorea) will die Europäische Union nun ihrerseits Kinder beeinflussen.

Die Genderideologie dient freilich auch der globalisierten kapitalistischen Wirtschaft und ihren Konzernen. June O'Sullivan, Leiterin der "London Early Years Foundation", teilte gegenüber der "Daily Mail" ihre Sorgen mit, daß die Wirtschaft im Euroraum stottere und sich auf die Einbeziehung der Kinder in die Wirtschaft und Gesellschaft konzentrieren müsse.

Wenn kleine Mädchen von Anfang an zum technischeren Denken erzogen werden, indem sie die "traditionellen" Spielzeuge der Jungen bekommen, sollen sie auch für technisch-pragmatische Berufe aufgeschlossener werden. Das erhofft sich zumindest die europäische Führung.

Sehr bedenklich findet Frau O'Sullivan außerdem: "Frauen sorgen sich um die Kinder, während Männer hinausgehen, um zu arbeiten. Man braucht nur am Eingang der Schulen zu stehen, um das zu sehen.

Es sind Stereotypen, weil sie eine mehrheitliche Situation widerspiegeln. Kinder sind nicht leicht hereinzulegen - sie sehen, was sie sehen." Und das ist natürlich sehr schlimm, wenn es auch seit Jahrhunderten auf der ganzen Welt nicht anders war. Die Genderideologen, die noch schlimmer sind als die ärgsten Kommunisten, wissen es besser. Oftmals sind diese Ideologen

natürlich kinderlos, sonst hätten sie vielleicht etwas Erfahrung damit gesammelt wie es bei einem Mädchen ankommt, wenn es mit einem Bagger spielen soll und wie Jungen darauf reagieren, wenn ihnen statt eines Baggers eine Barbiepuppe geschenkt wird.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 4. Februar 2013 (x892/…): >>**EU-Beamte verdienen mehr als Merkel**

Nach einem Bericht der FAZ von heute verdienen Tausende von EU-Beamten mehr als Bundeskanzlerin Merkel oder andere europäische Regierungschefs. Der Bundestagsabgeordnete und Kritiker der Eurorettungspolitik Frank Schäffer (FDP) hatte in einer Anfrage im Deutschen Bundestag nach den Gehältern der EU-Beamten gefragt und nun von der Bundesregierung diese Antwort erhalten. Schon Beamte der mittleren Führungsebene bekommen unter bestimmten Umständen netto mehr als unsere Kanzlerin.

Frau Merkel bekommt als Bundeskanzlerin ein Grundgehalt von 16.800 Euro im Monat und zahlt davon 5.600 Euro Steuern. Das sind netto 11.200 Euro plus einer Aufwandsentschädigung von 1.000 Euro.

Ein EU-Beamter der mittleren Führungsebene in der EU-Kommission, im Rat oder im EU-Parlament bekommt nach nur vier Dienstjahren 12.500 Euro netto (verheiratet, zwei Kinder, nicht in seinem Heimatland tätig). Generaldirektoren der EU, die die höchste Besoldungsstufe bekommen erhalten ein Nettogehalt unter den gleichen Bedingungen von 16.500 Euro. Allein in der der mittleren Führungsebene sind derzeit 4.400 Beamte tätig.

Während es früher hieß: "Wer nix wird, wird Wirt", gilt heute der Satz "Wer nix wird, geht in die EU-Bürokratie". Allerdings liegt das Einkommen der EU-Beamten weit über ihre Leistungen. Der britische Premierminister David Cameron, dessen Gehalt dessen Bruttoeinkommen bei 11.875 Pfund liegt und damit ebenfalls unter dem vieler EU-Beamter hat deshalb Einschnitte bei den EU-Verwaltungsausgaben zur Bedingung seiner Zustimmung zum EU-Haushalt gemacht.

Derzeit laufen die Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020. Die EU-Kommission will für diesen Zeitrahmen etwa eine Billionen Euro aus den Mitgliedsstaaten eintreiben, also etwa 166 Milliarden Euro pro Jahr. Der Hauptanteil davon darf der deutsche Steuerzahler übernehmen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. Februar 2013 (x892/…): >>**Fiskalunion und Subsidiarität**

Die Eurokraten setzen schon seit langem alles daran, eine sogenannte Fiskalunion durchzusetzen. Was darunter genau zu verstehen ist und wie diese funktionieren soll, wird bewußt im Unklaren gelassen. Doch das Prinzip der Fiskalunion entspricht in etwa dem deutschen Länderfinanzausgleich, der alles andere als erfolgreich ist und gegen den derzeit erneut eine Klage der Bundesländer Bayern und Hessen läuft. Eine EU-Fiskalunion soll Gelder aus den Mitgliedsstaaten der EU einnehmen und diese dann über einen EU-Finanzminister umverteilen. Ein konkreter Vorschlag für eine solche Fiskalunion wurde jetzt vorgelegt und durchgerechnet.

Im Auftrag des Beratungsunternehmens PWC hat der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Straubhaar einen konkreten Vorschlag für eine europäische Fiskalunion vorgelegt. Durch diesen Vorschlag werden die konkreten Folgen einer solchen Umverteilungsmaschine deutlich.

Jedes Euroland zahlt 10 Prozent seiner Steuereinnahmen in einen EU-Topf ein. Aus diesem Topf werden dann sogenannte schwache Länder wie Griechenland, Portugal usw. zur Stärkung ihrer Wirtschaft unterstützt.

Zudem muß jeder Arbeitnehmer in der Eurozone 2 Prozent seines Einkommens in eine EU-Arbeitslosenkasse einzahlen. Für Deutschland bedeutet dies, wie Straubhaar ausgerechnet hat, 40 Milliarden Euro netto zusätzlich, zu den bereits jetzt an die EU zu zahlenden deutschen

Steuergeldern. Das ist etwa das Vierfache des jetzigen Nettobetrags.
Hinter der Ideologie einer Fiskalunion, die in Deutschland besonders von der vereinigten Linken (GRÜNE-SPD-LINKE) propagiert wird und unter einem SPD-Bundeskanzler sehr wahrscheinlich realisiert wird, steht die Vorstellung, daß Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Staaten durch Geld zu beheben sind und die egalitaristische Ideologie, daß es solche Unterschiede nicht geben darf, denn alle müssen gleich sein.
Daß diese Ideologien sich schon hundertmal widerlegt haben, spielt dabei keine Rolle. Ein ganz offensichtliches Beispiel, daß dies nicht funktioniert, ist der Länderfinanzausgleich. Es sind drei Länder die einzahlen und alle anderen kassieren. Und diejenigen, die kassieren - allen voran das rote Berlin - sind nicht daran interessiert, daß sich dies ändert, denn wenn man Geld bekommt ohne Gegenleistung müßte man schon blöd sein, wenn man dies ablehnt und statt dessen die eigene Leistung erhöht.
Im Hintergrund dieser Diskussion stehen aber eine Mißachtung und eine Umdeutung von naturrechtlichen Prinzipien, nämlich den sozialen Grundprinzipien der Subsidiarität und der Solidarität, die komplementär sind.
Aufgaben, die eine Gemeinschaft aus einer Kraft bewältigen kann, müssen dieser Gemeinschaft selbst überlassen werden. Alles was dagegen verstößt ist in höchstem Maße ungerecht, wie Papst Pius XI. deutlich erklärte. Die Förderung der Wirtschaft, sofern der Staat hier überhaupt eine Kompetenz hat, was man bezweifeln kann, ist dann am ehesten und am Besten in den Nationalstaaten zu leisten, selbst innerhalb eines gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraumes Europa.
Erst recht gilt dies für die Arbeitslosigkeit. Auch hier gilt allerdings, daß zunächst die Betroffenen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. Arbeitslose, dieses Problem zu lösen haben und sicher nicht der Staat. Eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch geführte Arbeitslosenversicherung ohne staatliche Einmischung wäre deshalb das geeignete Instrument. Zudem könnte sich der Staat dann nicht zur Deckung von Finanzlücken aus einer solchen Kasse bedienen.
Sollten die Nationalstaaten nicht in der Lage sein, ihre wirtschaftlichen Probleme zu lösen, dann ist Solidarität angebracht. Doch Solidarität bedeutet nicht Gleichmacherei, sondern Hilfe zur Selbsthilfe im Falle von Not. Not allerdings gibt es in den Eurostaaten erst, seitdem die EU in alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche eingreift und durch die Einführung des Euro ungleiche Staaten gleich behandelt werden, wodurch schwache Staaten nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Und die hunderte milliardenschweren Rettungsschirme kommen nicht den notleidenden Familien in den Staaten zugute, sondern einzig und allein den Banken.
Daß dieses ganze System vor dem Zusammenbruch steht, hat seinen Grund vor allem anderen in der Mißachtung fundamentaler naturrechtlicher Prinzipien und durch eine immer weitere Mißachtung wird der Zusammenbruch bestenfalls hinausgeschoben, dafür dann aber um so gewaltiger.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 2013 (x887/...):
>>**Deutsche sollen noch mehr bluten**
Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen
Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden.
Offizielle Zahlen über Deutschlands EU-Nettozahlungen an die EU liegen nicht vor, da sich

die Bundesregierung scheut, derartige Gesamtbilanzen der Belastung Deutschlands zu veröffentlichen. ...
Kaum zu überblicken sind die zukünftigen Sonderlasten, welche den Deutschen aus den Euro-Rettungsschirmen erwachsen. Dennoch kennen die Verantwortlichen auch hier offenbar keinerlei Maß mehr. Zwar war vertraglich vereinbart und den Deutschen von ihrer Regierung heilig versprochen worden, daß der Euro-Rettungsfonds ESM nicht zur Rettung von Banken, sprich zur Rettung der Vermögen ihrer milliardenschweren Eigentümer, mißbraucht werden dürfe. Allein Staaten sollten daraus unterstützt werden dürfen.
Nun hat man offenbar eine Möglichkeit ersonnen, Vertrag und Versprechen zu brechen, ohne sich rechtlich anfechtbar zu machen. Der ESM soll "Tochtergesellschaften" gründen dürfen, die Kredite aufnehmen sollen, mit welchen sie maroden Banken unter die Arme greifen. Da der ESM ein Institut der Staaten ist, haften die deutschen Steuerzahler damit direkt für an Pleitebanken vergebene Kredite.
Die ESM-Töchter könnten auch dafür eingespannt werden, "um überdies begleitende Investitionen des Privatsektors in rekapitalisierte Banken zu ermutigen", heißt es im Entwurf. Mit anderen Worten: Investoren sollen "ermutigt" werden, in hochrentierliche Bankpapiere (Aktien, Anleihen) maroder Institute zu investieren, denn: Die hohen Renditen gehören ihnen, das Risiko hingehen trägt der Steuerzahler,
Pünktlich zu den Verhandlungen über solche "Tochtergesellschaften" am vergangenen Montag rief EU-Währungskommissar Olli Rehn die Deutschen zu "Solidarität mit Zypern" auf. Gemeint ist damit, daß die deutschen Steuerzahler jene Banken retten sollen, die im Verdacht stehen, Schwarzgeld-Milliardären aus aller Welt, vor allem aus Rußland, als "Geldwaschanlage" zu dienen.
Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müßte die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.
Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der "Euro-Bonds" in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlicher Deutschland zu.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 27. Juni 2013: >>**"Die EU nimmt Züge einer aufgeklärten Diktatur an"**
Die EU ist dabei, Demokratie und Rechtsstaat abzuschaffen, und die deutschen Bürger schauen nur zu, wundert sich Roger Köppel, Chefredakteur des Schweizer Nachrichtenmagazins "Weltwoche" im Interview mit der morgen erscheinenden Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT.
Nicht nur der Euro, die ganze EU sei eine intellektuelle Fehlkonstruktion, was aber Legionen von Journalisten, die eine Schwäche für intellektuelle Konstruktionen hätten, nicht sehen wollten, so Köppel. Die EU habe sich durch ihre Entwicklung zum Staat in einen unaufhebbaren Selbstwiderspruch begeben. Es sei keine handlungsfähige staatliche Ordnung denkbar, in der sich die Völker Europas gleichermaßen wiedererkennen könnten.
"So etwas konstruieren zu wollen, ist größenwahnsinnig, eben eine intellektuelle Fehlkonstruktion", meint Köppel.
Mehr als die Regierungen hätten allerdings die Medien bei den Themen "Euro und EU" versagt. "Heute setzt sich die EU immer wieder über rechtsstaatliche, demokratische Traditionen hinweg, und wieder schlafen die deutschen Journalisten", erklärt Köppel. Dies geschehe zwar nicht aus Bösartigkeit, sondern um die EU in der Krise handlungsfähig zu machen. Dennoch

nehme die EU Züge einer "aufgeklärten Diktatur" an, wenn Staatschefs bei Abendspaziergängen Milliarden genehmigten.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>**Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?**

... Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung

Die politische Fragestellung ist schon deshalb zwingend, weil der EURO in erster Linie ein politisches Projekt ist. Erst in zweiter Linie wurde von der gemeinsamen Währung auch ökonomischer Nutzen erwartet. Die Entstehungsgeschichte läßt daran keinen Zweifel.

Die Pläne für eine gemeinsame Europawährung gehen zwar bis in 1970er Jahre zurück. Sie wurden aber von deutscher Seite mehr oder weniger dilatorisch behandelt, da man mit der D-Mark und ihrer starken Stellung ganz zufrieden war. Warum sollte man ohne Not davon abrücken? Deshalb wurde von deutscher Seite die Notwendigkeit einer gründlichen Vorbereitung gerade im Hinblick auf die ökonomischen Folgen der Einheitswährung betont. Frankreich hingegen drängte, da es sich von der dominanten Politik der Bundesbank in seinen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen eingeengt, ja bevormundet sah und an den Entscheidungen zumindest mitwirken wollte.

Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind. Im Kern mußte D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden, es gab ein "quid pro quo". Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit (zögernd) zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte.

Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft. Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt.

Nach der französisch-deutschen Übereinkunft vom Spätherbst 1989 ging alles ganz schnell. Schon im Februar 1992 wurde mit dem Maastricht-Vertrag der Prozeß der EURO-Einführung in Gang gesetzt. Allerdings wurde die Einführung der europäischen Einheitswährung von Deutschland nicht blindlings mitgetragen. Es gab zu viele Bedenken.

Der deutsche Einfluß auf die künftige Einheitswährung konnte insoweit gewahrt werden, als u.a. die zu errichtende Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank unabhängig sein sollte und deutsche Interessen durch die "No-bail-out"-Klausel sowie das Verbot der Staatsfinanzierung vertraglich gesichert erschienen. Andere Bedenken, insbesondere der Einwand, daß auch politisch nicht gelingen könne, was wirtschaftlich falsch sei, wurden vom Tisch gewischt.

Die Politik entschied, die Wirtschaft hatte zu folgen. Das ist das Grundgesetz, nach dem die europäische Einheitswährung ins Leben gerufen wurde. Das muß wissen und in Rechnung stellen, wer über die Zukunft und die Fortentwicklung der EURO-Währung diskutiert. Es gilt der unbedingte Vorrang der Politik, auch wenn das zu Fehlentwicklungen führen kann und Opfer fordert.

Zur Erinnerung: auch bei der deutschen Einheit wurde mit dem 1:1 Währungstausch von DM und Ostmark unter ökonomischen Gesichtspunkten ein Fehler gemacht, der aber politisch notwendig war. Dafür mußte nach der Wiedervereinigung mit dem Niedergang der ostdeutschen Industrie bezahlt werden, die nicht mehr konkurrenzfähig war. ...

Deutsch-französischer Motor

Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist das Herzstück des europäischen Einigungswerks. Ohne eine deutsch-französische Übereinkunft in zentralen Fragen geht nichts in Euro-

pa. ...
Aus Frankreich kommen Sticheleien, die die deutsche Wesensart wie in alten Zeiten pauschal kritisieren. Im liberalen Mainstream-Blatt "Le Monde" erscheint ein ganzseitiger Artikel mit der Überschrift "L´ Allemagne paiera!" (Deutschland wird/muß zahlen), der die deutschen Zahlungsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag von 1919 referiert und Folgerungen für heute zieht (8.6.2013). Wäre Europa schon stärker zusammen gewachsen, könnte man das als den üblichen innenpolitischen Streit (Bayern gegen Preußen) abtun. Aber soweit sind wir in Europa eben noch nicht. Es droht eher ein Rückfall in alte Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster, die das Klima vergiften und Lösungen erschweren. ...
Die Brüsseler Bürokratie, die unnötig mit Einzelregelungen in viele Lebensbereiche eingreift, ist ein Ärgernis. Brüssel wird als Wasserkopf empfunden, wo die Mitarbeiter glauben, wegen ihrer Gehälter Streiks leisten zu können, obwohl sie wesentlich mehr verdienen, als die Beamten in den Mitgliedstaaten etc.
Gewarnt sei vor einem deutschen Alleingang in Sachen EURO, wie in einigen angelsächsischen Medien (u.a. The Economist vom 15.06.2013), aber auch von Polen (Außenminister Sikorski) suggestiv empfohlen wird. ... Manchmal hat man den Eindruck, daß diejenigen, die uns die Rolle einer europäischen Führungsmacht anpreisen, insgeheim nur auf den deutschen Geldbeutel schielen. ...

Frankreich

Frankreich hat den EURO durchgesetzt. Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h. Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität.
Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Währungspolitik unter den Willen der politischen Führung.
Der deutsche Widerstand war allerdings erheblich und nicht alle französischen Ziele konnten sofort erreicht werden. Die Ziele blieben jedoch gleich. Der Einfluß auf die Europäische Zentralbank (EZB) konnte nach und nach durch eine geschickte Personalpolitik ausgeweitet werden. Auf den Niederländer Wim Duisenberg folgten der Franzose Jean-Claude Trichet und der Italiener Mario Draghi als Präsidenten der EZB. Auch im EZB-Rat konnten Personen durchgesetzt werden, die den währungs- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der französischen Regierungen mehr entsprachen. Der deutsche Einfluß wurde nach dem Rücktritt Axel Webers und Jürgen Starks erheblich reduziert. Die Mehrheiten im EZB-Rat haben sich zuungunsten Deutschlands verschoben.
Ein massiver erster Durchbruch gelang dem französischen Präsidenten Sarkozy im Mai 2010, als die EZB erstmals Staatsanleihen der Krisenländer Griechenland, Portugal und Italien aufkaufte und das Verbot der Staatsfinanzierung unterwanderte. Seither ist die Entwicklung weiter gegangen und die währungspolitische Orthodoxie immer mehr verlassen worden. Die französische Regierung drängt auf die Fortsetzung dieser Entwicklung. Das Anleihekaufprogramm OMT, das die EZB im September 2012 angekündigt hat, sieht unter bestimmten Voraussetzungen den unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen vor.
Die Frage, ob das noch Geldpolitik oder schon (verbotene) Staatsfinanzierung ist, schert die französische Regierung wenig. Das sind Subtilitäten deutscher Juristen, von denen man sich nicht aufhalten lassen will (Sarkozy).
Hinter diesen personellen und inhaltlichen Verschiebungen werden handfeste Interessen sicht-

bar. Frankreichs Interessen gehen in Richtung einer weiteren Lockerung und Ausdehnung der Geldpolitik, um die (angeblich von Deutschland verhängte) "Austeritätspolitik" ("Sparpolitik") in der EU zu überwinden. Der auf Frankreich lastende Reformdruck soll durch Wirtschaftswachstum gemildert werden. Der von der Regierung Frankreichs erhobene Ruf nach "mehr Solidarität" ist ein Ruf nach mehr Geld, sehr viel mehr Geld. Frankreich macht sich zum Wortführer der Regierungen der Krisenstaaten, die auf eine ähnliche Politik hoffen. Präsident Hollande will auf diese Weise sein politisches Gewicht in Europa erhöhen und - wie er es sieht - mit Deutschland wieder auf Augenhöhe verhandeln. Die engen französischen Wirtschaftsbeziehungen zu den südlichen Krisenstaaten legen eine solche Politik ohnehin nahe, Frankreich hat viel zu verlieren, wenn diese aus dem Euroraum herausfallen. ...

Deutschland

Die deutsche Regierung hat 1989/1990 dem Verzicht auf die D-Mark "nolens, volens" zugestimmt. Helmut Kohl hat dann allerdings die Entscheidung "Einheit gegen D-Mark" konsequent um- und durchgesetzt. Einigen deutschen Bedenken wurde Rechnung getragen: vertraglich festgezurrt wurde u.a. der Haftungsausschluß unter EURO-Ländern, die Unabhängigkeit der EZB und das Verbot der Staatsfinanzierung.

Wie man später lernen mußte, waren diese vertraglichen Bindungen das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt waren. Bei den ersten Krisen 2003 wurden die Prinzipien von Deutschland und Frankreich selbst aufgeweicht und im Mai 2010 beim ersten Hilfspaket für Griechenland weggeschwemmt. Seither suchen die deutsche und europäische Politik mit der EZB unter Einbindung des Internationalen Währungsfonds (IWF) - mit reger Beteiligung der internationalen Finanzindustrie - nach einer Lösung. ...

Deutschland Zahlmeister?

Allzu verwundert sollte man darüber in Deutschland nicht sein. War man doch in der EU und in der Welt daran gewöhnt, daß die Deutschen im Zweifel immer zahlen. Die Erfahrung war: Man muß die Deutschen nur gehörig unter Druck setzen und weich klopfen, dann machen sie den Geldbeutel schon auf. Das galt im westlichen Bündnis, wie z.B. beim ersten Irakkrieg 1991, das galt in der EU beim sog. Britenrabatt, den Frau Thatcher herausgeschlagen hat, und das galt in der EU ganz generell. Immer wenn man nach Geld suchte, richtete sich der Blick auf Deutschland. Selbst für die unsinnigsten Projekte erwartete man einen deutschen Finanzbeitrag. Nun ist die Überraschung groß, daß das nicht mehr zu funktionieren scheint. Ein europäisches Grundgesetz scheint in Frage gestellt.

Auch die Deutschen selbst hatten sich an ihre Zahlmeisterrolle gewöhnt. Sie gehen meist resigniert davon aus, daß ihre Regierungen irgendwann einknicken, weil die deutschen Politiker glauben, noch immer die Schuld des 2. Weltkriegs abtragen zu müssen. Nun wollen sie nicht mehr. Der Grund ist allerdings nicht so sehr die verblassende Erinnerung an den Weltkrieg, der immerhin fast 70 Jahre zurück liegt.

Sie wollen nicht mehr, weil sie nicht mehr können: Die Solidaritätslasten, die den Deutschen zur Rettung des EURO aufgebürdet werden sollen, sind so enorm, daß ein Innehalten, eine sorgfältige Prüfung und ein Abwägen der Vor- und Nachteile der Übernahme deutscher Verpflichtungen unabdingbar geworden ist. Es kann nicht sein, daß jemand "Europa" ruft, alles kniet nieder und Deutschland stellt einen Blankoscheck aus. Diese Einstellungen scheinen bei vielen europäischen und deutschen Politikern verbreitet zu sein. ...

Meinungsbildung und Volksabstimmung

... Gibt es tragfähige und hinreichend nachvollziehbare Schätzungen der Bundesregierung, wie viel der deutsche Steuerzahler bei der beabsichtigten Eurorettung über jährliche Transferzahlungen an die Krisenstaaten überweisen muß? Sind es maximal 50, 100 oder gar 150 Milliarden?

Die Behauptung, daß es so gut wie nichts kostet, kann nicht sein; denn dann gäbe es an der

südlichen europäischen Peripherie ja gar keine Krise. Wie hoch ist die Haftung, in die Deutschland jetzt schon im Rahmen der Eurorettung eingetreten ist? Die Bundesregierung redet sie klein, Hans-Werner Sinn nennt einen Betrag wenig unter 1.000 Milliarden. Welche Haftungssummen kommen mit dem Anleihekaufprogramm der EZB (OMT) auf uns zu? Die EZB nennt 146 Milliarden, Hans-Werner Sinn 369 Milliarden, möglicherweise sogar 920 Milliarden Euro (vor dem BVerfG am 12.06.2013).

Gleichgültig welche Zahlen stimmen, der deutsche Steuerbürger schüttelt sprachlos den Kopf. Wer hat unserer politischen Klasse, wer hat der Bundesregierung das Mandat erteilt, für solche Summen Verpflichtungen einzugehen? Die deutschen BürgerInnen jedenfalls nicht, sie wissen gar nicht, was ihnen geschieht. Eins aber ahnen sie: wenn es schief geht, sind sie die Dummen, wie 1918 und 1945. Wir Bürger müssen uns selbst einen Reim darauf machen und die deutschen Interessen formulieren.

Wir müssen klar sagen, was wir wollen oder nicht wollen - und letztlich mit einer Volksabstimmung darüber entscheiden können. Warum sollte in Deutschland nicht gehen, was bei unseren Nachbarn üblich ist? In Frankreich z.B. hat es bereits zweimal Volksabstimmungen zu Europafragen gegeben, in Großbritannien hat Premier David Cameron eine Volksabstimmung für 2017 versprochen.

Modell Italien?

Was wir nicht wollen können, ist ein Europa, das nach dem Modell Italiens funktioniert. Das "Modell Italien" besagt, daß der Norden endlos für den Süden zahlt, wie das in Italien seit der Gründung des Nationalstaats im 19. Jahrhundert der Fall ist. Der Norden zahlt für den Süden, den sog. Mezzogiorno bis heute, ohne daß sich der Süden entwickelt und eine selbst tragende Wirtschaft entwickelt hätte. Was sich entwickelt, sind mafiöse Strukturen, die die Subventionen absaugen und den Süden im Griff behalten. Kein Wunder, daß in Norditalien immer wieder Forderungen nach einer Sezession erhoben werden (z.B. Lega Nord).

Folgt man der inneren Logik der Eurorettung, so geht es darum, das "Modell Italien" auf die Eurozone zu übertragen. Der Norden, d.h. vor allem Deutschland, die Niederlande, Finnland etc. sollen dauerhaft für die Defizite des Südens von Griechenland über Italien bis Portugal aufkommen. Da im Süden die notwendigen Reformen und Korrekturen nicht oder unzureichend gemacht werden, ist absehbar, daß sich im Subventionsklima alsbald wie im italienischen Mezzogiorno mafiöse Strukturen bilden. Eigentlich muß man sagen, sie sind schon vorhanden und harren nur der Verstetigung, Erweiterung und Verfeinerung.

Es darf also keinen finanziellen Dauertransfer in die südlichen Peripheriestaaten geben.

Vorbereitung des europäischen Bürgerkriegs?

Auch das Interesse der Einheit Europas verbietet einen solchen Dauertransfer. Die Erfahrung mit Italien zeigt, daß mittelfristig bei den Gebern die Frage nach einer Sezession, nach einer Trennung aufkommt - und das in einem etablierten Nationalstaat.

In Jugoslawien wollten die Slowenen und Kroaten nicht länger für den Süden, insbesondere die Serben bezahlen, die Folge war die Abspaltung und ein verheerender Bürgerkrieg. ...

Man kann unschwer daraus schließen, daß dauerhafte Finanztransfers den Unmut der Geber schüren und Sezessionsbestrebungen bis hin zum Bürgerkrieg fördern. Das gilt besonders, wenn ethnische, historisch bedingte Mentalitätsunterschiede, religiöse oder nationale Identitäten das Unterfutter, die Folie für Sezessionen abgeben, was in Europa in zwanzig oder mehr Jahren voraussichtlich weiterhin der Fall wäre.

Diejenigen, die uns das US-Beispiel der Geld- und Währungspolitik im 19. Jahrhundert als beispielhaft für die Einigungspolitik Europas in der Eurokrise anpreisen, seien daran erinnert: Eine durchaus plausible Theorie zum Ursprung des amerikanischen Sezessionskriegs (1861-1865) besagt, daß es in erster Linie Währungsstreitigkeiten zwischen den Süd- und Nordstaaten und nicht die Sklavenfrage waren, die den Sezessionskrieg provozierten. ...

Die Deutschen ärmer als andere EU-Bürger

Eine von der Europäischen Zentralbank in Auftrag gegebene und im April 2013 veröffentlichte Untersuchung zeigt zudem, daß die Deutschen im Schnitt ärmer sind als die meisten anderen EU-Bürger. Das gilt sogar für die Krisenstaaten: Spanien, Italien, Griechenland, auch Zypern. Diese Zahlen sind interpretationsbedürftig und mögen nicht alle Komponenten des "Vermögens" der Deutschen und anderer Europäer richtig einordnen und gewichten. Aber eine Studie der italienischen Notenbank vom Frühjahr 2013, deren erkenntnisleitendes Interesse bestimmt nicht war, die Deutschen arm zu rechnen, kommt im Wesentlichen zu ähnlichen Ergebnissen.

Das paßt nicht ins Bild und wird von interessierten Kreisen, u.a. in den Medien, die die Deutschen auf die Übernahme gewaltiger zusätzlicher Lasten zur EURO-Rettung einstimmen wollen, relativiert und mit vielen Fragezeichen versehen. Aber das Faktum bleibt: die meisten anderen Europäer sind im Schnitt reicher als die Deutschen.

Warum sollten die Deutschen neue, schwere finanzielle Lasten zur EURO-Rettung schultern, bevor nicht die anderen, reicheren EU-Bürger in den Krisenstaaten ihren Beitrag geleistet haben? ...

Deutsch-französische Konfrontation?

Dem französischen Ruf nach mehr Solidarität, nach mehr Geld steht der deutsche Einwand entgegen, daß Solidarität Grenzen hat, daß auch Anstrengungen der Empfänger unerläßlich sind. ...

Frankreichs Drohung ist die Isolierung Deutschlands. 2014 werden die Gedenktage für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges stattfinden. Nicht nur Frankreich bereitet sich intensiv darauf vor. Die Jahre vor 1914 sollten uns Deutschen zu denken geben. Die politische Isolierung ist keine leere Drohung, die Franzosen sind darin recht geschickt, schließlich haben sie es schon einmal mit Erfolg praktiziert. Die angebliche Beliebtheit und Akzeptanz der Deutschen und ihrer Politik könnte sich schnell ins Gegenteil verkehren, das nach dem Krieg gewonnene Vertrauen wäre schnell verspielt.

Das deutsche Druckmittel ist die Auflösung der Eurozone. Die Bundesbank würde über kurz oder lang wieder zum Währungsanker für viele europäische Staaten und der Rest Europas müßte sich "nolens, volens" - wie vor Einführung des EURO - daran orientieren. Eine Horrorvision für Frankreich. Genau das wollte Mitterrand mit dem EURO ausschließen. ...<<

Kroatien trat am 1. Juli 2013 der Europäischen Union bei.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. August 2013 (x887/...): >>**Deutsche ducken sich weg**

Trotz Wissen über kommendes Desaster bleiben die Bundesbürger still

Obwohl die Mehrheit der Deutschen überzeugt ist, daß das Schlimmste der Euro-Krise noch nicht überstanden sei, bleiben sie stoisch. Warum?

Selbst das Staatsfernsehen läßt die Deutschen nicht im Dunkeln darüber, daß nach der Wahl ein böses Erwachen auf sie wartet. Wenn man es genau nimmt, tut dies nicht einmal die Kanzlerin selbst. Auf die Frage, ob Deutschland die Lasten eines weiteren gigantischen Schuldenerlasses für Griechenland schultern muß, sagt Angela Merkel: "Das sehe ich nicht."

Sie sagt bewußt nicht: "Auf keinen Fall", denn dann würde sie der Lüge überführt. Doch kaum jemand wird sie dafür strafen wollen, daß sie etwas nicht "gesehen" habe, obschon auch das die Unwahrheit ist. Die CDU-Chefin sieht den abermaligen Aderlaß für Deutschland sehr wohl jetzt schon. Und sie weiß auch, daß es diesmal vor allem die deutschen Steuerzahler treffen wird, denn den übrigen Gläubigern wie etwa den Banken wurde es ermöglicht, ihre Griechen-Kredite auf die öffentliche Hand abzuwälzen.

Laut Umfrage glauben auch nur 17 Prozent der Deutschen, daß das Schlimmste der Euro-Krise schon vorbei sei. Nur jeder Zehnte meint zudem, daß die Politik ihm die Wahrheit über

die Krise sage. Und eine satte Mehrheit ist sich im Klaren darüber, daß ihre Ersparnisse durch die Euro-bedingte Niedrigzinspolitik in der Substanz gefährdet sind.
Kurzum: Die Deutschen wissen eigentlich, daß ihnen Schlimmes bevorsteht. Sie wissen auch, daß sie von einer verfehlten Politik ins Desaster geführt werden und daß sie die dafür verantwortlichen Politiker dreist hinters Licht führen. Im Grunde wäre dies der Stoff für dramatische politische Umwälzungen, für offenen Volkszorn und eine saftige Quittung an der Wahlurne.
Doch es geschieht - nichts. Weder der laue Wahlkampf noch die müde Reaktion in der Bevölkerung geben irgendeinen Hinweis auf Beunruhigung. Die Umfragen deuten ganz im Gegenteil auf eine scheinbar tiefe Zufriedenheit hin.
Haben die Deutschen schlicht resigniert und sind ins Grab der Fatalisten gesunken, auf dem steht: "Wir können ja doch nichts ändern"? Möglich. Vielleicht wirkt hier aber auch nach, daß die Bürger dieses Landes seit Jahrzehnten von den Medien mit Weltkatastrophen erschreckt wurden, die niemals eintraten: Atomtod, Waldsterben, Dritter Weltkrieg, Klimakatastrophe, plötzliches Ende der Ölreserven und so weiter. Am Ende war dann immer alles wie zuvor, "es" ist nie passiert.
Aus dieser Erfahrung könnten die Deutschen, mehr unterbewußt als bewußt, den Schluß gezogen haben, daß Katastrophen eher Medienereignis als Realität sind, gruselig, aber nicht wirklich gefährlich. Sollte es so sein, wird das baldige Erwachen um so schockierender ausfallen. Denn diese Katastrophe ist keine Medienerfindung, sie ist real, "es" wird eintreten. Und die Folgen werden unser aller Leben tiefgreifend verändern.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 2013 (x887/...): >>**Zypern gewährt Grundeinkommen**
Nikosia - Laut Zyperns Präsident Nicos Anastasiadis wird künftig allen Bürgern seines Landes ein Grundeinkommen staatlich garantiert. Damit solle sichergestellt werden, daß jeder "das Minimum für ein würdevolles Leben in einem europäischen Land" erhalte. Neben Ernährung, Bekleidung, Strom oder Wasser sollen auch dringende Reparaturen am Eigenheim vom Staat finanziert werden.
Einen Teil der Kosten trage die Europäische Union.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. November 2013 (x887/...): >>**Euro-Austritt als letzte Chance?**
Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit wird immer schlechter - Regierung kopiert Front National
Nach der deutschen Wiedervereinigung war Frankreichs damaliger Präsident François Mitterand die treibende Kraft zur europäischen Währungsunion. Wird François Hollande, Mitterands sozialistischer Nachfolger im Elysée-Palast, nun derjenige sein, der das Ende des Euro einläutet?
Es ist schon ein sehr besonderes Geburtstagsgeschenk, das Frankreichs Industrieminister Arnaud Montebourg dem Euro gemacht hat. Fast genau zum 20. Geburtstag des Maastricht-Vertrages, der am 1. November 1993 unterzeichnet worden war, fordert Montebourg an die Adresse der Europäischen Zentralbank (EZB), der Euro müsse "italienischer, dafür aber weniger deutsch" werden. Daß derlei den meisten Medien in Deutschland kaum eine Meldung wert war, dürfte gute Gründe haben. Montebourgs Äußerung bringt so offen wie nur selten auf den Punkt, was von dem zu halten ist, was vor 20 Jahren in Maastricht unterschrieben wurde, vor allem aber den Deutschen versprochen worden war.
Montebourgs dreiste Forderung, den Euro endgültig in eine neue Variante der schwindsüchtigen Lira zu verwandeln, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine politische Bankrotterklärung. Frankreichs Wirtschaft hat es unter den Bedingungen der Währungsunion nicht geschafft, so wettbewerbsfähig wie die deutsche Konkurrenz zu werden.
Im Nacken sitzen dem Industrieminister und seiner Parti Socialist allerdings nicht nur die desaströse Wirtschaftslage Frankreichs. Noch entscheidender dürfte sein, daß Präsident Hollan-

de kaum noch Chancen hat, ein zweites Mal in den Elysée-Palast einzuziehen. Von der Schwäche der Sozialisten profitiert zudem nicht der übliche Konkurrent, die gaullistische UMP, sondern die Front National (FN). Die Partei von Marine Le Pen ist auf dem besten Weg, in Frankreich zur stärksten Partei zu werden. ...
Daß inzwischen nicht nur bei der FN, sondern auch bei etablierten politischen Kräften über ein Verlassen der Währungsunion nachgedacht wird, macht nicht nur im Kampf um die politische Macht in Frankreich Sinn. Ersetzt man den Begriff vom "Projekt EU" durch eine Konstante der französischen Außenpolitik, nämlich das "Droit de regard" - das angemaßte Mitspracherecht in Bezug auf Deutschland - dann ist der Euro aus Pariser Sicht auch hier gescheitert.
Von Mitterand war der Euro dazu geplant, die deutsche Wirtschaftskraft zu schwächen. Inzwischen ist aber unübersehbar, daß Frankreich selber in der von ihm gestellten Euro-Falle gefangen sitzt.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Juni 2014 (x887/...): >>**Jetzt sind wir dran**
EZB erzwingt lieber gigantische Massenenteignung deutscher Sparer als Reformen
Bislang mochten die Deutschen die Euro-Krise für ein Phänomen halten, das ausschließlich in den sogenannten "Krisenländern" des Süden wütet, sie selbst aber weitgehend ungeschoren läßt. Das war von Anfang an eine Illusion, die sich nun auflöst.
Mit den schmerzlichen Kürzungen bei den zur Auszahlung fälligen Lebensversicherungen haben die Deutschen einen ersten akuten Schlag einstecken müssen - also einen, der nicht erst langfristig wirkt wie Kreditausfälle bei den "Rettungsschirmen" und real negative Zinsen.
Die Entscheidung der EZB, den Einlagenzins für Banken ins Minus zu drücken, ein historisches Novum, kündigt an, daß dies erst der Anfang einer gigantischen Massenenteignung war, mit der die Deutschen für den Fortbestand des Euro bluten sollen.
Den Einlagenzins zahlen Geschäftsbanken, die Geld bei der Zentralbank deponieren. Ab sofort bekommen sie dafür Laut EZB-Chef Mario Draghi keine Zinsen mehr, sondern müssen welche bezahlen. Kein Zweifel, daß sie die Kosten dafür den Sparern aufdrücken.
Ziel sei es, die Banken, vor allem in Südeuropa, dazu zu drängen, mehr Kredite an Privat- und Geschäftskunden auszugeben, statt Geld zu horten, so die EZB. Damit solle die lahmende Wirtschaft angekurbelt werden.
Experten weisen dies als Blütentraum zurück. In dem verheerenden Wirtschaftsumfeld Südeuropas werde auch dann kaum jemand investieren, wenn Kredite noch billiger seien.
Die Fachwelt befürchtet etwas ganz anderes: Die dringend reformbedürftigen Länder werden die noch niedrigeren Zinsen nutzen, um schmerzhafte (und daher unpopuläre) Einschnitte zu unterlassen. Dies fällt ihnen nun noch leichter, denn da neue Kredite nun so günstig sind, wie nie zuvor, machen sie einfach neue Schulden. Damit verlieren ihre Länder aber nur weitere Jahre, fallen weiter zurück und erleben danach ein noch brutaleres Erwachen.
Damit zahlen die deutschen Sparer nur dafür, daß die Politiker in den einstigen Weichwährungsländern, welche die Euro-Zone heute beherrschen, sich abermals zurücklehnen können. Dafür, daß sie sich nach der Devise "Nach uns die Sintflut" Ruhe für die nahe Zukunft kaufen können, weil für sie die fernere sowieso nicht so wichtig ist.
Längerfristig gewinnen wird lediglich eine winzig kleine, aber märchenhaft reiche Schar von Riesenspekulanten, die mit dem Billiggeld, zu dem die Euro-Zentralbank die Ersparnisse der Deutschen gemacht hat, weitere Blasen aufpumpt und absahnt. Die Immobilien- und Aktienpreise laufen bereits heiß.
Wer ein Gedächtnis hat, der weiß noch, wie die erste Euro-Krise begann: genauso. Nur daß wir heute auf einem weitaus brüchigeren Fundament mit viel höheren Schulden balancieren. Verblüffend ist, wie regungslos die Deutschen ihre Enteignung hinnehmen.<<

Die "Neue Rheinische Zeitung"-ONLINE veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>**Krieg und Frieden**

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"

Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae". Anläßlich dieses Ereignisses hat Armin Siegert für die russische Nachrichtenagentur Sputnik mit Rolf Hochhuth gesprochen. Sputnik leitet das Interview wie folgt ein: "Rolf Hochhuth, der wohl bekannteste Dramatiker Deutschlands, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag feierte, ist bis heute angriffslustig und streitbar. Sein neuestes Buch nennt sich 'Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae', also das Ende Deutschlands. Sputnik hat den Autor gefragt, was er damit meint."

"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"

Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen.

Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? Frau Merkel hat immerhin noch eine Teilnahme Deutschlands daran verboten. Dies ist ihr aber schon nicht mehr geglückt bei einem Flottenmanöver der Nato vor der Krim. Warum machen die ihre Manöver nicht zum Beispiel in Gibraltar?

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht."

"Die USA werden regiert von der Rüstungsindustrie"

Die amerikanischen Alliierten haben am Ende des Zweiten Weltkrieges Ihre Heimatstadt befreit, sie haben die Genesung der BRD durch den Marshallplan erlebt. Woher kommt Ihr Sinneswandel, sich jetzt gegen den alten Freund, die USA, auszusprechen?

Sie waren eine unglaublich große Nation. Sie haben den Westen Europas befreit, was die Engländer allein nicht hingekriegt hätten. Aber ein Land verändert sich in 75 Jahren. Der Einzelne bleibt ja auch nicht immer gleich. Es sind jetzt andere Leute in Amerika an der Macht, die das vollkommen Wahnsinnige tun, obwohl kein Gegner in Sicht ist. Sie müssen sich immer erst einen suchen jenseits der Weltmeere, im Bewußtsein dessen, daß bei ihnen seit 150 Jahren keine Fensterscheibe kaputt gegangen ist durch Kriege. Und trotzdem geben sie 51 Prozent ihres Gesamtbudgets ins Militär!

Zum Vergleich, Bismarck hat während seiner drei Kriege niemals mehr als 25 Prozent des Etats ins Militär gesteckt. Wozu also dieser ungeheure militärische Aufbau? Antwort: Sie werden regiert von der Rüstungsindustrie, die sonst mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahl droht.

"Wir sind verrückt geworden"

Es ist im Moment nicht gerade populär, Verständnis für Rußland zu zeigen. Warum haben Sie Verständnis?

Uns steht Zurückhaltung gegenüber Rußland besser an, als jedem anderen. Und es ist meine Befürchtung, daß wir nichts als die nützlichen Idioten, das Kanonenfutter für die amerikani-

sche Rüstungsindustrie, die den Krieg braucht, sein werden.
Putin wird ja auch dauernd betrogen. So schrieb Theo Sommer in der ZEIT, Rußland gesteht dem Baltikum zu, sich der EU anzuschließen, und das Baltikum geht in die Nato! Warum tut es das? Wir sind verrückt geworden.
Sie hatten bereits vergangenes Jahr einen offenen Brief an Frau Merkel und Herrn Gauck geschrieben zum Thema Nato. Haben Sie je eine Antwort bekommen?
Von Gauck habe ich eine sehr ausweichende Antwort bekommen. Frau Merkel hat selbstverständlich nicht geantwortet.

"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"

Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?
In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.
Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben.
Herr Lammert, der Vorsitzende des Bundestages, hat mir dazu in einem Briefwechsel geschrieben, das Volk kann komplizierte Fragen ja gar nicht beurteilen. Woher weiß er das? Hat er noch nie von Wilhelm Busch gehört, von seiner Maxime: Wer zusieht, sieht mehr, als wer mitspielt?
Wir sind politisch sehr unintelligent. Wir hatten einige große Männer wie Bismarck, dessen oberstes Gesetz zu allen Zeiten die Pflege guter Beziehungen zu Rußland war. Vier Zaren waren mit deutschen Fürstinnen verheiratet. Bismarck wußte, warum. So schrieb Bismarck auch an König Wilhelm, nie einen Krieg mit Rußland anzufangen, weil das Reich selbst im unwahrscheinlichen Falle eines kurzzeitigen Gelingens, einen Krieg mit Rußland niemals hinter sich, sondern immer nur vor sich haben könnte.
So auch bei Hitler, der nach dem größten Siegeszug der Weltgeschichte, die sechs Wochen, in denen er Frankreich überrannt hat, was die Welt schockierte, ich hab das ja selbst erlebt, ich war damals 12 Jahre alt, völlig den Verstand verlor, als er über seinen getreuen Rohstofflieferanten Stalin hergefallen ist.
Und jetzt sind wir wieder soweit. Zwar nicht, um über sie herzufallen und uns sicher auch nicht so ohne weiteres von den Amerikanern vorschicken zu lassen, aber sie machen uns zum potentiellen Kriegsschauplatz.

"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"

Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?
Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.
Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Banausenrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensieren sich selbst.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juli 2016 (x887/...):
>>**Horror für Brüssel**
"Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampfruf in vielen EU-Mitgliedstaaten
Die Briten kehren der EU - nicht Europa - den Rücken und stürzen die Eurokratie in ihre tiefste Krise. Das Europa jenseits der Gemeinschaft erhält Zuwachs, Selbsterkenntnis in der EU wächst indes nur spärlich.
Der Brexit ist beschlossen und die Nachricht rollte einem Tsunami gleich über Brüssel und

Berlin. Angesichts der politischen und medialen Flankierung für einen Verbleib ist die Volksabstimmung überraschend eindeutig ausgefallen. Entsprechend groß fielen Entsetzen und Hysterie auf dem Festland aus. Doch die Börsen- und Währungskurse gerieten nur kurzzeitig ins Wanken, die Welt geht nicht unter.
Untergangsstimmung ergreift jetzt aber Politiker, die am Volk vorbeiregieren. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sieht den "ganzen Kontinent in Geiselhaft". ...
Die EU fürchtet einen Flächenbrand. Ungarn, die Niederlande, Polen, Tschechien, ja sogar Frankreich drohen abzufallen, auch Dänen und Österreicher. "Gebt uns ein Referendum" wird zum Kampfruf. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juli 2016 (x887/...): >>**Merkel war's**
Die Folgen der von der Kanzlerin ausgelösten "Flüchtlingslawine" hatten maßgeblichen Einfluß auf das Ergebnis des Brexit-Votums
Der Hauptgrund für das britische Votum für den Austritt aus der EU, darin sind sich viele Analysten einig, war die "Flüchtlingslawine" der letzten Zeit, vielleicht in Verbindung mit dem Terror in den Straßen von Paris und Brüssel. Das hat die Briten an die in vielen britischen Städten seit Jahrzehnten existierenden Probleme mit nicht zu integrierenden Zuwanderern, fast allesamt Moslems und viele davon Salafisten, erinnert.
Was die Massenvergewaltigungen an Silvester in Köln für Deutschland waren, das waren die Vergewaltigungsorgien meist pakistanischer Zuwanderer an britischen Kindern vor einigen Jahren in Rotherham für England. Trotz zahlloser Hinweise hatten die britischen Behörden und die Polizei jahrelang weggesehen, sich weggeduckt. Der Grund hierfür war die erbärmliche "politische Korrektheit" der linken "Gutmenschen" in der Labour-geführten Stadt. Die meisten Briten glaubten nach der Aufdeckung des Skandals, daß Rotherham kein Einzelfall war. ...
Daß Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihren nicht mit der EU abgesprochenen Willkommensrufen für die auf dem Balkan gestrandeten abertausenden Zuwanderern in gewaltigem Ausmaß die "Flüchtlingslawine" verstärkt hat, war für die Briten eine feststehende Tatsache. Daß die Kanzlerin ganz Europa dazu verpflichten wollte, gemeinsam die Folgen ihres kurzsichtigen Alleingangs auszubaden, könnte die eine Million Stimmen gekostet haben, die am Ende für einen Verbleib Großbritanniens in der EU gefehlt haben. ...
Aber die Zumutung Merkels, die eigenen Fehler auf Kosten der EU-Partner auszugleichen, war einer Mehrheit von Briten zu viel. Das verstanden sie als Angriff auf ihre Souveränität, und das von einem EU-Land wie Deutschland, das seine eigene "Flüchtlingspolitik" nicht mehr im Griff hat. Die britischen Wähler wollten mit dem Brexit wieder die Handlungshoheit über die Einwanderung erlangen, denn die EU hat hier kläglich versagt.<<
Die Tageszeitung "Hamburger Abendblatt" berichtete am 13. Juli 2016: >>... **Immer mehr Rentner müssen arbeiten**
Rentner haben grundsätzlich niemals Zeit: In der Hansestadt gehen sogar immer mehr Senioren einer regulären Arbeit nach. Lag die Quote der Erwerbstätigkeit der 65- bis 70-Jährigen im Jahr 2000 bei zehn Prozent, so sind es jetzt 19. Damit rangiert die Hansestadt bei einem bundesweiten Ranking auf Platz zwei – nach Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt derzeit bei 16,6 Prozent. Schlußlicht ist Sachsen-Anhalt. Dort haben die wenigsten Rentner noch einen Job (11,7 Prozent).
Das geht aus einer Auswertung der Initiative der Versicherungswirtschaft "Sieben Jahre länger" auf der Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit hervor. Im Blick auf die Bundesländer liegt Bremen auf Platz vier und Niedersachsen auf Rang 7. Im Jahr 2015 hatten in ganz Deutschland etwa 665.000 von rund vier Millionen Rentnern in der Altersgruppe der 65- bis 70-Jährigen einen Job. Das sind 300.000 mehr als im Vorjahr.

Die Experten der Versicherungswirtschaft sehen unterschiedliche Gründe für den Boom. Der Zuwachs liege nur zum geringen Teil an der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters. Für die meisten Rentner sei Geld weniger wichtig, sie hätten einfach Spaß an der Arbeit und den Kontakten zu anderen Menschen, hieß es.
Die Armutsquote bei Rentnern ist auf 13,3 Prozent gestiegen
Allerdings haben den Angaben der Initiative zufolge gerade die Senioren in den Boomregionen wie Hamburg wegen der höheren Lebenshaltungskosten ein größeres Interesse an weiterer Arbeit. Sie wollen damit womöglich drohender Armut im Alter entkommen. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hatte unlängst auf eine dramatische Entwicklung in der Hansestadt hingewiesen.
Danach ist die Armutsquote bei den Rentnern auf 13,3 Prozent gestiegen. Seit 2006 hat sich die Zahl damit mehr als verdoppelt. "Das Alter wird in Hamburg immer stärker zum Armutsrisiko", hatte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Hamburg, bei der Vorstellung des Armutsberichts gesagt. "Die Zahl der Betroffenen steigt jedes Jahr, unabhängig von der allgemeinen Armutsentwicklung."
Die Initiative "7 Jahre länger" ist ein Projekt der Versicherer. Sie wollen das Bewußtsein dafür schärfen, daß Menschen in Deutschland immer älter werden. Das Forsa-Institut hatte entdeckt, daß Männer durchschnittlich sieben Jahre länger leben, als sie denken. Der männliche Deutsche rechnet damit, daß er im Schnitt mit 77,4 Jahren das Zeitliche segnet. Tatsächlich aber beträgt seine statistische Lebenserwartung 84,7 Jahre. Auch Frauen unterliegen einer Fehleinschätzung: Sie erwarten, so die Forsa-Umfrage, ein Alter von 80,8 Jahren, werden aber fast acht Jahre älter.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016: >>**Sarkozy beleidigt politische Freunde**
Ex-Berater veröffentlicht Mitschnitte von Gesprächen des früheren Präsidenten ...
Ex-Präsident Jacques Chirac sei "korrupt, bösartig und gierig", Ex-Premierminister François Fillon ein "jämmerlicher Typ" und der frühere Staatsminister Christian Estrosi habe nur "eine Nuß im Kopf". So soll Nicolas Sarkozy seine Parteifreunde verunglimpft haben - ohne zu ahnen, daß die Öffentlichkeit je davon erfahren würde. Doch der Berater des damaligen Präsidenten, Patrick Buisson, hat die Aussagen mitgeschnitten. Gestern ist sein Buch "Die Sache des Volkes. Die verbotene Geschichte der Präsidentschaft Sarkozy" mit zahlreichen Zitaten und Anekdoten erschienen.
Zwei Monate vor den internen Vorwahlen, bei denen die Republikaner ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2017 küren, dient das Werk nur einem Zweck: den Parteichef und Mitbewerber Sarkozy zu demontieren. Zu den Beleidigten gehört neben Estrosi auch der Ex-Budgetminister François Baroin, beide unterstützen Sarkozy.
Auch aus einer Unterhaltung Sarkozys mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert Buisson. Sarkozy soll scherzhaft zu ihr gesagt haben: "Ich bin der Kopf, Sie sind die Beine." Die Kanzlerin antwortete demnach unter Anspielung auf die deutsche Finanzkraft in Europa: "Nein, ich bin die Bank." ...
Fast zeitgleich mit der Buchveröffentlichung bringt auch das investigative Online-Magazin "Mediapart" neuen Ärger für Sarkozy: Es berichtete nun über den Fund des Notizbuches des früheren libyschen Erdölministers Choukri Ghanem, der 2012 tot in der Donau bei Wien aufgefunden wurde. In dem Heft ist von drei Überweisungen an Sarkozy in Höhe von insgesamt 6,5 Millionen Euro die Rede.
Die Vorwürfe sind nicht neu, längst ermittelt die Justiz zu dem Vorwurf, der frühere Machthaber Libyens Muammar al-Gaddafi habe 2007 den Wahlkampf des Konservativen massiv gesponsert; empfing er ihn nach seiner Wahl mit großem Pomp in Paris, so betrieb er 2011 die Bombardierung Libyens und al-Gaddafis Sturz.

Der neue Bericht legt die Vermutung nahe, daß Sarkozy zu allem bereit war, um an die Macht zu gelangen - ein Eindruck, den Buissons Berichte stützen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Oktober 2016: >>**Offenbarungseid in Brüssel ...**
Es war der Tag der Wahrheit für die 28 EU-Mitgliedstaaten: Bis zum gestrigen Montagabend mußten die Finanzminister ihre Entwürfe für den Etat 2017 in Brüssel bei Währungskommissar Pierre Moscovici einreichen. Die Prozedur, in der Hochzeit der Staatsschuldenkrise zur Disziplinierung der Regierungen ersonnen, ist so etwas wie ein öffentlicher Offenbarungseid. Der erste Überblick zeigt:
Auf der Schuldensünder-Bank der Union sitzen die bekannten Sorgenkinder. Frankreich, Portugal, Spanien, Griechenland, Rumänien, Italien und Kroatien werden auch im nächsten Jahr die Defizit-Grenze reißen, die üblicherweise bei drei Prozent liegt. Tatsächlich aber gibt Brüssel schon seit Einführung der Haushaltskontrolle die Höchstgrenze für jede Hauptstadt einzeln vor – und die kann schon einmal deutlich niedriger ausfallen. ...
Paris reißt zum neunten Mal hintereinander die gesetzten Stabilitätshürden – mit einem Defizit von 2,7 Prozent nach 3,3 Prozent in diesem Jahr so der Plan. Stammgast auf der Sünderbank ist übrigens Griechenland, das nun seit 21 Jahren keinen ausgeglichenen Etat vorweisen kann. ...<<

Zusammenfassung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Union (EU)
In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" traten am 1.01.1958 in Kraft. Der deutsche CDU-Politiker Walter Hallstein (1901-1982) wurde erster Präsident der EWG-Kommission in Brüssel.
Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftpolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.
Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen förderten den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Die Industrieproduktion stieg von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betrugen (x069/215).
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x028/157): >>... Das hochgerühmte "Wirtschaftswunder", ermöglicht durch den Zustrom des Dollars (Marshall-Plan), gründete auch zum andern Teil auf die vielen ausgebildeten Arbeiter, die vorher ohne Beschäftigung gewesen waren. Zwei wichtige Ziele wurden mit einem Schlag erreicht: die schnelle wirtschaftliche Erholung und die Integration von Millionen Vertriebenen.
Wenn auch die meisten Vertriebenen aus vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten kamen, darf nicht übersehen werden, daß dort auch beachtliche Industrien zu Hause waren und daß viele Vertriebene entsprechendes Fachkönnen und Fachkenntnisse mitbrachten. ...<<
Der deutsche Journalist Diether Stolze (1929-1990) schrieb im Jahre 1962 über den Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x128/220-221): >>... Die Industriepolitik in der Bundesrepublik ist in den letzten 11 Jahren, von 1950 bis

1961, um nicht weniger als 164 % gestiegen. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie produziert gegenwärtig mehr als zweieinhalbmal soviel Waren als vor 11 Jahren. Dabei ist 1950 ein sehr gutes Vergleichsjahr: die Produktion in der Bundesrepublik hatte damals bereits wieder den Vorkriegsstand von 1936/37 erreicht.
Noch augenfälliger sind die Exporterfolge der Bundesrepublik. Seit 1952 erzielt die deutsche Wirtschaft jedes Jahr einen Exportüberschuß, der 1961 die Rekordhöhe von 7 Milliarden Mark erreicht. Im letzten Jahr wurden in Westdeutschland erzeugte Waren im Wert von über 50 Milliarden Mark auf dem Weltmarkt abgesetzt – nur noch die Vereinigten Staaten mit ihrer dreimal größeren Bevölkerungszahl erzielten ein höheres Exportergebnis. Allein die deutsche Autoindustrie konnte für 5 Milliarden Mark Wagen im Ausland verkaufen, weit mehr als das "klassische" Autoexportland USA.
Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik, das 1950 rund 75 Milliarden Mark betragen hatte, stieg auf 230 Milliarden Mark (im Jahr 1961).
Vielleicht am eindrucksvollsten sind die Ziffern des Wohnungsbaus, weil hier die Erinnerung an die schweren Zerstörungen noch lebendig ist. In den Jahren nach dem Krieg kamen Fachleute zu dem Urteil, daß der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Wohnungen mindestens 30 Jahre, wahrscheinlich aber 40 Jahre in Anspruch nehmen werde.
Tatsächlich dauerte er aber noch nicht einmal 10 Jahre – und obwohl wir heute noch immer über Wohnungsnot klagen, gibt es in der Bundesrepublik bereits viel mehr Wohnungen als vor dem Krieg.
In Zahlen: seit 1950 wurden mehr als 100 Milliarden Mark in den Wohnungsbau investiert, davon über 50 Milliarden Mark als Zuschüsse des Staates und der Gemeinden.
Etwa 20 Millionen Menschen konnten in Wohnungen einziehen, die in den letzten 11 Jahren errichtet wurden – mehr als ein Drittel der Bürger der Bundesrepublik wohnt also in Neubauten. In der Bundesrepublik gibt es heute über 15 Millionen Wohnungen, rund 40 % mehr als vor dem Krieg (1938: 10,5 Millionen Wohnungen).
So hat die Bundesrepublik, was die wirtschaftlichen Zahlen betrifft, Großbritannien, Frankreich, Italien und alle anderen westeuropäischen Industriestaaten hinter sich gelassen.
... Die westeuropäische Wirtschaft hatte also in den vergangenen Jahren ein Expansionstempo aufzuweisen, daß nahezu doppelt so groß war wie das der USA und noch erheblich größer als das Rußlands.
Am deutlichsten wird der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik wohl, wenn man die Entwicklung der Industrieproduktion betrachtet. Die Expansion war zeitweise so stürmisch wie in keinem anderen Land der Welt: Innerhalb der letzten 10 Jahre erhöhte sich die industrielle Produktion der westdeutschen Industrie um nicht weniger als 150 %.
Sinnbild der industriellen Macht Deutschlands in den Jahren zwischen den Kriegen war der Konzern der IG-Farben-Industrie, neben DuPont das größte Chemieunternehmen der Welt. Auf Befehl der Alliierten wurde die IG nach dem Krieg in einige kleinere Unternehmen aufgespalten. Und die Folge dieser Entwicklung? Jede der drei großen Nachfolgegesellschaften erzielt heute einen Umsatz, der größer ist als der Gesamtumsatz des alten Konzerns. ...<<
Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<
Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).
Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erläuterte am 1. März 1971 während einer

Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.
Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.
Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion. ...
Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten, die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament bestehen.
Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische Versammlung vollkommen unnütz. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<
Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit dem 7. Juni 1979 in allgemeinen und direkten Wahlen alle fünf Jahre gewählt.
In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt.
Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschlossen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.
In Maastricht schlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.
Am 1. Januar 1993 trat in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger konnte sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder genügend Vermögen hatte und krankenversichert war.
Der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg (1912-2011, 1982-1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament) schrieb am 10. Februar 1993 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/204): >>Die größte Belastung für die Arbeit als Europapolitiker sind die allzu zahlreichen deutschen Politiker, die tief gebeugt durch die Gegend schleichen und die Welt ununterbrochen dafür um Verzeihung bitten, daß sie überhaupt leben. ...<<
Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Januar 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 (x853/...): >>**Der Todesschlaf Europas**
"Europa" ist - ohne große Überlegung - positiv besetzt. Wer ist nicht dafür? Dagegen zu sein, erscheint "unmöglich". Aber was ist Europa, woher kommt es? Was ist aus ihm geworden? Was kann, was sollte es (wieder) sein oder werden?
Auf solche naheliegenden Fragen bekommt man - wenn überhaupt - die allerunterschiedlichsten Antworten. Offenbar fehlen sowohl geschichtliche Kenntnisse und von geistigen Gehalten genährtes Interesse und Erinnern wie auch konzeptionelle Vorstellungen und Bewer-

tungsmaßstäbe. Schön frei reisen und "multikulturell" herumschnuppern und abschmecken, scheint doch ziemlich oberflächlich.
Nachdem der Kriegstreiber Roosevelt und der imperialistische Churchill sich Stalin zum Bundesgenossen nahmen, erlaubten sie ihm, sein kolossales Zwangs- und Blut-Imperium bis ins Herz Deutschlands und Europas auszudehnen, mit den hohlen Phrasen der Atlantik-Charta und der heuchlerischen Kreuzzugs-Propaganda im Rücken. Teheran, Jalta, Potsdam waren Verrat an Europa.
Der "kalte Krieg" bescherte, begünstigt durch die Interessen der Großen, befördert durch das Interesse der ehemaligen Komplizen am Niederhalten von Wahrheit, Recht und geistigem Abwehrwillen, jenen Todesschlaf Europas, der noch anhält und der in so makabrem Gegensatz steht zu den völlig geschichtsvergessen "Europa" genießenden Touristen.
Seit der 68er Kulturrevolution hat sich insbesondere die Jugend für den "Osten" - wozu für sie auch der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands zählte - kaum interessiert - viel mehr für Rot-Vietnam, Rot-China, Persien, Guatemala, Chile, Südafrika. Auch für viele katholische Abendländer schlug das Herz im "Westen". Die später einsetzende würdelose, rechtsenthobene, Deutschland, Europa und die Völker Mittel- und Osteuropas verratende, konspirative Methoden (Wehner, Bahr, Brandt) nicht scheuende Verzichts- und sog. Entspannungspolitik tat ein übriges.
"Todesschlaf" kennzeichnet den Zustand. Man könnte auch sagen: geistige Absenz (Abwesenheit) mit gebrochenem Rückgrat (das meint u.a. den anerkannten Bruch und dann den Verzicht auf das Natur- und Völkerrecht als des Fundaments Europas).
Auch ideologische Vergiftung wäre eine treffende Charakterisierung, hatte sie doch jene geistig-ethische Lähmung zur Folge, für die grenzenloser Pragmatismus (z.B. in den makabren Ost-Verträgen, auch noch im Einigungsvertrag), ein abwärts vorauseilender Gehorsam gegenüber dem Zeitgeist, sowie eine Pervertierung von Recht und Sitte zur totalen Libertinage (Gottlosigkeit) unter dem Flitterkleidchen der "Selbstverwirklichung" kennzeichnend sind. Ein mit wirren, illusionär-utopischen oder niedrigrangigen Wunsch-Träumen parasitär durchwirkter und gefährlicher Schlaf zum Tode. ...
Prof. Dr. Dr. Ivo Höllhuber (Innsbruck) schreibt:
... Zum politischen Erwachen ist nötig, die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, frei sowohl von politischem Chauvinismus als auch - und dies gilt vor allem für das deutsche Volk - von nationalem Masochismus, gründlich zu revidieren. Erst mit dem Falle des Dogmas von der Alleinschuld des deutschen zur "Verbrecher-Nation" gestempelten Volkes wird auch die künstliche Sandschicht ins Wanken kommen, auf der man vergeblich versuchte, in einem künstlich geteilten Herzen Europas eine zweifelhafte "Vierte Weltmacht" zu errichten. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**
Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.
Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. März 1996: >>**NATO hält an Osterweiterung fest**
... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."
Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.
Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<
Hartmut Hausmann berichtete im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.
Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...
Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.
Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.
Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich – dramatische Probleme erwachsen.
Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>**Teures Vergnügen**
Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. ... Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.
Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird – es ist ein teures Vergnügen. ...
Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten

imstande sein. Die drei hoffen auf Hilfe der Amerikaner und Westeuropäer. ...
Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juli 1997: >>**NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern**
Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid.
US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 1997: >>**Deutschland will weniger an EU zahlen**
In immer schärferer Tonart klagen führende deutsche Politiker über die hohen Zahlungen an die Europäische Union. Die Bundesregierung will eine gerechtere Lastenverteilung in der EU durchsetzen.
Es könne nicht angehen, daß Deutschland "über die Hälfte der gesamten Nettozahlungen der EU trage, aber nur 25 Prozent am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft beteiligt sei, sagte Außenminister Klaus Kinkel (FDP) jetzt der "Welt am Sonntag". ...
Die EU-Kommission hatte bei der Vorlage ihrer "Agenda 2.000" eine Neuregelung der Beiträge abgelehnt. Der Nettobeitrag ergibt sich aus den eingezahlten Beiträgen abzüglich des Geldes, das aus EU-Kassen nach Deutschland zurückfließt.
Nach einem Papier der Finanzminister hat Deutschland von 1991 bis 1994 mit 85,7 Milliarden Mark zwei Drittel aller Nettozahlungen getragen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**
Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.
Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".
Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."
Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Januar 2000: >>**Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht**
Selbst Francois Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:
Kein Kommentar.
Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".
Tatsächlich zogen Kohl und Mitterand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an

einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...
Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft – in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2000: >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**
Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.
Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...
Fischer bekannte sich zur EU-Osterweiterung, die in den nächsten 10 Jahren großenteils zu Wege gebracht werden müsse. Mit einer Erweiterung von 15 auf 30 Mitglieder müßten die Strukturen aber verändert werden, damit die Gemeinschaft handlungsfähig bleibe. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. Mai 2000 (x887/...): >>**"Gebt uns die Mark wieder!"**
Der Euro ist Globalisierer-Spielball und Instrument zur Umverteilung
"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht in der Bundesrepublik, wo man sich offenbar längst schon an den Morgenthau-Plan gewöhnt hat.
Jawohl, an den Morgenthau-Plan, denn gemeint ist natürlich nicht jenes vergleichsweise primitive Abmontieren der Industrie und Rückverwandeln in ein Agrarland, wie das einst ausgeheckt war. Sondern es geht um das weitaus raffiniertere Konzept der ewigen Schuldknechtschaft in ihren vielfältigen und gut getarnten Ausprägungen! Eine davon ist etwa das "Kyoto-Protokoll", bei dem der deutschen (und österreichischen) Wirtschaft unverhältnismäßig hohe CO2-Reduktionen - sprich: Wettbewerbsnachteile - aufgebrummt wurden. Eine andere ist eben der Opfertod der D-Mark.
"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht einmal in Österreich, wo man jahrzehntelang einen festen Wechselkurs zwischen D-Mark und Schilling pflegte, indem man die Entscheidungen der Deutschen Bundesbank "autonom nachvollzog", - statt lieber gleich die D-Mark einzuführen und sich auf diese Weise unzählige Milliarden für den Betrieb der "Österreichischen Nationalbank" zu ersparen. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 7. Oktober 2000 (x887/...): >>**Signal an die Völker**
Mit der Einheitswährung wurde der europäische Einheitsstaat abgelehnt
Daß die Dänen mit Mehrheit "nein" zur Einführung des Euro sagen würden, das war den politisch Verantwortlichen klar, je näher das Referendum kam. Aber mit sechs Prozent Abstand hatte wohl kaum jemand gerechnet. 53,1 Prozent sagten "nein", 46,9 Prozent "ja", und das bei einer Beteiligung von fast 90 Prozent! Dabei hatten fast alle Parteien, Institutionen und andere maßgebende Gremien in Dänemark Propaganda für das "Ja" gemacht. Klar gegen den Euro waren von den Parteien nur die Dänische Volkspartei und die linken Volkssozialisten.
Die Parteiführungen von Sozialdemokraten (die den Ministerpräsidenten stellen), von Linksliberalen, von Nationalliberalen und von Konservativen trommelten für das "Ja", und sie wurden dabei von ihren auf den Parteitagen versammelten Funktionären bestätigt. Die Gewerk-

schaften hatten noch in den letzten Phasen des Abstimmungskampfes Sonderaktionen und Kundgebungen inszeniert, um die Bürger für ein "Ja" zu beeinflussen. Die Arbeitgeberverbände forderten das "Ja". Die Zeitungen allerdings wurden, je näher der Termin kam, desto zurückhaltender mit ihren Stellungnahmen.
In Dänemark hat wirklich das Volk entschieden, und das gegen die politisch herrschende Klasse. "Wir sind das Volk!" hätte auch über der Abstimmungsentscheidung in Kopenhagen stehen können.
Die Dänen sind wohl die ersten, die im EU-Gebiet begriffen hatten, daß es bei der Europäischen Union und bei der Einführung der Einheitswährung um mehr geht als um wirtschaftliche Vereinfachungen. So war es denn auch die Schwäche der Ja-Parteien, daß sie ausschließlich wirtschaftliche Argumente ins Feld führten, während sich daran vorbei die politischen Gründe immer weiter nach vorn schoben.
Auch die Ablehner gaben zu, daß eine Einheitswährung wirtschaftlich keine Nachteile brächte, doch war für sie wichtiger, daß die Einführung des Euro der letzte Schritt sein könnte zu einem europäischen Einheitsstaat, in dem die Persönlichkeiten der Völker und Nationen eingeebnet würden. Genau das aber wollen die Dänen nicht: Sie wollen zwar in Europa mit den anderen Ländern zusammenarbeiten, aber nicht in einem Einheitsbrei aufgehen.
Die Vorsitzende der Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti), Pia Kjaersgaard, zog am Wahlabend die Konsequenz aus dem Ergebnis: "Jetzt haben wir den politischen Integrationsprozeß in Europa gestoppt." Und weiter: Es sei ein Erfolg der Dänen, die ihren Nationalstolz bewahren wollen und keinen Brüsseler Zentralismus wünschen. Und ein linker Sprecher der Anti-Euro-Gruppierung, Holger K. Nielsen, sagte, die politische Elite in Dänemark müsse sich endlich mit der Bevölkerung in Übereinstimmung bringen.
Nicht nur in Dänemark versuchten die EU-Befürworter, die politischen Folgen der EU vor der Bevölkerung zu verbergen. Auch in Dänemark wird der Euro stets nur als wirtschaftliche Maßnahme propagiert. Aber auch in unserem Land nimmt die Zahl der Skeptiker und Kritiker der EU-Konstruktion zu, und nach dem "Nein" der Dänen wird diese Front weiter wachsen. Großbritannien und Schweden wollten in absehbarer Zeit ebenfalls das Volk darüber entscheiden lassen, ob sie die Euro-Währung einführen wollen. Nunmehr sollen die Urnengänge vorerst verschoben werden, denn: Auch in diesen Ländern dürfte die Ablehnungsfront nach dem dänischen Ergebnis gestärkt worden sein.
In Deutschland werden die Politiker froh sein, daß sie den Deutschen jede Möglichkeit genommen haben, über ein "Ja" oder ein "Nein" zur EU oder zum Euro zu entscheiden. Die politische Klasse kann über die Deutschen nach Belieben verfügen, und das tut sie nicht nur in Fragen der EU. Dabei sind auch sie sich im klaren, daß, wenn man den Deutschen die Chance gäbe abzustimmen, das Ergebnis ähnlich wie in Dänemark ausfallen könnte.
Eine Zeitung warnt denn auch die Deutschen vor höhnischen Bemerkungen über das "Nein" der Dänen: "Würden andere Länder ihren Wählern auch die Möglichkeit von Volksabstimmungen einräumen, dann hätte es z. B. südlich der deutsch-dänischen Grenze zum Thema Euro kaum ein anderes Ergebnis gegeben", so die deutsche Tageszeitung in Dänemark, "Der Nordschleswiger". Und Heide Simonis sagte wenige Tage vor der Abstimmung bei einem Besuch von Nordschleswigs neuem dänischen Amtsbürgermeister (ähnlich dem deutschen Landrat, aber mit mehr Kompetenzen), Carl Holst, in der Kieler Staatskanzlei, sie würde "auf dieselbe Skepsis und den gleichen Widerstand stoßen, gäbe es eine solche Volksabstimmung in Deutschland".
Das "Nein" der dänischen Mehrheit kann psychologisch weitreichende Folgen in Europa haben, Folgen, die über wirtschaftliche Konsequenzen, die nicht sehr bedeutend sein dürften, weit hinaus gehen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2000: >>**"In fünf Jah-**

ren hat die EU zehn neue Mitglieder"
Bundesaußenminister Joschka Fischer hat erstmals öffentlich ein Datum und eine Größenordnung für die geplante Osterweiterung der EU genannt. Spätestens in fünf Jahren werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben. Dabei müsse Polen eines der ersten Länder sein, das in die erweiterte Europäische Union integriert wird, sagte Fischer am Mittwoch bei einer Halbzeitbilanz über die Außenpolitik der rot-grünen Regierung. Derzeit sind 15 Länder in der Europäische Union. ...
Neben der europäischen Integration, die er als wesentliche Aufgabe für die deutsche Außenpolitik der kommenden Jahre bezeichnete, rückte Fischer die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seiner Zukunftspläne. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die finanziellen Hilfen der internationalen Gemeinschaft für den EU-Beitritt Polens (x309/158-159): >>Von der internationalen Gemeinschaft erhielt Polen für Investitionen und Wirtschaftsaufbau Milliardenkredite, die aber überwiegend für Konsumzwecke zweckentfremdet wurden. Ohne die ursprünglich erwartete gesteigerte Produktion war das Land zur Verzinsung und Rückzahlung der Kredite nicht fähig.
Nach diversen Schuldenerlassen, Umschuldungen und Moratorien wurden Polen auf Deutsches Drängen Schulden von insgesamt 19,7 Milliarden US-Dollar erlassen. Als großer Gläubiger trug die Bundesrepublik die schwerste Last. Trotz dieses Entgegenkommens betrugen die polnischen Schulden um die Jahrtausendwende schon wieder weit über 40 Milliarden US-Dollar.
Bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen klagten die Brüsseler Verhandlungsführer, Bundeskanzler Schröder erschwere ihre Arbeit, indem er den Polen eine Vorzugsbehandlung in Aussicht stellte und sie so zu immer massiveren Forderungen ermunterte.
Durch die Osterweiterung stieg der deutsche EU-Nettobeitrag auf über acht Milliarden Euro pro Jahr mit Tendenz in Richtung zehn Milliarden. Warschau hingegen konnte einen Nettogewinn von 4,33 Milliarden Euro verbuchen, im Jahr 2010 dürfte er schon bei mindestens 6 Milliarden Euro liegen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. November 2000: >>**Viel Betrug in Europa**
Betrug und Mißmanagement haben die EU im Jahr 1999 Hunderte Millionen Euro gekostet. Rund 6.000 Fälle von Unregelmäßigkeiten wurden der Sondereinheit für Betrugsbekämpfung gemeldet. 18 % aller Unregelmäßigkeiten hätten sich als Betrug entpuppt, sagte EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer. Allein die Betrugsfälle könnten den 85 Milliarden Euro umfassenden EU-Haushalt 1999 um mehr als 223 Millionen Euro geschädigt haben. Mehr als 500 Millionen Euro seien durch den Schmuggel verloren gegangen.<<
Am 1. Januar 2002 wurde das Euro-Bargeld in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.
Der Euro wurde am 28. Februar 2002 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung war damit erfolgreich abgeschlossen.
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik**
Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.
Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. ...<<

Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta traten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die hohen Zuschüsse für die osteuropäischen Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-328): >>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.
Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.
Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.
Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern senken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht würde sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.
Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.
Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.
So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<
Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigten sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Europäische Verfassung sah in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezog sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".
Die Staats- und Regierungschefs unterzeichneten am 29. Oktober 2004 in Rom die Europäische Verfassung.
Am 29. Mai 2005 lehnten die Franzosen (55 %) die Europäische Verfassung während einer Volksabstimmung ab.
Die Niederländer stimmen am 1. Juni 2005 ebenfalls mehrheitlich (61,5 %) gegen die Europäische Verfassung. Nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden geriet der Ratifizierungsprozeß in den anderen EU-Mitgliedstaaten ins Stocken. Die Europäische Union überlegte danach, wie sie die Europäische Verfassung retten konnte, die von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet werden mußte.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>**Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein**

Deutsch wird in der EU immer noch zurückgesetzt - Bundesregierung verlangt stärkere Präsenz

... Das Geld ihres Hauptnettozahlers Deutschland schluckt die Brüsseler Kasse der Europäischen Union (EU) allerdings gern. Im Jahr 2007 übertrafen die deutschen Einzahlungen mit 7,4 Milliarden Euro die Summen, die an deutsche Empfänger zurückgeflossen sind. ...

Nimmt man zum Beispiel die Jahre von 1995 bis 2003 - wie es der Heidelberger Finanzwissenschaftler Franz-Ulrich Willeke getan hat, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "einen der besten Kenner der europäischen Finanzen" einstuft -, dann hat Deutschland als Nettozahler in diesem Zeitraum 76,7 Milliarden Euro nach Brüssel gezahlt, gefolgt von Großbritannien mit 16 Milliarden Euro, den Niederlanden mit 14,3 Milliarden und Frankreich mit 11,1 Milliarden Euro. Als Nettoempfänger hielten im genannten Zeitraum die Hand auf: Spanien mit 64,5 Milliarden Euro, Griechenland mit 36,2 Milliarden Euro und Portugal mit 24,1 Milliarden Euro. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Februar 2010 (x887/...): >>In einem offenen Brief an die Griechen appelliert "Stern"-Autor Walter Wüllenweber an das Gerechtigkeitsempfinden der Hellenen:

"Liebe Rentner Griechenlands, wenn bei uns jemand sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, bekommt er nicht mal 40 Prozent seines durchschnittlichen Einkommens als Rente. Damit sind wir auf dem viertletzten Platz der OECD-Länder. Und wer ist auf Platz eins?

Richtig: Ihr. Über 95 Prozent Eures durchschnittlichen Einkommens gönnt Ihr Euch als Rente ... Von dem Geld, mit dem wir Euch 30 Jahre gesponsert haben, gönnt Ihr Euch eine komfortablere Altersversorgung, als wir uns leisten können. Findet Ihr das gerecht?"<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 4. November 2010: >>**Debatte über Großprojekte**

Zu viel Volk schadet Deutschland

Er ist die Allzweckwaffe der Protestrepublik: der Volksentscheid. Ob Rente mit 67 oder Stuttgart 21 - bei fast jedem Großvorhaben verlangen die Gegner eine direkte Abstimmung der Bürger. Doch was sich nach wahrer Demokratie anhört, ist ein Irrweg. Deutschland droht der totale Stillstand.

Das hat uns gerade noch gefehlt. Allen Ernstes hat dieser Tage ein Vorstandsmitglied der IG Metall namens Hans-Jürgen Urban gefordert, die Deutschen sollten über die Rente mit 67 eine Volksbefragung durchführen.

Auf den Einwand, im Grundgesetz seien Plebiszite nicht vorgesehen, entgegnete der Vertreter der größten deutschen Einzelgewerkschaft: Es gehe mehr um politische Meinungsbildung als um juristische Fragen. Ach so. Und welche Optionen hätte eine Bundesregierung, die nach einer heftigen Schlacht um die Rente die Abstimmung erwartungsgemäß verlöre? Das Votum einfach mißachten? Natürlich ist das undenkbar, die Regierung müßte Volkes Wille vollziehen und die Rente mit 67 zurückziehen.

Die IG Metall, wie alle anderen Gewerkschaften heftiger Gegner der späteren Verrentung, will auf einer gefährlichen Stimmungswelle mitschwimmen. Stuttgart 21, Schulreform in Hamburg, Flughafenausbau in Berlin, Nichtraucherschutz in Bayern - allerorten sollen die Bürger direkt entscheiden, sollen die für die politische Willensbildung zuständigen Institutionen kalt gestellt und entmachtet werden.

Die Mehrheiten für mehr Plebiszite sind erstaunlich stabil. 65 Prozent der Bevölkerung, so das Allensbach-Institut, glauben, daß mehr Volksentscheide die Qualität der Demokratie verbessern würden. Negative Auswirkungen auf die politische Ordnung befürchten nur 15 Prozent. Bei einer Umfrage des *manager magazin* unter sogenannten Entscheidern, also den Führungskräften der Wirtschaft, lag die Zustimmung sogar noch leicht höher, bei 67 Prozent.

Was ist los in diesem Land? Wir sind munter dabei, die Grundfesten dieser Republik zu demontieren. Mit wahrlich guten Gründen haben sich die Verfassungsväter 1948 dazu ent-

schieden, so gut wie keine Elemente der direkten Demokratie in das Grundgesetz aufzunehmen. Die politischen Entscheidungen sollen allein den gewählten Vertretern des Volkes überlassen bleiben. Die Bundesrepublik Deutschland wurde als repräsentative Demokratie gegründet und ist mit dieser Entscheidung gut gefahren.

Demagogen würden Minderheitsinteressen durchsetzen

Die indirekte Volksherrschaft ist vor allem eine Erfindung der pragmatischen Angelsachsen. Die "reine Demokratie", die dem französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau als höchste Staatsform vorschwebte, hielten die Engländer wie die Gründungsväter der USA für eine Illusion. Das Volk könne komplexe Sachverhalte nicht bewerten, Demagogen würden für die Durchsetzung von Minderheitsinteressen sorgen. In England wie in den USA gehören Volksentscheide nicht zur politischen Kultur. Es hat beiden Ländern nicht geschadet, ihre Demokratien sind Jahrhunderte alt.

Die Argumente, die in den alten Demokratien vorgebracht wurden, gelten bis heute. Was wäre wohl geschehen, wenn die Regierung Schröder seinerzeit die Hartz-IV-Gesetze einem Volksentscheid unterworfen hätte? Die Wahlniederlage der Rot-Grünen im Jahr 2005 läßt unzweifelhaft darauf schließen, daß diese Reform des Arbeitsmarkts keine Mehrheitschance gehabt hätte.

Die Ablehnung wäre ein Desaster für das Land gewesen. Heute kann Schröder mit Fug und Recht für sich beanspruchen, daß er das Fundament für die wiedergewonnene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und für die derzeit gute Konjunktur gelegt hat. Mit Erleichterungen für Zeitarbeit, mit Befristung für Anstellungsverträge oder mit Minijobs hat seine Regierung endlich mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt geschaffen. Der Lohn: mehr als zwei Millionen Arbeitslose weniger als vor fünf Jahren, die niedrigste Arbeitslosigkeit sei 1992.

"Kaum eine Reform des Sozialstaats, die Einschränkungen mit sich bringt, hätte eine Chance, bei Volksabstimmungen durchzugehen", schreibt die Allensbach-Chefin Renate Köcher.

Die baldige Staatspleite wäre unvermeidlich

Schon im real existierenden parlamentarischen System haben die Regierenden jedweder Farbe mit ihrer Neigung, regelmäßig Wahlgeschenke zu verteilen, den Sozialstaat an den Rand der Zahlungsunfähigkeit bugsiert. Würden die Wähler direkt über solche Wohltaten (oder die Zurücknahme derselben) entscheiden, wäre die baldige Staatspleite wohl unvermeidlich. Die großen Vereinfacher und Populisten, unterstützt von den jeweiligen Interessenverbänden, würden triumphieren.

Parlamente, Regierungen, Parteien sind - bei allen Unzulänglichkeiten - bewährte Einrichtungen, die Konsensbildung auf breiter Grundlage ermöglichen, für ein Mindestmaß an Rationalität bei den Entscheidungen des Gemeinwesens sorgen. Sie zu umgehen bedeutet vor allem dies: mehr Unberechenbarkeit und mehr Unvernunft. Wer mit ihrer Qualität dauerhaft unzufrieden ist, kann sich ja selbst um ein Mandat bemühen.

Das heißt nicht, daß die Abgeordneten und die Regierenden alles richtig machen. Offenkundig erwarten die Bürger mehr Informationen, mehr Transparenz bei politischen Entscheidungen. Schröder und die Seinen sind auch deswegen mit Hartz IV auf so breite Ablehnung gestoßen, weil es ihnen nicht gelang, das umfangreiche Gesetzespaket nachvollziehbar zu vermitteln (was schon bei der Namensgebung mit dem nüchternen Begriff "Agenda 2010" und dem noch technokratischeren "Hartz IV" anfing).

Auch bei Stuttgart 21 haben es die Landesregierung und die Bahn nicht geschafft, die Bürger rechtzeitig einzubinden. Aber muß nun deswegen eine Volksbefragung durchgeführt werden, wie es die Grünen und die Sozialdemokraten fordern? Das Projekt wird seit 15 Jahren vorbereitet, der Bundestag, der Stuttgarter Landtag und das Stadtparlament haben zugestimmt, auch seinerzeit die Grünen-Vorleute Renate Künast und Jürgen Trittin im Schröder-Kabinett. Es wurden 60 Alternativen diskutiert, rund 30 externe Gutachten angefertigt, über 11.500

Änderungswünsche von Bürgern, Gemeinden und Verbänden berücksichtigt. Und nun soll eine Befragung des Volkes für eine klügere Entscheidung sorgen?

Das Land wird reformunfähig

Wer das letzte Wort bei diesem Großprojekt per "reine Demokratie" dem Bürger überlassen will, dem sei empfohlen, die "Schlichtung" mit dem Moderator Heiner Geißler bei "Phoenix" zu verfolgen. Er wird dort viel lernen, wie eine moderne Eisenbahn funktioniert, mit eingängigen Schaubildern und pädagogisch gut aufbereiteten Erläuterungen. Er wird Begriffe lernen wie "Verstärkerfahrten", "minimale Haltezeiten" oder "Taktgrundlagen". Aber er wird bis jetzt, so er denn unvoreingenommen die Verhandlung verfolgt hat, immer noch nicht wissen, ob der neue Bahnhof und die Schnellstrecke nach Ulm wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll sind.

Das, was sich derzeit in Stuttgart abspielt, ist darauf angelegt, das Land unfähig zu Entscheidungen und zu Reformen zu machen. Diese Republik zeichnet sich seit ihrer Gründung schon dadurch aus, daß sie (auf Veranlassung der Alliierten) mit einem Übermaß an Kontrollinstanzen vollgepfropft wurde:

- Wir leisten uns 16 Bundesländer, die via Bundesrat über einen Großteil der fürs ganze Land verbindlichen Gesetze mitbestimmen.
- Wir haben Landtage, Kreistage, kommunale Parlamente;
- dazu eine lückenlose Verwaltungsgerichtsbarkeit, die alle hoheitlichen Akte überprüfen und gegebenenfalls verwerfen kann;
- ein Bundesverfassungsgericht, das alle Gesetze auf die Vereinbarkeit mit der Verfassung überprüfen kann;
- und schließlich noch einen europäischen Gerichtshof und viele, viele Vorgaben der EU-Kommission.

Und nun auch noch mehr Bürgerbeteiligung via Plebiszite, wie es die Grünen und die SPD fordern? Um beispielsweise ein vor Jahren schon beschlossenes Gesetz über die Rente mit 67 zu killen, wie es die Gewerkschaften gern hätten? Ein Gesetz, das für jeden, der die Grundrechenarten beherrscht, zwingend geboten ist - angesichts einer alternden Gesellschaft mit immer längerer Lebenserwartung; angesichts einer Arbeitnehmerschaft, die, dank günstigerer Lebensumstände, deutlich länger leistungsfähig ist als die früherer Generationen. Absurd.

Der Weg, der mit solchen Volksbefragungen oder -entscheiden eingeschlagen würde, führt weg von der Ratio des Grundgesetzes. Wer ihn geht, der macht das Land noch weniger fähig zu Veränderung als es ohnehin schon ist. Und er schwächt es im internationalen Standortwettbewerb.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (50/2010) berichtete am 13. Dezember 2010: >>**Herrliche Heimat**

Warum die Deutschen Europa brauchen

... Deutschland braucht Europa, und Europa braucht Deutschland. Das gilt immer noch, aber aus anderen Gründen als früher. In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wollten die Nachbarn die Bundesrepublik einbinden, um den deutschen Ungeist bändigen zu können. Die Deutschen brauchten Europa, um international wieder eine Rolle zu spielen. Es ging schon damals um Interessen, aber auch um Gefühle, weil die Kriegsgegner den Deutschen sehr viel verzeihen mußten. Daß sie das geschafft haben, löste bei den politischen Generationen Adenauer, Brandt und Kohl, die eigene Kriegserlebnisse hatten, tiefe Dankbarkeit aus, also große Gefühle. Die EU ist das wohl größte Versöhnungswerk der Geschichte. ...

Früher stritten in der Bundesrepublik die Atlantiker gegen die Gaullisten. Die Atlantiker waren für ein enges Band mit den Vereinigten Staaten. Die Gaullisten sahen in Frankreich den wichtigeren Partner, sie waren stärker europäisch gesinnt. Heute gibt es für die transatlantische Position kaum noch eine Grundlage. Denn das, was sich lange "der Westen" nannte, löst

sich gerade auf.
Der Westen - das waren die westeuropäischen Länder, Kanada, Neuseeland, Australien und, als Anführer, die Vereinigten Staaten. Nun macht der Anführer nicht mehr mit. Seitdem China wächst und wächst und wächst, bildet sich ein neuer Dualismus heraus: Die beiden Supermächte ringen miteinander und suchen gleichzeitig den Ausgleich. Aber anders als beim militärischen Dualismus mit der Sowjetunion braucht Amerika für sein Verhältnis zu China keine Verbündeten, keine Länder, die Soldaten, Panzer, Flugzeuge und Aufmarschflächen stellen. Daher gibt es für Deutschland nicht mehr wirklich eine transatlantische Option.
Die Bundesrepublik ist eine späte Geburt des Westens. Vor 1949 wollten die Deutschen nicht mitmachen. Sie waren skeptisch bis feindlich gegenüber dem, was Heinrich August Winkler in seinem großen Buch "Geschichte des Westens" das "normative Projekt der beiden atlantischen Revolutionen" nennt. Die Amerikaner hatten 1776 und die Franzosen 1789 für die Demokratie und deren Prinzipien gekämpft: Bekenntnis zur Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Herrschaft des Rechts, Menschenrechte. Das alles haben die Westmächte den Westdeutschen nach dem Krieg aufgezwungen.
Durch den Geschichtsbruch 1933 bis 1945 hat die Bundesrepublik keinen Gründungsmythos und keine historisch fundierte Identität wie Frankreich oder die USA, deren Völker sich die Demokratien vor Jahrhunderten selbst erkämpft haben. Erst die Ostdeutschen haben 1989 eine Revolution erfolgreich abgeschlossen, aber das reicht nicht für eine bundesrepublikanische Gesamtidentität.
Die politische Identität der Bundesrepublik ist der Westen. Die Deutschen haben sich die Errungenschaften anderer Völker einverleibt, sie haben die Revolutionen der Franzosen, Engländer und Amerikaner in ihr Selbstbild eingebaut. Auf dem normativen Projekt der atlantischen Revolutionen beruht das, was heute den gelungenen Staat Bundesrepublik ausmacht. Er war von Anfang an nicht als Nationalstaat gedacht. Er sollte Teil von etwas sein, Teil des transatlantischen Bündnisses Nato, Teil Europas, Teil des Westens. Wenn sich nun die Vereinigten Staaten allmählich aus diesem klassischen Westen verabschieden, bleibt Deutschland vor allem Europa als Heimat.
Einen eigenen, nationalen Weg gibt es nicht. In der Regierungszeit von Gerhard Schröder sprach man von der Mittelmacht Deutschland, aber das war noch, bevor allen klar wurde, wie sehr Chinas Aufstieg die Welt verändern würde. Mit "mittel" ist nichts mehr auszurichten. Weil China so groß ist und noch weiter wächst, sind alle anderen kleiner geworden. Politik wird jetzt in anderen Dimensionen gedacht, der Maßstab sind 1,3 Milliarden Menschen, die sich von den Verheißungen des Kapitalismus antreiben lassen. Deutschland kann nur noch über die EU politisch Einfluß nehmen, und schon das wird schwierig, weil sich China und die USA stark aufeinander beziehen.
Da Deutschland wirtschaftlich stark ist, könnte es versucht sein, einen Sonderweg zu gehen. Das Denken, daß wir die Besten sind und die anderen uns was wegnehmen wollen, ist weit verbreitet. Daran stimmt, daß wir wieder zu den Besten gehören. Deutsche Produkte sind so gut, daß sich die anderen darum reißen, zumal die Chinesen. Aber dieser Erfolg schafft auch Abhängigkeiten. Im schlimmsten Fall würde Deutschland zum Gewerbepark Chinas, wohlhabend, aber ferngesteuert. Das wäre eine würdelose Existenz. Deshalb muß wirtschaftliche Stärke von politischer Stärke flankiert sein, und die gibt es für Deutschland nur über Europa.
...<<
Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtete im Mai 2011 über die EU (x869/...):
>>**Der Zahlmeister**
Warum die EU schon vor dem Euro ein teurer Spaß war
Ein teurer Spaß: Professor Willeke rechnet vor, was die EU den Zahlmeister Deutschland bislang gekostet hat.

Im Mai war es ein Jahr her, daß der Deutsche Bundestag die Verfassung brach, die erste Griechenland-Hilfe und das Euro-Rettungspaket billigte, dem Steuerzahler Lasten in unbekannter Höhe aufbürdete und damit die Umwandlung der Euro-Zone in eine Transferunion in Gang setzte.
Damit ist gemeint, daß die Bundesregierung Kredite garantieren und Geld an andere Regierungen überweisen wird, um das gescheiterte Euro-Experiment zu verlängern. Dies nicht etwa aus Haushaltsüberschüssen, die bekanntlich auch in Deutschland nicht existieren, sondern finanziert durch die Aufnahme neuer Schulden, die auf den schon bestehenden Schuldenberg getürmt werden. In der Euro-Zone verschulden sich die Schuldner, damit die noch schlimmer Verschuldeten nicht pleite gehen. Am Ende sind wir alle Griechen. Dabei wird verdrängt, daß die EU schon lange vor der Einführung der Einheitswährung als Transferunion funktionierte. Deutschland spielt seit Jahrzehnten den Big Spender! ...
Im Prinzip handelt es sich bei der EU der aktuell 27 Mitglieder um eine Zweiklassengesellschaft: auf der einen Seite die Nettozahler, auf der anderen die Nettoempfänger. Es findet ein Wohlstandstransfer statt. Was die einen bekommen, fehlt den anderen. ...
Auf diese Weise mußten die Deutschen im Zeitraum 1976 bis 2008 insgesamt 170 Milliarden Euro (in D-Mark fast das Doppelte) für eine angeblich gute Sache opfern, die von den Politikern europäische Solidarität genannt wird. Da D-Mark und Euro im Laufe der Zeit arg inflationiert wurden, weil es sich um ungedeckte Papierwährungen handelte, ist der Betrag natürlich erheblich höher, wenn man ihn kaufkraftbereinigt. Professor Willeke unterstellt eine Inflationierung von 50 % und kommt so auf 255 Milliarden seit 1976 - in Preisen des Jahres 2010. ...
Interessant ist nun, was in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung passierte. Eigentlich wäre eine Entlastung Deutschlands zu erwarten gewesen, denn nach 1990 hatte die Bundesrepublik schließlich auch die riesigen Kosten der Einheit zu tragen. Es kam anders: ausgerechnet ab 1991 stiegen die deutschen Nettobeiträge permanent an.
Von 1991 bis 1994 finanzierte Deutschland 73,7 % der gesamten Umverteilung innerhalb der EU! Das war das Dreifache dessen, was die drei anderen großen Mitgliedsländer zusammen netto aufbrachten. Die Erklärung kann nur darin liegen, daß Helmut Kohl die europäischen Freunde, die Deutschland so sehr liebten, daß sie gerne zwei davon behalten hätten, ruhigstellen wollte.
Damals, Anfang der 90er Jahre, zählte die EU noch zwölf Mitglieder. Jetzt, nach der Osterweiterung, sind es 27. Und mit der Vergrößerung hat sich der deutsche Anteil an den Nettobeiträgen immerhin auf ein Drittel reduziert, liegt aber immer noch weit über dem französischen oder dem britischen.

Die Preisfrage: Was haben die PIGS-Staaten nur mit den vielen Milliarden gemacht?

Mit den PIGS sind Portugal, Irland, Griechenland und Spanien gemeint - exakt die Staaten, die unter den Euro-Rettungsschirm flüchten mußten oder (wie Spanien) als Kandidaten gehandelt werden. Das böse Akronym PIGS wurde von den Zynikern an den Finanzplätzen London und New York erfunden.
Pervers ist nun folgendes: Nachdem die PIGS von 1976 bis 2008 (netto) 287 Milliarden Euro geschenkt bekamen und damit in heutigen Preisen 430,5 Milliarden (mehr als die Hälfte davon aus Deutschland) und nachdem ihnen der Euro jahrelang beispiellos tiefe Zinsen bescherte und dadurch die Bedienung der alten Staatsschulden massiv verbilligte, hatten sie die einmalige Chance, ihre Finanzen zu sanieren. Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. Sie haben schlecht gewirtschaftet. Sie haben die staatliche oder die private Verschuldung oder beide hochgefahren. Mit dem Ergebnis, daß sie jetzt zusätzlich zu den regulären Haushaltshilfen auch noch die Kredite des Rettungsschirms benötigen. Auf die Transferunion I folgte 2010 die Transferunion II.

Da stellt sich die Frage nach dem Sinn des Ganzen. Wo sind die Milliarden geblieben? Wo sind sie versickert? Niemand weiß das genau. Zumindest blieb davon der größte Schilderwald aller Zeiten. Schilder mit dem Sternenkranz auf blauem Grund, die irgendeine Baumaßnahme verkünden - immer mit dem Zusatz "kofinanziert durch die EU".
Wir sahen die Schilder an einem grotesk überdimensionierten Rathaus in einem Dorf auf den Azoren. Wir sahen sie in einer gottverlassenen Ecke der großartigen Extremadura (autonome Gemeinschaft Spaniens), wo aus unerfindlichen Gründen ein Bach begradigt und mit einem Holzgeländer ausgestattet wurde. Wir sahen sie an den leeren Autobahnen Portugals, die durch leere Gebiete führen und die in einem Zustand sind, von dem deutsche Autofahrer nur träumen können.
Und ein Bekannter, selbst in der Branche tätig, erzählte mir von EU-finanzierten Geisterbahnhöfen mit ebenfalls leeren Bahnsteigen in Griechenland und von Elektroloks, die mit Hilfe der Nettozahler für eine nicht-elektrifizierte Strecke angekauft wurden und seitdem in vandalisiertem Zustand vor sich hin rosten. Profitiert hat die neureiche Klasse der EU-Absahner. Die Länder selbst hängen am Dauertropf.

Märchenstunde: Warum es nicht stimmt, daß die deutschen Exporterfolge dem Euro zu verdanken sind.

... Sicherlich sind Frankreich, die Niederlande und Österreich, um nur einige zu nennen, überaus wichtige Handelspartner. Aber das war auch der Fall vor der Euro-Einführung. Es ergibt sich ganz selbstverständlich aus der Nachbarschaft. Selbst im Vergleich mit der Zeit vor 1914 hat sich an der Struktur des deutschen Außenhandels nichts Wesentliches geändert. In Wahrheit ist der Unterschied ein ganz anderer: Vor 1999 kamen die Exportüberschüsse Deutschland zugute, seit 1999 verschwinden sie im schwarzen Loch des Euro-Systems.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Grundzüge einer Fiskalunion schaffen

"Nach meiner festen Überzeugung wird das 21. Jahrhundert ein sehr viel zukunftsweisender Ansatz als der Rückfall in die Regelungsmonopolstellung des klassischen Nationalstaates vergangener Jahrhunderte", referierte Schäuble vor den Bankern.
"Ich möchte Ihnen ganz klar sagen, daß ich ziemlich überzeugt bin, daß wir in einer Zeit von weniger als 24 Monaten in der Lage sind und in der Lage sein werden, das europäische Regelwerk so zu verändern. Wir brauchen nur das Protokoll Nr. 14 im Lissabonvertrag so aufzubauen, daß wir daraus die Grundzüge einer Fiskalunion schaffen (…)".
So einfach ist das, wenn es nach Wolfgang Schäuble geht, mit diesem neuen Europa, das künftig die Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Staaten der Euro-Zone übernehmen soll.
Und wer das so formuliert wie der Finanzminister, der vermittelt den Eindruck, als handele es sich bei dem, was Kanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy planen, um eine ganz normale, fast schon alltägliche Änderung politischer Abläufe.

Ein Wandel historischen Ausmaßes

Dabei geht es um einen historischen Wandel, dessen Ausmaß vielen Bürgern wohl noch gar nicht bewußt ist.
"Die planen die Wiedereinsetzung eines Wiener Kongresses in Brüssel", ereiferte sich der SPD-Europaparlamentarier Martin Schulz auf dem SPD-Parteitag in Berlin, ohne auf Interesse zu stoßen.
"Alle halbe Jahre kommen 17 Regierungschefs hier zusammen, tagen hinter verschlossenen Türen, teilen anschließend ihren erstaunten Untertanen mit, worauf sie sich meistens nicht verständigt haben, und das nennen sie Wirtschaftsregierung. Ich meine, wir leben nicht in Zeiten des Feudalismus", schimpfte er.
Der von Schulz angestellte Vergleich ist nicht falsch. Tatsächlich wird Europa neu geordnet,

und zwar nicht nur finanzpolitisch, sondern machtpolitisch und geographisch.
Wie beim Wiener Kongreß 1814/1815
Nichts anderes geschah 1814/1815 im Wiener Palais am Ballhausplatz. Und noch eine Parallele drängt sich auf: Damals wie heute mißachten die Herrschenden die Freiheits- und Selbstbestimmungsbedürfnisse der Menschen.
In diesem neuen Europa soll der Euro-Raum näher zusammenrücken, die Briten könnten an Einfluß und Bedeutung verlieren. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wird ein weiteres Herrschaftsinstrument geschaffen.
Aber beseitigt das die Ursachen der Krise? Wer dieser Tage etwa 200 Experten im Berliner Hotel "Adlon" am Brandenburger Tor zugehört hat, der mag das kaum glauben. Unter dem Motto "Auslaufmodell Euro - Lösungswege für Europa" diskutierten unter anderen die Professoren Marcus Kerber von der TU Berlin, Thorsten Polleit von der Frankfurt School of Finance and Management, Eberhard Hamer als Vorsitzender der Deutschen Mittelstandsstiftung e.V. und Wilhelm Hankel miteinander.
Anders als in der Politik ging die Debatte soweit, daß sogar das Geldsystem als solches in Frage gestellt wurde. Einig waren sich einige Teilnehmer darüber, den Banken das Recht der Geldschöpfung zu nehmen. Wer es nicht weiß: Bei jeder Kreditvergabe schaffen die Banken neues Geld, da ihr Kreditvolumen das der Einlagen bei Weitem übersteigt.
Wem steht das Recht der Geldschöpfung zu?
Das Recht der Geldschöpfung solle allein der Zentralbank zustehen. Debattiert wurde auch über umlaufgesichertes Geld oder Schwundgeld, das permanent im Wert sinkt. All diese Themen spielen in der politischen Debatte keine Rolle.
In der Summe stehen diese Eindrücke, angefangen von Schäubles Rede vor den Bankern über den Vergleich mit dem Wiener Kongreß bis hin zu den Überlegungen zum Geld im "Adlon" in einem seltsamen Kontrast zu den täglichen Nachrichten aus Politik und Wirtschaft.
Sie offenbaren etwas, das vordergründig nicht in Erscheinung tritt. Fast scheint es zwei Wirklichkeiten zu geben. Die eine wird als Projektion von Gipfelbildern und Fensterreden wahrgenommen. Die andere bleibt meist verborgen.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Mai 2012 (x887/...):
>>**Eingelullt und passiv geworden**
Schuldenkrise als Folge des Wohlfahrtsstaates und schwacher Persönlichkeiten
Der Titel beinhaltet den Tenor des Buches "Die Pleite-Republik. Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können": Die gegenwärtige Euro-Krise bringt zum Vorschein, daß der westliche Wohlfahrtsstaat schon lange über seine Verhältnisse lebt, daß er dabei gleichzeitig unsere individuelle Freiheit immer mehr eingeschränkt hat, weshalb ein Umdenken notwendig ist, um nicht die Fähigkeit zum Streben nach Glück, diese Überzeugung der europäischen Aufklärung, zu verlieren. Denn "das Pathos dieses Rationalismus läßt sich nicht so leicht entmachten und entmündigen".
Der Autor verschweigt nicht, daß solches Pathos eine einheitliche Persönlichkeitsstruktur voraussetzt, an der es nach den Erkenntnissen moderner Dichter, Denker und Wissenschaftler aber mittlerweile mangelt. Da liegt ein unaufgelöster Widerspruch. Vielleicht kann uns der Wohlfahrtsstaat auch deswegen so leicht entmündigen, weil unsere moderne Persönlichkeit in sich zerfallen ist.
Der erwähnte Tenor wird nun in den einzelnen Kapiteln näher untermauert. Die Einführung des Euro ist zwar nicht kausal für den hier und da in seiner Zone drohenden Staatsbankrott verantwortlich, hat ihn aber begünstigt, sofern die Wohlfahrtsstaaten seiner Zone mit erleichterten Kreditmöglichkeiten ihre "Partys feiern" konnten, wie der Autor sich ausdrückt. Dies und daß die Maastrichter Kriterien Makulatur sind, nachdem gerade Deutschland und Frankreich zu Beginn der 2.000er Jahre mit deren Mißachtung angefangen hatten, kann man, wie

manche andere zwar skandalöse, aber unbestreitbare Einzelheit (etwa die rechtswidrige Übergehung der "no-bail-out"-Klausel) und begründete Bankenschelte, auch anderswo schon länger lesen.
Auffallender ist schon die Auffassung, daß die Mehrheitsdemokratie schon ganz prinzipiell zur Aufblähung des Wohlfahrtsstaates und damit zur Pervertierung der ursprünglichen sozialstaatlichen Aufgabe der Absicherung gegen Risiken neige, mit den Ergebnissen, die uns die gegenwärtige Krise beschert. Denn die Politiker, die nach kurzer Zeit wiedergewählt werden wollen, dienen sich ihren Wählern durch finanzielle Wohltaten an, die sie unter dem Deckmantel (der Autor ist ein leidenschaftlicher Liberaler, ohne deshalb FDP-Propaganda zu verbreiten) der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit auf den Weg bringen.
Zu diesem Zweck muß der Staat sich als finanzieller Umverteiler in großem Ausmaß engagieren, aber auch umfangreiche Schulden machen, die herzloserweise auf die nachfolgenden Generationen abgewälzt werden. Welchen konkreten Sinn diese Wohltaten haben, bleibt oft genug dahingestellt, da sie stets mit den Phrasen von Gerechtigkeit und Gleichheit begründet werden. Ein gutes Beispiel ist das Betreuungsgeld, dessen familienfreundliche Etikettierung nicht darüber hinwegtäuscht, daß die Geburtenraten deswegen so gut wie gar nicht steigen, weil das In-die-Welt-Setzen von Kindern nun einmal nicht "ökonomisiert" werden kann.
Angesichts dessen kann man unsere Form der Mehrheitsdemokratie als die zwar historisch siegreiche Staatsform, aber nicht unbedingt als die bewährteste betrachten. Denn sie hat zu dem vernichtenden Befund beigetragen (zitiert nach dem Nobelpreisträger 1995 für Ökonomie, Robert E. Lucas): "Der europäische Wohlfahrtsstaat ist inzwischen so teuer, daß die Brücke zwischen Arbeitserfolg und dem, was man davon haben will, dem Lebensstandard, nachhaltig zerstört ist." ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. Juli 2012: >>**Beschluß über den ESM-Vertrag**
Sie fürchten das Volk
Martin Graf
Die selbsternannte Euro-Elite hat die Mitgliedsstaaten mit gigantischen Bedrohungsszenarien zum Beschluß des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erpreßt, den nun auch Österreichs Parlament mit den Stimmen von Sozialdemokraten, Volkspartei und Grünen willig vollzogen hat. In Verbindung mit dem Fiskalpakt raubt der ESM den Ländern die Souveränität und höhlt die Demokratie aus.
Die ökonomische Schlagkraft ist höchst umstritten, ändern doch die neuen Regeln nichts an den strukturellen Problemen Europas, die längst nicht auf den Euro-Raum beschränkt sind.
Europa hat primär ein demographisches Leiden. Die autochthonen Bevölkerungen schwinden als Folge zu weniger Geburten, die wiederum die Konsequenz konsumorientierter Individualisierung und falscher Familienpolitik sind. Geld wird dafür eingesetzt, den älteren Generationen eine soziale Sicherheit zu bieten, die die Jüngeren und erst recht die Ungeborenen mangels Anzahl nicht mehr bezahlen können. Darin liegt auch eine Wurzel der Schuldenproblematik vieler Staaten.
Die gemeinsame Währung tut nicht mehr, als die Probleme der Staaten miteinander zu multiplizieren. Der ESM verpflichtet dazu, Risiken für andere einzugehen, die kein Land für sich selbst übernehmen würde.
Der Blick auf die Geburtenrate verwandelt die höhere Finanzmathematik der "Euro-Retter" in eine einfache Rechnung, deren Ergebnis durch die großteils unqualifizierte Zuwanderung aus nichteuropäischen Gegenden weiter ins Negative abgleitet.
Der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg äußert schon seit Jahren die Sorge, die Demokratie könne durch die Demographie gefährdet werden. Er meinte damit Wählerbewegungen hin zu extremen Parteien, sobald die Menschen auf die Wahrheit stoßen, die ihnen

von der Politik jahrzehntelang verschwiegen wurde. Für Griechenland erwies sich diese Prognose bereits als zutreffend.
Vor dem Zorn der Bürger schützen sich die bedrängten Eurokraten, indem sie den Völkern jede Mitsprache rauben und die Demokratie von oben herab ausschalten.
Dr. Martin Graf ist FPÖ-Politiker und seit 2008 Dritter Präsident des österreichischen Nationalrats.<<
Die Tageszeitung "DIE WELT" berichtete am 20. August 2012 über die Entstehung der Europäischen Union: >>**Europas Einigung war de Gaulles Rache an den USA**
Bis 1956 liebäugelten die Franzosen mit einer Achse Paris-London. Erst als die Intervention zusammen mit Israel am Suezkanal an Amerikas Einspruch scheiterte, kam es zu den Römischen Verträgen. ...
Am 10. September 1956 fliegt Frankreichs Premierminister Guy Mollet zu Gesprächen mit seinem britischen Kollegen Anthony Eden nach London. Fünfzig Jahre später enthüllen freigegebene Dokumente aus den britischen Archiven, welches Angebot der französische Sozialist dem britischen Konservativen macht. "Bei seinem letzten Besuch in London erörterte der französische Premier Monsieur Mollet mit dem Prime Minister die Frage einer Union zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich", heißt es lapidar in einer britischen Kabinettsvorlage.
Der Vorgang läßt die Entstehung der Europäischen Union in einem neuen Licht erscheinen. Während man in Deutschland den Mythos der EU als Antwort auf die Gräber des Ersten und zweiten Weltkriegs pflegt, ist sie eher zu begreifen als Teil des verzweifelten französischen Versuchs, das eigene Kolonialreich vor dem Untergang zu retten.
Mollets Vorstoß in London erfolgt gerade mal sechs Monate, bevor Franreich die Römischen Verträge unterschreibt und damit zusammen mit Deutschland, Italien und den Beneluxstaaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gründet - die Vorläuferorganisation der EU. Aus französischer Sicht ist das Projekt Europa eben nur Plan B.
Eine Idee aus schierer Not
Sechzehn Jahre zuvor, am 16. Juni 1940, hatte ausgerechnet Winston Churchill eine Union Frankreichs und Großbritanniens auf der Basis einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft, eines vereinten Parlaments und Kabinetts sowie gemeinsamer Organe der Außen-, Verteidigungs- Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgeschlagen.
Geboren war die Idee aus der schieren Not. Nur durch die Union mit dem unbeugsamen Großbritannien war die Kapitulation der Franzosen vor Hitler noch abzuwenden. Und wenn Festland-Frankreich nicht mehr zu halten war, so wären wenigstens die französischen Kolonien aus der Konkursmasse zu retten. Denn in Churchills Plan des Widerstands gegen die deutsche Militärmaschine sollte das Weltreich notfalls die Basis bilden, von der aus der Kampf auch dann fortgesetzt werden konnte, wenn England besetzt würde.
Für Charles De Gaulle spielte "La France d'outre-mer" eine vergleichbare Rolle. Sie sollte die materielle Basis seines "Freien Frankreich" bilden. Schon im Herbst 1940 brachen Kamerun, Tschad und Französisch-Äquatorialafrika mit dem Kollaborationsregime Marschall Pétains in Vichy und schlossen sich De Gaulles Widerstandsbewegung an. Doch waren Frankreichs Kolonien ohne Großbritanniens Flotte hilflos den Deutschen ausgeliefert.
"Wir sind ein kleines Land"
So hatte der General, sonst peinlich auf französische Unabhängigkeit bedacht, persönlich dem britischen Premier die politische Union vorgeschlagen. Die Idee freilich stammte nicht von De Gaulle selbst, sondern von einem anglophilen Politiker namens Jean Monnet. Der sollte in die Geschichte eingehen als Gründervater von Montanunion, Euratom und EWG; eines kontinentaleuropäischen Verbunds also, den ausgerechnet Charles de Gaulle zum Bollwerk gegen den angelsächsischen Einfluß in Europa umfunktionierte.

"De Gaulle hielt täglich Reden über la grandeur francaise", sagte Monnet später über die unmittelbare Nachkriegszeit. "Ich sagte ihm geradeheraus: Wenn Sie nicht aufpassen, wird es keine Grandeur geben. Wir sind ein kleines Land, wir sind ausgeplündert worden, unsere industrielle Basis ist weitgehend zerstört. Frankreich könnte der Hinterhof Europas werden." Diese Überlegungen bildeten den Ausgangspunkt für die 1952 verkündete "Montanunion".
Was der als Deutscher geborene französische Außenminister Robert Schuman als "Vergemeinschaftung" der Kohle- und Stahlindustrie auf dem Weg zu einer Europäischen Föderation pries, war für Frankreichs Elite eine Ruhrbesatzung ohne Militär. So sicherte sich Frankreich einen Zugriff auf die deutsche Kohle. Durch die "Hohe Behörde" der Montanunion wurde zudem die "Ruhrbehörde" der Siegermächte kaltgestellt, in der auch Großbritannien und die USA Sitz und Stimme hatten. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Oktober 2012 über die Rettung des EURO (x878/...): >>**Rettung des Euro - finanzielles Versailles für Deutschland? ...**
Versailles
Die Eurokrise weckt in Deutschland ungute Erinnerungen. Die Situation erinnert an das Ende des Ersten Weltkriegs, als in Versailles 1919 Deutschland Bedingungen auferlegt wurden, die darin gipfelten: "Die Deutschen sollen zahlen!"
Heute ist Druck auf internationaler Ebene hoch und wächst weiter, die deutsche Politik zur Übernahme größerer Risiken zu bewegen, um den Euro zu retten. Deutschland soll der Vergemeinschaftung der Schulden der Eurostaaten, einer Transfer- und einer Bankenunion sowie der Ausgabe von Eurobonds zustimmen und für alles die Haftung übernehmen. Deutschland ist in der Abwehr dieser Forderungen nahezu isoliert.
Sicherlich steckt in der deutschen Abwehrhaltung ein Reflex auf die Erfahrungen von Versailles. Massive Ressentiments, eine Hyperinflation mit der damit einhergehenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und Radikalisierungen, die letztlich zur Machtergreifung Hitlers beigetragen haben, waren die Folge von Versailles.
In Deutschland wird nun befürchtet, daß die Eurokrise benutzt wird, um auf das deutsche Volksvermögen zuzugreifen - über erzwungene deutsche Kredite, die voraussichtlich nie zurückgezahlt werden, und erzwungene deutsche Haftungen, für die noch unsere Kinder und Enkel gerade stehen müßten. Was an Vermögen danach noch da ist, würde spätestens in der Inflation untergehen. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>**Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?**
... Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung
... Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind. Im Kern mußte D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden, es gab ein "quid pro quo". Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit (zögernd) zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte.
Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft. Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt. ...
Frankreich
Frankreich hat den EURO durchgesetzt. Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen

Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h. Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität. Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Währungspolitik unter den Willen der politischen Führung. ...

Deutschland

Die deutsche Regierung hat 1989/1990 dem Verzicht auf die D-Mark "nolens, volens" zugestimmt. Helmut Kohl hat dann allerdings die Entscheidung "Einheit gegen D-Mark" konsequent um- und durchgesetzt. Einigen deutschen Bedenken wurde Rechnung getragen: vertraglich festgezurrt wurde u.a. der Haftungsausschluß unter EURO-Ländern, die Unabhängigkeit der EZB und das Verbot der Staatsfinanzierung.

Wie man später lernen mußte, waren diese vertraglichen Bindungen das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt waren. Bei den ersten Krisen 2003 wurden die Prinzipien von Deutschland und Frankreich selbst aufgeweicht und im Mai 2010 beim ersten Hilfspaket für Griechenland weggeschwemmt. Seither suchen die deutsche und europäische Politik mit der EZB unter Einbindung des Internationalen Währungsfonds (IWF) - mit reger Beteiligung der internationalen Finanzindustrie - nach einer Lösung. ...

Deutschland Zahlmeister?

Allzu verwundert sollte man darüber in Deutschland nicht sein. War man doch in der EU und in der Welt daran gewöhnt, daß die Deutschen im Zweifel immer zahlen. Die Erfahrung war: Man muß die Deutschen nur gehörig unter Druck setzen und weich klopfen, dann machen sie den Geldbeutel schon auf.

Das galt im westlichen Bündnis, wie z.B. beim ersten Irakkrieg 1991, das galt in der EU beim sog. Britenrabatt, den Frau Thatcher herausgeschlagen hat, und das galt in der EU ganz generell. Immer wenn man nach Geld suchte, richtete sich der Blick auf Deutschland. Selbst für die unsinnigsten Projekte erwartete man einen deutschen Finanzbeitrag. Nun ist die Überraschung groß, daß das nicht mehr zu funktionieren scheint. Ein europäisches Grundgesetz scheint in Frage gestellt.

Auch die Deutschen selbst hatten sich an ihre Zahlmeisterrolle gewöhnt. Sie gehen meist resigniert davon aus, daß ihre Regierungen irgendwann einknicken, weil die deutschen Politiker glauben, noch immer die Schuld des 2. Weltkriegs abtragen zu müssen. Nun wollen sie nicht mehr. Der Grund ist allerdings nicht so sehr die verblassende Erinnerung an den Weltkrieg, der immerhin fast 70 Jahre zurück liegt. Sie wollen nicht mehr, weil sie nicht mehr können: Die Solidaritätslasten, die den Deutschen zur Rettung des EURO aufgebürdet werden sollen, sind so enorm, daß ein Innehalten, eine sorgfältige Prüfung und ein Abwägen der Vor- und Nachteile der Übernahme deutscher Verpflichtungen unabdingbar geworden ist.

Es kann nicht sein, daß jemand "Europa" ruft, alles kniet nieder und Deutschland stellt einen Blankoscheck aus. Diese Einstellungen scheinen bei vielen europäischen und deutschen Politikern verbreitet zu sein. ...

Meinungsbildung und Volksabstimmung

... Gibt es tragfähige und hinreichend nachvollziehbare Schätzungen der Bundesregierung, wie viel der deutsche Steuerzahler bei der beabsichtigten Eurorettung über jährliche Transferzahlungen an die Krisenstaaten überweisen muß? Sind es maximal 50, 100 oder gar 150 Milliarden?

Die Behauptung, daß es so gut wie nichts kostet, kann nicht sein; denn dann gäbe es an der südlichen europäischen Peripherie ja gar keine Krise. Wie hoch ist die Haftung, in die

Deutschland jetzt schon im Rahmen der Eurorettung eingetreten ist? Die Bundesregierung redet sie klein, Hans-Werner Sinn nennt einen Betrag wenig unter 1.000 Milliarden. Welche Haftungssummen kommen mit dem Anleihekaufprogramm der EZB (OMT) auf uns zu? Die EZB nennt 146 Milliarden, Hans-Werner Sinn 369 Milliarden, möglicherweise sogar 920 Milliarden Euro (vor dem BVerfG am 12.06.2013).
Gleichgültig welche Zahlen stimmen, der deutsche Steuerbürger schüttelt sprachlos den Kopf. Wer hat unserer politischen Klasse, wer hat der Bundesregierung das Mandat erteilt, für solche Summen Verpflichtungen einzugehen? Die deutschen BürgerInnen jedenfalls nicht, sie wissen gar nicht, was ihnen geschieht. Eins aber ahnen sie: wenn es schief geht, sind sie die Dummen, wie 1918 und 1945. ...

Vorbereitung des europäischen Bürgerkriegs?

Auch das Interesse der Einheit Europas verbietet einen solchen Dauertransfer. Die Erfahrung mit Italien zeigt, daß mittelfristig bei den Gebern die Frage nach einer Sezession, nach einer Trennung aufkommt - und das in einem etablierten Nationalstaat. ...
Diejenigen, die uns das US-Beispiel der Geld- und Währungspolitik im 19. Jahrhundert als beispielhaft für die Einigungspolitik Europas in der Eurokrise anpreisen, seien daran erinnert: Eine durchaus plausible Theorie zum Ursprung des amerikanischen Sezessionskriegs (1861-1865) besagt, daß es in erster Linie Währungsstreitigkeiten zwischen den Süd- und Nordstaaten und nicht die Sklavenfrage waren, die den Sezessionskrieg provozierten. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 2013 (x887/...): >>**Zypern gewährt Grundeinkommen**
Nikosia - Laut Zyperns Präsident Nicos Anastasiadis wird künftig allen Bürgern seines Landes ein Grundeinkommen staatlich garantiert. Damit solle sichergestellt werden, daß jeder "das Minimum für ein würdevolles Leben in einem europäischen Land" erhalte. Neben Ernährung, Bekleidung, Strom oder Wasser sollen auch dringende Reparaturen am Eigenheim vom Staat finanziert werden.
Einen Teil der Kosten trage die Europäische Union.<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/2015) berichtete am 10. Januar 2015 über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**
Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.
"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."
Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.
"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.
In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.
"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"
Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.
Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremlchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.
Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.
"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat."<<
Die "Neue Rheinische Zeitung"-ONLINE veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>**Krieg und Frieden**
Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"
"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons" ...
"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"
Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?
Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. ...
"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"
Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?
In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.
Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben. ...
"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"
Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?
Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.
Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Banausenrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensieren sich selbst.<<

05.07.2016

BRD: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 15 berichtete am 5. Juli 2016: >>**Grundlegendes zur EU**
Zum Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens von Professor Dr. Richard A. Werner
Am 20. Juni 2016, 3 Tage vor der Abstimmung der Briten über einen Austritt aus der Europäischen Union, veröffentlichte Professor Richard A. Werner den folgenden Text. …
Die britische Bevölkerung sollte sich im klaren sein, worüber genau sie diesen Donnerstag beim EU-Referendum abstimmen wird. Was bedeutet es wirklich, in der EU zu bleiben? Was bedeutet es, sie zu verlassen?
Was die zweite Frage anbelangt, so war das vorherrschende Thema der Debatte die Frage, ob ein Verlassen der EU eine signifikante negative wirtschaftliche Auswirkung auf das Vereinigte Königreich haben würde. Premierminister David Cameron hat im Verbund mit den Führern des IWF, der OECD und verschiedenen EU-Institutionen düstere Warnungen darüber abgegeben, daß das Wirtschaftswachstum einbrechen, die Finanzlage sich verschlechtern, die Wäh-

rung schwächer und die Exporte Großbritanniens markant zurückgehen werden. Finanzminister George Osborne hat gedroht, die Renten der Rentner zu kürzen, sollten sie es wagen, für den Austritt zu stimmen. Aber was sind die Fakten?

Ich erhielt meine Ausbildung in internationaler Wirtschaft und Geldwirtschaft an der London School of Economics und habe an der Universität Oxford in Wirtschaftswissenschaften promoviert. Ich habe solche Fragen seit einigen Jahrzehnten studiert. Vor kurzem habe ich auch unter Verwendung hochentwickelter quantitativer Techniken die Frage getestet, wie groß die Auswirkungen auf das Bruttoinlandprodukt BIP eines Beitritts zu oder eines Austritts aus der EU oder der Euro-Zone wären.

Das Ergebnis war, daß es auf das Wirtschaftswachstum keinen Einfluß hat, und jedermann, der das Gegenteil behauptet, orientiert sich nicht an Fakten. Der Grund liegt darin, daß Wirtschaftswachstum und Nationaleinkommen fast gänzlich von einem Faktor bestimmt werden, der im Inland entschieden wird, und zwar vom Umfang der Bankkredite, die für produktive Zwecke geschaffen werden.

Betrüblicherweise war der in den letzten Jahrzehnten in Großbritannien sehr gering, weshalb viel größeres Wirtschaftswachstum möglich ist, sobald Schritte unternommen werden, um Bankkredite für Produktionszwecke anzukurbeln - unabhängig davon, ob Großbritannien in der EU bleibt oder nicht (obwohl ein Brexit es wesentlich erleichtern würde, politische Schritte in diese Richtung zu unternehmen).

Wir sollten uns auch daran erinnern, daß es einer viel kleineren Volkswirtschaft wie Norwegen - das man für viel abhängiger vom internationalen Handel hielt - extrem gut ergangen ist, nachdem seine Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft in einer Volksabstimmung im Jahre 1995 ablehnte (was gegen die düsteren Warnungen und Drohungen der parteiübergreifenden Elite, der meisten Medien und dem vereinten Chor der Führer der internationalen Organisationen geschah).

Nebenbei brauchten Japan, Korea, Taiwan und China nie eine EU-Mitgliedschaft, um sich innerhalb etwa eines halben Jahrhunderts vom Status einer sich entwickelnden Wirtschaft zu top industrialisierten Nationen zu bewegen. Das Argument düsterer wirtschaftlicher Folgen eines Brexit ist ein Scheinargument.

Der Bericht der "Fünf Präsidenten"

Hinsichtlich der ersten Frage, nämlich was es bedeutet, in der EU zu verbleiben, sollten wir die EU selbst konsultieren. Glücklicherweise hat die EU im Oktober 2015 einen größeren offiziellen Bericht über ihre grundlegenden Strategien und darüber, was sie in näherer Zukunft zu erreichen beabsichtigt, herausgegeben. Der Bericht wurde unter dem Namen der "Fünf Präsidenten" der EU herausgegeben.

Falls Sie sich nicht bewußt waren, daß es überhaupt einen einzigen Präsidenten, geschweige denn fünf Präsidenten der EU gibt, so sind dies: der nicht gewählte Präsident der Europäischen Zentralbank, Goldmann Sachs' Zögling Mario Draghi; der nicht gewählte Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker; der nicht gewählte Brüsseler Kommissar und "Präsident der Euro-Gruppe" Jeroen Dijsselbloem; der "Präsident des Euro Gipfels" Donald Tusk und der Präsident des Europäischen Parlamentes Martin Schulz.

Was ist die Botschaft dieser nicht unerheblichen Zahl von EU-Präsidenten bezüglich der Frage, wohin die EU sich bewegt? Der Titel ihres gemeinsamen Berichtes ist eine Gratiszugabe: "Der Bericht der fünf Präsidenten (sic!): Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden". …

Der Bericht beginnt mit dem offenen Eingeständnis, daß in der EU "angesichts von 18 Millionen Arbeitslosen viel größere Anstrengungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik unternommen werden müssen". Gut gesagt. Aber was genau muß getan werden?

"Europas Wirtschafts- und Währungsunion bietet momentan das Bild eines Hauses, an dem

jahrzehntelang gebaut wurde, das aber nur teilweise fertiggestellt ist. Mitten im Sturm mußten Mauern und Dach rasch befestigt werden. Jetzt ist es höchste Zeit, die Fundamente zu verstärken und die WWU zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte …."
"Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir weitere Schritte ergreifen, um die WWU zu vollenden."
Die Planer der Zentrale in Brüssel und bei der EZB in Frankfurt sind sich durchaus bewußt, daß unter ihrem Kommando in den letzten zehn Jahren eine historisch noch nie dagewesene ökonomische Verwerfung in der EU stattgefunden hat, mit massiven Vermögens- und Eigentumsblasen, Bankenkrisen und einer großräumigen Arbeitslosigkeit in allen EU-Peripheriestaaten - mit mehr als 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien und Portugal und dem Fehlen jeder seriösen Kontrolle der EU-Außengrenzen, um einen Zustrom einer beispiellosen Zahl illegaler Immigranten und wirtschaftlicher Migranten zu verhindern.

Weitere Machtkonzentration in der EU

Allerdings verschließen die Planer der EU-Zentrale noch immer die Augen vor der Tatsache, daß diese Probleme voll und ganz durch ihre verfehlte und verheerende Politik verursacht worden sind. Deshalb argumentieren sie, daß die Lösung solcher Probleme nur durch weitere Machtkonzentration in ihren Händen erreicht werden könne: "Wir brauchen mehr Europa", wie Frau Merkel sagt. … Es ist das, was sie vorschlagen, in den kommenden Jahren umzusetzen, indem sie alle EU-Mitglieder in ein einziges Land umwandeln.
Damit macht der Bericht der fünf Präsidenten klar, daß die EU nicht einfach eine Freihandelszone ist. Dieses Projekt hatte man schon mit dem Maastricht-Vertrag von 1992 hinter sich gelassen, und ein völlig anderes Europa ist dann mit der Europäischen Verfassung von 2007 verankert worden - "Lissabon Vertrag" genannt, da die Völker Europas sie in verschiedenen Referenden ablehnten. …
Vielmehr ist die EU das Projekt, um jegliche nationale Souveränität und alle Grenzen innerhalb abzuschaffen und alle europäischen Länder, die es nicht schaffen, rechtzeitig auszusteigen, zu einem einzigen, fusionierten, gemeinsamen neuen Land zu verschmelzen, mit einer zentralen europäischen Regierung, zentralisierter europäischer Geld- und Währungspolitik, zentralisierter Steuerpolitik, zentralisierter europäischer Außenpolitik und zentralisierter europäischer Regulierung, einschließlich der Finanzmärkte und des Bankenwesens.
Diese Vereinigten Staaten von Europa, ein undemokratischer Leviathan, den die europäischen Völker nie wollten, ist der krönende Abschluß des vielfach wiederholten Mantras der "immer engeren Union".

"Kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt"

Dieses Projekt ist kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt worden, trotz bedeutender und gleichbleibender grober Fehler und Skandale der Politik, in die auch die zentralen Planer verwickelt waren (1999 zum Beispiel trat die gesamte Europäische Kommission - die nicht gewählte Regierung und das Kabinett des europäischen Superstaates - mit Schimpf und Schande zurück, nachdem man entdeckt hatte, daß sie Bestechungsgelder angenommen hatte und an Betrug beteiligt war, während der EU-eigene Rechnungshof sich wiederholt weigerte, die offiziellen (Rechnungs-Bücher der EU zu genehmigen).
Aus wirtschaftlicher Sicht ist klar: Man muß nicht EU-Mitglied sein, um wirtschaftlich zu gedeihen, und ein Austritt muß das Wirtschaftswachstum Großbritanniens überhaupt nicht beeinflussen. Es kann in der Europäischen Wirtschaftszone bleiben, wie Norwegen es getan hat, oder einfach ein Handelsabkommen vereinbaren, wie die Schweiz es tat, und in den Genuß des Freihandels kommen - die hauptsächliche Zielsetzung der europäischen Abkommen in den Augen der Öffentlichkeit.
Die Politik ist ebenso klar: Der europäische Superstaat, der bereits gebildet worden ist, ist

nicht demokratisch. Das sogenannte "europäische Parlament", einmalig unter Parlamenten, kann überhaupt keine Gesetzgebung vorschlagen - Gesetze werden von der nicht gewählten europäischen Kommission formuliert und vorgeschlagen. Wie ein russischer Beobachter kommentierte, ist das europäische Parlament eine Abnick-Farce, genau wie das Sowjetparlament zu Zeiten der Sowjetunion, während die nicht gewählte Regierung die Europäische Kommission bildet - das mit Kommissaren vollgestopfte Politbüro.

Finanzelite im Hintergrund

Big Business und die Großbanken sowie die Zentralbanker und der IWF stellen die Finanzelite dar, die hinter dieser beabsichtigten Konzentration der Macht steht - mit der immer mehr Macht in die Hände von immer weniger Leuten gegeben wird.

Die undemokratische Natur der EU-Institutionen hat ein derartiges Ausmaß erreicht, daß ich ein vor kurzem zurückgetretenes Mitglied des EZB-Rates im privaten Rahmen gestehen hörte, daß seine größte Sorge die undemokratische Natur und das Ausmaß der EZB-Befugnisse ist, die zunehmend für politische Zwecke mißbraucht worden sind. Diese Tatsachen sind durch den stetigen Tropf der Propaganda übertönt worden, welche von den mächtigen Eliten hinter der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ausgeht.

"Starke Unterstützung der USA für all das"

Während dieser Jahre und Jahrzehnte ständigen Transfers von Befugnissen und Souveränität von den Nationalstaaten und ihren demokratisch gewählten Versammlungen an die nicht gewählte Brüsseler Bürokratie habe ich mich immer über die offensichtlich starke Unterstützung der USA für all das gewundert.

Jedes Mal, wenn der "Prozeß" der "immer engeren Union" auf ein Hindernis zu treffen schien, intervenierte ein US-Präsident - unabhängig vom Namen des Posten-Inhabers oder seiner Parteizugehörigkeit -, um den störenden Europäern unmißverständlich zu sagen, daß sie sich am Riemen reißen und die Vereinigung Europas in einen einzigen Staat beschleunigen sollten. In der Ahnungslosigkeit meiner Jugend war mir das überraschend erschienen. Genauso wurde der britischen Öffentlichkeit von Präsident Obama gesagt, daß ein Aussteigen aus der EU keine gute Idee sei und sie besser für einen Verbleib stimmen sollte.

Es überrascht nicht, daß die globale Elite, die vom Trend zur Machtkonzentration profitiert hat, zunehmend hysterisch wird in ihren Versuchen, die britische Öffentlichkeit dazu zu überreden, für einen Verbleib in der EU zu stimmen; weniger klar ist dabei, warum der US-Präsident und seine Regierung so erpicht auf das EU-Projekt sein sollen. Von den europäischen Medien ist in der Vergangenheit gesagt worden, daß die Konzentration ökonomischer und politischer Entscheidungen in Europa arrangiert worden sei, um ein Gegengewicht gegen die US-Dominanz zu schaffen. Dies schien einige Pro-EU-Stimmen zu motivieren. Der US-Präsident wird doch sicher davon gehört haben?

Es gibt noch ein weiteres Rätsel. Erst gestern wurde ein eindrucksvoll aussehendes Flugblatt in den Briefkasten meines Hauses in Winchester gesteckt, das den Titel trägt: "Grundlegendes zur EU - Ihr Leitfaden zum Referendum". Herausgegeben hat es eine Organisation mit dem Namen "Europäische Bewegung". Die 16seitige, farbige Hochglanzbroschüre spricht sich für einen Verbleib der Briten in der EU aus. Wer ist diese "Europäische Bewegung" und wer finanziert sie? Diese wenig bekannte Organisation scheint finanzkräftig genug zu sein, um ein hochwertig gedrucktes Büchlein in jeden Haushalt des gesamten Vereinigten Königreiches schicken zu können.

Verdeckte US-Operationen seit 1945

Die Freigabe ehemals geheimer Akten hat beide Rätsel gelöst. Denn wie sich herausstellt, hängen sie miteinander zusammen. In den Worten des Wissenschaftlers der Nottingham University Richard Aldrich:

"Der Einsatz verdeckter Operationen für die konkrete Förderung der europäischen Einheit hat

wenig akademische Aufmerksamkeit erfahren und wird immer noch mangelhaft verstanden. … Die diskrete Injektion von über drei Millionen Dollar zwischen 1949 und 1960, hauptsächlich aus US-Regierungsquellen, war zentral für die Anstrengungen, um genügend Unterstützung der Massen für den Schumann-Plan zusammenzubekommen, für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine europäische Vereinigung souveräner Mächte. Dieser verdeckte Beitrag hat nie weniger als die Hälfte des Budgets der Europäischen Bewegung ausgemacht, und nach 1952 wahrscheinlich zwei Drittel davon.
Gleichzeitig suchten sie den entschiedenen Widerstand der britischen Labour-Regierung gegen föderalistische Ideen zu untergraben … Besonders überraschend ist auch, daß der gleiche kleine Trupp leitender Beamter, viele von ihnen aus westlichen (Anmerkung: das bedeutet US-)Geheimdienstkreisen, eine zentrale Rolle spielte bei der Unterstützung der drei wichtigsten transnationalen Elitegruppen, die in den 1950er Jahren entstanden: die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets 'Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa' (ACUE).
Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß zu einer Zeit, in der gewisse britische Antiföderalisten eine 'besondere Beziehung' zu den Vereinigten Staaten als Alternative zu (vielleicht sogar als Zuflucht vor) europäischem Föderalismus betrachteten, gewisse europäische föderalistische Initiativen mit amerikanischer Unterstützung aufrechterhalten worden sein sollen." …

Wichtige Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung

Der britische Journalist und ehemalige Brüsseler Korrespondent Ambrose Evans-Pritchard war der einzige Journalist, der in zwei Artikeln in den Jahren 2000 und 2007 über solche akademischen Forschungsbefunde berichtete:
"Deklassifizierte amerikanische Regierungsdokumente zeigen, daß die US-Geheimdienste in den fünfziger und sechziger Jahren eine Kampagne führten, um ein vereinigtes Europa in Fahrt zu bringen. … US-Geheimdienste finanzierten insgeheim die Europäische Bewegung und zahlten mehr als die Hälfte ihres Budgets. Einige der EU-Gründerväter standen auf der Gehaltsliste der USA ...
Die Dokumente bestätigen Vermutungen, die damals geäußert wurden, daß Amerika hinter den Kulissen aggressiv daran arbeite, Großbritannien in einen europäischen Staat zu drängen. Damit wir nie vergessen: Die Franzosen mußten anfangs der fünfziger Jahre unter größtem Protest an den föderalistischen Unterschriftentisch geschleift werden. Eisenhower drohte, die Marshall-Plan-Hilfe zu unterbrechen, sollte Paris nicht zum Kuß bereit sein und sich mit Berlin versöhnen.
Frankreichs Jean Monnet, der führende Kopf der EU, wurde als amerikanischer Agent angesehen - was er tatsächlich war. Monnet diente während des Krieges als Roosevelts Mittelsmann in Europa und orchestrierte den mißlungenen Versuch, de Gaulle von der Machtübernahme abzuhalten.
Ein Memorandum, das vom 26. Juli 1950 datiert, gibt Instruktionen für eine Kampagne, um ein voll ausgebildetes europäisches Parlament voranzutreiben. Unterschrieben ist es von General William J. Donovan, dem Leiter des Office of Strategic Services, das während des Krieges gebildet wurde und der Vorläufer der CIA ist. …
Washingtons wichtigstes Werkzeug bei der Gestaltung der europäischen Agenda war das American Committee for a United Europe, das 1948 geschaffen wurde. Vorsitzender war Donovan, inzwischen angeblich ein privater Anwalt. Der Vize-Vorsitzende war Allen Dulles, der CIA-Direktor in den fünfziger Jahren. Zum Vorstand gehörten auch Walter Bedell Smith, der erste Direktor der CIA, und eine Liste von Ex-OSS-Leuten und Beamten, die bei der CIA ein- und ausgingen.
Die Dokumente zeigen, daß das ACUE (Monnets Aktionskomitee) die Europäische Bewegung finanzierte, die wichtigste föderalistische Organisation in den Nachkriegsjahren. 1958

zum Beispiel lieferte es 53,5 Prozent der Gelder der Bewegung. Die Europäische Jugendkampagne, ein Zweig der Europäischen Bewegung, wurde vollständig von Washington finanziert und kontrolliert.

"Gedungene Arbeitskräfte der USA"

Die Führer der Europäischen Bewegung - Retinger, der visionäre Robert Schumann und der ehemalige belgische Premierminister Paul-Henri Spaak - wurden von ihren amerikanischen Sponsoren alle als gedungene Arbeitskräfte behandelt. Die Rolle der USA wurde als verdeckte Operation gehandhabt. Die Gelder des ACUE kamen von den Ford- und Rockefeller-Stiftungen sowie Unternehmensgruppen mit engen Verbindungen zur US-Regierung.

Der Chef der Ford Foundation, Ex-OSS-Offizier Paul Hoffmann, diente in den späten fünfziger Jahren auch als Chef des ACUE. Das Außendepartement spielte ebenfalls eine Rolle. Ein Memo der europäischen Abteilung, das vom 11. Juni 1965 datiert, rät dem Vizepräsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Robert Marjolin, die Währungsunion heimlich zu verfolgen.

Es empfiehlt, eine Debatte solange zu unterdrücken, bis der Punkt erreicht ist, an dem 'eine Annahme derartiger Vorschläge praktisch unausweichlich werden würde'.

Fünfzig Jahre nach dem Vertrag von Rom wären die Architekten der US-Nachkriegs-Politik, denke ich, ganz zufrieden, wenn sie heute noch lebten. …" (Auszüge aus Ambrose Evans-Pritchard: "Euro-federalists financed by US spy chiefs", "The Daily Telegraph" vom 19. September 2000; und Ambrose Evans-Pritchard: "The scare of a superstate has passed, but do we want to lose the EU altogether?", "The Daily Telegraph" vom 7. April 2007).

Kein Wunder, hat Herr Evans-Pritchard nun den Schluß gezogen, daß er für einen Brexit stimmen wird …

EU - das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation

Die Enthüllung, daß die EU das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation ist - faktisch bloß eine weitere geheime Kreatur der Täuschung, die von der CIA lanciert wurde (und die einen Ehrenplatz in der Galerie der Niedertracht einnimmt, in der auch Operationen unter falscher Flagge, Invasionen, Staatsstreiche und die Schaffung von Organisationen wie al-Kaida und IS zu finden sind) - löst das dritte Geheimnis, nämlich, wie um alles in der Welt die angeblich demokratischen europäischen Nationen eine derart undemokratische, faktisch diktatorische Struktur, konstruieren konnten.

Mit der EU/den Vereinigten Staaten von Europa erreichten die USA nicht nur ihre geostrategischen Ziele in Europa, sondern hatten auch die Rolle der lästigen nationalen Parlamente eliminiert, die der Außenpolitik der USA oder der CIA ab und zu in die Quere kommen können. Und ein weiteres Rätsel ist gelöst, und zwar, warum die EU vor ein paar Jahren der Anfrage der USA, daß US-Spionageagenturen Zugang zu allen europäischen E-Mails und Telefonanrufen erhalten sollten, so bereitwillig zustimmte …

Abschaffung der Souveränität und Unterordnung unter US-Interessen

Ein Votum für den Verbleib in der EU ist daher ein Votum dafür, das Vereinigte Königreich als souveränen Staat abzuschaffen und es in die undemokratischen Vereinigten Staaten von Europa aufgehen zu lassen, welche die europäischen Eliten unter US-Vormundschaft errichten.

Daß die europäische Öffentlichkeit - und es scheint, sogar europäische Politiker - wenig oder keinen Einfluß auf wesentliche europäische Entscheidungen haben, kann man an der zunehmend aggressiven Haltung der Nato gegenüber Rußland ersehen (die in Brüssel basierte Nato ist der militärische Arm der EU und steht offen unter direkter US-Kontrolle) und an den einseitigen Sanktionen gegen Rußland, deren Einführung die USA den Europäern einfach befehlen konnten (und die zu bedeutenden Verlusten an Einkommen und Arbeitsplätzen in Europa führten, während sie amerikanischen Geschäftsinteressen Auftrieb geben).

Die Einwanderungspolitik ist ein weiteres Paradebeispiel. Wenn die USA in der Vergangenheit die weitgehend homogenen europäischen Bevölkerungen als Quelle potentiellen europäischen Widerstandes gegen ihre Pläne für Europa betrachteten, dann macht die Politik zu deren Ersetzung mit balkanisierten gescheiterten "Schmelztiegeln" ebenfalls Sinn.
Norwegen stimmte 1995 über eine EU-Mitgliedschaft ab. Die führenden Parteien waren alle dafür. Die großen Konzerne und die Zentralbanken, die großen Pressekanäle und die Fernsehsprecher setzten verzweifelt Druck auf und drängten die norwegische Öffentlichkeit, für ein "Hinein" zu stimmen. Die Bevölkerung blieb standhaft und stimmte "draußenbleiben". Norwegen entwickelte sich prächtig. Und um so mehr wird dies Großbritannien.
In Zusammenhang mit der EU hat der Begriff "föderalistisch" eine besondere Bedeutung und meint in erster Linie die zunehmende Abgabe nationalstaatlicher Hoheitsrechte an die Zentrale in Brüssel.
Richard A. Werner ist deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Internationales Bankwesen. 1989 Hochschulabschluß der London School of Economics mit First Class Honours; Doktorat in Volkswirtschaftslehre (zu Wirtschaft und Bankwesen in Japan) an der Oxford University … 2004 folgte Werner einem Ruf an die Universität Southampton, England. Dort ist er derzeit Professor für Internationales Bankwesen und Direktor der Abteilung für Internationale Entwicklung sowie (Gründungs-)Direktor des Centre for Banking, Finance and Sustainable Development; Vorstandsmitglied und Beirat der Southampton Management School. …<<
Die Tageszeitung "Hamburger Abendblatt" berichtete am 13. Juli 2016: >>**... Immer mehr Rentner müssen arbeiten**
Rentner haben grundsätzlich niemals Zeit: In der Hansestadt gehen sogar immer mehr Senioren einer regulären Arbeit nach. Lag die Quote der Erwerbstätigkeit der 65- bis 70-Jährigen im Jahr 2000 bei zehn Prozent, so sind es jetzt 19. Damit rangiert die Hansestadt bei einem bundesweiten Ranking auf Platz zwei – nach Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt derzeit bei 16,6 Prozent. Schlußlicht ist Sachsen-Anhalt. Dort haben die wenigsten Rentner noch einen Job (11,7 Prozent). ...
Die Armutsquote bei Rentnern ist auf 13,3 Prozent gestiegen
... Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hatte unlängst auf eine dramatische Entwicklung in der Hansestadt hingewiesen. Danach ist die Armutsquote bei den Rentnern auf 13,3 Prozent gestiegen. Seit 2006 hat sich die Zahl damit mehr als verdoppelt. "Das Alter wird in Hamburg immer stärker zum Armutsrisiko", hatte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Hamburg, bei der Vorstellung des Armutsberichts gesagt. "Die Zahl der Betroffenen steigt jedes Jahr, unabhängig von der allgemeinen Armutsentwicklung." ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Oktober 2016: >>**Regierung warnt vor Altersarmut**
... Viele Menschen in Deutschland rutschen voraussichtlich in die Altersarmut ab, wenn sie nicht selbst vorsorgen. ...
2015 erhielten 90 Prozent der 65-Jährigen und Älteren eine Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.
Bezogen auf alle Empfänger ergebe sich in diesem System eine durchschnittliche Leistungshöhe von 960 Euro Brutto und 861 Euro Netto im Monat. Dabei seien größere Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den alten und neuen Bundesländern festzustellen. ...<<
Schlußbemerkungen: Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schrieb am 15. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Undank ist der Deutschen Lohn**
Erstmals werden in der Bundesrepublik Deutschland die Renten gekürzt. Deutschlands Städte

protestieren gegen ihre Finanznot und fürchten den Kollaps der Kommunen. Die Krankenkassen sind im Defizit. Das Geld für die Bildung als der wichtigsten Zukunftsinvestition fehlt. Die erwarteten Steuern bleiben aus. Die eurobedingten Preissteigerungen haben zu einer zusätzlichen Kaufzurückhaltung geführt, die jedermann beim Einkauf des alltäglichen Grundbedarfs und bei jedem Restaurantbesuch spürt, auch wenn Statistiker versuchen, diese Entwicklung schönzurechnen.
So oder so wird eine Steuerreform mit dem Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit nur auf Pump möglich sein und so zu einer Schraube ohne Ende. Sparen an allen Ecken und Enden wirkt sich als Sozialabbau aus. Eine Inflation an Kommissionen aller Art aus tatsächlichen und vermeintlichen Fachleuten beweist die Ratlosigkeit der Regierung und der Parlamente.
Jedenfalls ist Deutschland nicht mehr in der Lage, den sogenannten Stabilitätspakt zu erfüllen, der einst vom Euro-Kanzler Helmut Kohl und seinem Finanzminister Theo Waigel erfunden wurde, um die Deutschen darüber hinweg zu täuschen, daß ihre geliebte D-Mark auf dem Altar "Europas" geopfert wurde und eine Einheitswährung den Wettbewerb der europäischen Währungen untereinander ablöste. ...
Im Jahr 2007 soll eine neue EU-Finanzplanung beginnen, die Verhandlungen der EU-Regierungen darüber sollen Anfang 2005 abgeschlossen sein. Bis dahin jedenfalls wird alles weiter laufen wie gehabt: Deutschland ist und bleibt der bei weitem größte Nettozahler der EU - und wer glaubt schon, daß es anders werden wird, besonders nach der Ost-Erweiterung, die Deutschland teuer zu stehen kommen wird!
Der famose Konvent mit seinem Vertrag für eine Europäische Verfassung sieht vor, daß auch über die Finanzplanung einstimmig beschlossen werden muß. Wenn dann 25 Regierungen an einem Tisch sitzen, wird jeder, der noch einen Wunsch hat, so lange blockieren, bis er zufrieden ist.
Der Heidelberger Professor Franz-Ullrich Willeke hat unlängst nach einer Auswertung der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank darauf hingewiesen, daß Deutschland seit der Wiedervereinigung von 1990 bis 2002 an die EU Nettobeträge in einem Gesamtwert von 278,9 Milliarden DM, das sind 142,6 Milliarden Euro, entrichtet hat!
Mit anderen Worten: Deutschland hat in dieser Zeit rund 279 Milliarden Mark mehr an die EU gezahlt, als es von ihr zurückbekam! Statt Deutschland wegen seiner enormen innerdeutschen Aufwendungen zur Überwindung der vom Sozialismus angerichteten Schäden zu entlasten, stiegen seine Nettozahlungen an die EU weiter an. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Juni 2011 über die Europäische Union (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**
Eine Anekdote vorab. Bei meinem ersten Besuch als Berufsanfänger 1972 in Brüssel klärte mich ein freundlicher italienischer Kollege beim Mittagessen über die Funktionsweise der europäischen Einigung auf: die Franzosen erfinden es, die Deutschen bezahlen es und die Italiener finden Wege, wie sie am besten davon profitieren. ...<<
Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 24. September 2011: >>**Die wahre Schuldenlast**
Deutschlands große Lüge
Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000.000.000.000 (2.000 Milliarden) Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.
... Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.
Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen. ...

Doch selbst die gewaltige Summe von zwei Billionen Euro ist im Grunde nur die Spitze des Eisbergs. Die wahre Staatsverschuldung ist weit höher. Die amtlichen Statistiken erzählen nur einen Teil der Wahrheit.
Denn die deutschen Sozialkassen sind riesige Verpflichtungen eingegangen, die in der Zukunft zu hohen Ausgaben führen werden, ohne daß dafür Kapital angespart wurde. Auf mehr als 4,8 Billionen Euro oder 185 Prozent des BIP kalkuliert der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen des Staates, insbesondere der Sozialversicherungen. ...
Doch auch damit ist es nicht genug. Obendrauf kommen noch die zahlreichen Verpflichtungen, die wir zur Bekämpfung der Finanzkrise eingegangen sind und noch eingehen.
Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, beziffert das Risiko, das wir mit offenen und versteckten Hilfen für die wankenden Euro-Peripheriestaaten eingegangen sind, auf 379 Milliarden Euro. Gingen Euro-Staaten in Serie pleite, wäre das der Betrag, mit dem Deutschland zur Kasse gebeten würde – wenn bis dahin das Volumen des Rettungsschirms nicht weiter aufgestockt wurde. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Mai 2012 (x887/...):
>>**Unfaßbarer Pfusch der Eliten**
Wilhelm Hankel: Euro könnte enden wie die DDR-Mark
Er hätte "nie geglaubt, daß eine europäische Elite zu solch einem Pfusch fähig wäre". Mit harten Worten ging der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hankel mit den Verantwortlichen des Euro-Systems ins Gericht. Hankel sprach anläßlich des 50-jährigen Bestehens der "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" (SWG) vergangenen Sonnabend in Hamburg.
Dabei betonte der prominente Euro-Kritiker vor rund 200 geladenen Gästen, daß die negativen Folgen der Währung weit über den rein geldpolitischen Bereich hinausgingen: "Mit einer Einheitswährung für alle Europäer, die der Euro einst werden sollte, sind weder Rechtsstaat noch Demokratie noch Marktwirtschaft machbar", so Hankel.
Auch der Traum vom Endziel "Vereinigte Staaten von Europa" nach dem Vorbild der USA weise in die falsche Richtung. Im Unterschied zur US-Nation existiere keine "europäische Nation". Daher fuße die Idee der staatlichen Vereinigung des alten Kontinents ebenso auf falschen Annahmen wie die Einführung des Euro.
Die Behauptung, Deutschland habe vom Euro "besonders profitiert", sei schlicht die Unwahrheit. Die Einheitswährung habe vielmehr den deutschen Zinsvorteil beseitigt und zudem dafür gesorgt, daß seit der Euro-Einführung zwei Drittel der deutschen Ersparnisse ins Ausland geflossen seien. Geld, das in der Bundesrepublik für Investitionen gefehlt und statt dessen zur Blasenwirtschaft in den heutigen Krisenländern beigetragen habe.
Wenn in der Euro-Frage nicht bald radikal umgesteuert werde, werde die EU-Kommission am Ende gezwungen sein, den Kapitalfluß über die Grenzen des Währungsraums zu blockieren, um eine Erosion des Euro aufzuhalten. Dann wäre der Euro eine nichtkonvertible Währung wie einst Sowjet-Rubel oder DDR-Mark. Damit wäre das "Selbstbestimmungsrecht des Geldbesitzers weg", die Menschen wären faktisch "eingesperrt, weil sie ihre Euros nicht mehr frei konvertieren können", warnt Hankel. Sein Fazit: Ein freies Europa werde es nur ohne den Euro geben.
Der Passauer Rechtswissenschaftler Johann Braun beklagte vor der SWG in Hamburg eine rapide Erosion des Rechtsstaats. Grund sei der Niedergang des Bürgertums, das sich dadurch ausgezeichnet habe, daß es vom Staat weder subventioniert noch ausgeplündert werden wollte. Heute gebe eine Massengesellschaft den Ton an, welche vor allem an das Geld der vermeintlich "Reichen" wolle.
Die 68er hätten durchgesetzt, daß ein angeblich guter Grund reiche, um das Recht beiseite schieben zu können. So werde heute nicht mehr zwischen Recht und Unrecht, sondern zwi-

schen "gut" und "böse" unterschieden. Das führe auch zu einem Verschwinden der Freiheit. Bezeichnend sei, daß das "Antidiskriminierungsgesetz" zwar vor Benachteiligung wegen Geschlecht, Rasse und Religion schütze, ausdrücklich aber nicht vor Diskriminierung wegen der politischen Weltanschauung. Die gesellschaftliche Liquidierung Andersdenkender werde akzeptiert, sobald diese als "böse" ausgemacht worden seien, so Braun. In diesem System werde jeder dazu aufgerufen, sich zum Wächter und Denunzianten seiner Mitbürger aufzuschwingen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Mai 2012: >>**Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen**

Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.

Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.

Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents.

Merkel löscht Feuer mit Benzin

Den Argumenten der Gegner dieser Schuldenpolitik hielt Fischer entgegen, daß die deutsche Wirtschaft heute nur durch die schuldenfinanzierten Pakete von China und Amerika so gut dastehe. Er übte harsche Kritik an Angela Merkel wegen der "dogmatischen Sparpolitik". Die Kanzlerin versuche das Feuer mit Benzin zu löschen.

Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Juli 2012: >>**"Damit ist die Grenze überschritten"**

Unter Führung von Karl Albrecht Schachtschneider und Wilhelm Hankel klagen vier Professoren in Karlsruhe gegen den ESM-Vertrag

Herr Professor Schachtschneider, warum muß der ESM in Karlsruhe scheitern?

Schachtschneider: Vor allem, weil er die Grenze zum EU-Bundesstaat überschreitet, also mit der nationalen Souveränität unvereinbar ist.

Und warum ist das ein Problem?

Schachtschneider: Deutschland ist der Staat des deutschen Volkes seit 1871. Dieser Staat ist souverän. Er kann nicht Gliedstaat eines europäischen Bundesstaates sein, ohne seine Souveränität aufzugeben oder zumindest einzuschränken, wie das Bundesverfassungsgericht im Lissabon-Urteil vom Juni 2009 klargestellt hat.

Warum? Die deutschen Bundesländer etwa sind nicht souverän und dennoch Staaten.

Schachtschneider: Das erstere ist streitig. Die Souveränität der Länder, die nach innen und außen wirkt, wird meist bestritten. Ich sehe das anders. Das Verfassungsgericht hat die Eigenstaatlichkeit und Souveränität Deutschlands immer anerkannt und seinen Entscheidungen zugrunde gelegt. Sie gehört nach Artikel 20 des Grundgesetzes zur "Verfassungsidentität" Deutschlands, die solange gewahrt bleiben muß, wie die Deutschen das wollen, sprich, solan-

ge das Grundgesetz nicht durch ein in einer Volksabstimmung beschlossenes neues Verfassungsgesetz, das sich für einen europäischen Staat öffnet, ersetzt ist.
Und warum widerspricht das dem ESM?
Schachtschneider: Weil mit dem ESM im Verbund mit dem Fiskalpakt und den weiteren Euro-Rettungsmaßnahmen wesentliche weitere Hoheitsrechte zu den weiten und offenen Ermächtigungen, die die Union schon hat, auf diese übertragen werden.
Das ist in der EU doch nichts Neues.
Schachtschneider: Aber jetzt wird ein großer Teil des Budgets der Verantwortung der Legislative - des Parlaments - entzogen und einer demokratisch in keiner Weise legitimierten Exekutive überantwortet, nämlich dem Gouverneursrat, das sind die Finanzminister der ESM-Mitglieder. Das Budget des Staates ist im "Wirtschaftsstaat" Kern demokratischer Verantwortung und schon immer Königsrecht des Parlaments. Außerdem wurde schon eine Wirtschaftsregierung geschaffen, und insgesamt wird die Finanzhoheit und damit auch die Sozialhoheit wesentlich eingeschränkt.
Der Bundestag verabschiedet in diesem Jahr einen Haushalt in Höhe von über 300 Milliarden Euro. Warum darf er nicht, wie am letzten Freitag geschehen, beschließen, daß im Notfall eben 190 Milliarden davon in die Euro-Rettung fließen?
Schachtschneider: Weil das eine nicht refinanzierbare Summe ist, die weitgehend in Anspruch genommen werden wird, wenn andere ESM-Mitglieder ihren Beitrag nicht werden leisten können. Dann bleibt nämlich laut ESM-Vertrag die Finanzierung des abrufbaren ESM-Kapitals Sache der leistungsfähigen Staaten, freilich nur im Rahmen der jeweiligen Gewährleistung.
Die Gesamtsumme geht noch gar nicht in den Haushalt ein, weil zunächst nur 22 Milliarden eingezahlt werden, der Rest von 168 Milliarden wird erst einmal nur gewährleistet. Auch wenn der Kapitalmarkt keine Kredite mehr zu tragbaren Kosten gibt, bleibt die Verpflichtung bestehen. Unser Staatshaushalt kann das keinesfalls bewältigen. Im übrigen würde das Geld nicht zur Finanzierung unserer Ausgaben, sondern zur Finanzierung fremder Staaten verwendet. Das ist souveränitätswidrig.
Aber das haben die Konstrukteure des ESM doch sicher bedacht?
Schachtschneider: Eher nicht. Die Souveränitätsfrage ist jetzt deren Hauptproblem. Deshalb wird jetzt von Volksabstimmung gesprochen. Ich meine aber, daß es - trotz aller Einwände - nicht die Haushaltsfrage sein wird, die das Bundesverfassungsgericht dazu bewegen wird, den ESM-Vertrag zu verwerfen.
Warum nicht?
Schachtschneider: Weil das Gericht auch schon den temporären Euro-Rettungsschirm EFSF nicht hat scheitern lassen. Der einzige Unterschied ist im Grunde nur, daß der ESM permanent ist. Aber ob das ausreicht, das Gericht zu einer besseren Erkenntnis zu bewegen, wage ich zu bezweifeln. Ich glaube, die Schlacht wird nicht um den Haushalt, sondern um die Souveränität geschlagen.
Was bedeutet?
Schachtschneider: In unseren bisherigen Klagen haben wir darauf gedrängt, das Gericht möge anerkennen, daß die EU nicht legitimatorisch, aber funktional - also in ihren Befugnissen und Aufgaben - längst ein Bundesstaat ist. Denn damit wäre Deutschland nur noch ein Gliedstaat, was die Verfassung der Deutschen, das Grundgesetz nicht zuläßt.
Das Bundesverfassungsgericht hat aber immer wieder bestätigt, daß die EU eben kein Bundesstaat ist.
Schachtschneider: Richtig. Aber bereits das Lissabon-Urteil hat eingeräumt, die EU sei nun "beinahe" ein Bundesstaat. Verfassungsrichter Udo di Fabio sagte in der mündlichen Verhandlung: "Die EU segelt hart am Rande des Bundesstaates." Nun kommt diese permanente Fi-

nanzintegration durch den ESM und die anderen Euro-Rettungsmaßnahmen dazu. Jetzt wird das Gericht einräumen müssen, daß die Grenze zum Bundesstaat überschritten ist. Diese Frage wird der Kern des Prozesses sein.
Der "Münchner Merkur" schreibt: "Wenn Historiker eines Tages darüber sinnieren, wann Deutschland als souveräner Staat aufgehört hat zu existieren und die Metamorphose in ein Bundesland der Vereinigten Staaten von Europa begann, dann dürfte ihr Blick auf den Tag der Verabschiedung des ESM-Vertrags fallen."
Schachtschneider: Völlig richtig. Wir leben längst im entdemokratisierten Unionsstaat. Die politische Union ist weit entwickelt. Sie bedarf der Legitimation durch ein Unionsvolk oder muß gänzlich neu gestaltet werden. Dafür bin ich, für ein europäisches Europa, ein Europa der Vaterländer, das, völkervertraglich verbunden, in Frieden und Freiheit zusammenlebt. Und nicht für ein Europa einer von der Finanzindustrie bestimmten bürokratischen Diktatur, das mit dem langgezogenen Staatsstreich ertrotzt werden soll, und langfristig mittels Wahlen der weitgehend verarmten Bevölkerung in einen sozialistischen Staat ohne Völker umgewandelt wird. Aber genau das wird solange Maxime der Unionspolitik sein, wie diese nicht unterbunden wird.
Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider Der Staatsrechtler (72) lehrte in Berlin, Hamburg und Erlangen.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. September 2012: >>**Bundesverfassungsgericht billigt ESM-Vertrag unter Auflagen**
Das Bundesverfassungsgericht hat die Eilanträge gegen den ESM-Vertrag zurückgewiesen. Die Karlsruher Richter billigten damit den permanenten Euro-Rettungsschirm, allerdings unter Auflagen. So muß die Bundesregierung sicherstellen, daß die Haftung Deutschlands auf 190 Milliarden Euro begrenzt ist. Weitere Einzahlungen in den ESM dürften nur mit Zustimmung des Bundestags erfolgen.
Geklagt hatten unter anderem der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, die Professoren Karl Albrecht Schachtschneide, Wilhelm Nölling, Wilhelm Hankel und Bruno Bandulet, die Linksfraktion im Bundestag sowie das von Ex-Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) unterstützte Bündnis "Europa braucht mehr Demokratie".
Abgelehnt wurde auch der Eilantrag Gauweilers, dem Bundespräsidenten so lange zu untersagen, das Gesetz zum ESM-Vertrag zu unterzeichnen, bis die Europäische Zentralbank ihre Ankündigung, unbegrenzt Staatsanleihen von angeschlagenen Euro-Staaten aufzukaufen, zurückgenommen habe. Gauweiler habe hierfür keine ausreichende Begründung geliefert, sagte der Präsident des Gerichts, Andreas Voßkuhle.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 2013 (x887/...): >>**Deutsche sollen noch mehr bluten**
Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen
Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden. ...
Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müßte die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.

Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der "Euro-Bonds" in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlicher Deutschland zu.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 9. April 2013: >>**EZB-Studie Deutsche belegen beim Vermögen den letzten Platz**

Ausgerechnet die Zyprer gehören zu den reichsten Bürgern der Euro-Zone, Deutschland steht am Ende der Rangliste. Das geht aus einer Studie der EZB hervor. Doch die Methodik hat erhebliche Tücken.

Die Zahl ist ein Politikum, und darum wurde sie wochenlang akribisch unter Verschluß gehalten. Wie reich die Zyprer im Vergleich zum Rest der Währungsunion sind, das sollte nicht an die Öffentlichkeit gelangen, solange über ein Rettungspaket für die Insel verhandelt wurde.

Nun ist beschlossen, daß die Euro-Länder und der internationale Währungsfonds dem Land mit zehn Milliarden Euro unter die Arme greifen. Und jetzt wird auch klar, warum die Vermögensstudie zurückgehalten wurde. Denn die Ergebnisse, die die Europäische Zentralbank präsentiert, sind in der Tat nicht geeignet, der Zypern-Hilfe mehr politischen Rückhalt zu verschaffen.

Denn nach den Erhebungen der Zentralbanken der Euro-Zone sind die Zyprer das zweitreichste Volk überhaupt. Das Durchschnittsvermögen der Haushalte auf der Insel, der so genannte Median, liegt bei 267.000 Euro. Nur die Luxemburger kommen mit 398.000 Euro auf einen noch deutlich höheren Wohlstand.

Median-Vermögen: Deutschland belegt laut EZB-Studie letzten Platz

Deutschland steht dagegen mit einem Durchschnitt von mageren 51.400 Euro ganz am Ende der Rangliste. Und auch andere wichtige Geberländer wie die Niederlande, Österreich oder Finnland liegen unter dem Euroland-Median von 109.200 Euro, Frankreich nur knapp darüber.

Schließlich soll der Bundestag in der kommenden Woche das Rettungspaket für Zypern absegnen. Die Hilfe für die als Schwarzgeld-Paradies verschriene Insel war von Anfang an politisch besonders umstritten. Daß die Zyprer nun zu den reichsten Europäern gehören sollen, dürfte Gegner der Stütze nur noch bestärken.

Allerdings hat die Methodik ihre Tücken, auf die in Zentralbankkreisen ausdauernd hingewiesen wird - zu Recht. Diese Eigenheiten schränken die Aussagekraft der Erhebung erheblich ein. Das fängt damit an, daß die Umfrage nach Wohnsitz unterscheidet, nicht nach Nationalitäten. In das Durchschnittsvermögen der Zyprer fließen also Einheimische ebenso ein wie vermögende russische Oligarchen, die sich auf der Insel niedergelassen haben.

Deutschland ist Mieter-Land

Der Wohnungsbau-Boom läßt nach - es wird knapp

Der Bau von neuen Wohnungen boomt, aber das ist offenbar nur ein Strohfeuer. Knapp 55.000 Objekte wurden im Januar und Februar genehmigt. Doch wer denkt, damit wäre die Wohnungsknappheit gelöst, liegt falsch.

Größtes Problem ist jedoch das Thema Immobilienbesitz. Das eigene Heim macht europaweit den größten Teil des privaten Vermögens aus. Der Anteil der Hausbesitzer variiert jedoch von Land zu Land erheblich. So wohnen etwa in der Slowakei 90 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden, in Spanien sind es 83 Prozent und in Zypern immerhin noch 77 Prozent. Deutschland ist im Vergleich dazu ein Volk der Mieter: Nur 44 Prozent haben ein eigenes Haus. Das hat erhebliche Auswirkungen. Denn während ein deutscher Haushalt mit Eigenheim im Schnitt auf 216.000 Euro Vermögen kommt, sind es bei den Mietern nur 10.300 Euro.

Dazu kommt, daß die Zahlen bis zu fünf Jahre alt sind. Sie wurden in den Jahren 2008 bis

2010 erhoben. Genau zu der Zeit erlebte jedoch in etlichen europäischen Ländern eine Immobilienblase ihren Höhepunkt. Setzt man Immobilienpreise von 2002 an, fällt das Durchschnittsvermögen beispielsweise in Zypern um rund ein Drittel niedriger aus.
Eine weitere Unsicherheit besteht in der Art und Weise, wie die Daten erhoben wurden. Sie sind das Ergebnis einer Umfrage - die Befragten mußten daher den Wert ihres Vermögens und damit auch den Wert ihres Hauses selbst schätzen. Gerade in Märkten, die gerade einen Boom hinter sich haben, dürften die Menschen jedoch dazu neigen, den vermuteten Verkehrswert ihres Hauses eher zu hoch ansetzen, heißt es in Zentralbankkreisen.

Vermögen: Ansprüche aus der Rente nicht eingerechnet

Die Deutschen werden immer reicher

Das Durchschnittsvermögen pro Erwachsenem steigt in Deutschland um 2,8 Prozent auf 174.000 Euro. Das geht aus dem "Global Wealth Report" hervor. Ein möglicher Grund könnte der Immobilienboom sein.
Die Notenbanker präsentieren daher auch Berechnungen, die die Vermögensunterschiede zwischen den Ländern deutlich zusammenschrumpfen lassen. Rechnet man die niedrigere Eigenheim-Quote und die Steigerung der Immobilienpreise seit 2002 heraus, landen die Deutschen auf einmal oberhalb des Eurozonen-Durchschnitts - und vor Zypern.
Was die Daten freilich in die andere Richtung verzerrt, denn wer sein Haus in Zypern oder Spanien vor Platzen der Blase verkaufen konnte, hat ja in der Tat ein gutes Geschäft gemacht und an Vermögen zugelegt.
Während das Vermögen in etlichen europäischen Ländern überzeichnet wird, dürfte Deutschland in der Studie schlechter abschneiden, als es den realen Verhältnissen entspricht. Unberücksichtigt blieben etwa Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Betriebsrenten, die für viele, zumal ältere Deutsche einen erheblichen Teil ihres Vermögens ausmachen dürften.
Allerdings müßten dann für ein vollständiges Bild auch die Zahlungsverpflichtungen der jüngeren Generationen für die öffentlichen Rentenkassen eingerechnet werden.
Die Haushalts-Umfrage der Notenbanken könnte auch noch in der Diskussion um künftige Rettungspakete eine Rolle spielen. Nummer drei der Vermögens-Rangliste ist Malta, an dessen Stabilität zuletzt angesichts des großen Finanzsektors im Land immer öfter gezweifelt wurde. Es folgen die beiden Dauer-Sorgenkinder Spanien und Italien. Nur ein Hilfspaket für Slowenien dürfte sich mit Hilfe der Studie eher leichter rechtfertigen lassen: Die slowenischen Haushalte sind unterdurchschnittlich reich - und so hoch verschuldet wie sonst nur die Zyprer.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. April 2013 (x892/…): >>**Deutsche sind die ärmsten Europäer**

Lange wurden diese Daten der Europäischen Zentralbank von der EU-Kommission zurückgehalten, vermutlich weil sie politisch unkorrekt sind und die Deutschen die Frage aufwerfen könnten, warum sie eigentlich den Südeuropäern helfen sollen, die viel reicher sind. Nach diesen Daten sind die Deutschen die ärmsten Europäer.
Der Pleitestaat Zypern ist bei den privaten Vermögen hingegen auf dem zweiten Platz, direkt hinter den reichsten Luxemburgern und noch vor Malta. Zugrunde gelegt wird dafür das sogenannte Median. Dies bedeutet, daß der Betrag so berechnet ist, daß eine Hälfte aller vorkommenden Werte höher, die andere Hälfte niedriger liegt. Diese Zahlen sind aussagekräftiger als Durchschnittsvermögen.
Beim Durchschnittsvermögen wird das gesamte Vermögen eines Volkes durch die Anzahl der Einwohner geteilt. Auch hier ist übrigens Deutschland eher im unteren Drittel. Beim Bruttojahreseinkommen auf der Grundlage des Medianwertes liegt Deutschland fast gleichauf mit Zypern.

Beim Nettovermögen der Haushalte liegt in der EU liegt Deutschland auf dem letzten Platz und zwar so gar mit deutlichem Abstand vor dem zweitletzten, nämlich der Slowakei. Das Durchschnittsmedianvermögen in den EU-Staaten beträgt 109.000 Euro, in Deutschland liegt dieser Wert bei 51.000, bei der Slowakei bei 61.000 Euro und in Zypern bei 267.000 Euro.
Auch in anderen Bereichen, die untersucht wurden, wie dem Wohneigentum, liegt Deutschland weit hinter anderen Staaten. So gibt es in keinem anderen EU-Land weniger Hausbesitzer als in Deutschland.
Trotz dieser Zahlen trägt Deutschland den bei weitem größten Anteil an der "Eurorettung". Pleitestaaten wie Griechenland und Zypern die aufgefordert werden, entscheidende Reformen einzuleiten und sich zunächst so weit möglich dadurch selbst zu helfen, protestieren auf das heftigste, wärmen die alten Nazivorwürfe wieder auf (Griechenland prüft derzeit die Forderung von Reparationszahlungen von Deutschland für Schäden des 2. Weltkrieges) und fordern von den anderen EU-Staaten, besonders von Deutschland, daß diese Milliarden in die südeuropäischen Länder pumpen.
So führt der Euro nicht zum Frieden in Europa, sondern gerade das Gegenteil passiert: durch die Eurokrise ist die Feindschaft zwischen den Staaten Europas wieder fast so groß, wie nach dem 2. Weltkrieg. Die südeuropäischen Staaten hätten angesichts der Vermögenswerte, die in diesen Ländern vorhanden sind, durchaus die Möglichkeit, sich aus eigenen Kräften zu helfen und dies wäre nichts anderes als gerecht, denn für deren prekäre Situation sind sie selbst verantwortlich.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. August 2013 (x892/…): >>**Euro-Umverteilung zu Lasten der Rentner und Sparer**
Das Bundesfinanzministerium und Herr Schäuble sind glücklich. Von 2010 bis 2014 muß es 41 Milliarden Euro weniger an Zinsen zahlen. Dieses Geld wird durch die Niedrigzinspolitik bei höherer Inflation den Rentnern, den Sparern und vielen anderen Bürgern durch den Staat und seine Eurorettung geklaut. Man kann den Staat aber nicht wegen dieses Diebstahls verklagen.
Die Rendite für Sparer, die ihr Geld zur Alterssicherung in Lebensversicherungen oder anderen Anlagen zurücklegen, beträgt null. Die Inflation, obgleich bisher noch moderat, frißt gleichzeitig erhebliche Teile des Vermögens der Bürger auf. Was übrig bleibt, wird vom Staat durch immer höhere Steuern dem Bürger geklaut. Sozialisten und Kommunisten aller Schattierungen planen schon weitere Steuererhöhungen.
Ziel dieser ganzen Politik ist, die der FAZ-Wirtschaftskommentator Holger Steltzner schreibt "eine riesige Umverteilung vom Gläubiger zum Schuldner. Verlierer der finanziellen Repression sind Rentner und Sparer. Gewinner sind Banken und Schuldenstaaten."
Wer eine der im Bundestag vertretenen Parteien wählt, unterstützt diese Politik der Beraubung des Volkes.<<
Herbert Ludwig berichtete am 22. November 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x903/…): >>**Hintergründe der "europäischen Integrationsbewegung"**
Am Beginn der sogenannten europäischen Integrationsbewegung stehen zwei besonders einflußreiche Gestalten: Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) und der Franzose Jean Monnet (1888-1979).
I.
Coudenhove-Kalergi trat schon 1922 mit seiner Pan-Europa-Idee hervor, die er 1924 in einem Buch publizierte. Darin propagierte er die "Vereinigten Staaten von Europa", einen zentralen Bundesstaat, der von einem neuen geistigen Adel geführt werden sollte. Im selben Jahr gründete er die Paneuropa-Union, um dieses Ziel organisatorisch zu verfolgen. Das traf offenbar in Amerika auf ähnliche Gedanken. So wurde er nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anre-

gung von Louis Rothschild von den Finanzmagnaten Max Warburg "mit 60.000 Goldmark zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre" unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch. ("Ein Leben für Europa", Seite 124-125)

In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. … Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23).

Im April 1948 lud Kalergi in New York zu einem Kongreß ein, auf dem das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet wurde. Geschäftsführer wurden die berüchtigten US-Geheimdienst-Bosse: William "Wild Bill" Donovan und Allan Dulles. Die Finanzierung übernahmen die Ford Foundation, die Rockefeller-Stiftung und weitere regierungsnahe Unternehmensgruppen.

Das Committee unterstützte die *Europäischen Bewegung*, die im Juli 1947 von Winston Churchill und Duncan Sandys initiiert wurde und vom 7. bis 11. Mai 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag veranstaltete, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.

Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Man arbeitete an einem Entwurf für eine Verfassung der *Vereinigten Staaten von Europa* und gründete 1948 durch den Vertrag von London den Europarat, eine internationale europäische Organisation von heute 47 Staaten, in der wiederum Kalergi einen großen Einfluß ausübte.

Das American Committee for a United Europe (ACUE) war bis in die 1960er-Jahre ein wichtiger Geldgeber der *Europäischen Bewegung* (50 %), der *Union Europäischer Föderalisten (UEF)* und besonders deren *European Youth Campaign* (100 %). Damit konnte Einfluß auf die Führer der "Europäischen Bewegung" Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und Józef Retinger genommen werden (s. alle Nachweise bei Wikipedia)

Das ist der Humus der hauptsächlichsten internationalen Organisationen, welche die heute bis zur EU entwickelte europäische Integrations-Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben. Ein kleines Beispiel: 2012 wurde überraschend der Friedensnobelpreis an die EU verliehen, offenbar wegen des "friedenstiftenden" Euros, der in immer mehr EU-Staaten die Menschen verzweifelt auf die Straßen und die Völker auseinander treibt.

Ein englischer Kritiker meinte, warum sie nicht auch noch wegen der großartigen "Euro-Rettungspolitik" den Wirtschaftsnobelpreis erhalten habe. Wie kam es zu dieser Preisverleihung? Der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees, der Norweger Th. Jagland, ist gleichzeitig Generalsekretär des "Europarates", also der großen europäischen, von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanzierten EU-Förderorganisation, die so eng mit ihr verbunden ist, daß sie

dieselbe Flagge und Hymne verwendet. Die EU hat sich also, dank CIA, den Friedensnobelpreis quasi selbst verliehen.
Winston Churchill hatte schon 1946 in einer Rede an der Universität Zürich vor Studenten "eine Art Vereinigte Staaten von Europa" gefordert, d.h. er las ein Manuskript vor, das Kalergi für ihn geschrieben hatte (s. Wikipedia). Am 14.5.1947 verriet Churchill in einer Rede in London noch tiefere angloamerikanische Ziele mit Europa:
Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles. (Speechers of Winston Churchill, New York 1974)
Hier klingt auf, was sonst mehr verklausuliert unter dem Namen "Neue Weltordnung" als "Eine Welt" angestrebt wird und überall da bemerkbar ist, wo die Völker "durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen aneinander gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt" werden. (Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung - Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?", S. 13) Solche Organisationen sind die UNO, der IWF und die Weltbank, Nato, Internationaler Strafgerichtshof usw. und eben die EU, um die bisher hauptsächlichsten zu nennen.

II.

Die zweite der einflußreichsten Gestalten, Jean Monnet, stand ähnlich wie Kalergi zeit seines Lebens unter dem Einfluß führender britischer und amerikanischer Kreise. Er war "ein Erfinder und Lenker von Institutionen einer übernationalen Zusammenarbeit" und "ein Zentrum (insbesondere) angelsächsischer Einflußnahme auf dem Kontinent". (Andreas Bracher: Europa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001, S. 81).
Während des ersten Weltkrieges koordinierte er nach Wikipedia maßgeblich "die kriegswirtschaftliche Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten." 1919 findet man Monnet in der französischen Delegation in Versailles.
Von 1919 bis 1923 ist er stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, der - in Versailles gegründeten - Vorläuferorganisation der heutigen UNO. In den 20er und 30er Jahren ist er in führenden Stellungen in amerikanischen Banken tätig, gründet auch selbst in New York eine Investmentbank, die, wie andere amerikanische Banken auch, Geschäftsbeziehungen mit Hitler-Deutschland unterhielt.
1938 wechselt er wieder in die gleiche Rolle wie im ersten Weltkrieg: Er beschäftigt sich mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Krieg. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs 1940 "wird er von Churchill nach Washington geschickt, um Rüstungseinkäufe zu tätigen. Dort wird er praktisch in die Regierung übernommen und eine der entscheidenden Figuren bei dem Unternehmen, die Maschine in Gang zu bringen, die den Krieg gewinnen sollte", wie Monnet selbst in seinen Memoiren schreibt (Bracher S. 83).
Nach dem Krieg gehen auch von Monnet entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammt der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte. Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet.
Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union. Er war von vornherein als voller Staat angelegt: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war

Monnet der erste Präsident.
1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskommitee für die Vereinigten Staaten von Europa". Es "blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat." (Bracher, S. 84) So wird Monnet von 1950 bis weit in die sechziger Jahre hinein das "eigentliche intellektuelle und politische Zentrum der europäischen Einigungsbemühungen", wofür er mit dem Titel "Vater eines vereinten Europa" bedacht wurde (S. 80).
Zwei Bewunderer von Monnet, Merry und Serge Bromberger, legten in ihrem Buch: *"*Jean Monnet und die Vereinigten Staaten von Europa" seinen Plan dar*:*
"Allmählich sollten die supranationalen Behörden, die vom Europäischen Ministerrat in Brüssel und dem Europaparlament in Straßburg überwacht werden, die gesamte Politik des Kontinents bestimmen. Der Tag würde kommen, da die Regierungen gezwungen wären, zuzugeben, daß ein integriertes Europa eine vollendete Tatsache ist, ohne daß sie bei der Festlegung seiner Grundlagen auch nur das Geringste zu sagen hätten. Alles, was ihnen noch bliebe, wäre, ihre sämtlichen autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die Vereinigten Staaten von Europa zu verkünden."
Laut Focus 34/ 2010 sagte Monnet:
"Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne daß die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muß schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand."
Dieses Ziel haben seine Genossen und Nachfolger nie aus dem Auge verloren - bis heute.
Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.
In genau der Linie Monnets liegt auch, wie Jean-Claude Juncker laut Spiegel 52/1999 seinen EU-Kollegen die richtige demokratische Vorgehensweise erklärte:
"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."
Das Ziel europäischer Bundesstaat war der europäischen Integrationsbewegung also von Anfang an immanent. Darauf weist auch das Bundesverfassungsgericht in einem historischen Abriß seines "Lissabon-Urteils" vom 30. Juni 2009 deutlich hin:
"Bestrebungen richteten sich auf die Gründung Vereinigter Staaten von Europa und die Bildung einer europäischen Nation. Man wollte mit einer Verfassung den europäischen Bundesstaat begründen. … Der Idee der Verfassung für die Vereinigten Staaten von Europa standen von vornherein kräftige nationalstaatliche Orientierungen gegenüber… Mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und dem Scheitern der Europäischen Politischen Gemeinschaft wurde deutlich, daß sich der europäische Bundesstaat nicht direkt verwirklichen ließ. … Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die eine politische, auch außen- und sicherheitspolitische Einheit dann als allein folgerichtig erscheinen lassen würden…."
Zu diesen Wirtschaftsbedingungen gehört auch die Einführung des Euro und die Euro-Krise, die, wie in einem Artikel dieses Blogs dargelegt wird, offensichtlich planmäßig herbeigeführt worden ist.
Weitere Belege bringt ein Video der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" vom 4. Juni 2012

mit dem Titel "Die EU ist nicht Europa, sondern seine Zerstörung". Darin wird Jaques Attali, vormals Berater des französischen Präsidenten Mitterand, zitiert, der "bei den Verhandlungen 1990 dabei (war), als Bundeskanzler Kohl die Aufgabe der D-Mark als Preis für die Wiedervereinigung aufgezwungen wurde.
Laut Attali soll damals Mitterand mit einer Wiederbelebung der ´Tripple Entente‘ (Militärbündnis von 1907 zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußlands gegen Deutschland) gedroht haben. Im Januar letzten Jahres (also 2011) ließ Attali die Katze aus dem Sack. In einer Rede über die Eurokrise sagte er, die Krise sei nicht nur vorhersehbar gewesen, man habe sie sogar bewußt geplant, um eine starke europäische Haushaltsföderation zu schaffen.
"Alle diejenigen, die wie ich das Privileg hatten, bei der Abfassung der ersten Version des Maastricht-Vertrages die Feder zu führen, taten alles, um sicherzustellen, daß ein Austritt unmöglich wäre. Wir haben einen Artikel, der (einem Mitgliedstaat) *den Austritt erlaubt, absichtlich 'vergessen'. Das war nicht sehr demokratisch. Doch es war eine große Garantie dafür, die Dinge schwieriger zu machen, damit wir gezwungen waren, weiter voranzuschreiten".*
Weiter wird in dem Video Guiliano Amato zitiert, ehemaliger Vizepräsident des "Europäischen Konvents" für eine europäische Verfassung, der in einem Interview mit "La Stampa" am 12. Juli 2000 erklärte:
"Deshalb ziehe ich es vor, langsam vorzugehen und die Souveränität Stück für Stück zu zerbrechen und dabei plötzliche Übergänge von den nationalen zu den Befugnissen des Bundes zu vermeiden. ... Ohne Souveränitäten (der Einzelstaaten) *werden wir keinen Totalitarismus haben. Demokratie braucht keinen Souverän."*
Er übergeht, daß uns dafür - ohne einen demokratischen Souverän - der viel größere bürokratische Totalitarismus der EU aufgezwungen wird, die mit imperialistischen Weltmacht-Ambitionen den früheren Nationalismus der Einzelstaaten auf einer größeren Ebene als Europa-Nationalismus nur fortsetzt.
Unverblümt in dieser Richtung sind die Worte des Briten Robert Cooper, vormaliger Berater Tony Blairs und jetziger Top-Berater von Lady Catherine Ashton, der "Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitsfragen", die er in seinem Buch "The Breaking of Nations" (2003) geschrieben hat:
"Beim Umgang mit der altmodischen Sorte von Staaten außerhalb der postmodernen Grenzen müssen sich die Europäer auf die rauheren Methoden früherer Zeiten zurückbesinnen: Gewalt, … Angriffe, Täuschung, was immer auch für diejenigen notwendig ist, die noch in der Welt des 19. Jahrhunderts gefangen sind, wo jeder Staat für sich existierte. Im Dschungel muß man sich an die Gesetze des Dschungels halten."
Mit diesem Artikel könnte auch der letzte Zweifler erkennen … "Neue Weltordnung" ist keine Verschwörungstheorie, sondern wenn man so will eine globale Reform (Neuordnung). Die wohl wie auch schon immer in der Geschichte, von einigen wenigen erdacht und für alle anderen gültig.

EU-Vision

Was haben sie vom Menschen-Ich verstanden?
Sie schwemmen mit Konsum Europas Fluren,
Ersticken seiner Völker Hochkulturen
Und schlagen ihren Geist in feste Banden.
Es ist das Ich, das die Entwicklung treibt,
Aus dem Kultur- und Geistesblüten sprossen.
Sie haben es in Normen eingeschlossen,
In denen es sich innerlich zerreibt.
So phrasenhaft ward "Freiheit" nie verwendet.
Die äußre Leibes-Sicherheit verdeckt,

Wie Vormundschaft die Selbstbestimmung schändet;
Unendliche Verordnungsflut bedeckt
Europaweit des Menschen eig'ne Wege.
Er irrt in eines Monsterstaats Gehege.
(hl)<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 23. Januar 2015 (x892/…): >>**"Mario Draghi ist ein Verbrecher"**

Nach der Überschwemmung der Finanzmärkte mit über einer Billionen Euro Steuergeldern europäischer Steuerzahler hat die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch den EZB-Chef als "Verbrecher" bezeichnet. Der Italiener macht, wie von vielen befürchtet, mit der EZB die gleiche Geldpolitik, wie sie Italien schon seit Jahrzehnten betrieben hat, als es noch die Lire gab. Auch von vielen anderen europäischen Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und Experten kam zum Teil heftige Kritik an der asozialen Politik der Euro-Verbrecher. Die einzigen Profiteure sind die, die jetzt jubeln: die Banken und Finanz-Jongleure.

Die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch nannte Draghi einen "Verbrecher", der eine "asoziale" Politik verfolge. "Er hat soeben in Frankfurt angekündigt, die Märkte mit mehr als einer Billion Euro zu fluten. Vermögende werden noch vermögender. Arme werden ärmer. Umverteilung von unten nach oben wie noch nie in der Geschichte", kritisierte von Storch.

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch warf Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, die Bundesbank im Kampf gegen das EZB-Programm allein gelassen zu haben. "Alle Notenbankchefs von stabilitätsorientierten Ländern sind dagegen", betonte er gegenüber dem Handelsblatt.

Der Präsident des Münchner Ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, sagte: "Das ist illegale und unsolide Staatsfinanzierung durch die Notenpresse. Wenn die EZB Papiere kauft, werden die Staaten neue Papiere verkaufen und somit von der Druckerpresse finanziert." Dies sei laut EU-Verträgen "eigentlich verboten und bedarf der Klärung durch das deutsche Verfassungsgericht". Doch wie man weiß: Wenn es um die EU geht, nickt das Verfassungsgericht alles ab. Die Menschen können sich auf niemanden mehr verlassen. Sie müssen jetzt ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Die EZB sei ein "unkalkulierbares Risiko" eingegangen, sagte Verbandschef des Bunds der Steuerzahler Reiner Holznagel der Neuen Osnabrücker Zeitung. "Jetzt sind die Geldschleusen auf." Für die Rekordschulden der Staaten in der Euro-Zone seien allein die nationalen Regierungen verantwortlich.

Der deutsche Versicherungsverband zeigte sich besorgt über die Auswirkungen für Sparer in Deutschland. "Der Schritt der EZB ist eine Zumutung. Es ist vollkommen ungewiß, ob das Ankaufprogramm die erhofften Effekte bringt", warnte dessen Präsident Alexander Erdland. Sicher sei hingegen, daß weiterer Schaden für die Sparkultur in Deutschland angerichtet werde. "Denn das Ankaufprogramm verstärkt den Druck auf festverzinsliche Wertpapiere, die eine Säule der privaten Altersvorsorge sind. Das macht es uns jetzt noch schwerer, den Menschen gute Angebote für ihr Alter zu machen."

Alle Befürchtungen der Bürger in Europa, insbesondere der Deutschen, werden bestätigt. Die EU und die EZB sind Organisationen, die gegen die Interessen des Gemeinwohls, gegen ein christliches Europa und für gesellschaftszerstörende Ideologien und für die Macht der Banken kämpfen. In einem gesunden Staat, der das Gemeinwohl im Blick hat, müßten Merkel, Schäuble und Konsorten ins Gefängnis.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 24. Juni 2016 (x892/…): >>**Anfang vom Ende der EU?**

Die Briten haben entschieden. Mit einer klaren Mehrheit von 51,9 Prozent der Stimmen verabschieden sich die Briten aus der Europäischen Union. Dazu gratulieren wir den Völkern

der Insel im Westen Europas. Die von der EU-Bürokratie gesteuerten Medien sind da natürlich völlig anderer Meinung. Einstimmig (!!!) beschimpfen die Medien die britischen Wähler wegen ihrer Entscheidung gegen eine Fortsetzung der permanenten Eingriffe in die persönlichsten Bereiche der Familien und Menschen in Europa und für ihre Selbständigkeit. Für die EU bedeutet bekanntlich "Demokratie" das zu wollen, was die EU-Bonzen wollen. Niemand stellt sich ernsthaft die Frage, warum die Bürger die Nase voll haben von der EU.
Die gesamte Argumentation gegen den EU-Austritt beruht auf einem einzigen Punkt: den wirtschaftlichen Nachteilen für die Briten und wohl auch für die EU. Aber das war den Wählern durchaus bewußt. Sie haben sich trotzdem für den Austritt entschieden.
Wäre die EU noch die EWG, handelte es sich um eine Wirtschaftsgemeinschaft, in der die Dinge subsidiär geregelt werden, die von den Nationalstaaten nicht oder nur sehr schwierig geregelt werden können, hätte es keinen Brexit gegeben und es gäbe auch kaum Widerstand gegen die EU.
Doch die EU will mehr: sie mischt sich in Bereiche ein, die von den Nationalstaaten und den Regionen viel besser geregt werden können. Dies verstößt gegen das naturrechtliche Prinzip der Subsidiarität, nach dem jede Gemeinschaft die Angelegenheiten selbst regeln muß und darf, die sie selbst regeln kann. Dazu gehört fast alles, aber es gibt durchaus sinnvolle Regelungen, die von der Gemeinschaft besser geregelt werden können, z.B. wirtschaftliche Fragen zwischen den Mitgliedsstaaten und die Kooperation mit anderen Ländern und Gemeinschaften.
Auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik wäre sinnvoll, um sich von der US-Vorherrschaft in der NATO zu lösen. Doch da geschieht nichts. Die EU ist nur ein Anhängsel der USA und ihrer Hegemonialinteressen. Nirgendwo wird das deutlicher als bei den Boykottmaßnahmen gegen Rußland, die den EU-Mitgliedern erheblich schaden, den Amis aber nur nutzen.
Das sich über die Hälfte eines Volkes trotz der wirtschaftlichen Vorteile der EU aus dieser totalitären Organisation verabschiedet, sollten den EU-Bonzen eigentlich zu denken geben, zumal in den meisten westeuropäischen Ländern die Bürger ähnlich denken wie die Briten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die EU-Diktatoren kündigen bereits Strafmaßnahmen gegen die Briten an und es geht so weiter wie bisher, nur noch radikaler.
Statt Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten zurückzugeben, wird man die Politik der Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien weiterbetreiben. Nur ein Beispiel: Wäre es möglich gewesen, die Gender Mainstreaming Politik in einem europäischen Land durchzusetzen, wenn dies nicht von den EU-Diktatoren befohlen worden wäre? Hätte es für eine solche Politik in einem nationalen Parlament eine Mehrheit gegeben? Ähnliches gilt für viele andere Bereiche in der Gesundheitspolitik der Familienpolitik usw.
Wir Katholiken sind nicht gegen eine gemeinsame europäische Politik. Aber wir sind gegen Eingriffe der EU in Bereiche, die sie nichts angeht. Eine EU ist sinnvoll, wenn sie STRENG das Subsidiaritätsprinzip beachtet. Da DIESE EU dies niemals tun wird, bleibt nur der Austritt und die Vertreibung der EU-Diktatoren!<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 13. September 2016 (x892/…): >>**Immigration: eine einzigartige Gelegenheit, das auf Christentum und Nationen gegründete Europa zu zerstören**
Der Außenminister des kleinsten europäischen Landes (Luxemburg) hat das souveräne Ungarn zu einem Kurswechsel seiner Politik aufgefordert, ansonsten werde es zeitlich begrenzt oder auf Dauer aus der EU ausgeschlossen. Wenig bekannt ist eine aktuelle Rede des Premierministers Viktor Orban zum Thema der Flut illegaler Immigranten nach Europa, die wohl den Zorn der EU-Mächtigen auf sich gezogen hat und die wir hier in den wichtigsten Auszügen wiedergeben.
"Wenn wir wirklich helfen wollen, dann müssen wir wirklich dort helfen, wo die Ursache für

das Problem liegt. Wenn Europa das beste für sich selbst will und eine Gemeinschaftsarmee schaffen will, dann muß es auch das Mittelmeer kontrollieren und - so wie es auch die alten römischen Kaiser taten - leere und nicht berechtigte Boote und Schiffe versenken.
Die Migration wird enorme Konsequenzen für Europa haben, und in dieser Situation haben wir, die Europäer, noch nicht einmal entschieden, was wir wirklich wollen. Unser tatsächliches Problem ist Brüssel, nicht die Einwanderer. Wir sollten entscheiden, ob wir einzelne Nationen oder ein vereinigtes Europa wollen.
Wenn wir die Einwanderer einladen, dann ist es ganz offensichtlich, daß sie auch kommen werden. Ich hoffe, daß wir mit dem ungarischen Referendum (über die Aufnahme von Einwanderern) dem restlichen Europa ein Beispiel geben und daß nach den Wahlen im nächsten Frühjahr eine neue Elite die EU führen wird statt der augenblicklichen Elite von Nihilisten, eingeschlossen Juncker, Verhofstadt und Schulz.
Der politische Krieg, der sich auf das Thema der Migration gründet, ist eine Gelegenheit, welche die beiden Parteien zufriedenstellt. Für sie ist es eine einmalige Gelegenheit, das auf das Christentum und die Nationen gegründete Europa zu zerstören, um die ethnischen Grundlagen Europas völlig zu verändern.
Sie wissen ganz genau, daß die Moslems niemals für eine Partei mit christlichen Wurzeln stimmen werden, und so werden die konservativen Parteien schon wegen der enormen Menge der anwesenden Moslems von der Macht verdrängt werden.
Es ist dieser Krieg aber auch eine ganz ausgezeichnete Möglichkeit für die Verfechter der Nationalstaaten mit christlichen Wurzeln. Unsere große Möglichkeit heute ist es, jede Diskussion über die Migrationskrise durch dieses obligatorische System zu verhindern."
Noch vor kurzem hatte Orban das Vorhaben bestätigt, einen zweiten Stacheldrahtzaun errichten zu lassen, um Ungarns Grenzen zu schützen - er habe keinerlei Vertrauen in die Absicht der EU-Führer, die Flut der Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika einzudämmen.
Der luxemburgische Außenminister Asselborn hatte öffentlich geäußert: "Wer wie Ungarn Zäune gegen Kriegsflüchtlinge baut oder wer die Pressefreiheit oder die Unabhängigkeit der Justiz verletzt, der sollte vorübergehend oder notfalls für immer aus der EU ausgeschlossen werden." - Nun, das wäre - wie wir meinen - durchaus eine Chance für Ungarn. Und es bräuchte noch nicht einmal ein Referendum zu organisieren, wie Großbritannien das noch mußte. Deutlich reagierte auch Ungarns Außenminister Szijjártó: er nannte Asselborn "belehrend, arrogant und frustriert" und eine "unernste Figur", die "sich schon längst selbst aus der Reihe der ernst zu nehmenden Politiker ausgeschlossen" habe.
Daß Ungarn seine und damit die EU-Außengrenzen völlig rechtens und zu Recht sichert, sich und uns gegen illegale Einwanderung schützt und im übrigen eben genau jene Verträge wie Dublin II respektiert, die ansonsten in bzw. von der EU massenhaft gebrochen werden, muß hier nicht wiederholt werden und wirft ein ganz bezeichnendes Licht auf die Gründe für die Reaktionen gewisser EU-Verantwortlicher.<<
Herbert Ludwig berichtete am 24. Oktober 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die katholische Kirche und die Europäische Union (x977/…): >>**Der Heilige Stuhl und der "Kreißsaal der EU"**
Eine wesentliche Entwicklungslinie, die zum Beginn und zur weiteren Förderung der europäischen Einheitsstaats-Bewegung geführt hat, zieht sich von Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Winston Churchill und dem US-Geheimdienst über das "American Committee for a United Europe" (ACUE), zur "Europäischen Bewegung", der "Union Europäischer Föderalisten" (UEF*)* und den "Europarat".
Diese weitgehend vom CIA mitfinanzierten hauptsächlichsten Organisationen bilden den Humus, welche die heute bis zur EU entwickelte Brüsseler Organisation in Gang gebracht

haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben.
Zentrales Motiv der angloamerikanischen Förderung eines europäischen Staates ist es, eine Entwicklung Deutschlands als unabhängige, selbständige Nation für die Zukunft auszuschließen. Dies ergibt sich schon aus einem Papier des amerikanischen Außenministeriums vom Februar 1949, in dem es hieß, daß die Besatzungsherrschaft nur aufgelöst werden sollte, wenn "*ein angemessener Rahmen einer allgemeinen europäischen Union, in die Deutschland absorbiert werden kann",* existiere.
Die Initiative für einen solchen Rahmen solle man aber den Europäern selbst überlassen und sie nur von außen unterstützen. Die Initiative ist ja insbesondere von Coudenhove-Kalergi und Jean Monnet ergriffen worden. Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

Der Einfluß der römisch-katholischen Kirche

Eine zweite Linie geht vom "Heiligen Stuhl" in Rom aus. Die Päpste und die ihr unterstehenden Kirchenoberen haben die von den weltlichen "Eliten" betriebene Entwicklung zu einem europäischen Bundesstaat von Anfang an unterstützt. Eine der treibendsten katholischen Kräfte war Papst Pius XII.
Nach der Gründung der EWG und der EURATOM am 25. März 1957 in Rom, die der 1951 in Paris gegründeten Montanunion zur Seite traten, kritisierte er auf dem Europa-Kongreß, daß insbesondere die EWG noch keine eigentliche Gemeinschaft sei, weil ihr eine eigene Autorität fehle, die "wirkliche Gewalt" besitze und Verantwortung trage.
Er gab den politischen Akteuren die Aufgabe mit auf den Weg, "*für eine Stärkung der Exekutive in den bestehenden Gemeinschaften zu sorgen und damit die Konstituierung eines einheitlichen politischen Organismus ins Auge zu fassen."* Eine europäische Außenpolitik schien ihm schon damals möglich und nötig.

Otto von Habsburg

Zu den intensiv in diesem Sinne für die Interessen der katholischen Kirche Wirkenden gehörte Otto von Habsburg, der 1912 geborene älteste Sohn von Karl I., des letzten, 1922 mit 35 Jahren im Exil in Portugal gestorbenen Kaisers von Österreich-Ungarn.
Kaiser Karl wurde "*von seinen Biografen einhellig eine tiefe Religiosität und bedingungslose Treue zur katholischen Kirche bescheinigt. Kritiker sehen in Karl einen "Befehlsempfänger der Kirche" (Brigitte Hamann), der als "politischer Diener der Kirche" sich sklavisch an die Vorgaben der Kirche gehalten und dadurch die Trennung von Staat und Kirche ignoriert hätte."*
Aus Dankbarkeit wurde er am 3. Oktober 2004 "*von Papst Johannes Paul II. in die Reihen der Seligen der römisch-katholischen Kirche aufgenommen. … Die Kirche würdigte durch ihre Entscheidung Karls Sicht des Herrscheramtes als "Heiligen Dienst" und erklärte ihn zum Vorbild für politische Verantwortungsträger."*
Entsprechend tief war auch sein Sohn Otto mit der Katholischen Kirche verbunden. *"Seine Mutter erzog ihren Sohn auch nach dem Untergang der Doppelmonarchie und der 1921 in Ungarn beschlossenen Entthronung (Dethronisation) der Habsburger zu einem römisch-katholischen Monarchen."* (Wikipedia)
Er war … ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens", einer katholischen Ordensgemeinschaft, die ein vorbildliches Leben nach den Lehren und Vorschriften der Kirche vorschreibt. Ebenso gehörte er dem "Orden vom Goldenen Vlies" an, dessen Ziel die Erhaltung des katholischen Glaubens, der Schutz der Kirche und die Wahrung der unbefleckten Ehre des Rittertums ist.
Ab Mitte der 1930er Jahre setzte sich Otto von Habsburg innerhalb der "Paneuropa-Union" an der Seite des Gründers Richard Graf von Coudenhove-Kalergi für die europäische Einigung,

also einen europäischen Bundesstaat ein. Der römisch-katholische Laienorden "Opus Dei" favorisierte ihn als künftigen Monarchen über ein vereintes katholisches Europa.
Von 1957 bis 1973 war er Vizepräsident der Paneuropa-Union, von 1973 bis 2004 als Nachfolger Kalergis Präsident und von 2004 bis 2011 Ehrenpräsident. (Wikipedia) Nachdem er 1978 neben der österreichischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatte, war er von 1979 bis 1999 für die CSU Abgeordneter im Europäischen Parlament.
Als Gegner des Nationalsozialismus floh er 1940 in die USA. Er pflegte intensive persönliche Kontakte zu Präsident Franklin Roosevelt und insbesondere Winston Churchill, den er für das Nachkriegskonzept einer Donauföderation interessierte. Nach seinen Vorstellungen sollte auf dem Gebiet des früheren Österreich-Ungarns ein neuer monarchischer Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn nach dem Vorbild Belgiens entstehen, der zwei große Bevölkerungsgruppen vereinigte.
Auch die Länder Bayern, Baden, Württemberg und Hohenzollern-Sigmaringen sollten als Monarchien wiederhergestellt und in einem sogenannten "Süddeutschen Bund" vereinigt werden. (Wikipedia)

Jozsef Retinger

Einen noch tiefer gehenden Einfluß übte der undurchsichtige Pole Dr. Jozsef Retinger (1888-1960) aus. Er absolvierte … das Noviziat des Jesuiten-Ordens in Rom ab, hängte allerdings wegen der "zu großen Hürde des Zölibats" den Priesterberuf wieder an den Nagel.
Den Besuch einer katholischen Schule zu erwähnen, ist in unserem Zusammenhang nicht unwichtig, soll diese ihre Schüler doch im Geiste "*katholischer Lehre und Praxis"* erziehen. Und die von den Jesuiten gegründeten Schulen und Universitäten sollen "*Gewähr dafür bieten, daß kommende Generationen fest verwurzelt im katholischen Glauben heranwachsen - modern ausgedrückt, sicherten sie sich damit langfristig die kulturelle Hegemonie."* (Wikipedia)
Offensichtlich blieb Retinger auch Kirche und Orden weiterhin treu verbunden.
Während und nach seinem Studium … kam er dank seines Förderers Graf Zamoyski mit zahlreichen führenden Leuten aus Kultur und Politik in Berührung. "*Etwa zur selben Zeit beginnt er seine politische Karriere …*
Im Ersten Weltkrieg gelang es Retinger, "*Polen zu verlassen. Er trägt eine Reihe sehr wichtiger Dokumente und Briefe bei sich, unter anderen einen von Erzbischof Bilczewski an seinen Kollegen in Westminster (Kardinal Bourne). Des weiteren bekommt er Instruktionen von Bilczewski, und die Dokumente, die an Retinger übergeben wurden, tragen die Unterschriften von einigen 20 führenden polnischen Persönlichkeiten. Dank dieser Papiere ist Retinger in der Lage zu beweisen, daß er derjenige ist, der das Sagen hat, mit der vollen Handlungsvollmacht überall als ein Art polnischer Botschafter zu agieren."*
Seine Beziehungen zu führenden Persönlichkeiten der Westmächte führen … dazu, daß er zur Verhandlungsdelegation des belgischen Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma gehört, die Anfang 1917 geheim einen Separatfrieden mit Kaiser Karl I. von Österreich-Ungarn sondieren soll.
"Dies ist ein komplexes Thema, weil der sogenannte Habsburg- oder Ledóchowski-Plan damit zu tun hat. Dieser Plan wollte für das Haus von Habsburg einen Staatenbund aus römisch-katholischen Ländern in Zentral- und Osteuropa arrangieren. Obwohl dieser Plan vom General der Jesuiten stammte, Graf Wladimir Ledóchowski - selbst ein Pole -, so erwies er sich ebenso, der Traum des späteren Papst Pius XII. zu sein. Um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, wurde Retinger zu einem der Verhandlungsführer, zusammen mit Prinz Sixtus von Bourbon-Parma und dem General der Jesuiten. …
Während des Zweiten Weltkrieges wurde er einer der engsten Berater von General Sikorski, den Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung in England, der ihn den "Cousin des Teufels" nannte.

Nach dem Krieg setzte er sich intensiv für die europäische Integrationsbewegung ein und war 1947 maßgeblich an der Gründung der (vom "American Committee for a United Europe" geförderten) "Europäischen Bewegung" beteiligt, deren erster Generalsekretär er wurde und 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag organisierte, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.
Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Auch die Gründung des bis heute außerordentlich einflußreichen "Europarates" geht auf seine Initiative zurück. Schließlich entsprang auch die Gründung der "Bilderberger-Konferenzen" seinen strategischen Planungen, für die er Prinz Bernhard der Niederlande als Vorsitzenden und Symbolfigur gewann. (Wikipedia)
Das Wirken Józef Retingers für eine staatliche Einigung Europas im Sinne des Vatikans, sozusagen für ein "Heiliges Römisches Europa", war also noch ungleich grundlegender als das Otto von Habsburgs.

Im "Kreißsaal der EU" in Rom

Die feierliche Unterzeichnungszeremonie der Gründungsverträge von EWG und EURATOM, den Vorläufern der EU, fand am 25. März 1957 … in Rom … statt. Von den für die 6 Gründungsländer Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnenden Staatsmänner waren die meisten - K. Adenauer, Chr. Pineau, A. Segni, J. Luns - katholisch geprägt.
Der Saal ist mit seinen Wandmalereien der Erinnerung an die kriegerischen Ursprünge des Römischen Imperiums gewidmet. Die Statuen zweier Päpste dokumentieren in geistiger Nachfolge des Imperiums den Machtanspruch der römisch-katholischen Kirche über die Seelen der Menschen.
Nach der Erhebung des Christentums zur römischen Staatsreligion im 4. Jh. hatte die römische Kirche Struktur und juristische Denkweise des zerfallenden römischen Imperiums angenommen, der Bischof von Rom war mit Hilfe der Macht der römischen Kaiser gegen den Widerstand der meisten anderen Bischöfe zum Oberhaupt (Papst) aufgestiegen und hatte von den Kaisern das Amt des Pontifex Maximus, des obersten Priesters, übernommen. Die Auswahl des symbolträchtigen Ortes war sicher kein Zufall, sondern gezielt angeordnet.
Auch die Unterzeichnung des "Vertrages über eine Verfassung für Europa", der die EU bereits in einen Quasi-Bundesstaat erheben sollte, fand 47 Jahre später, am 29. Oktober 2004, feierlich in diesem Saal statt, den die Süddeutsche Zeitung daher in wohlwollender Flapsigkeit als "Kreißsaal der EU" bezeichnete.
Dabei ist nicht unwesentlich, daß diese Verfassung maßgeblich unter der Leitung des Jesuitenzöglings und früheren französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing entworfen wurde, der wie Otto von Habsburg ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens" ist.
Die unterzeichnenden Staatsmänner saßen direkt unter der mächtigen, überlebensgroßen Statue des Papstes Innozenz X., der gleichsam seine segnende rechte Hand über sie ausstreckt. … Innozenz X. war Papst von 1644-1655.
Als 1648 der Dreißigjährige Krieg - für die katholische Kirche praktisch erfolglos - mit dem Westfälischen Frieden beendet wurde, der den Herrschafts- und Einflußbereich der Protestanten festschrieb, wandte sich Innozenz mit aller Schärfe dagegen und verweigerte als einziger die Unterschrift unter den Friedensvertrag. Europa sollte katholisch bleiben und nicht teilweise unter protestantische Herrschaft geraten.
Der Papst erklärte in einem Schreiben ("Zelo domus Dei") *"kraft Apostolischer Machtvollkommenheit den Artikel des Westfälischen Friedens für nichtig, ungültig, unbillig, ungerecht, verdammt, verworfen, vergeblich, der Kräfte und Erfolge entbehrend für alle Zukunft, nie-*

mand sei zu ihrer Einhaltung verpflichtet." (Wikipedia)
Die unterzeichnenden Staatsmänner blickten genau gegenüber auf die gleichfalls übermächtige Statue von Papst Urban VIII. (1623-1644), des unmittelbaren Vorgängers von Innozenz X. Papst Urbans unerbittlicher Vernichtungswille der deutschen Protestanten kam anläßlich der Verwüstung Magdeburgs am 20. Mai 1631 durch die Truppen der katholischen Liga zum Ausdruck. Es war zu tagelangen Raubzügen, Vergewaltigungen und Gewalttaten gekommen, bei denen mehr als 20.000 Bürger getötet wurden.
"*In ganz Europa war man über dieses Massaker entsetzt, und es gilt als das größte und schlimmste während des Dreißigjährigen Krieges. Es hieß, die Taten und der Schrecken seien in ihrer Entsetzlichkeit 'nicht in Worte zu fassen und nicht mit Tränen zu beweinen'. Papst Urban VIII. hingegen verfasste am 24. Juni 1631 ein Schreiben, in dem er seine Freude über die "Vernichtung des Ketzernestes" zum Ausdruck brachte."* (Wikipedia)

Was drückt sich in dieser Symbolik aus?

Aus der Ich-Kraft und dem Freiheitsimpuls Mitteleuropas erhob sich mit der Reformation die größte Rebellion gegen den religiösen Herrschaftsanspruch des Papsttums. Zwar geht von der verflachten Evangelischen Kirche von heute keine Gefahr mehr für Rom aus, aber man weiß, daß in dem Geistesstreben der Deutschen, wie es in der deutschen Klassik, Romantik und Philosophie des Idealismus besonders zum Ausdruck kam, *nach wie vor die größte Gegnerschaft schlummert.* … Doch dieses Streben zielt danach, die Grenzen von Religion und Wissenschaft aufzuheben, so daß der Philosoph Schelling formulierte: "*Die deutsche Nation strebt mit ihrem ganzen Wesen nach Religion, die mit Erkenntnis verbunden und auf Wissenschaft begründet ist."*
Damit wird der Priester als Vermittler zwischen irdischer und göttlicher Welt überflüssig. Das ist schon in Luthers Tat veranlagt, der die jedermann zugänglichen Evangelien über die Dekrete des Papstes stellte. Daher wird auch Rudolf Steiner, der in Anknüpfung an den deutschen Idealismus … einen wissenschaftlichen Weg zur Erkenntnis der geistig-göttlichen Welt, eine Geistes-Wissenschaft begründete, von der katholischen Kirche auf allen Ebenen bekämpft. Im unmittelbaren Verhältnis jedes Menschen zur göttlich-geistigen Welt liegt die größte … Bedrohung der Kirche.
Ein unabhängiges Deutschland mit einem freien Geistesleben muß daher verhindert und in einem europäischen Bundesstaat gebunden oder gar absorbiert werden.

Die 60-Jahr-Zeremonie

Die EU befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise, die einen besonders dramatischen Ausdruck in der Austrittserklärung Großbritanniens gefunden hat. Was lag da näher, als am 25. März 2017, dem 60. Jahrestag der Unterzeichnung der römischen Verträge, zusammenzurücken und im selben Saal in Rom die Gründungsideale erneut zu beschwören.
Die Regierungschefs der verbleibenden 27 EU-Staaten unterzeichneten feierlich eine Erklärung, die das Versprechen der EU auf Frieden, Freiheit und Wohlstand erneuern soll. "*Heute erneuern wir in Rom unser einzigartiges Bündnis freier Nationen, das vor 60 Jahren von unseren großartigen Vorgängern ins Leben gerufen wurde",* sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk. *"Sie hatten den Mut des Kolumbus, unbekannte Gewässer zu besegeln, eine neue Welt zu entdecken."*
Am Abend zuvor war man von Papst Franziskus in Audienz empfangen und eingestimmt worden. Er sparte nicht mit Kritik und Ermahnungen.
Sechzig Jahre später nach Rom zurückzukehren darf nicht bloß eine Reise in die Erinnerungen sein, sondern ist vielmehr das Verlangen, das lebendige Gedächtnis jenes Ereignisses wiederzuentdecken, um dessen Bedeutung in der Gegenwart zu verstehen. …
'Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft', bekräftigte damals *der luxemburgische Premierminister Bech, 'wird nur dann leben und erfolgreich sein, wenn sie in ihrem Bestehen dem*

Geist europäischer Solidarität, der sie geschaffen hat, treu bleibt und wenn der gemeinsame Wille des entstehenden Europas mächtiger ist als die nationalen Willensbestrebungen.'
Dieser Geist ist angesichts der zentrifugalen Kräfte wie auch der Versuchung, die Gründungsideale der Union auf produktive, wirtschaftliche und finanzielle Erfordernisse zu reduzieren, heute höchst notwendig. …
Europa findet wieder Hoffnung in der Solidarität, die auch das wirksamste Heilmittel gegen die modernen Formen des Populismus ist. Die Solidarität bringt das Bewußtsein mit sich, Teil eines einzigen Körpers zu sein, und schließt gleichzeitig die Fähigkeit eines jeden Gliedes mit ein, mit dem anderen und dem Ganzen zu 'sympathisieren'. …
Die Formen von Populismus hingegen sind eben Blüten des Egoismus, der in einen engen und erdrückenden Kreis einschließt und nicht zuläßt, die Enge der eigenen Gedanken zu überwinden und darüber hinaus zu sehen. Man muß wieder beginnen, europäisch zu denken, um die gegensätzliche Gefahr einer grauen Uniformität oder des Triumphs der Vielstaaterei (Partikularismen) abzuwehren. …
Meinerseits kann ich nur versichern, daß der Heilige Stuhl und die Kirche ganz Europa nahe ist. An seinem Aufbau hat die Kirche stets mitgewirkt und wird immer mitwirken. Dazu bittet sie für Europa um den Segen des Herrn, damit er es beschütze und ihm Frieden und Fortschritt schenke."
Mit dem positiven Begriff "Europa" ist natürlich das Konstrukt der Europäischen Union gemeint, womit suggeriert wird, beide als identisch aufzufassen. Aus den Worten des Papstes wird der Wille zu einem europäischen Gesamtstaat, einem *einzigen Körper,* deutlich, in dem sich die Einzelstaaten mit ihren *nationalen Willensbestrebungen* einfügen und unterordnen sollen. Denn diese *zentrifugalen Kräfte* seien heute verführerischer *Populismus,* der nichts anderes als beschränkter nationaler Egoismus bedeute, dem der notwendige Weitblick fehle.

Zum Bild: Der gegenüber der politischen Ebene erhöhte Heilige Stuhl, auf dem der Papst in gebührendem Abstand über den anderen thront, suggeriert, daß er einer höheren geistigen Ordnung angehöre, daß er der göttlichen Welt nahe stehe, aus der er letztlich seine Weisheit, seine Handlungsimpulse und den göttlichen Segen empfange, den weiter zu spenden, er kraft

göttlichen Auftrags ermächtigt sei.

Die hierarchische Ordnung

Die römisch katholische Kirche hat eine streng gegliederte Priesterhierarchie, die sich über den Gläubigen auftürmt und deren Verhältnis zur göttlichen Welt regelt und bestimmt. In ihrem Anspruch auch auf weltliche Herrschaft greift sie im Grunde auf die Form altorientalischer und altägyptischer Theokratien zurück, in denen der gottgleich verehrte oberste Priester zugleich oberster weltlicher Herrscher, absoluter Monarch war. Eine Karikatur dieses Strebens ist im Vatikanstaat erhalten geblieben, "*einer absoluten Wahlmonarchie, deren Monarch der Papst ist."* (Wikipedia)

In der geschichtlichen Folge waren aber die Theokratien in den religiösen Teil der Kirchen und den weltlichen Teil der Monarchien auseinandergebrochen, wobei beide die unmittelbare Einsetzung und Legitimation durch die göttliche Welt geltend machten.

Mit der Konkurrenz der Könige und Kaiser "von Gottes Gnaden" mußte sich die römische Kirche auseinandersetzen. Das ganze Mittelalter ist von diesem Kampf gekennzeichnet, in dem das Papsttum stets die oberste göttliche Legitimation behauptete und von Karl dem Großen an auch zumeist die Einsetzung und Krönung der weltlichen Herrscher des "Heiligen Römischen Reiches" als erneuertes römisches Reich durchgeführt hat. Schon an der Wahl waren die "Fürstbischöfe" der Kirche, die zugleich weltliche Landesherren waren, als Angehörige des Standes der Kurfürsten beteiligt. Die römische Kirche durchsetzte das weltliche Reich und übte auf Adel und Volk einen allgegenwärtigen Einfluß aus.

Reformation und Ende des "Heiligen Römischen Reiches" waren ein schwerer Schlag für die Macht der römischen Kirche. Offensichtlich sieht das reaktionäre Papsttum in einem europäischen Gesamtstaat die Möglichkeit, ein "Heiliges Römisches Reich" in neuer Form wieder aufzurichten, das natürlich unter den modernen Gegebenheiten einer demokratischen Fassade bedarf.

Dahinter handelt es sich aber um ein hierarchisches System von Institutionen, die von einem neuen "politischen Adel" beherrscht werden, der von Mitgliedern oder Sympathisanten der Kirche durchsetzt sind und die Impulse der Kirchen bewußt oder unbewußt realisieren. Den Bürgern ist eine gesellschaftlich wirksame Mit- und Selbstbestimmung in der EU genauso verwehrt wie den Gläubigen die religiöse Selbstbestimmung in der römischen Kirche.

Es handelt sich um die wüsteste Reaktion gegen die vom wahren Christentum impulsierte Entwicklung der Menschheit zu Freiheit und Selbstbestimmung. Die angeblich christliche römische Kirche arbeitet der zentralen Verheißung und dem damit verbundenen Auftrag Christi entgegen: *"Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen."*

Nachbemerkung:

Es paßt in den Zusammenhang des Themas, daß der neue französische Präsident Emmanuel Macron, der zwei Tage nach der deutschen Bundestagswahl weitere Kompetenzübertragungen auf die EU durch einen eigenen Eurozonen-Haushalt mit Ministerium, einen EU-Verteidigungs-Etat und eine europäische Asylbehörde forderte, ebenfalls Jesuitenschüler ist. *"Aus einer nichtreligiösen Familie stammend, ließ sich Macron als 12-Jähriger bei Eintritt in die Jesuitenschule* (La Providence, in Amiens) *auf eigenen Wunsch katholisch taufen."* (Wikipedia). Er besuchte diese Schule bis zum 17. Lebensjahr. …<<

Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen, Teil 1

Es ist möglich, daß der Deutsche doch einmal von der Weltbühne verschwindet; denn er hat alle Eigenschaften, sich den Himmel zu erwerben, aber keine einzige, sich auf Erden zu behaupten und alle Nationen hassen ihn wie die Bösen den Guten.
Wenn es ihnen aber wirklich einmal gelingt, den Deutschen zu verdrängen, wird ein Zustand entstehen, in dem sie ihn wieder mit den Nägeln, mit denen sie den Deutschen ans Kreuz geschlagen haben, aus dem Grabe wieder auskratzen möchten.
Christian Friedrich Hebbel (1813-1863, deutscher Dichter)

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter: >>**Erste Gastarbeiter kommen**
Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.
Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<
Im Jahre 1967 waren die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhielten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).
Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnte im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<
Der CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1972-1998 Mitglied des Bundestages) erklärte am 26. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/191-192): >>... Unsere Mitbürger sind empört, wenn sie von manchen Politkern und Medien der Ausländerfeindlichkeit verdächtigt werden, während sie doch lediglich versuchen, sich aus ihren handgreiflichen Erfahrungen ein Urteil zu bilden. Das verstört und verletzt die Menschen. Manchmal entsteht bei ihnen sogar der Verdacht, daß das undifferenziert ausgesprochene Wort "Ausländerfeindlichkeit" von der Politik als Kampfbegriff zur Ruhigstellung des eigenen Volkes verwendet wird.
Ich kann nur warnen, meine Damen und Herren. Es wäre besser, wenn wir zugeben würden: Nicht das deutsche Volk hat in der Asylfrage versagt, sondern die deutsche Politik hat in der Asylfrage versagt.<<
Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlug im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...
Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen.<<
Im Jahre 1998 betrug die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Mai 2004 (x887/...): >>**Vor dem Bürgerkrieg**
Europa und die Expansion des Islam
... Mit dem Einmarsch der amerikanischen und britischen Truppen in den Irak in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 wurde eine neue weltpolitische Ära eingeleitet: die Neuord-

nung des Nahen Ostens unter dem Banner der Demokratie, ganz im Sinne des US-Vizeaußenministers Wolfowitz.
Nicht nur für ihn ist der Irak der erste Dominostein auf dem Wege dieser Neuordnung. Auch unsere deutschen Deutungseliten hoffen, daß ein islamisches Land zur Demokratie finden kann, etwas, was in Europa weder im Kosovo noch in Bosnien gelungen ist. In Wirklichkeit ist ein stabiler, demokratischer Irak ebenso unwahrscheinlich wie ein demokratisches Afghanistan, ein Land, in dem der amtierende Präsident Karsai kaum seinen eigenen Palast unter Kontrolle hat und durch US-Leibwächter geschützt werden muß.
Die Welt-Unordnung wird sich nach dem absehbaren amerikanischen Rückzug aus dem Irak dann erheblich verstärken, wenn es, was zu vermuten ist, den Amerikanern nicht gelingen sollte, unter Respektierung der Traditionen und Realitäten eines islamischen Landes Ordnung und Frieden zu hinterlassen.
Ein solcher US-Rückzug würde nicht nur den gesamten Nahen Osten destabilisieren, sondern auch eine Reihe wackliger Systeme in anderen islamischen Staaten hinwegfegen und die Bedrohungslage für den Vorposten des Westens, nämlich Israel, bedrückend verschärfen. ...
Der durch den nicht lösbaren Konflikt in Israel bzw. Palästina angefachte und durch den Irak-Krieg enorm verstärkte Haß gegen die westliche Welt wirkt bis in die islamischen Parallelgesellschaften Europas.
Unser Kontinent ist bereits voll in diesen Sog von Gewalt, Terror und Krieg einbezogen, einhergehend mit einer anschwellenden Welle von Antiamerikanismus und von nachweislich wachsendem Antisemitismus, so wie das nicht nur in den Trabantenstädten Frankreichs beobachtet werden kann, sondern auch in der muslimischen Parallelgesellschaft Deutschlands.
Spätestens nach dem Anschlag von Madrid sollte die neue Bedrohungslage eigentlich allen Europäern bewußt sein. Doch zumindest viele Politiker stecken noch immer den Kopf in den Sand. ...
Die Vereinigten Staaten haben registriert, daß sie sich in einer globalen Auseinandersetzung befinden. Europas und insbesondere Deutschlands Deutungseliten verdrängen bzw. tabuisieren das, obwohl auch wir uns schon länger in einer Vorstufe dieses Konflikts befinden. Aus Deutschland kommende Muslime sind bei Kämpfen in Tschetschenien gefallen, in einer hiesigen Moschee gab es donnernden Beifall für eine ihren Märtyrermann preisende Ehefrau, die hofft, daß ihr Sohn den gleichen Weg gehen wird, und unter den Mordgesellen von Istanbul befand sich ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Türke.
Mehrere Tausend von unseren Sicherheitsbehörden als akut gewaltbereit eingestufte Muslime leben in Deutschland in einem unbekannten Heer von Sympathisanten und in durch Gruppenzwang geprägten Kollektiven.
Dennoch verhindern die politisch Verantwortlichen, diejenigen Extremisten, die Terroranschläge befürworten, für Terrororganisationen werben oder Terror vorbereiten, in ihre Heimatländer abzuschieben. ...
Statt dessen gibt es Pläne und Durchführungsmaßnahmen, die Ressourcen für die schon von den Vorgängerregierungen sträflich vernachlässigten Streitkräfte schwerpunktmäßig für militärische Expeditionsaufträge zu verwenden, die Wehrpflicht möglicherweise aufzugeben, das Heer zu verkleinern und das für den Schutz von zivilen und militärischen Objekten (und für neu zu bildende regionale Krisenreaktionskräfte) so notwendige Reservistenpotential zu verringern.
Noch wäre es möglich, derartige Fehlentwicklungen zu stoppen. Doch es eilt, denn bereits in sechs Jahren sind verschiedene Großstädte, vor allem in Nordrhein-Westfalen, bei der Altersgruppe der 20-40jährigen nicht mehr "in deutscher Hand", ab 2050 ist der Islam dann der Statistik zufolge sogar zur stärksten religiös-politischen Kraft geworden. Dann können sich die wenigen Nachkommen der deutschen Stammbevölkerung nur noch die Frage stellen, die Sol-

schenizyn in seinem berühmten Fastenbrief aufwarf, als er den Absturz der europäischen Brudervölker in den Ersten Weltkrieg betrachtete: "Wie konnte es so kommen?"
Das ethnisch-religiöse Überfremdungsproblem betrifft weite Teile Europas, wobei allerdings die neuen ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedsstaaten - abgesehen vielleicht von Slowenien - nicht direkt betroffen sind. ...
Das Reich Allahs ist identisch mit der politischen Ausdehnung des Islam und der Gültigkeit der Scharia. Gebiet, das einmal islamisch war, kann nach islamischer Lehre nie wieder deislamisiert werden. So sind in der Theologie der Muslime auch Spanien oder der Balkan "waqf", islamische Territorien.
Niemand auf dem Balkan wünscht sich eine Rückkehr der Osmanenherrschaft, wohingegen beispielsweise die Bewohner des Trentino und Triests den vergangenen Zeiten der Habsburgerherrschaft nachtrauern.
Insbesondere in Bosnien (aber auch in Mazedonien, im Kosovo und in Albanien) helfen die westlichen Staaten mit Haus- und Straßenbau, während islamische Staaten Moscheen errichten.
Islamistische Bewegungen haben einen großen strategischen Vorteil. Sie können mit den Moscheen ein kaum kontrollierbares Beziehungs- und Kommunikationsnetz nutzen. In Deutschland bekennen sich die Islamisten nach außen hin zum Grundgesetz. Nach innen aber gilt das Gesetz der Scharia. Diejenigen islamischen Organisationen, die hierzulande die meisten Moscheen und islamischen Kulturzentren errichten, haben ein gemeinsames Ziel: die Islamisierung Deutschlands.
Dies soll über den Umweg der "Takiya" erreicht werden, des Verschweigens bzw. Geheimhaltens der Ansichten und religiösen Überzeugungen in Fällen, in denen es dem Wohle des Islam dienlich ist.
Geduldet wird das, wie der Vorsitzende Richter Breiding im Kaplan-Prozeß feststellte, "durch das lasche und überängstliche Vorgehen der Behörden".
Viele Islamisten sind inzwischen eingebürgert und können nicht mehr ausgewiesen werden. Der innerstaatliche Frieden ist mehr als gefährdet. Schon heute haben wir in vielen Großstädten die sichtbare Balkanisierung der Gesellschaft, morgen vielleicht den Bürgerkrieg, in dem die überalterte Stammbevölkerung schlechte Karten hat.
Häufig als schutzlos empfindet sich jene verantwortungsvolle Minderheit, die noch Kinder hat, während sich die Deutungselite unter der Angstglocke bedeckt hält, um ansonsten nach dem Motto der Mehrzahl der Kinderlosen zu leben: "Nach uns die Sintflut." - Nur kommt hier nicht die Sintflut, sondern eine ganz neue Gefahr, denn, wie Udo Ulfkotte feststellte: "Der Krieg der Zukunft wird in unseren Städten stattfinden." ...<<
Der evangelische Pastor i.R. Eberhard Troeger berichtete später (während des 7. Europäischen Bekenntniskongresses vom 13.-15. Oktober 2004 in Freudenstadt) über den Islam (x917/…):
>>**Der Griff des Islam nach Europa**
Bei der Beschäftigung mit dem **"Griff des Islam nach Europa"** dürfen wir nicht übersehen: **Der Islam hat ein Programm für Europa,** und zwar nicht nur ein religiöses, sondern auch ein gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches Programm.
Die Europäer haben weitgehend noch nicht verstanden, daß der Islam eine umfassende, fast totalitär zu nennende Lebensordnung ist. In diesem Sinne definierte der **Islamrat für Europa** 1980 in London in einer Erklärung den Islam folgendermaßen:
"Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."
Universal Islamic Declaration, veröffentlicht am 28.4.1980 in der islamischen Zeitschrift **New Horizon** in London, deutsche Übersetzung abgedruckt im **Materialdienst der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD** Nr.7 Stuttgart, 1.7.1980, S. 181-184. Hier

wird klar ausgedrückt, daß der Griff des Islam nach Europa nicht nur religiös, sondern auch politisch zu verstehen ist.

Wer ist Träger des "Griffs nach Europa"? Der **Islamrat für Europa** spricht von einer "Bewegung", und das trifft die Sache recht gut. Der Islam ist keine Supraorganisation, vergleichbar etwa mit der römisch-katholischen Kirche. Nur unter den ersten vier Kalifen war der Islam ein einheitlicher religiös-staatlicher Herrschaftsraum, für den man auch den Ausdruck **"Haus des Islam"** verwendete. Im Laufe der Geschichte hat sich der Islam aber in eine Fülle unterschiedlich geprägter politischer Herrschaften, religiöser Sekten, theologischer und juristischer Institutionen und bruderschaftlich organisierter Basis-Bewegungen aufgesplittert.

Die werbemäßigen Aktivitäten gingen meistens vom nichtstaatlichen Islam aus. Das waren erstens die jeweiligen oppositionellen Gruppen, z.B. die schiitischen Absplitterungen; es waren zweitens die Bruderschaften, die zunächst ein religiöses Anliegen hatten, dann aber teilweise politisiert wurden. Inzwischen wurden auch moderne Organisationsformen übernommen. Weltweit werden Vereine, Verbände, Konferenzen usw. gegründet.

Es sind vor allem die nichtstaatlichen Organisationen, die Träger der islamischen Expansion sind. Es gibt aber einige wichtige Ausnahmen: Der iranische Staatsislam, der auf dem sog. Zwölfer-Schiismus basiert, und der staatliche Wahhabismus in Saudi-Arabien setzen sich weltweit mit viel Geld für die Ausbreitung des Islam ein. Auf der politischen Bühne geht zunehmender Einfluß von der **Islamic Conference Organisation (OIC)** aus, dem politischen Zusammenschluß der islamischen geprägten Staaten.

Die **OIC** ist jedoch ein schwerfälliges Gebilde, während die nichtstaatlichen Organisationen sehr mobil agieren. Im Sinne des am Anfang Gesagten haben aber auch die nichtstaatlichen Organisationen eine politische Agenda.

1. Der Griff nach Europa ist ein genuin islamisches Anliegen.

Es ist verkehrt zu meinen, daß nur der moderne Islamismus ein islamisches Europa wolle. Das Ziel eines islamischen Europa basiert vielmehr auf dem **Koran,** nach dem der Islam die wahre Religion für alle Menschen ist. Bereits der Koran lädt auch Christen und Juden und natürlich alle sogenannten Heiden ein, Muslime zu werden. Am Überlegenheitsanspruch des Islam gibt es in keiner islamischen Richtung einen Zweifel. **Der moralisch dekadente Zustand Europas nährt diesen Anspruch.** Für viele Muslime ist Europa ins Heidentum zurückgefallen, und deshalb wird der Islam als Lösung für die Probleme Europas angesehen.

In diesem Zusammenhang sind die koranischen Konzepte von Dauwa und Dschihad zu nennen. Dauwa ist die Einladung, den Islam anzunehmen, und als solche ist sie ein Teil des Dschihad, d.h. des Einsatzes für Allah. Der Dschihad ist umfassend und meint sowohl den Einsatz für den Islam als Allah-Verehrung als auch für den Islam als öffentlich-politische Ordnung: Menschen, die den Islam nicht freiwillig annehmen, können und sollen durch wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Druck dazu bewegt werden. **Ziel des Dschihad ist es, politische Verhältnisse zu schaffen, in denen nichts mehr dem Islam entgegensteht**. Früher eroberte man mit dieser Begründung riesige Gebiete - auch in Europa. Heute ist man sich darüber im klaren, daß eine militärische Eroberung Europas keine Option ist, aber man sieht eine Fülle anderer Mittel, dasselbe Ziel zu erreichen (s.u.).

Das Ziel ist also eindeutig, aber die Begründungen, die Erwartungen und die Methoden können bei den einzelnen muslimischen Gruppen sehr unterschiedlich sein. Ich will sie kurz skizzieren:

a. Im 'frommen Islam' geht man davon aus, daß Allah selbst Europa zum Islam bekehren werde, wenn und wann er es will, und daß es den Menschen nicht zustehe, das zu bewerkstelligen. Es ist dieser **quietistische Islam,** der die ganze Geschichte des Islam begleitet hat und der auch heute viele Muslime prägt. Er wird aus den mekkanischen Korantexten gespeist, aber auch aus vielen negativen Erfahrungen, da der Islam im Laufe seiner Geschichte bis heute von

vielen Machthabern für ihre eigenen Belange mißbraucht worden ist.

b. Die entgegengesetzte Richtung ist der aktivistische Islam, der sich von den kämpferischen medinensischen Texten des Koran zu Dauwa und Dschihad inspirieren läßt . Er wurde oft durch Angriffe auf den Islam provoziert, z.B. durch die Kreuzzüge, durch die Vertreibung der Muslime aus Spanien, durch den Kolonialismus, durch die christliche Mission, durch den Kommunismus, durch die Verbreitung liberaler und dekadenter westlicher Kultur und nicht zuletzt durch die **Existenz Israels** im Herzen der arabischen Welt. Seit über 100 Jahren ist dieser Islam auf dem Vormarsch und prägt heute das Erscheinungsbild des Islam.

c. Es ist nötig zu sehen, daß der islamische Aktionismus bzw. der sog. Islamismus der Gegenwart viele Gesichter hat. Zwei möchte ich skizzieren. Erstens gibt es Islamisten, die grundsätzlich der Meinung sind, **daß alle Aktion von der islamischen Gemeinschaft und ihrer Leitung, d.h. möglichst vom islamischen Staat, ausgehen müsse.** Dieser **Islamismus** ist gekennzeichnet durch langfristige Ziele und einen langen Atem: Seine bevorzugten Mittel sind friedliche Werbung für den Islam, Durchdringung der Gesellschaft, wirtschaftliche Maßnahmen und politische Lobbybildung.

Die andere Variante des Islamismus nimmt ein Eigenrecht zum Handeln für sich in Anspruch, d.h. **ein Kämpfen für den Islam** unabhängig vom islamischen Staat. Man wirft den muslimischen Staaten und ihren Führern, aber auch den moderaten Gruppen und Verbänden Feigheit, Anbiederung an den Westen aus Eigennutz und damit Korruption vor. Diese radikalen Islamisten kämpfen also einen Zweifrontenkampf, einerseits gegen den aus ihrer Sicht korrupten Islam und andererseits gegen die Feinde des Islam. Vorbild ist ihnen - und das nicht zu Unrecht - Muhammad, der in Medina nach innen gegen die sog. "Heuchler" und nach außen gegen die Gottlosen in Mekka kämpfte.

Die Methoden dieser radikalen Islamisten sind Revolution und Terror, und sie begründen das damit, daß ihnen als kleiner Minderheit keine andere Wahl bleibt. Sie wollen also die Herrschaft in einem Land durch gewaltsamen Umsturz erreichen, oder, wo das nicht möglich ist, ein Land durch Terror einschüchtern und erschüttern.

d. In Europa agieren bis jetzt vor allem die friedlichen Aktivisten, aber die radikalen Islamisten sind präsent und jederzeit zum Zuschlagen bereit, wie die Terrorakte in Spanien gezeigt haben.

2. Die Ziele und Methoden von Dauwa und Dschihad in Europa.

a. Die islamische Dauwa stellt den Islam als die überlegene religiöse und gesellschaftliche Ordnung dar: Der Islam schaffe Frieden im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft und löse die Probleme Europas. Das Christentum dagegen habe in Europa offenkundig versagt.

Diese Meinung wird in vielen Broschüren und Büchern auf den Markt gebracht. Man nützt Dialoge, Fernsehinterviews und Talkshows für die Dauwa. Islamische Radio- und Fernsehsender verbreiten diesen Islam, und man kämpft um Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

b. Die Dauwa kämpft gleichzeitig gegen das überwiegend negative Image des Islam in Presse, Fernsehen und Literatur. Man erhebt den Vorwurf der Unkenntnis und der bösartigen Fälschung und bekräftigt den Anspruch, daß nur Muslime das Recht hätten, den Islam darzustellen. Die kritische Darstellung des Islam wird als "Islamphobie" etikettiert, und man fordert Gesetze gegen die "Diskriminierung". Damit wird im Grunde eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gefordert.

c. Die Dauwa-Gruppen arbeiten strategisch vgl. dazu das Strategiepapier von Khurram Murad, Islamic Movement in the West: Reflection on some Issues, The Islamic Foundation, Leicester 1981 und zielstrebig, indem sie Journalisten, Pädagogen und Juristen ausbilden, wobei ihnen große Geldsummen aus Saudi-Arabien und anderen Ländern zur Verfügung stehen. Man versucht, Medienunternehmen aufzukaufen und die öffentliche Meinung im Sinn des

Islam zu beeinflussen. Natürlich ist es ein Ziel, die Eliten der Zukunft mitzuprägen.
d. Ein genuin islamisches Aktionsfeld ist der Kampf um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das praktische Ausleben des Islam, also das, was unter "islamischer Lebensweise" verstanden wird. Die europäischen Staaten sollen die islamische Kleiderordnung auch im öffentlichen Bereich erlauben, islamische Speisegesetze berücksichtigen, muslimische Feiertage als staatliche Feiertage zulassen sowie das rituelle Gebet während der Arbeitszeit, die Teilnahme am Freitagsgebet während der Arbeitszeit, den Muezzin-Ruf per Lautsprecher, den Bau von Moscheen im Stadtzentrum, das Zinsverbot im Bankwesen usw. genehmigen.
Die Liste ist lang, aber auf vielen dieser Gebiete gibt es eine Kollision mit der europäisch-christlichen Tradition, die den weltlichen Bereich und den geistlichen Bereich zwar nicht trennt, aber doch als unterschiedliche Sphären betrachtet. "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist" (Matthäus 22, 21) - dieses Gebot Jesu lehnt der genuine Islam ab. Der Islam will vielmehr die Einheit von religiöser und weltlicher Ordnung. Dies kann konkret nur entweder die Islamisierung eines Staates oder die Schaffung einer islamischen Parallelgesellschaft innerhalb eines säkularen Staates mit dem Ziel der langsamen Ausweitung des islamischen "Herrschaftsbereiches" bedeuten. -
Meines Erachtens muß der säkulare Staat beidem widerstehen, um den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger zu wahren. Denn sonst gibt es bald zweierlei Recht in einem Staat, und dies wäre eine Benachteiligung der Nichtmuslime.
Dazu ein Beispiel: Würde das islamische Recht in einer muslimischen Subgesellschaft gelten, wäre es für Muslime verboten, den Islam zu verlassen. Das aber würde eindeutig dem Grundsatz der Religionsfreiheit widersprechen. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, in dessen Verfassung es heißt: "Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln …"
Es ist klar, daß das Ringen des Islam um Islamisierung der europäischen Gesellschaften ein harter Kampf sein wird. Wir sind mitten in ihm drin, und er wird vermutlich Europa das ganze 21. Jahrhundert hindurch in Atem halten. Muslime überziehen unsere Gerichte mit einer Fülle von Gerichtsverfahren und haben bereits manche juristische Schlacht gewonnen. Dabei argumentieren sie mit der Religionsfreiheit und nutzen die liberale Ordnung für ihre eigene Belange aus. Im Grunde wird die liberale Ordnung benutzt, um diese langfristig abzuschaffen.
Es ist schon eine Ironie, daß Muslime gerade das instrumentalisieren, was sie weitgehend ablehnen. Manche Kenner sehen den Kampf schon als für das freiheitliche und christlich geprägte Europa verloren an. Es wird darauf ankommen, ob sich Europas nichtmuslimische Eliten der Geschichte Europas und seiner Werte besinnen und den geistigen, geistlichen und juristischen Abwehrkampf aufnehmen.
Die Nichtmuslime dürfen sich nicht länger von den muslimischen Lippenbekenntnissen zu den europäischen Verfassungen täuschen lassen. Die in Europa lebenden muslimischen Intellektuellen haben längst begriffen, daß jede Verfassung sich mit entsprechenden Mehrheiten ändern läßt.
e. Der Islam bemüht sich um wirtschaftliche Einflußnahme durch das immense muslimische Kapital aus den Erdöleinnahmen. Leider sind die Europäer im Allgemeinen so materialistisch geworden, daß sie um kurzzeitiger Vorteile willen das islamische Kapital in Anspruch nehmen und den damit verbundenen islamischen Einfluß akzeptieren.
f. Politischer Druck auf Europa wird heute vor allem im Rahmen der UNO durch die in der OIC zusammengeschlossenen islamischen Länder ausgeübt. Dabei arbeitet die Uneinigkeit der europäischen Länder und die Uneinigkeit des Westens den Muslimen in die Hände. Sie haben es leicht, nach der Methode "divide et impera" Keile zwischen Europa und Amerika

und zwischen die Europäer zu treiben.

g. Diese Taktik wird auch erfolgreich auf die Christen und die Kirchen angewandt. "Gute Christen" sind aus islamischer Sicht solche, die den Islam unterstützen, den christlichen Glauben relativieren, auf die Gottessohnschaft Jesu und die Erlösung durch ihn verzichten, die Gemeinsamkeit der so genannten "abrahamitischen Religionen" fördern sowie den Islam als Heilsweg, Muhammad als Propheten und den Koran als Wort Gottes anerkennen. "Böse Christen" sind aus islamischer Sicht dagegen solche, die an Bibel und Bekenntnis festhalten, missionarisch denken und handeln und den Islam als Heilsweg ablehnen.

h. Schließlich nenne ich noch die demographische Katastrophe Europas als Folge seiner Abwendung von Gott. Der Geburtenüberschuß bei muslimischen Bevölkerungsgruppen und die stetige Zuwanderung von Muslimen lassen ihren Anteil an der europäischen Bevölkerung ständig wachsen.

3. Wird der Islam seine Ziele erreichen?

Prognosen können von Christen nur unter dem Vorbehalt gemacht werden, daß die Zukunft von Gott bestimmt wird und er es ganz anders fügen kann, als wir es ahnen oder befürchten.

a. Menschlich gesprochen, werden wir es in Zukunft in Europa mit einem **starken und selbstbewußten Islam** zu tun haben. Wir müssen davon ausgehen, daß die Muslime ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen und vereinheitlichen. Der Islam dürfte zu einer starken gesellschaftlichen und politischen Kraft in Europa werden.

b. Offen erscheint mir die Frage, **ob der Islam sein genuines Anliegen, d.h. die Einheit von Glaube und Staat,** langfristig mehrheitlich aufgeben und sich auf seine religiöse Seite reduzieren lassen wird. Viele europäische Politiker hoffen das und träumen von einem humanistischen Euro-Islam, wobei ihnen offensichtlich das weitgehend zu Humanismus gewordene europäische Christentum als Vorbild dient.

Mir scheinen das aber trügerische Hoffnungen zu sein. So wie das Christentum sein Proprium nicht aufgeben kann und darf und wir eine Neubesinnung auf das biblische Christentum von Gott erwarten, so sollten Europäer auch nicht meinen, daß der Islam als eine politische Weltreligion so einfach sein Proprium aufgeben könnte und würde.

c. Ist der Islam attraktiv für Europäer? Bis jetzt werden viele Europäer von dem gesetzlichen und kämpferischen Islam abgestoßen. Dagegen wecken der religiöse Islam und seine Kultur, besonders aber der Sufismus, bei manchen Europäern eine nicht geringe Sympathie. Der Islam erscheint attraktiv für alle Menschen, die das Christentum mit seiner Lehre vom dreieinigen Gott, von der Verlorenheit des Sünders und von der Versöhnung durch Christus ablehnen und gleichzeitig sog. Spiritualität suchen, für Menschen also, die nur eine allgemeine Gottgläubigkeit und eine persönliche Religiosität wollen.

Leider müssen wir auch sehen, daß eine christliche Theologie, die den christlichen Glauben auf Humanismus und Spiritualität reduziert und dabei die alten Propria des christlichen Glaubens preisgibt, eine große Affinität zum Islam hat. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der verunsicherte moderne Mensch in der Gesetzlichkeit des Islam einen inneren Halt finden kann. Der Islam hat also auch als Religion in Europa Chancen.

d. Es könnte aber auch sein, daß das alte Europa **starke Gegenkräfte** gegen den Islam entwickelt und sich (a) auf seine christlichen Wurzeln und Werte besinnt. Es könnte (b) zu einem Kampf um eine freiheitliche Gesellschaft gegen den islamischen Totalitarismus kommen. Es könnte auch im Blick auf die Kinderfreundlichkeit eine Wende geben. All das ist momentan nicht in Sicht, aber es kann von Gott erbeten werden.

e. Die Zukunft von Europa wird sehr davon abhängen, **ob es eine neue Reformation im biblischen Sinne** in den europäischen Kirchen geben wird, d.h. eine biblische Erneuerung der Theologie, eine geistliche Erweckung der Gemeinden und eine Neubesinnung auf die Mission in Europa. Wenn dies geschieht, könnten viele Muslime Christen werden, denn es gibt unter

Muslimen durchaus Offenheit für das Evangelium und Enttäuschung am Islam. Der Islam hätte es dann wesentlich schwerer, seine Ziele zu erreichen.

HINTERGRÜNDE

4. Ist der Islam ein Bußruf Gottes für Europa?

Diese Frage ist nicht neu, sondern immer wieder gestellt worden, besonders auch von den Reformatoren. Vgl. dazu **Andreas Baumann, Der Islam - Gottes Ruf zur Umkehr?** Eine vernachlässigte Deutung aus christlicher Sicht, Basel/Gießen 2003. Hinter dieser Frage steht die Erkenntnis, daß Gott auch der Herr über den Islam ist und **der Islam einen Platz im Geschichts- und im Gerichtshandeln Gottes hat.**

Er hat es zugelassen, daß die Iberische Halbinsel für fast 500 Jahre überwiegend muslimisch war. Er hat es zugelassen, daß der Balkan ab dem 14. Jahrhundert islamisiert wurde, er hat es aber auch gefügt, daß die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden. Was will Gott mit dieser Geschichte den europäischen Christen sagen? **Werden Europäer den Bußruf Gottes hören, der in dieser Geschichte liegt?**

Ist der neuerliche "Griff des Islam nach Europa" nicht ein neues Gericht Gottes und damit ein neuer Bußruf an die Europäer, aus ihrer Gottlosigkeit umzukehren? Ist das neue Vordringen des Islam aber nicht auch Gericht und Bußruf für eine Kirche, die den Boden des Evangeliums in vielen Bereichen verlassen hat? Der Synkretismus, die Reduktion der biblischen Botschaft auf das Diesseitig-Soziale und Persönlich-Individuelle, der moralische Zerfall bei Einzelnen und in Familien - all das macht ja vor der Kirche nicht Halt! - Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren? Nur so wird sich ein Gericht Gottes durch den Islam abwenden lassen!

5. Was ist konkret zu tun?

… **Jeder europäische Christ ist als Staatsbürger, d.h. in seiner Verantwortung für die Gesellschaft, gefordert,** mit dem Islam ist auch eine politisch-rechtlich Aufgabe. Der Staat muß den Islam, sofern er totalitäre Forderungen erhebt, in seine Grenzen weisen und die Gleichheit und Freiheit aller Bürger verteidigen. Um der Gleichheit aller Bürger willen darf der Islam keine Sonderrechte genießen.

Um der Freiheit aller Bürger willen muß auch der Islam, wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, Einschränkungen seiner Freiheit akzeptieren. Um damit richtig umgehen zu können, brauchen wir islamwissenschaftlich geschulte christliche Politiker, Juristen, Journalisten, Pädagogen und Theologen. Wir brauchen Organisationen, die durch Stipendien bekenntnistreue Christen auf dem Gebiet der Islamwissenschaften ausbilden helfen.

b. Die geistliche Erneuerung der europäischen Kirche können wir nur erbitten. Aber wir können helfen, daß bekenntnistreue Theologen Islamwissenschaften studieren und sich der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen. Die theologische Apologetik im Blick auf den Islam ist nachhaltig zu fördern.

c. Die europäische Christenheit muß in einer Zeit der Auflösung aller ethischen Werte um die Formulierung ethischer Standards ringen. Es ist nötig, einen ethischen Konsens in einprägsame Formulierungen zu fassen, wie das Luther für seine Zeit im Kleinen Katechismus getan hat. Muslime, die sich für den christlichen Glauben öffnen, müssen wissen, daß christlicher Glaube nicht nur Versöhnung mit Gott ist, sondern auch das Leben nach den Geboten Gottes.

d. Die christliche Mission unter Muslimen muß zu einer Aufgabe aller Gemeinden in Europa werden. Sie kann nicht nur Anliegen einiger Weniger sein, sondern muß ins Bewußtsein der europäischen Christenheit als fundamentale Aufgabe treten.

e. Die christlichen Gemeinden müssen offen werden für die Aufnahme bekehrter Muslime. Das erfordert Offenheit für Menschen aus anderen Kulturräumen und ein Überdenken der gottesdienstlichen Formen und des gemeindlichen Lebens. Dies wird die eigentliche Jahr-

hundertaufgabe für die europäische Christenheit sein. …<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete im Jahre 2004 über die vielfältigen Probleme der Einwanderung (x268/180-183): >>... Sachkenner wie der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), haben schon vor vielen Jahren erkannt: "Übersteigt der Ausländeranteil die Zehnprozentmarke, wird jedes Volk rebellisch."
Zählt man die offiziell eingereisten Ausländer und die illegalen zusammen, so stand Deutschland zur Zeit der Jahrtausendwende genau an dieser ominösen Marke, und schon Bundesinnenminister Schily (SPD) mußte zugeben: "Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbarkeit überschritten." ...
Auch ohne Gewalttätigkeit ist die Entwicklung vorgezeichnet: Die Gastfreundschaft der neuen Heimat wird sehr bald nicht mehr als Großzügigkeit angesehen, sondern als eine Verpflichtung der "Reichen" gegenüber den "Armen". Man verweigert die Assimilation; der Gastgeber möge sich gefälligst dem Gast anpassen.
Schon seit Jahren verlangen polnische Vereine für ihre Landsleute in Deutschland Anerkennung als offizielle Minderheit in Verkennung der Tatsache, daß der Minderheitenschutz des Völkerrechts die alteingesessene Bevölkerung vor Überfremdung durch Zuwanderer schützt und nicht umgekehrt und außerdem den Besitz der Staatsangehörigkeit des betreffenden Landes voraussetzt.
Ähnliche Bestrebungen zeichnen sich auch bei türkischen Organisationen ab.
Sehr deutlich wurde ein Afghane mit deutschem Paß ... am 19. September 2000 in der "Süddeutschen Zeitung": ... "Ihr könnt uns herabsetzen, beleidigen, demütigen oder verletzen, aber ihr werdet uns nicht los. Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischsprachiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird.
Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern. Wir Ausländer." ...
Die Bürger von Marseille und Manchester, von Los Angeles und Johannesburg wissen Bescheid.
Aber bleiben wir in Deutschland, in Berlin. Dort hat sich in mehreren Bezirken seit Beginn der 80er Jahre ein türkischer Mikrokosmos herausgebildet, in dem Türken leben können, ohne auf Kontakte mit Deutschen angewiesen zu sein; sie haben ihre eigenen Gaststätten, Läden, Banken, Reisebüros, Anwälte, Videotheken. Zu Hause spricht man nur türkisch, und fast die Hälfte der türkischen Erstkläßler versteht kein Deutsch, obwohl sie der zweiten und dritten Einwanderergeneration angehören. ...
Die Berliner Schulverwaltung hat 2001 72 Grundschulen aufgelistet, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft sind. Ein Viertel aller türkischen Jugendlichen verläßt die Schule ohne Abschluß, etwas mehr als die Hälfte erreicht gerade den Hauptschulabschluß, nur 8 Prozent schaffen das Abitur. Was wiederum zur Folge hat, daß in Berlin 42 Prozent aller Türken in erwerbsfähigem Alter arbeitslos sind. Ein Teufelskreis: kein Deutsch, kein Schulabschluß, keine Arbeit.
Berlins Schulsenator und Bürgermeister Klaus Böger (SPD) betont: "Da tickt eine sozialpolitische Zeitbombe, zumal ganze Stadtteile umzukippen drohen. ... Bislang wurden die Probleme mit der Integration durch Schönreden vernebelt. ...
Diese Probleme sind nicht auf Berlin beschränkt; an Münchens Hauptschulen übertrifft der Ausländeranteil schon seit 1993 den der einheimischen Kinder.

Der beschriebene Teufelskreis endet aber noch nicht bei der Arbeitslosigkeit. Die natürliche Fortsetzung ist oft die Kriminalität.
1999 stand in der "Süddeutschen Zeitung", Nr. 17: "Hinter Gittern ist die multikulturelle Gesellschaft längst Realität. 40 Prozent oder 5.200 der 13.000 Häftlinge (in Bayern) sind Ausländer, die aus weit über 100 Nationen stammen. Auch die Hälfte der 4.000 Untersuchungshäftlinge hat einen anderen Paß."
In Hessen waren zur gleichen Zeit 50 Prozent der Knackis keine Deutschen.
Unübersehbar sind auch die internen Auseinandersetzungen der Ausländer, allein unter türkischen Staatsangehörigen die zwischen Rechts- und Linksradikalen, zwischen Kemalisten und Islamisten oder zwischen türkischen und kurdischen Nationalisten. ...<<
Daniel Hecker (Institut für Islamfragen) berichtete im Jahre 2005 über den Islam (x918): >>**Das Kopftuch als Uniform**
Das Kopftuch kann unter vielen verschiedenen Aspekten betrachtet werden, z.B. unter religiösen, politischen und soziologischen Aspekten. Häufige Fragen lauten: "Was sagt der Koran über das Kopftuch?", "Hat das Kopftuch politische Bedeutung?" oder "Warum verbietet ein Land wie die Türkei das Kopftuch in Schulen und Universitäten, während der Iran das Tragen eines Kopftuchs gesetzlich festlegt?"
Es gibt darüber hinaus aber auch noch andere Betrachtungsmöglichkeiten. Das Thema Kopftuch kann auch unter dem Aspekt der Uniform betrachtet werden, und auch aus diesem Blickwinkel ergeben sich interessante Aspekte:
1. Die lexikalische Bedeutung der Uniform
Abgesehen vom Aussehen einer Uniform haben alle Uniformen gemeinsame Eigenschaften, die schon in der lexikalischen Definition des Begriffs enthalten sind. Eine Uniform ist:
1. einheitlich, einförmig
2. eine Bekleidung, die nach Stoffart, Farbe, Schnitt und Aufmachung einheitlich getragen wird, um eine gewisse Zusammengehörigkeit zu demonstrieren (Militäruniform, Postuniform).
3. Eine einheitliche vorschriftsmäßige Bekleidung ist besonders für Amtsträger (Soldaten, Polizisten usw.) von Bedeutung.
Zwei entscheidende Kennzeichen sind in diesen lexikalischen Definitionen enthalten:
- Der Wunsch, etwas gleich zu machen, indem Uniformträger einheitlich aussehen
- Der Wunsch, sich zu unterscheiden, indem zwischen einer uniformierten Gruppe und anderen Gruppen eine äußerliche Unterscheidung getroffen wird.
2. Verschiedene Gesichter der Uniform
a. Die Uniform des Kopftuches (oder: Übergewandes) im Koran:
Der Koran beinhaltet mehrere Verse, die offensichtlich eine Verschleierung (oder: Bedekkung) der Frau vorschreiben. Dabei sind der Wunsch, sich untereinander gleich zu machen und sich nach außen zu unterscheiden, die Basis der entsprechenden Koranvorschriften (s. Sure 33,59), um die Pflicht zum Tragen des Kopftuches bzw. des Übergewandes zu begründen:
- Sure 33,59 beginnt mit dem allgemeinen Befehl: "Sage, o Prophet, deinen Frauen und Töchtern und den Frauen der Gläubigen, daß sie ihr Übergewand (über ihr Antlitz) ziehen sollen, wenn sie ausgehen." Diese Anweisung betrifft alle Musliminnen; sie müssen alle ein Übergewand - die gleiche Uniform - tragen und auf diese Weise das gleiche Aussehen erhalten. Das macht sie äußerlich gleich, d.h. verwandelt sie in eine äußerlich gleich aussehende Gruppe.
- Der Vers geht weiter: "… damit man sie als ehrbare Frauen erkenne und sie nicht belästige." Durch eine äußerlich auffallende Aufmachung - Uniform - müssen sich Musliminnen von anderen Frauen, also nicht verschleierten Nichtmusliminnen, unterscheiden.
b. Die Uniform in utopischer Literatur

Die Uniformierung ist eine unentbehrliche Voraussetzung zur Gestaltung einer Utopie. Die Festlegung bestimmter standardisierter Maßnahmen soll ein besseres Leben ermöglichen, und zwar eine Utopie, ein Niemandsland. So gestaltet ein Schriftsteller eine "vollkommene Gesellschaft." Sie ist Ausdruck der Unzufriedenheit des Schriftstellers mit der Realität. so daß er eine bessere, perfekte Lebensform erfindet, die in der Realität nicht durchsetzbar ist oder doch nur mit der Schaffung unmenschlicher Lebensumstände durchsetzbar wäre.
Eine Utopie bleibt eine Gesellschaft mit streng verbindlichen Regeln, die von einem Diktator (dem Verfasser der Utopie - den Menschen aufgezwungen werden. Der Diktator entscheidet über uniforme Standards wie die Bauten der Stadt, die Arbeitsplätze und -zeiten, die Anzahl der Kinder, ihre Kleidung usw. Keiner der Beteiligten darf gegen diese Regeln verstoßen, sonst gilt er als Außenseiter; weil er sich den von oben verfügten uniformierenden Regeln nicht unterwirft.
Auf der anderen Seite ist das Einhalten der uniformierenden Regeln keine freie Entscheidung. Wer in die Utopie hineingeboren wurde, muß sich den Regeln (Uniformen) des autoritären Schriftstellers unterwerfen oder sich auflehnen und strafbar machen.
Viele Schriftsteller lassen ihre Charaktere anhand äußerlicher Unterschiede zum Außenseiter werden, indem sie gegen die Uniformen verstoßen: Mike beschreibt sich in Robert A. Heinleins Fremder in einem Fremden Land: "Ich weiß, was los ist; ich bin weder ein Mensch noch ein Wesen aus März."
Weil er sich von den anderen unterscheidet, kann er weder im März noch auf der Erde integriert werden. In Aldous Huxleys Schöne Neue Welt hat John eine Haut, die zu weiß für die indischen Einwohner des Schutzgebiets ist, aber gleichzeitig sind seine Emotionen und sein Temperament im Welt-Staat unerwünscht. Er gilt in beiden Welten als ein Außenseiter. Und in William Goldings Herr der Fliegen ist Piggy dick und trägt eine Brille. Mit diesem äußerlichen Unterschied zu den anderen Kindern auf der Insel wird schon auf seine spätere Verfolgung und Tötung hingewiesen.

c. Die Uniform beim Militär

Als Soldat muß man sich anderen Leuten gegenüber entsprechend der Uniform, die sie tragen, verhalten. Menschen gelten in diesem Bereich aufgrund ihrer Uniform als Freunde, Feinde, Untergebene oder Vorgesetzte. Bestimmte standardisierte Symbole - Wappen, Sterne, Schwerter, Adler, Kronen o.ä. - zeigen den Rang eines Soldaten an. Die Persönlichkeit des uniformierten Mitsoldaten spielt keine Rolle bei Entscheidungen anderer Mitsoldaten ihm gegenüber, so z.B., ob ein anderer Soldat diesem gehorchen muß, ob er ihm befehlen darf, ihm helfen oder ihn gefangennehmen muß.
Entscheidend dafür ist die Kleidung des Uniformträgers, die seinen Rang und seine Gruppenzugehörigkeit angibt. Die Uniform symbolisiert den militärischen Rang, das Gesetz, das der Soldat vertritt oder auch die Haltung eines Staates einem anderen Staat gegenüber. Wer z.B. dem Befehl eines "höheren Uniformträgers" nicht gehorcht, macht sich damit strafbar. Die Uniform entscheidet letztlich über die Verhaltensweise des Soldaten anderen "Uniformierten" gegenüber.
Die Weigerung eines Soldaten, eine Uniform zu tragen, gilt fast in allen Armeen der Welt, insbesondere in Kriegszeiten, als strafbar, in manchen Ländern sogar als schweres Verbrechen. Solch eine gesellschaftliche oder staatliche Bestrafung beruht nicht darauf, daß die Uniform als eine Mode abgelehnt wird. Vielmehr wird die Ablehnung der Uniform als Weigerung aufgefaßt, das Gesetz des Landes zu respektieren, bzw. diesem Staat und seiner Gesellschaft einen wichtigen Dienst nicht zu leisten.
Im Großen und Ganzen erklärt sich ein Soldat durch seine Uniform dazu bereit, für den Staat - den Uniformgeber - zu kämpfen oder sogar zu sterben. Wer sich dagegen wehrt, erklärt damit seinen Protest gegen die Staatspolitik und Gesellschaftsnormen und muß mit Strafe rechnen.

Die Uniform beim Militär ist Pflicht. Ist man in einem Land geboren, in dem kein Zivildienst möglich ist, muß man in einer ganz bestimmten Uniform - und nur in dieser - seinen Militärdienst leisten.

3. Das Kopftuch (oder Übergewand) als Uniform im Islam

a. Was bedeutet "Kopftuch"?

Während dieser Ausdruck in westlichen Ländern nur die **"Kopfbedeckung"** einer Frau meint, hat er im Islam eine viel allgemeinere Bezeichnung. Im Arabischen wird oft das Wort **"Hidjab"** als Bezeichnung für das Übergewand einer Frau verwendet. Es bedeutet "Bedekkung" und bezieht sich nicht lediglich auf den Kopf, sondern auf den ganzen Körper einer Frau. Daher ist die zutreffende Übersetzung für "Hidjab" eher "Übergewand" als "Kopftuch". Deshalb wird in diesem Artikel überwiegend das Wort "Übergewand" anstelle von "Kopftuch" verwendet.

Es gibt keine einheitliche Auffassung unter muslimischen Gelehrten über die "richtige" Form eines Kopftuches oder Übergewandes. Während manche muslimische Geistliche, die für eine Modernisierung des Islam eintreten, Musliminnen vorschreiben, ihren Körper bis auf das Gesicht und die Hände zu verhüllen, bestehen andere darauf, daß ein "richtiges" Übergewand den gesamten weiblichen Körper verhüllen muß, Hände und Gesicht eingeschlossen. Zum Beispiel: Im Iran sind Mantel und Kopftuch vorgeschrieben (Hände und Gesicht dürfen unverschleiert bleiben), in Saudi-Arabien die totale Körperverschleierung (Hände und Gesicht eingeschlossen), in Afghanistan zur Taliban Zeit war die **Burka** Vorschrift (auch Verschleierung des ganzen Körpers).

Im Jemen darf eine Frau ihr Gesicht unverschleiert lassen, aber viele Frauen tragen Gesichtsmasken.

Beide Gruppen belegen ihre Meinung anhand des Koran, der Überlieferung und der Biographie Muhammads. Beide Gruppen behaupten, das richtige Verständnis des vorgeschriebenen islamischen Übergewandes zu besitzen. Deshalb kommt es häufig vor, daß die Verschleierung einer Muslimin in bestimmten islamischen Ländern als "islamisch richtig" angesehen wird, während diese in anderen islamischen Ländern für "islamisch nicht akzeptabel" gilt.

Prominente Vertreter aus beiden Gruppen:

Scheich Mohammed Bin Othaimeen (einer der bedeutendsten islamischen Geistlichen des sunnitischen Islam im 20. Jahrhundert): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern, ihr Gesicht und Hände eingeschlossen. Diejenigen, die einer Frau erlauben, ihr Gesicht und ihre Hände unverschleiert zu zeigen, belegen diese Ansicht anhand von Vorschriften, die nicht mehr gültig, d.h. ausgetilgt worden sind." (Die islamische Koranwissenschaft geht davon aus, daß später offenbarte Koranverse früher offenbarte aufheben).

- Ibn al-Abbas (Mohammads Vetter, der den meisten Muslimen als der beste Erläuterer des Koran gilt): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Sie darf nur ein Auge unverschleiert lassen."
- Ubaida al-Salmani (ebenfalls ein wichtiger Erläuterer des Koran): "Eine Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Nur ihr linkes Auge darf sie unverschleiert zeigen."

Scheich Abu Djihad al-Sughbi (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Theologe und Propagandist) führt folgende Eigenschaften des richtigen Übergewandes auf:

1. Es muß den ganzen Körper bedecken. Einige Rechtsgutachter haben die Hände (ab dem Handgelenk) und das Gesicht ausgeschlossen.
2. Es darf an sich kein Schmuck (nicht hübsch) sein.
3. Es darf nicht durchsichtig sein.
4. Es muß so breit sein, daß man die Konturen des Körpers nicht erkennen kann.
5. Es darf nicht parfümiert sein.
6. Es darf nicht der Kleidung der Männer ähneln.

7. Es muß sich von den Kleidern der gottlosen Frauen (Nichtmusliminnen) unterscheiden.
8. Es darf nicht aus Gründen der Berühmtheit getragen werden.
- Scheich Dr. Wahba al-Zuhaili (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Propagandist und Theologe): Eine Frau darf ihr Gesicht unverschleiert zeigen. Dagegen ordnet die Rechtsschule von Imam Ahmad Ibn Hanbal die Gesichtsverschleierung an.

b. Müssen auch muslimische Männer sich verschleiern?

Obwohl es in vielen islamischen Ländern unter muslimischen Männern üblich ist, verschiedene Kopfbedeckungen zu tragen, sind dies keine vom Islam verordneten Kopfbedeckungen bzw. Übergewänder, sondern **traditionelle Trachten,** die aus vorislamischen Zeiten stammen. Der Islam ordnet die Verschleierung nur für Frauen an. Die Verschleierung ist für muslimische Frauen ein Bestandteil ihrer religiösen Pflichten Allah gegenüber. Ein Übergewand zu tragen, ist also keine freie Entscheidung, sondern religiöse Pflicht für jede Frau, die dem Islam angehört.

c. Welche Frauen müssen sich verschleiern?

Jeder Mensch, der in eine muslimische Familie geboren wird, wird automatisch als Muslim aufgefaßt. Er gilt sein Leben lang als Muslim, selbst wenn er sich zum Atheisten entwickelt oder sogar zu einer anderen Religion konvertiert. Es gab und gibt kaum ein islamisches Land, in dem man seine **"ererbte" Religion** - den Islam - offiziell im Paß ändern lassen darf.
Daher muß jede Frau, die in eine islamische Familie hineingeboren wird, sich verschleiern, sobald sie ihre erste Menstruation gehabt hat oder sogar davor, wenn sie für Männer als anziehend eingestuft wird. In islamischen Ländern mit "liberaler" Einstellung werden unverschleierte Frauen in der Öffentlichkeit geduldet. In islamischen Ländern mit strenger staatlicher Einstellung dem Islam gegenüber werden Frauen gezwungen, sich in der Öffentlichkeit zu verschleiern, ja manchmal bedroht, beleidigt oder bestraft.

4. Konflikte im Zusammenhang mit dem Übergewand

a. Soldaten marschieren gegen verschleierte Muslimas

Der Konflikt wegen des Kopftuchs hat nicht in Frankreich oder Deutschland begonnen, sondern in etlichen islamischen Ländern. Immer wieder haben Regierungen islamischer Länder versucht, das Kopftuch bzw. die Verschleierung abzuschaffen, z.B. das iranische Regime unter **Reza Shah** (1925-1941).
Am 29.09.1981 zwangen Tausende von syrischen Soldaten in mehreren Städte Syriens - vor allem in Damaskus - im Zuge der damaligen Politik verschleierte Frauen dazu, ihr Kopftuch bzw. Übergewand abzulegen. Frauen, die sich dagegen wehrten, wurden von den Soldaten geschlagen und ihnen das Kopftuch (Übergewand) abgerissen.
Einige Tage später beschrieb der damalige syrische Präsident **Hafez al-Assad** in einer öffentlichen Rede das Kopftuch als: "ein Kleidungsstück, das nur von älteren Frauen getragen werden darf." Nach diesen Worten schallte das Fußballstadium, in dem die Rede gehalten wurde, von dem Ruf der Soldatinnen wider: "Wir wollen keinen Rückschritt mehr. Wir wollen unverschleiert gehen!"
Der Präsident der Türkei, Ahmet Sezer, kritisierte am 08.03.2004 diejenigen, die Frauen dazu ermutigen, das Kopftuch zu tragen. Für ihn gelten sie als "Menschen, die durch das Kopftuch versuchen, das demokratische, säkulare System der Türkei zu vernichten."
Er konkretisierte seine Aussage mit den Worten: "Die Thematik des Kopftuchs wird im Namen der Demokratie zur Debatte gemacht. Sie hat aber zu nichts anderem beigetragen als zur Behinderung unserer demokratischen Entwicklung."
Ähnliche Worte ließen z.B. **Mustafa Kema**l **Ataturk** (Türkei) oder **Habib Bourkeba** (Tunesien) verlauten.

b. Gründe für eine Ablehnung des Kopftuches/Übergewandes

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, könnte man auch fragen: Was ist der Unterschied

zwischen dem Kopftuch oder dem Übergewand einer Muslimin und dem Gewand einer Nonne? Wieso protestiert kaum jemand, - selbst nicht in islamischen Ländern - gegen das Kopftuch einer Nonne, während es wegen des Kopftuches in nichtislamischen Ländern heftige Debatten gibt und in islamischen Ländern sogar islamischen Ländern z. T. sogar blutige Ausschreitungen.
Die Auseinandersetzung um das Kopftuch oder Übergewand ist kein Konflikt über unterschiedliche Geschmacksrichtungen, sondern ein Konflikt mit politischem, kulturellem, sozialem und religiösen Hintergrund.
Die Bedeckung versteckt nicht nur den Kopf oder Körper einer Muslimin, sondern symbolisiert auch ihre Unterwerfung den Lehren des Islams gegenüber. Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, hat damit erklärt, eine ganze Reihe von Vorschriften des Islam einzuhalten, die in nichtislamischen Ländern zu Konflikten führen können:
- Eine Muslimin muß prinzipiell ihre Rolle als eine von vier Ehefrauen ihres Ehemannes akzeptieren, denn der Koran erlaubt nach überwiegender Meinung die Ehe eines Mannes mit bis zu vier Frauen (Sure 4,3) (nur die Türkei und Tunesien haben die Vielehe gesetzlich verboten). Dagegen muß sie sich mit einem Ehemann begnügen. Da dieses islamische Recht der Vielehe in nichtmuslimischen Ländern nicht anerkannt ist, werden sich Musliminnen in solchen Ländern häufig ungerecht - nicht gemäß der islamischen Gesetze - behandelt fühlen.
- Eine Muslimin ist davon überzeugt, daß ihr Zeugnis vor Gericht nur halb so wert ist wie das Zeugnis eines Mannes (Sure 2,282). Daß ihr Zeugnis in nichtislamischen Ländern dem Zeugnis eines Mannes gleichkommt, muß für sie ungerecht und gegen Allahs Gesetz sein.
- Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, darf ihre Körperkonturen nicht sichtbar machen und ein Übergewand oder einen Mantel tragen. Damit kann sie manche Sportarten nicht ausüben, wie z.B. Schwimmen, Laufen, Gymnastik, alle Ballspiele etc. Muslimische Frauen sind damit von vielen olympischen Disziplinen ausgeschlossen. In nichtislamischen Ländern führt diese Haltung an Schulen zu Schwierigkeiten.
- Eine Muslimin muß damit rechnen, von ihrem Ehemann geschlagen zu werden, falls sie ihm gegenüber widerspenstig wird (Sure 4,34). Dagegen darf sie ihren widerspenstigen Ehemann nicht schlagen noch ihn schlagen lassen, falls sie ihm körperlich überlegen ist.

c. Andere mögliche Konfliktfelder

Hier könnten eine Reihe von Vorschriften, Lehren und Praktiken des Islam aufgezählt werden, die zum Konflikt mit Nichtmuslimen bzw. mit säkularen Regierungen in islamischen Ländern führen können:
- Der tägliche Ruf zum Gebet, mindestens fünfmal am Tag. Heutzutage benutzen die Moscheen in islamischen Ländern Lautsprecher, um möglichst im weiten Umkreis gehört zu werden. Dies ist für Nichtmuslime zumindest "gewöhnungsbedürftig", insbesondere, wenn es um den Ruf früh am Morgen vor Sonnenaufgang geht. In islamischen Ländern werden alle Nichtmuslime um diese frühe Tageszeit gemeinsam mit allen Muslimen aufgeweckt, obwohl sie - die Nichtmuslime - das islamische Gebet nicht verrichten müssen.
- Der Ruf zum Aufstehen mitten in der Nacht während des Fastenmonats Ramadan erschallt, um Muslimen zu ermöglichen, vor dem Sonnenaufgang noch einmal zu essen und trinken, bevor beides für den folgenden Tag bis zum Sonnenuntergang wieder verboten ist. Der Ruf muß früh genug vor dem Sonnenaufgang erschallen, damit Familien noch aufstehen und eine Mahlzeit zubereiten können.

Im arabischen Raum wird diese Aufgabe von Männern übernommen, die Misahhirati oder Musahher genannt werden. Diese Rufer werden staatlich angestellt und besoldet. Jeder von ihnen ist für ein bestimmtes Gebiet verantwortlich. Die Rufer gehen durch alle Straßen und Gassen des ihnen zugeteilten Gebietes, trommeln laut auf einer Trommel und rufen zum Aufstehen und zum Gebet. Oft geschieht das zwischen zwei und vier Uhr nachts.

Der Ruf muß so laut sein, daß Muslime, die im nächtlichen Schlaf liegen, aufgeweckt werden, aber natürlich wirkt sich das auch auf die nichtmuslimische Bevölkerung aus; abgesehen davon, daß im Fastenmonat das abendliche Mahl und die Besuche sich weit in die Nacht hineinziehen, also das gesellschaftliche Leben sich bis in die Nacht hinein abspielt.
- Ein Muslim soll sein Leben nur nach den Gesetzen des Islam ausrichten und darf eigentlich keinem staatlichen Gesetz gehorchen, das mit dem Islam und Allahs Geboten nicht übereinstimmt. In einer Publikation der islamistisch-extremistischen Partei "Hizbul Tahrir al-Islami" heißt es dazu:
"Demokratie beinhaltet die Trennung zwischen Religion und Leben d.h. zwischen Religion und Staat … der Islam ist genau das Gegenteil. Er ist auf dem muslimischen Glauben gebaut. Dieser Glaube ordnet alle Angelegenheiten des Lebens und des Staates anhand der Gebote und Verbote Allahs. D.h. anhand des Shari'a, die im islamischen Glauben gründet. Der Mensch kann seine Ordnungen nicht selbst gestalten, sondern muß der Ordnung Allahs gehorchen."

5. Schwarzweißdenken

Mit dem Tragen der Uniform geht ein kollektives Zugehörigkeitsgefühl einher, Hingabe an ein höheres Ziel und Unterwerfung unter denjenigen, der die Uniform angeordnet hat, wie z.B. den Arbeitsgeber, Militärführer, Geistlichen.
Wenn ein Arbeiter seine Firmenuniform trägt, verdeutlicht er damit seine Bereitschaft, für diese Firma zu arbeiten und ihre Gesetze einzuhalten. Auch der uniformierte Soldat kämpft für seine Führer, die ihm die Uniform verordnet haben, für diejenigen, die an der Spitze der Hierarchie stehen und sein Verhalten bestimmen.
Ein Soldat fühlt sich stark unter seinen Mitsoldaten und Gleichuniformierten. Die kollektive Kleidung und seine kollektiven Pflichten (Übungen, Versammlungen, Marschieren usw.) machen deutlich, daß er der Gruppe der gleich aussehenden Mitsoldaten angehört. Sein eigenständiges Denken wird marginalisiert, sein Alltag und Verhalten werden nicht von ihm bestimmt, sondern von der "höheren Uniform". In Kriegszeit kämpft er auf Seiten der "gleichen Uniform" gegen die "andere Uniform".
Ebenso werden äußerliche Unterschiede bezüglich des Aussehens von Musliminnen durch das Kopftuch oder Übergewand verringert oder verwischt. Verschleierte Musliminnen haben die gleichen Silhouetten und keine Kopf- oder Körperkonturen mehr. Durch die Verschleierung können sie sich gegenseitig schnell als eine einheitliche muslimische Gruppe erkennen und ebenso schnell von anderen Frauen - Nichtmusliminnen - unterschieden werden.
Dieses kollektive Aussehen führt im Islam zur allgegenwärtigen Aufteilung in die Welt der Frauen der Verschleierten (Musliminnen) und der Unverschleierten (Nichtmusliminnen), was von vielen muslimischen Theologen und auch manchen Muslimen als Gruppe der "Gottesfürchtigen" und "Gottlosen" gleichgesetzt wird. …

Der Autor:

Daniel Hecker wurde in einer traditionellen islamischen Familie geboren: Weder seine Familie noch die islamischen Geistlichen konnten seine Fragen über Gott überzeugend beantworten. Obwohl er sich zum Atheisten entwickelte, verrichtete er lange Jahre alle Pflichten des Islam. Er empfand tiefen Haß gegen alle Religionen und Gläubigen. Dennoch fing er an die Bibel zu lesen - die Lehre Jesu Christi schien ihm humaner als alles, was er in seinem Leben kannte. Dazu zeigte Jesus sich ihm deutlich durch mehrere Gebetserhöhrungen. …<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2006: >>**Im Namen der Aufklärung**

Frankreich erinnert sich im Karikaturenstreit an Voltaire und seine Tragödie "Mahomet"

Für Frankreich geht es jetzt ans Eingemachte. Daß der Chefredakteur von "France Soir" entlassen wurde, weil er Kritik am muslimischen Religionsstifter zu üben wagte, genauer: weil er Dokumente dieser Kritik zur Veröffentlichung freigab -, das wird von dessen Kollegen mit

Recht als ein Schlag ins Gesicht der französischen Identität betrachtet. Wer in Frankreich auch nur über ein Minimum an literarischen Kenntnissen verfügt, denkt in dieser Angelegenheit sofort an Voltaires berühmte Tragödie "Mahomet".
Sie gilt auch heute noch als ein Schlüsseltext der europäischen Aufklärung. 1740 vollendet, 1742 uraufgeführt, in einem Akt maliziöser Diplomatie dem damaligen Papst Benedikt XIV. gewidmet, der sie gütigst entgegennahm, wurde das Stück schnell zu einem - wenn man so sagen darf - Politikum der geistigen Welt. In Deutschland hat sich kein Geringerer als Goethe für seine Verbreitung eingesetzt. Er selbst übertrug es 1802 ins Deutsche.
Voltaire selber wiederum hat bei der Entstehung Ermunterung und anteilnehmendes Interesse durch den damaligen Vorzeige-Herrscher der Aufklärung erfahren, will sagen durch Friedrich den Großen. So ist das Stück auch vielfältig mit der deutschen Geistesgeschichte verknüpft. Keinem anderen Gesprächspartner gegenüber hat sich der große Franzose so ausführlich über Sinn und Ziel seines fanatismuskritischen Hauptwerks ausgesprochen wie gegenüber dem Preußenkönig.
In seinem großen Brief an Friedrich II. vom Dezember 1740 hält er zunächst einmal fest: "Ew. Majestät wissen, welcher Geist mich beseelte, als ich dieses Werk verfaßte. Die Liebe zum Menschengeschlecht und das Grauen vor Fanatismus haben meine Feder geführt." Eine krude Handlung, die Vatermord und blutschänderischen Beischlaf als Folge übertriebener Gottesfürchtigkeit zeigt, sollte Voltaire zufolge auf ein allgemeines Problem hinweisen, keineswegs nur Kritik am muslimischen Fundamentalismus sein. "Bis zu den ältesten Verbrechern" zurück, so Voltaires These, reiche das Verbrechen aus religiösem Fanatismus.
Auch die französische, die zivilisierte Welt seiner Gegenwart sei von dieser Versuchung nicht gefeit: "In demselben Jahrhundert, in dem auf der einen Seite die Vernunft ihren Thron errichtet, sieht man auf der anderen Seite den absurdesten Fanatismus und Aberglauben seine Altäre bauen", schreibt Voltaire an Friedrich.
Mag die Quintessenz des Stückes auch auf die vielzitierte Formel zulaufen: "Der Geist der Milde zeugt Brüder, jener der Intoleranz aber Ungeheuer" und also eine allgemeine Wahrheit aussprechen, im Kern ist das Stück natürlich doch eine Auseinandersetzung mit dem sehr speziellen Fanatismus muslimischer Prägung. Was Voltaire von Mohammed hielt, den er aus der Biographie Boulainvilliers kannte sowie aus einer englischen Übersetzung des Korans, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:
"Ich gebe zu, daß wir ihn hochachten müßten, wenn er, als legitimer Herrscher geboren oder mit Zustimmung der Seinen an die Macht gelangt, Gesetze des Friedens erlassen hätte.
Doch daß ein Kamelhändler in seinem Nest Aufruhr entfacht, daß er mit ein paar Koreischiten (Stammesbrüdern, *die Redaktion*) seine Brüder glauben machen will, daß er sich mit dem Erzengel Gabriel unterhielte; daß er sich damit brüstet, in den Himmel entrückt worden zu sein und dort einen Teil jenes unverdaulichen Buches empfangen zu haben, das bei jeder Seite den gesunden Menschenverstand erbeben läßt, daß er, um diesem Werke Respekt zu verschaffen, sein Vaterland mit Feuer und Eisen überzieht, daß er Väter erwürgt, Töchter fortschleift, daß er den Geschlagenen die freie Wahl zwischen Tod und seinem Glauben läßt:
Das ist nun mit Sicherheit etwas, das kein Mensch entschuldigen kann, es sei denn, er ist als Türke in die Welt gekommen, es sei denn, der Aberglaube hat in ihm jedes natürliche Licht erstickt."
Mohammed, der obskure Kamelhändler, auf dessen religiöse Lehren nur geistig minderbemittelte Türken hereinfallen, das war natürlich auch für die Zeit Friedrichs des Großen und Ludwigs XV. starker Tobak, den wir heute differenzierter sehen. Aber in seiner Diagnostik der psychologischen Grundvoraussetzungen für Mohammeds großen Erfolg erwies sich der französische Aufklärer denn doch von einiger Weitsicht.
Der klassische Glaubenskrieger, so erklärte es Voltaire dem Preußenkönig, seien junge, ledige

Männer um die zwanzig - wie die Hauptfigur Séide in seinem Stück. Doch: "Balthasar Gérard (der Attentäter Wilhelms von Oranien, *d. Red.*) war zwanzig. Vier Spanier, die sich mit ihm verschworen hatten, den Prinzen zu töten, waren im selben Alter. Das Monstrum, das Heinrich III. mordete, zählte dreiundzwanzig Jahre. Poltrot, der den großen Herzog von Guise tötete, war fünfundzwanzig; das ist das Alter für Verführung und Raserei." Auch dies ist also kein Problem der muslimischen Welt allein.
In Voltaires "Mahomet" werden anthropologische Konstanten verhandelt. Deshalb hat das Stück bis heute seine Gültigkeit bewahrt. Vielleicht kann es sogar dazu dienen, personalpolitische Fehlentscheidungen in den französischen Medien rückgängig zu machen.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. August 2009 (x887/...): >>**Auf Wiedersehen Deutschland**
2008 zogen mehr Menschen fort als zu, einige kommen wieder, doch die Besten bleiben häufig in der Ferne
Deutschland scheint vom Einwanderungsland zum Auswanderungsland geworden zu sein. Doch was treibt die Menschen fort?
... Deutschland verliert seine bestausgebildeten Leute.
Und tatsächlich sind die Zahlen der Behörde dazu angetan, die Zukunft Deutschlands noch kritischer zu betrachten, als es anhand der demographischen Entwicklung und eines riesigen Schuldenberges bereits der Fall ist. Zwar weisen die Statistiker darauf hin, daß aufgrund der Bereinigung der Datenbestände wegen der Einführung der persönlichen Identifikationsnummer einige Unregelmäßigkeiten im Vergleich zum Vorjahr aufgetreten sind.
In der Bilanz ist trotzdem ein klarer Trend erkennbar: Während 2008 738.000 Personen aus Deutschland fortzogen, wanderten nur 682.000 Menschen nach Deutschland ein. Berücksichtigt man nur die Fort- und Zugänge der Personen mit deutschem Paß, so ergibt sich ein Negativsaldo von 66.000. Deutschland verliert also Deutsche, während gleichzeitig weniger Ausländer ins Land kommen. ...
Im 19. Jahrhundert verließen jährlich bis zu 250.000 Menschen das Deutsche Reich, um in die USA und nach Kanada, aber auch nach Südamerika und Australien auszuwandern.
Auch heute noch sind die USA beliebtes Ziel der Menschen, die Deutschland verlassen. 2008 zog es 15.500 deutsche Auswanderer über den Ozean in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Nur die Schweiz lockt mehr Deutsche an, gefolgt von Polen und Österreich. ...
Doch trotz der äußerst verschiedenen Motive bleibt der Trend erkennbar, daß vor allem junge und gut ausgebildete Leute Deutschland verlassen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß infolge der Globalisierung vor allem Unternehmen des Exportweltmeisters Deutschland Personal ins Ausland entsenden, so wagen auch viele selbständig ihr Glück im Ausland. Vor allem Ärzte und Banker galten in den letzten Jahren als besonders auswanderungswillig. Aber auch Naturwissenschaftler würde es in Länder mit besseren Forschungsbedingungen und vor allem Gehältern ziehen.
Zwar gibt es in keinem anderen Land ein so gutes soziales Netz wie in Deutschland, doch das hält eher die Leistungsunwilligen und -unfähigen beziehungsweise zieht sie an. Die Leistungsfähigen, die das soziale Netz ja finanzieren müssen, schreckt es eher ab, daß ihr Gehalt inklusive Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen zu fast 70 Prozent vom Staat vereinnahmt wird. ...<<
Horst Koch berichtete im Dezember 2009 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" (x958/…): >>**Minarette - Schwarze Wolken in Europas Himmel - ein arabisch-christlicher Islamwissenschaftler nimmt Stellung -**
Fouad Adel
Ja, zu den Türmen der Kirchen, Nein zu den Minaretten:
Nach der Volks-Abstimmung in der Schweiz vom 29.11.2009 mit dem Ergebnis von 57,5 %

für das Verbot zum Bau neuer Minarette, verbreitete sich die Nachricht in den westlichen und arabischen Medien wie ein Lauffeuer. Die Nachricht warf viele Reaktionen auf unter den Experten, Entscheidungsträgern. Multiplikatoren in Politik und Gesellschaft. Diese Entscheidung bedeutet in der Praxis, daß der dritte Absatz in Artikel 72 der Schweiz. Bundesverfassung geändert werden muß in: "Der Bau von Minaretten ist verboten".
Neu auf der Ebene der Aufnahme von ungeliebten Nachrichten in islamischen Ländern ist, daß dieses Mal die Muslime bis jetzt kaum rebelliert haben gegen die Schweiz, deren Bevölkerung und Regierung. Sie haben nicht auf den Strassen protestiert, wie bei ähnlichen Gelegenheiten zuvor, zum Beispiel im Falle der Mohammed-Karikaturen. Scharfe Kritik gab es nur von ein paar radikalen muslimischen Diktatoren, in deren Ländern Menschenrechte und Demokratie keine Bedeutung haben.
Aber in verschieden Zeitungen und Medien der Schweiz war einerseits die Rede von "Angst und Unwissenheit" und "Verwirrung zwischen Unwissenheit und Verirrung", betreffend die Frage, welche Schweizer wirklich damit einverstanden sind, den weiteren Bau von Minaretten in ihrem Land zu verbieten. Auf der anderen Seite gehen die Schweizer Volkspartei und europäische Rechts-Parteien davon aus, daß der Versuch, Europa zu islamisieren der Hauptgrund ist für dieses Ergebnis: "Nein zu den Minaretten."

Ich hasse dich, weil du anders bist:

Es ist vielfach nicht unbedingt eine Frage der momentanen "Stimmung der Schweizer", die vielleicht nicht so gerne die Minarette in den Himmel des Alpenlandes ragen lassen wollen. Also die Frage ist weniger, wie manche denken, die der naiven Konfrontation: "Ich verbiete dir, weil ich das Sagen habe!" oder gar "Ich hasse dich, weil du anders bist!"
Gemäß meiner Erfahrung (und der arabischer Christen über Jahrhunderte) - geht es im Grunde, bewußt oder unbewußt, um sehr viel mehr. Nein, es ist ein Verbot für den Geist, der sich hinter der Minarett-Kultur verbirgt. Es steht für die Absage an vielgesichtige islamische Mentalitäten, die für Allahs Weltherrschaft leben, die bedingungslos der Lehre des Korans glauben: "Ich erhalte Herrschaft über deine Kultur, über dein Land, über deine Politik, über dein christliches Erbe, über deinen Glauben, und über deine Identität". Einfacher gesagt:
"Gib mit mir dem Allah des Korans (auch) Respekt bzw. Ehre" bedeutet für Muslime nicht "Toleranz auf Augenhöhe", wie unter europäischen Humanisten anscheinend selbstverständlich, sondern bestätigt sozusagen auf kleinstem Nenner: "Ich habe dich besiegt, ich habe dich erniedrigt" - sozusagen als erstes Djihad-Ergebnis.
Nicht umsonst sagte der biblische GOTT im Alten Testament zu seinem Volk: "Der Fremdling, der bei dir ist, wird über dich steigen und immer oben schweben; du aber wirst heruntersteigen und immer unterliegen. Er wird dir leihen, du aber wirst ihm nicht leihen; er wird das Haupt sein, und du wirst der Schwanz sein. (5. Mose 28,12)

Eine scharfe Debatte.

Die Geschichte der ersten Minarette in der Schweiz: Als erste Schweizer Moschee mit Minarett wurde 1963 die Mahmud-Moschee in Zürich eingeweiht. Damals reagierte die Bevölkerung wohlwollend auf das Bauwerk. Es zeigte in den Augen vieler die Weltoffenheit Zürichs. Mittlerweile sind drei weitere Moscheen mit Minarett dazugekommen:
Das zweite Minarett gehört der Islamischen Kulturstiftung in Genf (am Wohnort des saudischen Königs Faisal bin Abdul Aziz in 1972) und wurde auf Initiative des 1953 verstorbenen saudischen Königs Khaled bin Abdul Aziz Al-Saud gebaut und 1978 in Anwesenheit des Bundespräsidenten der Schweiz, Willy Ritschard, eingeweiht. Die Kosten für das Grundstück, den Bau und die Ausstattung im Umfang von rund 21 Millionen Schweizer Franken wurden von der Regierung Saudi-Arabiens allein getragen. Die zwei anderen Moscheen mit Minarett stehen in Winterthur und Wangen bei Olten. Daneben gibt es in der Schweiz rund 150 öffentliche Gebetsstätten.

Der Beginn der scharfen Debatten über die "Prävention von Minaretten" in der Schweiz ist im Januar 2005, als eine türkisch-islamische Organisation in Wangen bei Olten das Projekt bekanntgab, "ein symbolisches Minarett" von fünf bis sechs Metern Höhe zu bauen. Das Projekt wurde von den kantonalen Behörden abgelehnt, weil "die Minarett-Höhe nicht die Benutzung des Platzes für religiöse Zwecke und die Praxis der zeremoniellen Gebete" erhöht oder verringert, wie es sinngemäß in der Entscheidung des zuständigen Verwaltungsgerichts hieß.

Minarette - Symbol der islamischen Herrschaft:

Die Geschichte des Minaretts, wie sie aus historischen und islamischen Quellen hervorgeht, zeigt, daß Minarette als "Symbol der islamischen Herrschaft " dienten, die später erfunden wurden, um den islamischen Sieg über die eroberten Länder zu beweisen.

So war zum Beispiel die Masjid al-Nabawi Moschee in Medina (zweitheiligste Stätte der Verehrung für Muslime nach der Großen Moschee in Mekka), 88 Jahre lang ohne ein Minarett. Dort hatte der Prophet des Islam gesagt: Das Gebet in meiner Moschee ist besser als tausend Gebete anderswo, außer in der Heiligen Moschee / Sahih Muslim: Nr. 1394). Das war zur Zeit der Moschee-Gründung während der ersten Migration des Propheten in Medina am 12. März 622 n. Chr. Erst der Omajjadenkalif Walid bin Abdul Malik befahl in Medina dem Omar bin Abdul Aziz, vier Minarette an den Ecken der Moschee zu bauen.

Andere muslimische Glaubensrichtungen sind in islamischen Ländern verboten:

In Ägypten wurden und werden (akut nach der Schweizer Initiative) nicht nur die Kopten verfolgt, auch der bahaitisch-islamische Glaube ist verboten und es ist ihnen nicht erlaubt, Gebetsräume zu eröffnen. Ähnlich wie den Christen der Kirchenbau, ist in Ägypten auch schiitischen Muslimen der Bau eigener Gebetsräume untersagt. Einzig die radikal-sunnitische Muslimbruderschaft fordert die Vereinigung von Sunniten und Schiiten zum Kampf gegen die "Kuffar = Lebensunwürdigen = Juden und Christen", vgl. *http://de.qantara.de/webcom/-show_article.php/_c-468/_nr-1147/i.html*

Andererseits ist im Iran der Bau von sunnitischen Moscheen verboten. Wiederum in anderen arabischen Ländern mit sunnitischer Bevölkerungsmehrheit ist es verboten, schiitische Moscheen "husseiniyyas" zu erbauen: Die saudischen Behörden z.B. haben im Juni 2008 in der Provinz Khuber drei schiitische Moscheen geschlossen.

Interessant zu unserem Thema ist, was *www.Jihadwatch.org* schreibt: "Tatsache ist, daß saudi-wahhabitische Moscheen keine Minarette haben, weil diese als eine Lästerung (bid'a) betrachtet werden." Moscheen können also sehr gut funktionieren ohne Minarette. In der Schweiz gibt es übrigens seit Jahren mindestens 150 Moscheen!

Das erste Minarett.

Einige Autoren schreiben den ersten Bau eines "Minaretts" um das Jahr 705 n. Chr. der Regierungszeit des Umayyaden-Kalifen Walid zu. Die Umayyaden verlegten damals die Hauptstadt des politischen Islam von Mekka nach Damaskus. Dieses "Minarett der Braut" (es ist auch bekannt als Minarett Alclasp oder "Das weiße Minarett") in der großen Umayyaden-Moschee ist demnach das älteste und erste Minarett in der Geschichte des Islam.

Das Minarett ist auch ein politisches Symbol:

Vorgänger der heutigen Umayyaden-Moschee in Damaskus war der ca. 31 vor Chr. gebaute Jupitertempel als "hoher Platz", es folgte im 4. Jh. eine Basilika, die Johannes dem Täufer geweiht wurde. Nach der islamischen Eroberung der christlichen Hauptstadt Damaskus 635 n. Chr. und dem Eindringen von Khaled bin Waleed und Abu Obeida elgarah wurde die Hälfte als Moschee weggenommen, aber die andere Hälfte blieb zunächst Kirche. Muslime sowie Christen verehrten dortige Reliquien von Johannes dem Täufer. Bis 705 n. Chr. wurde dann im Auftrag des Omajjadenkalifs Walid bin Abdul Malik das ganze Gebäude zur Moschee umgebaut.

Der Bau von Minaretten begann als Reaktion auf die Türme der christlichen Kirchen in Län-

dern, die der Islam eroberte. Sie kommen nicht aus der islamischen Geschichte selbst, wie viele glauben, nicht als integraler Teil der Moschee. Die Kirchtürme ihrerseits waren Symbol für die Erhabenheit des Ortes, in dem die Lehre Jesu Christi gepredigt wird, damit Menschen zum ewigen Jesus - der im Himmel ist - finden können und durch IHN den Weg zur Gemeinschaft mit GOTT als Vater.
Daher das entsprechende Bild der Kirche, der Kathedrale, die als ein "hoher Platz" auf die "Höhe von Christus" hinweist, und der Weg durch diesen hohen Raum zu dem Hohen GOTT. Aber diesen Inhalt kennt der Islam nicht und lehnt ihn vehement ab.

Das Minarett - Islamische Herrschaft über das christliche Damaskus:

Wenn wir die Geschichte von Damaskus, wo die ersten Minarette "gepflanzt" wurden, lesen, sehen wir, daß der Ort vor der Eroberung durch die islamische Armee für die Christen zentral war, um die Lehre Christi zu predigen.
Damaskus fiel im Jahre 333 v. Chr. in die Hände von Alexander dem Großen, dem dann die römischen und griechischen Zivilisationen folgten. Später wurde Damaskus ein wichtiger christlicher Ort, zur Wiege des Christentums, die viele Heilige und Apostel "hervorbrachte, welche die Lehre JESUS überall in der damaligen Welt predigten, vor allem Apostel Paulus, der sich in Damaskus zu dem Herrn Jesus bekehrt hat" (Apostelgeschichte 9).

Das Minarett-Symbol geschichtlich verstehen.

Nachdem Damaskus in die Hände der muslimischen Eroberer gefallen war, erschien es notwendig, den Charakter der Stadt von Grund auf zu ändern. Mit ihrem ehemals führenden christlichen Charakter wurde sie zu einem "Ort des Islams". Das bezieht sich auf die Identität des Siegers. Das Minarett, als "Symbol des neuen Ortes der Sieger ", wurde auf den Ruinen des vormaligen "Großen Doms" als Ort, der ein für allemal besiegt sei, erbaut. Hiervon kann man das symbolische "Minarett-Verständnis" in die heutige Geschichte des politischen Islam übertragen, das Minarett als Symbol für den "Ort der Starken, der Sieger" oder für den "Ort der Eroberer".
Jedenfalls wurde Damaskus Stück für Stück von der "Heimat der Christen" in das "Haus des Islam" transformiert. Ein anderes Beispiel, der Qutb Minar in New Delhi (Indien): Nach dem Sieg der Moslems über die Hindus um das Jahr 1200 begonnen, zwischen 1211 und 1236 als Siegesturm bzw. Minarett fertig gestellt, zum Zeichen der Herrschaft des Islams über besiegte Hindus. Die Osmanen führten die Tradition fort. In Jahrhunderten entstand so ein Islamischer Code:
Minarette als Demonstration des islamischen Codes, das Land zu erobern, bzw. das Land zu islamisieren. Denn nichts anderes ist heilige Pflicht der Muslime. Das Minarett ist bei Weitem mehr als ein "architektonischer Dekor", es ist ein Beweis des islamischen Sieges und der Herrschaft über dieses Land. Man erinnere sich nur an Erdogans Rede in Köln vor wenigen Jahren. Nicht umsonst sagen uns türkische Nachbarn recht freundlich: "Diesmal erobern wir Euch und Europa über die Geburtenrate".
Jonathan Bloom, Professor für Geschichte an der "Boston University" und Spezialist für die Geschichte der Minarette, bezeichnete Minarette als (zunächst) "stille Symbole". Man kann sie als ein Signal verstehen des Wachstums des Islam, der den Sieg hat über alle anderen Religionen und (aus Sicht des Islam) degenerierten Kulturen.
Die deutsche FAZ schreibt am 1.12.2009: "Die Frage, ob ein Minarett die Verkörperung aggressiven islamischen Herrschaftsdrangs oder nur das harmlose Symbol einer friedlichen Religion sei, hätte Sultan Mehmed II. vermutlich nicht einmal verstanden. Selbstverständlich ließ der Osmanenherrscher nach der Eroberung Konstantinopels im Jahr 1453 die Hagia Sophia, schon damals ein jahrhundertealtes Zentrum der Christenheit, umgehend in eine Moschee umwandeln.
Zu den ersten Befehlen des Sultans nach der Einnahme der Stadt gehörte deshalb die Anord-

nung, der Hagia Sophia als unübersehbares Zeichen der neuen Herrschaft ein Minarett aus Holz hinzuzufügen. Bald wurde die hölzerne Übergangslösung durch vier Minarette aus Stein ersetzt, die noch heute das Aussehen des weltberühmten Bauwerks prägen.
Bei dem mittelalterlichen Siegeszug der Osmanen über die orthodoxen Staaten des Balkans, also über Bulgarien und Serbien, aber auch später über die katholischen Ungarn war es nicht anders. Die Errichtung von Minaretten in früheren Kirchen gehörte zu den ersten Manifestationen einer Herrschaft, die zumindest in den südlichen Gebieten des Balkans bis 1912 dauern sollte. Daß die aufständischen Balkanvölker in ihren Kämpfen gegen die Türken dann bevorzugt Moscheen und Minarette zerstörten, war die Kehrseite."

Muslime versagen sich sozialer Integration:

Die Plakate der "Volksinitiative zu Minarett-Verbot" zeigten die Minarette so, wie sie seit Jahrhunderten sind. Die schwarze Farbe warnte davor, die Schweizer Kultur "durchlöchern" zu lassen. Die schwarz vermummte Frau symbolisierte, was letztlich die Schweiz und Europa erleben dürfen, wenn das Scheitern der Integrationspolitik in Europa fortschreitet.
Immer mehr Muslime, gerade auch Frauen, versagen sich der Integration, verstärken über die "Kulturvereine" ihre islamische Mentalität - als muslimisch "Aktive" mißbrauchen sie die europäischen Bürgerrechte, und ihre Staatsbürgerschaften um sich gegen europäische Standards (Sprache, Kultur, Denkweise, eine Philosophie des Lebens) abzugrenzen.

Sorge über europäische Identität:

Ausgehend von Fehlern in der europäischen Politik der Integration und dem Mythos der Entwicklung zum "europäischen Islam" begann die aktuelle Debatte. Zur Hilflosigkeit gegen Terrorakte gesellen sich für den Europäer die Sorgen über die Zukunft der europäischen Freiheits- und Privatsphäre sowie die Vermischung mit den Identitäten der Immigranten, vor allem der "islamischen Identität", deren Gewicht in Europa von Tag zu Tag zunimmt.
Trotz aller staatlichen Bemühungen ist es mit diesem Anliegen nach den Ereignissen vom September 2001 kaum besser geworden. Nachdem Europäer zum Islam konvertieren und die Muslime ihre Identität vermehrt demonstrativ vorführen (z.B. Kopftuchstreit. Drohbotschaften in den Medien), entwickelt sich zunehmend "echte Angst" vor dem Islam.

Keine theoretische Angst:

Es ist offensichtlich, daß die Muslime, die blind an die Lehren des Koran glauben, den terroristischen "Jihad" als Allahs gegeben Weg erklären, um Europa zu islamisieren.
Im Zusammenhang mit der Angst vor der Islamisierung Europas und vor der islamischen Lehre, die mit der Kultur des Minaretts bewaffnet ist, einer "Kultur der Eroberung" gegenüber der europäischen Kultur, die offen ist, entstanden Meinungen, daß eine solche europäische Angst vor dem Islam eine faschistoide Angst vor jedem Anderen, was immer "fremd" erscheint, sei.
Daß die Angst in Europa diese Ansicht nicht unterstützt, sondern widerlegt, zeigt die Tatsache, daß in der Schweiz den Tempeln anderer Religionen (Hindus, Buddhisten oder der orthodoxen Kirche und anderen nicht die gleiche Haltung wie der "Kampagne zur Minarett-Verbot" gegenüber steht. Dies zeigt, daß die Angst der Schweizer und der übrigen Europäer vor dem Islam in diesem selbst begründet ist.

Gründe für das Minarett-Verbot:

Jean-François Mayer, als religiöser Soziologe einer der bedeutendsten Experten zur Zukunft der Religionen und Autor von "Internet- und Religionsfreiheit" (2008), gibt vier Hauptgründe an, welche die Mehrheit der Schweizer bei der Abstimmung motivierten:
Die Minarette gehören nicht zur Schweizer Kultur und Gesellschaft;
Der Islam ist mehrheitlich intolerant (Bauverbot von Kirchen in islamischen Ländern, massive Christenverfolgungen bzw. Zwangsislamisierung);
Angst vor den Auswirkungen der weiteren Ausbreitung des Islam;
Muslime sollen sich anpassen und wirklich integrieren.

Eigenartiger, muslimisch-orientalischer Wahrheitsgeist:
Der Koran gilt als absolute von Allah gegebene Wahrheit, die nicht hinterfragt werden darf. Aber: Nach der muslimischen Lehre - wenn zwei Muslime übereinkommen, was wahr sei, darf dies als anerkannte Wahrheit gelten. Der Muslim darf in bestimmten Fällen und wenn erforderlich untreu sein und lügen, so im Heiligen Krieg zur Ausbreitung des Islam bzw. gegenüber den "Kuffar = Lebensunwürdigen". Die Scharia als muslimisches Glaubens-, Politik- und Rechtssystem steht über allen anderen Systemen.
Den Grünen "Multi-Kulti-Freunden" sind derlei Grundhaltungen entweder unbekannt oder einfach zu unglaublich. Globale Heilsprediger wiederum malen sich eine friedliche "Neue-Welt-Ordnung" aus, nach Barack Hussein Obamas Devise "We all are ONE, each in its individual divine nucleus". …
Europäische Abwehrhaltungen der Elite und Leute auf der Straße vor der "Kultur der Minarette" besagen, daß ihre Sorgen sich nicht gegen Muslime richten, weil diese ihren Allah verehren. Viele Europäer sind nur bestürzt über "einen muslimischen Geist und das muslimische Denken", der unbedingt alle Gedanken in sein Denken zieht, alle Himmel in seinen Himmel und alle Höhe unter seine Minarette.
Mein Fazit:
Alles ist meinerseits weniger eine Frage der "Freiheit der Religionsausübung" oder "Freiheit zu verehren, wen oder wie man möchte oder was man will", sondern es ist eine Frage der Menschenrechte - also bitte: "Laßt mir meine Freiheit, die ich lebe, Freiheit, die meine Kultur ist, die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist."
Pastor Fouad Adel M.A., Dezember 2009 …<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 11. Mai 2010: >>**Prophet Mohammeds Aischa Geliebte Frau**
Nach dem Tod seiner ersten Frau entschied sich Mohammed für eine Ehe mit der etwa sechsjährigen Aischa. Sie spielte eine wichtige Rolle im Leben des Propheten.
Von Peter Heine
Im Lauf seines Lebens ist der Prophet Mohammed mehrere Ehen eingegangen. Zunächst heiratete er die ältere, wirtschaftlich erfolgreiche Großkauffrau Khadija, der er sehr zugetan war. Zu ihren Lebzeiten ging er keine weitere Ehe ein. Die islamischen Traditionen nennen sie "eine aufrechte Stütze" für ihn.
In den auf den Tod Khadijas im Jahr 619 folgenden Beratungen unter den engsten Vertrauten Mohammeds schlug man ihm zwei Partnerinnen vor, die für eine Ehe, nicht zuletzt unter politischen Gesichtspunkten, in Frage kamen. Er entschied sich für Aischa, die Tochter eines seiner frühesten Anhänger, des späteren ersten Kalifen, Abu Bakr (gest. 634).
Die Hochzeit wurde verabredet. Aischa war zu diesem Zeitpunkt etwa sechs Jahre alt. Vollzogen wurde die Ehe jedoch erst nach dem Auszug Mohammeds und seiner Anhänger nach Medina im Jahr 622. Das exakte Datum ist nicht bekannt. Immerhin berichten die Quellen, daß Aischa noch mit Puppen spielte, als sie in den Haushalt des Propheten kam.
Unschuld seiner Frau offenbart
Mohammed liebte Aischa sehr. So berichten die Quellen, daß er mit ihr um die Wette gelaufen sei, wobei die junge Frau zunächst schneller war als er. Bei einem späteren Wettrennen hatte Aischa jedoch zugenommen, so daß Mohammed eher ans Ziel gelangte und sie damit neckte.
Auch diese Ehe verlief nicht ohne Spannungen, zumal sich Aischa gegenüber den weiteren Frauen Mohammeds durchsetzen mußte. Ein Zerwürfnis führte sogar zu einer Offenbarung. Bei einem Kriegszug war Aischa, die das Heer in einer verhängten Sänfte begleitete, hinter der Karawane zurückgeblieben. Ein junger Mann hatte sie aufgelesen und ins Heerlager gebracht.

Sogleich entstanden Gerüchte über diesen Vorgang. Der Prophet verteidigte seine Frau nicht. Aischa kehrte zu ihrer Familie zurück. Daraufhin erhielt der Prophet eine Offenbarung, in der die Unschuld seiner Frau festgestellt wurde.
Aischa war auch die einzige unter seinen Frauen, die sich zu manchen seiner Handlungen kritisch äußerte. Die besondere Bevorzugung von Aischa gegenüber den anderen Frauen des Propheten kam später dadurch zum Ausdruck, daß er seine letzten Stunden mit ihr verbringen wollte und in ihren Armen starb.

Intrigen gesponnen

In die auf den Tod Mohammeds folgenden Auseinandersetzungen mischte sich Aischa tatkräftig ein. Daß sie sich für ihren Vater als neuen Leiter der muslimischen Gemeinde einsetzte, ist leicht nachzuvollziehen. Auch bei späteren Konflikten war sie beteiligt.
Vor allem die Schiiten verübeln ihr bis heute, daß sie sich gegen das Kalifat des Schwiegersohns des Propheten, Ali ibn Abi Talib, ausgesprochen hat. Sie werfen ihr vor, daß sie über ihn Lügen verbreitet und Intrigen gesponnen habe. Überliefert wird, daß sie sogar an einer der Schlachten zwischen den verschiedenen muslimischen Parteien teilgenommen habe.
Für Sunniten ist Aischa eine Autorität für die Überlieferung von Aussprüchen des Propheten, die als eine authentische Quelle des islamischen Rechts verstanden werden. Sunnitische Eltern wählen gerne den Namen Aischa für ihre Töchter.
Der Autor ist Professor für Islamwissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2010 (x887/...): >>**Kein Mitgefühl wert**
Christenverfolgung weltweit
Zumindest Teile des Islam erheben Anspruch auf die Weltherrschaft. Opfer dieses Anspruches sind oft Christen, die verfolgt, diskriminiert, ihrer Rechte beraubt oder getötet werden. Die westliche Welt will davon wenig Kenntnis nehmen. Lieber wälzt sie sich im Schuldkult und beklagt, was das Christentum alles auf dem Kerbholz habe.
Es ist das Verdienst von Joachim Feyerabend, in "Wenn es lebensgefährlich ist, Christ zu sein" einen Blick auf die häufig verzweifelte Lage der Christen zu werfen. In Ländern wie Nordkorea und China wird das Kreuz mit Hammer und Sichel bekämpft. Doch in den meisten Ländern dieser Erde geht die Gewalt von Islamisten aus, die nicht nur im Iran, Afghanistan oder Saudi-Arabien ihr Unwesen treiben. Feyerabend beleuchtet die Praxis der Christenverfolgung in über 50 Ländern.
Auch wenn CDU-Politiker wie Ruprecht Polenz dies anders sehen und einen EU-Beitritt der Türkei herbeisehnen: Die Türkei gehört eindeutig in die Reihe der Länder, in denen Christen als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. "Der Wunsch nach Aufnahme in die EU gleicht unter solchen Vorzeichen einem trojanischen Pferd für wahabitisches oder anderes fundamentalistisches Gedankengut", schreibt Feyerabend. Nicht nur für Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan sei die Demokratie lediglich der Zug, "auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten."
Am Ende seines Buches verweist der Autor auf Hochrechnungen, nach denen die Muslime in Deutschland ab dem Jahr 2046 die Bevölkerungsmehrheit stellen könnten und damit in der Lage wären, im Bundestag auf legalem Wege islamkonforme Gesetze zu verabschieden. Diese Zahl mag man für übertrieben halten.
Nicht übertrieben hingegen ist die Bemerkung des Autors, daß in Deutschland noch immer das Erbe Hitlers fortwirkt und damit eine Art Kult der vorauseilenden Dauerentschuldigung durch unsere Politiker und Medien durchexerziert wird. Feyerabend zitiert hierzu eine Schweizerin, die im Sekretariat des nationalkonservativen Politikers Christoph Blocher beschäftigt war: "Ich verstehe die Deutschen nicht, sie lassen sich schließlich von den Zentralrä-

ten der Juden und der Muslime vorschreiben, was sie zu denken und zu sagen haben."
Und so ziehen unsere Landsleute für das Leid der Tibeter auf die Straße. Das Schicksal der Christen im Südsudan und anderswo ist ihnen jedoch keines Fackelzugs wert. Zudem beugten sich laut Feyerabend Politik und Kulturbeflissene vorauseilend dem Druck und Terror militanter Muslime von Teheran bis Nordafrika und wagten kaum noch, etwas Kritisches zu äußern. "Der Vatikan als Gralshüter katholischer Lehre bemüht sich um gut Wetter, während in einigen islamischen Ländern der Papst selbst gnadenlos beschimpft ... wird. In unseren Breiten werden Hetzkampagnen gegen Christen ohne politische Folgen und öffentlichen Aufstand, ohne Demonstrationen, Flaggen- und Strohpuppen-Verbrennungen, ... zur Kenntnis genommen", schreibt der Autor.
Joachim Feyerabend: "Wenn es lebensgefährlich ist, Christ zu sein - Kampf der Religionen und Kulturen", Olzog, München 2010, broschiert, 304 Seiten …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. September 2010 (x887/...): >>**Fall Sarrazin: Todesurteile unter Nacktschnecken**
Das Buch "Deutschland schafft sich ab" von Thilo Sarrazin hat nicht nur eine Diskussion über die Zukunft der deutschen Kultur und des Sozialstaates ausgelöst, es wird bisweilen auch als Zeichen einer langsam einsetzenden geistigen "Wende" gedeutet. Einige Beobachter zogen Parallelen zu Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" von 1977, das dem Untergang der DDR vorausging.
Sarrazin durchkreuzt dreierlei Absichten, die sich hinter dem "multikulturellen" Experiment verbergen. Wirtschaftskreise und ihre liberalen Helfer wünschen sich Einwanderung, um sich ein Reservoir an billigen Arbeitskräften zu erhalten. Die strategisch denkende Linke erhofft sich dadurch eine Zuspitzung von Klassengegensätzen und ein neues aggressives Proletariat, das das "weiße" Bürgertum zu entmachten imstande wäre. "Grüne" wiederum setzen durch das Experimentieren mit "Vielfalt"- und "Diversity"-Konzepten darauf, einen transnationalen "neuen Menschen" zu kreieren.
Die herrschenden Eliten und die ihnen verbundenen Chefredakteurszimmer wirkten anfänglich ungewöhnlich paralysiert, bis schließlich wieder die üblichen bundesdeutschen Versuche der sozialen Ausgrenzung zum Laufen kamen. Doch die Vorwürfe gegen Sarrazin wirkten seltsam stumpf. Political Correctness und "Kampf gegen Rechts" scheinen ihren Zenit überschritten zu haben.
Im Gegenteil. Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz geißelte die "neuen Jakobiner", sprach von der "Götterdämmerung der 68er" und kritisierte die dem Volk entfremdete "Parallelgesellschaft" der politischen Elite und der Medienlinken: "Nichts hat den Geist der Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig geprägt wie die Generationenherrschaft der 68er … Seit Jahrzehnten haben die deutschen Linksintellektuellen keine politische Idee mehr gehabt. Und wenn man theoretisch nicht weiter weiß, wird man moralisch aggressiv."
Volker Zastrow wandte sich in der "FAZ" gegen den Claudia-Roth-Jargon: "Warum soll 'unerträglich' sein, daß einer die Welt so beschreibt? … Nicht hilfreich, nicht zu ertragen, so lauten soziale Todesurteile unter den Nacktschnecken, die auf der eigenen Schleimspur Karriere machen. ..."<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. März 2011: >>**"Sie war schlimmer als der Teufel"**
Der Tod der Jugendrichterin Kirsten Heisig beschäftigt die Öffentlichkeit, seit ihr Leichnam in einem Berliner Wald aufgefunden worden ist. Nicola Graef und Güner Balci, die Produzentinnen des Films "Tod einer Richterin", haben keinen Zweifel daran, daß es Suizid war.
Aber die Gerüchte kommen nicht zur Ruhe. Bei der Pressevorführung ihres Films drehen sich die Fragen der Journalisten vorwiegend darum, ob nicht doch Mißtrauen gegenüber dieser offiziellen Version angebracht sei. Die Zweifel sind groß, der Argwohn mit Händen greifbar.

Er tritt zutage in Fragen und Antworten wie: "Welche Krankheit hatte sie denn?" ("Wissen wir nicht.") oder: "Haben Sie denn mit dem Ex-Mann oder den Kindern gesprochen?" ("Nein.")
Im Grunde läßt sich Balci und Graef noch nicht mal ein Vorwurf machen. Die Produzentinnen verstoßen mit ihren Filmen auch gegen die politische Korrektheit, wenn es sein muß. Das haben sie 2010 mit ihrer Dokumentation "Kampf ums Klassenzimmer" über Ausländergewalt an deutschen Schulen bewiesen.

Autorinnen haben sich mit Todesumständen nicht befaßt

Der WDR würde jedoch einen TV-Beitrag über Heisig, der auf einer Mordtheorie basiert, sicherlich nicht ausstrahlen. Das macht die stellvertretende Leiterin Inland beim WDR, Ulrike Schweitzer, klar: "Es war auch von der Redaktion her wichtig, daß niemand Zweifel äußert."
Bei der Konferenz stellt sich dann auch noch heraus, daß die Autorinnen sich mit den genauen Todesumständen gar nicht befaßt haben: Sie wiederholen auf Nachfrage, daß sie den Obduktionsbericht besäßen. Später das Dementi: Das ihnen vorliegende Schriftstück ist nur eine Antwort der Staatsanwaltschaft an den Münchner Journalisten Gerhard Wisnewski, der mehrere Gerichte bemühen mußte, bis er diese magere Auskunft erhielt.
Der echte Obduktionsbericht ist nach wie vor geheim. Frau Balci selbst klagt über mangelnde Kooperation der Behörden: "Die Polizei war monatelang nicht in der Lage, unser Projekt zu unterstützen."

Freund und Feind kommen zu Wort

Das TV-Porträt leidet darunter, daß es die dubiosen Umstände von Heisigs Tod ausblendet. Dabei gibt es genug unumstrittene Dinge über die Verstorbene zu erzählen: Der Film zeichnet ihren Weg zur bekanntesten Jugendrichterin Deutschlands nach, schildert ihr "Neuköllner Modell". Er läßt Freund und Feind zu Wort kommen. Zum Beispiel Gibran, einen kriminellen Schläger, der von Heisig in Arrest gesteckt worden ist. "Sie war schlimmer als der Teufel", sagt der Gangster (Schußwaffenmißbrauch, Erpressung, Körperverletzung).
Heinz Buschkowsky berichtet über die lebensfrohe Frau: "Sie war bis zum Schluß in Hochstimmung." Balci und Graef sind sich selbst auch nicht so ganz sicher, wer Heisig eigentlich war. Auf der Konferenz wird die Frage gestellt, ob sie den Gründen für ihre Selbsttötung nähergekommen wären oder nicht? "Beides", antworten sie unisono. Zweifel bleiben also. Auch nach diesem Film. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Oktober 2011 (x887/...): >>**Entmündigt im eigenen Land**
von Franz Kromka
Wilhelm Röpke, ein Vater unserer Marktwirtschaft, stellte vor mehr als 50 Jahren fest, daß "eine Welt wandernder Nomaden das letzte wäre, was wir wünschen sollten". Ein Blick in einschlägige Statistiken zeigt indes, daß es diese Welt - auch bei uns - längst gibt: 2009 waren rund 28 Prozent der in Deutschland lebenden Personen Ausländer, Eingebürgerte oder Personen mit "Migrationshintergrund". Gegen die Zuwanderung wäre wenig einzuwenden, wenn sie nicht vielfach an die Grenzen integrativer Kraft stieße und sie nicht nur den Einwanderern, sondern auch den Einheimischen nützte.
Die Gründerväter haben deutlich gemacht, daß der oft geforderte "liberale Patriotismus" (Eibl-Eibesfeldt), der mit der Wertschätzung fremder Kulturen einhergeht, nur auf der Grundlage fester Heimatbindungen möglich ist. Wer nicht heimatlich verankert ist, dem mangelt es oft an jener festen kulturellen Identität, die für den angstfreien Umgang mit den Immigranten erforderlich ist. Die einem falschen Fortschrittsglauben zu verdankende Beseitigung vertrauter Sozialgebilde beeinträchtigt nicht nur die Lebensqualität vieler Bürger, sie treibt auch den Prozeß der Vereinzelung der Menschen voran, der seinerseits Mißtrauen und Furcht vor fremdethnischen Personen zeitigt. Sollte die multikulturelle Gesellschaft die heimatliche Integration

weiter schwächen, dann wird sich das Maß an Weltoffenheit und Aufnahmebereitschaft nicht vergrößern, sondern im Gegenteil verringern.
Den Gestaltern unserer Wirtschaftsordnung ging es nicht um einen "europäischen zentralen Überstaat" (Alfred Müller-Armack), sondern um einen das Heimatgefühl und die Eigenverantwortung fördernden Dezentrismus. Das Beispiel der relativ autonomen Schweizer Gemeinde und des damals gewöhnlich inländischen Zuwanderers vor Augen, schien es Röpke vernünftig, "wenn den Gemeinden und Kantonen oder Ländern eines Staates eine gewisse Geschlossenheit dadurch bewahrt wird, daß nicht jeder, der zuzieht, von vornherein die gleichen Rechte wie die Einheimischen genießt". Alexander Rüstow forderte ein kommunales Kooptationsrecht; denn wenn die Gemeinde "den Zuzug jedes beliebigen Fremden dulden muß, wirkt das auf ihren Gemeinschaftscharakter schlechterdings sprengend".
Nach deutschem Gesetz, das mehr und mehr von sogenannten nichtdiskriminierenden EU-Vorgaben geprägt wird, dürfen Gemeinden Rechte und Ansprüche, die sie den Ortsansässigen zugestehen, den inländischen, aber sehr oft auch den ausländischen Zuwanderern von allem Anfang an nicht vorenthalten. Die Heimatgemeinde ist nicht mehr das Ultimum refugium ihrer Heimatbürger.
Im Notfall verläßt sich dieser Bürger auf jene staatliche Hilfe ("Hartz IV"), die nicht nur ihm, sondern gewöhnlich auch dem Ausländer garantiert wird. Die äußerst verlockenden Sozialleistungen sind neben der Hoffnung auf gut bezahlte Arbeit denn auch die Hauptursache dafür, daß vornehmlich größere Kommunen zur Zufluchtsstätte von Wirtschaftsflüchtlingen geworden sind - nicht selten gegen den Willen vieler Bürger.
Den Königsberger Philosophen Immanuel Kant hat nicht auf seiner Seite, wer einer möglichst unreglementierten Zuwanderung und mit materiellen Ansprüchen verbundenen Aufnahme in unser staatliches Sozialsystem das Wort redet. Nach Kant "soll das Weltbürgerrecht auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein".
Aber im Sinne Kants ist dieses Recht auf Hospitalität lediglich ein "Besuchsrecht", ein für jedermann geltender Anspruch auf zeitweiligen unverbindlichen Aufenthalt. Von dieser Verpflichtung unterscheidet Kant das "Gastrecht", das die Bürger bestimmten Ausländern, die sich in ihrem Land dauerhaft aufhalten, als besonderes Privileg gewähren können. Doch bei der Gewährung oder Nichtgewährung dieses Rechtes können die Bürger längst nicht mehr mitsprechen.
Bei der Frage der Zuwanderung kann hierzulande von einer faktischen Entmündigung des Bürgers gesprochen werden. Die Forderung Friedrich A. von Hayeks, daß die Regierung auch im Falle der Einwanderung "nicht die Macht haben darf, eine Gesellschaft zu formen", wird namentlich von jenen Intellektuellen und Politikern zurückgewiesen, die weitab von den Ausländervierteln wohnen und deshalb die direkten Folgen ihrer angeblichen Menschenfreundlichkeit nicht zu spüren bekommen.
Der bei der Einwanderungsdebatte auch von CDU-Politikern zur Schau getragene und von Helmut Schmidt kritisierte "Menschheits-Optimismus" überfordert viele Deutsche ebenso wie viele Einwanderer. Die Marktwirtschaftsväter hätten als Irrglauben eingestuft, ein Miteinander von Volksgruppen, denen unterschiedliche, gar einander widersprechende Moral- und Rechtsvorstellungen eigen sind, sei nicht nur wünschbar, sondern auch machbar.
Die Gründerväter hätten sich dagegen ausgesprochen, daß in das "Ideal der komfortablen Stallfütterung" (Röpke) nun gleichsam grenzüberschreitend alle armen Menschen dieser Welt einbezogen werden. Sie hätten aber nicht die Teilung des heimischen Wohlstandes als das zentrale Problem angesehen - obzwar es auch längst um die Grenzen der materiellen Hilfe geht -, sondern sie hätten uns vor Augen geführt, daß, so Röpke, durch diesen nun immer mehr Menschen zugänglichen "Weg einer mechanisierten Massenfürsorge das Krankheitsbild einer vermaßten Gesellschaft" gewissermaßen globale Züge annimmt.

Die staatliche Versorgung hat im Übrigen nichts mit echter Wohltätigkeit zu tun, die immer nur eine freiwillige Hilfe sein kann.
Den Absichten der Marktwirtschaftsväter entspräche es, wenn die immer noch ziemlich planlos verlaufende Einwanderung stärker reglementiert würde. Hinsichtlich der Einwanderung besteht, wie Röpke betonte, "zweifellos nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht jeder Nation, sie einer qualitativen Kontrolle zu unterwerfen, die das geistige Patrimonium (Erbe), die politische Tradition, den ethnisch-sprachlichen Charakter und die soziale Struktur des Landes vor einer unter diesen Gesichtspunkten unerwünschten Einwanderung schützt". Gewiß kann die Zuwanderung auch positive Folgen haben, vor allem ökonomische.
Die gängige Ansicht, die Immigranten könnten immer nur auf Kosten der Einheimischen beschäftigt werden, bedarf einer Prüfung. Nach Röpke ist stets die "Art der Einwanderung und ihr Verhältnis zur Wirtschaftsstruktur des Einwanderungslandes" zu betrachten. Fügt sich die Immigration hinsichtlich ihrer Qualifikation kompensatorisch in das heimische Beschäftigungsgefüge ein, dann kann sie, so Röpke, "sogar in einer Depression die wirtschaftliche Aktivität beleben".
In dieser Hinsicht trägt die Arbeit eines Teiles der Einwanderer gewiß zum Gedeihen unserer Wirtschaft bei. Aber die vielen, die ohne qualifizierte Ausbildung dem tristen Dasein ihrer Heimat entflohen sind, füllen in den westlichen Staaten keine Lücken im Arbeitsfeld. Sie senken vielmehr die Gesamtelastizität des Wirtschaftssystems.
Aus den Einsichten der Gründerväter folgt, daß der heutigen Einwanderung soziale Sprengkraft innewohnt. Die westlichen Länder sollten sich ihrer Gefährdung bewußt werden und alles tun, damit sich in den armen Ländern die wirtschaftliche Lage bessert - und somit das Verlangen nach Auswanderung abnimmt.
Prof. Dr. Dr. habil. Franz Kromka, 67, war bis 2010 Professor für Soziologie an der Universität Hohenheim.<<
Die deutsche Internet-Zeitschrift "PI-NEWS" berichtete am 12. August 2012 (x895/…):
>>**Die wahre Geschichte von Mohammed (Teil 1)**
Um Propheten ranken sich Geschichten und Mythen, ihre Existenz wird mal "bewiesen", mal "widerlegt". Sie werden verehrt oder verachtet. In ihre Biographien wird hineingedichtet oder weggelassen, was sie meist in einem günstigeren Licht erscheinen lassen soll.
Der pakistanischstämmige Ex-Moslem Imran Firasat aus Madrid hat die Biographie Mohammeds … niedergeschrieben; die Person des Mohammed kommt darin allerdings gar nicht günstig weg.
Firasat macht plausibel, was wir auch im Gespräch mit Muslimen immer wieder heraushören, wenn sie behaupten, daß man den Koran nur zusammen mit der Biographie Mohammeds verstehen könne: Mohammed hat den Koran, passend zu seinen Machtgelüsten, schlicht erfunden; der Koran und die Vita des Mohammed ergänzen sich in sehr augenfälliger Weise und bilden eine Einheit.
Firasats Sicht auf den Islam und auf Mohammed bestätigt Scheich Omar Abdel Rahman, Professor für Koraninterpretation an der Al-Azhar Universität in Kairo, wenn er sagt: "Mein Bruder, es gibt eine ganze Sure über die Kriegsbeute (Sure 8: Die Beute - "Al Anfal"). Eine Sure über den Frieden gibt es nicht. Der Dschihad und das Töten sind das Haupt des Islam. Wer sie herausnimmt, der schneidet dem Islam das Haupt ab."
Teil 1 einer dreiteiligen PI-Serie (Aus dem Spanischen von M-B)
1. Die Kinder- und Jugendzeit
Es war das Jahr 570, in der arabischen Stadt Mekka, in der Epoche des Christen- und Judentums. Die arabische Welt funktionierte ohne große Konflikte. Es gab Beduinen und Wanderhirten, die in Stämmen organisiert waren. Im Norden und Süden gab es Landwirte.
Zu dieser Zeit hatten die meisten Menschen einen polytheistischen Glauben, auch wenn es

Menschen gab, die einen jüdischen, christlichen oder zoroastrischen Glauben hatten. Die Stadt Mekka war ein religiöses Zentrum für einige polytheistische Araber aus dem Norden, da es die berühmte Mauer von Zamzam und einen kleinen Tempel, Kaaba, gab.
Am 12. Rabi, also am 29. April, wurde ein Junge geboren, Mohammed, der Sohn von Amina (Witwe von Abdullah). Sie war eine arme Frau ohne Einkünfte, ihr Mann starb kurz vor der Geburt Mohammeds. Amina, da sie so arm war, suchte Hilfe bei Abdul Muttalib, dem Opa von Mohammed, der ein edler Mann war und ihnen half, auch wenn er eine schlechte Zeit durchmachte. Diese Situation war sehr schwer für Mutter und Sohn.
Amina konnte nicht länger als ein paar Wochen ihren Sohn ernähren und sie suchte sich eine beduinische Nährmutter, Halima bint Dhuayb, die in einem Tal in der Wüste lebte. Halima sorgte sich um ihn, und liebte Mohammed wie eine richtige Mutter. Sie versuchte alles, um ihn glücklich zu machen, aber da auch sie arm war, konnte sie ihm nicht alles geben, was er wollte.
Als Mohammed fünf Jahre alt war, sehnte sich Amina, seine Mutter, nach ihm und wollte ihn wiederhaben. Halima, auch wenn sehr traurig, konnte das verstehen und gab Mohammed seiner Mutter zurück. Kurz darauf wurde Amina krank und starb, so daß Mohammed mit sechs Jahren Waise war. Sein Opa, Abdul Muttalib, nahm ihn auf, aber als Mohammed acht Jahre alt war, starb auch sein Opa, und so war er wieder alleine.
Sein Onkel, Abu Talib, nahm ihn in seinem Haus auf. Er war sehr arm und hatte eine große Familie. Mohammed, um der Familie zu helfen, mußte als Hirte, Verkäufer, Laufbursche und Helfer arbeiten. Der Islam existierte noch nicht, es war die Epoche der Religionen wie das Christentum, das Judentum oder der Hinduismus.
Die Familie von Mohammed hatte keine der vorgenannten Religionen. Sie hatten einen polytheistischen Glauben, das heißt, sie glaubten an verschiedene Götter wie zum Beispiel den Wassergott, den Sonnengott oder den Feuergott. Mohammed hatte denselben Glauben wie seine Familie.
Kinder mit acht Jahren spielen normalerweise und haben keine Probleme und Schwierigkeiten. Aber Mohammed, da er so arm war, mußte hart arbeiten und hatte eine schwere Zeit. So aufzuwachsen machte ihn sehr traurig, er fühlte sich einsam und er hatte kein Selbstwertgefühl. Wenn er andere Kinder seines Alters sah, sehnte er sich nach seinen Eltern. Der arme Junge weinte in stillen Ecken und konnte mit niemandem über seine Gefühle sprechen.
Es ist klar, daß niemand uns so versorgen, lieben und verstehen kann wie es die eigenen Eltern machen, und auch wenn er mit seinem Onkel wohnte, hatte er nicht viele Freiheiten und er wurde konstant schlecht behandelt, besonderst von seiner Tante. Sie schlug ihn, und zur Essenszeit sagte sie immer "Obwohl wir so eine große Familie sind, müssen wir auch noch dieses Anhängsel miternähren".
Mohammed nahm das alles stumm auf und verstand nicht, was er für eine Schuld hatte, warum er diese schwere Zeit durchleben mußte. Aber in seinem Herzen brodelte schon ein Vulkan der Rache gegen diese Situation, gegen die Welt, und speziell gegen die Frauen aufgrund der schlechten Behandlung seitens seiner Tante.
Keiner wird als Straftäter geboren und niemand möchte so leben wie einer. Die Kriminalität ist fast immer die Folge eines Lebens voller Probleme. Dieser Junge wuchs mit so einer Situation auf, was ihn immer mehr wie ein Straftäter denken ließ.
Als er 20 Jahre alt war, trennte er sich von der Familie seines Onkels, er hatte nun viele Freunde und fing an, sein eigenes Leben zu leben. Er fühlte sich bereit, dieses neue Leben zu meistern, und glaubte er würde Erfolg haben. Er sagte immer zu seinen Freunden "Eines Tages werde ich ein König sein und die Welt regieren, alle werden mich respektieren, sei es weil sie mich lieben oder weil sie mich fürchten, das ist egal".
Er wollte nicht länger wie ein einfacher Arbeiter leben, er wollte reich und mächtig sein - aber

wie? Was muß man machen, um reich und mächtig zu sein? Mohammed hatte kein Geld, um in ein Geschäft zu investieren und auch keine Familie, die ihn finanziell unterstützen konnte, um sein Leben zu verbessern. Der Traum vom Reichtum, ohne Geld in der Tasche und ohne ein Dach über dem Kopf, wo er nachts schlafen konnte, war fast eine Utopie.
Nach einiger Zeit gelang es Mohammed, eine Gruppe von Jugendlichen zu bilden, die in derselben Situation waren. Die Jugendlichen akzeptierten ihn als Anführer und Verwalter. Sie fingen an, Pläne zu schmieden wie es ihnen besser gehen würde. Die Strategie von Mohammed war einfach "Erfolg, Macht und Geld um jeden Preis, egal, was man machen mußte, um dieses Ziel zu erreichen".
Sie prüften alle Optionen und merkten, daß die Welt von Juden und Christen regiert wurde. Sie waren sehr reich, und mächtig in der Politik, in der Religion und in der Gesellschaft. Mann mußte sie angreifen und ausrauben. Wenn man Geld hat kommt die Macht von alleine. Aber wie? In ihre Häuser gehen und ausrauben wäre sehr schwer, weil es zu viele waren, und sie würden in derselben gewalttätigen Form antworten. Also wurde beschlossen, sie auszurauben, wenn sie alleine auf der Straße, in der Wüste oder in ihren Geschäften waren. Dazu mußten sie ihre Gesichter mit einem Tuch verdecken.
In den folgenden fünf Jahren wurde die Gruppe von Mohammed sehr gewalttätig, sie raubten Juden und Christen aus. Sie griffen sie an, schlugen sie und wenn sie Widerstand leisteten, wurden sie getötet. Worte wie "Mitempfindung, Liebe und Freundschaft" kannte Mohammed nicht. Für ihn gab es nur ein Ziel. Sie überfielen die Juden und Christen auf den Gassen und Wegen der Dörfer, nur in Mekka nicht. Man brauchte nur einen Späher, der die Bewegungen der Leute verfolgte. Der Rest der Gruppe überfiel sie dann. Mohammed war zufrieden mit seinem Erfolg in diesen fünf Jahren, aber er wollte mehr.
Das Geld, was er durch die Überfälle einnahm, reichte nicht, denn fast alles brauchte er, um die Gruppe zu unterhalten. Es blieb nicht viel übrig. Man konnte nicht jeden Tag die Leute überfallen, und er mußte als Tarnung in einem Geschäft in Mekka arbeiten. Er war besorgt um seine Zukunft und entwickelte einen neuen Plan, um noch mehr Geld und Macht zu bekommen.

2. Seine erste Heirat

Während er weiter versuchte, sein Leben zu verbessern, lernte er mit 25 Jahren Chadidscha bint Chuwailid kennen, die Eigentümerin des Ladens, wo er arbeitete. Sie war eine verwitwete Kauffrau, 40 Jahre alt, 15 mehr als er. Ihm war das egal, für ihn zählte nur Geld und Macht.
Er fing an mit ihr zu flirten, seine Jugendlichkeit und die Sehnsucht von Chadidscha sich wieder geliebt zu fühlen machten es einfach. Und so heiratete er zum ersten Mal mit 25 Jahren diese 40-jährige Kauffrau, mit dem Ziel, das Geld von ihr zu nutzen und weiter zu kommen. Es war ein perfekter Plan, er führte weiterhin die Gruppe der Jugendlichen an, was noch immer das wichtigste für ihn war.
Nach der Heirat mit Chadidscha hatte er viel Geld zur Verfügung und Mohammed änderte sein Leben. Er konnte nun reisen wohin er wollte und seine Verbrecherbande vergrößern. Mohammed gab sich noch lange nicht zufrieden mit dem, was er hatte, er wollte die ganze Welt regieren. Er machte seine Gruppe nun so groß und berühmt, daß sogar Jugendliche zu ihm kamen und für ihn arbeiten wollten, da er nun ein berühmter Verbrecher war. Er nahm sie, damit sie für ihn stahlen und mordeten.
Die Christen und Juden hatten Angst vor ihm, sie baten ihn, damit aufzuhören, doch Mohammed hörte auf niemanden. Es ging ihm sehr gut, genauso wie er es sich vorgestellt hatte. Er sah, daß sich alle vor ihm fürchteten und das machte ihn froh und glücklich. Mohammed erweiterte seine Aktivitäten in allen wichtigen Städten der arabischen Welt, außer in Mekka. Überall hatte er seine Gruppen, und so wurde er der größte Verbrecher der damaligen Zeit.
Mit 40 Jahren hatte er sehr viel Macht, Tausende von Personen überfielen reiche Juden und

Christen für ihn. Alle Verbrecher, alle armen Leute und alle Leute ohne Bildung arbeiteten für Mohammed, da es eine einfache Art war, Geld zu bekommen. Aber jetzt raubten sie die Leute nicht nur aus, sie gingen einen Schritt weiter, sie vergewaltigten die Frauen und töteten alle Christen und Juden, die sich Mohammed widersetzten.
Sie machten die Frauen zu Sklaven und nahmen sie mit, um sie zu foltern und zu vergewaltigen. Es war die schlimmste Verbrecherbande der damaligen Zeit. Plötzlich merkte Mohammed, daß die Leute mehr Angst als Respekt vor ihm hatten. Und die Leute würden nicht ewig auf ihn hören. Er dachte sich, "was muß ich machen, damit die Leute mich respektieren und machen was ich will"?

3. Die Geburt eines falschen Glaubens

Um seinen Erfolg zu steigern, schlugen seine Berater vor, einen Glauben wie das Judentum oder das Christentum zu schaffen, die Millionen von Anhängern auf der ganzen Welt hatten. Sie wußten, daß viele Gläubige die heiligen Plätze besuchten und viel Geld an die jüdischen und christlichen Gemeinden spendeten. Ein neuer Glaube wäre ein gutes Geschäft und brächte viel mehr Geld und Macht. Und wenn der neue Glaube geschaffen wäre, könnten sie ihre Aktivitäten legalisieren und einen Krieg, im Namen dieses Glaubens, gegen Christen und Juden führen. So könnten sie all ihr Geld, ihr Land und ihre Frauen bekommen.
Mohammed wußte, daß die Juden und Christen in der Politik und in der ganzen Welt respektiert wurden. Er wußte auch, daß sie viel Geld hatten. Darum gefiel ihm die Idee, seinen eigenen Glauben zu gründen. Er wußte auch, daß die einfachen, ungebildeten Leute nicht schwer zu überzeugen waren, und die, die nicht seinen neuen Glauben annehmen wollten, würden durch seine Gefolgsleute mit Drohungen und Gewalt dazu gezwungen.
Jetzt war die Frage, wie konnte man das anstellen. Wie konnte man einen falschen Glauben schaffen, und erreichen, daß die ganze Welt ihm folgte? Er wollte einen Glauben schaffen, der den Anhängern viel Macht gab, und die Leute zum konvertieren zwingen. So könnte er die Leute töten, die nicht seinen neuen Glauben annehmen wollten, und eine klare Nachricht hinterlassen, es gibt nur einen Gott, und Mohammed ist der verehrungswürdigste Prophet dieses Gottes. Und außerdem könnten seine Anhänger einen Krieg gegen alle diejenigen führen, die ihnen nicht folgten.
In der Stadt Mekka kannten ihn die Leute nur als den Ehemann von Chadidscha. Nur außerhalb war er bekannt als Verbrecher, Räuber und Mörder. Das, und der Ruf der Stadt als religiöses Zentrum, bewegte Mohammed, Mekka als Hauptstadt und Ziel der Anhänger seines neuen Glaubens zu wählen.
Mohammed wollte eigentlich Gott seiner neuen Religion sein, da er aber wußte, daß es unmöglich wäre, die Leute zu überzeugen, daß ein menschliches Wesen sich in Gott verwandeln kann, beschloß er, Prophet zu werden, was ihm auch die absolute Macht gab. Er und seine Berater forschten, was ein Glaube braucht - einen Gott, einen Propheten, ein heiliges Buch, einige heilige Städte des Gottes und viele Anhänger. Zwischen vielen Möglichkeiten entschlossen sie sich für die, die ihnen am besten erschien:
(1) Name des Glaubens: ISLAM
(2) Name des Gottes: Sie beschlossen, den neuen Gott "Allah" zu nennen, und ihre Definition von Allah beschrieben sie so; "Allah ist der einzige, Allah ist der größte, Allah ist der wohlwollendste, und er liebt seine Anhänger mehr als eine Mutter ihr Kind".
(3) Prophet des neuen Glaubens: Sie beschlossen, daß Mohammed der letzte, der ehrwürdigste und wichtigste Prophet von Allah sein sollte. Und sie stellten somit Mohammed genauso viel Macht wie Gott aus.
(4) Die Anhänger werden Moslems genannt, und laut dem Islam sind es die besten Menschen auf Erden, die Welt wurde nur für sie gemacht und nur sie würden Ruhm erreichen. So gab Mohammed den Moslems das Recht, im Namen des Islams zu erobern und zu morden, mit

dem Ziel, sich auf der ganzen Welt auszubreiten, und so Mohammed noch mehr Macht zu geben.
(5) Das heilige Buch, was sie schufen, sollte Koran heißen, und berichtete und demonstrierte die Überlegenheit von Mohammed. Mit diesem Buch wurden sie die ganze Welt täuschen und überzeugen, daß es nur den einen Glauben geben kann.
(6) Die heiligen Städte des Glaubens: Sie beschlossen, Mekka ist die Heimstätte von Gott, damit alle Welt sie besucht und sie viel Geld bekommen, um das Königreich von Mohammed aufzubauen.
(7) Sie legten die Möglichkeiten des Betens und des Vergötterns fest, sie beschlossen, daß 5-mal am Tag gebetet werden muß, das Fasten während des Ramadans und das man einmal im Leben obligatorisch Mekka besuchen muß.
(8) Sie verkündeten, daß Mohammed der letzte und wichtigste Prophet von Allah ist, alle müßten sich genauso verhalten wie Mohammed, und das würde sich "Sunna" nennen. Und alle, die genau so leben wie er, haben es leichter, zu Ruhm und Ehre zu kommen. Auf diesem Weg würde Mohammed noch stärker werden, da er nun Vorbild für seine Anhänger wäre.
(9) Mohammed beschloß, einen offiziellen Ort für seine Anhänger zu schaffen, wo sie ihre Kriege planen und schwarze Geschäfte machen konnten. Er nannte diese Einrichtungen "Moschee". Mohammed und seine Anhänger planten alle Kriege und Massaker hinter den Türen einer Moschee.
(10) Zum Schluß beschlossen sie, daß es obligatorisch für alle Gläubigen ist, sich am heiligen Krieg (Dschihad), im Namen von Allah, zu beteiligen.
Das war der Plan mit dem Ziel, es Mohammed und seinen Anhängern zu ermöglichen, alles zu bekommen, was sie wollten. Mohammed wollte den Namen und den Einfluß seiner Frau in Mekka dazu nutzen, seine Worte glaubhaft zu machen.
" In Kürze: Die wahre Geschichte von Mohammed (Teil 2) …<<
Die deutsche Internet-Zeitschrift "PI-NEWS" berichtete am 13. August 2012 (x896/…): >>**Die wahre Geschichte von Mohammed (Teil 2)**
(Teil 2 der PI-Serie "Die wahre Geschichte von Mohammed", Teil 2)
Autor: Imran Firasat
Im Jahre 610, mit 40 Jahren, begann Mohammed seinen Plan umzusetzen. Zuerst mußte er seine Frau überzeugen. Er sagte ihr, daß er ein Geheimnis hat. Chadidscha respektierte Mohammed sehr, sie hörte ihm immer genau zu, wenn er ihr etwas mitzuteilen hatte. Er sagte ihr, daß ihn der Erzengel Gabriel mit einer Nachricht von Allah besucht hatte.
Allah hätte ihn ausgewählt, um seine Botschaft auf der ganzen Welt kundzutun. Chadidscha war sehr überrascht und konnte nicht glauben, daß ein Mensch, bis gestern einfacher Geschäftsmann, plötzlich der Prophet eines Gottes namens Allah wurde. Sie konnte nicht verstehen, warum Mohammed diese Phantasie erschuf.
Mohammed merkte, daß seine Frau ihm nicht glauben konnte. Also fing er an, gewieft und durchtrieben wie er war, zu Allah zu beten. Er küßte den Boden und weinte dabei. So ging es ein paar Tage lang, bis es schließlich Chadidscha nicht mehr aushielt. Sie sagte ihm, daß sie es glaubte und versuche ihm zu helfen. Mohammed forderte von ihr, daß sie zuerst zum Islam konvertierte, und die Existenz Allahs und ihn als seinen Boten akzeptierte. Auch wenn sie nicht richtig überzeugt war, machte sie es ihrem Mann zuliebe.
Danach wollte Mohammed, daß sie ihm half, die Leute in Mekka zu überzeugen. Die Beziehungen, der Status und die Unterstützung seiner Frau sollten es für Mohammed einfacher machen, seine neue Religion unter die Leute zu bringen. Er war der Prophet, genau wie in der Vergangenheit Abraham und Jesus, nur mit dem Unterschied, daß er keine guten Absichten hatte und die Welt täuschen wollte.
Als die Bewohner von Mekka vom Islam, Allah als Gott und Mohammed als Prophet hörten,

wollte keiner davon etwas wissen. Es war nicht einfach, man konnte nicht einen neuen Glauben, einen neuen Gott und einen neuen Propheten wie eine Mahlzeit in einer Stunde zubereiten.
Aber Chadidscha half ihm sehr, um die Leute in der Stadt zu überzeugen. Außerdem, Tausende aus Mohammeds Verbrecherbande konvertierten zum Islam, um der Welt zu zeigen, daß es eine Revolution gab, daß Allah einen Boten geschickt hatte und Mekka nun die heilige Stadt war. Mohammed bestach Bettler und arme Leute der Stadt, er gab ihnen Geld und Essen, damit sie zum Islam konvertierten und ihn als Prophet akzeptierten. So wurden es nach und nach immer mehr Leute, die seinen falschen Glauben akzeptierten. Er überzeugte sie, daß alle Botschaften von Allah kamen, und in jeder dieser Botschaft kam auch Mohammed vor, damit alle merkten wie wichtig er für Allah war.
Um noch mehr Menschen davon zu überzeugen, mußte Mohammed wie ein Prophet auftreten, und den Leuten zeigen, daß ihn die Engel von Allah besuchten und ihm Botschaften von Gott brachten. Das konnte er aber nicht in der Öffentlichkeit machen, da sonst der Schwindel aufgeflogen wäre. Also wählte er den Ort aus, wo er die Beute aus seinen Überfällen versteckte, die Höhle im Berg Hira, nordöstlich von Mekka. Mohammed ging dahin, um das Geld der Raubzüge aus den anderen Städten und Dörfern zu verstecken, aber er erzählte jedem, er gehe dahin, um die Engel von Allah zu sehen und eine Botschaft von Allah zu empfangen, um zu meditieren und zu beten. Das ging ein paar Jahre so und in der Zeit schuf Mohammed viele falsche Botschaften.
All diese Botschaften wurden im Koran aufgenommen, das Buch, was Mohammed erfand um die Bewohner in Mekka, der arabische Welt und die ganze Menschheit zu täuschen. Ein Buch, was nur geschaffen wurde, um die Überlegenheit von Mohammed zu demonstrieren, damit er sich alle seine Wünsche erfüllen konnte.
So wurde der Islam verkündet, auf der einen Seite die Existenz eines einzigen Gottes Namens Allah und die Unsterblichkeit der Seele, auf der anderen Seite die Gewalt und der Krieg, um zu diskriminieren, zu hassen und zu töten.
Es sind zwei Ideologien, eine gute und eine schlechte, eine perfekte Mischung, die niemand zurückweisen konnte. Am Anfang waren seine einzigen Anhänger seine Frau, seine Freunde und Mitglieder seiner Bande. Danach glaubten auch immer mehr Leute in der Stadt daran. Seine Frau und seine Leute machten in der ganzen Stadt, von Tür zu Tür, Werbung. Für Mohammed war es wichtig, eine große Gemeinschaft von Gläubigen zu haben, denn nur so konnte er immer mächtiger und stärker werden.
Und es ist die Natur des Menschen, wenn man Millionen etwas erzählt, gibt es immer einige Tausende, die es sofort glauben. Genau das passierte. Immer mehr Menschen nahmen den falschen Glauben an. Alles lief, wie es sich Mohammed vorgestellt hatte. Unter seinem Befehl, außerhalb der Stadt, raubten, vergewaltigten und töteten seine Leute, und in Mekka war er der Prophet von Allah.
Die Araber aus Mekka hielten am Polytheismus fest, und die Juden und Christen wiegelten gegen den neuen Propheten auf. Die mächtigsten Familien von Mekka waren gegen ihn. Die christlichen und jüdischen Gemeinden waren provoziert und empört über das heftige Treiben von Mohammed. Sie fingen an, Mohammed zu behindern, da sie wußten, daß er ein Lügner war, und daß es weder Allah noch einen Prophet von Allah gab.
Als Mohammed die anderen Religionen beschimpfte und beleidigte, ließen ihn die Juden und Christen nicht mehr in ihre Gemeinschaften herein. So mußte sich Mohammed, mit Hilfe seiner Mafia, mit Gewalt durchsetzen. Aus Angst vor Mohammed beschlossen die anderen Gemeinden, sich ihm nicht in den Weg zu stellen, um keine Probleme zu bekommen. Sie ließen ihn seinen Glauben praktizieren und machten den Vorschlag, daß alle Religionen zusammen in Mekka existieren könnten. Aber Mohammeds Ziel war nicht die Religion, er wollte die

Welt regieren, daher blockte er jedes Angebot ab. Er wollte alleine regieren und seine Macht nicht teilen.
Mohammed schickte Nachrichten an die Juden und Christen, mit dem Ziel, daß sie den Islam akzeptierten, aber ohne Erfolg. Die Juden und Christen, auch wenn sie Angst vor Mohammed hatten, wiesen ihn ab und teilten ihm mit, daß sie selber einen Gott hätten, der sie beschütze.

4. Der Beginn der Gewalt

Mohammed suchte nun nach einem anderen Weg, damit die Juden und Christen zum Islam konvertieren. Er schrieb weitere Botschaften in den Koran und gab bekannt;
(1) "Ich bin von Allah befehligt worden, gegen jeden Ungläubigen zu kämpfen bis sie die Realität akzeptieren, daß es nur einen Gott, Allah, gibt, und ich bin sein Bote".
(2) "Bezeugt, daß es nur Allah gibt, oder ihr werdet getötet."
Also gab Mohammed allen Moslems das Recht, gegen die Ungläubigen zu kämpfen, bis sie den Islam annahmen. Es war den Menschen nicht erlaubt, einen anderen Glauben zu haben oder den Islam zu ignorieren.
Die folgenden Jahre waren eine einzige Barbarei. Mit Waffengewalt zwang Mohammed die Christen und Juden zum Islam zu konvertieren. Ihre Frauen wurden vergewaltigt und ihr Besitz beschlagnahmt. Viele Kinder wurden elternlos, und viele junge Frauen verloren ihre Männer. Mohammed machte keinen Halt vor jungen oder alten Menschen. Auch nicht vor Kindern. Alle waren Opfer seiner Gewalt, physisch und psychisch. Mohammed brachte viele arabische Kinder in dieselbe Situation, die er als Kind erleben mußte, ohne Eltern, ohne Familie.
Diejenigen, die absolut nicht zum Islam konvertieren wollten, wurden gezwungen, unter der Herrschaft von Mohammed zu leben, und regelmäßig Geld zu bezahlen, damit sie weiterleben durften. Diese Steuer nannte Mohammed "Jaziyya".
Durch seinen Erfolg kamen andere Verbrechergruppen auf ihn zu, um sich mit ihm zu verbünden. Einige Gruppen aus der arabischen Stadt Medina luden ihn ein, um einen Zusammenschluß zu verhandeln. Mohammed interessierte dieses Angebot, da er mehr Verbündete brauchte, um seinen Plan, die Welt zu erobern, zu verwirklichen.

5. Der Beginn des heiliges Krieges (Dschihad)

Mohammed und seine Verbündeten einigten sich darauf, daß sie, unter dem Befehl von Mohammed, zusammenarbeiten. Die von ihm erfundene Religion wollten sie in die restliche Welt mit Krieg, Gewalt und militärischen Aktionen hinaustragen. Von Medina aus schufen sie Angriffspläne gegen friedliche Länder, um den Islam dort einzuführen. Mit Gewalt wurden seine Feinde ausgeschaltet und es begann der heilige Krieg gegen Atheisten, Christen, Juden und Polytheisten. Dieser Krieg forderte unzählige Menschenleben in verschiedenen Gemeinden, Städten, Ländern und unter Leuten mit unterschiedlichem Glauben.
Bis zur heutigen Zeit ist es nicht möglich eine genaue Liste mit allen Massakern und Kriegen von Mohammed, die er in seinem Machtwahn führte, zu erstellen. Es sind zu viele, aber einige waren diese:
- Der Krieg von "Badr"
- Der Krieg von "Uhud"
- Der Krieg von "Ahzab"
- Der Krieg von "Hunayn"
- Der Krieg von "Tabook"
- Der Krieg von "Mutah".

Diese Kriege waren das schlimmste, was die Menschheit bis dahin gesehen hatte. Sie fingen in Medina an, über Mekka, bis in die ganze arabische Welt. Sie eroberten viele Länder, die dann unter der Herrschaft von Mohammed standen. Durch den Erfolg und Reichtum wurde Mohammed noch grausamer. Seine Füße waren jetzt nicht mehr auf der Erde, er flog am

Himmel über seine eigene Welt, die er mit Lügen und Gewalt geschaffen hatte. Der Palast seines Lebens war voll mit Freude und Luxus, den er auf Tausenden von Opfern erbaut hatte, er fühlte sich wie Gott, er konnte mit nur einem Finger die Welt bewegen.
" Morgen: Die wahre Geschichte von Mohammed (dritter und letzter Teil).<<
Die deutsche Internet-Zeitschrift "PI-NEWS" berichtete am 14. August 2012 (x897/…):
>>**Die wahre Geschichte von Mohammed (Teil 3)**
(Dritter und letzter Teil der PI-Serie, Teil 3)
Autor: Imran Firasat
6. Das Erwachen der Wollust: Mohammed wurde vom Waisenkind zum Dieb, später ein Mörder und ein falscher Prophet, und nun mit zweiundfünfzig Jahren verwandelte er sich in einen Mann voller Wollust. Nach so vielen Jahren, wo er andere Leute ausraubte, quälte und tötete, wollte er sein Sexualleben wieder verbessern.
Der Sex und die Wollust waren zwei Kapitel in seinem Leben, die er bei seinem Streben nach Macht und Geld vernachlässigt hatte. Aber nun, da er alles erreicht hatte, erwachten sie in ihm erneut. Auch wenn er nun schon 52 Jahre alt war, und sicher bald von dieser Welt gehen mußte.
In den Kriegen und Schlachten brachten sie Juden und Christen um, und die Frauen von seinen Opfern wurden gefangen genommen und ihm vorgeführt. Er suchte sich die attraktivsten Frauen aus, und die anderen waren für seine Untertanen. Diese Frauen waren nun Sklavinnen von Mohammed. Er ließ sie tanzen, drängte sie mit Gewalt zum Sex, und wenn er genug von ihnen hatte, entsorgte er sie.
Frauen waren für ihn wie ein Spielzeug, er achtete und respektierte sie nicht. Und das lehrte er auch den Männern, die ihm folgten. Darum haben bis heute in der arabischen Welt die Frauen nicht dieselben Rechte und denselben Respekt wie die Männer. Wegen Mohammed sind bis heute in der islamischen Welt die Frauen den Männern unterworfen, werden diskriminiert und gequält.
Mohammed gefiel es eine Zeit lang mit den Frauen zu spielen, danach behandelte er sie wie Sklaven. Diejenigen Frauen, die ihm besonders gefielen, wurden mit Gewalt gezwungen, ihn zu heiraten. In den nächsten Jahren heiratete er öfter, eine nach der anderen, er ließ sich scheiden von denen, die ihn nicht mehr interessierten, und heiratete einfach eine andere. Der Koran und die Geschichte sagt, daß er elf Mal verheiratet war, aber es waren viel mehr, manchmal heiratete er mehrfach in einer Woche oder in einem Monat.
Es gab einige Personen, die seine sexuellen Aktivitäten in Frage stellten, aber Mohammed wußte, wie er sich verteidigen konnte. Er nahm den Islam als Schutzschild. Jedes Mal, wenn er eine Frau heiratete, sagte er allen, daß es der Wunsch Allahs ist, und daß Allah ihm befohlen habe, sich mit dieser Frau zu verheiraten. Wenn er den Namen Allah erwähnte, traute sich keiner mehr etwas in Frage zu stellen. Außerdem schuf er eine weitere falsche Botschaft: "Jeder Mann kann mit vier Frauen gleichzeitig verheiratet sein", eine neue Art, sein Handeln zu legalisieren. Neben seiner ersten Frau Chadidscha heiratete er diese Frauen (Liste nicht vollständig):
2. Sauda bint Zama
3. Aischa: Die dritte und umstrittenste Frau von Mohammed, Tochter seines besten Freundes Abu Bakar, ein sechsjähriges Mädchen, das schon an den Jungen "Jubayr ibn Mut'im" versprochen war. Aber die sexuellen Wünsche Mohammeds waren stärker und mit List konnte er die Vereinbarung auflösen, und das Mädchen mit 52 Jahren heiraten.
4. Hafsa bint Umar
5. Umm Salama Hind: Frau eines guten Freundes Mohammeds, Abu Salama, als dieser starb, heiratete er sie.
6. Zainab bint Chuzaima: Die sechste Frau von Mohammed, eine Jüdin, ihr Vater, ihr Mann

und ihr Onkel wurden von Mohammeds Leuten ermordet.
7. Zainab bint Dschahsch: War die Tochter seiner Tante (seine Cousine) und Frau seines Adoptivsohnes (seine Schwiegertochter). Mohammed trickste ihn aus, indem er eine falsche Botschaft von Allah schuf, und damit seinen Adoptivsohn zwang, sich scheiden zu lassen, um sie zu heiraten.
8. Dschuwayriya bint al-Haris
9. Safiyya bint Huyayy: war ein 17-jähriges jüdisches Mädchen, Mohammed brachte ihren Vater, ihren Bruder und Ihren Mann um.
10. Maymuna bint al-Harith
11. Umm Habiba Ramla
Mohammed hatte mit allen Frauen sexuellen Kontakt, auf die er Lust hatte, weil Allah (so behauptete Mohammed) ein besonderes Interesse an seinem Sexualleben hatte. Er gab ihm immer und immer wieder Befehle zu heiraten. Er verging sich an minderjährigen Mädchen, hatte viele Sklavinnen und unzählige Ehefrauen. Mohammed bezog sich immer auf den Koran, sein Handeln wäre gut für die Menschheit, er helfe den Witwen. Aber in Wirklichkeit war es Mohammed, der ihre Männer tötete, sie dann vergewaltigte und sie zwang, ihn zu heiraten.

7. Die Diskriminierung der Frauen

Mohammed konnte niemals seinen Haß gegenüber den Frauen ablegen. Für ihn waren alle Frauen schlecht und grausam wie seine Tante, darum wollte er sich bei allen rächen. Er sah das Gesicht seiner Tante bei allen Frauen. Nur darum hat er das Leben der Frauen im Islam durch Befehle und Botschaften erschwert, zum Beispiel:
(1) Die muslimischen Männer dürfen vier Ehefrauen zur selben Zeit haben, aber die Frauen haben kein Recht sich darüber zu beschweren, oder auch eine Vielehe zu haben.
(2) Mohammed machte es sehr leicht für die Männer, das Leben ihrer Frauen zu zerstören, denn ein Moslem kann in jedem Moment, ohne Vorankündigung und ohne legalen Prozeß, sich von seiner Frau in ein paar Sekunden scheiden lassen, er muß nur das Wort "Talaq" (Scheidung) drei Mal sagen. Aber eine Frau kann sich nicht so einfach scheiden lassen, die islamische Gesellschaft verbietet das, und wenn die Frau auf ihre Freiheit besteht, muß sie einen langen und schweren Prozeß durchmachen. Danach hat sie nicht mehr denselben Respekt in der Gesellschaft wie vorher.
(3) Jede Religion erlaubt es Männern und Frauen, gemeinsam zu Gott zu beten, Mohammed diskriminiert auch hier die Frauen. Es ist nicht erlaubt, daß sie in der Moschee zusammen beten. Der Grund dafür ist, das Mohammed meint, Frauen sind Wesen zweiter Klasse, und nicht so nah an Allah wie die Männer. Darum beten die Frauen immer getrennt von den Männern, viele beten zu Hause.
(4) Mohammed erlaubt den Frauen nicht auf den Friedhof zu gehen. Wenn eine Frau stirbt und beigesetzt wird, sind es immer Männer, die sie begleiten.
(5) Die Frauen dürfen nicht mit Männern sprechen oder mit ihnen Freundschaften bilden, wenn es keine nahen Verwandten sind. Für Männer besteht diese Einschränkung nicht.
(6) Die Frauen müssen immer ihr Gesicht und ihren Körper bedecken.
(7) Mohammed glaubte nicht, daß Frauen intelligent sind und ihr Wort Wert hat, darum hat in den islamischen Gesetzen, die er erschuf, das Wort einer Frau keinen Wert. wenn z.B. eine Frau vergewaltigt wurde und Anzeige erstattet, wird diese Anzeige nicht bearbeitet, bis nicht ein Mann ihre Worte bestätigt.
Mit all diesen Regeln ist die Frau ihr ganzes Leben bestraft. Wir können diese Situation nicht ändern oder verbessern, da das Schicksal und die Zukunft der Frauen durch Mohammed im Koran bestimmt wurde, und der Koran ist ein Buch, das keine Modifizierungen oder Änderungen erlaubt.
Im von Mohammed erschaffenen Koran steht auch eine klare Botschaft für alle Moslems: Sie

sollen keine Freundschaft oder Verbindungen haben mit Personen, die keine Moslems sind ("Kafir").
Nach ihren erfolgreichen Kriegen besetzte Mohammed mit seinen Leuten die Gebäude der Städte, verwandelte sie in Moscheen, und an ihnen aufgerichtet waren die Minarette die, so Mohammed, das Zeichen des Sieges des Islam waren. Die Moscheen waren nicht nur ein Platz zum beten, sie waren die Büros ihrer Welteroberung, und die Minarette veranschaulichten ihre Macht.
Mohammed dachte sich auch die islamische Fahne aus. Als Zeichen nahm er ein Schwert, was bedeuten soll, daß alle sich vor dem Schwert und der Macht Mohammeds fürchten sollen. Mit diesem Schwert drohte Mohammed der Welt, damit der Islam sich ausbreiten konnte. Das Bild des Schwertes existiert noch immer in der Fahne von Saudi Arabien, wo Mohammed geboren wurde, und von wo aus er den Krieg gegen die Menschheit begann.
Mohammed erklärte, daß alle Ungläubigen den "Kaaba" (Tempel von Allah) in Mekka nicht betreten dürfen. Die Nachricht von Mohammed ist eindeutig: all die, die keine Moslems sind, sind die Feinde von Mohammed und seinen Anhängern.
Mohammed erlaubte niemandem, sich gegen ihn zu stellen. Sich gegen ihn zu stellen war gleichbedeutend mit dem Verlust des Lebens. Verschiedene Leute aus seinem Umfeld haben es versucht, und sie wurden brutal von Mohammed ermordet. Bis heute folgen die Moslems dieser Ideologie, wonach jeder, der den Islam verlassen will oder ihn kritisiert, sofort bestraft wird.

8. Der Tod des "Großen Propheten"

Nachdem er alle seine Ziele, reich, mächtig und respektiert zu sein, erreicht hatte, starb er im Jahr 632 im Alter von 62 Jahren. Aber er ließ soviel Radikalismus und Gewalt in den Herzen der Moslems, daß wir sie nicht ändern oder abwandeln können.
Auch wenn Mohammed tot war, seine Gefolgsleute führten die Ungerechtigkeiten, Folterungen und Massaker fort, die er ihnen gezeigt hatte. Und sie machten es nicht wegen des islamischen Glaubens, auch nicht um Respekt vor Mohammed zu zeigen. Sie machten es, weil sie nicht mehr ohne den Luxus und die Macht, die aus dem Glauben Islam kam, leben konnten. Seitdem hat sich dieser falsche Glaube in der ganzen Welt ausgebreitet, und noch immer wollen sie die Welt um jeden Preis erobern und regieren, genauso wie es Mohammed ihnen vorgemacht hat.

9. Das Vergessen der Vergangenheit und die neue Generation

Die Personen, die mit Gewalt gezwungen wurden zum Islam zu konvertieren, folgten dem falschen Islam aus Angst vor Mohammed. So verging die Zeit, und über viele Generationen hinweg wurde die Vergangenheit vergessen. Und die neuen Generationen wußten nicht, daß sie einer Religion folgten, die aufgebaut war auf Lügen und den Gräbern vieler Menschen. Sie wußten nicht, daß sie eine Religion respektieren, die umgeben ist aus einem Meer aus Tränen von unzähligen Frauen.
Sie verehrten Mohammed weiterhin als den Boten von Allah, und den Islam als Religion, die ihnen ihre Vorfahren gegeben hatten. Sie hatten niemals die Realität erfahren, wie Mohammed Personen brutal quälte und tötete, um sie zu einer Religion zu zwingen, die es nicht gab. Und bis heute folgen Millionen unschuldiger Moslems der unfairen und gewaltsamen Erziehung des Islams von Mohammed. Diese Moslems mit ihrem blinden Glauben wissen nicht, daß sie die nachkommende Generation von Personen sind, die zum Islam gezwungen wurden, und daß sie einer Religion folgen, die die Kreation eines egoistischen Verbrechers ist, der den Islam erfand, um mehr Macht zu bekommen.

10. Nachwort des Autors

Ich verstehe sehr wohl, daß Mohammed in einer schrecklichen Situation aufgewachsen ist, ohne Eltern, ohne Liebe und ohne Geld, um ein normales Leben zu führen. Darum wurde er

ein Straftäter, eine egoistische Person, die alles machte, um seine Interessen durchzusetzen. Jeder andere an seiner Stelle hätte auch diesen Weg einschlagen können. Jedem Mensch gefällt Geld und Macht. Aber jetzt ist der Moment gekommen, um zu verstehen. Zu verstehen, seine Lügen zu erkennen, seinen Charakter und die Realität, um abzulassen von der Phantasie Islam, die er schuf. Mohammed hätte sich niemals vorstellen können, daß der falsche Glaube, den er schuf, um die Welt zu unterwerfen, so wachsen würde, und daß Millionen von Menschen ihm und seinen Lügen noch immer mit soviel Respekt und Andacht folgen.
Was ist passiert mit diesen Leuten, daß sie nicht die Wahrheit von der Lüge unterscheiden können? Warum sehen sie nicht, daß Mohammed genauso ein Mensch war wie wir, der diese Straftaten wegen der Natur des Menschen, nach Reichtum und Macht zu streben, begann?
Ich weiß, daß ich keine Beweise habe, daß Mohammed kein Prophet, sondern ein Verbrecher war. Aber die Moslems können die Wahrhaftigkeit des heiligen und geistlichen Charakters Mohammeds auch nicht beweisen. Ich möchte einfach nur sagen, wie kann ein Mann ein Prophet sein, der Frauen vergewaltigte, Minderjährige mißbrauchte, unschuldige Leute tötete, die Zukunft von Familien zerstörte und seine Gefolgschaft mit Gewalt anführte. Wenn er immer noch leben würde, bin ich mir sicher, daß nicht ein Gesetz, nicht ein Land, nicht eine Kultur ihn in Freiheit lassen würden. Sie würden ihn bestrafen für all die Verbrechen, die er gegen die Menschheit begangen hat.
Das Ziel dieser Biographie ist nicht, Mohammed als Straftäter hinzustellen, auch möchte ich nicht den Moslems vorschreiben, dem Glauben abzuschwören, den er erschuf. Ich möchte einfach nur eine andere Version der Realität zeigen. Es liegt an ihnen, ob sie noch immer Mohammed als heiligen Prophet respektieren, oder ob sie aufhören, seiner Lehre der Gewalt zu folgen, für das Wohl der ganzen Welt.
" Autor: Imran Firasat (Madrid - Espana). … Web: www.mundosinislam.com und www.Islamradio.es …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 8. Januar 2013 (x892/…): >>**Christenverfolgung weltweit**
Angehörige keiner anderen Religion werden stärker verfolgt, diskriminiert und allein wegen ihres Glaubens ermordet, als Christen. Das überkonfessionelle Hilfswerk *Open Doors* hat soeben die aktuelle Statistik über die weltweite Christenverfolgung veröffentlicht. Demnach leiden weltweit etwa 100 Millionen Christen unter Verfolgung durch Staaten. Die Rangliste der brutalsten Christenverfolger wird weiterhin angeführt vom kommunistischen Nordkorea und von islamischen Staaten. Die Zunahme der Christenverfolgung, insbesondere in Afrika, geht ebenfalls auf das Konto des Islam.
Während in Deutschland und ganz Europa Muslime völlig unbehelligt und frei nicht nur ihre Religion ausüben, sondern auch Christen zu dieser falschen Religion verführen dürfen, ist es Christen in islamischen Ländern nicht einmal erlaubt, Zuhause ihren Glauben zu praktizieren. Hier könnten die Regierungen europäischer Staaten leicht Druck ausüben und die muslimischen Christenverfolger unter Druck setzen.
Weitere Informationen und Daten über die weltweite Christenverfolgung und die Liste der schlimmsten Verfolgerstaaten, angeführt von Nordkorea und dem von den USA hofierten radikalislamistischen Saudi Arabien …
Hier die Liste der brutalsten Verfolgerstaaten:
Platz 1 Nordkorea
Platz 2 Saudi-Arabien
Platz 3 Afghanistan
Platz 4 Irak
Platz 5 Somalia
Platz 6 Malediven

Platz 7 Mali
Platz 8 Iran
Platz 9 Jemen
Platz 10 Eritrea …<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 14. April 2013: >>**Rechtspopulisten bei "Freiheit" und PI**
Das gefährliche Gift des Hasses
Extremistisch und verfassungsfeindlich: Endlich läßt das bayerische Innenministerium die Partei "Freiheit" und das Webblog PI beobachten. Doch wenn die Leute um Michael Stürzenberger es schaffen, ihre Ideen trotzdem zum Wahlkampfthema zu machen, ist die Entscheidung womöglich zu spät gefallen.
Endlich! Seit Ende März wird der Landesverband der Partei "Die Freiheit" und die Münchner Ortsgruppe des Web-Blogs "Politically Incorrect" (PI) beobachtet, sie gelten damit formal als verfassungsfeindlich. Innenminister Joachim Herrmann bescheinigt ihnen, die Menschenwürde von Muslimen zu verletzen. Mit ihrer Agitation bedrohen sie das friedliche Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion.
Der Innenminister hat recht. Bis er und seine Verfassungsschützer zu dieser Erkenntnis gelangt sind, hat es aber lange gedauert - womöglich zu lange. Seit vielen Monaten verbreiten Stürzenberger und seine Leute in der Fußgängerzone ungehindert ihre Parolen. Angeblich haben sie mehr als 20.000 Unterschriften gegen das Projekt Ziem des Penzberger Imam Idriz gesammelt. Ihre Aktionen könnten das Klima in der Stadt langsam, aber nachhaltig vergiften.
Die PI-Propaganda zu verurteilen heißt keineswegs, generell Kritik am Islam verbieten zu wollen. Kritik ist erlaubt, mitunter nötig, das gilt für alle Religionen, aber bitte differenziert und sachlich.
Sollte das Bürgerbegehren gegen Ziem starten, ist zu befürchten, daß eine Moschee, die bislang nur Idee ist, zum Wahlkampfobjekt wird. Das bringt den Extremisten nicht nur Unterschriften und Adressen Zehntausender Sympathisanten, sondern auch Stimmen bei den bevorstehenden Wahlen.
Hoffentlich kommen jene Münchner, die zu den Parolen von PI oder "Freiheit" bislang genickt haben, nun ins Grübeln: Wollen wir wirklich Verfassungsfeinde unterstützen? Nachdenken sollte auch der Münchner Stadtrat: Wie stellen sich Demokraten effektiv islamfeindlichen Umtrieben entgegen? Sie dürfen diese politische Aufgabe nicht einfach an die Verfassungsschützer delegieren.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. Juli 2014: >>**Islamkritiker Abdel-Samad verläßt Deutschland**
Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad will Deutschland verlassen
Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad hat angekündigt, Deutschland zu verlassen. Deutschland werde immer ungemütlicher für Menschen wie ihn, schrieb Abdel-Samad auf Facebook. Das sei kein Vorwurf, sondern eine Warnung. "Ja, ich bin müde geworden und kann den Druck nicht mehr aushalten, aber verbittert bin ich nicht. Es war schließlich meine Entscheidung, so aufzutreten wie ich aufgetreten bin. Und ich bereue es nicht!" Es sei an der Zeit, sich eine neue Heimat zu suchen, in der er ein wenig "Normalität" und Ruhe finden und sich ohne Polizeischutz bewegen könne.
Abdel-Samad ist bekannt für seine scharfe Kritik am Islam, den er unter andrem mit dem Faschismus vergleicht. Dafür erhielt er mehrfach Morddrohungen. Im vergangenen Jahr rief beispielsweise der ägyptische Prediger Assem Abdel-Maged nach einem Vortrag Abdel-Samads in Kairo dazu auf, diesen zu töten, weil er angeblich den Propheten Mohammed beleidigt habe. Seit dem steht der Islamkritiker unter Polizeischutz.
Deutschen Islamwissenschaftlern warf Abdel-Samad vor, die Öffentlichkeit bewußt zu täu-

schen, wenn sie behaupteten, Islam und Demokratie seien miteinander vereinbar.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 31. August 2014: >>**Die Asyl-Industrie**

Der Flüchtlingsansturm ist für Kommunen eine kaum zu bewältigende Aufgabe - und für zweifelhafte Heimbetreiber ein gutes Geschäft. Politische Kontrolle gibt es keine

Das glitschig weiße Insekt stinkt wenigstens nicht. Der Ohrwurm mit seiner Larve auf dem Rücken, der sich gerade die Wand hochschiebt, sieht nur eklig aus. Viel schlimmer aber sind die Gerüche. Nach Urin und Kot riecht es, und das nicht nur auf der Toilette, sondern in allen Gängen. Die vergilbten Plastikwände der Klokabinen sind braun besprenkelt, und es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, was das sein könnte. Um eine Klobrille kreisen Fliegen.

Dieses Klo befindet sich nicht etwa in einer Absteige in irgendeinem armen Land der Welt. Es ist die Toilette für rund 220 Flüchtlinge - nicht in Syrien oder Afghanistan, sondern im zweitreichsten Landkreis Deutschlands. Das Heim steht in der Kleinstadt Oberursel im prosperierenden Hochtaunuskreis. Hier im Speckgürtel Frankfurts, wo die Kaufkraft der Einwohner im Schnitt fast so hoch ist wie im bayerischen Starnberg, leben Heimatlose im Dreck - in zwei Containern zusammengepfercht. Wie ist das möglich?

Man könnte es sich leicht machen und die Zustände in Oberursel auf den gigantischen Flüchtlingszustrom schieben, den Deutschland gerade bewältigen muß. In vielen Teilen der Welt ist Krieg, und mehr und mehr Menschen suchen Schutz in Europa. Deutschland liegt da ganz vorn, war 2013 sogar noch beliebter als Zufluchtsland als die Vereinigten Staaten. Ein Plus von 70 Prozent - das war schwer zu stemmen. Und allen Prognosen zufolge steigen die Zahlen weiter. Aber reicht das als Erklärung für die Zustände im Containerlager in Oberursel? Wie kann es sein, daß sich ausgerechnet einer der reichsten Landkreise ein Getto leistet?

Auf der Suche nach Antworten landet man bei Timmo Scherenberg. Seit vielen Jahren beschäftigt er sich mit dem Thema Asyl. Als Geschäftsführer des hessischen Flüchtlingsrats tourt der 38-Jährige durch die Landkreise und setzt sich für Flüchtlinge ein. Er schult, berät und ist vor Ort. Defizite, meint er, gibt es viele, das größte aber ist, daß keiner mehr den Überblick hat. "Jeder Landkreis, jede Kommune, jedes Bundesland regelt auf seine Art und Weise, wie die Asylbewerber untergebracht werden", sagt er. "Und die machen das, wie sie wollen."

Dabei hatte erst im Februar der Europäische Gerichtshof das Recht der Flüchtlinge gestärkt. Sie müssen menschenwürdig leben können. Doch einheitliche Standards gibt es nicht. Wo die Syrer und Iraker genau untergebracht werden, ob in Großunterkünften, in Zelten oder in Hotels, wer all das kontrolliert - es gibt meist kein übergeordnetes Konzept, keinen Plan. Es ist immer die gleiche Antwort: "Keine Ahnung, da müssen Sie bei den Kommunen und Landkreisen nachfragen."

Die machen es alle auf ihre eigene Art. So betreibt ein Privatunternehmer das Containerlager in Oberursel - im Auftrag des Hochtaunuskreises. Wilfried Pohl, der sich gegenüber dieser Zeitung in dieser Woche nicht äußern wollte, hat aus Asyl ein Geschäft gemacht. Die Details des Vertrags sind geheim. Nach Informationen der "Welt am Sonntag" bekommt Pohls Betreibergesellschaft etwas mehr als sechs Euro pro Asylbewerber und Tag. Dafür muß er unter anderem eine menschenwürdige Unterbringung und soziale Betreuung gewährleisten. Wie einträglich das Geschäft ist, läßt sich aus dem Handelsregister nicht ablesen. Es zeigt nur: Die Betreibergesellschaft S&L hat mit ihren zwei Mitarbeitern 2013 einen Umsatz von 150.000 Euro gemacht.

Sicher ist aber, daß Pohl in einem Milliardenmarkt mit gehörigem Wachstumspotential tätig ist. Schon 2012 flossen bundesweit insgesamt 1,1 Milliarden Euro in die Unterbringung, Direktzahlungen und Krankenversorgung von Asylbewerbern. Da verdienen viele mit: Anwälte, Dolmetscher, Immobilienbesitzer. Oder eben Heimbetreiber wie Wilfried Pohl.

Daß all das Staatsgeld nicht ausreichen soll, um Männer wie Karim Aram (Name geändert) menschenwürdig unterzubringen, wundert da schon. Seit anderthalb Jahren haust der Afghane in den Containern in Oberursel, er hat studiert, arbeitete in seiner Heimat für die Vereinten Nationen. Er ist in einem Alter, in dem andere ihre Familie gründen, ein Haus bauen. Statt dessen lungert der vor Energie strotzende Mann in seiner Sieben-Quadratmeter-Zelle herum.
"Wir hausen hier wie die Tiere", sagt er und deutet auf eine Kakerlake, die sich über den Tisch schiebt.
Wenn er sich duschen will, muß er Glück haben, daß die "Fünfsternekabine" frei ist, wie die Bewohner sie nennen. 72 Männer teilen sie sich, die anderen drei Duschen sind kaputt. Er werde immer müder, sagt er. "Hier", sagt er, deutet auf sein Herz. Sein weißes, knitterfreies Hemd wirkt wie ein Zeichen dafür, daß der Afghane sich noch nicht aufgegeben hat.
Es waren wohl Szenen wie diese, die Martin Gillo umtrieben, als er 2009 seine Arbeit als Ausländerbeauftragter von Sachsen aufnahm. Zuvor hatte der Sozialpsychologe als Berater Konzerne durchleuchtet. Nun ging er als Politiker raus an die Basis, um sich ein Bild zu machen, was in den Heimen vor sich ging.
Was er dort gesehen habe, erzählt der Endsechziger, das habe ihn zutiefst schockiert: "Eingeschlagene Türen und Ungeziefer, Frauen, die sich bedroht fühlten, überführte Kinderschänder, die weiter Tür an Tür mit ihren Opfern leben durften." Nach dem dritten Heimbesuch habe er gemerkt, wie er abstumpfte. Da sei ihm klar geworden, daß "wir einen Standard für menschenwürdige Zustände brauchen - Parameter, wie ein konstruktives und sicheres Zusammenleben der Flüchtlinge aussehen soll."
Mit dem Ziel, "Menschenwürde meßbar zu machen", entwickelte Gillo einen "Heim-TÜV". Erstmals in Deutschland machte er so den Zustand von Heimen in einem Bundesland transparent und zeigte Defizite auf. Seine Bestandsaufnahme von 40 Großunterkünften brachte ein erstaunliches Ergebnis hervor: Privat betriebene Heime schneiden - von Ausnahmen abgesehen - besonders schlecht ab. Und auf der Rangliste weit unten standen 2013 drei Heime mit einem bekannten Betreiber: Wilfried Pohl. Insgesamt sechs Heime hat der Unternehmer in Sachsen, ein weiteres in Thüringen und das in Oberursel.
Für dieses Phänomen hat Sachsens Ausländerbeauftragter Gillo eine simple Begründung: schlechte Verträge und keine Kontrolle. "Über die Formulierung von Mindeststandards, etwa die minimal erforderliche Quadratmeterzahl pro Person, geht es meist nicht hinaus." Betreuungskonzepte würden bestenfalls grob gefordert. Ob und was davon umgesetzt werde, sei häufig Sache des Betreibers. Genauso schlecht ist es oft um die Aufsicht bestellt: "Kontrollen gibt es bei den Privaten noch weniger als bei den Heimen in kommunaler Hand", beklagt Gillo. "Entsprechend fragwürdig sind dann dort oft die Bedingungen."
Hessen ist dafür exemplarisch. Das fängt schon auf der Gesetzesebene an. Laut dem Landesaufnahmegesetz sind die Landkreise zwar verpflichtet, den Asylbewerbern "einen menschenwürdigen Aufenthalt ohne gesundheitliche Beeinträchtigung" zu ermöglichen. Wie genau Verträge zwischen Landkreis und Heimbetreiber formuliert sind, welche Vorgaben und Sanktionsmöglichkeiten es gibt, das ist nicht geregelt, sondern Vertragsgeheimnis.
Wie es anders laufen kann, machen ein paar ehemalige Mitarbeiter der Heilsarmee in Leipzig vor. Rund hundert Vertriebene leben in dem großzügigen Backsteinbau im Osten der Stadt. Wer den Wachdienst passiert, spürt schnell, daß die Fürsorge für die Flüchtlinge hier mehr ist als ein Geschäft. Im Hof gärtnern die Bewohner selbst, Kinder spielen Fußball, Waschräume und Gemeinschaftsküchen wirken einladend. Im Haupthaus koordinieren drei Assistentinnen ein Netz von 60 Ehrenämtlern, die den Vertriebenen den Weg in ein neues Leben erleichtern sollen. Hier, das wird schnell klar, sind gut ausgebildete Fachkräfte am Werk.
Betreiber Pohl indes scheint gerade am Personal zu sparen. 2012 hatte er in seiner Bilanz der ITB Dresden, die jene sieben Heime in Ostdeutschland betreibt, knapp 750.000 Euro für Per-

sonalausgaben vorgesehen, was bei 33 Mitarbeitern einem Schnitt von 23.000 Euro pro Kopf einschließlich Sozialleistungen entspricht. Für so einen Verdienst läßt sich kaum geschultes Personal ködern.
Und doch wäre es der verkehrte Ansatz, den Schwarzen Peter allein den privaten Betreibern zuzuschieben. "Landrat und Oberbürgermeister sind nicht minder in der Pflicht", bringt Ausländerbeauftragter Gillo es auf den Punkt. "Wer Arbeit delegiert, trägt immer noch die Hauptverantwortung dafür, daß das Ergebnis auch stimmt." Ein wichtiger Schritt wäre eine konsequente staatliche Kontrolle, wie sie Luise Amtsberg, die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, fordert. "Es ist absolut inakzeptabel, wenn private Betreiber die Lebensbedingungen von Flüchtlingen verschlechtern, um den eigenen Gewinn zu maximieren", sagt sie.
Das Beispiel Oberursel macht deutlich, wie recht sie hat. Seit Jahren schon sind die Mißstände bekannt, geändert hat sich, da sind sich die Bewohner einig, so gut wie gar nichts.
Zwar beklagt Bürgermeister Hans-Georg Brum selbst, daß die Lebensbedingungen "unzumutbar" seien. Ändern daran kann er jedoch wenig, Brum verweist an den verantwortlichen Hochtaunuskreis. Dieser wiederum, moniert Norman Dießener, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreisverband Hochtaunus, habe das Problem verschleppt. Nun muß die zu Jahresbeginn angetretene Kreisbeigeordnete Katrin Hechler lösen, was ihre Vorgänger erfolgreich verdrängten.
"Die jetzige Containerlösung in Oberursel muß weg", sagt sie immerhin. Sie habe sich zum Ziel gesetzt, auf dem Gelände eine neue Unterkunft zu bauen. Etwas hilflos verweist sie darauf, daß der Vertrag mit Betreiber Pohl schon gekündigt worden wäre, wenn man aufgrund des zunehmenden Stroms von Flüchtlingen nicht ohnehin schon an die Grenzen gestoßen wäre. Was heißt das aber für die Zukunft, wenn noch mehr Flüchtlinge kommen? Auf die Ämter kann man jedenfalls nicht hoffen. Das bestätigt auch Hechler wohl eher ungewollt: "Wir führen regelmäßig Kontrollen durch, auch in Oberursel." Selbst das Gesundheitsamt sei dort gewesen, sagt sie sogar. "Die Betreuung ist sichergestellt. Besonders schön ist es dort leider nicht."
Eine Bitte, das Oberurseler Heim besuchen zu dürfen, hatte Hechler übrigens von ihrer Pressesprecherin ablehnen lassen. Die Begründung, warum Reporter das Heim mit üblen Sanitäranlagen nicht sehen sollen, überrascht dann doch: Es gehe auch darum, die Privatsphäre der Flüchtlinge zu schützen. Die sahen das allerdings anders.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. Dezember 2014: >>**Die Unsichtbaren**
"Boat People": Vor 35 Jahren nahm Deutschland Tausende Vietnamesen auf / Ihr Beispiel zeigt: So können Asylrecht und Integration funktionieren.
Wie ein aufgeschlagenes Buch sieht sie aus, die Bronzetafel am Johannisbollwerk im Hamburger Hafen, unweit des Liegeplatzes für das Museumsschiff "Rickmer Rickmers". "In tiefster Dankbarkeit gegenüber dem deutschen Volk, der Bundesregierung ..." so beginnt die Inschrift, mit der die "vietnamesischen Flüchtlinge in Deutschland" für ihre "freundliche Aufnahme" nach der "Flucht vor den Kommunisten" danken. Hervorgehoben das Schiff, von dem die sogenannten "Boat People" seinerzeit im südchinesischen Meer gerettet wurden: die "Cap Anamur". Vor 35 Jahren, 1979, war der zu einem Hospital-Schiff umgebaute Stückgutfrachter erstmals zur Rettungsmission in See gestochen.
Initiiert wurde das Unternehmen maßgeblich von dem Journalisten Rupert Neudeck angesichts der Szenarien, die sich im Seegebiet Indochinas abspielten. Bereits nach der Eroberung Südvietnams durch den kommunistischen Norden im Jahr 1975 kommt es zu ersten Fluchtbewegungen. Vor allem Angehörige bürgerlicher Schichten fürchteten Repressionen durch die neuen Machthaber. Nicht ohne Grund: Laut Schätzungen waren in Südvietnam zwischen

500.000 und einer Million Menschen von Umerziehungsmaßnahmen in Gefängnissen oder Arbeitslagern betroffen (bei einer Bevölkerung von 20 Millionen), darunter vor allem Studenten, Intellektuelle, buddhistische sowie katholische Mönche.
Ende 1978 beginnt dann ein wahrer Massenexodus, der schichten- und altersübergreifend ist. Auf kaum seetüchtigen Booten brechen die Flüchtenden in Richtung Hongkong, Singapur oder Macau auf. Eine große Zahl der häufig überladenen Kähne kentert oder gerät in die Fänge von Piraten. Etwa 200.000 Menschen sollen auf der Flucht ertrunken sein.
Neudeck gründete im Frühjahr 1979 gemeinsam mit so unterschiedlichen Verbündeten wie dem CDU-Politiker Norbert Blüm, dem Kabarettisten Dieter Hildebrandt, den Schriftstellern Heinrich Böll und Martin Walser sowie dem nationalkonservativen Welt-Journalisten Matthias Walden in Köln das private Hilfskomitee "Ein Schiff für Vietnam", das dann die "Cap Anamur" charterte.
"Für mich ist Ernst Albrecht ein Ersatzvater geworden"
Bereits in der Adventszeit des Jahres 1978 hatte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) unter dem Eindruck von Fernsehbildern vom Elend der "Boat People" beschlossen, daß sein Bundesland 1.000 vietnamesische Flüchtlinge aufnimmt. Eigens dazu hatte er seinen Bundesratsminister und Parteifreund Wilfried Hasselmann in die malaysische Hauptstadt Kuala Lumpur entsandt, damit dieser vor Ort in den Flüchtlingsheimen Familien auswähle.
Am 3. Dezember traf dann eine Maschine der Bundeswehr mit den ersten 163 Vietnamesen in Hannover ein. Die Bilder der eilig in Decken gehüllten Flüchtlinge gelten als eine der Initialzündungen dafür, daß sich die Bundesrepublik insgesamt zur Aufnahme weiterer Bootsflüchtlinge bereit erklärte. Albrecht selbst hatte für seine Spontanaktion den gesetzlichen Rahmen - gelinde gesagt - etwas überstrapaziert.
Unter den Vietnamesen, die zunächst im Grenzdurchgangslager Friedland versorgt und dann über das Land verteilt wurden, hat sein Vorpreschen dem Politiker dauerhafte Sympathien und tiefe Verehrung eingebracht. "Ernst Albrecht ist für mich ein Ersatzvater geworden", sagt etwa Trang Xuan Nguyen.
Der Gynäkologe und Allgemeinmediziner aus Göttingen ist zwar selbst strenggenommen kein Flüchtling, aber dennoch persönlich betroffen. Verwandte von ihm befinden sich unter den Opfern, denen die Flucht über das Meer nicht gelang. Und Dr. Trang war damals einer der ersten, die die Flüchtlingsmaschinen in Hannover erwarteten; nicht zuletzt um unter den eintreffenden Landsleuten nach Freunden und Bekannten Ausschau zu halten.
Ende der sechziger Jahre war er aus Südvietnam zum Medizinstudium nach Deutschland gekommen. Nach der Invasion der Nordvietnamesen und der kommunistischen Machtübernahme gewährte ihm die Bundesrepublik zunächst politisches Asyl, später wurde der für seine Schmerztherapie überregional bekannte und angesehene Mediziner deutscher Staatsangehöriger. Seit vielen Jahren engagiert er sich außerdem ehrenamtlich als Präsident des Internationalen Deutsch-Vietnamesischen Komitees für Demokratie und Humanität (IDVK), das unter anderem Opfern des im Vietnamkrieg von den Amerikanern eingesetzten Entlaubungsmittels Agent Orange hilft und armen Kindern Stipendien für den Schulbesuch gewährt.
"Bei unserer Vollversammlung im November haben wir wie jedes Jahr unseren Ministerpräsidenten a. D. Ernst Albrecht gewürdigt und seiner verstorbenen Frau gedacht", betont Trang Xuan Nguyen. "Ich hätte ihn gerne auch noch einmal besucht, aber er wird wegen seiner Demenzerkrankung abgeschirmt. Leider hat seine Tochter Ursula von der Leyen auf meinen Brief nicht reagiert", bedauert der Arzt im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT.
Wenn in Deutschland über Einwanderung debattiert wird oder Integrationsgipfel stattfinden, kommen die ehemaligen vietnamesischen Flüchtlinge nicht vor. Sie gelten als "unsichtbare Minderheit", als bestens integriert und werden in den Medien gern als "Lieblingsmigranten"

der Deutschen bezeichnet. Als fleißig, diszipliniert, anpassungs- und leistungsbereit, werden sie beschrieben. Die Eltern legen hohen Wert auf gute schulische Leistungen ihrer Kinder, die proportional häufiger eine höhere Schule besuchen als deutsche. Nicht zuletzt Thilo Sarrazin wies in seinem Beststeller "Deutschland schafft sich ab" auf diese hervorstechenden Merkmale hin, die die Nachkommen der vietnamesischen Zuwanderer von denen aus anderen Kulturkreisen, vor allem dem arabischen unterscheiden.

Der Erziehungswissenschaftler Olaf Beuchling begründet dies mit der kulturellen Prägung: "Der Konfuzianismus begünstigte die Herausbildung eines meritokratischen Bildungssystems, in dem das Bewußtsein vorherrscht, daß jeder unabhängig von seinem sozialen Status gesellschaftlich vorankommen kann."

Linksradikale wetterten gegen die "Boat People"

"Es liegt an unserer Mentalität", ist Trang Xuan Nguyen überzeugt. Einem alten vietnamesischen Sprichwort zufolge schulde jeder "dem Kaiser, dann dem Lehrer, dann Vater und Mutter gegenüber Respekt". Und eine weitere Verhaltensregel könne die Integrationsbereitschaft seiner Landsleute veranschaulichen: "Wenn ich als Gast ein Haus betrete und die Tür dieses Hauses hinter mir schließe, muß ich die Traditionen und Regeln, die dort gelten, respektieren."

Kritische Stimmen angesichts der Zuwanderung aus Ostasien gab es damals durchaus. Politiker von Union und SPD warnten Anfang der achtziger Jahre vor der weiteren Aufnahme einer großen Zahl von Vietnamesen; dies könne die wohlwollende Haltung der Deutschen den Flüchtlingen gegenüber ändern und zu Ausländerfeindlichkeit führen. Die "Cap Anamur" betreibe faktisch Einwanderungshilfe und unterhöhle so das Asylrecht, bemängelte der Generalsekretär des Roten Kreuzes.

Bayern verhängte einen Aufnahmestopp, Niedersachsen übernahm daraufhin den bayerischen Anteil. Ein neues "Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge" sah schließlich als Kompromiß vor, daß "Boat People", die direkt von der "Cap Anamur" aufgenommen worden waren, in Deutschland bleiben durften. Nach einem vorübergehenden Aufnahmestopp im Jahr 1982 liefen die Rettungsaktionen im Südchinesischen Meer noch bis 1986 weiter.

Die giftigste Polemik gegen die "Boat People" kam jedoch von linksaußen: Für den Schriftsteller Peter Weiss ("Die Ästhetik des Widerstands") war die Flucht aus der roten Volksrepublik ein höchst unmoralisches, defätistisches Unterfangen. Denn im "neuen, sozialistischen Vietnam" müsse schließlich gearbeitet werden. Arbeitslager seien durchaus gerechtfertigt: "Einige Zehntausende, die die Nation gefährden", müßten "in Gewahrsam gehalten werden", so der "Antifaschist" Weiss.

Die linksradikale Zeitschrift Konkret bezeichnete die "Cap Anamur" als ein "Schiff gegen Vietnam", mit dem "viele Schwarzhändler, Zuhälter und ehemalige Kollaborateure der US-Besatzer" herausgeholt würden. Und das von der DDR-Staatssicherheit gesponserte Blatt verbreitete die (unzutreffende) Verschwörungstheorie, in Vietnam könne man "Tickets für die 'Cap Anamur' kaufen".

Zu den Politikern, die sich mehr oder weniger im Alleingang zur Aufnahme vietnamesischer Flüchtlinge entschlossen hatten, zählte auch der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main (und spätere hessische Ministerpräsident) Walter Wallmann (CDU). 250 geflüchtete Vietnamesen aus einem Auffanglager in Hongkong sollten in der Mainmetropole eine neue Heimat bekommen.

Vor Ort wollte man die Leute auswählen, und so schickte Wallmann 1979 eigens seinen Magistratsdirektor in die damalige britische Kronkolonie. Der Name des Spitzenbeamten: Alexander Gauland. "Das Ganze war kaum organisiert, aber die Menschen dort waren heilfroh, daß sich jemand um sie kümmerte", erinnert sich der heutige Fraktionsvorsitzende der Alternative

für Deutschland (AfD) im Landtag von Brandenburg im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT an seine Expedition von vor 35 Jahren. Daß er helfen konnte, "war nicht mein Verdienst", gibt sich Gauland bescheiden. "Rückblickend denke ich: o Gott, wie unvorbereitet sind wir das angegangen ...!"

Das deutsche Generalkonsulat, dem sein Besuch gemeldet worden war, zeigte sich gar nicht erfreut, im Gegenteil. "Die haben da Gift und Galle gespuckt über die ganze Aktion." Und wie konnte er ohne die Unterstützung deutscher Diplomaten dort zurechtkommen? "Geholfen hat mir - wie das Leben oft so spielt - der Zufall", stellt Gauland amüsiert fest. Das Flugzeug, das ihn von Frankfurt nach Hongkong bringen sollte, hatte eine Panne und mußte in Singapur landen.

Dort sprach ein anderer Passagier Gauland an, "weil ich gerade ein englisches Buch las". Der Gesprächspartner erwies sich als anglo-irischer Aristokrat, der beste Beziehungen zum Gouverneur und zum Polizeichef von Hongkong hatte. Der Lord fand die humanitäre Mission des Deutschen zwar etwas gewagt, doch sympathisch; und er vermittelte Gauland nicht nur eine Einladung in den exklusivsten britischen Club der Millionenstadt, sondern auch Kontakte zu entscheidenden politischen Stellen.

"Die hatten dort eine bewundernswerte Energie"

"Es war ja meine Aufgabe, die vietnamesischen Flüchtlinge auch so auszuwählen, daß sie in eine Metropole wie Frankfurt passen und sich nicht zu sehr umgewöhnen müssen", erläutert Gauland gegenüber der JUNGEN FREIHEIT. Viele der Vietnamesen seien auch erst skeptisch gewesen, in die Bundesrepublik zu kommen. "Die befürchteten, unseren Staat könne vom Osten her dasselbe Schicksal ereilen wie Südvietnam von Norden: die kommunistische Invasion." Doch nur wenige, die kurze Zeit später in der hessischen Hauptstadt landeten, zogen dann weiter, etwa in die USA.

Die meisten seien in Frankfurt und Umgebung tatsächlich heimisch geworden, hätten relativ schnell Anschluß gefunden, auch weil sie von deutschen Familien betreut worden sind. Bis heute bestünden noch viele solcher Kontakte.

Auch Gauland teilt die Überzeugung, daß die relativ reibungslose Integration der ehemaligen "Boat People" hauptsächlich mit deren Anpassungsbereitschaft zusammenhängt. Viele der Vietnamesen, die er damals in Hongkong getroffen habe, hätten schon dort im Flüchtlingslager begonnen, Deutsch zu lernen, um sich auf ein Leben in Frankfurt vorzubereiten, "Die hatten eine Energie, die ich nur bewundern kann", meint der Politiker auch über drei Jahrzehnte später noch voller Anerkennung.

In sein Geburtsland kann Dr. Trang seit 2001 wieder reisen. Obwohl er aus seiner regimekritischen Einstellung keinen Hehl macht, hat er mittlerweile auch zu einigen Vertretern des Staates dort guten Kontakt. Für seine humanitäre Arbeit hat ihm sogar das vietnamesische Rote Kreuz einen Verdienstorden verliehen. Fühlt er sich dabei inzwischen eher als Deutscher? Er sei eben beides, meint der Arzt und stellt fest: "Ich habe zwei Heimaten - aber ich diene Deutschland!"<<

Vietnam

Nach der Pariser Vietnamkonferenz (Februar/März 1973) endet der unmittelbare Kriegseinsatz der Amerikaner. Die nordvietnamesische Armee kämpft jedoch weiter gegen den Süden, Ende April 1975 nimmt sie Saigon ein. Südvietnam kapituliert. In den Jahren nach der Wiedervereinigung zur Sozialistischen Volksrepublik Vietnam fliehen laut Schätzungen etwa 500.000 Vietnamesen auf dem Seeweg vor dem kommunistischen Regime. Etwa 200.000 Menschen sollen dabei umgekommen sein. Deutschland nahm knapp 40.000 vietnamesische Flüchtlinge auf.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Januar 2015: >>**Der Koran: Eine Tötungslizenz?**

Im Koran findet jeder, was er will: Wer nach Suren sucht, die Gewalt rechtfertigen, wird rasch fündig. Die Behauptung aber, der Koran sei ein Werk, das zur Gewalt aufrufe, ist falsch.

Wer im Koran nach Suren sucht, die Gewalt rechtfertigen, wird rasch fündig. So heißt es in Koran 9:5: *"Sind die heiligen Monate abgelaufen, dann tötet die Beigeseller (Götzendiener), wo immer ihr sie findet, ergreift sie, belagert sie, und lauert ihnen auf aus jedem Hinterhalt."* Wenig später heißt es in Sure 9:29: "*Kämpft gegen die, die nicht an Gott glauben und auch nicht an den Jüngsten Tag (...), bis sie erniedrigt den Tribut aus der Hand entrichten."*

Viele andere beschäftigen sich mit Gewalt. So schildert Koran 33:25 die Vernichtung des jüdischen Stamms der Quraiza im Jahr 627. Mit diesen und ähnlichen Stellen rechtfertigen islamistische Extremisten ihren Terror, mit diesen Textstellen begründen auch viele Nichtmuslime ihre Angst vor dem Islam.

Islamische Theologen diskutieren jedoch, seit der Ausrufung des "Islamischen Staats" durch Abu Bakr al Bagdadi, kontrovers darüber, wie solche und auch andere Koranstellen zu deuten sind. Während die Extremisten im Wortsinn Fundamentalisten sind und einzelne Sätze des aus dem 7. Jahrhundert stammenden Korans auch heute wörtlich anwenden wollen, verweisen die meisten Religionsgelehrten auf den konkreten "Offenbarungsanlaß" (sabab al-nuzul); dabei gilt es, die historischen Umstände von Ort und Zeit, in die hinein die Offenbarung erfolgt ist, zu berücksichtigen, und ein allgemeines Prinzip zu formulieren, das in anderen Zeiten und an anderen Orten als in Mekka und Medina angewandt werden kann.

Zeitgenössische konservative Theologen wie Yusuf al Qaradawi argumentieren beispielsweise in der Auslegung von Koran 9:29, daß die Nichtmuslime in der Frühzeit des Islam den Tribut, also die "Kopfsteuer" (dschizya), zu entrichten gehabt hätten, weil sie vom Militärdienst, zu dem jeder Muslim verpflichtet gewesen sei, befreit waren. Heute gebe es keinen Militärdienst ausschließlich für Muslime, daher könne auch nicht die "Kopfsteuer" erhoben und die Nichtbezahlung zu einem Delikt gemacht werden.

Innerislamische Diskussion

Diese Theologen fordern, auch den jeweiligen Kontext im Koran zu berücksichtigen. So beziehe sich etwa Koran 9:5 nicht auf "Götzendiener" im allgemeinen, sondern - wie Koran 9:7 erläutert - auf jene "Götzendiener", die mittels eines Vertrags einen Bund mit den Muslimen geschlossen hatten, diesen aber einseitig brachen. Aus dem Kontext genommen, klingen einzelne Textstellen wie Tötungslizenzen. Daß sie das nicht sind, zeigt auch die historische Erfahrung: So sind in der Geschichte des Islam die Yeziden, die für die Muslime "Götzendiener" sind, nie systematisch verfolgt worden; das geschieht erst heute.

Jene, die der fundamentalistischen Auslegung der Koransuren zur Gewalt entgegentreten, berufen sich auf ganz andere Suren, etwa Koran 5:32: *"Wenn jemand einen Menschen tötet, der keinen anderen getötet, auch sonst kein Unheil auf Erden gestiftet hat, so ist's, als töte er die Menschen allesamt."* Die Behauptung, der Koran sei in seiner Gesamtheit ein Werk, das zu Gewalt aufruft und der Gewalt inhärent ist, trifft nicht zu. Jeder liest heraus, was er will.

Aufschlußreich ist die innerislamische Diskussion, die mit der Ausrufung des "Islamischen Staats" am 29. Juni 2014 eingesetzt hat. Selbst radikale Theologen wie Abu Muhammad al Maqdisi kritisieren Bagdadi und sein Kalifat. Maqdisi hatte als Mentor von Abu Musab al Zarqawi, der 1999 die Vorläuferorganisation des "Islamischen Staats" gegründet hatte, einen erheblichen Einfluß auf diese Bewegung. Bereits 2004 distanzierte er sich von Zarqawi, im Sommer 2014 auch von Bagdadi. Maqdisi lehnte die rohe Gewalt beider ab und bezeichnete den "Islamischen Staat" als eine "irregeleitete Organisation"; er hält aber grundsätzlich an der Idee des Dschihad fest.

Theologisch wichtiger ist der Brief von 126 konservativen Religionsgelehrten aus der ganzen

islamischen Welt vom 19. September 2014. Der Brief setzt sich mit 25 Positionen Bagdadis auseinander. Absicht des Briefs ist, Bagdadi als theologischen Dilettanten zu entlarven, der gegen die anerkannten theologischen Prinzipien verstoße, der weder Offenbarungsanlässe berücksichtige noch den Kontext.
Sie erteilen ihm eine Lehrstunde in der Koranauslegung. In ihrer Exegese der Stellen zum Dschihad kommen sie zu dem Schluß, die Waffe Dschihad sei die Reinigung der Seele. Sie verurteilen ausdrücklich das Töten von "Sendboten", zu denen sie neben Diplomaten und Entwicklungshelfern auch Journalisten zählen. So kritisieren sie die Ermordung von zwei Journalisten durch den "Islamischen Staat" mit den Worten: "Was ihr getan habt, ist zweifellos verboten."<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Mai 2015 (x887/...): >>**Dschihad auf dem Mittelmeer**
Der Massenmord an afrikanischen Christen auf einem Asylbewerberboot war kein Einzelfall
Das Mittelmeer wird nach dem nun bekannt gewordenen Massenmord an afrikanischen Christen durch Islamisten auf einem Asylbewerberboot immer mehr zum Kampfgebiet des "Heiligen Krieges".
In der Straße von Messina, in Sichtweite der ersten Kirchtürme Italiens, haben muslimische Bootsasylbewerber kurz vor ihrer Rettung durch die italienische Marine zwölf christliche Mitreisende unter dem Schlachtruf der Dschihadisten "Allahu Akbar" über Bord geworfen. Die Polizei in Palermo nahm 15 Dschihadisten in Gewahrsam. Die mutmaßlichen Täter stammen aus Mali, Senegal und der Elfenbeinküste; auch ein Minderjähriger war unter ihnen. Ihre christlichen Opfer stammten aus Nigeria und Ghana. 105 Passagiere seien auf dem Schlauchboot gewesen, das in Libyen in See gestochen sei, das nach dem Zerfall seiner staatlichen Strukturen mehrheitlich von den Islamisten beherrscht wird.
Unterwegs hätten ein gutes Dutzend Muslime Drohungen gegen christliche Mitreisende ausgestoßen, die in ihrer Angst begonnen hätten christliche Gebete zu sprechen, und zwölf von ihnen über Bord geworfen. Die andern Christen hätten nur überlebt, weil sie eine Menschenkette gebildet hätten.
Der Religionskrieg ist auf den Asylbewerberbooten und damit an den Küsten Europas angekommen. Nachdem man bislang davon ausgegangen war, daß Bootsasylbewerber ausschließlich wegen eines mangelndem Rettungswesens der europäischen Staaten, der Profitgier der Schleuser, des schlechten technischen Zustands der Schiffe oder der Witterungsverhältnisse ums Leben gekommen seien, wird nun offenbar, daß die Hauptursache der weltweiten Asylbewerberströme, die religiöse Gewalt in Afrika und dem Nahen Osten, nun auch auf den Asylbewerberbooten des Mittelmeeres angekommen ist.
Entsetzt sind Kirchen- und Regierungsvertreter nur in Maßen. Man hat sich an das tausendfache Sterben auf dem Mittelmeer gewöhnt. 3.500 Tote wurden letztes Jahr gezählt, in diesem Jahr sind es schon fast 2.000, 700 davon auf einem einzigen Schiff. In Libyen sollen noch etwa eine Million Menschen auf eine Überfahrt warten. Sofern sie Christen sind, leben sie in der ständigen Angst durch den Islamischen Staat (IS) ermordet zu werden. 28 Christen aus Äthiopien wurden am Wochenende in Libyen vom IS exekutiert.
Jetzt tauchen vermehrt Kenner der Immigration auf, wie die Bürgermeisterin von Lampedusa, die berichten, daß es auch in der Vergangenheit sehr oft zu solch islamistischer Gewalt auf Asylbewerberschiffen gekommen ist. Die Dunkelziffer wird äußerst hoch geschätzt. Über die Gewalt wird jedoch nicht berichtet, weil entweder keine Christen auf den Booten überlebten, niemand diese Morde bekannt gemacht hat und/oder die Medien und die Politik kein Interesse daran hatten.
Für die Aufnahmebereitschaft der Bürger in den EU-Staaten sind solche Morde eine harte Probe, zeigen sie doch mehr als deutlich, daß sich auch unter den Asylbewerbern massenhaft

Islamisten befinden, für die religiöse Gewalt, ganz gleich wo, legitim ist. Immer mehr Menschen fürchten auch, daß die islamistischen Terrororganisationen, die ja weite Küstenstreifen Libyens kontrollieren, auch ihre eigenen Leute in diese Boote schleusen und bewußt solche Gewaltausbrüche nicht nur auf den Booten, sondern später auch in europäischen Städten provozieren könnten.
Auch in Asylbewerberheimen in Deutschland berichten vermehrt Christen über Übergriffe durch muslimische Asylbewerber. In den saarländischen Asylbewerberzentren werden deshalb schon Christen von Muslimen getrennt untergebracht. Es ist traurig und unfaßbar: Verfolgte Christen fliehen vor islamistischer Gewalt, werden aber auf dem Weg oder in christlich geprägten Ländern, wo sie sich sicher glauben, durch dieselben weiter attackiert.
So grausam, ignorant und unmenschlich die Tat der 15 Mörder in der Straße von Messina war, ist dennoch ein Funke Hoffnung in der Geschichte. Daß es Menschen gibt, die sich gegen diese Unmenschlichkeit gestellt haben, die verhindert haben, daß es weitere Opfer gab, und die dann nach der Rettung in Italien dafür gesorgt haben, daß die Mörder verhaftet wurden. Solche mutigen Menschen werden auch in der europäischen Politik gebraucht.
Eine Politik, die sich angesichts weltweit steigender dschihadistischer Gewalt nicht selbst aufgibt, muß Konsequenzen ziehen. Sie muß angesichts der Tatsache, daß der Anteil religiöser Extremisten unter den Asylbewerbern immer größer wird, Asylbewerberlager in den Herkunftslagern selbst organisieren, dort die Spreu vom Weizen zu trennen versuchen und das Asylrecht für gewaltbereite Islamisten auf den Prüfstand stellen.<<
Herbert Ludwig berichtete am 29. Juni 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Islam (x947/…): >>**Islam und Gewalt - Gehört der Islamismus zum Islam?**
Innenminister Thomas de Maizière äußerte am 17.5.2010 gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der Islam sei im Gegensatz zum Islamismus bei uns willkommen. Die Zeitung "Die Welt" faßte am 31.1.2015 Angela Merkels im Interview gemachte Aussage über Islam und Islamismus in der Schlagzeile zusammen: "*Der Islam gehört zu Deutschland, der Islamismus nicht."*
Gewalt und Terror, durch die radikale Strömungen im Namen des Islam die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben, werden vom eigentlichen Islam getrennt, der als friedliche Religion damit nichts zu tun habe, sondern ideologisch mißbraucht werde. Der Islam gehöre wie Judentum und Christentum inzwischen auch zu Europa und Deutschland und sei eine Bereicherung für die Kultur des Landes.
Dies ist die Sprachregelung der politischen Klasse und ihrer medialen Lautsprecher. Wer Kritik am Islam selbst übt, mit dem auch Gewalt verbunden sei, und Sorgen vor einer Überfremdung äußert, gegen den werden die Diskriminierungs-Keulen Islamfeindlichkeit, Islamophobie oder gar Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschleudert. Doch begeben wir uns in das verminte Feld, um Klarheit zu suchen. …
Der Islam hat keine einheitliche, geschlossene Kirchenorganisation, sondern stellt sich als eine Vielheit von Strömungen und Sekten dar, die unverbunden nebeneinander bestehen und sich zum Teil mit Worten und Waffen bekämpfen.
Es gibt die große Masse der frommen Muslime, die still und friedlich ihren Glauben und ihre religiösen Übungen leben, und es gibt starke militante Strömungen, die einer gewaltsamen Ausbreitung des Islam das Wort reden. Aber alle berufen sich auf Mohammed und das durch ihn geoffenbarte Gotteswort Allahs im Koran. Ist hier die Gewalt von vorneherein veranlagt, und es hängt nur jeweils vom Charakter, der Volks- oder Stammeszugehörigkeit und dem inneren Skrupel der Muslime ab, ob sie sich zur Gewalt entschließen oder nicht?
Die Entwicklung der Gewalterlaubnis im Koran
Ein Zusammenhang zwischen Gewalt, Terrorismus und Islam wird von vielen Muslimen nicht

bestritten. "*So merkt etwa die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi an: 'Wiederholt zu sagen, daß dies alles nichts mit dem Islam' zu tun habe, führt nicht weit und verkommt zu einer unglaubwürdigen Parole."*
Der Koran steckt allerdings voller Widersprüche. In ihm stehen z.B. Verse, die zu Freundlichkeit gegen Christen aufrufen und andere, in denen Christen zur Hölle verdammt werden. Verse appellieren an ein friedliches Zusammenleben, andere an eine gewaltsamen Unterwerfung Andersgläubiger.
Mark A. Gabriel, früherer Professor für Islamische Geschichte an der Azhar-Universität in Kairo, der angesehensten Universität des Nahen Ostens, macht darauf aufmerksam, daß der Koran im Laufe von 22 Jahren entstanden ist, in denen Mohammed, seine Anhänger und der Islam sich von einer friedlichen Religionsgemeinschaft zu einer religiös-politischen Kampfgemeinschaft entwickelt haben.
"Es gibt im Koran mindestens 114 Verse, die von Liebe, Frieden und Vergebung sprechen, besonders in der Sure mit dem Titel "Die Kuh" (Sure 2,62; 109)."
Dem steht die Sure 9 Vers 5 gegenüber: "Tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf. Wenn sie jedoch in Reue umkehren und das Gebet verrichten und die Steuer zahlen, laßt sie ihres Weges ziehen. Siehe, Allah ist verzeihend und barmherzig."
"Dies ist als der "Vers des Schwertes" bekannt, und der erklärt, daß Muslime jeden bekämpfen müssen, der sich nicht zum Islam bekehren will, ob innerhalb oder Außerhalb von Arabien. Darin sieht man die endgültige Entwicklung des Djihad im Islam."
Um die Widersprüche aufzulösen, mußten die islamischen Gelehrten entscheiden, welche Verse im Falle eines Widerspruches zu befolgen seien, und sie beschlossen, daß neuere Offenbarungen die älteren Offenbarungen aufheben. Die Suren stehen, zusätzlich verwirrend, im Koran nur leider nicht in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Offenbarung. Entscheidend ist also nicht die Reihenfolge im Koran, sondern daß in einem konkreten Fall später entstandene die ihnen widersprechenden früheren aufheben, also an ihre Stelle treten.
Anfangs waren die Botschaften, die Mohammed geoffenbart wurden, friedlich und freundlich, um Menschen anzuziehen. Er mahnte zur Missionierung und zum Ertragen der Feindseligkeiten. "*In dieser Phase unterschied sich der in der Entstehung begriffene Islam mit den in Mekka verkündeten moralischen Prinzipien nicht allzu sehr vom Juden- und Christentum, von denen er vieles übernommen hatte."*
Mohammed war in dieser Zeit *"Sprecher einer geläuterten, monotheistischen Gotteserkenntnis und Vertreter eines echten religiösen Ethos, was zu dieser Zeit etwas ganz Neuartiges, Einmaliges und Unabdingbares darstellte."*
Doch die Umstände veränderten sich. Mohammed traf in Mekka, der Stadt, wo er seine Botschaft erstmals predigte, auf viel Widerstand, so daß er sie im Jahre 622 verließ. Er ging nach Yathrib, in eine Stadt, die heute Medina heißt, wo er eine Militärmacht aufbaute und die Zahl seiner Anhänger vergrößerte.
Nachdem sich 624 aus dem vorgesehenen Überfall Mohammeds auf eine mekkanische Karawane eine regelrechte Schlacht entwickelte, in der die zahlenmäßig unterlegenen Anhänger Mohammeds nach Aussage des Korans mit Hilfe des Engels Gabriel und 5.000 seiner Engel siegten, wurde es den Muslimen nun geboten, die Feinde aktiv zu bekämpfen. Da die in Medina ansässigen Juden den Islam und Mohammed in der Nachfolge biblischer Propheten nicht anerkannten, ging er schließlich kriegerisch gegen sie vor.
"Besonders hart war das Los der Banu Koreiza, eines jüdischen Stammes, der mit Mohammeds mekkanischen Gegnern konspiriert hatte. Die 700 Männer dieser Volksgruppe mußten in Medina in ein für sie ausgeschachtetes Massengrab hinabsteigen, die Hinrichtung währte den ganzen Tag über, ging noch am Abend mit Fackelschein weiter. Die Frauen und Kinder

verfielen der Sklaverei."
In Medina stieg Mohammed auch zum unumschränkten politischen Herrscher auf und legte den Grund für eine in dieser Form bisher unbekannte Glaubens- und Kampfgemeinschaft, eine Symbiose eines sozialreligiösen und politischen Systems.
Als Mohammed diese Macht erlangt hatte, "*war er in der Lage, zurückzukehren und Mekka und die umliegenden Gebiete zu erobern. Der Islam wandelte sich von einer geistlichen Religion in eine politische Revolution*."
Nach der Einnahme von Mekka 630 wurden die Juden und die Christen zu Feinden des "wahren Glaubens" erklärt, die man bekriegen müsse, bis sich jeder Einzelne in demütigender Haltung dem Machtbereich des Islam unterwerfe und den muslimischen Siegern den Tribut entrichte. Die eigentlichen "Heiden" dagegen haben nur die Wahl zwischen der Annahme des Islam oder dem Tod. Vollwertige Mitglieder der islamischen Gesellschaft konnten nur männliche Muslime sein; Sklaven, Frauen und Ungläubige galten als nicht gleichwertig.
Man muß also festhalten, daß Gewalt im Koran nicht verboten, sondern erlaubt und sogar geboten wird. Auch der meist unvollständig zitierte Vers 32 der 5. Sure "*enthält nur ein Tötungsverbot der Muslime untereinander, das nicht gilt, wenn jemand einen Mord begeht oder Krieg gegen Allah und seinen Gesandten führt und Verderben im Land stiftet."*
Zugleich gebietet Allah auch die gewaltsame Ausbreitung des Islam, die durch den Dschihad geschieht, der gemeinhin "Heiliger Krieg" genannt wird.
"Sechzig Prozent der Koranverse handeln von Djihad. … Der Djihad wurde zur grundlegenden Triebkraft des Islam."
"Der Djihad ist die Motivation hinter fast jedem terroristischen Akt, der im Namen des Islam verübt wird."
"Den Djihad finden wir im Koran als einen zwingenden Befehl an alle Muslime vor. Im Djihad geht es darum, Menschen, die den Islam nicht annehmen, zu unterwerfen. Zur Zeit Mohammeds wurde daher der Djihad regelmäßig gegen Christen und Juden praktiziert, wie auch gegen Menschen, die Götzen verehrten - gegen jeden, der sich nicht zum Islam bekehrte. Jene, die den Islam ablehnen, müssen getötet werden. Wenn sie sich (vom Islam) abkehren, ergreift sie, tötet sie, wo immer ihr sie findet (Sure 4,89)".
Das Endziel ist erst erreicht, "*wenn auch das Gebiet der Feinde dem Gebiet des Islam angegliedert wird, wenn der Unglaube endgültig ausgerottet ist und wenn sich die Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islam unterworfen haben."*
"*Der Djihad wird geführt, um das letzte Ziel des Islam zu erreichen - eine islamische Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Der Islam ist nicht einfach nur eine Religion; er ist auch eine Staatsform."*

Die Gewalt im islamischen Recht

Da der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern eine die ganze Existenz des Menschen, auch das gesellschaftliche und staatliche Leben überformende Handlungsanleitung, gerinnen die religiösen Vorschriften prägend in das islamische Recht (Scharia), dem neben dem Koran auch die Sunnah, der Brauch, die Tradition, zugrunde liegen.
Allah hat den Menschen unter bestimmten Umständen das Recht übertragen zu töten, so den Kämpfern im Dschihad, die das Recht haben, ihre Feinde zu eliminieren. Die Mudschahedin (die den Dschihad Ausübenden) wurden dabei zur treibenden Kraft der islamischen Glaubens- und Kampfgemeinschaft. Ihnen steht für ihren Einsatz im Dschihad das Recht auf vier Fünftel der Kriegsbeute zu, und sie haben als Einzige die Gewißheit, beim Tod im Dschihad als Shahid sofort den Eintritt ins Paradies zu erhalten, da sie als "Gläubige" einen Vertrag mit Allah geschlossen haben.
Der Dschihad "*als Gemeinschaftsaufgabe bedeutete damit eine ständige Einlösung des Prinzips 'Teilhabe durch Unterwerfung' - Teilhabe am Sieg und an der Beute, deren Verteilung*

das im Kern von Mohammed geschaffene Beuterecht regelt, und damit Teilhabe an dem Gefühl religiöser Mächtigkeit (Sure 8:17), Teilhabe am Rausch des Todes (50:19), an der Märtyrerehre und am direkten Eintritt ins Paradies, der einem die sonst drohende Folter im Grab ersparte."
Wesentlicher Bestandteil der Scharia ist auch das Wirken Mohammeds als übergeschichtliche Wahrheit und nachzueiferndes Ideal des irdischen und religiösen Lebens, das in den sogenannten Ahadith-Sammlungen rund 200 Jahre nach seinem Tod wirksam wurde.
"*Mitte des 9. Jahrhunderts war die Zusammenstellung und systematische Ordnung der als authentisch angesehenen Überlieferungen abgeschlossen. Das ... normgebende Verhalten und Vorbild Mohammeds wurde als Sunnah neben dem Koran zur verbindlichen Grundlage des islamischen Rechtes ... erhoben"* und damit viele Aspekte des sozialen islamischen Lebens geregelt.

Die geschichtlichen Eroberungen

Bereits unmittelbar nach Mohammeds Tod setzte unter den Kalifen (= Nachfolgern des Gottgesandten), den religiös-politischen Führern, eine gewaltige Expansion ein, um dem Gebot des Koran zu folgen, die Welt durch den Dschihad zum Islam zu bekehren.
In fanatischer religiöser Begeisterung eroberten ihre Reiterheere in kurzer Zeit Palästina, Syrien, das mesopotamische Tiefland, das iranische Hochland, das heutige Pakistan und Afghanistan, dann Ägypten und ganz Nordafrika, sowie schließlich ganz Spanien, bis ihr weiteres Vordringen nach Europa von einem europäischen Heer unter Karl Martell in Südfrankreich gestoppt wurde. Einzigartig ist "*die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren* (vom 7.-8. Jahrhundert) *ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte."*
Es war der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte. "Die islamische Geschichte, die mein besonderes Fachgebiet war, war nur als ein einziger blutiger Strom zu charakterisieren."
"Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich. ... 698 traf es Karthago, 838 Syrakus; der berüchtigte Wesir des Kalifats von Córdoba, Al Mansur, führte in siebenundzwanzig Jahren fünfundzwanzig Feldzüge gegen die christlichen Reiche Nordspaniens, versklavend, vernichtend und verwüstend; es traf Zamora (981), Coimbra (987), León, zweimal Barcelona (985 und 1008), dann Santiago de Compostela (997).
Am furchtbarsten verwüsteten die Dschihads das damals noch so städtereiche byzantinische Anatolien; das Massaker von Amorium (838) ist lange ein Fanal geblieben; die städtische Kultur Anatoliens hat sich davon nie wieder erholt. Der Seldschuke Alp Arslan ließ ganze armenische Städte massakrieren, am furchtbarsten 1064 die Hauptstadt Ani. Mehr als berechtigt darum das Urteil von Bat Ye'or: "Die Maßlosigkeit, die Regelmäßigkeit und der systematische Charakter der von den islamischen Theologen zur Norm erhobenen Verwüstungen unterscheiden den Dschihad von anderen Eroberungskriegen."
Gewiß, die Massenversklavung blieb das beliebteste Kriegsziel. So entstand schon im achten Jahrhundert die größte Sklavenhaltergesellschaft der Weltgeschichte; sie benötigte eine ständige Zufuhr immer neuer Sklaven; sie transformierte den afrikanischen Kontinent zum größten Sklavenlieferanten, ein Schicksal, welchem Europa knapp entkam."
"Seit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das "Haus des Islam" und das "Haus des Krieges". ... Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39 und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen."

Der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert sagte daher kategorisch: "*Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren."*
Das Ziel war zugleich die universelle Geltung der politischen Ordnung des Islam, die Herren und Unterworfene streng absondert und die politische und soziale Ordnung der menschlichen Verfügung weitgehend entzieht.
"In der Scharia sind die Muslime die Herren, die Anhänger anderer Buchreligionen - Christen, Juden, Parsen, Buddhisten - Unterworfene, "Dhimmi. ... Die Unterworfenen durften keine Waffen tragen, sie waren wehrunfähig, somit keine vollwertigen Männer.
Christen und Juden mußten besondere Farben oder Kleidungsstücke tragen (diese Diskriminierung führte zum Judenstern), um als "Dhimmi" kenntlich zu sein; sie durften nicht auf Pferden reiten, sondern nur auf Eseln, damit sie ständig an ihre Erniedrigung erinnert wurden; sie zahlten einen Tribut (Jizya), den sie persönlich entrichteten, wobei sie einen Schlag an den Kopf erhielten. Sie mußten sich von Muslimen schlagen lassen, ohne sich wehren zu dürfen; schlug ein "Dhimmi" zurück, dann wurde ihm die Hand abgehackt, oder er wurde hingerichtet."

Der Wille zur Welteroberung besteht vielfach fort

Thomas Tartsch weist auf zwei Vordenker des modernen Dschihad hin, den außerordentlich einflußreichen Pakistaner Sayyid Abul Ala Maududi (1903-79) sowie in dessen Folge den Ägypter Sayyid Qutb (1906-66), Theoretiker der 1928 gegründeten arabisch-sunnitischen Muslim-Bruderschaft.
Maududi propagierte unter Berufung auf den Koran und Mohammed, daß global die vollständige Unterwerfung jedes einzelnen Menschen unter den Willen Allahs erreicht werden müsse. Durch die ausnahmslose Hinwendung aller Menschen zu Allahs irdischer Weltordnung *Scharia* werde das Böse insgesamt und damit jegliches Unrecht endgültig überwunden. Diesen islamischen Idealstaat unter dem Gesetz der *Scharia* gelte es anzustreben. Das sei Allahs Auftrag an die Muslime.
Der *Dschihad* müsse selbstredend auch gewalttätig sein. Wenn für die rechte Führung der Menschheit und die Errichtung des islamischen Idealstaates die Ausübung von Gewalt vonnöten sei, werde sie angewendet. Schuld daran seien die verblendeten Ungläubigen.
Diese Doktrin Maududis vom Dschihad als legitimem Krieg gegen jene Regierungen, die die Unterrichtung des Volkes im wahren Islam verhindern, hatte bedeutende Auswirkungen auf die politischen Bewegungen im Islam, vor allem aber auf Sayyid Qutb. Dieser entwickelte in seiner Schrift "Zeichen auf dem Wege" die Theorie einer Avantgarde von entschlossenen Muslimen, die dem Beispiel Mohammeds und seiner Gefährten folgend alles unternehmen, um die uneingeschränkte Souveränität Allahs auf Erden zu errichten.
So formulierte, wie Egon Flaig aufmerksam macht, der Gründer der Muslim-Bruderschaft Hassan Al Banna konsequent:
"Dann wollen wir, daß die Fahne des Islam wieder über diesen Landschaften weht, die das Glück hatten, eine Zeitlang unter der Herrschaft des Islam zu sein und den Ruf des Muezzins Gott preisen zu hören. Dann starb das Licht des Islam aus und sie kehrten zum Unglauben zurück. Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien und die griechischen Inseln sind alle islamische Kolonien, die in den Schoß des Islam zurückkehren müssen. Das Mittelmeer und das Rote Meer müssen wieder islamische Binnenmeere wie früher werden."
Das sind die nächsten Schritte der Welteroberung. Die Bruderschaft zählt heute Millionen und hat sich weit über Ägypten hinaus verbreitet. Ihre Intellektuellen agieren in über 70 Ländern, auch in Europa und den USA. Sie "hatte in Deutschland im Jahr 2005 nach Angaben des Verfassungsschutzes Niedersachsen 1800 Mitglieder." (Wikipedia)

Sie nutzt hier eine Vielzahl 'Islamischer Zentren' für ihre Aktivitäten mit dem vorrangigen Ziel, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für die konsequente Anwendung des Koran und der Sunnah zu gewinnen.

Islam und Islamismus sind nicht zu trennen

Das Vorstehende zeigt, daß Islam und Islamismus nicht zu trennen sind. Der Islamismus greift nur konsequent den Eroberungs- und Unterwerfungsanspruch des Islam auf, dessen gewaltsame Realisierung die Geschichte durchzieht und die im Koran wie in der Sunna, also auch im Vorbild Mohammeds ihre Legitimation findet.

Der Islamwissenschaftler Tilman Nagel macht daher geltend, eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus sei "ohne Erkenntniswert".

"*Islam und Islamismus sind so lange nicht voneinander zu trennen, wie Koran und Sunna als absolut und für alle Zeiten wahr ausgegeben werden."* Der Islam sei *von Hause aus* - mit Ausnahme der philosophisch-theologischen Richtung der Mu'tazila - fundamentalistisch.

"*Auch wenn es die meisten Muslime nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran."* (Zafer Senocak, türkischer Schriftsteller) Und der Journalist Henryk Broder zieht den Vergleich, der Unterschied zwischen Islam und Islamismus sei so wie der zwischen Alkohol und Alkoholismus.

Es ist richtig, daß die meisten Muslime, auch in Deutschland, still und friedlich ihre Religion ausüben. Sie schöpfen das Potential von Expansion, Gewalt und totaler Gottesherrschaft für ihr Lebensumfeld nicht aus. Aber es kann jederzeit in geeigneten Situationen durch geschulte fanatische Islamisten in ihnen geweckt werden. Das Netz der von Saudi-Arabien und der Türkei finanzierten Moscheen bietet dazu die Möglichkeit und wird ja auch in gewissem Maße bereits genutzt.

Sicher, auch Christen üben Gewalt aus, und in der Geschichte ist im Namen des Christentums viel Leid, Not und Tod verbreitet worden. Doch im Unterschied zum Islam ist im ursprünglichen Christentum die Gewalt nicht veranlagt, und ihre Anwendung bedeutet einen Abfall von der Lehre und dem Vorbild Christi.

Der französische Philosoph Blaise Pascal (1623-1662) schrieb dazu: "*Mohammed hat eine Herrschaft begründet, indem er mordete, Christus, indem er sich morden ließ. Mohammed hat Mittel und Wege gewählt, um nach menschlicher Auffassung zu siegen, Christus, um nach menschlicher Auffassung zu unterliegen."*

Egon Flaig schließt seinen Artikel in der FAZ mit folgender Perspektive:

"Seine Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sie wiederholen zu müssen. Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuellen, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann. Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht. Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fasziniert hat: Hegel nannte den Islam die ´Religion der Erhabenheit'. Dazu könnte er werden." …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. August 2015 (x887/...): >>**Blutiger Wahnsinn**

Einwanderungsgesetz: Was die Protagonisten in Wahrheit anstreben

Nun unterstützt auch CDU-Chefin Merkel ein Gesetz zur Einwanderung. Was damit bezweckt wird, führt geradewegs ins Chaos.

Erst aus der Deckung kommen, wenn keine Gefahr mehr droht - dies ist die überaus erfolgreiche Taktik von CDU-Chefin Angela Merkel, die sie auch beim Thema Einwanderungsgesetz angewendet hat. Im Januar ließ sie ihren Generalsekretär, scheinbar als Alleingänger, ein sol-

ches Gesetz fordern. Der (vormals starke) Widerstand in den eigenen Reihen blieb diesmal verhältnismäßig lau. Also traut sich nach Monaten des Abwartens nun auch die Parteivorsitzende ans Tageslicht und unterstützt neuerdings das Vorhaben.
Vordergründig geht es um die Bündelung der bislang in zahllosen Gesetzen und Verordnungen zersplitterten Zuwanderungsregelungen, die es Ausländern ermöglichen, sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen. In der Tat hat sich hier ein gesetzlicher Dschungel ausgebreitet, der nicht selten zu Ergebnissen führt, die dem gesunden Menschenverstand widersprechen. Warum sollte hier nicht endlich Klarheit geschaffen werden?
Doch die Kritiker in der Union sind nicht etwa gegen Klarheit, sie ahnen vielmehr, daß es in Wahrheit um etwas anderes geht. Protagonisten von SPD, Grünen und Linkspartei sagen offen, was sie wirklich anstreben: Auf keinen Fall solle so ein Gesetz das bisherige Ausmaß von Zuwanderung begrenzen.
Das Wichtigste sei, daß es nicht weniger, sondern mehr Einwanderung gebe, schallt es aus den Reihen von Sozialdemokraten, Grünen und Linkspartei. Erst vor diesem Hintergrund wird der Widerstand in Teilen der Union verständlich. Allerdings ist es ein Widerstand auf verlorenem Posten, da er die Kanzlerin nun offen gegen sich hat, nachdem diese den politischen Wind mit Hilfe ihres Versuchsballons Tauber ausgiebig studieren konnte.
Strenge Auswahlkriterien, die nur solche Ausländer ins Land lassen, die Deutschland benötigt, die integrationswillig und -fähig sind, werden gerade von den Befürwortern eines Einwanderungsgesetzes verbissen bekämpft. Also dürfte ein Gesetz entstehen, das die deutschen Belange ganz hinten anstellt.
Dies in einem Land, in dem die Integration vieler schon hier lebender Einwanderer krachend gescheitert ist. Dieser Tage erst tauchte ein internes Polizei-Papier aus Nordrhein-Westfalen auf, das Dramatisches enthüllt:
In etlichen Städten habe die Polizei die Kontrolle über ganze Straßenzüge an arabische, türkische, rumänische und bulgarische Clans verloren. Sie herrschen jetzt dort, Anwohner und Geschäftsleute werden eingeschüchtert, schweigen aus Angst.
Dies ist nur eine Meldung von Tausenden, die zeigen: Wenn Einwanderung nicht endlich klar gesteuert und begrenzt wird, droht ein blutiges Desaster. Die Antwort der Politikermehrheit darauf aber lautet: "Mehr Einwanderung!" Das Resultat einer solchen Politik heißt Bürgerkrieg.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. August 2015: >>**Asylkrawalle in Suhl als Vorboten: CIA sagt für 2020 europäische Bürgerkriege voraus**
Alles eine Frage der Quantität: Zuwanderung kann belebend sein, und Asyl als Menschenrecht von Verfolgten ist nicht verhandelbar. Aber was geschieht, wenn JEDES Auswahlkriterium wegfällt, wenn die Tore bedingungslos geöffnet werden? Dann zerbricht die Logistik, die Organisationskapazität eines Staates früher oder später. Keine Versorgungs- und Integrationsstruktur läßt sich mehr halten: Zum Nachteil der Einheimischen und der Flüchtlinge! Das erleben wir jetzt, nicht nur in Suhl.
Eine solche Belastung staatlicher Kapazität hatte CIA-Chef Michael Hayden im Mai 2008 in der Washington Post prognostiziert. Zuvor hatte eine CIA-Studie gewarnt: Europa könne um 2020 unregierbar und in Bürgerkriege verwickelt sein. Dafür sorge die sinkende Geburtenrate bei gleichzeitigem Anstieg der Migrationszahlen. Einbrechende Staatsstrukturen hätten zur Folge, daß "rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume" entstehen würden.
Hayden verwies auf die Gefahr eines steigenden Extremismus-Potentials. Dem läßt sich hinzufügen, daß in solchem Falle auch dumpfe Fremdenfeinde hierzulande ihre Chance wittern, Wort und Macht ergreifen könnten, während es für rationale Regulierung dann womöglich zu spät ist.
Laut CIA gelten folgende Länder und Ortschaften als besonders Bürgerkriegs-gefährdet: "In

Deutschland fallen darunter angeblich: Teile des Ruhrgebietes (namentlich erwähnt werden etwa Dortmund und Duisburg), Teile der Bundeshauptstadt Berlin, das Rhein-Main-Gebiet, Teile Stuttgarts, Stadtteile von Ulm sowie Vororte Hamburgs. Ähnliche Entwicklungen sieht die CIA für den gleichen Zeitraum in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Italien."
Deutschland hat in Sachen integrativer Leitkultur ein zusätzliches Problem: Ist es doch bereits in Splittergruppen zerfallen, die sich gegenseitig zerfleischen: Linke gegen Rechte, Demokraten gegen angebliche Antidemokraten, Reiche gegen Arme, Gender contra Familie, Rechtsstaat gegen EU-Diktatur und baldigem TTIP-Terror, kriegslüsterne Politisch-Korrekte (z.B. "Die Grünen") gegen friedenswillige Putin-Versteher, usw. Sie alle führen bereits publizistischen Bürgerkrieg gegeneinander. Kann aber eine Gesellschaft, deren Mitglieder sich untereinander nicht mehr leiden mögen, einen Integrationskonsens für unbegrenzte Einwanderung erstellen? Das Szenario von Suhl vor wenigen Tagen läßt verzweifeln:
Ein Religionsstreit im Asylantenheim sorgte für Krawall, bei dem auch eine Polizeistation verwüstet, Beamte sowie ein TV-Team attackiert wurden. Und die Reaktion der Politik: Anstatt den Aggressoren unter den Flüchtlingen klarzumachen, daß religiöse Toleranz hier zur Leitkultur gehört, und von ihnen - wenn sie hier leben möchten - gefälligst respektiert werden muß, schlägt Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) getrennte Flüchtlingsunterkünfte für verschiedene Ethnien vor, so das künftiger Zoff verhindert werde.
Geht’s noch kriecherischer?!! Denn so "werden die Gewalttäter ja noch belohnt: Indem man schönere Unterkünfte für sie organisiert, wo sie unter sich sind - anstatt zu lernen, wie man tolerant mit Andersgläubigen und Andersdenkenden umgeht, wie es unser Grundgesetz vorschreibt!" (Jürgen Elsässer). Wenn Deutschland nicht untergehen will, darf es solche Schleimer nicht mehr in den Ministersessel wählen.
Ähnliches gilt für die Stadt Essen sowie das Rhein-Gebiet, in dem zunehmend No-go-Areale entstehen, beherrscht von arabischen Straßenbanden. Polizisten, die in Konflikte eingreifen, müssen von Gang-Mitgliedern hören: "Das ist unser Bereich. Wir sind zuständig. Die deutsche Polizei hat uns hier überhaupt nichts zu sagen. Fahrt ihr mal schön wieder, wir klären das untereinander." Jetzt hat sogar das ZDF dem eine Dokumentation gewidmet:
Darin läßt ein Polizist, der über Straßenkämpfe und die Brutalität berichtet, die Beamte dort erleiden, sich nur als schwarze Silhouette filmen. Er traut sich also nicht, sein Gesicht zu zeigen. Aus Angst vor Rache der Straßenbanden? Nein, sondern aus Angst, den Job zu verlieren! Weil ein solches Statement an politische Tabus rüttelt. Aus selbem Grund wollte auch eine Berliner Polizistin für diese Dokumentation nicht gefilmt werden. Auch sie berichtet von Berliner No-go-Arealen, in denen zu wenig Polizisten im Einsatz sind.
Das hat zur Konsequenz, daß die verbliebenen Beamten keine Einsätze mehr riskieren: Nicht nur, daß ihnen Prügel drohen. Zeigt sie nämlich jemand an, können sie ihre Beförderung vergessen. Also hält man sich lieber raus. Politiker, die Schweigen und Rückzug jener fördern, die zur Einhaltung des Rechtsstaats aufgestellt wurden, wollen dessen Untergang. Aber verwundert das? Auf EU-Ebene ist man ja auch schon kräftig dabei. …<<
Der deutsche Autor Thilo Sarrazin (Volkswirt und ehemaliger SPD-Politiker, von 2002-2009 Finanzsenator im Berliner Senat) berichtete am 2. September 2015 in der schweizerischen Wochenzeitung "DIE WELTWOCHE" über die kulturelle und ethnische Umwandlung Europas (x884/...): >>**Europa schafft sich ab**
Als vor fünf Jahren mein Buch **"Deutschland schafft sich ab"** erschien, waren die Analysen und Schlußfolgerungen darin für viele Politiker und Journalisten ein Skandal. Ich mußte viele persönliche, auch ehrverletzende Angriffe erdulden. Die in dem Buch beschriebenen Fakten und Zusammenhänge wurden jedoch konkret nie widerlegt. Die meisten Kritiker scheuten davor zurück, sich mit ihnen näher zu befassen. Die Fakten und Trends, die ich beschrieb,

waren nicht neu. Neu war der Zusammenhang, in den ich sie stellte.
1 - Die seit 45 Jahren stabile Geburtenzahl von rund 1,3 Kindern pro Frau bedeutet, daß jede Generation um ein Drittel kleiner ist als die vorhergehende. Das deutsche Volk altert nicht nur. Ein Anhalten dieses Trends bedeutet vielmehr, daß es sich quasi aus der Geschichte wegschrumpft.
2 - Die Kinderzahl in Deutschland ist um so niedriger, je einkommensstärker, gebildeter und intelligenter die Eltern sind. Deshalb sinken das intellektuelle Potential und die potentielle Bildungsleistung noch schneller als die Zahl der Geburten. Für diese schiefe Geburtenstruktur ist die spezifische Konstruktion des deutschen Sozialstaats einschließlich des Familienlastenausgleichs wesentlich mitverantwortlich.
3 - Die demografische Alterung und das Absinken des intellektuellen Potentials in Deutschland bedrohen langfristig die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in Deutschland.
4 - Einwanderung wäre nur dann eine Hilfe, wenn Bildungsleistung und Qualifikationen der Einwanderer durchschnittlich über dem deutschen Mittelwert lägen. Wegen der spezifischen Struktur der Einwanderung in Deutschland - vorwiegend aus Nah- und Mittelost sowie Afrika - ist dies aber nicht der Fall. Vielmehr senkt diese Struktur der Einwanderung das durchschnittliche Niveau der Bildungsleistung in Deutschland.
5 - Weltweit gibt es zwischen unterschiedlichen Gruppen von Einwanderern signifikante gruppenbezogene Unterschiede, die sich auch in den nachfolgenden Generationen nur langsam abbauen, wenn überhaupt. Generell gilt: Einwanderung aus Fernost erhöht die durchschnittliche Bildungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft. Einwanderung aus der Türkei, Afrika, Nah- und Mittelost senkt die durchschnittliche Bildungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft.
6 - Maßgeblich für Qualifikationsniveau und Bildungsleistung von Einwanderern ist ihre Herkunftskultur. Deren Prägung hält über Generationen hinweg an und wird quasi kulturell vererbt. Muslimische Prägung von Kulturen wirkt sich negativ auf das durchschnittliche Qualifikationsniveau und die durchschnittliche Bildungsleistung von Einwanderern und ihrer Nachkommen aus. Dies ist bedeutsam, weil der Anteil dieser Gruppen an den Geburten in Deutschland stark anwächst.
7 - Die Geburtenraten der muslimischen Einwanderer sinken zwar mit der Zeit, bleiben aber tendenziell höher als jene der aufnehmenden Gesellschaft. Die dadurch bewirkte Dynamik in der ethnischen Zusammensetzung und kulturellen Ausrichtung der Bevölkerung in Deutschland wird weit unterschätzt. Diese Art von Einwanderung hält die Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland nur um den Preis einer tiefgreifenden und unwiderruflichen kulturellen Veränderung auf.
Auf meine Thesen reagierten die einen mit Bestürzung, die anderen mit Empörung, viele aber auch mit Unglauben und vagem Optimismus. Fünf Jahre später stellen sich die damaligen Analysen und Projektionen leider als richtig heraus. Wo es Abweichungen gab, kam es eher noch schlimmer als von mir befürchtet.
- Die überdurchschnittliche Kriminalität muslimischer junger Männer hält an, ebenso tun es die Unterschiede in der Bildungsleistung, bei der Transferabhängigkeit und der Arbeitsmarktbeteiligung.
- Überdurchschnittlich bleiben auch die Geburtenzahlen. Die Segregation in bestimmten Stadtteilen wächst weiter, der Fundamentalismus unter jungen Muslimen nimmt zu.
- Gleichzeitig wachsen radikale Tendenzen in der muslimischen Minderheit, wie die Ausbreitung des Salafismus zeigt. So wurde das Potential herangezüchtet, das Tausende in Deutschland lebende junge Muslime dazu bewog, sich in Syrien und im Irak dem Terrorregime des IS zur Verfügung zu stellen.

Vor fünf Jahren hatte ich in meinen Berechnungen nur sehr vorsichtige Annahmen für die künftige Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis unterstellt. Ich nahm an, daß durchschnittlich jährlich 100.000 Muslime nach Deutschland einwandern würden. Zusammen mit dem veränderten Altersaufbau - mehr Junge - und der höheren Geburtenrate der bereits in Deutschland lebenden Muslime reicht das aber aus, um die deutsche Bevölkerungsstruktur innerhalb weniger Generationen zum Kippen zu bringen. Hätte ich Einwanderungszahlen unterstellt, wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre ich der Fantasterei und der unseriösen Schwarzmalerei bezichtigt worden.
In allen europäischen Ländern mit muslimischen Minderheiten beobachten wir parallele Entwicklungen. Es ist offenbar gleichgültig, ob die Muslime vor allem aus der Türkei und Nahost stammen wie in Deutschland, aus Nordafrika wie in Frankreich oder aus Pakistan und Bangladesch wie in Großbritannien. Unterschiedlich sind die Reaktionen der nationalen Politik.
- Sehr früh - angestoßen durch die Morde an Theo van Gogh und Pim Fortuyn - ist die Stimmung in den Niederlanden umgeschlagen. Die etablierten Parteien versuchen, durch eine robuste Politik möglichst viele Wähler von einer Unterstützung des fremdenfeindlichen Geert Wilders abzuhalten. Die jüngsten Manöver Angela Merkels wurden in den Niederlanden besonders kritisch kommentiert.
- In Großbritannien ist die Stimmung über alle Parteigrenzen hinweg mittlerweile einwanderungskritisch geworden, und das Land versucht mit Erfolg, sich von der gegenwärtigen Einwanderungswelle abzuschotten. Die Unterschiede in der Einwanderungspolitik könnten den entscheidenden Anstoß dafür geben, daß Großbritannien aus der EU ausscheidet.
- In Frankreich hat der Front national mittlerweile unter den jungen Erwachsenen den höchsten Stimmenanteil, manche sehen ihn schon bei vierzig Prozent. Die allgemeine Lähmung der französischen Politik zeigt sich besonders deutlich in der Einwanderungsfrage: Man möchte zu den Guten gehören, aber noch mehr Einwanderung aus Afrika und Nahost möchte man nicht.
- Italien und Griechenland üben sich in der Kunst des Durchwinkens nach Norden, und je besser ihnen das gelingt, um so mehr Flüchtlinge brechen zu ihren Küsten auf.
- (In) Dänemark hat die einwanderungskritische Dänische Volkspartei mittlerweile alle anderen Parteien überflügelt. Dänemark versucht seine Grenzen jetzt dicht zu halten, und das Zähneknirschen in der Bevölkerung wegen der gewaltigen Probleme mit den bereits eingewanderten Arabern ist überall vernehmlich zu hören.
- Schweden versucht unbeirrt, seine Art von Willkommenskultur zu leben. Da stört es nicht, daß sich die Einwanderungspolitik des Landes schon in schlechteren Pisa-Ergebnissen niederschlägt und Asylbewerber durchschnittlich sieben Jahre brauchen, bis sie in den Arbeitsmarkt integriert sind. Mittlerweile stehen die einwanderungskritischen Schwedendemokraten in den Umfragen bei zwanzig Prozent, aber sie finden keine Verbündeten, weil die Einwanderungsfrage zur Wahl zwischen Gut und Böse stilisiert wird.
- Angela Merkel versucht gegenwärtig offenbar, Deutschland in der Einwanderungsfrage zu einem großen Schweden zu machen. Mich beängstigt es, daß ich in ihrer Einwanderungspolitik keine Ratio erkenne. Und ich weiß gar nicht, was ich schlimmer finden soll: daß sie vielleicht gar nicht weiß, was sie da tut, oder daß sie es mit Wissen und Bedacht gegen die Interessen des deutschen Volkes tut. Angela Merkel scheint hier in einer ganz eigenen Welt zu leben. Vor einigen Tagen wies sie in einer Podiumsdiskussion die Mitverantwortung für den Terror des IS den Deutschen zu, weil von deutschem Boden so viele islamistische Terroristen nach Syrien aufgebrochen seien.
Die naheliegende Folgerung, daß es ohne vorherige muslimische Einwanderung nach Deutschland auch keine muslimischen Terroristen aus Deutschland geben könnte, kam ihr offenbar nicht in den Sinn.

- ... In der Schweiz ist die einwanderungskritische SVP schon seit längerem recht stark, in Österreich wird die von vielen als rechtspolitisch kritisierte ÖVP bei den nächsten Wahlen wohl stärkste Partei werden.
- Das an der Außengrenze des Schengenraums gelegene Ungarn versucht die Kontrolle über seine Grenzen wiederzugewinnen. Es rollt zu diesem Zweck Stacheldraht aus und setzt Wasserwerfer ein. Dafür muß sich sein Regierungschef Viktor Orbán viele Beschimpfungen anhören. Aber er gehört in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage gegenwärtig zu den wenigen europäischen Politikern, die sich nicht scheuen, logisch zu denken und gemäß ihren Einsichten auch zu handeln.

Zur Einordnung der derzeitigen Situation und zur Frage der künftig richtigen Politik scheinen mir vier Gedanken zentral zu sein.

1. Spontane Hilfsbereitschaft, Empathie und Barmherzigkeit sind grundsätzlich positive Antriebe. Menschen, die ihnen folgen, sollten stets gelobt und dürfen nie getadelt werden. Das bringt aber jene, die vernünftige und begründete Einwände erheben und eine andere, restriktivere Politik wollen, von Anfang an in eine moralische Schieflage.

Man muß es leider so sagen: Die emotionale Macht der Bilder erstickt die Betätigung der kritischen Vernunft, und dagegen ist offenbar kein Kraut gewachsen. Die einzige denkbare Heilung davon mag ich mir gar nicht wünschen: nämlich daß negative Erlebnisse und Erfahrungen mit den Folgen der Hilfsbereitschaft diese in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Das wäre mit sehr unschönen Begleiterscheinungen verbunden, niemand kann das ernsthaft wollen.

2. Spontan finden die vielen guten Menschen mit der Bundeskanzlerin an der Spitze den Gedanken abscheulich, Menschen durch Mauern und Zäune von ihrem Streben nach Glück abzuhalten. Darum sollen grundsätzlich alle nach Europa kommen dürfen, die einen Asylgrund haben, also achtzig Prozent der Menschheit. Der einzige legitime Weg, sie davon abzuhalten, besteht aus dieser Sicht darin, in ihren Heimatländern die Gründe für ihren Wunsch zur Flucht und zur Auswanderung zu beseitigen.

Dies aber wiederum ist irreal: Politische, soziale und wirtschaftliche Probleme können immer nur in den betreffenden Ländern selbst, niemals aber von außerhalb gelöst werden. Für Europa ist es aussichtslos, überall in der Welt die Ursachen von Flucht- und Auswanderungswünschen zu bekämpfen. Aussichtsreich ist es allein, sich vor den Folgen dieser Wünsche durch Abschirmung zu schützen.

Holland zum Beispiel liegt seit Jahrhunderten zu siebzig Prozent unter dem Meeresspiegel. "Ursachenbekämpfung" bestünde darin, den Spiegel der Nordsee abzusenken. Das ist aber irreal, deshalb ist Holland von Deichen umgeben. Kleinere Undichtigkeiten dort gibt es immer, mit ihnen kann man umgehen. Größere Risse reißen um so mehr auf - bis hin zum Deichbruch - und setzen einen um so größeren Strom in Gang, je weniger man den Anfängen wehrt. Deshalb müssen die Grenzen Europas umfassend gesichert sein, nur so bleiben Einwanderungsströme beherrschbar.

Deren Potential ist übrigens ungeheuerlich, wenn die Grenzen offen sind: Allein in Subsahara-Afrika wächst die Bevölkerung jedes Jahr um 29 Millionen. Sie hat sich dort seit dem Ende des Kolonialzeitalters vor fünfzig Jahren auf knapp eine Milliarde vervierfacht und wird sich gemäß der Uno-Prognose bis zum Ende des Jahrhunderts erneut auf dann zumal vier Milliarden vervierfachen.

3. Die Zuwanderung im Rahmen der jetzigen Flüchtlingswelle hat einen ganz anderen Charakter als die erste Zuwanderungswelle im Rahmen des Gastarbeiterzuzugs: Damals wanderten ausgewählte Arbeitskräfte auf sichere Arbeitsplätze ein - für vorwiegend einfache Tätigkeiten in der Industrie, die es heute so gar nicht mehr gibt.

Die Probleme entstanden, als die meisten dieser Arbeitsplätze durch den Strukturwandel entfielen, und sie entstanden durch den Familiennachzug. So wurden aus 700.000 türkischen

Gastarbeitern in Deutschland nach dem Anwerbestopp 3,5 Millionen türkischstämmige Einwohner in Deutschland. Und aus höchstens 100.000 Arabern in Deutschland in den siebziger Jahren wurden bis heute eine Million.
Jeder junge Mann aus Nahost und Afrika, der jetzt einwandert, bedeutet über Kettenwanderung, Familiennachzug und natürliche Fruchtbarkeit mindestens fünf Einwohner dieser ethnischen und religiösen Gruppe in zwanzig Jahren. Die eine Million, die voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland aus dem Nahen Osten und Afrika einwandert, ist also tatsächlich die Vorentscheidung für fünf Millionen. Und die 500.000 Einwanderer jährlich ab dem nächsten Jahr, über die Sigmar Gabriel so leichtsinnig sprach, bedeuteten nach dieser Formel tatsächlich 2,5 Millionen.
Die Prognosen aus "Deutschland schafft sich ab" werden sich so um Jahrzehnte eher erfüllen, als ich das vorausgesehen hatte, und sie werden analog für alle europäischen Länder gelten, die eine ähnliche Einwanderung zulassen. Das würde in nur wenigen Jahrzehnten eine kulturelle und ethnische Transformation des abendländischen Europa bedeuten, die seinem Untergang gleichkommt (ähnlich, wie das Oströmische Reich im Osmanischen Reich unterging).
4. Der größte Teil der Zuwanderer aus der Flüchtlingswelle und ihres Familiennachzugs wird für lange Zeit auf Transferzahlungen angewiesen sein und als Gruppe (genau wie die heute bei uns lebenden Türken und Araber) Jahr für Jahr weitaus mehr staatliche Leistungen kosten, als er für die öffentlichen Kassen erbringt. Die aufnehmenden Gesellschaften werden dadurch ärmer und nicht reicher. Die Bewältigung künftiger demografischer Lasten aus der europäischen Geburtenarmut wird dadurch erschwert und nicht erleichtert.
Die offene Debatte über diese Fragen wird überall in Europa von den politischen Parteien der sogenannten Mitte mit Bedacht verweigert und verschleppt. Durch Problemleugnung will man verhindern, daß Parteien rechts von der Mitte oder am sogenannten rechten Rand Auftrieb bekommen und den traditionellen Machthabern das Wasser abgraben. Es ist sehr zu hoffen, daß zumindest diese Taktik bald an der durch krasse Fehlentscheidungen geschaffenen kruden Wirklichkeit zerbricht.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. September 2015: >>**Meinungsdiktatur ohne Diktator**
Egal, welchen Kanal man einschaltet oder welches Stück Boulevard- oder "Qualitätspresse" man aufschlägt: Glaubt man, was einem von dort entgegenschallt, befindet sich Deutschland gerade in einem einmütigen nationalen Freudentaumel angesichts des nicht versiegenden Zustroms hunderttausender, wenn nicht Millionen von "Flüchtlingen".
Die Deutschen, ein einig Volk von Willkommenskulturberauschten? Wer beim Luftballonsteigenlassen und "Refugees welcome"-Skandieren nicht mittun will, kommt im Medien-Zerrbild allenfalls als finsterer, ressentiment- und angstgeplagter Ausländerfeind vor.
Zuwanderungskritische Parteien tauchen mit ihren Positionen in der Woge gefühlsschwangerer Beiträge wie auf Verabredung praktisch nicht mehr auf, selbst maßvolle Warner finden sich in den Dauerschwatzsendungen der zwangsgebührenfinanzierten, von Parteien und Lobbyvertretern fest im Griff gehaltenen Staatssender allenfalls in Allein-gegen-alle-Konstellationen, in denen ein halbes Dutzend Hypermoralisten sich gemeinsam mit dem Moderator an ihnen abarbeitet.
Kollektives Totalversagen der deutschen Medienlandschaft
Selbst wer nur Fakten aufzählt oder auf die Einhaltung von Regeln und Gesetzen pocht, wird in dieser Lage ohne viel Federlesens pauschal unter Extremismus- und Ausländerhaßerverdacht gestellt und mit dem Nazimeter zum Schweigen gebracht.
Kritische Stimmen wie Thilo Sarrazin oder der CSU-Politiker Hans-Peter Friedrich, die den medialen Konformismus geißeln, sind rare Ausnahmen im medialen Einheitsbrei, der von Journalisten wie jenem Radiomoderator angerührt wird, der kürzlich sein Mitwirken an einer

Popanz-Kampagne ankündigte, dabei das bekannte Hajo-Friedrichs-Diktum zitierte - "ein guter Journalist macht sich mit keiner Sache gemein, auch nicht mit einer guten" - und mit einem fröhlichen "aber da pfeif ich jetzt einfach mal drauf" gleich über Bord warf.
Offenbarungseide wie dieser sind symptomatisch für die Kernschmelze und das kollektive Totalversagen der deutschen Medienlandschaft. Professionelle Standards werden bedenkenlos geopfert, um nur ja um jeden Preis auf der "richtigen" Seite zu stehen.
Alle tuten in dasselbe Horn
Selbst wenn nur eine Minderheit der Bürger einer millionenfachen Asyl-Einwanderung skeptisch gegenüberstünde - an der Aussagekraft einschlägiger Umfragen darf man angesichts der Schweigespirale, die von der massiven, einseitig-moralisierenden Dauerberieselung durch Politik und Medien unweigerlich in Gang gesetzt wird, getrost zweifeln: Zum Wächteramt unabhängiger Medien gehörte es ja gerade, Verdacht zu schöpfen, wenn alle einer Meinung sind, Minderheiten und abweichende Positionen zu Wort kommen zu lassen und Ereignisse und Politikerhandeln nicht einfach hinzunehmen, sondern kritisch zu hinterfragen.
Statt dessen sonnt man sich im Wohlgefühl der Meute, sich gegenseitig beim Tuten in dasselbe Horn noch zu überbieten. Das Ergebnis trägt bedrohlich totalitäre Züge der Selbstgleichschaltung, der freiwilligen Unterwerfung unter kollektive Denkverbote, einer selbstregulierenden de-facto-Meinungsdiktatur ohne Diktator.
Einladung zum Freibier für die ganze Welt
Wo Fakten gezielt ausgeblendet werden und Boten, die sie dennoch überbringen wollen, mit Schmähungen überzogen werden, entsteht ein gefährlicher Tunnelblick, der blind macht für Realitäten. Während Politik und Medien sich gegenseitig versichern, wie vorbildlich doch die deutsche "Willkommenskultur" für den Rest der Welt sei und wie sehr man dafür bewundert und geliebt werde, während man in arroganter Großmannssucht auf kleinere Länder herabblickt, die den Heilsweg von Islamisierung und Bevölkerungsaustausch nicht mitgehen wollen, und sie mit Drohungen und Herabsetzungen überzieht, mehren sich im nüchtern gebliebenen Ausland die Stimmen, die an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen zweifeln und unsere Republik für einen "gefühlsbetonten Hippie-Staat" halten.
Der Ansehensverlust ist nicht die einzige Negativfolge des politisch-medialen Tunnelblicks. Auf die wanderwilligen Millionen, die noch in den Herkunftsländern der Asyl-Immigranten warten, wirkt die nach außen zelebrierte ekstatische "Willkommenskultur" wie eine Einladung zum Freibier für die ganze Welt, mit Angela Merkel als der noch im fernsten Winkel verehrten Schutzheiligen der Spendierhosen.
Gutwilligkeit und Hilfsbereitschaft wird mißbraucht
Den Bürgern, die die Zeche bezahlen, dämmert dagegen zunehmend, daß ihre Gutwilligkeit und Hilfsbereitschaft mißbraucht wird, wenn Recht und Gesetz willkürlich und dauerhaft ignoriert werden, und daß niemand ihre Sorgen und Nöte öffentlich vertritt - ein idealer Nährboden für extreme Antworten und Verzweiflungstaten, erst recht, wenn jeder noch so zaghafte Widerspruch reflexhaft und unbarmherzig in diese Ecke gestellt wird, um die Schwarz-Weiß-Zeichnerei noch weiter auf die Spitze zu treiben.
Das treibt zwangsläufig auf eine Situation zu, in der die Diskrepanz zwischen dem schöngemalten medialen Schein und der von den Bürgern wahrgenommenen harten Realität auch mit noch so sehr gesteigertem Propagandaaufwand nicht mehr übertüncht werden kann. Das Erwachen aus dem hochmoralischen Rausch könnte schon bald in einen häßlichen Kater münden.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. September 2015 (x892/…): >>**Masseneinwanderung: Wird die Demokratie abgeschafft?**
Unabhängig davon, wie man zu der derzeitigen islamischen Masseneinwanderung von geschätzten 800.000 bis eine Millionen Menschen aus dem arabischen Raum denken mag,

fällt in den Medien und der sogenannten "Öffentlichkeit" ein erschreckendes Verhalten auf: Jede Art einer offenen Debatte über diese Einwanderung wird in Deutschland bereits im Kern erstickt. Wer nicht jubelt, spendet oder andere gutmenschliche Aktivitäten betreibt, wer Fragen stellt, gilt zumindest als "rechtsradikal" meist aber als "Nazi". Dabei betrifft die völlig unkontrollierte Masseneinwanderung inzwischen fast alle Menschen, die in Deutschland leben, und sie wird unser Land vollständig verändern, denn bei einer Million bleibt es nicht: bis 2020 werden für Deutschland 4,5 Millionen Zuwanderer erwartet.
Da die überwiegende Mehrheit dieser Einwanderer aus islamischen Staaten kommt und in einer vollkommen anderen Kultur aufgewachsen ist, werden diese Massen unser Land in nur wenigen Jahren vollständig verändern. Schon jetzt halten sie sich nicht an Gesetze und europäische Regeln, sondern setzen mit Gewalt ihren Willen durch. Bereits heute leben etwa 4-5 Millionen Moslems in Deutschland. Mit der Zuwanderung werden es bis 2020 dann etwa acht Millionen (!!!) sein. Das sind 10 Prozent der deutschen Bevölkerung. Wollen wir das?
Über die Folgen der Einwanderung aus einem fremden Kulturkreis, der dem Christentum feindlich gesinnt ist, muß offen gesprochen werden. Die Sorgen und Nöte der Menschen, die jetzt nur unter vorgehaltener Hand geäußert werden, müssen ernst genommen und bei den politischen Planungen und Entscheidungen berücksichtigt werden, damit es nicht zu Gewalttätigkeiten beider Seiten kommt.
Darauf beruht die Demokratie, daß Probleme, die alle betreffen, auch von allen gemeinsam gelöst werden. In Deutschland ist das nicht der Fall, im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern, die deshalb auch kaum noch "Flüchtlinge" aufnehmen. Die Slowakei hat sich bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen, aber nur Christen, da diese sich integrieren lassen. Eine weise Entscheidung.
Doch Länder, wie Tschechien, Ungarn, die Slowakei oder Slowenien, die sich weigern, ihr Gemeinwohl zugunsten einer Ideologie zu ignorieren, werden in den Medien beschimpft und mit Verachtung bestraft.
Daß die Roten aus Linkspartei, "Grünen" und SPD diese Masseneinwanderung begrüßen, ist nachvollziehbar, denn aus diesen Reihen kommt der Propagandaspruch "Nie wieder Deutschland!". Sie sehen hier die Möglichkeit, die deutsche Kultur zu vernichten. Doch warum laufen ganz normale Menschen diesen Gesellschaftszerstörern hinterher?
Zum Teil ist das durch die "Schweigespirale" zu erklären und durch die massiven unterschwelligen Drohungen in den Medien, von seiten der Politik und von Angela Merkel gegen jede Kritik.
Es gibt eine Menge Fragen der Menschen, die sich auf irgendeine Weise Luft verschaffen werden:
Warum kommen auf einmal so viele Menschen zu uns? Woher haben diese Menschen das Geld für die Schlepper? (der Preis für die Einreise in die EU soll durchschnittlich 11.000 Euro kosten). Woher haben nahezu alle "Flüchtlinge" Smartphones? Warum sind es fast 90 Prozent junge, kräftige und starke Männer, die zu uns kommen? Warum werden gleichzeitig in den Medien überwiegend Mütter und Kinder gezeigt? Warum sind unter den Flüchtlingen kaum Christen, obwohl diese zu den wirklich Verfolgten gehören? In welchen Haushaltsbereichen soll künftig gespart werden, um die Milliardenbeträge für die "Flüchtlinge" zu bezahlen? Wann kommt die nächste Steuererhöhung zur Finanzierung der Masseneinwanderung?
Es gibt viele solcher Fragen. Warum darf darüber nicht öffentlich gesprochen und gestritten werden? Warum ist jeder rechtsradikal oder Nazi, der solche Fragen stellt? Sind in Deutschland nur noch Linke gesellschaftsfähig?<<
Der Däne Jens Kristian Bech Pedersen (pensionierter Oberstleutnant) schrieb wegen der Masseneinwanderung von Migranten am 12. September 2015 folgenden "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x856/...):

>>Liebe Frau Merkel, geehrte Kanzlerin von Deutschland!
Ich bin Däne, darum bin ich natürlich auch EU-Bürger. Als solcher muß es mir erlaubt sein, daß ich mich öffentlich an Sie wende.
Über Jahrzehnte habe ich Deutschlands Politik und Rolle in Europa seit dem 2. Weltkrieg verfolgt. Deutschland hat sich sehr stark für den politischen Frieden, Angleichung zwischen den Ländern und für die Entwicklung zur Zusammenarbeit in Europa eingesetzt. Darum war Deutschland immer die große Triebkraft für eine engere Integration und Union zwischen den Ländern Europas, für die freie Beweglichkeit, für die Aufhebung der nationalen Grenzen – ja, und für die stetige Minimierung der Bedeutung und Rolle der Nationen in Europa. Es ist deutlich, daß diese Politik von Deutschlands nationalem Trauma des Nationalsozialismus und Deutschlands eigener Aufarbeitung gesteuert wurde. …Verzeihung!
In keiner Weise möchte ich die alte wohlbekannte und böse Nazi-Beschuldigung Deutschland und den Deutschen an den Kopf werfen; weit gefehlt! Das fürchterliche Schicksal, daß der Nationalsozialismus über die europäischen Völker und Deutschland selbst gebracht hat, hätte aus jedem Volk dieser Erde erwachsen können, die Geschichte kennt viele Beispiele solch religiöser Gewalt- und Machtausübung.
Vielmehr preisen wir uns heute glücklich, Nachbar eines lebensstarken und sehr inspirierenden Deutschlands zu sein. Die ganze europäische Geschichte hindurch und auch heute verdanken wir Deutschland so viel: Sprache, Kultur, Literatur, Kunst, Politik, industrielle Kraft, Handel und Marktmöglichkeiten. Hier sind Viele, die Deutschland bewundern. Hier sind Viele, die sich über Reisen in Deutschlands Landschaften und Städte freuen, und wir lieben es, deutsche Literatur und Zeitungen zu lesen.
Es ist wichtig, daß der Nationalsozialismus heute nicht in Form eines großen deutschen Schuldkomplexes existiert, sondern (nur) als wichtige historische Erfahrung, die uns lehrt, welch große Kraft die Nationalität ist und warum sie deshalb weder pervertiert, unterdrückt noch aufgehoben werden sollte. Zum großen Schaden für Europa ist das nicht so.
Deutschland fürchtet sich vor sich selbst und seiner eigenen Nationalität. Die ganze deutsche Politik in Europa ist eine ewige nationale Entschuldigungspolitik wegen der Pervertierung des Nationalen durch den Nationalsozialismus. Darum zwingt Deutschland allen anderen Ländern ständig den gleichen Schuldkomplex und die gleiche Unterwürfigkeit gegenüber dem Nationalen auf. Deutschland will sich als Nation abschaffen: Deutschland schafft sich ab (auf deutsch geschrieben), weil Deutschland dieses verkrampfte, neurotische, unvernünftige, ja, gänzlich unreife Verhältnis zur Nationalität hat. So definiert Deutschland weiterhin seine Politik mit einer negativen Abhängigkeit zum Nationalsozialismus.
Das ist gefährlich; das ist heute Europas große politische und gesellschaftliche Tragödie. Und so ist es Deutschland, das wieder Europas Länder in schicksalhafte und vielleicht katastrophale Konflikte hineinzieht – selbst wenn Deutschland das Gute wollte.
Weder ein Mensch noch Volk kann sich ewige Buße oder Selbstzerstörung auferlegen, ohne daß es in Krankheit und Unnatürlichkeit endet und vielleicht mit einem selbstgerechten und gewaltsamen Versuch, anderen die gleiche Buße und schuldbewußte Haltung aufzuzwingen. Jeder Mensch oder jede bürgerliche Identität wird sich erheben und sollte das dürfen. Es ist gefährlich, die nationale Wirklichkeit zu ignorieren. Egal, ob man es mit Nationalsozialismus, durch eine negative Abhängigkeit des Nationalsozialismus oder wie heute über einen supranationale internationalen Sozialismus macht.
Der Nationalsozialismus pervertierte das Nationale. Er machte das Nationale zu einer Religion, die den Überfall der so geheiligten deutschen Nationalität auf andere Nationen rechtfertigte. … Ein Unglück war das! Aber es ist nicht die Nationalität selbst, die pervers ist, sondern die religiöse Pervertierung der Nationalität. Der Nationalsozialismus kann wahrlich die Nationalität als notwendig, gesund, glücklich, lebenstüchtig und unausrottbare Realität im Leben

der Menschen und Nationen nicht aufheben. …
Der Kommunismus und der internationale Sozialismus, der heute immer noch sein gefährliches Spiel treibt, war eine Pervertierung des Nationalen. Der internationale Sozialismus hat – als Fortsetzung des Sowjetkommunismus – das Internationale zu einer Religion gemacht, die den politischen Überfall auf das Nationale und auf Nationen als selbständige Faktoren der Politik rechtfertigen soll. Dieser internationale Sozialismus, Internationalismus, sorgt noch heute für unnatürliche Beziehungen zwischen den Nationen Europas. Und Deutschland ist zusammen mit Frankreich die treibende Kraft. … Das Nationale ist die Vorraussetzung für das Internationale; man kann das Internationale nicht durch die Aufhebung des Nationalen fördern. …
Wenn Sie und Deutschland jetzt so eifrig Europas Migrationsprobleme mit einer gemeinsamen europäischen Verteilungs-Vereinbarung lösen wollen, dann verbreitet Deutschland das Problem. …
Man kann keinen Brand löschen, indem man ihn verbreitet. Sie können als deutsche Toppolitikerin und Bundeskanzlerin nicht umhin, die Größe und Bedeutung dieser Probleme zu sehen und zu hören, wie alle Gesellschaften in Europa verängstigt auf die Vorkommnisse reagieren. Wie können Sie so hartnäckig darauf bestehen und dagegen vorgehen, daß Europas Nationen dafür kämpfen, das zu verteidigen, was sie haben und das, was sie selbst sind?
Deutschland ist eine große, starke und einflußreiche Nation. Deutschland sollte vorangehen mit der Verteidigung der Menschen in Europa gegen die katastrophale Masseneinwanderung: Starke Überwachung und Schließung der Außengrenzen der EU – mit der Härte und dem Zynismus, die das erfordert.
Zum Beispiel mit einer starken maritimen Flotte im Mittelmeer. Stoppen Sie die Völkerwanderung über das Mittelmeer (Beispiel: Australien). Kontrolle und Bewachung von allen Binnengrenzen Europas und der EU. Rückführung von illegalen Flüchtlingen und Einwanderern. Aber zur gleichen Zeit Hilfe für die Länder außerhalb Europas, die unter den Flüchtlingsproblemen leiden, z.B. mit dem Aufbau und starker militärischer Bewachung der Flüchtlingsdörfer. …
Aber wir können deutlich an der Politik die Deutschland in der EU und auch in der aktuellen Einwanderungsfrage verfolgt, merken, daß Deutschland die Länder Europas als Nationen, die etwas zu verteidigen haben, nicht respektiert. In der heutigen Situation ist Deutschland unsolidarisch.
Und die Ursache ist: Deutschland respektiert sich selbst nicht. Die Deutschen dürfen nicht sagen: Wir sind das Volk. Und die Deutschen dürfen sich nicht als Volk verstehen und verteidigen. Und Deutschland will offenbar auch nicht respektieren, daß Nachbarländer sich so verstehen und das sagen. Deutschland schafft Europa ab.
Es ist eine Tragödie, Zeuge sein zu müssen, daß Deutschland Europas Nationen nicht verteidigen kann und will, weil Deutschland sich selbst nicht verteidigen will. Wünscht sich Deutschland wieder, den größten Teil Europas gegen sich zu haben, weil deutsche Politiker nicht verstehen wollen, was Nationalität für die europäische Gesellschaft bedeutet?
Das Beste, das heute Europa geschehen könnte, wäre, wenn Deutschland seinen Selbstrespekt für seine eigene Nationalität und als Volk wiedergewinnen würde, und mit diesem Selbstbewußtsein anfangen würde, die Nationalitäten der übrigen europäischen Länder zu respektieren und ihnen bei der Verteidigung ihrer Nationalitäten unterstützen würde.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. September 2015:
>>**Der Asylkrieg gegen Deutschland**
Von Nikolai Starikov
"Wie England und die USA die Flüchtlinge rufen … nach Deutschland"
Die Tatsache, daß die buchstäblich eingeführten Flüchtlinge fast ausschließlich nach Deutsch-

land gehen, kam mir von Anfang an suspekt vor. Aber das folgende Material, welches ich hier auslege, erklärt so einiges. Es zeigt den Mechanismus des Informierens und des Steuerns der Flüchtlingsströme, der heute genutzt wird, um Deutschland gezielt mit einer Welle von Flüchtlingen zu überschwemmen. Warum ausgerechnet Deutschland? Es ist reine Geopolitik und nichts anderes. Es stellt sich heraus, daß die USA und England Flüchtlinge gezielt einladen … nämlich nach Deutschland.

"Zwei verbündete angelsächsische Länder laden gezielt Flüchtlinge ein … zu den Deutschen!"

Dieser Artikel veranschaulicht, wie einige Informationstechnologien den riesigen Strom von Flüchtlingen in bestimmte europäische Länder steuern. Zielgerichtet lassen die Angelsachsen Deutschland mit eine Welle von Flüchtlingen überschwemmen, da eine souveräne und starke Politik Berlins eine gewisse Gefahr für Washington darstellt.

Nachdem der russische Wissenschaftler Wladimir Schalak den Artikel in "Komsomolskaja Pravda" gelesen hatte, beschloß er eine eigene Untersuchung im Internet vorzunehmen. "Ich habe einen sehr interessanten Artikel von Uljana Skojbeda in der 'Komsomolka' gelesen: 'Die Chronik zum Untergang Deutschlands', sagt Wladimir Schalak. "Er hat mich fasziniert. Also wollte ich selbst herausfinden, was denn in Wirklichkeit dort vor sich geht. Woher kommt eine solche Flut an Migranten? Zu diesem Zweck habe ich mir das Netz des Mikrobloggings bei Twitter als Informationsquelle herausgesucht."

HERZLICH WILLKOMMEN IN DEUTSCHLAND!

Warum genau Twitter, Wladimir Iwanowitsch?

"Twitter reagiert sehr schnell auf alle Ereignisse in der Welt. Nahezu in der Minute nach dem Geschehenen. Auch viele verschiedene Meinungen werden dort vertreten. Neben vielen anderen Dingen hat man noch die Möglichkeit, zusätzliche Informationen herauszufinden: Wer genau hat getwittert, von wo usw. Auf den Spuren der "Komsomolka" begann ich meine Untersuchungen mit Hilfe der Methode einer Inhalts-Analyse (content analysis).

Was für eine Methode ist das?

"Texte zu lesen ist das eine. Verschiedene Leute interpretieren sie dementsprechend auf verschiedene Art und Weise." Tatsächlich finden bis jetzt hitzige Debatten rund um den Artikel mit den Chroniken über den Untergang Deutschlands von Frau Skojbeda statt. So manche ehemaligen Landsleute schreiben, daß in ihrem Vaterland alles ruhig sei und lediglich die russische Medienlandschaft diese Hysterie erzeugen würde - Kreml - Propaganda eben. Die Reaktionen des Generalsekretärs der UNO, der deutschen Bundeskanzlerin und anderer europäischen Führungskräfte zeigen jedoch, daß die Situation durchaus brenzlig ist. …

"Es existiert eine absolut strikte Analyse-Methode, die auf der Häufigkeit aufgetauchter Wörter oder Wortkombinationen in Texten, Überschriften etc. beruht. Damit beschäftige ich mich schon seit 22 Jahren. Mein Fachgebiet ist Logik.

Nach meiner Aspirantur habe ich sieben Jahre im Forschungszentrum für künstliche Intelligenz in Pereslawl-Salessk gearbeitet, wo ich mich mit der Inhaltsanalyse (content analysis) von Texten beschäftigt habe. Hinzukam auch die Arbeit im Internet. Dafür habe ich spezielle Computerprogramme entwickelt. Die Inhaltsanalyse ist eine sehr strenge Methode. Falls bei jemandem plötzlich Fragen aufkommen sollten, kann man sich immer auf konkrete Quellen beziehen und belegen, daß dies nicht meiner Phantasie entspringt, sondern der ernste Realität ist.

Mit Hilfe des Sky-Systems habe ich die Suche nach Meldungen unter dem Wort "refugees" (Flüchtlinge) in Auftrag gegeben. Dies tat ich bei Twitter und zwar nur für Originalmeldungen. Es mußte also eine Person sein, die den Tweet selbst verfaßt hat und das Wort dabei verwendet hat. Wenn man die Re-Tweets hinzunehmen würde, kämen hunderttausende Suchresultate dabei heraus, was das eigentliche Bild trüben würde.

Schnell fanden sich über 19.000 Texte bei Twitter. Dann war es interessant herauszufinden, welche europäischen Länder in diesem Kontext am meisten erwähnt worden sind. Für diese Analyse habe ich folgende Länder gewählt: Österreich, Belgien, Bulgarien, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Rumänien, Serbien, Slowakei, Schweden und zuletzt die Ukraine.
Es zeigte sich, daß Deutschland allein im Kontext der Flüchtlinge in der Hälfte aller Mitteilungen erwähnt wurde. Das heißt, zweieinhalb Mal öfter als sein Nachbar Österreich, und fast fünf Mal häufiger als Ungarn, durch welches Zehntausende Flüchtlinge fahren. England war mit bescheidenen 6 % vertreten und landete somit auf dem vierten Platz. Die Häufigkeit der Erwähnung der anderen Länder ist gar nicht erst nennenswert. …
Also was geschieht denn nun in Deutschland? Wenn man sich ausschließlich auf die Tweets beschränkt, in welchen Deutschland erwähnt wird, so handeln 93% von der Begeisterung über die Gastfreundlichkeit und der humanen Politik der Deutschen in Bezug auf die Flüchtlinge. …
Ich bemerkte die außerordentliche Popularität des Ausspruchs: "Welcome, refugees!". Daraufhin habe ich nur noch gezielt nach diesen Worten gesucht und fand 5.704 Ergebnisse unter den Original-Tweets mit der Wortkombination "Welcome, refugees". …
Eine beeindruckende Statistik!
"Deswegen hatte ich den Verdacht, daß mit Deutschland etwas nicht stimmen kann. Wie mein Kollege Michail Dimschiz gerne scherzt: Selbst wenn Sie paranoid sind, heißt es nicht, daß Sie niemand verfolgt. Klar, das Leben in Deutschland ist gesichert und für Migranten gibt es eine gute finanzielle Unterstützung. Doch es gibt auch andere wohlhabende Länder in Europa. So wie England, Frankreich, Schweden, Norwegen …
"Auf Twitter wird jedoch hauptsächlich nach Deutschland eingeladen! Das hat mein Interesse geweckt. Also habe ich meine Untersuchungen am Computer fortgesetzt. Dieses Mal habe ich mir die Accounts mit der Begrüßung "Welcome, refugees" und "Deutschland" angesehen. Dabei habe ich lediglich die Accounts gewählt, bei welchem die regionalen Angaben vorhanden waren. …
So seltsam es erscheinen mag, aber Deutschland selbst ist mit lediglich 6,4 % auf dem dritten Platz gelandet. Die ersten zwei Plätze belegen seine treuen Freunde: England mit 19,2 % und USA mit 17,0 %. Interessant ist, daß bei den anfänglichen Untersuchungen der prozentuale Anteil Englands und der USA um das Zweifache geringer war als jetzt.
Die Moral der Geschichte ist die, daß Deutschland gar nicht so darauf versessen ist, daß es von einer Unmenge an armen Flüchtlingen überfüllt wird. Der Rest der Welt jedoch, allen voran die USA und England, bitten die Flüchtlinge unter Tränen, die traditionelle Gastfreundlichkeit der Deutschen zu nutzen."
Was haben wir also? Zwei angelsächsische verbündete Länder laden die letzten Wochen gezielt Flüchtlinge nach Deutschland ein! Das ist eine erstaunliche Entdeckung, die Sie da gemacht haben, Wladimir Iwanowitsch. Herzlichen Glückwunsch! Jetzt sieht man, woher der Wind weht, der den humanitären Ausnahmezustand mit den Migranten in Europa zu verantworten hat. "Durch die Analyse ist mir klar geworden, daß die Flüchtlingsflut, die mittlerweile auch als Völkerwanderung bezeichnet wird, eine gezielte Kampagne ist. Aber begeben wir uns noch tiefer in den Bau …"
Wer könnte das Kommando dafür gegeben haben? Obama? Cameron? US-Außenminister Kerry?
"Diese Akteure werden sich natürlich nicht bei Twitter profilieren, das ist klar.
Aber die exekutiven Kräfte, die eindeutig gleichzeitig, wie auf ein Kommando handeln und die Flüchtlinge zu den Deutschen schicken, sind dennoch interessant." …

Boots aus Texas

"Die weitere Analyse zeigte, daß sich diese Angelegenheit nicht auf einzelne Enthusiasten beschränkt", erzählt Wladimir Schalak. "Zur Hilfe kamen eine Reihe von Bots. Es gibt verschiedene Methoden, die es erlauben herauszufinden, ob es sich bei den Accounts, die tweeten, um von Menschenhand verfasste Meldungen handelt oder um Computerprogramme, die von außen gesteuert werden - sogenannte "Bots"."

Man kann bei Twitter also nichts verbergen! …

Um die Leute auf die Straße zu bringen und das mit Angabe der Adresse, da reichen 140 Zeichen allemal

"Übrigens, in Libyen benutzte die NATO Twitter, um an Koordinaten für militärische Angriffspunkte im Kampf gegen Gaddafi heranzukommen. Es wurde eine Reihe von speziellen Accounts erstellt, zwischen denen ein Informationsaustausch stattfand. Zum Beispiel reitet irgendwo ein Mann auf einem Kamel und sieht einige Panzer, die Gaddafis Militär angehören. Sofort schickt er einen Tweet samt Standortinformation und macht sich schnell vom Acker. Kurz darauf startet die NATO einen Raketenangriff gegen die Panzer. Heute wird Twitter zum Instrument eines Massenexodus. Mithilfe dieser Plattform wird eine Völkerwanderung organisiert."

Die deutsche Lokomotive wird gebremst

Warum organisiert man denn eine große "Völkerwanderung" bzw. eine "Invasion"?

"Eine eindeutige Antwort auf diese Frage zu finde ist schwer. Ich kann nur einen Versuch wagen.

Zum einen sind da die Deutschen, die immer noch von ihrem Schuldkomplex in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg geplagt werden. Der Wunsch, sich von den Sünden der Vorfahren reinzuwaschen, bewegt sie dazu, nahezu brutkastenähnliche Zustände für die Armen aus den Kriegsgebieten Afrikas und des Nahen Ostens bereit zu stellen. Damit sie wieder einmal der ganzen Welt beweisen können, daß sie doch keine Nazis sind."

Ja, das Schuldgefühl wurde den Deutschen tief eingehämmert

"Flüchtlinge sollte man nicht mit Migranten verwechseln, da dies Leute verschiedener Kategorien sind. Für Flüchtlinge gelten vereinfachte Formen für Registrierung und die Unterstützung durch Sozialhilfe (samt Unterkunft). Nun werden aber soziale Netzwerke und Massenmedien dazu genutzt, um die Flüchtlingswelle ausgerechnet nach Deutschland zu leiten. Das Land stöhnt bereits aufgrund der Flüchtlingskrise und droht damit das Schengener Abkommen nicht einzuhalten. Der Schuldkomplex der Deutschen wird also ausgenutzt.

Vor diesem Hintergrund sieht es fast wie eine Verhöhnung aus, wenn die USA 1.500 syrische Flüchtlinge Ende September aufnehmen wollen. Ebenso klingt die Nachricht, daß die Staaten 5.000-8.000 Flüchtlinge im nächsten Jahr hereinlassen wollen. Heute jedoch, überqueren jeden Tag tausende Leute die Grenze nach Deutschland. Erneute Ankömmlinge pochen auf ihre Rechte und verlangen eine komfortable Behausung. Flüchtlinge leben gut für die ihnen ausgezahlten Gelder und streben meist nicht danach, einen Arbeitsplatz zu finden oder sich in die deutsche Kultur zu integrieren.

Die Kriminalität wächst: Vergewaltigung, Diebstahl, Mord, Ausraubung und Drogenhandel. Auch IS-Kämpfer werden samt der Flüchtlingswelle miteingeschwemmt. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich die Tendenzen für die Zukunft ausmalen zu können. Von dem Deutschland, das wir einst kannten, können wir uns für immer verabschieden. Keiner von denen, der dorthin kommt und Hilfsgelder vom Staat erhält, wird jemals zurück nach Libyen, Syrien, Irak usw. wollen."

Noch vor kurzem sagte man, Deutschland nehme bis Ende dieses Jahres 800.000 Flüchtlinge auf. Nun hat sich die Zahl laut Prognosen auf bis zu einer Million erhöht! Und das allein in diesem Jahr!

"Dadurch wird es unvermeidlich, daß rechte Parteien an Zuwachs und Einfluß gewinnen. Deren Anhängerschaft wird größer, es gibt Auseinandersetzungen und es wurden sogar schon Flüchtlingsheime angezündet.
Da die Flüchtlinge meist junge Männer sind und mehr Erfahrung im Umgang mit Waffen, wie z.B. Messern, besitzen als der einheimische Deutsche, werden sie sich gekonnt zur Wehr setzen. Sie blockieren bereits ganze Straßen, wo sie ihre Rechte verlangen. Und je weiter es geht, desto mehr wird es. Man kann also mit einer Destabilisierung im Landesinneren Deutschlands rechnen. Konflikte religiöser, nationaler und kultureller Art sind vorprogrammiert. Da erinnert man sich doch an das prophetische Buch von Elena Chudinova "Moschee der Pariser Gottesmutter" ("Mechet Parizhkoj Bogomateri").
Deutschland wird als Lokomotive der EU bezeichnet und es durchlebt gerade schwere Zeiten. Die Zerstörung Deutschlands bedeutet die Zerstörung der EU und ganz Europas. Ist es nicht womöglich das Ziel der Hegemonie aus Übersee und ihres treuen Verbündeten, Englands, welches zwar zu Europa gehört, jedoch auf einer Insel ist?
Schlußendlich profitieren die Vereinigten Staaten von der Schwächung Europas, da es zu einem Überfließen von Kapital kommt, und die USA durch einen ökonomischen Aufschwung ihre Position als führende Weltmacht eine Zeit lang beibehalten können. Gleichzeitig wird diese Situation zu einem Rückschlag für Rußland werden, da ein schnelles Abenteuer mit der Ukraine nicht geklappt hat. Man kann nur hoffen, daß sich die Prognosen nicht realisieren. Jedoch hat sich der Schmerz bereits an einem Punkt gestaut.<<